



Rahel Bühler

JUGEND BEOBACHTEN

Debatten in Öffentlichkeit, Politik und
Wissenschaft in der Schweiz, 1945–1979

Rahel Bühler

Jugend beobachten

**Debatten in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft
in der Schweiz, 1945–1979**

CHRONOS

Publiziert mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds
zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
sowie von der Burgergemeinde Bern.

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät
der Universität Zürich im Herbstsemester 2016 auf Antrag von
Prof. em. Dr. Jakob Tanner und Prof. Dr. Martin Lengwiler als
Dissertation angenommen.



Weitere Informationen zum Verlagsprogramm:
www.chronos-verlag.ch

Umschlagbild: «Vor Schulbeginn» (Zürcher Sekundarschulhaus) 1945,
© Hans Baumgartner/Fotostiftung Schweiz.

© 2019 Chronos Verlag, Zürich
Print: ISBN 978-3-0340-1496-0
E-Book (PDF): DOI 10.33057/chronos.1496

Für meine Eltern

Inhalt

1	Einleitung	9
2	Jugend in der medialen Öffentlichkeit I (1945–1973/74)	33
2.1	Nicht Neuanfang, sondern Kontinuität: Beständige normative Vorstellungen	35
2.2	Gefährdet versus «unjugendlich»: Problematisierungen in den 1950er-Jahren	56
2.3	Von der «unsichtbaren» zur «auffälligen» Jugend: Wahrnehmungswandel in den 1960er-Jahren	72
3	Forderungen nach Jugendstudien und einer Jugendpolitik (1955 bis um 1972)	91
3.1	Transnationale Impulse: Die Studie der Unesco-Kommission und der Jugendverbände	93
3.2	1968 als Katalysator: Expertenkommissionen in Zürich und beim Bund	111
4	Die Produktion der Studien (1967–1973/74)	131
4.1	Zwischen Misstrauen und Expertenstatus: Junge Soziologen untersuchen Jugendliche	133
4.2	Auseinandersetzungen zwischen Politikern und Wissenschaftlern	143
4.3	«Eine methodisch einwandfreie Analyse»: Vorgehensweisen der Autoren	161
5	Ergebnisse und Auswirkungen der Wissensproduktion (1970er-Jahre)	183
5.1	«Isoliert» und «am Rand der Erwachsenengesellschaft»: Das Jugendbild der Studien	186
5.2	Partizipation statt Schutz und Fürsorge? Jugendpolitische Entwürfe	205
5.3	Kritik und Gegenentwürfe: Die öffentliche Diskussion der Studien	218
5.4	«Von der Diagnose zur Therapie»? Zögerliche Umsetzung jugendpolitischer Reformen	230
6	Jugend in der medialen Öffentlichkeit II (1973/74–1979)	247
7	Die Gesellschaft beobachtet sich selbst: Schluss und Ausblick	269
	Dank	281
	Abkürzungen	282
	Quellen und Literatur	283

1 Einleitung

Im März 1969 erschien auf der Frontseite der Basler *National-Zeitung* eine Karikatur mit dem Titel «Unruhige Jugend unter der Nationalrats-Lupe».¹ Sie zeigt einen jungen Mann mit langen Haaren, der in der linken Hand eine Gitarre hält und unter dem rechten Arm Zeitungen und Bücher trägt, darunter eines von Bertolt Brecht. Der Jugendliche ist unbekleidet und wird von sechs Männern umringt, die ihn akribisch inspizieren und sich Notizen zu Themen wie «Freizeit», «Sex», «Ehe und Familie» und «Literatur» machen. Erkennbar ist ein Wissenschaftler, der die Hirnströme des Jugendlichen misst, ein Mediziner, der ihm ein Stethoskop auf die Brust hält, und ein Angehöriger des Militärs, der seine Haarlänge zu kontrollieren scheint. Die restlichen Männer sind zivil gekleidet und könnten – entsprechend dem Titel der Karikatur – als Politiker oder weitere Wissenschaftler identifiziert werden (Abb. 1). Diese Karikatur stellt Thema und Perspektive der vorliegenden Untersuchung auf humoristische Art dar. Es geht in weitestem Sinne um die Beobachtung von Jugend, so der im Titel gewählte Begriff für diese Arbeit. Beobachten bezeichnet in der Alltagssprache das genaue, eingehende und aufmerksame Betrachten eines Gegenstandes, einer Situation oder eines Lebewesens. Zusätzlich wird so auch eine wissenschaftliche Methode benannt.² In der vorliegenden Studie geht es um Vorgänge, die der Begriff der Beobachtung berührt: Ich untersuche, wie Jugend wahrgenommen, thematisiert und problematisiert wurde, und dies an einer Schnittstelle von Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft in der Schweiz zwischen 1945 und 1979. Weiter analysiere ich, wie in diesem Schnittfeld Wissen zu Jugend produziert wurde und wie dieses Wissen einen Wandel im Politikfeld Jugend anstieß.³ Insgesamt beobachte ich also mittels der historischen Analyse die Beobachtung von Jugend. Es handelt sich bei dieser Arbeit insofern um eine «Beobachtung zweiter Ordnung».⁴

Die Karikatur aus der *National-Zeitung* und die Hintergründe, vor denen sie entstanden ist, verweisen auf drei zentrale Aspekte der vorliegenden Untersuchung. Erstens stellt die von der Ikonografie der 68er-Bewegung inspirierte

1 National-Zeitung, Nr. 134, 22. 3. 1969, S. 1.

2 Diese orientiert sich an einem Beobachtungsleitfaden oder -schema und zeichnet die gemachten Beobachtungen zum Beispiel in einem Protokoll auf. Patzelt 2001, S. 157 f. Zur Geschichte wissenschaftlicher Beobachtung programmatisch: Daston/Lunbeck 2011.

3 Der Begriff «Politikfeld» wird in der vorliegenden Arbeit im Sinne politikwissenschaftlicher Definitionen verwendet. Er bezieht sich auf zusammenhängende Gestaltungsaufgaben sowie auf alle Inhalte, Strukturen und Prozesse eines politischen Themenfeldes, zum Beispiel der Gesundheits-, Verkehrs-, Familien- oder der Jugendpolitik. Patzelt 2001, S. 509.

4 Die «Beobachtung zweiter Ordnung» wird vor allem mit Niklas Luhmann in Verbindung gebracht. Er bezeichnet damit «die Beobachtung von Beobachtungen». Luhmann 1990, S. 85; Luhmann 1995, S. 95.

Karikatur eine visuelle Repräsentation ganz bestimmter Sichtweisen auf Jugend dar, wie sie damals in der Öffentlichkeit verbreitet waren. Der Jugendliche wird als Objekt dargestellt, das von den Erwachsenen ähnlich einem fremden Stamm oder einer Labormaus beobachtet wird. Dabei vermittelt die Darstellung möglichst grosse Distanz und maximale Alterität zwischen den Beobachtern und dem Jugendlichen. Dies wird unter anderem dadurch erreicht, dass der Jugendliche nackt ist, während die Erwachsenen bekleidet sind, oder dadurch, dass der langhaarige Hippie dem kurzhaarigen Militärangehörigen gegenübergestellt wird.

Eine solche Perspektive war ab Mitte der 1960er-Jahre verbreitet. Von da an wurde Jugend zunehmend als auffällige Altersgruppe wahrgenommen, die sich vom Rest der Bevölkerung durch äussere Merkmale unterschied, etwa durch lange Haare oder bestimmte Kleidung, durch spezifische Verhaltensweisen und Musikvorlieben, aber auch durch innere Werthaltungen. Jugendliche schienen sich so stark von ihren Eltern und Grosseltern zu unterscheiden wie keine Generation zuvor. Mit der Betonung der Andersartigkeit Jugendlicher wurde zugleich eine Ähnlichkeit und ein Zusammenhalt innerhalb der Altersgruppe der Jugendlichen suggeriert und Jugend als homogene soziale Gruppe und als generationelle Einheit thematisiert und problematisiert.

Die Karikatur verweist zweitens auf Forderungen, Jugend zu untersuchen und neue jugendpolitische Institutionen und Strukturen für sie zu schaffen. Der Karikaturist thematisierte zwei Vorstösse im Nationalrat, die Forderungen nach Jugenduntersuchungen zum Thema hatten. Nationalrat Alfred Rasser vom Landesring der Unabhängigen (LdU) hatte im Oktober 1968 den Bundesrat in einem Postulat dazu aufgefordert, eine Expertenkommission einzusetzen mit dem Ziel, die politisch interessierte und agierende Jugend zu untersuchen. Sein Partei- und Nationalratskollege Fritz Tanner hatte den Bundesrat nur zwei Monate nach Rasser in einer Motion seinerseits aufgefordert, Grundlagenforschung über die Schweizer Jugend in Auftrag zu geben. Rasser und Tanner hatten ihre Vorstösse vor allem unter dem Eindruck der Jugend- und Studentenunruhen von 1968 eingereicht. Im National- und Ständerat wurden nach 1968 weitere, ähnliche Forderungen formuliert. Der Bundesrat reagierte darauf mit der Einsetzung der Studiengruppe des Eidgenössischen Departements des Innern für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik (kurz Studiengruppe des EDI) im Jahr 1971, deren Bericht *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik*⁵ 1973 erschien. Auch in verschiedenen Gemeinden und Kantonen wurden ab Ende der 1960er-Jahre Kommissionen gegründet, die Jugendstudien und -berichte verfassten. In Zürich etwa wurde unmittelbar nach dem «Globus-krawall» im Sommer 1968 eine Externe Studienkommission für Jugendfragen (kurz Externe SKJ) ins Leben gerufen, welche insgesamt vier Teilstudien initiierte. 1974 erschien als erste und umfassendste der vier Teilstudien die soziologische Studie *Zur Unrast der Jugend. Eine soziologische Untersuchung über*

⁵ Bericht Studiengruppe des EDI 1973.



Abb. 1: «Unruhige Jugend unter der Nationalrats-Lupe». Diese Karikatur erschien im März 1969 in der *National-Zeitung* und thematisierte zwei Vorstösse zu Jugendpolitik und -studien im eidgenössischen Parlament. *National-Zeitung*, Nr. 134, 22. 3. 1969, S. 1.

Einstellungen, politische Verhaltensweisen und ihre gesellschaftlichen Determinanten.⁶

Allerdings waren Forderungen nach mehr Wissen zu Jugend und einer umfassenden Jugendpolitik nicht erst nach den Jugend- und Studentenprotesten um 1968, sondern bereits viel früher zu vernehmen. Diese kamen ab Ende der 1950er-Jahre vor allem von nicht und halb staatlichen Akteuren und wurden durch Entwicklungen auf supranationaler Ebene ausgelöst. Die Dachorganisation der Jugendverbände, genannt Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), und die Nationale schweizerische Unesco-Kommission (NSUK), die beide auch transnational agierten, hatten Jugenddebatten in anderen Ländern und im Umfeld internationaler Organisationen wie der Unesco bereits

6 Blancpain/Häuselmann 1974. Bei den weiteren Studien handelt es sich um Bautz, Rudolf. Zur Unrast der Jugend. Eine volkskundliche Untersuchung über die gesellschaftliche Bedingtheit politischer Orientierungsmuster in Jugendgruppen, 1975; Casparis, Claudio. Eine sozialpsychologische Untersuchung der Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen in Familie, Bildung und Beruf, 1975; Ambühl, Hansruedi. Zur Unrast der Jugend. Eine psychologische Untersuchung über den Zusammenhang von Selbstbild der Persönlichkeit und gesellschaftlichen Determinanten (unter Verwendung des Giessen-Tests), 1976.

seit den 1950er-Jahren mit grossem Interesse verfolgt. Sie forderten Jugendstudien und die Schaffung einer Jugendpolitik nach deren Vorbild. Die SAJV und die NSUK versuchten deshalb während mehrerer Jahre eine Jugendstudie zu lancieren. Dies gelang erst 1967 mit der finanziellen Unterstützung des Bundes. 1971 erschien die Studie *Jugend und Gesellschaft. Wegzeichen zu einer Jugendpolitik*.⁷

Der Bericht der Studiengruppe des EDI sowie die Studien *Zur Unrast der Jugend* und *Jugend und Gesellschaft* sind Dreh- und Angelpunkt der vorliegenden Arbeit. Sie werden nicht einfach als Quellen ausgewertet, sondern in ihrem gesellschaftlichen Entstehungszusammenhang untersucht. In diesen Studien verdichten sich mediale, wissenschaftliche und politische Diskurse, Problematisierungsmuster und Leitbilder zu Jugend sowie gesellschaftliche Themen und Zukunftsvisionen. Sie wurden nicht von Fachpersonen für ein Fachpublikum geschaffen, sondern von Politikern oder Behördenmitgliedern in Auftrag gegeben, von oder in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern erarbeitet und in einer breiten Öffentlichkeit rezipiert. In dieser Hinsicht handelt es sich um die ersten Jugendstudien dieser Art in der Schweiz und – gemessen an Kriterien wie dem Umfang, der Aufmerksamkeit, die sie erhielten, oder ihren politischen Auswirkungen – zu den wichtigsten jener Zeit.⁸

Die drei Studien verweisen darauf, dass Jugend gegen Ende der 1960er-Jahre nicht nur vermehrt unter die «Nationalrats-Lupe» geriet, so der Titel der Karikatur, sondern dass sie auch ganz allgemein ins Blickfeld von Politikerinnen, Verwaltungs- und Behördenmitgliedern rückte. Ab Ende der 1960er-Jahre – und somit komme ich zum dritten Punkt – ist im Politikfeld Jugend sodann in verschiedener Hinsicht ein Wandel festzustellen, dessen Ursprünge bereits auf die 1950er-Jahre zurückgehen. Er betrifft zum einen die Zielgruppen dieser Politik: Das Interesse von Politikerinnen, Politikern und Behörden verschob sich zunehmend von als bedürftig und gefährdet erachteten Jugendlichen zu Jugend als Altersgruppe an sich. Zum anderen übernahm der Staat auf allen politischen Ebenen neue Aufgaben im Bereich Jugend und schuf neue jugendpolitische Institutionen und Strukturen. So sprachen verschiedene Kantone, Gemeinden und

⁷ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971.

⁸ Zu erwähnen sind weiter die sogenannten pädagogischen Rekrutenprüfungen, mit denen in einzelnen Kantonen bereits seit 1854, vom Bund seit 1875 mit Unterbrüchen während des Ersten und des Zweiten Weltkriegs, alle diensttauglichen jungen Männer auf ihr Wissen geprüft werden. Bis 1960 wurden ausschliesslich Kenntnisse in Lesen, Schreiben und Staatskunde geprüft. Erst seit 1960 entwickelten sich die Prüfungen zu themenfokussierten Trendanalysen zu Haltungen und Einstellungen der Jugendlichen. Seit 2000 werden auch junge Frauen befragt. Heute heissen die Rekrutenprüfungen «Eidgenössische Jugendbefragung, ch-x» und werden alle zwei Jahre durchgeführt. Die Oberaufsicht hat das Departement für Verteidigung, Bevölkerung und Sport (VBS). Die Befragungen werden wissenschaftlich aufgearbeitet und erscheinen in Buchform. Vgl. <http://chx.ch>. Einen Überblick über die Geschichte der pädagogischen Rekrutenprüfungen liefert Lustenberger 1996. Die pädagogischen Rekrutenprüfungen spielten bei dem in der vorliegenden Arbeit thematisierten Wandel im Politikfeld Jugend nur eine marginale Rolle. Ich werde ihre Ergebnisse dementsprechend dort berücksichtigen, wo sie Eingang in öffentliche und politische Debatten oder die Erarbeitung der Jugendstudien fanden. Vgl. insbesondere Kapitel 4.3 und 6.

auch der Bund öffentliche Gelder für die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit und die Stadt Zürich ernannte 1976 beispielsweise einen Delegierten für Jugendfragen. Dieser Wandel manifestierte sich auf der Ebene des Bundes besonders deutlich. Jugend, die im föderalen politischen System primär zum Aufgabenbereich der Gemeinden und Kantone sowie privater Institutionen gehörte, wurde Ende der 1960er-Jahre auch auf Bundesebene zu einem eigenen, wissensbasierten Politikfeld. Sichtbarstes Zeichen der Bestrebungen für eine Jugendpolitik des Bundes war die Gründung der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen (EKJ) 1978.

Mit der gesellschaftlichen Thematisierung von Jugend, der Produktion von Wissen im Schnittfeld von Politik und Wissenschaft und den Veränderungen im Politikfeld Jugend sind drei Bereiche angesprochen, die meine Untersuchung strukturieren. Es wurden zudem die grossen Linien der Geschichte skizziert, welche diese Untersuchung erzählt. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine lineare Fortschritts- oder Erfolgsgeschichte, bei der die Jugendstudien eine lösungsorientierte und erfolgreiche Strategie der Wahrnehmung eines Problems darstellte, die mit der Institutionalisierung jugendpolitischer Institutionen und Strukturen als Lösung des Problems endete. Vielmehr werden die Erarbeitung der Studien und die jugendpolitischen Vorschläge als Aushandlungsprozesse mit ungewissem Ausgang begriffen, die von kontroversen Auseinandersetzungen geprägt waren und immer wieder Umwege erforderten. Die Jugendstudien und die neuen jugendpolitischen Strukturen stellten in diesem Sinne weniger eine Lösung der eruierten Probleme dar als vielmehr eine Etappe eines vielschichtigen Problematisierungsprozesses. Ab Mitte der 1970er-Jahre, als die Studien publiziert und die jugendpolitischen Reformen in Gang gekommen waren, veränderten sich die Problemwahrnehmungen erneut und die soeben geschaffenen Strukturen schienen bereits wieder überholt.

Fragestellung, Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands und Zeitraum

Zunächst interessiert, wie Jugend in der Schweiz von 1945 bis 1979 gesellschaftlich thematisiert und wahrgenommen wurde: Welche Sichtweisen, normativen Konzepte und Problematisierungen strukturierten das Reden über Jugend? Die Analyse gesellschaftlicher Sichtweisen von Jugend zielt darauf ab, die Vorstellungen zu ergründen, wie Jugendliche *sein*. Bei der Untersuchung normativer Konzepte interessieren hingegen verbreitete Auffassungen, wie Jugendliche *sein sollen*: Welche Eigenschaften und Praktiken sollten Jugendliche aufweisen, um zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu werden? Welche Verhaltensweisen von Jugendlichen galten als positiv, angemessen oder wünschenswert? Was wurde hingegen als negativ, unerwünscht oder gefährlich erachtet?

Das zweite übergeordnete Erkenntnisinteresse dreht sich um die Frage, wieso Jugend ab Ende der 1960er-Jahre zum Gegenstand sowie zum Problematisierungsobjekt von Wissenschaft und Politik wurde und wieso in diesem Schnittfeld Jugendstudien entstanden. Ich untersuche im Detail, wie eine Wissenspro-

duktion in Gang kam, die von staatlicher Seite initiiert oder finanziert und in einem weiten gesellschaftlich-politisch-wissenschaftlichen Kontext situiert war. Weiter interessiert, wie Wissen zu Jugend überhaupt produziert wurde: Auf welche Methoden wurde zurückgegriffen und welche theoretisch-analytischen Perspektiven lagen den Studien zugrunde? Wie verlief die Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftlern, den Behörden, Kommissionen oder Auftraggebern der Studien? Gab es Konflikte um Vorgehensweisen und Deutungsmacht? Und inwiefern waren die von den Studien formulierten Schlussfolgerungen, Argumentationsweisen und Jugendbilder handlungsleitend für die Jugendpolitik?

Drittens interessiert mich der Wandel im Politikfeld Jugend: Wieso rückte Jugend als Altersgruppe vermehrt in den Fokus von Politikerinnen und Behördenmitgliedern? Wieso und unter welchen Umständen griff zum Beispiel der Bund ab Ende der 1960er-Jahre in ein Politikfeld ein, das bis anhin von kommunalen, kantonalen und nicht staatlichen Akteuren geprägt war? Damit stellt sich auch die Frage, inwiefern auf verschiedenen politischen Ebenen von einem Wandel von Staatlichkeit gesprochen werden kann: Veränderten sich die staatlichen Aufgaben, Strukturen und die Inhalte im Politikfeld Jugend? Und führten diese Massnahmen zu einer Beseitigung der Wahrnehmung eines Jugendproblems oder sogar zu ihrer Verstärkung?

Das Erkenntnisinteresse führt aber über diese Fragen hinaus. Ich gehe von der Prämisse aus, dass die Thematisierung von Jugend stets eine Selbstthematization der Gesellschaft war. Wenn Erwachsene über Jugendliche sprechen, denken sie zugleich immer auch über sich selbst, über normative Vorstellungen und gesellschaftliche Ordnungsmodelle sowie ihre Zukunftsvorstellungen nach. Von verschiedenen Autorinnen und Autoren wird Jugend denn auch abwechselnd als Spiegel bezeichnet, in dem sich Gesellschaften selbst betrachten, als Brennglas, das gesellschaftliche Ängste und Hoffnungen bündelt, oder als Seismograf, anhand dessen gesellschaftliche Erschütterungen und Entwicklungen registriert werden können.⁹ Davon ausgehend stellt sich die Frage, welche Themen und Ängste sich in der Beobachtung von Jugend spiegelten und welche gesellschaftlichen Entwürfe und normativen Vorstellungen anhand von Jugend verhandelt wurden.

Die aufgeworfenen Fragen machen deutlich, dass Jugendliche in den nachfolgenden Ausführungen nur indirekt als Akteure präsent sind und es in erster Linie um ihre Thematisierung durch andere, primär erwachsene Akteure geht. Von den unzähligen möglichen Perspektiven auf eine Geschichte der Jugend und in Abgrenzung zur Mehrheit bereits existierender Forschung lege ich damit das Hauptaugenmerk weniger auf Jugendliche als agierende Subjekte oder handlungsmächtige Kohorte, sondern fokussiere Jugend als Untersuchungsobjekt. Im Mittelpunkt der Analyse stehen Beobachter und Betrachter, wie sie in der

9 Einer solchen Deutung folgen Janssen 2010, S. 5, 408; Kurme 2006, S. 11; Nolte 2000, S. 230; Passerini 1997, S. 420 f.; Zinnecker 1997, S. 484; Reulecke 1986, S. 11. Für die Schweiz im besonderen Schultheis/Perrig-Chiello/Egger 2008, S. 20.

Karikatur oben den Jugendlichen umringen. Ich untersuche ihre Sichtweisen auf Jugend und wie sie Jugend thematisierten, problematisierten, analysierten und welche Vorstellungen und Konzepte sie dabei entwarfen und verhandelten. Die Frage, wann und wie Jugendliche in diesen Prozessen als handelnde Subjekte selbst in Erscheinung traten, sich zu Jugendfragen äusserten oder sich in die jugendpolitischen Diskussionen einschalteten, wird dabei stets mitbedacht. So untersuche ich zum Beispiel, ob und inwiefern Jugendliche an der Erarbeitung der Jugendstudien und einer Jugendpolitik beteiligt waren.

Der polymorphe Begriff Jugend verlangt eine Präzisierung. Sowohl im alltäglichen wie auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch wird der Jugendbegriff nicht einheitlich verwendet, vielmehr wird die Definition von Jugend, die Vorstellungen, wer dazu zählt, und ihre Dauer, fortwährend verhandelt. Jugend kann zum Beispiel ein juristischer Terminus sein, der sich auf ein bestimmtes Alter bezieht. Aus einer staatsrechtlichen Perspektive ist Jugend durch die Erlangung der Volljährigkeit begrenzt. In biologisch-psychologischer Hinsicht steht die Einsetzung der Geschlechtsreife, die Pubertät, im Vordergrund. Der Begriff Jugend muss denn auch nicht immer eine Altersgruppe bezeichnen, sondern dient häufig auch als Projektionsbegriff für bestimmte kulturelle Phänomene oder Stile, die «Jugend» zugeschrieben werden.¹⁰ Hierbei spielte auch der Medienwandel eine wichtige Rolle: Die Massenmedien wurden ab den 1960er-Jahren zu wichtigen Katalysatoren in der Entstehung einer jugendlichen Teilkultur.¹¹ Das Aufkommen von Fernsehen, Jugendzeitschriften und altersspezifischen Musikstilen wie Beat und Rock 'n' Roll beeinflusste die Sozialisation Jugendlicher, wirkte stilbildend und formte wiederum die Wahrnehmung von Jugend in der Öffentlichkeit.¹²

Jugend ist insofern nicht eine anthropologische Konstante, sondern ein soziokulturelles Konstrukt, das historisch wandelbar ist. Da mich interessiert, wie dieses Konstrukt zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Kontexten gefüllt wurde, erübrigt sich eine eigene Definition von Jugend. Ich verwende Begriffe wie «Jugend», «Jugendlicher» oder «junge Generation»¹³ als Diskurskategorien beziehungsweise als Quellenbegriffe. Die vorliegende Arbeit umfasst sodann auch die Frage, auf wen sich diese Begriffe bezogen und ob nach Kategorien wie Herkunft oder Schicht differenziert wurde. Die einleitend besprochene Karikatur, welche ausschliesslich Männer abbildet, die einen männlichen Jugendlichen betrachten, wirft weiter auch die Frage auf, inwiefern Geschlecht

¹⁰ Levsen 2010, S. 431 f.; Criblez 2007a, S. 836–839; Mintz 2004, S. 4; Sander/Vollbrecht 2000, S. 7, 192.

¹¹ In der vorliegenden Arbeit verwende ich den Begriff Teilkultur, um zu beschreiben, dass Jugend als distinktive und relativ homogene Gruppe innerhalb der Gesellschaft wahrgenommen wurde. Zu den Begriffen Teil-, Sub- und Jugendkultur und deren historischem Wandel ausführlicher Griesse 2007, S. 24–31; Sander/Vollbrecht 1998, S. 197; Baacke 1987, S. 96 f.

¹² Siegfried 2006, S. 280 f. Vgl. auch Kurme 2006, S. 430. Sehr ähnlich Zinnecker 1997, S. 477.

¹³ Zum Begriff der Generation und zum Stand der Generationenforschung aufschlussreich Jureit 2010.

eine Rolle spielte und ob zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen unterschieden wurde.

Ausgehend von der in dieser Untersuchung zentralen Prämisse, dass über Jugend stets auch gesellschaftliche Fragen debattiert wurden, können die Thematisierung von Jugend und die Produktion von Wissen über sie nicht getrennt vom historischen Kontext gelesen werden. Die Zeitspanne, in der die hier untersuchten Jugendstudien entstanden, fällt in das «bewegte Jahrzehnt»¹⁴ oder in die «dynamischen Jahre»,¹⁵ wie die Dekade zwischen 1964 und 1974 bezeichnet wird. Dieses Jahrzehnt folgte auf die von Konformität, Konsens und Kontinuität geprägten «langen fünfziger Jahre»¹⁶ und waren in der Schweiz wie in anderen westlichen Gesellschaften geprägt durch rasante politisch-soziale und wirtschaftlich-technische Transformationsprozesse. Diese wurden begleitet von einer Modernisierung der Lebensweisen und -normen und der politischen Einstellungen hin zu mehr Partizipation und Pluralität und von einem Abbau autoritärer und hierarchischer Strukturen.¹⁷ Allerdings verlief dieser Wandel nicht linear, vielmehr präsentieren sich die 1960er-Jahre als ambivalente Übergangsphase, in der traditionell-konservative Vorstellungen und neue, liberalere Gegenkonzepte koexistierten und in Konflikt standen. Der Historiker Ulrich Herbert versteht diese Liberalisierungsprozesse insgesamt als krisenhafte Lern- und Anpassungsprozesse, in denen die Menschen versuchten, sich in einer Zeit des Umbruchs zurechtzufinden und mit den Widersprüchen zwischen den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen einerseits und bewahrenden und rückwärtsorientierten Normen und Lebensweisen andererseits umzugehen.¹⁸

Der Beobachtung Jugendlicher kam hierbei eine besondere Funktion zu. Sie galten als Träger des gesellschaftlichen Wandels und begegneten den technischen und sozioökonomischen Veränderungen zumeist aufgeschlossen.¹⁹ Da im Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit viele Jugendliche ihren Verdienst nicht mehr zu Hause abliefern mussten, wurden sie zu einer wichtigen Kaufkraft. Weiter galten sie als Vorreiter neuer Lebensstile sowie Konsum- und Verhaltensmuster, die für amerikanischen Rock 'n' Roll schwärmten und Coca-Cola, Jeans und technische Geräte wie Transistorradios kauften.²⁰ Im Reden über Jugend bildet sich sodann die für jene Zeit charakteristische Ambivalenz zwischen Fort-

14 König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 12. Vgl. hierzu auch Schauffelbühl 2009.

15 König 1999, S. 155.

16 «Lange fünfziger Jahre» wurde von Werner Abelshauser geprägt, der damit die Zeitspanne zwischen 1948 und 1963 bezeichnet. Abelshauser 1987.

17 Herbert 2002, S. 12–15, 31.

18 Herbert verwendet Liberalisierung als «wert- und handlungsbezogene[n] Begriff der politischen Kultur, der sich vor allem auf Mentalitäten, Wahrnehmungs-, Aktions- und Reaktionsmuster bezieht, mithin auf Dispositionsstrukturen der Gesellschaft von der Familie bis zur Regierung». Herbert eruiert die Kernphase dieser Liberalisierungsprozesse zwischen 1959 und 1973/74. Sie setzten sich jedoch bis in die 1980er-Jahre fort. Herbert 2002, S. 12–15, 31. Vgl. auch Scheibe 2002, S. 276.

19 Siegfried 2006, S. 10, 58.

20 Levsen 2010, S. 421.

schrittsoptimismus einerseits und Wertkonservatismus beziehungsweise kultur- und modernisierungskritischen Ängsten andererseits ab.²¹ Die Produktion von Studien zu Jugend und Jugendproblemen sowie die Auseinandersetzungen um jugendpolitische Reformen, so meine These, sind Ausdruck dieses Lern- und Anpassungsprozesses.

1973/74 endete der Nachkriegsboom und es begann eine Struktur- und Wirtschaftskrise, in deren Folge der Planbarkeits- und Fortschrittsglaube der vorangehenden Jahre abnahm und viele Reformprojekte auf Widerstand stiessen.²² Von da an waren die Jugenddebatten zunehmend auch eine Projektionsfläche für die verbreitete Krisenwahrnehmung.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich über die «langen fünfziger Jahre» und das «dynamische Jahrzehnt», zwei Zeitspannen, die in der Historiografie auch als «trente glorieuses»²³ zusammengefasst werden. Es handelt sich um die drei vom Wirtschaftsboom geprägten Jahrzehnte zwischen 1945 und 1975.²⁴ Eine Ausweitung über diese Zäsur hinaus bietet die Chance, der Frage nachzugehen, ob ab Mitte der 1970er-Jahre hinsichtlich des Untersuchungsgegenstands ein Wandel stattfand. Als Endpunkt der Untersuchung wird deshalb 1979 bestimmt. Diese zeitliche Schlussklammer bietet sich an, weil die Forderungen nach einer umfassenden Jugendpolitik und der dadurch ausgelöste Wandel im Politikfeld Jugend mit der Gründung der EKJ Ende der 1970er-Jahre einen ersten, vorläufigen Abschluss fanden. Diese zeitliche Begrenzung lässt sich auch damit begründen, dass sich ab 1980 die Jugenddebatten mit der durch die «Opernhauskrawalle» ausgelösten «80er-Bewegung» nochmals grundlegend veränderten.

Geografisch beschränke ich die Untersuchung auf die Schweiz, teilweise kommen der Stadt und dem Kanton Zürich besondere Aufmerksamkeit zu. Dies erscheint insofern gerechtfertigt, als Zürich mit dem «Globuskrawall» 1968 speziell im öffentlichen Fokus stand und die anschliessend in Auftrag gegebenen Studien *Zur Unrast der Jugend* die umfangreichsten Jugendstudien auf lokaler Ebene darstellten und schweizweit auf Aufmerksamkeit stiessen.

Jugendbilder, Problematisierungen oder wissenschaftliche Konzepte und Theorien machen aber nicht an nationalen Grenzen halt, sondern zirkulieren in einem transnationalen Raum. Als gewinnbringend für die vorliegende Untersuchung hat sich deshalb die Frage erwiesen, inwiefern supranationale Netzwerke und transnationale Einflussfaktoren die Entstehung und die Inhalte der Jugendstudien beeinflussten. Zu diesem Zweck werde ich die grenzüberschreitenden Kontakte und Interaktionen der Akteure analysieren und zum Beispiel danach fragen, inwiefern die NSUK von jugendpolitischen Strukturen und Bestrebungen in anderen Ländern inspiriert und an internationalen Konferenzen für Jugendfragen sensibilisiert wurde. Weiter werde ich die Jugendstudien im

21 Herbert 2002, S. 31. Zu diesem Argument ausführlich Ritzer 2015, S. 25.

22 König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 19.

23 Fourastié 1979.

24 Zu dieser Periodisierung auch Tanner 2015, S. 333.

internationalen Forschungskontext verorten und untersuchen, ob die Studienverantwortlichen Forschungsergebnisse von ausserhalb der Schweiz rezipierten und ob diese Eingang in ihre Studien fanden.

Forschungsstand – Jugendkultur und Jugendprotest

Die Geschichte der Jugend in der europäischen Nachkriegszeit ist ein weites und heterogenes Forschungsfeld. Nicht nur Historiker, sondern auch Pädagoginnen, Erziehungswissenschaftler oder Soziologinnen haben sich mit Jugend in der Vergangenheit aus ganz unterschiedlichen theoretisch-analytischen Perspektiven und mit verschiedenen thematischen Zugriffen beschäftigt.²⁵ Während insbesondere ältere Studien aus den 1970er- und 80er-Jahren eine sozialhistorische Perspektive auf Jugend einnahmen und über grosse Zeiträume hinweg strukturelle Bedingungen des Aufwachsens untersuchten,²⁶ ist die jüngere Forschung durch zwei thematische Schwerpunkte geprägt: Jugendkulturen und Jugendprotest.

Mit dem Aufkommen der Alltagsgeschichte «von unten» wandte sich die Historiografie vermehrt Jugendbewegungen und -kulturen, jugendlichen Protest- und Konfliktformen und abweichendem beziehungsweise auffälligem Verhalten in der boomenden Konsumgesellschaft der 1950er- und 60er-Jahre zu.²⁷ Insbesondere ab den 1990er-Jahren entstanden Studien, welche jugendliche Subkulturen und Phänomene wie etwa die «Halbstarken» in den Blick nahmen.²⁸ Viele dieser Studien argumentieren, dass die Jugendlichen in den 1950er- und 60er-Jahren als eine durch die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse bedrohte Altersgruppe und zugleich als eine für die Gesellschaft bedrohliche Gruppe erschien.²⁹ Um das Jahr 2008, als sich die Studenten- und Jugendunruhen von 1968 zum vierzigsten Mal jährten, rückte schliesslich die 68er-Bewegung in den Fokus der Geschichtswissenschaft, wovon eine Fülle von Monografien und Sammelbänden zeugt.³⁰ Ein Grossteil dieser Studien zu Jugendkulturen und jugendlichen Protestbewegungen ist phänomenologisch-deskriptiv orientiert, legt den Fokus auf die unmittelbare Nachkriegszeit und reicht nicht über die 1960er-Jahre hinaus.

Daneben gibt es einen Forschungsstrang, der die Rolle von Konsum, Freizeit und Musik in der Genese von Jugend als eigenständiger sozialer Gruppe ana-

25 Einen guten Forschungsüberblick zu Jugend in der europäischen Zeitgeschichte bietet Levens 2010.

26 Hier seien nur einige wichtige Publikationen genannt: Speitkamp 1998; Levi/Schmitt 1997; Fend 1988; Mitterauer 1986; Schäfers 1982; Gillis 1980.

27 Exemplarisch genannt werden können: Ubbelohde 2002; Breyvogel 2002; Breyvogel 1983; Gass-Bolm 2002; Lindner 1996; Simon 1996; Koebner/Janz/Trommler 1985; Reulecke 1986.

28 Wichtige Studien zu den Halbstarken sind Kurme 2006; Grotum 2001; Grotum 1994; Maase 1992. Für die Schweiz zentrale Publikationen sind Horat 2006; Stapferhaus Lenzburg 1997; Meyer 1996; Aeschlimann 1992.

29 Kurme 2006, S. 104 f.

30 Für die Schweiz zu nennen sind Skenderovic/Späti 2012; Schaufelbuehl 2009; Hebeisen/Joris/Zimmermann 2008; Linke/Scharloth 2008; Billeter/Killer 2008; Schär/Ammann/Bittner et al. 2008.

lysiert. Die vorliegende Studie kann vor allem auf den Untersuchungen von Axel Schildt, Detlef Siegfried, Anne-Marie Sohn und Bill Osgerby aufbauen. Diese Autorinnen und Autoren stimmen darin überein, dass Jugendliche im Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit zu zahlungskräftigen Konsumenten wurden und über den Konsum spezifisch jugendlicher Produkte, wie zum Beispiel Jeans oder Motorräder, über bestimmte Verhaltensweisen und Musikvorlieben zunehmend als distinktive Altersgruppe sichtbar wurden.³¹ Zwar hat bereits die ältere Forschung gezeigt, dass Jugend schon im ausgehenden 19. Jahrhundert als eigenständige Altersgruppe in Erscheinung trat. Allerdings beschränkte sich diese «Entdeckung der Jugend»³² primär auf bürgerliche und männliche Jugendliche. Erst Ende der 1950er- und zu Beginn der 60er-Jahre, so das Fazit vieler Autorinnen und Autoren, schien sich Jugend unabhängig von ihrer Herkunft und aufgrund der Zugehörigkeit zu ihrer Altersgruppe als distinktive soziale Gruppe zu konstituieren, wobei die «Konturen einer klassenübergreifenden jugendlichen Generationalität»³³ immer deutlicher zum Vorschein kamen.³⁴

Viele dieser Studien schreiben Jugendlichen eine beachtliche Agency zu. Jugendliche schienen in der Nachkriegszeit über ihre Kaufkraft zu einer «selbstbewusste[n] Gruppe» und zu einer «unabhängigen sozialen Kraft»³⁵ zu werden. In der vorliegenden Untersuchung soll nicht in Abrede gestellt werden, dass Jugendliche handlungsfähig waren und Gestaltungsmöglichkeiten hatten. Es soll aber auch gezeigt werden, dass die Handlungsräume Jugendlicher und ihre Partizipationsmöglichkeiten stark begrenzt blieben. So waren sie weder an der Erarbeitung der hier untersuchten Studien noch an den jugendpolitischen Diskussionen und Reformen massgeblich beteiligt, obwohl Partizipation und Autonomie ab den späten 1960er-Jahren verbreitete Schlagworte und zentrale jugendpolitische Prämissen der hier untersuchten Studien waren.

Kritisch zu hinterfragen ist die Fokussierung der neueren Forschung auf die Jugend- und Studentenunruhen um 1968 und deren Bedeutung als Zäsur. Die ab Ende der 1960er-Jahre in der Schweiz entstandenen Jugendstudien sowie die Bemühungen um eine Jugendpolitik wurden verschiedentlich als direkte Folge der

31 Schildt/Siegfried 2006; Siegfried 2006; Sohn 2001. Osgerby spricht in diesem Zusammenhang von einer «growing visibility» der Jugend. Osgerby 1998, S. 17. Vgl. hierzu auch Fowler 2009. Ähnlich argumentieren Levsen 2010, S. 423; Janssen 2010, S. 316; Marwick 1998; Maase 1992.

32 Insbesondere Lutz Roth hat mit dem Buch *Die Erfindung des Jugendlichen* aus dem Jahr 1983 die Genese des Begriffs des «Jugendlichen» sowie die Entwicklung des Jugendkonzeptes dargelegt. Vgl. dazu auch Savage 2008; Peukert 1986; Reulecke 1986.

33 Siegfried 2006, S. 67.

34 Diesem Argument folgt auch Passerini 1997, S. 421. Gemäss Sohn 2005a, S. 124, wurde Jugend in den 1950er-Jahren «une nouvelle catégorie sociale, fondée sur l'âge certes, mais aussi sur des comportements nouveaux». Maase 1992, S. 13, zeigt, dass Jugend «durch unüberhörbare Musikvorlieben und herausfordernde Erscheinung, durch ihr Verhalten in der Öffentlichkeit und durch ungewohnte Konsumpraktiken» immer sichtbarer wurde.

35 Hobsbawm 2002, S. 406 f. Zinnecker 1987, S. 336, spricht von einem «Prozess der Emanzipation» ab den 1950er-Jahren. Marwick 1998, S. 8, verweist auf die «growing power of young people».

68er-Bewegung interpretiert.³⁶ Im Unterschied dazu sollen die Ereignisse um das Jahr 1968 nicht im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen. «1968» – so meine These – war weniger ein Auslöser als ein Katalysator für einen Prozess der Problematisierung von Jugend und für jugendpolitische Forderungen, die schon Ende der 1950er-Jahre eingesetzt hatten.³⁷

Die starke Konzentration der Forschung auf Jugendkultur und Protestverhalten ist insofern problematisch, als sich Jugendliche nicht auf bestimmte Subkulturen und Protestformen reduzieren lassen. Ein Kritikpunkt lautet deshalb, dass die Geschichtswissenschaft mit dem Fokus auf Jugendkrawallen und Phänomenen wie den «Halbstarken» die zeitgenössische – zumeist einseitige – Perspektive auf die Jugendlichen übernimmt.³⁸ Da der Blick der Historikerinnen und Historiker so stark durch die Brillen der Zeitgenossen erfolgt, scheint es umso wichtiger, den Fokus vermehrt auch auf die Zeitgenossen selbst und die Linsen zu richten, durch welche sie Jugend betrachteten. Wie nahmen erwachsene Politiker, Journalistinnen oder Wissenschaftler Jugendliche wahr? Und von welchen normativen Vorstellungen wurden ihre Sichtweisen geleitet?

Für die Schweiz stellt die historische Aufarbeitung der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Problematisierung von Jugend ein Forschungsdesiderat dar. Neben einigen älteren und unveröffentlichten Lizenziatsarbeiten³⁹ stammt eine Studie, welche Darstellungen von Generationenbeziehungen, Kindheit und Jugend in der Schweiz unter anderem in Schulbüchern, pädagogischen Zeitschriften sowie in Gemälden untersucht, von der Erziehungswissenschaftlerin Monika Wicki.⁴⁰ Sie kommt zum Schluss, dass sich der Blick auf Kinder und Jugendliche stets zwischen den Polen Schutz und Autonomie bewegte, im Laufe des 20. Jahrhunderts jedoch der Schutz wichtiger wurde.⁴¹ Die folgenden Ausführungen werden zeigen, dass die Jugenddebatten vielschichtiger sind und zum Beispiel unterschieden werden muss zwischen jugendpolitischen Prämissen und deren Umsetzung in der Praxis. So wurden Konzepte wie Partizipation und Autonomie ab Ende der 1960er-Jahre zu populären jugendpolitischen Konzepten, während in der Umsetzung eine schutzorientierte Jugendhilfepolitik weiter dominierte.

36 Einer solchen Argumentation bedient sich etwa Frossard 2003, S. 1. Ähnlich Wettstein 1989, S. 38.

37 Studien, welche die Bedeutung von 1968 als Zäsur hinterfragen: Schildt/Siegfried 2009; Poiger 2000. Vgl. dazu auch Tagungsbericht HT 2004; ebenso Brown 2012; Marwick 1998, S. 8.

38 Levens 2010, S. 422, 429; ebenso Stremmel 2007, S. 28.

39 Däster 1996; Achermann 1986.

40 Wicki 2008. Es handelt sich um eine Dissertation, die Wicki im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) 52 «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel» geschrieben hat. Zum NFP 52 Oelkers 2005; Schultheis/Perrig-Chiello/Egger 2008.

41 Wicki 2008, S. 324, 256.

«Anormale» Jugendliche

Ein für die Schweiz besser erforschter Bereich ist die Jugendfürsorge und -hilfe. Es existieren dazu verschiedene Untersuchungen zur Entstehung und zum Ausbau der Kinder- und Jugendfürsorge in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie Fallstudien zu einzelnen Kantonen, Städten sowie privaten Einrichtungen.⁴² Sie zeigen, dass Jugendliche um die Jahrhundertwende in den Fokus staatlicher und privater Akteure rückten und die Vorstellung aufkam, dass sie spezielle Aufmerksamkeit und Strukturen benötigten. Es entstanden staatliche und private Institutionen, die sich mit sogenannten gefährdeten, problematischen, verwahrlosten und kranken Jugendlichen beschäftigten. Besonders erwähnenswert ist die jüngst erschienene Dissertation von Sara Galle zum «Hilfswerk Kinder der Landstrasse» der Pro Juventute, welche einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Jugendfürsorge leistet.⁴³ Intensiv erforscht werden in diesem Bereich aktuell Fremdplatzierungen, administrative Versorgungen und weitere fürsorgerische Zwangsmassnahmen, die auch Kinder und Jugendliche betrafen. In diesem Forschungsfeld entstehen zur Zeit zahlreiche Projekte und seit 2016 arbeitet eine vom Bundesrat beauftragte unabhängige Expertenkommission die administrativen Versorgungen in der Schweiz auf.⁴⁴

Der hier kurz skizzierte Forschungsbereich beschäftigt sich hauptsächlich mit sogenannten auffälligen oder gefährdeten Jugendlichen, häufig mit solchen aus der Unterschicht und insgesamt vor allem mit Jugendlichen, die in irgendeiner Form als «anormal» galten. Bis anhin wenig Beachtung fand hingegen, dass im Laufe der 1960er-Jahre in wachsendem Masse auch sogenannte normale Jugendliche das Interesse von Wissenschaftlern, Politikerinnen und weiteren Akteuren weckten und Jugend als Altersgruppe an sich thematisiert, problematisiert und untersucht wurde. An diese «normalen» Jugendlichen richteten sich die während der 1970er-Jahre geschaffenen jugendpolitischen Institutionen, wie etwa die EKJ oder der Zürcher Beauftragte für Jugendfragen.

42 Aufschlussreiche Studien zur Entstehung der modernen Kinder- und Jugendfürsorge in der Schweiz sind Jenzer 2014; Hauss/Ziegler 2013; Wilhelm 2005; Wilhelm 2002; Ramsauer 2000. Desiderato/Lengwiler/Rothenbühler 2008 untersuchen die Geschichte des Amtes für Jugend und Berufsberatung im Kanton Zürich. Müller 1996 untersucht die Geschichte des Jugendamtes der Stadt Zürich. Wettsteins bereits ältere Studie liefert einen Überblick über die Jugendarbeit in der Schweiz. Wettstein 1989.

43 Galle 2016.

44 Die Forschungsergebnisse der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Versorgungen werden im Laufe des Jahres 2019 publiziert. Einen aktuellen Forschungsüberblick über den Themenbereich Verding- und Heimkinder bieten Lengwiler/Hauss/Gabriel et al. 2013. Eine Übersicht über Forschungsprojekte zu fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in der Schweiz findet sich zudem auf der Website der UEK Administrative Versorgungen: http://uek-administrative-versorgungen.ch/wp-content/uploads/2016/07/Liste_nationale_Forschungsprojekte_2016_07_08.pdf.

Jugend im Kontext der unmittelbaren Nachkriegszeit

Weitere Felder, welche die vorliegende Studie berührt, sind die Jugendforschung und die Jugendpolitik. Ein guter Überblick über die transnationale Ideen- und Theoriesgeschichte der Jugendforschung im 20. Jahrhundert findet sich bei Heinz Abels und Hartmut Griese.⁴⁵ Deren Arbeiten sind nützlich, um die von mir untersuchten Jugendstudien theoretisch-analytisch zu verorten. Interessant für die vorliegende Untersuchung sind weiter Forschungsarbeiten, welche empirische Jugendstudien, jugendpolitische Bestrebungen und die gesellschaftliche Wahrnehmung und Problematisierung von Jugend in Verbindung zueinander setzen. Während solche Verschränkungen für die Schweiz von der historischen Forschung noch nicht explizit aufgegriffen und systematisch untersucht wurden, sind hierzu in jüngster Zeit insbesondere zu Frankreich verschiedene Studien erschienen. Zu erwähnen sind etwa die Arbeiten von Ludivine Bantigny und Richard Ivan Jobs, die aufzeigen, wie Jugend in Frankreich ab den 1950er-Jahren zu einem Objekt von intensiven wissenschaftlichen, politischen und medialen Reflexionen wurde, wie die zahlreichen empirischen Studien Jugend zu einem gesellschaftlichen Problem stilisierten und damit der Ruf nach einer Jugendpolitik einherging.⁴⁶ Sowohl Bantigny wie auch Jobs deuten die Problematisierung von Jugend in den 1950er- und 60er-Jahren, die intensive Wissensproduktion und die Forderungen nach einer Jugendpolitik vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs: Die intensive Beschäftigung mit Jugend sei Ausdruck der Sorge um dessen Aus- und Nachwirkungen auf Jugendliche gewesen.⁴⁷ Den Jugendlichen, so eine weitere verbreitete Forschungsmeinung, sei in den kriegsversehrten Ländern nach dem Krieg eine wichtige Funktion im Bruch mit der Vergangenheit und in der Gestaltung einer neuen, demokratischen Zukunft zugekommen.⁴⁸ Dieses dominanten Narrativs bedienen sich insbesondere auch Studien zu Deutschland, die Jugend im Kontext der Um-erziehung («Reeducation») und der Vergangenheitsbewältigung nach dem Zweiten Weltkrieg behandeln. Inspirierend und eine gute Vergleichsperspektive für die vorliegende Arbeit ist die 2010 erschienene Dissertation des Historikers Philip Jost Janssen, in der er Jugend als Schlüsselkategorie für das Selbstverständnis der jungen BRD untersucht.⁴⁹ Er analysiert die soziologische und psychologische Jugendforschung und zeigt, wie deren Aufmerksamkeit vor allem der Frage gegolten hat, was von der nationalsozialistischen Indoktrination übrig geblieben sei.⁵⁰

45 Abels 1993; Griese 2007; Griese/Mansel 2003, S. 169–194. Ältere Studien von Dudek und von von Bühler bieten einen Überblick über die Entstehung der Jugendforschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Dudek 1990a, Dudek 1990b; von Bühler 1990. Eine Reihe von Studien zu Jugendforschung und Jugendpolitik hat Hornstein verfasst, zum Beispiel Hornstein 1999; Hornstein 1996; Hornstein 1987; Hornstein 1982.

46 Bantigny 2007; Jobs 2007.

47 Bantigny 2007, S. 202.

48 Vgl. dazu zum Beispiel die Tagung «Making Moral Citizens – Democracy, Maturity and Authority in Postwar Western Europe». Tagungsbericht von Stöckmann/Norwig 2012. Eine solche Deutung findet sich weiter bei Rahden 2010; Fisher 2007, S. 4; Jobs 2007, S. 52, 93.

49 Janssen 2010. Vgl. auch Fisher 2007.

50 Janssen 2010, S. 19.

Die vorliegende Untersuchung fragt danach, wie Jugend in der vom Zweiten Weltkrieg weitgehend unversehrten Schweiz thematisiert und welche gesellschaftliche Funktion ihr zugeschrieben wurde. Die folgenden Ausführungen werden herausarbeiten, dass in der Schweiz nach 1945 in Bezug auf Jugend weniger eine Bruchsemantik vorherrschte, wie es die erwähnten Studien zu Deutschland oder Frankreich feststellen, als eine Rhetorik, die Kontinuitäten über das Kriegsende hinaus betonte. Dabei kann auf der Dissertation von Nadine Ritzer zur Schweizer Volksschule im Kalten Krieg aufgebaut werden.⁵¹ Ritzer untersucht die Schule als Vermittlerin typischer Schweizer Werte in der Abwehr gegen den sowjetischen Kommunismus und berührt dabei am Rande auch die Frage nach normativen Konzepten von Jugend. Sie zeigt, dass Jugend in der durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs, durch den Kalten Krieg sowie durch Modernisierung und Individualisierung bedrohten nationalen Gemeinschaft kulturelle Kohärenz stiften sollte.⁵²

Für die Schweiz fehlt im Bereich der Jugendforschung und -politik eine fundierte historische Aufarbeitung.⁵³ Neben älteren Artikeln⁵⁴ existieren wenige neuere Untersuchungen zur kantonalen und städtischen Jugendpolitik, darunter ein Band von Stanislas Frossard zur Entstehung und Entwicklung einer Jugendpolitik in den Kantonen⁵⁵ sowie eine Anzahl parlamentarischer und administrativer Berichte.⁵⁶ Zu zentralen Akteuren der ausserschulischen Jugendarbeit wie etwa der SAJV gibt es neben älterer Literatur⁵⁷ einige Festschriften oder Jubiläumsbroschüren, die allerdings stark institutionsgebunden sind.⁵⁸ Auch zur Jugendforschung in der Schweiz gibt es vor allem administrative Berichte.⁵⁹ Diese Arbeiten sind hilfreich, um Ereignisse und Institutionen zu rekonstruieren, ihnen fehlt indessen eine kulturhistorische Dimension, wie sie im Zentrum dieser Untersuchung liegt.

Geschichte der Soziologie

Da in der Erarbeitung der hier untersuchten Jugendstudien Soziologen eine wichtige Rolle spielten, berührt die vorliegende Arbeit auch Untersuchungen zur Geschichte der Soziologie in der Schweiz. Sie ist erst ansatzweise erforscht.⁶⁰ Pionierarbeit leisteten Markus Zürcher mit seiner Dissertation zu den Anfängen der Soziologie in der Schweiz von 1890 bis 1945 sowie Helen Stotzer mit einer

⁵¹ Ritzer 2015.

⁵² Ebd., S. 185.

⁵³ Die Verfasserin der vorliegenden Arbeit hat Teilergebnisse ihrer Dissertation, die primär den Wandel im Politikfeld Jugend betreffen, vorab in einem Aufsatz publiziert: Bühler 2016.

⁵⁴ Criblez/Spadarotto 1987; Blancpain/Schmid 1985.

⁵⁵ Frossard 2003.

⁵⁶ Zum Beispiel Desiderato/Lengwiler/Rothenbühler 2008; Eidgenössische Kommission für Jugendfragen 2000.

⁵⁷ Mugglin 1983.

⁵⁸ Schudel 2006; Schudel 2005; Eugster 2003; Pro Juventute 2002.

⁵⁹ Stalder 1999.

⁶⁰ Ein aktueller Überblick über dieses Forschungsgebiet findet sich bei Weber 2014, S. 17 f.

Mikrostudie zur Geschichte der Soziologie an der Universität Bern.⁶¹ Besonders erwähnenswert und für die vorliegende Arbeit inspirierend ist die Dissertation von Koni Weber.⁶² Er lotet anhand einer soziologischen Meinungsumfrage anlässlich der Landesausstellung 1964 das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik aus und kann dabei unter anderem zeigen, wie die Gesellschaftsdeutung der Soziologen auf politischen Widerstand stiess und zu Konflikten führte. An diese Studie kann in verschiedener Hinsicht angeknüpft werden: Sie bietet eine wichtige Grundlage für die Geschichte der Soziologie in der Schweiz, für Überlegungen zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik sowie für die Analyse der Methoden zur Produktion von Wissen.

Die erwähnten Studien erweitern die Geschichte der Soziologie in der Schweiz, die lange Zeit vor allem von Soziologen selbst geschrieben worden ist.⁶³ Diese haben die Position ihrer Disziplin in der Schweiz als schwach dargestellt. Lange Zeit habe kaum Nachfrage nach soziologischem Wissen bestanden und die Disziplin sei als «Ideologiewissenschaft» verrufen gewesen.⁶⁴

Demgegenüber stehen Studien, welche die Entwicklung der Sozialwissenschaften in anderen westlichen Ländern untersuchen. Sie orientieren sich häufig an Lutz Raphaels Aufsatz zur «Verwissenschaftlichung des Sozialen»,⁶⁵ in dem er den zunehmenden Einfluss humanwissenschaftlicher Expertinnen und Experten, ihrer Sichtweisen und Forschungsergebnisse auf Regierungen, Verwaltungen, Parlamente und soziale Gruppen als strukturierendes Merkmal westlicher Industriestaaten im ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert beschreibt.⁶⁶ Er geht davon aus, dass ab den 1950er- und 60er-Jahren insbesondere Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler zu Experten von Regierungen und Behörden und die Soziologie zu einer «Leitwissenschaft der modernen Welt»⁶⁷ wurden.⁶⁸ Dies gilt speziell für den Untersuchungsgegenstand Jugend, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend zu einer Domäne der Soziologinnen und Soziologen geworden sei.⁶⁹

Meine Analyse der Schweizer Jugendstudien ergibt von den beteiligten Soziologen ein ambivalenteres Bild, welches weder dem Narrativ der Soziologen

61 Zürcher 1995a; Stotzer 2002. Thematisiert wird die Institutionalisierung der Sozialwissenschaften in der Schweiz auch bei Jost 2007a und Jost 2007b.

62 Weber 2014.

63 Wichtige Studien von Soziologen über die Geschichte der Soziologie in der Schweiz sind Atteslander 1966; Levy 1989; Geser/Höpflinger 1980.

64 Atteslander 1966, S. 14. Dieses Argument findet sich weiter bei Honegger/Jost/Burren et al. 2007a. Besonders differenziert wird es bei Weber 2014, S. 19, thematisiert.

65 Raphael 1996. Aktuelle Studien zu diesem Ansatz sind Reinecke/Mergel 2012 und Brückweh/Schumann/Wetzell et al. 2012. Für die Schweiz erschien 2007 ein Sammelband, der die Interaktionen zwischen wissenschaftlichen Institutionen und dem Staat in der Schweiz thematisiert: Honegger/Jost/Burren et al. 2007a.

66 Vgl. hierzu auch Kuchenbuch 2013.

67 Nolte 2000, S. 16.

68 Raphael 1996, S. 117.

69 Aufschlussreich hierzu Janssen 2010, S. 61, 149; vgl. hierzu auch Mitterauer 1986, S. 17.

noch der «Verwissenschaftlichung des Sozialen» entspricht: Den Soziologen wurde vonseiten der Politiker und Behörden eine skeptische Haltung entgegengebracht, zugleich spielten sie in der Erarbeitung der Studien eine wichtige Rolle und verfügten über beachtliche Deutungsmacht.

Theoretische Ansätze

Im Zentrum dieser Untersuchung liegt die kulturelle Dimension von Jugend:⁷⁰ Mein Interesse gilt weniger der Frage, wie Jugendliche agierten oder welche sozialen und ökonomischen Strukturen ihr Handeln und ihr Aufwachsen prägten, sondern wie sie vorgestellt, dargestellt, gedeutet und kategorisiert wurden. Dabei lege ich den Fokus auf das Sprechen beziehungsweise Schreiben über Jugend. Das Ziel dieser Untersuchung ist es, zu zeigen, wie Jugend und «Jugendprobleme» in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in politischen Entscheidungsprozessen und im Schnittfeld von Politik und Wissenschaft konstruiert wurden. Eine derartige Perspektive negiert nicht, dass Probleme einen Realitätsbezug aufweisen und zum Beispiel auf reale Begebenheiten zurückgehen können. Sie betont aber, dass Probleme nicht einfach vorliegen und zum Beispiel der Wesensart von Jugendlichen inhärent sind, sondern dass sie immer Ergebnis von Deutungen sind.⁷¹

Für eine solche kulturhistorische Herangehensweise bieten sich Ansätze aus der historischen Diskursanalyse an, wie sie Michel Foucault geprägt hat.⁷² Diese nimmt «Redeweisen, deren Regeln und Funktionsmechanismen»⁷³ in den Blick und untersucht, was in bestimmten historischen Kontexten sagbar und denkbar ist.⁷⁴ Insofern zielt die Diskursanalyse auf den historischen Wandel von Wahrnehmungen, Denkformen und Ordnungsmustern, welche das Sprechen und Handeln historischer Subjekte leiten.⁷⁵ Die Diskursanalyse ermöglicht es, die Strukturen des Sprechens über Jugend sowie ihre Persistenz und ihren Wandel

⁷⁰ Ich beziehe mich dabei auf einen weiten, konstruktivistischen Kulturbegriff, wie ihn die neue Kulturgeschichte vertritt. Kultur wird dabei als System von Zeichen, «Sinnmustern und Bedeutungskontexten» verstanden, mit denen Gesellschaften ihre Umwelt versehen. Dies im Gegensatz zur älteren Kulturgeschichte, die sich vor allem auf eine Hoch- oder Oberschichtkultur bezogen hat. Landwehr 2009, S. 12; Merki 2008, S. 483 f.

⁷¹ Dazu Best 2008, S. 14. Zum Spannungsfeld zwischen der Konstruktion sozialer Wirklichkeit und der «Konkretheit gesellschaftlicher Wirklichkeit» bei Foucault aufschlussreich ist Sarasin 2012, S. 170.

⁷² Zur historischen Diskursanalyse zentral: Landwehr 2010; Landwehr 2009; Landwehr 2008; Sarasin 2011; Sarasin 2007; Eder 2006. Mit Eder verstehe ich Diskurse als «Praktiken [...], die Aussagen zu einem bestimmten Thema systematisch organisieren und regulieren und damit die Möglichkeitsbedingungen des (von einer sozialen Gruppe in einem Zeitraum) Denk- und Sagbaren bestimmen». Eder 2006, S. 13. Ein Diskurs ist insofern ein «Regelsystem, welches alle möglichen Aussagen hervorbringt und unmögliche verbietet». Eder 2006, S. 11.

⁷³ Schöttler 1997, S. 139.

⁷⁴ Landwehr 2008, S. 21, 77. Vgl. Sarasin 2011, S. 164.

⁷⁵ Sarasin 2007, S. 200.

zu erfassen.⁷⁶ Zu diesem Zweck gilt es, nach Wiederholungen zu fragen, welche die diskursiven Regeln eines Diskurses bilden.⁷⁷

Zur Analyse der Wissensproduktion zu Jugend orientiere ich mich an der neueren Wissenschaftsforschung, deren Fokus sich seit den späten 1970er-Jahren weg von wissenschaftlichen Entdeckungen, Theorien und Ergebnissen und hin zur Durchführung von Forschung verschoben hat. Es entstand das Bewusstsein, dass auch wissenschaftliches Wissen Resultat eines Konstruktionsprozesses ist, und es rückte seine Verschränkung mit dem sozialen, politischen und gesellschaftlichen Kontext ins Zentrum.⁷⁸ Von dieser theoretischen Warte aus betrachtet, wird wissenschaftliches Wissen als voraussetzungsreiches soziales Produkt untersucht, das beeinflusst wird von den «sozial und kulturell bedingten Wahrnehmungsmustern der an ihrer Entstehung und Rezeption beteiligten Menschen»⁷⁹ ebenso wie von technischen und materiellen Faktoren.⁸⁰ Die neuere Wissenschaftsforschung konzentrierte sich lange Zeit auf naturwissenschaftliche, medizinische und technische Studien. Seit einiger Zeit rücken auch die Sozial- und Geisteswissenschaften ins Blickfeld der Forschung.⁸¹

Weiter löste sich auch die in der alten Wissenschaftsforschung klare Trennlinie zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Wissen auf.⁸² Inspirierend erscheinen hierbei vor allem Arbeiten, die angestossen wurden durch den bereits erwähnten, von Lutz Raphael 1996 verfassten und wegweisenden Aufsatz zur «Verwissenschaftlichung des Sozialen».⁸³ Diese Perspektive erweist sich als fruchtbar, um Verschränkungen zwischen Wissenschaft und Politik in den Blick zu nehmen und zu fragen, wie in konfliktgeladenen, von Umwegen und Hindernissen geprägten Prozessen Wissen zu Jugend produziert wurde und wie dieses wiederum politische Praktiken beeinflusste.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen jedoch nicht ausschliesslich wissenschaftliche Untersuchungen zu Jugend oder die Geschichte bestimmter Disziplinen der Jugendforschung, wie Jugendpsychologie oder -soziologie, sondern eine breite gesellschaftliche und in weiterem Sinne kulturelle Auseinandersetzung mit Jugend. Es geht um Wissen, an dessen Produktion so unterschiedliche Akteure wie Politikerinnen, Behördenmitglieder, Journalistinnen und Wissenschaftler beteiligt waren, und um die gesellschaftliche Zirkulation dieses

⁷⁶ Vgl. Landwehr 2008, S. 167; Sarasin 2007, S. 210.

⁷⁷ Sarasin 1996, S. 144.

⁷⁸ Reinecke/Mergel 2012, S. 12; Weingart 2003. Einen Überblick zur aktuellen Wissenschaftsforschung bieten Speich Chassé/Gugerli 2012, S. 91; Rheinberger 2007, S. 119–130; Overath 2005, S. 1. Zum «practice turn» Pickering 1995.

⁷⁹ Brumberg 2012, S. 129.

⁸⁰ Pickering 1995, S. 10. Aufschlussreich hierzu etwa Dommann 2003, S. 23.

⁸¹ Speich Chassé/Gugerli 2012, S. 93; Felt 2000, S. 178.

⁸² Jost 2007a, S. 31.

⁸³ Raphael 1996. Zu diesem Ansatz sind 2012 zwei Sammelbände erschienen: Reinecke/Mergel 2012 und Ziemann/Wetzell/Schumann et al. 2012. Für die Schweiz erschien 2007 ein Sammelband, der die Interaktionen zwischen wissenschaftlichen Institutionen und dem Staat in der Schweiz thematisiert: Honegger/Jost/Burren et al. 2007a.

Wissens. Insofern sind in dieser Arbeit auch Perspektiven der Wissensgeschichte wichtig, die den Blick auf die Verschränkung von wissenschaftlichen und alltagskulturellen Deutungsweisen richten.⁸⁴

Quellen

Um die Thematisierung von Jugend an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit zu untersuchen, ist ein breites und heterogenes Quellenkorpus nötig. Dieses lässt sich grob in drei Bereiche gliedern: massenmediale Quellen, die Jugendstudien und Archivmaterial, das die Entstehung der Studien dokumentiert.

Der erste Bereich umfasst massenmediale Quellen, mit denen sich die gesellschaftliche Thematisierung und Wahrnehmung von Jugend untersuchen lässt. Da Konstrukte wie «Gesellschaft» oder «Öffentlichkeit» schwer zu fassen sind und sich die öffentliche Wahrnehmung von Jugend nicht direkt oder umfassend in den Quellen abbildet, muss sich die Historikerin auf einen Teilbereich beschränken. Eine theoretische Hilfestellung bieten hier die Medienwissenschaften, die Öffentlichkeit als Forum verstehen, in dem Informationen und Meinungen ausgetauscht werden.⁸⁵ Dieses Kommunikationssystem wird gemäss der Medienwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zu einem grossen Teil über die Massenmedien materialisiert und durch sie hergestellt.⁸⁶ Aus diesem Grund beschränke ich mich für die Analyse der gesellschaftlichen Wahrnehmung, Thematisierung und Problematisierung von Jugend primär auf massenmediale Quellen. Ausgewählt wurden dazu serielle Quellen, wie Zeitungen und Zeitschriften, denen in der Herstellung von Öffentlichkeit eine wichtige Rolle zukam,⁸⁷ sowie populärwissenschaftliche Periodika und Broschüren, welche sich an ein breites Publikum wandten. Zur Auswahl der Zeitungsartikel habe ich auf die thematisch angelegten Sammlungen dreier Archive zurückgegriffen. Das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich hat seit 1945 alle Tageszeitungen aus der Deutschschweiz zu bestimmten Themen – darunter Jugend, Jugendkulturen oder Jugendpolitik – systematisch ausgewertet und dazu eine Sammlung von Zeitungsartikeln angelegt.⁸⁸ Auch in der Bibliothek des Stadtarchivs Zürich wurden seit den 1950er-Jahren Zeitungsausschnitte zu verschiedenen Themen – darunter auch zu «Jugend» – gesammelt.⁸⁹ Schliesslich findet sich auch im Schweizeri-

84 Einen guten Überblick zur Wissensgeschichte liefern Speich Chassé/Gugerli 2012, S. 94; Sarasin 2011, S. 164.

85 Strohmeier 2004, S. 76.

86 Schade/Scherrer 2012, S. 140; Hickethier 2003, S. 203; Führer/Hickethier/Schildt 2001, S. 2.

87 Dazu Strohmeier 2004, S. 72.

88 Für diese Arbeit wurden aus der Sachdokumentation des Sozialarchivs folgende Artikelsammlungen beigezogen: ZA 04.1 Kinder, Kindheit, Jugendliche, Jugend; ZA 04.11 Jugendkulturen, jugendliche Subkultur; ZA 04.2 Jugendbewegungen, Jugendorganisationen; ZA 67.4 Jugendpolitik, Jugendhilfe; ZA 36.3 Jugendunruhen; ZA 75.2 Jugendarbeitslosigkeit.

89 StArZH, Zeitungsausschnittsammlung Zg «Jugend». Die Zeitungsartikelsammlung zum Sachbegriff «Jugend» umfasst folgende Themenbereiche: Jugendhaus, -parlament, -unruhen, -banden, Jugend: allgemein.

schen Bundesarchiv in Bern eine Dokumentation des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern mit Zeitungsartikeln zu verschiedenen Themen der eidgenössischen sowie der kantonalen Politik seit 1966 aus der deutschen und der französischsprachigen Schweiz, darunter zu «Jugendfragen».⁹⁰ Die in diesen Archiven erfassten Artikel zu Jugend wurden integral untersucht. Obwohl nicht immer rekapituliert werden kann, nach welchen Kriterien die Auswahl der Artikel zustande kam, liefert die Berücksichtigung dreier Sammlungen insgesamt ein breites, ausgewogenes Korpus zur medialen Berichterstattung über Jugend im Untersuchungszeitraum, das Zeitungen verschiedener Regionen und unterschiedlicher politisch-ideologischer Ausrichtung abdeckt. Zum Korpus gehören überregionale Zeitungen wie die freisinnig-liberale *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) und der parteipolitisch ungebundene *Tages-Anzeiger*, die Wochenzeitung *Die Weltwoche* sowie die Boulevardzeitung *Blick*, weiter regional ausgerichtete Zeitungen aus dem linken, sozialdemokratischen Spektrum wie das sozialdemokratische *Volksrecht* oder die St. Galler *Volksstimme*. Aus dem katholisch-konservativen Umfeld sind das Luzerner *Vaterland* und die *Neuen Zürcher Nachrichten* vertreten. Das Korpus enthält weitere Printmedien wie die von Gottlieb Duttweiler gegründete und mit dem Landesring der Unabhängigen (LdU) in starker Verbindung stehende Zeitung *Die Tat*, die linksliberale *National-Zeitung* aus Basel sowie die als liberal geltenden Tageszeitungen *Der Landbote* und das *St. Galler Tagblatt*.⁹¹ Zur Ergänzung habe ich Artikel der *Gazette de Lausanne* und des *Journal de Genève* beigezogen.⁹²

Neben Zeitungsartikeln wurden weiter illustrierte Zeitschriften berücksichtigt. Den Unterhaltungsmedien zuzurechnen, können illustrierte Zeitschriften als Akteure der in der Nachkriegszeit an Relevanz gewinnenden Konsumindustrie betrachtet werden. Sie behandelten ein weites Spektrum an aktuellen gesellschaftspolitischen Themen und fanden in der Nachkriegszeit grosse Verbreitung.⁹³ Im Zeitschriftenarchiv der Zentralbibliothek Zürich wurde systematisch die auflagenstarke und bürgerlich orientierte *Schweizer Illustrierte*⁹⁴ untersucht, welche den Fokus mehrheitlich auf Unterhaltung, Katastrophen und Prominente aus dem Showbusiness und der Politik legte,⁹⁵ sowie die *Schweizer Familie*, deren Zielpublikum bereits im Namen ersichtlich wird und die regelmässig über Ju-

90 Bestand: BAR, J2.300-01#171.1. Zur Dokumentation des Instituts für Politikwissenschaft Bern Freymond/March 2013, S. 300, sowie die Website des Jahrbuchs APS, <https://anneepolitique.swiss>.

91 Zur politischen Ausrichtung dieser Zeitungen Kreis 2014, S. 391; Bollinger 2013, S. 206; Huber 2013, S. 743; Brassel-Moser 2010, S. 98; Bürgi 2008, S. 566; Bollinger 2003b, S. 493.

92 Das Archiv dieser Zeitungen ist vollständig digitalisiert online zugänglich, www.letempsarchives.ch. Auch in der Dokumentation des Instituts für Politikwissenschaft Bern im Bundesarchiv finden sich Artikel aus Westschweizer Zeitungen.

93 Zu Illustrierten Schildt 2001, S. 8.

94 Schnetzer 2009, S. 19. Die 1911 gegründete *Schweizer Illustrierte Zeitung* wurde 1965 in *Schweizer Illustrierte* umbenannt. 1972 fusionierte sie mit dem Ringier-Magazin *Sie und Er*. Scherrer 2012, S. 290.

95 Hediger 2004, S. 74 f.

gendthemen berichtete. Vor allem im grossen Beratungsteil der Zeitschrift wurden Jugendfragen und -probleme thematisiert. Weiter wurde die politisch links ausgerichtete, vom Schweizerischen Arbeiterbildungsausschuss herausgegebene und wöchentlich erscheinende Zeitschrift *Der Aufstieg. Die illustrierte Schweizerische Familien-Zeitschrift für das arbeitende Volk* sowie die katholisch-konservative Zeitschrift *Der Sonntag*,⁹⁶ welche sich vor allem an eine katholische und ländliche Leserschaft richtete, analysiert. Auch sie brachte regelmässig Jugendfragen auf, etwa in der Beratungsrubrik «Macht euch keine Sorgen, liebe Eltern!»,⁹⁷

Weiter wurde das Korpus um populärwissenschaftliche Broschüren, Druckschriften und Periodika zum Thema Jugend erweitert, die sich nicht ausschliesslich an ein Fachpublikum, sondern an eine interessierte Leserschaft richteten und über die Fachdiskussionen an ein breites Publikum drangen. Für die Auswahl von Broschüren und Druckschriften orientierte ich mich am grossen Bestand solcher Schriften, der sich im Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich findet. Hier habe ich die entsprechenden thematischen Dossiers mit Kleinschriften und Broschüren sowie alle im Katalog des Sozialarchivs erfassten und im Untersuchungszeitraum publizierten Titel, die sich in irgendeiner Form mit Jugend befassten, systematisch gesichtet.⁹⁸ Zu den untersuchten Periodika gehört die Zeitschrift *Schweizerische Monatsschrift für Jugendhilfe* der Pro Juventute. Punktuell beigezogen habe ich zudem Lehrerzeitschriften, darunter die Zeitschrift *Schule und Elternhaus*, die das Schulamt der Stadt Zürich herausgab und sich an die Eltern der Volksschüler richtete, und aus der Westschweiz *L'instruction publique en Suisse*. Ebenso die zwei bedeutendsten Lehrerzeitschriften der Deutschschweiz: Die *Schweizerische Lehrerzeitung. Zeitschrift für Bildung, Schule und Unterricht*, die vom Schweizerischen Lehrerverein herausgegeben wurde, und die *Schweizer Schule*, das Organ des Katholischen Lehrervereins Schweiz.⁹⁹ Auch diese Periodika geben Auskunft über in der Öffentlichkeit verbreitete Sichtweisen, Normvorstellungen oder Problematisierungen bezüglich Jugend. Anhand dieser Quellen werden die diskursiven Muster, Strukturen und die Regeln des Redens über den Gegenstand Jugend herausgearbeitet. Hierzu werden die Texte nach Regelmässigkeiten und Gemeinsamkeiten, das heisst nach Wiederholungen von Themen und Argumentationen, aber auch nach Brüchen untersucht.

Ein zweiter Bestandteil des Quellenkorpus sind die in gedruckter Form vorliegenden Jugendstudien: *Jugend und Gesellschaft*¹⁰⁰ der NSUK, *Überlegungen*

96 Bollinger 2007, S. 585 f.

97 Diese Illustrierten sind in der Nationalbibliothek in Bern archiviert. Ab den 1970er-Jahren wurde *Der Sonntag* progressiver. Hediger 2004, S. 89, 93.

98 Folgende thematischen Dossiers wurden im Sozialarchiv angeschaut: QS 04.1 Kinder, Kindheit, Jugendliche, Jugend; QS 04.1.1 Jugendkulturen, jugendliche Subkulturen; QS 04.2 Jugendbewegungen, Jugendorganisationen; QS 67.4 Jugendpolitik, Jugendhilfe.

99 Hierzu Ritzer 2015, S. 40 f.

100 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971.

und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik¹⁰¹ der Studiengruppe des EDI, *Zur Unrast der Jugend*¹⁰² der Zürcher Externen SKJ. Diese Studien wurden auf zentrale Themen, Motive, Argumentationsweisen und Schlussfolgerungen hin untersucht. Zudem wurden ihre jugendpolitischen Entwürfe und der verwendete Jugendbegriff analysiert.

Untersucht wurde drittens Archivmaterial derjenigen Kommissionen und Gremien, welche diese Studien verfassten oder in Auftrag gaben und die jugendpolitischen Modelle erarbeiteten. Viele dieser Akten wurden zum ersten Mal analysiert. Im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern finden sich der Bestand der NSUK¹⁰³ sowie umfangreiches Material zur Studiengruppe des EDI,¹⁰⁴ darunter die Sitzungsprotokolle der beiden Gremien, Korrespondenzen, strategische Papiere, handschriftliche Notizen, Zuschriften von Privatpersonen sowie Pressemitteilungen und -artikel sowie weitere interne Dokumente rund um die Entstehung der untersuchten Studien. Ein ähnlich umfangreicher Bestand findet sich im Stadtarchiv Zürich zur Externen SKJ.¹⁰⁵ Diese Akten erlauben Einsicht in die Vor- und Entstehungsgeschichte der Jugendstudien und die damit verbundenen Konflikte und sie liefern Erkenntnisse über die Aushandlungsprozesse und Reformdebatten rund um eine Jugendpolitik.

Für die Frage nach der Rezeption der Studien wurden das umfangreiche Archivmaterial zum Vernehmlassungsverfahren zum Bericht der Studiengruppe des EDI sowie massenmediale Quellen, welche die Reaktionen auf die Studien dokumentieren, beigezogen. Die Akten zur Bestellung und Gründung der EKJ geben zudem Auskunft über die Umsetzung jugendpolitischer Reformen auf Bundesebene. Zur Ergänzung dieser Akten wurden auch amtliche Publikationen beigezogen. Darunter das *Amtliche Bulletin*, in dem die Debatten des National- und Ständerats publiziert werden,¹⁰⁶ sowie Protokolle des Zürcher Stadt-, Kantons- und Gemeinderates.¹⁰⁷

¹⁰¹ Bericht Studiengruppe des EDI 1973.

¹⁰² Blancpain/Häuselmann 1974.

¹⁰³ BAR, E9500.1* Nationale Schweizerische Unesco-Kommission, Zentrale Ablage.

¹⁰⁴ Hier vor allem wichtig BAR, E3001B#1982/40#271* Studiengruppe für Fragen einer schweiz. Jugendpolitik; Sekretariat, 1972.

¹⁰⁵ Bestände V.B.a.39 Externe SKJ. Protokoll inkl. Akten und Berichte (1968–1974), und V.B.c.64:13.3 Präsidialabteilung, Akten und Materialien: Sozialamt/Wohlfahrtsamt: Jugendprobleme (1955–1995).

¹⁰⁶ Das *Amtliche Bulletin* dokumentiert die Debatten in National- und Ständerat seit 1891. Bis 1971 enthält es nur Verhandlungen der beiden Räte zu referendumsfähigen Erlassen, ab 1971 handelt es sich um Wortprotokolle. Informationen hierzu: www.bar.admin.ch/bar/de/home/recherche/suchen/suchmaschinen-portale/amtsdruckschriften.html.

¹⁰⁷ Die Protokolle von Stadt- und Gemeinderat finden sich im Stadtarchiv Zürich. Die Protokolle des Gemeinderats liegen in publizierter Form vor, für die Protokolle des Stadtrats braucht es ein Einsichtsgesuch. Die gedruckten Protokolle des Kantonsrats sind im Staatsarchiv Zürich frei zugänglich.

Aufbau

Die Dissertation umfasst neben Einleitung und Schluss fünf Kapitel (Kapitel 2–6).

Kapitel 2 und 6 bilden die Klammer; im Zentrum beider Kapitel steht die gesellschaftliche Thematisierung und Wahrnehmung von Jugend in einer breit konzipierten medialen Öffentlichkeit. Kapitel 2 umfasst einen Grossteil des Untersuchungszeitraums von 1945 bis 1973/74, als die letzten der hier untersuchten Studien erschienen. Das Kapitel verfolgt drei Aspekte: Erstens wird nach normativen Konzepten von Jugend gefragt und dabei auch die enge Verflechtung solcher Vorstellungen mit dem gesellschaftlichen und politischen Kontext der Nachkriegszeit herausgearbeitet. Zweitens werden diese Idealbilder von Jugend an der Wahrnehmung gespiegelt, wie Jugendliche tatsächlich seien. Drittens stellt sich die Frage nach der Veränderung dieser Sichtweisen und Problemwahrnehmungen von Jugend. Der Fokus liegt dabei auf einem Mitte der 1960er-Jahre einsetzenden Wandel, in dessen Verlauf Jugendliche zunehmend als innere Fremde konstruiert und problematisiert wurden. Ich werde argumentieren, dass dieser Wahrnehmungswandel die diskursive Basis legte für Forderungen, die Jugend zu untersuchen und neue Strukturen im Politikfeld Jugend zu schaffen. Mit den Fragen nach diskursiven Regeln im Sprechen über Jugend und nach verbreiteten normativen Vorstellungen und Problemwahrnehmungen liefert das Kapitel die Grundlage für die weiteren Kapitel.

Die Bestrebungen, Jugendstudien und Reformen im Politikfeld Jugend durchzuführen, sind Thema von Kapitel 3. Im Zentrum steht die Frage, wieso ab Ende der 1960er-Jahre Jugendstudien in Gang kamen, die von staatlicher Seite initiiert oder finanziert wurden, und wieso jugendpolitische Forderungen formuliert wurden. Zu deren Einordnung bietet das Kapitel zuerst einen kurzen Überblick über Strukturen und wichtige Akteure im Politikfeld Jugend vor 1960. Anschliessend wird die Vorgeschichte der drei in dieser Arbeit zentralen Studien rekonstruiert, der Weg bis zu deren Lancierung rekapituliert und in diesem Prozess wichtige Akteure und Ereignisse beleuchtet. Eine Ausweitung der Perspektive über die nationalen Grenzen hinaus ermöglicht es, den Einfluss transnationaler Ereignisse und Einflussfaktoren herauszuarbeiten.

Inspiziert durch die neuere Wissenschaftsgeschichte sollen nicht nur die Ergebnisse dieser Studien präsentiert, sondern auch untersucht werden, wie die Autoren Wissen zu Jugend produzierten. Kapitel 4 befasst sich deshalb mit der Erarbeitung der Studien. Im ersten Teil stehen die zumeist jungen Soziologen im Mittelpunkt, welche mit den Studien betraut wurden. Diese Ausführungen zu den Verfassern der Studien bilden die Basis für den zweiten Teil, in dem analysiert wird, wie im «Hybridraum»¹⁰⁸ zwischen Politik und Wissenschaft Wissen zu Jugend entstand. Dabei interessiert die Frage nach der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und anderen Akteuren und nach der Verteilung von Kompetenzen und Deutungsmacht. Diesem Teil, der sich vor allem auf die Aus-

¹⁰⁸ Felt 2000, S. 183, 187.

handlungsprozesse zwischen den Akteuren in der Vorbereitungsphase der Studien konzentriert, folgt drittens eine Analyse dazu, wie Wissen zu Jugend produziert wurde: Welcher Untersuchungsgegenstand wurde definiert und welche Fragestellungen formuliert? Und mit welchen Methoden und Vorgehensweisen wurde Jugend untersucht?

Kapitel 5 untersucht die Inhalte der Jugendstudien. Es wird danach gefragt, welche Ergebnisse die in Kapitel 4 untersuchten Prozesse hervorbrachten und welche Schlussfolgerungen die Autoren der Studien formulierten. Weiter interessiert, welcher Argumentationsweisen sie sich dabei bedienten, von welchem Jugendbild sie geleitet wurden und aus welcher theoretisch-analytischen Perspektive sie die Studien verfassten. Es werden die jugendpolitischen Vorschläge der Studie *Jugend und Gesellschaft* und des Berichts der Studiengruppe des EDI sowie die Frage nach deren Umsetzung untersucht. Mit der Publikation der Studien erweiterte sich der Kreis, in dem Jugend und eine Jugendpolitik verhandelt wurden, erneut. Aus diesem Grund erscheint auch die Analyse der Rezeption der Studien in der Öffentlichkeit wichtig. Weiter lotet dieses Kapitel das Spannungsfeld zwischen den in den Studien präsentierten jugendpolitischen Prämissen und deren Umsetzung aus.

Kapitel 6 bildet schliesslich die Ergänzung und Fortsetzung zum ersten Teil der Diskursanalyse von Kapitel 2. Dazu setzt das Kapitel 1973/74 ein und endet 1979. Die Analyse dieses Zeitraums ermöglicht es, die Ausdifferenzierung des Sprechens über Jugend nach dem Erscheinen der Studien zu untersuchen und zeigt nochmals deutlich auf, wie eng verknüpft die Wahrnehmung von Jugend mit gesellschaftlichen Themen und Ängsten war. Mit der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er-Jahre wandelten sich Sichtweisen und Problemwahrnehmungen von Jugend erneut und die Ergebnisse der Jugendstudien galten bereits wieder als überholt.

2 Jugend in der medialen Öffentlichkeit I (1945–1973/74)

Im Spätherbst 1959 trug in Bern eine Gruppe von Jugendlichen einen Sarg durch die Stadt. Dieser trug die Aufschrift *Blick*, den Namen, der in jenem Jahr gegründeten Boulevardzeitung. Dahinter marschierten Jugendliche mit Spruchbändern wie «Blick-Schund», «Jeder Trottel liest den Blick» und «Darauf haben wir gerade noch gewartet». Die Jugendlichen trugen den Sarg zur Schützenmatte und verbrannten ihn dort zusammen mit einigen Exemplaren des *Blicks*.

Die sozialdemokratische Zeitung *Volksstimme* berichtete wohlwollend über die Kundgebung und lobte die jugendliche Initiative. Der Autor bemerkte anerkennend, dass es nach wie vor engagierte junge Menschen gebe, die sich «um Weiterbildung bemühten, die mannigfachen Interessen nachgingen, die sich um eine kulturelle Bereicherung des eigenen Daseins bemühten».¹ Damit sei «die Jugend von heute» allerdings nicht hinreichend beschrieben, hielt der Autor fest. Zur selben Stunde habe sich dem aufmerksamen Beobachter in den Bars und Tea-Rooms von Bern nämlich auch ein ganz anderes Bild geboten: «In halbdunkler Tangobeleuchtung sassen da junge Burschen und Mädchen, hörten dem ohrenbetäubenden Jazz-Lärm von Wurlitzer Musikgeräten zu, tranken Coca Cola und hatten sich wenig zu sagen.»² Der Autor kam zum Schluss, dass «die Jugend» zu schillernd und «vielgesichtig» sei, um sie pauschal zu definieren. Diese kurzen Ausschnitte aus der *Volksstimme* sagen einiges darüber aus, wie Jugend damals wahrgenommen wurde. Sie enthalten normative Vorstellungen von Jugendlichen, die in den 1950er- und 60er-Jahren verbreitet waren. So sind Jugendliche für den Autor idealerweise interessiert, engagiert, sie bilden sich weiter und lassen sich nicht von Schundliteratur und Boulevardmedien verführen. Die zitierten Stellen verweisen zudem darauf, welches Verhalten der Autor bei Jugendlichen als problematisch erachtete: passiv in schummrigen Lokalen sitzen, laute Musik hören und Softgetränke konsumieren. Die Kritik an Konsum- und Populärkultur, gepaart mit Antiamerikanismus, wie er in diesem Artikel durch die Nennung von Jazz, Wurlitzer und Coca-Cola zum Vorschein kommt, spricht Problematisierungsmuster an, wie sie insbesondere in den 1950er-Jahren virulent waren.³ Mit der Gegenüberstellung von «guten» und «schlechten» Jugendlichen weist der Artikel ein weiteres Element auf, welches das Reden über Jugend in jener Zeit strukturierte: Über derartige dichotomische Darstellungen wurden Idealbilder und Problematisierungsmuster von Jugend gebildet und verstärkt.

1 sbp. Die schlechte alte Zeit und die Jugend von Heute. In: *Volksstimme*, Nr. 267, 17. 11. 1959.

2 Ebd.

3 Ausführlich zum Antiamerikanismus Tanner/Linke 2006.

Solche Regeln des Redens über Jugend sowie Idealbilder und Problematisierungen sind Thema des vorliegenden Kapitels. Ich analysiere die gesellschaftliche Wahrnehmung und Thematisierung von Jugend und ihren Wandel in der Schweiz von 1945 bis 1973/74, also bis zu dem Zeitpunkt, als mit dem Bericht der Studiengruppe des EDI und der soziologischen Zürcher Hauptstudie *Zur Unrast der Jugend* die letzten der hier analysierten Jugendstudien erschienen. Dieser Untersuchungszeitraum orientiert sich zudem an den «trente glorieuses», der vom wirtschaftlichen Aufbruch geprägten Nachkriegszeit bis Mitte der 1970er-Jahre.⁴

In einer diskursanalytischen Vorgehensweise werde ich die Regeln, Strukturen und Gemeinsamkeiten des Redens über Jugend herausarbeiten. Ich frage danach, welche «Redeformen, Klassifikationen und Themen [...] so häufig und signifikant auf[tauchen], dass man sie als die Einschreibung einer diskursiven Regel begreifen kann».⁵ Dabei steht der überindividuelle Diskurs und weniger einzelne Sprecherpositionen und deren spezifische Argumentationslogiken im Vordergrund.

Im Zentrum von Kapitel 2.1 stehen normative Vorstellungen und Konzepte von Jugend, die in einer breiten Öffentlichkeit verhandelt wurden. Welche Verhaltensweisen Jugendlicher galten als positiv, angemessen oder wünschenswert? Und welche Eigenschaften und Praktiken sollten sie herausbilden, um zu nützlichen und «wertvollen» Mitgliedern der Gesellschaft zu werden? Während die Forschung zu anderen Ländern die Funktion von Jugend für einen politischen und gesellschaftlichen Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg betont, zeige ich, dass Jugend in der Schweiz vor allem den gesellschaftspolitischen Status quo erhalten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und dadurch Kontinuität und Stabilität garantieren sollte. Diese normativen Konzepte von Jugend veränderten sich lange Zeit kaum und blieben über «1968» hinaus stabil.

In Kapitel 2.2 untersuche ich, wie die Jugendlichen wahrgenommen wurden. Dazu gehören auch Problematisierungen, das heisst als negativ oder als problematisch erachtete Phänomene oder Verhaltensweisen. Ich argumentiere, dass neben kulturpessimistisch geprägten Problematisierungsmustern wie der «Reizüberflutung» oder dem «Freizeitproblem» bis etwa 1964 ein diskursiver Strang existierte, der Jugendliche als wenig problematisch und mehrheitlich konformistisch präsentierte. Dies ist ein Aspekt, der in der Forschung bis anhin kaum Beachtung fand.

In Kapitel 2.3 stellt sich die Frage nach Kontinuität und Wandel der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Jugend. Ich zeige, wie sich am Ende der «langen fünfziger Jahre»⁶ die Sichtweisen auf Jugend veränderten. Jugend wurde zu Beginn der 1960er-Jahre zunehmend als generationelle Einheit wahrgenommen, die sich von den Erwachsenen durch ihr äusseres Erscheinungsbild, ihre Verhaltensweisen und Wertvorstellungen grundsätzlich unterschied.

⁴ Fourastié 1979.

⁵ Sarasin 1996, S. 151.

⁶ Abelshauser 1987.

2.1 Nicht Neuanfang, sondern Kontinuität: Beständige normative Vorstellungen

Jugend als Zukunft der Gesellschaft und des Staates

Am 1. September 1945 sprach der katholisch-konservative Bundesrat Philipp Etter zur Delegiertenversammlung der Katholischen Schul- und Erziehungsvereinigung der Schweiz in Lugano. Sein Referat mit dem Titel «Schule und Demokratie» stand im Zeichen des Endes des Zweiten Weltkriegs. Dabei handelte es sich um eine eigentliche Lobrede auf die Schweizer Demokratie. Etter, der mit einem ständestaatlichen autoritären Staat sympathisierte, beschrieb die Schweizer Demokratie als anderen demokratischen Systemen überlegene Staatsform, welche auch den totalitären Versuchungen der jüngsten Vergangenheit getrotzt habe.⁷ Er machte aber auch auf Gefahren aufmerksam, welche die Demokratie bedrohten. An erster Stelle sprach Etter den «tyrannischen Kollektivismus» des Kommunismus an. Für dessen Abwehr mass er Jugendlichen eine spezielle Aufgabe bei. Etter betonte in seiner Rede sodann eindringlich die Relevanz, «die Jugend zu guten Menschen und zu guten Staatsbürgern zu erziehen».⁸

Dieser Appell, der vor dem Hintergrund des Kriegsendes gelesen werden muss, macht deutlich, dass die Erziehung von Heranwachsenden nicht ein exklusives Gebiet von Eltern oder Lehrerinnen und Lehrern ist, sondern auch ein virulentes gesellschaftliches und politisches Interesse an Jugend besteht.⁹ Dies liegt in der Vorstellung begründet, dass die Jugendlichen eines Landes als zukünftige Erwachsene dessen Zukunft verkörpern und massgeblich beeinflussen.¹⁰ 1958 schrieb der Schulvorstand der Stadt Zürich, Hans Sappeur, an die Leserinnen und Leser der Zeitschrift *Schule und Elternhaus*: «In der Jugend liegt die Zukunft unseres Landes, und in ihr hüten und hegen wir den kostbarsten Schatz, der uns anvertraut worden ist.»¹¹ Dies ist nur ein Beispiel unter vielen, das zeigt, wie die Bedeutung Jugendlicher als gesellschaftliche Ressource den Jugenddebatten stets inhärent ist.¹² In Eltern- und Lehrerzeitschriften wurden Eltern sowie

7 Zu Etters politischer Gesinnung Widmer 2005, S. 326; Sarasin 2003, S. 180.

8 Etter, Philipp. Schule und Demokratie (Referat). In: Schweizer Schule, Nr. 10, 15. 9. 1945, S. 219 f.

9 Michel/Varsa 2010, S. 27.

10 Kurme 2006, S. 225. Vgl. dazu Savage, der zeigt, dass Jugend schon im Verlaufe des 19. Jahrhunderts als Quelle der Hoffnung und Symbol für Zukunft einerseits, als instabile und gefährliche Altersgruppe andererseits fungierte. Savage 2008, S. 29.

11 Sappeur, Hans. Zum Geleit. In: Schule und Elternhaus, Nr. 2 (1958).

12 Jugend als nationale Ressource war Thema der internationalen Tagung «Making Moral Citizens – Democracy, Maturity and Authority in Postwar Western Europe», 10./11. 5. 2012, Freiburg im Breisgau. Tagungsbericht Stöckmann/Norwig 2012. Aufschlussreich zu diesem Thema ist auch der 2010 von Dirk Schumann publizierte Sammelband *Raising citizens in the «century of the child»*. Der Historiker Detlev Peukert führt aus, dass das vermehrte Interesse des Staats an Jugend vor allem «Ausdruck für ein neues gesellschaftliches und nationales Selbstbewusstsein» war. Peukert 1986, S. 54. Auch Sara Galle zeigt in ihrer Dissertation zum «Hilfswerk Kinder der Landstrasse» und zur schweizerischen Jugendfürsorge, dass Fürsorger in Jugendlichen die Zukunft des Staats und der Gesellschaft sahen. Galle 2016, S. 148.

Erzieherinnen und Erzieher in den 1950er- und 60er-Jahren denn auch pausenlos ermahnt, die Jugendlichen «zu guten, tüchtigen und verantwortungsbewussten Menschen zu erziehen, damit sie sich später als Erwachsene im Leben, in Familie und Beruf bewähren und wertvolle Glieder der Gemeinschaft sind»,¹³ wie es in diesem Beispiel von 1962 der Zürcher Schulvorstand Jakob Baur tat. Das Argument, dass der Jugendliche zu einem «wertvollen» und «nützlichen Glied der Gesellschaft»¹⁴ werden und auf diese Weise ein funktionierendes Staatsleben garantieren sollte, war im Untersuchungszeitraum ein verbreitetes diskursives Muster.¹⁵ Um Jugendliche zu kompetenten Mitgliedern der Gesellschaft heranzubilden, sollten sie also nicht nur ihre politischen Rechte und Pflichten, sondern ein ganzes Set politischer, ökonomischer, rechtlicher und kultureller Praktiken einüben.¹⁶

Der Blick auf Jugendliche als zukünftige Erwachsene war deshalb stets ideologisch und symbolisch aufgeladen und dabei auch ambivalent: Es wurden sowohl zukunftsgerichtete Hoffnungen wie auch tief sitzende gesellschaftliche Ängste auf sie projiziert. Verschiedene Historikerinnen und Historikern zeigen, dass Jugend im 20. Jahrhundert als Vertreterin neuer Ideen und Werte, als Hoffnungsträgerin für die Zukunft und als «Experimentierraum und produktive[r] Faktor sozialen Wandels»¹⁷ galt. Sie wurde mit Neuanfang assoziiert und als «Motor geschichtlicher Veränderung»¹⁸ gefeiert. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurden Jugendliche beispielsweise als emanzipatorische Kraft zur Überwindung verkrusteter gesellschaftlicher Strukturen und als Verkörperung einer neuen und besseren Zukunft idealisiert. Andererseits wurde Jugend wiederholt als Angriff auf das Hergebrachte, als instabile und gefährliche Altersgruppe und insofern als Bedrohung betrachtet.¹⁹

Diese Ambivalenz dominierte auch die Beobachtung von Jugend nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Mehrheit der Historikerinnen und Historiker betont die Bedeutung des Kriegs für die öffentlichen Jugenddebatten in verschiedenen

13 Baur, Jakob. Vorwort. In: Schule und Elternhaus, Nr. 2 (1962). Vgl. auch die Ermahnung, Jugendliche zu erziehen, «*aptes à s'intégrer à la société de leur temps et à y jouer un rôle utile*». Grize, Jean. La formation des adolescents dans les écoles moyennes. In: L'instruction publique en Suisse: annuaire, Nr. 37 (1946), S. 66.

14 Jaquet, Nicolas. Der Lehrer als Erzieher. In: Schweizerische Lehrerzeitung, Nr. 38, 23. 9. 1949, S. 729.

15 Vgl. Sappeur, Hans. Geleitwort. In: Schule und Elternhaus, Nr. 1 (1950), S. 1. Ebenso: Chantrens, Marcel. Education civique. In: Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse, Nr. 39 (1948), S. 55, 57, 70. Vgl. hierzu Ramsauer 2000, S. 48, welche dies bereits für die Jugendfürsorge im 19. Jahrhundert zeigt.

16 Ich beziehe mich hier auf das Konzept «Citizenship» von Bryan S. Turner. Er bezeichnet damit nicht eine statische Kategorie im Sinne der Erlangung von Rechten und Pflichten, sondern das Einüben verschiedener Praktiken, «*which define a person as a competent member of society*». Turner 1993, S. 2. Hierzu genauer Schumann 2010.

17 Ferchhoff 2007, S. 389.

18 Stambolis 2003, S. 83.

19 Ebd., S. 11, 417. Dieses Argument verfolgen auch: Janssen 2010, S. 9; Savage 2008, S. 13, 29, 473; Speitkamp 1998, S. 7, 130; Hafenegger 1995, S. 70–89.

europäischen Ländern.²⁰ Die in der Nachkriegszeit intensive mediale, staatliche und wissenschaftliche Beobachtung von Jugend wird von den meisten Autoren als kollektive Verarbeitung des Kriegs und – speziell für Deutschland – der totalitären Vergangenheit interpretiert.²¹ So zeigen verschiedene neuere Studien, wie in Deutschland die Furcht vor den Folgen der Sozialisation Jugendlicher im Dritten Reich Anlass war für die von der US-amerikanischen Besatzungsmacht vorangetriebene Jugendforschung. Diese sollte die Demokratiefähigkeit deutscher Jugendlicher, ihre politischen Einstellungen, Wertvorstellungen und die Überreste totalitärer Ideologie prüfen. Die deutsche Jugendforschung stand im Zusammenhang mit der ebenfalls von den Alliierten initiierten «Reeducation», der politischen «Umerziehung», die der Entnazifizierung und Demokratisierung dienen sollte.²² Die Furcht vor den Folgen der totalitären Vergangenheit vermischte sich mit den Hoffnungen auf einen kulturellen und politischen Neuanfang durch die junge Generation. Den Jugendlichen wurde nach dem Krieg deshalb eine wichtige Funktion in der Neuordnung von Gesellschaft und Staat beigemessen. Sie sollten mit der Vergangenheit brechen und eine neue, demokratische Zukunft aufbauen.²³

Ähnlich wie in Deutschland wurde Jugend nach 1945 auch in Frankreich zu einem intensiv thematisierten Gegenstand von Medien, Wissenschaft und Politik. Ab den 1950er-Jahren erschienen zahlreiche Umfragen und Analysen, welche die Folgen des Krieges auf die inzwischen zu Jugendlichen herangewachsenen Kriegskinder untersuchten.²⁴ Der Historiker Richard Ivan Jobs spricht für Frankreich in diesem Zusammenhang von einer regelrechten «postwar obsession with youth».²⁵ Diese lag gemäss Jobs auch darin begründet, dass Jugend zum Symbol für eine hoffnungsvolle Zukunft stilisiert wurde. Jugendliche sollten zu idealen, das heisst moralisch einwandfreien und demokratischen Bürgern erzogen werden und damit die Basis für eine friedliche Zukunft legen.²⁶

Wie die eingangs bereits zitierten Beispiele zeigten, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Lehrer- und Elternzeitschriften und in diversen Tageszeitungen auch in der Schweiz über die Erziehung Jugendlicher zu Friede und Demokratie nachgedacht und die Relevanz betont, aus ihnen gute Staatsbürger zu machen.²⁷ Während die Jugenddebatten anderer Länder jedoch im Zeichen der Vergangen-

20 Eine gute Übersicht über den Forschungsstand bietet Levsen 2010. Speziell zu erwähnen sind Janssen 2010; Bantigny 2009; Bantigny 2007; Fisher 2007; Jobs 2007; Sohn 2005a; Weiner 2001. Vgl. hierzu auch die Einleitung der vorliegenden Arbeit.

21 Bantigny 2009, S. 153. Bantigny 2007, S. 29, spricht von einer «véritable fixation, une préoccupation tournant à l'obsession, au point que 'la jeunesse' devint une sorte de paradigme». Sehr ähnlich argumentieren Kurme 2006, S. 92; Ohayon 2005, S. 163; Griese/Mansel 2003, S. 171; Speitkamp 1998, S. 261.

22 Janssen 2010, S. 10, 75; Fisher 2007, S. 62, 65; Abels 1993, S. 217.

23 Stöckmann/Norwig 2012; Fisher 2007, S. 4; Jobs 2007, S. 52, 93.

24 Bantigny 2007, S. 35.

25 Jobs 2007, S. 10.

26 Ebd., S. 92, 277.

27 Ausführlich zur Erziehung zum Frieden Ritzer 2015, insbesondere S. 270–300.

heitsbewältigung einerseits und des gesellschaftlichen und politischen Neuanfangs andererseits standen, herrschte in der Schweiz eine Rhetorik der Kontinuität vor. Jugend stand nicht für einen Neubeginn, sondern eher für Beständigkeit. Insofern widerspiegelt der Blick der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen auf Jugend das gesellschaftspolitische Klima in der Schweizer Nachkriegszeit. Während das Jahr 1945 für die meisten europäischen Länder einen politischen und gesellschaftlichen Neuanfang bedeutete, war die vom Zweiten Weltkrieg militärisch unversehrte Schweiz im europäischen Vergleich von grosser Kontinuität geprägt und eine Aufbruchstimmung blieb mehrheitlich aus.²⁸ Zwar gab es nach dem Krieg auch hier Bestrebungen für eine Neugestaltung der Zukunft. Insbesondere die Sozialdemokratische Partei hegte Visionen für einen Neuanfang und portierte unterschiedliche Reformbestrebungen, die vor allem den sozialpolitischen Bereich betrafen. Konservative und freisinnige Kreise verstanden die Verschonung vom Krieg indessen als Bestätigung für das Funktionieren der gesellschaftlichen und politischen Ordnung und strebten eine Bewahrung des Status quo an. Vor allem die Katholisch-Konservativen hegten zudem heftige kulturpessimistische Zukunftsängste und machten Anzeichen einer moralisch-sittlichen Krise aus. Ihr Rezept für die Nachkriegszeit war deshalb der Rückgriff auf Orientierungsmuster der Vor- und Zwischenkriegszeit.²⁹

Die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen konzipierten 1945 also nicht als Bruch und betrachteten Jugend dementsprechend als Vehikel, um Kontinuitäten über den Krieg hinaus zu transportieren. Im Sprechen über Jugend dominierte die Besinnung auf eine demokratische Tradition des Landes: Jugendliche sollten diese und den gesellschaftspolitischen Status quo erhalten und damit Kontinuität und Stabilität garantieren. Diese normativen Konzepte von Jugend waren über politische und ideologische Grenzen hinweg anschlussfähig. Sie wandelten sich lange Zeit nicht und blieben bis in die 1970er-Jahre stabil.

Übernahme von Werten zur Gewährung von Stabilität

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Schweiz oftmals als Friedensinsel dargestellt, welche ihre gesellschaftliche und politische Ordnung über den Krieg hinaus bewahren konnte. Diese Betonung einer Kontinuitätslinie und der Unversehrtheit von Institutionen und Werten wird beispielsweise in einem Artikel über die «Erziehung zum Frieden» in der *Schweizerischen Lehrerzeitung* von Oktober 1945 deutlich. Darin formulierte der Autor und geistige Landesverteidiger Georg Thürer Überlegungen über die Rolle der Schweiz allgemein und deren Jugend im Speziellen im kriegszerstörten Europa.³⁰ Er mahnte, dass die Schweiz nicht als «Schwurgericht Europas» auftreten solle. Ihre Bedeutung liege vielmehr darin, dass sie «eine Lebensgemeinschaft [ist], die ihr Saatgut in einem beschirmte

28 König 1999, S. 155; Jost 1998, S. 188 f. Vgl. auch Kreis 2007.

29 Kunz 1998, S. 14 f., 23, 28, 32; König 1999, S. 156.

30 Thürer (1908–2000) war Lehrer und Professor für deutsche Sprache und Literatur sowie Schweizer Geschichte an der Hochschule St. Gallen. Göldi 2013, S. 345.

ten, verschonten Speicher für sich und andere rettete».³¹ Thürer bringt damit die in der unmittelbaren Nachkriegszeit verbreitete Vorstellung zum Ausdruck, dass die Schweiz eine Antithese zum kriegszerstörten Europa sei, durch ihre Unversehrtheit und Stabilität eine Vorbildfunktion für die Nachbarländer einnehmen und – wie es ein anderer Autor formulierte, ihnen ihr «geistig-seelisches Klima» zur Verfügung [...] stellen»³² könne.³³

In einem Artikel in der Zeitschrift *Schule und Elternhaus* von 1948 wurde die unversehrte politische, gesellschaftliche und normative Ordnung metaphorisch als «unerschütterten Grund, auf dem wir weiterbauen dürfen»³⁴ beschrieben und damit ebenfalls der Gedanke der Kontinuität über den Krieg hinaus betont. Der jungen Generation wurde dabei eine wichtige Aufgabe zugemessen. Sie sollte «das Erbe der Eltern und unser hochentwickeltes schweizerisches Gemeinschaftsleben in Staat und Kirche, in Politik und Leben weitertragen»,³⁵ wie es in demselben Jahr ein anderer Autor in der vom katholischen Lehrerverein der Schweiz herausgegebenen *Schweizer Schule* schrieb. Damit ist eine wichtige Erwartung an Jugendliche angesprochen, die im ganzen Untersuchungszeitraum aktuell blieb: Jugendliche sollten bestehende Wertvorstellungen und das kulturelle Erbe insgesamt, das heisst überlieferte Traditionen, Sitten und Bräuche, verinnerlichen, Verhaltens- und Handlungsmuster sukzessive einüben und schliesslich auch wieder weitergeben und dadurch gesellschaftliche Stabilität und Kontinuität wahren und kulturelle Kohärenz stiften.³⁶ Exemplarisch kann dies anhand einer Broschüre gezeigt werden, die zwanzig Jahre später mit dem Titel «Das Generationenproblem heute» erschien. In diesem Heft aus der Schriftenreihe der Schweizerischen Vereinigung Schule und Elternhaus hielt der Autor Alfred Schatzmann im Jahr 1969 fest, dass das Ziel aller erzieherischen Massnahmen «die Einführung und Anpassung der jungen Generation in die Gesamtgesellschaft und ihre entsprechenden Verhaltensmuster ist».³⁷ Die «Anpassung» der jungen Menschen an gesellschaftliche Normen und Verhaltensmuster, so Schatzmann, sicherten das kulturelle Erbe. Gelingte sie nicht, drohe eine Gesellschaftskrise. Insofern galten die Wertorientierungen Jugendlicher auch als Indikatoren für die Kontinuität und Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung. Es wurde ängstlich darauf geachtet, ob die junge Generation gewillt war, dieses Erbe zu übernehmen. Fragen, wie diejenige in der *Neuen Zürcher Zeitung* Anfang der 1960er-Jahre, wie «wir unsere Jugend wieder für unsere Werte begeis-

31 Thürer, Georg. Erziehung zum Frieden. In: Schweizerische Lehrerzeitung, Nr. 41, 12. 10. 1945, S. 725.

32 Pellaton, K. Heime für Kriegswaisen. In: Schweizerische Lehrerzeitung, Nr. 45, 9. 11. 1945, S. 793. Vgl. etwa auch Rigassi, Georges. Des enfants à sauver. In: Journal de Genève, Nr. 196, 20. 8. 1945, S. 4.

33 Zu dieser Funktion der Schweiz vgl. auch Tanner 2015, S. 293.

34 Brunner, Fritz. Unsere Jugend geht uns alle an. In: Schule und Elternhaus, Nr. 1 (1948), S. 18.

35 Volk, M. Erziehung zum Frieden. In: Schweizer Schule, Nr. 8, 15. 8. 1948, S. 211.

36 Vgl. hierzu Ritzer 2015, S. 185.

37 Schatzmann 1969, S. 52. Sehr ähnlich die Argumentation bei Schmutz 1961, S. 5.

tern [können]»,³⁸ oder in der *Schweizer Familie* 1968, ob die Jugendlichen «am Ende entschlossen [sind], nicht in die Welt hineinwachsen zu wollen, die ihnen die Alten bereitet haben und hinterlassen»,³⁹ zeugen von der Besorgnis, dass die junge Generation nicht mehr bereit sei, hergebrachte Werte zu übernehmen. So wurde das Verhalten Jugendlicher stets auch danach beurteilt, ob ihnen diese Anpassung gelang. Die jungen Schweizerinnen und Schweizer würden grösstenteils bei ihren Eltern wohnen, «sie sind sparsam und verehren Persönlichkeiten, die es verdienen»,⁴⁰ kommentierte 1966 etwa das sozialdemokratische *Volksrecht* eine Umfrage des Institut d'opinion publique (ISOP) unter Jugendlichen. Mit sichtlicher Erleichterung stellte der Autor des Artikels fest, dass die junge Generation ähnliche Werte vertrete wie die ältere Generation und beispielsweise John F. Kennedy mehr bewundere als Beatmusiker.⁴¹

Hinter dem steten Sondieren der jugendlichen Einstellungen stand die Vorstellung von Jugend als Seismograf für gesellschaftliche Entwicklungen. Die Verhaltensweisen Jugendlicher wurden als Hinweise auf die zukünftige Gestalt der Gesellschaft interpretiert und ihrer Beobachtung wurde teilweise gar prognostische Funktion zugeschrieben.⁴² Dieser Anspruch findet seinen Ausdruck exemplarisch in einer Reportageserie der *Schweizer Illustrierten* über weibliche Jugendliche im Mai 1971. Deren Lead lautete: «Die Mädchen von heute, wie sie wirklich sind, was sie tatsächlich denken – wir versuchen, Ihnen eine Antwort zu geben. Eine nicht unwichtige Antwort, denn die Mädchen von heute sind die Mütter von morgen.»⁴³

Diese einleitenden Worte der Reportage suggerierten, dass die Analyse der Mädchen Hinweise oder Voraussagen über die Zukunft ermögliche. Das Zitat verweist darauf, dass Jugend immer auch ein Spiegel ist, in der sich die Gesellschaft betrachtet. Das Sprechen über Jugend ist somit immer auch eine Stellvertreterdiskussion über gesellschaftliche Befindlichkeiten, Werte und Wandlungsprozesse. Über Jugend verständigen sich Gesellschaften über ihr aktuelles Befinden und ihren Weg in die Zukunft.⁴⁴

Wie bereits deutlich wurde, dominierte bereits unmittelbar nach Kriegsende die Vorstellung, dass bei den jungen Menschen «Ehrfurcht für das Erbgut unserer Väter»⁴⁵ geweckt werden solle. Diese normative Erwartung an Jugendliche fand

38 R. D. Untersuchung über die Schweizer Jugend. In: NZZ, Nr. 4473, 15. 11. 1962.

39 Ohne Autor. Liebe Leser. In: *Schweizer Familie*, Nr. 33, 12. 6. 1968, S. 7.

40 u. k. Viel besser als ihr Ruf. In: *Volksrecht*, Nr. 13, 17. 1. 1966.

41 Ebd.; o. A. Les jeunes suisses? Ils sont très bien. In: *Gazette de Lausanne*, Nr. 4, 6. 1. 1966, S. 5.

42 Meyer 1996, S. 20; Anhorn 2010, S. 29 f.; Hurrelmann 2007, S. 8; Janssen 2010, S. 13.

43 Sartorius, Mariela. «Nur weg von dieser verdammten Romantik». In: *SI*, Nr. 20, 10. 5. 1971, S. 62–70. Bundesrat Willy Spühler äusserte sich in einer 1.-August-Ansprache sehr ähnlich: «la Suisse de demain appartient à la jeunesse d'aujourd'hui». Zitiert in *Journal de Genève*, Nr. 179, 2. 8. 1968, S. 2.

44 Auf diese Funktion von Jugend weisen zahlreiche Autoren hin: Janssen 2010, S. 4 f.; Schultheis/Perrig-Chiello/Egger 2008, S. 20; Kurme 2006, S. 11; Nolte 2000, S. 229; Osgerby 1998, S. 1; Zinnecker 1997, S. 484.

45 Galliker, Adolf. Befriedigt unsere nationale Erziehung zum Staatsbürger? Von der Erziehung

sich in Zeitungen und Zeitschriften unterschiedlicher politisch-ideologischer Ausrichtungen. Sie war äusserst langlebig.⁴⁶ Noch in den 1970er-Jahren und darüber hinaus blieb die Betonung ihrer «Verantwortung um das Ueberlieferte und Bestehende»⁴⁷ und die Vorstellung, dass Jugendliche «das bestehende Erbe übernehmen»⁴⁸ sollen, eine Konstante des Sprechens über Jugend.

Die Tradierung von Werten erschien zum einen vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs wichtig: Die Wahrnehmung einer Bedrohung durch den Sowjetkommunismus erforderte die Konsolidierung der Gesellschaft gegen innen. Zum anderen war die Betonung des Wertetransfers eine Reaktion auf den als beunruhigend wahrgenommenen gesellschaftlichen Wandel. Viele Beobachterinnen und Beobachter befürchteten nämlich, dass die vielfältigen sozioökonomischen Wandlungsprozesse der Nachkriegsjahrzehnte die Gesellschaft gefährden und zersetzen könnten.⁴⁹

Wie die genannten Beispiele zeigen, war häufig lediglich sehr allgemein von einem «Erbe», von «Traditionen» oder «Wertgütern» die Rede, welche Jugendliche übernehmen sollten.⁵⁰ Zumeist blieben diese Begriffe semantisch offen und abstrakt und es wurde nicht spezifiziert, welches kulturelle «Erbe» tradiert werden sollte. Meines Erachtens war es gerade diese Offenheit und Dehnbarkeit, welche zum Erfolg und zur Verbreitung dieses diskursiven Musters beitrugen. Es konnte inhaltlich unterschiedlich gefüllt und interpretiert werden und ermöglichte es, die unterschiedlichen Meinungen darüber, welche Werte für die Identitätskonstruktion und die Kontinuität der Gemeinschaft unerlässlich seien, zu einen.⁵¹

Dennoch bestand ein Basiskonsens über einzelne, als typisch schweizerisch geltende Konstanten, die tradiert werden sollten. Dazu gehörten etwa Fleiss, Strebsamkeit, Demokratie, Solidarität, Heimatliebe, Neutralität, Wehrhaftigkeit und Unabhängigkeitswille.⁵² Diese Auflistung ist nicht abschliessend, sie könnte

zur Freiheit. In: Pro Juventute. Schweizerische Monatsschrift für Jugendhilfe, Nr. 8/9 (1945), S. 278.

46 Vgl. Steiger, Emma. Die Jugend im Haus der Gemeinschaft. In: Pro Juventute, Nr. 7/8 (1954), S. 293–298. Ritzer 2015, S. 532, zeigt auf, wie Diskurse über traditionelle kulturelle Werte der Schweiz relativ lange konstant blieben.

47 Thomann, Huldrych. Jugend und Gesellschaft. Ein Diskussionsbeitrag. In: NZZ, Nr. 339, 24. 7. 1970, S. 19.

48 Regierungsrätliche Kommission Jugendpolitik 1982, S. 19. Vgl. hierzu zum Beispiel Segesser, Hans von. Das Pendel schlägt zurück. In: Vaterland, Nr. 103, 4. 5. 1976. Er betonte, dass «wertvolle Traditionen» nie «einfach weggeworfen werden» dürfen. Auf ihnen müsse «echter Fortschritt aufbauen können, auf dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sich ineinander verzahnen».

49 Hierzu sehr aufschlussreich Ritzer 2015, S. 165. Zur Problematisierung von Jugend und Gesellschaftswandel ausführlicher Kapitel 2.2.

50 Thomann, Huldrych. Jugend und Gesellschaft. Ein Diskussionsbeitrag. In: NZZ, Nr. 339, 24. 7. 1970, S. 19; Peyrot, François. Prise de conscience dans le cadre des institutions. In: Journal de Genève, Nr. 126, 31. 5. 1968, S. 17.

51 Zur Schaffung kultureller Kohärenz in den 1950er- und 60er-Jahren in den Schweizer Schulen: Ritzer 2015, S. 162–253, insbesondere S. 162–164.

52 Im Hof 1991, S. 254. Zu typisch «vaterländischen Werten» Ritzer 2015, S. 165, 336, 532; We-



Abb. 2: Die *Schweizer Familie* porträtierte im September 1971 im Artikel «Schweigende Mehrheit. Schreiende Minderheit» fünf Jugendliche, die sie ihren rebellierenden Altersgenossen gegenüberstellte. Schweizer Familie, Nr. 39, 29. 9. 1971, S. 10 f.

ergänzt werden mit Stichworten wie Realitätssinn, Pflichtbewusstsein oder Ehrfurcht vor dem Rechtsstaat.⁵³ Bundesrat Philipp Etter hatte 1945 im zu Beginn zitierten Referat beispielsweise die Erziehung Jugendlicher «zum Bewusstsein der Verantwortung, zur Erfüllung der Pflicht, zur Ehrfurcht vor dem Recht, zu geistiger Standfestigkeit [...], zur Dienst- und Opferbereitschaft und zur Liebe für den Mitmenschen»⁵⁴ gefordert.

Ein Artikel aus der *Schweizer Familie* von 1971 verdeutlicht, wie Jugendliche als Träger solcher Elemente der nationalen Identitätskonstruktion inszeniert wurden. Der Beitrag porträtierte fünf Jugendliche stellvertretend für die «schweigende Mehrheit» und inszenierte sie als positive Gegenbeispiele zur rebellierenden 68er-Jugend.⁵⁵ Vorgestellt wurden eine junge Damenschweizerin,

ber 2014, S. 207 f. Vgl. hierzu auch Tanner 2015, S. 353, der dies in Bezug auf die anlässlich der Expo 64 durchgeführte Umfrage von Luc Boltanski («Le bonheur suisse») ausführt.

⁵³ Altermatt 1964, S. 16.

⁵⁴ Etter, Philipp. Schule und Demokratie (Referat). In: Schweizer Schule, Nr. 10, 15. 9. 1945, S. 222.

⁵⁵ Ohne Autor. Liebe Leser. In: Schweizer Familie, Nr. 39, 29. 9. 1971, S. 2; o. A. Schweigende Mehrheit. Schreiende Minderheit. In: ebd., S. 9–11.



Abb. 3: «Lehrlingsausbildung». Pro Juventute verwendete 1954 eine Fotografie von Jakob Tuggener, um einen Artikel zu «Probleme[n] der Schulentlassenenhilfe» zu bebildern. Pro Juventute, Nr. 11 (1954), S. 433.

ein ETH-Student, ein Jungpolitiker, ein Vertreter des Zürcher Jugendhauses sowie ein Mitglied der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV). Die Fotos zeigten die Damenschneiderin beim Fensterputzen, der Vertreter der SAJV war in die Lektüre der soziologischen Studie *Jugend und Gesellschaft. Wegzeichen zu einer Jugendpolitik*⁵⁶ vertieft, der Student mit einem Heft in der Hand vor dem Eingang der ETH abgebildet (Abb. 2).

Diese fotografische Inszenierung der Jugendlichen verwies indirekt auf Tugenden wie Sauberkeit, Strebsamkeit, Tüchtigkeit oder Fleiss, die als typisch schweizerisch galten und bei Jugendlichen besonders erwünscht waren.⁵⁷ Solchen normativen Vorstellungen entspricht ein Bildmotiv, das in den Massenmedien im Untersuchungszeitraum verbreitet war: Es zeigt männliche Jugendliche, die einen Lehrmeister umringen und ihm konzentriert und interessiert zuhören (Abb. 3 und 4).⁵⁸

⁵⁶ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971.

⁵⁷ Tanner 2015, S. 353.

⁵⁸ Schmutz, Erwin. Grundsätzliche Probleme der Schulentlassenenhilfe. In: Pro Juventute, Nr. 11



Abb. 4: Junge Männer, die einen Lehrmeister umringen, waren ein verbreitetes Symbolbild. Pro Juventute illustrierte damit einen Artikel zur «Schulntlassenenhilfe». Pro Juventute, Nr. 8/9 (1961), S. 489.

Ein weiterer zentraler Wert, auf den die Porträts der Jugendlichen in der *Schweizer Familie* verwiesen, war «Demokratie», verstanden als politisches und gesellschaftliches Engagement. Eine solche Beteiligung, so wurde suggeriert, sollte im Rahmen der bestehenden Institutionen und des politischen Systems stattfinden. Der in der *Schweizer Familie* porträtierte ETH-Student betonte beispielsweise mit Bezug auf die 68er-Bewegung, dass die Mehrheit der Studenten mit der Rebellion ihrer Kollegen nicht einverstanden sei: «Bestehende Missstände können auch anders gelöst werden! Dazu liefert unsere Demokratie eine gute Grundlage.»⁵⁹ Eine weitere Wertvorstellung, die in diesem Artikel unterschwellig angesprochen wurde, war soziales Verantwortungsgefühl beziehungsweise Solidarität. Über die porträtierte Damenschneiderin wurde beispielsweise berichtet, dass sie Mitglied einer Jugendgruppe sei, die sich zum Ziel gesetzt habe, «durch alltägliche Hilfeleistungen an Erwachsenen und vor allem an Betagten das Ver-

(1954), S. 433. Oder: Tondeur, Edmond. Probleme und Lösungen der Schulntlassenenhilfe. In: Pro Juventute, Nr. 8/9 (1961), S. 489.

⁵⁹ Ohne Autor. Liebe Leser. In: Schweizer Familie, Nr. 39, 29. 9. 1971, S. 2.

hältnis zwischen den Generationen zu bessern».⁶⁰ Die Porträts in der *Schweizer Familie* machen überdies deutlich, dass Idealbilder von Jugend oftmals geschlechterstereotype Vorstellungen enthielten. Während die jungen Männer für die Wahrung demokratischer Tugenden zuständig waren und in Beruf und Schule Strebsamkeit und Fleiss an den Tag legen sollten, wurde von den jungen Frauen erwartet, dass sie sich auf ihre Rolle als Mütter und Erzieherinnen vorbereiteten oder als karitative Freiwillige für gesellschaftliche Solidarität besorgt waren.⁶¹ Mit gesellschaftlicher Solidarität ist eine weitere zentrale normative Erwartung angesprochen, die allerdings sowohl männliche wie auch weibliche Jugendliche verinnerlichen sollten.

Soziales Verantwortungsgefühl und «Gemeinsinn»

Im Untersuchungszeitraum war die Vorstellung verbreitet, dass sich die junge mit der älteren Generation und einer «Volksgemeinschaft»⁶² im weiteren Sinne solidarisch zeigen soll. Sie sollte ein «Gemeinschaftsgefühl mit einem klaren sozialen Verantwortungsbewusstsein»⁶³ entwickeln, wie in *Pro Juventute* 1961 gemahnt wurde. Der Verfasser eines Aufsatzes «Erziehung zur Gemeinschaft» in derselben Zeitschrift hatte 1948 ausgeführt, was darunter verstanden wurde: «Unsere zerschlagene und unheilvoll verworrene Zeit schreit nach Gemeinschaft [...]. Gemeinschaft ist Zusammenhang, für einander Einstehen, Handreichung und Beschenktwerden, ist Geben und Nehmen, ist Leben und Verantwortung.»⁶⁴ Das wurde im Kontext der unmittelbaren Nachkriegszeit gesagt. Die Forderungen an die Jugendlichen nach Aufbau einer soliden Gemeinschaft und Stiftung von «Gemeinsinn»⁶⁵ entstammten der Vorkriegszeit und reichten über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus bis in den Kalten Krieg hinein. Sie waren Teil des Diskurses einer nationalen Solidar- und Schicksalsgemeinschaft, der in der Schweiz bereits vor und während des Zweiten Weltkrieges im Kontext der geistigen Landesverteidigung propagiert wurde. Diese kulturelle und politische Bewegung hatte die Stärkung von sogenannten schweizerischen Werten und eine Abwehr von faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Einflüssen zum Ziel.⁶⁶ Die Rhetorik der Solidarität wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nahtlos weitergeführt und auf den Kalten Krieg um-

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Tanner 2015, S. 317 f.

⁶² Schweingruber, W. Freizeit gestern und heute. In: *Pro Juventute*, Nr. 11 (1948), S. 396.

⁶³ Hess-Haerberli, Max. Jugendhilfe von Heute. In: *Pro Juventute*, Nr. 12 (1961), S. 718. Vgl. auch Ruchti, Eduard. Warum eine Arbeitstagung «Gefährdete Jugend». In: *Pro Juventute*, Nr. 9 (1958), S. 412.

⁶⁴ Schmid, Martin. Erziehung zur Gemeinschaft. In: *Pro Juventute*, Nr. 10 (1948), S. 350.

⁶⁵ Bürki, Fritz. Staatsbürgerliche Bildung in Schule und Fortbildungsschule. In: *Bündner Schulblatt*, Nr. 11 (1951/52).

⁶⁶ Jorio 2006, S. 163. Ausführlich hierzu Tanner 2015, S. 234–245. Einschlägig zur geistigen Landesverteidigung auch Mooser 1997. Ritzer verweist darauf, dass Jugendliche die Hauptadressaten der geistigen Landesverteidigung waren Ritzer 2015, S. 534.

programmiert.⁶⁷ Die Bedrohung von aussen durch den Kommunismus liess den inneren Zusammenhalt wichtiger denn je erscheinen und verband die Schweiz zu einer «geschlossenen Abwehrgemeinschaft».⁶⁸ Die Solidaritätssemantik war denn auch fester Bestandteil eines antikommunistischen Wir-Diskurses.⁶⁹

Im vom Antikommunismus geprägten Klima des Kalten Krieges war Gemeinschaft ein Gegenprinzip zu Masse. Die «Vermassung» wurde als Negativfolie verwendet, um den positiv konnotierten Begriff der «Gemeinschaft» von der «sozialistischen Volksgemeinschaft» zu unterscheiden.⁷⁰ Es komme also nicht auf eine «allgemeine <Verbrüderung> = Verwaschenheit der Welt, die letztlich im Kollektivismus, Absolutismus und im Chaos endet»,⁷¹ an, betonte ein Autor in der katholisch geprägten *Schweizer Schule* 1948. Solidarität bedeutete vielmehr «die Kunst des Miteinandersommens und der Verständigung trotz entgegengesetzten Interessen, Ueberzeugungen und Temperamente»⁷² und bei gleichzeitiger Wahrung der Individualität des Einzelnen.

Den Jugendlichen wurde beim Aufbau und bei der Konsolidierung dieser «imagined community»⁷³ eine zentrale Rolle beigemessen. Jugendliche sollten ihre Kräfte in den Dienst der Gemeinschaft stellen, wohlätig und sozial verantwortungsvoll handeln, sich mit anderen, insbesondere benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen solidarisch zeigen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.⁷⁴ An solchen Vorstellungen konnten linke Gesellschaftskreise, die für Solidarität und soziale Gerechtigkeit eintraten, gut anschliessen. Die Betonung der Solidarität über gesellschaftliche Schichten sowie Altersgrenzen hinweg war aber zugleich als Abwehr gegen aussen und gegen die kommunistische Bedrohung aus dem Osten konzipiert und dementsprechend auch auf konservativer und bürgerlicher Seite verbreitet.⁷⁵

Die «Erziehung zur Gemeinschaft»⁷⁶ war angesichts der Bedrohungswahrnehmung im Kalten Krieg eine verbreitete Forderung.⁷⁷ In der monatlich erscheinenden Zeitschrift der Pro Juventute war beispielsweise zu lesen, dass der «Bestand unseres Volkes und die Kraft unserer Demokratie» davon abhängig seien, «ob wir die Persönlichkeit, die Familie, den Menschen, den Armen und

67 König 1999, S. 159; König 1998, S. 75; Kunz 1998, S. 14 f.; Luchsinger 1995, S. 26. Zur Veränderung der geistigen Landesverteidigung nach dem Zweiten Weltkrieg Tanner 2015, S. 379.

68 König 1998, S. 74.

69 Aufschlussreich zum Solidaritätsdiskurs und der Aufgabe der Schulen, den Zusammenhalt der Schweiz zu stärken, indem «die Jugendlichen durch Enkulturation in die Gemeinschaft integriert wurden», Ritzer 2015, S. 185. Ausführlich zur Stiftung kultureller Kohärenz ebd., S. 162–253.

70 Ebd., S. 186.

71 Volk, M. Erziehung zum Frieden. In: *Schweizer Schule*, Nr. 8, 15. 8. 1948, S. 211.

72 Ebd. Vgl. hierzu Ritzer 2015, S. 534.

73 Anderson 1988.

74 Ohne Autor. Les nouveaux citoyens ont prêté le serment civique. In: *Journal de Genève*, Nr. 279, 28. 11. 1960, S. 4.

75 Zum antikommunistischen Solidaritätsdiskurs Ritzer 2015, S. 533.

76 Buol, Hans. Erziehung zur Demokratie. In: *Schweizerische Lehrerzeitung*, Nr. 50, 15. 12. 1950, S. 1016. Schmid, Martin. Erziehung zur Gemeinschaft. In: *Pro Juventute*, Nr. 10 (1948), S. 350.

77 Ritzer 2015, S. 162–167.

Reichen, den Bauern und Akademiker, den Starken und Schwachen schätzen und in seinem Wert erkennen. Ja, auch den Schwachen, Hilflosen! [...] Denn wo das Schwache übersehen oder gar ausgemerzt wird, wankt die Gemeinschaft in den Fundamenten.»⁷⁸ Das Schlagwort Solidarität und die diesbezüglichen Erwartungen an die junge Generation erreichten in den Debatten um den Ausbau des Sozialstaats einen Höhepunkt. Die 1948 eingeführte Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) basierte auf der Vorstellung einer solidarischen Schicksals- und Volksgemeinschaft. Sie ersetzte die private, über den Familienverband laufende soziale Vorsorge durch den Generationenvertrag, der auf der Volkssolidarität, also auf der Solidarität zwischen arm und reich und zwischen jung und alt, aufbaute.⁷⁹ Neu kamen die jungen Beitragszahler für die Betagten auf, wobei sie später selbst von der nächsten Generation profitieren sollten. Kamen Forderungen nach Sozialreformen ursprünglich von den Sozialdemokraten, war die Betonung und Beschwörung der Volkssolidarität im Abstimmungskampf ein Anliegen aller Parteien und blieb über die Einführung der AHV hinaus wichtig.⁸⁰ Dies zeigte sich beispielsweise in den 1950er-Jahren, als sich angesichts tiefer und stagnierender Renten insbesondere unter älteren Menschen Enttäuschung breit machte und sie die ihrer Meinung nach fehlende Solidarität der jungen Generation kritisierten.⁸¹

Doch auch weniger explizit als in den Debatten um die soziale Vorsorge waren normative Vorstellungen einer solidarischen und sozial verantwortungsvollen Jugend verbreitet – und zwar bis in die 1970er-Jahre hinein. In Zeitungen und Zeitschriften waren wohltätige, sich für die Gemeinschaft engagierende Jugendliche ein Dauerthema. Die *Pro Juventute* widmete dem wohltätigen Jugendlichen 1964 zum Beispiel ein ganzes Heft mit dem Titel «Sozialdienst der Jugend» (Abb. 5).⁸²

In solchen Artikeln wurden Jugendliche beschrieben, die selbstlos und uneigennützig in Heimen und Spitälern mithalfen, Betagte besuchten, in Berggemeinden Lawinenverbauungen errichteten, Wanderwege ausbesserten oder Landdienst bei Bergbauern verrichteten. Sie produzierten damit die Idealvorstellung vom karitativen jungen Menschen, der in seiner Freizeit gemeinnützig tätig

⁷⁸ Schmid, Martin. Erziehung zur Gemeinschaft. In: *Pro Juventute*, Nr. 10 (1948), S. 354.

⁷⁹ Luchsinger 1994, S. 51 f., 57. Die Botschaft des Bundesrates sprach von vierfacher Solidarität: Wirtschaftliche Solidarität, Solidarität der Generationen, der Geschlechter und des Zivilstandes. Luchsinger 1995, S. 40. Vgl. auch Kunz 1998, S. 27. Kreis zeigt, dass Solidarität in beiden Nachkriegszeiten in der Schweiz ein zentraler Begriff war. Kreis 2007, S. 479. Vgl. auch Ritzer 2015, S. 186. Zur Abstimmung über die AHV als «Kristallisationskern der «Volksgemeinschaft» Tanner 2015, S. 314.

⁸⁰ Luchsinger 1994, S. 53, zeigt, dass im Vorfeld der Einführung der AHV und im Abstimmungskampf «die Solidarität und das Bemühen um die Integration möglichst der gesamten Bevölkerung in die Volksgemeinschaft das erklärte Ziel praktisch aller Parteien» war. Die Beschwörung der Volkssolidarität sei «zum ideologischen Kitt während und kurz nach dem Krieg» geworden.

⁸¹ Ohne Autor. Liebe Leser. In: *Schweizer Familie*, Nr. 42, 13. 8. 1969, S. 5. Vgl. auch Pfister, Paul O. Die vernachlässigte Generation. In: *Schweizer Familie*, Nr. 42, 13. 8. 1969, S. 8–10. Ausführlich zum Argument der Solidarität im Kontext der AHV Luchsinger 1994, S. 56.

⁸² *Pro Juventute*, Nr. 2/3 (1964).

war.⁸³ Dieses diskursive Muster fand nicht nur sprachlich, sondern auch visuell Verbreitung,⁸⁴ beispielsweise über die in Zeitschriften und Zeitungen präsenten Fotos von am Werkbank oder im Freien tätigen jungen Frauen und Männern, von Jugendlichen, die Kleider für einen guten Zweck sammelten oder alte Menschen betreuten (Abb. 6–9).⁸⁵

Oftmals wurden die wohlwollenden Berichte über Jugendliche in Zeitschriften oder Zeitungen begleitet von Motiven mit körperlich arbeitenden jungen Menschen. So etwa ein Artikel aus der Zeitschrift der Pro Juventute aus dem Jahr 1963 mit dem Titel «Jugend am Werk, abseits von Schlagzeilen und Grosstueri, dem Dienst am Mitmenschen zugetan!». Er war mit einer Fotografie versehen, auf der Jugendliche mit Schaufel und Schubkarren hantierten (Abb. 9).⁸⁶ Diese Fotos hatten häufig den Status von Symbolbildern und stammten dementsprechend aus einem anderen Zusammenhang. Wie in den Abbildungen 3 und 4 sowie 8 und 9 wurde zumeist nicht präzisiert, wer die abgebildeten Jugendlichen waren, was sie genau machten und wann und wo die Fotografie gemacht wurde.

Mit solch freiwilligen sozialen Einsätzen, so die verbreitete Meinung, werde «der Drang der Jugend nach aktivem Tun, nach Selbständigkeit und Mitspracherecht aufs schönste zur Entfaltung gebracht».⁸⁷ Dabei könnten sich die Jugendlichen «erproben und [...] bewähren», was zu ihrer Reifung beitrage. Im Kontakt mit Menschen aus wirtschaftlich prekären Verhältnissen würden sie «soziales Verständnis für ihre bedrängten Mitbürger»⁸⁸ gewinnen.

In diesen Beispielen erscheint Solidarität zumeist nicht als gegenseitiger «Akt von Gleichgestellten», sondern als «hierarchische Form» der Solidarität, welche die jüngere Generation gegenüber der Gesellschaft erbringen musste.⁸⁹ Es ist eine einseitig konzipierte Solidarität der Jungen mit der restlichen Gesellschaft und insbesondere mit älteren, kranken, armen oder bedürftigen Menschen. Das bedeutet, dass Jugendliche der Gemeinschaft dann am besten dienten, wenn sie ihre Vitalität in deren Dienst stellten, karitativ tätig waren und selbstlos und

83 P. J. Jugend in Bewegung. In: NZZ, Nr. 736, 27. 11. 1968. Vgl. Wernli, Dörte. Sie sind viel besser als ihr Ruf. Junge Berner verbringen ihre Freizeit mit Alten und Invaliden. In: Berner Zeitung, Nr. 236, 9. 10. 1975.

84 Landwehr 2008, S. 95, zeigt, dass Diskurse nicht nur durch «sprachliche Aktivitäten» geprägt werden, sondern auch durch nicht diskursive Praktiken wie sozioökonomische Faktoren, Institutionen oder Bilder.

85 Vgl. die Abbildung in Schweizer Familie, Nr. 25, 23. 6. 1971, S. 10 f. Besonders zu erwähnen ist auch eine Fotografie in der Zeitschrift «Der Sonntag», von einem jungen Mann, der den Arm um eine betagte Frau gelegt hat: Der Sonntag, Nr. 35, 30. 8. 1978, S. 10. Ebenso eine Bildstrecke in Pro Juventute, Nr. 1 (1947), S. 5.

86 Pro Juventute, Nr. 3/4 (1963), S. 111.

87 P. J. Jugend in Bewegung. In: NZZ, Nr. 736, 27. 11. 1968.

88 Ebd.

89 Diese Unterscheidung von Formen der Solidarität stammt aus einer Untersuchung von Christine Luchsinger zum schweizerischen Sozialstaat. Sie verweist darin vor allem auf einen Gender-Bias der AHV und bezeichnet die Solidarität der Geschlechter als hierarchisch und patriarchalisch, da sie die Frauen zu Schwachen mache, die zum «Wohle des Volksganzen» unterstützt werden mussten. Luchsinger 1995, S. 39–41.

Abb. 5: Diese Fotografie entstand 1962 anlässlich der «Jeans-Expedition», die der «Umerziehung» von «Halbstarken» dienen sollte. Die «Halbstarken» halfen Bergbauern in Engelberg beim Aushub eines Neubaus. Die *Schweizerische Monatsschrift für Jugendhilfe* der Pro Juventute verwendete die Fotografie 1964 für das Cover ihrer Zeitschrift zum Thema «Sozialdienst der Jugend». Pro Juventute, Nr. 2/3 (1964).



Abb. 6: «Frohes Schaffen in einer Freizeitwerkstatt». Die Fotografie von Jakob Tuggener zeigt Mädchen und Jungen in einer Freizeitwerkstatt der Pro Juventute. Pro Juventute, Nr. 7/8 (1951), S. 257.



Abb. 7: Die Aufnahme zeigt Jugendliche, die im Auftrag der Neuenburger Liga für Naturschutz eine alte Mauer auf den Jurahöhen wiederherstellen. Das Bild diente als Illustration zweier Artikel über die Veröffentlichung des Berichts der Studiengruppe des EDI. Lässt sich die Jugend aktivieren? In: *Der Bund*, Nr. 193, 20. 8. 1974; *National-Zeitung*, Nr. 284, 11. 9. 1973, S. 5.

uneigennützig Unterstützung und Hilfe leisteten.⁹⁰ Dies geht aus einem bereits zuvor zitierten Artikel aus der Zeitschrift *Pro Juventute* von 1948 hervor: «Lasst die Kinder und Jugendlichen bitten und sammeln: für die Jugend, für das Alter, für die Gebrechlichen und alle, die auf der Schattenseite des Lebens sitzen, sammeln ohne Entgelt, nur um Gottes Lohn.»⁹¹ Der Autor dieser Zeilen betonte, dass die Jugendlichen die «guten Taten» freiwillig und unentgeltlich ausführen sollten. Als wichtige Faktoren der «Erziehung zur Gemeinschaft»⁹² und des Erlernens eines «sozialen Verantwortungsgefühl[s]»⁹³ spielte deshalb die «richtig» verbrachte Freizeit eine zentrale Rolle. Sinnvolle Freizeitaktivitäten sollten der Weiterbildung und der «Gemeinschaftsbildung»⁹⁴ dienen, Jugendliche zu Solidarität und

90 Etwa o. A. So ist die richtige Zürcher Jugend. In: *Volksrecht*, Nr. 135, 12. 6. 1961.

91 Schmid, Martin. Erziehung zur Gemeinschaft. In: *Pro Juventute*, Nr. 10 (1948), S. 354.

92 Ebd.

93 Jucker, Emil. *Pro Juventute* und die Jugendlichen. In: *Pro Juventute*, Nr. 12 (1951), S. 456.

94 Schweingruber, W. Freizeit gestern und heute. In: *Pro Juventute*, Nr. 11 (1948), S. 397.



Abb. 8a, 8b und 9: Bilder von körperlich arbeitenden jungen Männern und Frauen und solchen, die ihre Freizeit aktiv verbrachten, waren verbreitet, um Jugendliche positiv darzustellen. Oben: Pro Juventute, Nr. 8/9 (1961), S. 527; unten: Pro Juventute, Nr. 3/4 (1963), S. 111.

Gemeinschaft heranzuführen und diese wiederum stärken.⁹⁵ Als sinnvoll galten gemeinschaftliche Aktivitäten wie Wandern, Singen und gemeinsames Spielen. Wie es der eingangs dieses Kapitels zitierte Artikel aus der *Volksstimme* bereits deutlich machte, wurden passive und individuelle Freizeitbeschäftigungen, die dem Konsum und der Unterhaltung dienten, hingegen kritisiert. Dazu gehörte etwa «Zuschauen im Kino oder im Theater; zuschauen auf dem Fussballplatz oder auf der Rennbahn; sitzen in einem Café bei Zigarette und Jazzmusik [...]. Und zu Hause radiohören des tags und radiohören des nachts.»⁹⁶

Beispielhaft dafür ist ein Artikel aus dem sozialdemokratischen *Volksrecht* vom Juni 1961, der bereits mit der Überschrift «So ist die richtige Zürcher Jugend» eine normative Unterscheidung zwischen einer erwünschten Jugend und einem implizit mitgedachten Negativbeispiel evozierte. Das Adjektiv «richtig» im Titel kann in diesem Fall einerseits als wirklich oder wahrhaftig verstanden werden, andererseits enthält es die Konnotation zu richtig beziehungsweise gut und insofern eine normative Komponente. Der Artikel handelte vom «Crazy-Club», dessen jugendliche Mitglieder sich in der Freizeit wohltätig engagierten, indem sie zum Beispiel körperlich behinderte Kinder in den Zirkus begleiteten, in den Gärten älterer Menschen Unkraut jäteten, in einem Altersheim Betagte besuchten oder mittellose Familien mit Holz und Kohle versorgten.⁹⁷

Positive und negative Beispiele

Die Problematisierung von Freizeit, Unterhaltung und Konsum, wie sie in diesen Zitaten vorkommt, sind ausführlich Thema des nächsten Unterkapitels. Hier geht es vorerst nur um die im Titel des zitierten *Volksrechts*-Artikels implizit enthaltene Unterscheidung zwischen einer «guten» und einer «schlechten» Jugend, die ein wichtiges Strukturierungsmerkmal des Sprechens über Jugend war.⁹⁸ Die Gegenüberstellungen von positiven und negativen Beispielen Jugendlicher stellten jedoch nur vordergründig Kehrseiten dar, vielmehr bedingten und verstärkten sie sich reziprok.⁹⁹ Indem das Jugendideal mit seinem Negativ genannt wurde, erhielt Ersteres mehr Bedeutung, traten seine Konturen plastischer und leuchtender hervor. Gleichzeitig betonte der Kontrast die Abweichungen von diesem Ideal, womit eine Art Wertmassstab vorgegeben wurde. Die Soziologen Hartmut GRIESE und Jürgen MANSSEL zeigen beispielsweise, wie in öffentlichen Debatten Jugendliche regelmässig «mit den Idealen zuwiderlaufenden Etiketten und Stigmata versehen [werden], um genau diese Ideale und Verhaltensstandards einzuklagen».¹⁰⁰

95 Vgl. Widmer, Konrad. Der junge Mensch in unserer Zeit. In: Schule und Elternhaus. Sonderheft «Der junge Mensch in unserer Zeit», Nr. 3 (1966).

96 Schweingruber, W. Freizeit gestern und heute. In: Pro Juventute, Nr. 11 (1948), S. 399.

97 Ohne Autor. So ist die richtige Zürcher Jugend. In: Volksrecht, Nr. 135, 12. 6. 1961.

98 Zu Differenzierungsmustern als anthropologischen Konstanten und zur menschlichen Präferenz für binäre Denkformen Reinecke/Mergel 2012, S. 14 f.

99 Vgl. hierzu Anhorn 2010, S. 24.

100 GRIESE/MANSSEL 2003, S. 186.

Auch das Idealbild des mit der Gemeinschaft solidarischen Jugendlichen wurde durch solche Dichotomisierungen gebildet und verstärkt. Beispielsweise wurde der wohlthätige Jugendliche regelmässig als positives Gegenbild zu konsumierenden Jugendlichen, zu «Halbstarken» oder zu rebellierenden Jugendlichen entworfen.¹⁰¹ Insbesondere nach den gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich des «Globuskrawalls» im Juni 1968 in Zürich hatte die Gegenüberstellung von rebellierenden, demonstrierenden und gewalttätigen Jugendlichen mit karitativen, sich für die Gemeinschaft engagierenden und um das Gesellschaftsganze bemühten jungen Menschen in den Schweizer Massenmedien Hochkonjunktur. Solche komplementären Paare bildeten sich in Artikelüberschriften wie «Unruhige ...», «... und helfende junge Leute»¹⁰² oder «Statt Auflehnung – gemeinsames Werken»¹⁰³ ab. Einen Monat nach dem «Globuskrawall» veröffentlichte die *Schweizer Familie* einen Bericht über die Genfer Pfadi, die auf eine geplante Reise verzichtete, um die Luzerner Gemeinde Pfaffnau zu unterstützen, die bei einem Eisenbahnunglück in Sitten mehrere Einwohnerinnen und Einwohner verloren hatte.¹⁰⁴ Hier musste das Negativbild gar nicht erst explizit erwähnt werden. Die Beschreibung der uneigennützigen Pfadfinder kontrastierte stark mit den im Juli 1968 in den Massenmedien nach wie vor präsenten Darstellungen demonstrierender und randalierender Jugendlicher beim «Globuskrawall». Im Gegensatz zu den jungen Rebellen, welche die gesellschaftliche Stabilität zu gefährden schienen, zeigten sich die jungen Pfadfinderinnen und Pfadfinder mit der Gemeinschaft solidarisch und stärkten dadurch die gesellschaftliche Kohäsion – und dies über die Sprachgrenzen des Landes hinaus. Beispielhaft für dieses Aussagemuster ist ein weiterer Artikel aus der *Schweizer Familie*, der im September 1971 die lautstarken, rebellierenden Jugendlichen mit jungen Menschen verglich, die sich für die Gemeinschaft engagierten und sich bereit erklärten, «in ihrer Freizeit älteren oder invaliden Menschen zu helfen, in armen Berggemeinden unentgeltlich Wege oder Leitungen zu bauen».¹⁰⁵

Eine Variante dieser Differenzsemantik bilden Beschreibungen von wohlthätigen Jugendlichen mit einer in der Öffentlichkeit als anstössig geltenden Erscheinung. Dazu gehörten beispielsweise auffällige Kleidung wie Jeans und Lederjacken sowie lange Haare und Bart bei Männern.¹⁰⁶ Einmal wurden in der Zeitschrift *Der Sonntag* «zwei junge Männer mit langen Haaren» beschrieben, die einem einsamen alten Mann im Restaurant Gesellschaft leisteten, ihm das

101 Der Historiker Detlef Siegfried zeigt auf, dass auch in der BRD ab den 1960er-Jahren der «engagierte Jugendliche» als «positives Gegenbild zu randalierenden Halbstarken und unpolitischen Teenagern» konstruiert wird. Siegfried 2006, S. 163.

102 P. J. Jugend in Bewegung. In: NZZ, Nr. 736, 27. 11. 1968.

103 Freytag, J. H. Aktion Gotthard: Statt Auflehnung – gemeinsames Werken. In: *Schweizer Familie*, Nr. 25, 23. 6. 1971, S. 10.

104 Ohne Autor. Jugendliche geben ein Beispiel. In: *Schweizer Familie*, Nr. 40, 31. 7. 1968, S. 17.

105 Ohne Autor. Schweigende Mehrheit, schreiende Minderheit. In: *Schweizer Familie*, Nr. 39, 29. 9. 1971, S. 11.

106 Skenderovic/Späti 2012, S. 32. Vgl. hierzu auch Kapitel 2.2 und 2.3.

Essen brachten und sich für die folgende Woche erneut mit ihm verabredeten.¹⁰⁷ Ein anderes Mal wurde in derselben Zeitschrift unter der Rubrik «Erfreuliches» ein barfüssiger und bärtiger junger Mann beschrieben, der sein erstes Gehalt als Lehrer einem Pflegeheim gab.¹⁰⁸ In diesen Beispielen wurden nicht «gute» und «schlechte» Jugendliche einander gegenübergestellt, sondern die beschriebenen Jugendlichen vereinten Verhaltensweisen, die als positiv galten, mit einem in der Regel als negativ wahrgenommenen Erscheinungsbild. Mit diesem Kontrast wurde das Lob auf das freiwillige Engagement der jungen Menschen für betagte, bedürftige oder kranke Menschen und das damit verbundene Idealbild gestärkt.

Diese Differenzsemantik zeigt sich auch visuell durch die Gegenüberstellung gegensätzlicher Bilder. Eine verbreitete Bildkombination war die Abbildung von einigermassen ordentlich in den Bankreihen des Hörsaals sitzenden Studierenden, Jugendlichen bei der Arbeit oder bei einer als sinnvoll geltenden Beschäftigung wie zum Beispiel Musizieren, neben Fotos von Jugendlichen, die auf öffentlichen Plätzen zusammenstehen, in ungeordneten Gruppen am Boden liegen oder sitzen und offenbar nichts tun (Abb. 10 und 11).¹⁰⁹

In den in diesem Unterkapitel herausgearbeiteten normativen Vorstellungen spiegelt sich das gesellschaftspolitische Klima der Schweiz in den «langen Fünfzigerjahren». Dieses war trotz oder gerade wegen des an Tempo zulegenden wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandels durch Konformität und Konservatismus geprägt und auf Konsens, Stabilität und Kontinuität ausgerichtet.¹¹⁰ Kontroversen um gesellschaftlich und politisch heikle Fragen wurden in der Öffentlichkeit kaum ausgetragen und eine wirksame politische Opposition existierte im Modell der Konkordanzdemokratie, in dem seit 1959 mit der Etablierung der «Zauberformel» alle grossen politischen Parteien in die Landesregierung eingebunden waren, nicht.¹¹¹ In diesem konsensorientierten und vom Antikommunismus geprägten Klima wurde denn auch nicht das avantgardistische Potenzial von Jugend ins Auge gefasst. Jugendliche sollten nicht neue Zukunftsentwürfe konzipieren, sondern Bestehendes übernehmen, Werte tradieren, Solidarität garantieren und damit gesellschaftliche und kulturelle Kohärenz und Stabilität gewähren. Die Offenheit und Dehnbarkeit dieser normativen Konzepte ermöglichte, dass sie über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinweg anschlussfähig waren, und begünstigte die Konsensbildung.¹¹²

107 E. G. Im Restaurant. In: Der Sonntag, Nr. 28, 9. 7. 1975, S. 18.

108 K. E. In der Jugend liegt viel Tugend. In: Der Sonntag, Nr. 35, 27. 8. 1975, S. 40.

109 Ein ähnliches Bild findet sich etwa in: Die Tat, Nr. 55, 6. 3. 1971, S. 3.

110 Tanner 2015, S. 354; Tanner 1994, S. 22 f.; König 1998, S. 75; Siegenthaler 1994, S. 14.

111 Tanner 1994, S. 44 f. Tanner 2015, S. 377. Vgl. dazu auch Kreis 2007, S. 483.

112 Vgl. hierzu Ritzer 2015, S. 23.

Abb. 10: In der *Neuen Zürcher Zeitung* wurden im November 1972 zwei gegensätzliche Jugendbilder einander gegenübergestellt: Jugendliche im Vorlesungssaal und Jugendliche, die in der Öffentlichkeit halb liegend, halb sitzend keiner offensichtlichen Tätigkeit nachgehen. NZZ, Nr. 553, 26. 11. 1972, S. 35.

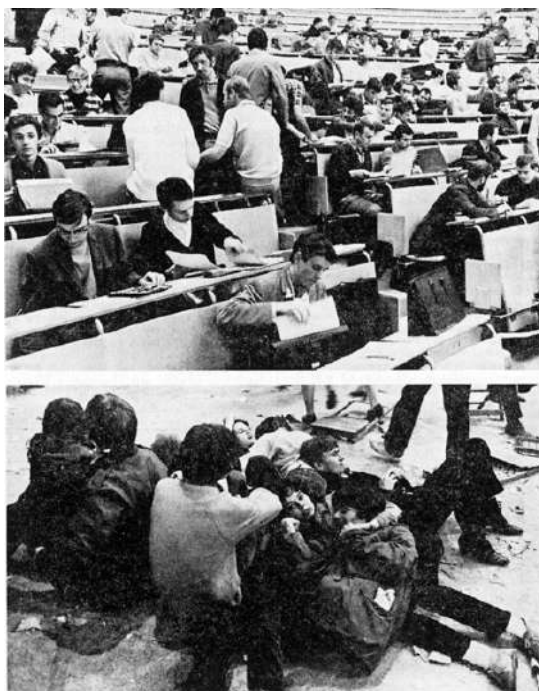


Abb. 11: Lärm, Tempo, Hektik, Massenmedien mit reisserischen Schlagzeilen oder Motorisierung galten für Heranwachsende als besonders schädlich. Diese Reize wurden 1954 in einer Collage einer als sinnvoll geltenden Freizeitbeschäftigung, wie Musizieren, gegenübergestellt. *Pro Juventute*, Nr. 11 (1954), S. 437.

2.2 Gefährdet versus «unjugendlich»: Problematisierungen in den 1950er-Jahren

Problematisierungen von Jugend sind aus historischer Perspektive bereits gut erforscht. Es besteht eine Fülle an Arbeiten zu jugendlichen Normverstössen und jugendlichem Protestverhalten einerseits, darunter beispielsweise das umfassend untersuchte Phänomen der «Halbstarken», sowie zu den Reaktionen darauf in Form von Jugendschutzdebatten und der zeitgenössischen Wahrnehmung einer ständigen zivilisatorischen Gefährdung der Jugend andererseits.¹¹³ Die Studien fokussieren zumeist die kulturpessimistische Prägung des Sprechens über Jugend und betonen, dass die Jugenddebatten in westlichen Ländern von der Wahrnehmung einer ausserordentlichen Gefährdungssituation bestimmt waren.¹¹⁴

Ein solcher Gefährdungsdiskurs in Bezug auf Jugend ist auch in der Schweiz zu erkennen.¹¹⁵ Jugend galt als besonders gefährdete Lebensphase und vor allem die moderne Zivilisation wurde als Gefahr für sie eingestuft. Aus einer solchen zivilisationskritischen und kulturpessimistischen Perspektive ergaben sich verschiedene Problemwahrnehmungen, wie etwa das Phänomen der «Reizüberflutung», der «Akzeleration» beziehungsweise «Retardation», das Problem der Freizeitgestaltung und der «Halbstarken». Allerdings stellten diese Diskurse nur einen Aspekt des Sprechens über Jugend dar. Die Historikerin Sonja Levsen hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Historiografie die einseitige Blickrichtung kulturkritischer Zeitgenossinnen und Zeitgenossen auf «Halbstarke» oder auf das «Freizeitproblem» bisher unkritisch übernommen habe, und sie warnt davor, solche zeitgenössischen Stereotype zu reproduzieren.¹¹⁶ Bisher kaum Beachtung erhielt in der Forschung, dass es auch einen gegenläufigen Diskurs gab, der Jugendliche als nur wenig auffällig und kaum problematisch darstellte. Ich werde deshalb weiter argumentieren, dass in der öffentlichen Wahrnehmung bis etwa Mitte der 1960er-Jahre vor allem einzelne Jugendliche aus prekären Verhältnissen als gefährdet galten und problematisiert wurden, Jugend als Altersgruppe hingegen lange Zeit als unsichtbar und mehrheitlich unproblematisch erachtet wurde.

Die Gefahr der «Reizüberflutung»

«Heute flutet die Welt, flutet die Öffentlichkeit in die elterliche Stube, in das Schulzimmer und Dorf, infiltriert ihre Zwiespältigkeit und Gefährlichkeit in die früher geschlossenen Erziehungskreise»,¹¹⁷ war 1966 in der vom Schulamt der Stadt Zürich publizierten Zeitschrift *Schule und Elternhaus* zu lesen. Als Transportmittel, welche die «Welt» und die «Öffentlichkeit» in die Stuben und Schulzimmer

¹¹³ Hierzu ausführlicher der Forschungsstand in der Einleitung.

¹¹⁴ Vgl. Ubbelohde 2002, S. 403–405; Siegfried 2006, S. 752.

¹¹⁵ Ausführlich hierzu Meyer 1996.

¹¹⁶ Levsen 2010, S. 429.

¹¹⁷ Widmer, Konrad. Der junge Mensch in unserer Zeit. In: *Schule und Elternhaus*. Sonderheft «Der junge Mensch in unserer Zeit», Nr. 3 (1966).

brachte, fungierten moderne Massenmedien wie Fernsehen, Radio, Zeitungen, Filme sowie die als Schundliteratur bezeichneten populärkulturellen Medien, darunter Comics, Wildwest- und Liebesromane und die Boulevardpresse.¹¹⁸ Diese würden in die jugendliche Lebenswelt eindringen, Jugendliche verderben und traditionelle Autoritäten wie Schule und Elternhaus unterminieren.¹¹⁹

Damit ist ein Themenbereich angesprochen, der von den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen häufig unter den Ausdrücken «Reizüberflutung» und «Sittenzerfall» zusammengefasst wurde. Es handelt sich um die Vorstellung, dass die moderne Zivilisation viel intensiver auf Jugendliche einwirke als früher.¹²⁰ Als zivilisatorische Reize galten neben Massenmedien und Schundliteratur die Konsumgesellschaft, darunter Werbung und Leuchtreklamen im öffentlichen Raum, der Lärm von Verkehr und Maschinen sowie die «durch die Vergnügungsindustrie hochgezüchtete Zerstreuung und Scheinerholung», vor welcher zum Beispiel der Pädagoge Walther Paul Mosimann im Buch *So ist die Jugend. Erziehungsfragen des Alltags* von 1958 die Eltern warnte.¹²¹ Mosimann sprach damit in seinem Erziehungsratgeber, der sich an Eltern richtete, vor allem den Aufenthalt Jugendlicher in Spielsalons, Gasthöfen, Cabarets, Bars und Dancings an.

Diesen durch die moderne Zivilisation ausgelösten Reizen wurde ein stark negativer Einfluss auf die Psyche und das Nervensystem der Jugendlichen zugeschrieben. Sie würden zu einer «Überreizung der Sinne»¹²² beziehungsweise des «Nervensystems und des endokrinen Systems»¹²³ führen und galten als Ursache für die bei Jugendlichen zunehmend diagnostizierte Nervosität und für Konzentrationsstörungen.¹²⁴

Diese Argumentation war weitverbreitet und dominierte sowohl den Fachdiskurs wie auch die Jugenddebatten in einer breiten Öffentlichkeit. Sie wiederholte sich unzählige Male in verschiedenen Varianten, enthielt dabei aber immer ähnliche Elemente: die Warnung vor den schädlichen Auswirkungen von Lärm,

118 Fritschi 1965, S. 4 f. Zum Schundkampf im wilhelminischen Deutschland: Maase 1996; Maase 1997. In Deutschland wurde 1951 das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit erlassen. Dieses verbot den Aufenthalt an Orten, welche die Sittlichkeit der Jugend gefährden könnten. Dazu gehörten Rummelplätze, Bars, dunkle Strassen und Bahnhöfe. 1953 folgte das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften. Kurme 2006, S. 106 f. Im Sommer 1965 organisierten Lehrer öffentliche Verbrennungen von «Schmutz- und Schundliteratur» in Romanshorn und Brugg. Meyer 1996, S. 34.

119 Pilgrim. Der ferngeformte Mensch. In: Der Sonntag, Nr. 21, 26. 5. 1968, S. 5. Vgl. etwa auch: pw. Grossalarm im Kampf gegen Schund und Schmutz. In: SI, Nr. 2, 3. 1. 1955, S. 16–17. Zu «Schund und Schmutz» als Gefährdung für Jugendliche ausführlicher Meyer 1996, S. 34.

120 am. Die Probleme der heutigen Jugend. In: Volksrecht, Nr. 175, 28. 7. 1961.

121 Mosimann 1958, S. 9 f. Sehr ähnlich o. A. Zehn Thesen für ein Jugendschutzgesetz. In: NZN, Nr. 52, 3. 3. 1959.

122 Deuchler, W. Die seelische Gesundheit unserer Kinder ist bedroht. In: Schule und Elternhaus, Nr. 1 (1950), S. 9.

123 Widmer Konrad. Der junge Mensch in unserer Zeit. In: Schule und Elternhaus. Sonderheft «Der junge Mensch in unserer Zeit», Nr. 3 (1966).

124 Fischer, Herbert. Probleme der heranwachsenden Jugend 1963. In: Volksrecht, Nr. 175, 28. 7. 1961.

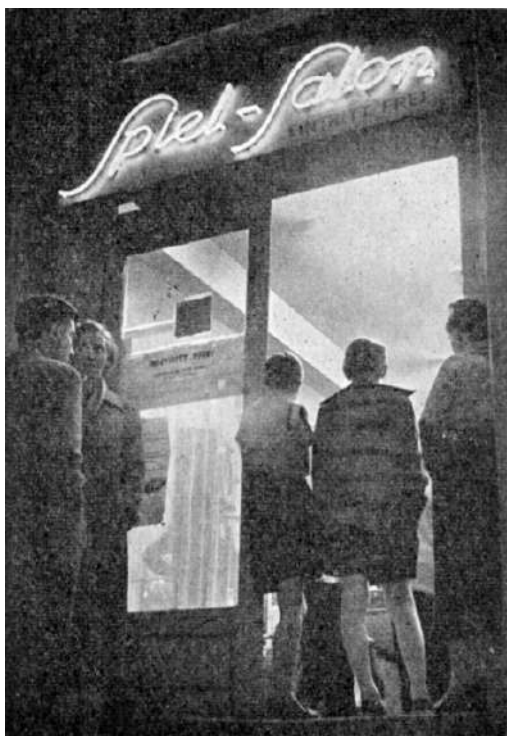


Abb. 12: «Schuljugend vor einem Spielsalon zu später Stunde.» Die *Pro Juventute* thematisierte in den «langen Fünfzigerjahren» wiederholt die Gefahr für Jugendliche, die von der Konsum- und Vergnügungsindustrie ausging. Als problematisch galt unter anderem der Aufenthalt in Spielsalons, Gasthöfen oder Bars. Diese undatierte Fotografie von Peter Grünert wurde als Symbolbild verwendet. *Pro Juventute*, Nr. 11 (1954), S. 438.

Tempo, Hektik, der Massenmedien und der Motorisierung.¹²⁵ In diesen Warnrufen vereinigte sich die Kritik an der Konsum- und Unterhaltungsindustrie mit einer antimodernistischen Grossstadtfeindschaft. Die Stadt galt als Inbegriff der modernen Zivilisation, von Fortschritt und Gegenwart ebenso wie als Hochburg der Konsumgesellschaft und dementsprechend als Gefahr für die Jugendlichen. Die Warnung vor zivilisatorischen Gefährdungen ging zudem häufig mit einer Idealisierung der Vergangenheit einher, in der, so Hilde Brunner in der Zeitschrift *Schule und Elternhaus* im Jahr 1951, «noch das ärmste Kind [...] ein weit glückhafteres Leben führte als selbst das verwöhnteste Stadtkind unserer Tage».¹²⁶ Brunner fuhr fort: «Noch einmal denn: nein, und abermals nein, unsere Kinder sind nicht zu beneiden, trotz gelb und roter Glace und Zirkus und Zoo und Koblet und Kino und – nicht zu vergessen! – trotz all den atemberaubenden Vehikeln, die so vielen von ihnen heute die Sinne verwirren.»¹²⁷ In diesem Abschnitt sind noch einmal einige der potenziellen Gefahren der Moderne ver-

125 Deuchler, W. Die seelische Gesundheit unserer Kinder ist bedroht. In: *Schule und Elternhaus*, Nr. 1 (1950), S. 9. Vgl. auch Frei, Emil. Volksschule und Elternschule. In: *Schweizerische Lehrerinnen-Zeitung*, Nr. 5 (1960/61), Bd. 65, S. 111–125; Dottrens 1954, S. 19.

126 Brunner, Hilde. Ist es wirklich so schlimm? In: *Schule und Elternhaus*, Nr. 1 (1951), S. 7.

127 Ebd., S. 8 f.

sammelt: das Angebot der Konsum- und Unterhaltungsindustrie – hier repräsentiert durch Glace, Zirkus, Kino und den erfolgreichen Schweizer Radrennfahrer Hugo Koblet –, der Verkehr und die Motorisierung.

«Akzeleration» und «Retardation»

Eine zweite Problemwahrnehmung, die mit der «Reizüberflutung» eng zusammenhing, war das Konzept der «Akzeleration». Stark geprägt hatte diese Debatte der in den 1950er-Jahren äusserst populäre deutsche Kinder- und Jugendpsychologe Hans Heinrich Muchow. Sein zivilisationskritisches Buch *Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend* aus dem Jahr 1959 war ein Bestseller.¹²⁸ Das Phänomen der «Akzeleration» beschäftigte aber nicht nur Psychologinnen und Erzieher, sondern fand über die Massenmedien auch Eingang in eine breite Öffentlichkeit. Es bezeichnete eine Vorverschiebung des körperlichen Reifungsprozesses Jugendlicher, das heisst das verfrühte Einsetzen der Geschlechtsreife und ein beschleunigtes Körperwachstum.¹²⁹ Als Ursachen der «Akzeleration» nannten Expertinnen und Experten verbesserte Ernährung und Hygiene der jungen Menschen. «Europäische und amerikanische Aerzte und Psychiater haben in den letzten Jahren eine erstaunliche Entdeckung gemacht: der Zeitpunkt des Beginns der Geschlechtsreife eines jungen Menschen sinkt progressiv. Mit jedem Jahr werden die jungen Knaben und Mädchen etwas früher geschlechtsreif als die entsprechende Generation im Jahre zuvor.»¹³⁰ Die progressive Vorverschiebung der Geschlechtsreife, wie sie in diesem Artikel aus der *National-Zeitung* von 1960 beschrieben wurde, galt vor allem deshalb als problematisch, weil die geistig-seelische Reifung der körperlichen Beschleunigung nicht folgen könne.¹³¹ Die Jugendlichen würden durch die verfrühte körperlich-geschlechtliche Reife in einem Alter mit der «Bedrängnis der Sexualität» konfrontiert, in dem die geistig-seelische Reife noch nicht erreicht sei.¹³² Die körperliche Entwicklung würde bei vielen Jugendlichen schon mit dem 14. Lebensjahr einsetzen, die geistige Reife lasse hingegen häufig bis etwa zur Volljährigkeit auf sich warten. «Mit andern Worten: sie werden früher lang, aber später klug»,¹³³ fasste die *Neue Zürcher Zeitung* dieses Phänomen lakonisch zusammen.

Einige Forscher stellten sodann gar eine geistig-seelische «Retardation» fest. Die Ursachen für eine verzögerte geistige Reife wurden wiederum in gesellschaftlichen Modernisierungs- und Transformationsprozessen wie der Urbanisierung, in technischen und naturwissenschaftlichen Innovationen und der bereits erwähnten «Reizüberflutung» geortet.¹³⁴ Als Folgen dieser «uneinheitliche[n] Rei-

¹²⁸ Janssen 2010, S. 89; Abels 1993, S. 151 f., 166.

¹²⁹ Schatzmann 1969, S. 23. Vgl. o. A. Probleme der Jungen zwischen Schulentlassung und Eintritt ins Erwerbsleben. In: *Die Frau*, Nr. 4, April 1962.

¹³⁰ Künzli, Arnold. Die Emanzipation des Teenagers. In: *National-Zeitung*, Nr. 258, 4./5. 6. 1960.

¹³¹ Ohne Autor. Vaterloses Jahrhundert? In: *Der Aufstieg*, Nr. 34, 25. 9. 1970, S. 1098.

¹³² Schatzmann 1969, S. 24. Vgl. auch Meyer 1996, S. 15.

¹³³ sx. Die Schwierigen. In: *NZZ*, Nr. 2333, 12. 6. 1962, S. 4.

¹³⁴ Künzli, Arnold. Die Emanzipation des Teenagers. In: *National-Zeitung*, Nr. 258, 4./5. 6. 1960.

fung» und der disharmonischen Entwicklung von Körper und Geist nannten zeitgenössische Beobachterinnen und Beobachter auch hier innere Spannungen und «schwerste Entwicklungsstörungen»¹³⁵ wie Nervosität und seelische Schäden bei Jugendlichen.¹³⁶

Hintergrund dieser Irritationen waren Reifungstheorien, die davon ausgingen, dass eine Jugendbiografie bestimmte Phasen durchlaufe und einem «vernünftigen, natürlichen» Plan folge. Am Ende dieser Reifungs- und Entwicklungsphase hatten die jungen Menschen die von Konflikten geprägte Pubertät überwunden und sich in die Gesellschaft der Erwachsenen integriert und sich ihr angepasst. «Akzeleration» und «Retardation» störten diesen natürlichen Ablauf des Reifungsprozesses.¹³⁷

Das Konzept der «Akzeleration» wurde besonders in den 1950er-Jahren und Anfang der 1960er-Jahre intensiv diskutiert, es war vereinzelt aber auch darüber hinaus verbreitet. So machte der «Erziehungshelfer» Hansheinz Reinprecht in der Zeitschrift *Der Sonntag* in der Ratgeberrubrik «Macht euch keine Sorgen, liebe Eltern!» Rat suchende Eltern noch 1971 darauf aufmerksam, dass es «heute wirklich so [ist], dass die Reifung unserer Jugend um ungefähr zwei Jahre früher erfolgt, als es bei der vorigen Generation noch der Fall war».¹³⁸

Das «Freizeitproblem»

Eine dritte, ebenfalls einer zivilisationskritischen Haltung entspringende Problemwahrnehmung kann unter dem Begriff «Freizeitproblem» zusammengefasst werden. In der Schweiz waren im Bereich der Freizeit die Jugendverbände und die Pro Juventute federführend. Die sinnvolle Gestaltung der arbeits- und schulfreien Zeit Jugendlicher war eines der zentralen Themen der Stiftung Pro Juventute. Ab 1945 wurde in fast jeder Ausgabe der Pro-Juventute-Zeitschrift die Freizeitgestaltung Jugendlicher thematisiert.¹³⁹ Zahlreiche Artikel waren diesem «Grundproblem der heutigen jungen Generation»¹⁴⁰ gewidmet. Aber auch andere Medien verwiesen auf das «Ueberangebot von Einflüssen [...] (Kino, Fernsehen, Spielsalons, «Parties», organisierte Jugendgruppen mit ideellen Zielen oder asozialen Auswüchsen usw.)», über welche die Eltern «kaum mehr Kontrolle, geschweige denn Einfluss haben»,¹⁴¹ wie es ein Psychoanalytiker in der *Neuen*

135 am. Die Probleme der heutigen Jugend. In: Volksrecht, Nr. 175, 28. 7. 1961. Derselbe Artikel auch in National-Zeitung, Nr. 258, 4./5. 6. 1960.

136 Vortrag des Berner Schriftstellers Erwin Heimann vor der FDP der Stadt Zürich: «Die Jugend in unserer Zeit». Abgedruckt in: NZZ, Nr. 4390, 20. 11. 1961. Zu den Konzepten der «Akzeleration» und «Retardation»: Abels 1993, S. 86, 156 f.; Janssen 2010, S. 89.

137 Meyer 1996, S. 23; Abels 1993, S. 186 f.

138 Reinprecht, Hansheinz. Wann aufklären? In: Der Sonntag, Nr. 13, 31. 3. 1971, S. 11. Vgl. auch ders. Die Masche mit der Kameradschaft. In: Der Sonntag, Nr. 10, 10. 3. 1971, S. 19.

139 Zum Beispiel Schweingruber, W. Freizeit gestern und heute. In: Pro Juventute, Nr. 11 (1948), S. 395–399. Vgl. auch das Heft «Freizeithilfe» der Pro Juventute, Nr. 1/2 (1961).

140 Widmer, Konrad. Freizeit – Ein Grundproblem der heutigen jungen Generation. In: Pro Juventute, Nr. 8/9 (1961), S. 525–531.

141 Berna, Jacques. Psychologische Aspekte der Jugendrevolten. In: NZZ, Nr. 782, 18. 12. 1968.

Zürcher Zeitung beschrieb. Die in der Nachkriegszeit ausgedehnte Freizeit, die Jugendliche vermehrt unter Gleichaltrigen und fernab der Aufsicht und Kontrolle von Erwachsenen und Erziehern verbrachten, weckte die Befürchtung, dass sie dort den Reizen der modernen Zivilisation und der Konsumindustrie ungeschützt ausgesetzt seien.¹⁴² Eine falsch verwendete Freizeit galt als eine der Ursachen für Verwahrlosung und Kriminalität.¹⁴³

Diese Debatte war allerdings nicht spezifisch für die Nachkriegszeit, sondern wurde in westlichen Staaten schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts periodisch geführt. Bereits damals sorgten unbeaufsichtigte Jugendliche insbesondere im städtischen Raum für Irritationen und erregten die Aufmerksamkeit von Jugendschützerinnen und Jugendfürsorgern. Besonders seit der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit mit der flächendeckenden Einführung der 48-Stunden-Woche in der Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre¹⁴⁴ stand die Zeit, die Jugendliche ausserhalb von Schule und Beruf verbrachten, unter spezieller Beobachtung. Damals galt die vermehrte Freizeit insbesondere für Jugendliche aus der Arbeiterschicht als gefährlich. Man befürchtete, dass die freie Zeit ihre Disziplin und Zuverlässigkeit am Arbeitsplatz unterminieren könne. Aus diesem Grund entstanden Institutionen und Organisationen, die Jugendliche zu einer aktiveren und sinnvolleren Freizeitgestaltung anleiten sollten.¹⁴⁵ Um die verschiedenen Bestrebungen für eine zweckmässige Freizeitverwendung zu koordinieren, wurde in der Schweiz 1933 etwa die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Ferienhilfe und Freizeit für Jugendliche, die Vorgängerorganisation der SAJV, gegründet.¹⁴⁶ 1942 wurde von jungen Sozialdemokraten, darunter dem späteren Bundesrat Hans-Peter Tschudi, die Basler Freizeitaktion ins Leben gerufen, um der als gefährlich eingestuften unkontrollierten Freizeit sinnvolle und von Erwachsenen begleitete Tätigkeiten gegenüberzustellen.¹⁴⁷

Das Unbehagen bezüglich der freien Zeit Jugendlicher verstärkte sich in der prosperierenden Nachkriegszeit, als die Jugendlichen über die Zeit, die sie ausserhalb von Schule und Beruf verbrachten, zunehmend frei bestimmen konnten und über grössere finanzielle Mittel verfügten.¹⁴⁸ Nun bezog sich diese Problemwahrnehmung auch auf Jugendliche ausserhalb der Arbeiterschicht. Ab der Jahrhundertmitte wurde sodann von einem eigentlichen «Freizeitproblem» gesprochen. Da die Freizeit das Leben Jugendlicher immer stärker zu bestimmen schien, wurde von privater wie auch von öffentlicher Seite her versucht, den Einfluss auf sie auszuweiten. Eine Folge war die Forderung nach einer «Pädagogi-

¹⁴² Meyer 1996, S. 30.

¹⁴³ Eugster 2003, S. 3.

¹⁴⁴ Degen 2002, S. 466–468.

¹⁴⁵ Sander/Vollbrecht 2000, S. 13 f. Die Pro Juventute veranstaltete schon 1930 eine «Schweizerische Ferien- und Freizeittagung». Schudel 2006, S. 10; Eugster 2001, S. 59.

¹⁴⁶ Schudel 2006, S. 12–14.

¹⁴⁷ Eugster 2003, S. 3.

¹⁴⁸ Ohne Autor. Vaterloses Jahrhundert? In: Der Aufstieg, Nr. 34, 25. 9. 1970, S. 1098. Vgl. auch Siegfried 2006, S. 41, 45. Hierzu ausführlicher Kapitel 2.3.

sierung» der Freizeit.¹⁴⁹ In einer sich rasch wandelnden Welt schienen Schule und Elternhaus die Jugendlichen immer weniger vor den als schädlich befundenen Auswirkungen gesellschaftlicher und technischer Entwicklungen schützen und sie adäquat auf das berufliche, politische und private Leben vorbereiten zu können. Der intergenerationelle Wertetransfer schien damit fundamental gefährdet.

Aufgrund des festgestellten «Freizeitproblems» war in der Nachkriegszeit vermehrt die Förderung der «auserschulischen Bildung» Thema. Dieser Begriff sowie sein Äquivalent «auserschulische Erziehung» wurden nicht einheitlich gebraucht und konnten auch unterschiedliche Vorstellungen von konkreten Massnahmen der Umsetzung umfassen. Zumeist war damit einfach der Bereich gemeint, der von der Schulerziehung nicht abgedeckt wurde.¹⁵⁰ Vor diesem Hintergrund ist auch die Gründung der Fachabteilung «Freizeitdienst» der Pro Juventute im Jahr 1950 zu verstehen. Dieser umfasste Freizeitwerkstätten, wo Jugendliche unter Anleitung von Erwachsenen handwerklich tätig sein konnten, einen Jugendferiendienst, die Organisation von Aufenthalten bei Gastfamilien, Sprachferienkolonien und einen internationalen Jugendbriefwechsel. Der Freizeitdienst hatte zum Ziel, dass die Jugendlichen ausserhalb von Schule und Beruf «wertvolle» und «sinnvolle» Zeit verbringen.¹⁵¹ Als sinnvoll und zur Förderung von Gemeinschaftssinn und sozialem Verantwortungsgefühl galten, wie in Kapitel 2.1 bereits erwähnt, aktive Freizeitbeschäftigungen: «Vertiefung, nicht Verflachung, Selbstgestalten der Freizeit, nicht blosser Nervenkitzel, Musse, nicht Hochbetrieb», zudem die «Weckung und Uebung schöpferischer Kräfte».¹⁵² In den 1950er-Jahren entstanden in der Stadt Zürich ebenfalls unter der Leitung der Pro Juventute die heute noch existierenden Gemeinschaftszentren (GZ), in denen Jugendliche ihre Freizeit in einem abgegrenzten und geschützten Rahmen verbringen konnten.¹⁵³

«Halbstärke»

Das «Freizeitproblem» fand seinen verdichteten Ausdruck im Phänomen der «Halbstarken». Laut dem Chef der Stadtzürcher Kriminalpolizei, Walter Hubatka, handelte es sich bei den «Halbstarken» um «Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren [...], vereinzelt darüber, wenige auch darunter».¹⁵⁴ Sie verbrachten ihre Freizeit in Gruppen, häufig an öffentlichen Plätzen oder in öffentlichen Lokalen und hoben sich bewusst von der bürgerlichen Ordnung ab: durch auffällige Kleidung wie Jeans und Cowboystiefel, lange Haare und eine insgesamt «gewollt ungepflegte Erscheinung»¹⁵⁵ sowie durch provokatives Ver-

149 Meyer 1996, S. 29–39.

150 Zur Definition von auserschulischer Bildung an der Weltjugendkonferenz der Unesco in Grenoble 1964 Timm 1964, S. 473. Ausführlicher dazu Kapitel 3.

151 Trümpi, H. Pro Juventute-Freizeitdienst. In: Pro Juventute, Nr. 11 (1948), S. 402.

152 Gähwiler, A. Aktuelle Freizeit-Aufgaben. In: Pro Juventute, Nr. 7/8 (1948), S. 258. Vgl. Kapitel 2.1.

153 Ohne Autor. 20 Jahre Zürcher Freizeitanlagen. In: Pro Juventute, Nr. 10 (1975), S. 378–380.

154 Hubatka 1961, S. 70.

155 Ebd.

halten. Gemäss Hubatka legten sie «einen besondern Schlendrian an den Tag, sie wollen ganz einfach den guten und braven Bürger schockieren».¹⁵⁶ Andernorts wurden «Halbstärke» als Jugendliche beschrieben, «die in engen Jeans mit monatealtem Moos herumlaufen und die zur verlausten Montur meterlange Ketten, kiloschwere Medaillen und klirrende Amulette tragen. Kurz, um die, von denen man annimmt, bei ihnen sei Hopfen und Malz verloren».¹⁵⁷ Ihr Vergehen bestand primär in ihrem provokativen Benehmen und in ihrem auffälligen Aussehen. Gegen das Strafgesetz verstieessen sie hingegen eher selten. Wurden sie wegen strafbarer Handlungen angezeigt, betrafen diese zumeist den Bereich der Sittlichkeit.¹⁵⁸ Hubatka bezeichnete es als «Eigenart» der «Halbstarken», «in sexuellen Belangen aussergewöhnlich freimütige Anschauungen an den Tag zu legen».¹⁵⁹

Im Unterschied zu Deutschland, wo es zwischen 1955 und 1958 zu sogenannten Halbstarkenkrawallen kam, blieb es in der Schweiz diesbezüglich relativ ruhig.¹⁶⁰ Ausnahmen waren Auseinandersetzungen zwischen sogenannten Halbstarken und der Polizei in Locarno im Sommer 1960 und eine «Halbstarkenrazzia», die ebenfalls im Sommer 1960 im Zürcher Niederdorf stattfand und bei der 91 Jugendliche vorübergehend festgenommen wurden.¹⁶¹ Dennoch waren die «Halbstarken» gegen Ende der 1950er-Jahre und zu Beginn der 1960er-Jahre in der Schweizer Öffentlichkeit ein Thema. So erschien bereits 1957 in der *Neuen Zürcher Zeitung* ein Artikel zu den «Halbstarken als Zeiterscheinung».¹⁶² Die *Schweizer Illustrierte* veröffentlichte 1960 einen Artikel mit den einleitenden Worten: «Es scheint, dass wir nun auch in der Schweiz – und zwar besonders in Zürich – genau das erreicht haben, was wir um jeden Preis vermeiden wollten: Wir haben ein «Halbstarken-Problem»».¹⁶³ Dieses wurde auf mangelnde oder falsche Erziehung durch die Eltern, Autoritätsniedergang, unvollständige Familien und den gesellschaftlichen und kulturellen Wandel zurückgeführt. Die «Halbstarken» galten sodann oftmals als «Wohlstandsverbrecher», Opfer der «Luxusverwahrlosung»,¹⁶⁴ manipuliert und verdorben durch zu viel Geld und populärkulturelle Produkte wie Filme und Musik.¹⁶⁵ Die Erziehung zu gesellschaftlichen Werten wie Solidari-

156 Ebd. Sehr ähnlich die Umschreibung von Curt Bondy in seiner Untersuchung zu den Halbstarkenkrawallen der BRD von 1957. In: Meyer 1996, S. 60. Zur zeitgenössischen Wahrnehmung der Halbstarken Tanner 2015, S. 336.

157 Fritschi, Werner. Jugend am Werk. In: Pro Juventute, Nr. 2/3 (1964), S. 110.

158 Hubatka 1961, S. 74.

159 Ebd., S. 74.

160 Ausführlicher zu den «Halbstarkenkrawallen» in Westdeutschland Janssen 2010, S. 133.

161 Über die Razzia berichteten zum Beispiel folgende Artikel: J. H. Was die «Halbstarken»-Razzia lehrt. In: Die Tat, Nr. 177, 29. 6. 1961; Sa. Die Polizei im Kampf gegen das «Halbstarkentum». In: NZN, Nr. 141, 20. 6. 1960; emr. Polizeikontrolle von «Halbstarken». In: NZZ, Nr. 2116, 20. 6. 1960.

162 h. w. Die Halbstarken als Zeiterscheinung. In: NZZ, Nr. 184, 21. 1. 1957, S. 9. Vgl. auch Knobel, Bruno. «Halbstark» unter der Lupe. In: NZZ, Nr. 2698, 20. 9. 1958, S. 7.

163 Gasser, Irene. Schäfchen im Wolfspelz. In: SI, Nr. 45, 31. 10. 1960.

164 Hubatka 1961, S. 67.

165 Meyer 1996, S. 57, 59; Eugster 2003, S. 12; Kurme 2006, S. 224, 249. Zu zeitgenössischen Erklärungsversuchen zum Phänomen der «Halbstarken»: Janssen 2010, S. 133.

tät erschien bei den «Halbstarken» als besonders wichtig und der freiwillige soziale Einsatz als Mittel, um sie wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Eine solche Umerziehung bezweckte zum Beispiel die «Jeans-Expedition»: Im Jahr 1962 zogen 18 «Halbstarke» für zwölf Tage nach Engelberg, um dort einem Bergbauern beim Aushub für einen Neubau zu helfen.¹⁶⁶

Anders als es die Fokussierung der Forschung auf abweichendes Verhalten Jugendlicher und deren Wahrnehmung suggeriert, wurde das Phänomen der «Halbstarken» in der medialen Öffentlichkeit der Schweiz hingegen auch relativiert. So warnte der Pro-Juventute-Mitarbeiter Edmond Tondeur im *Tages-Anzeiger* 1964: «Nichts wäre falscher, als die Randerscheinung des «Halbstarken-tums» auf die Gesamtheit unserer Jugend zu übertragen.»¹⁶⁷ Und in einer 1961 erschienenen Broschüre mit dem Titel *Die Zukunft unserer Jugend in Freiheit: Eine Zeitstudie* wurde darauf hingewiesen, dass man aufhören solle, «auf die Minorität der sogenannten «Halbstarken» zu starren», habe es solche doch «zu allen Zeiten gegeben».¹⁶⁸

Jugend als individuelle Krisenphase

Diese Aufzählung zentraler Problemwahrnehmungen der «langen fünfziger Jahre» ist nicht abschliessend und die Grenzen zwischen den einzelnen Problematisierungsmustern sind bisweilen auch fließend. Gemeinsam ist ihnen eine spezifische Sicht auf Jugend. Diese wurde wesentlich vom Fachdiskurs der Jugendhilfe und -fürsorge geprägt, das heisst von jenen Personen, die sich beruflich oder aus persönlichem Interesse oder Engagement mit Jugendlichen beschäftigten.¹⁶⁹ Sie hatten vor allem Abweichungen von der Norm und den Schutz Jugendlicher vor Gefährdungen im Blick und befassten sich deshalb primär mit dem sogenannten gefährdeten, schon «gefallenen», bedürftigen, verwahrlosten oder schwer erziehbaren Jugendlichen.¹⁷⁰ Basis dieses jugendschützerischen Diskurses war die Auffassung, dass Jugend eine besonders gefährdete Lebensphase sei und Jugendliche verletzbare Wesen seien, die es zu beschützen gelte. Diese Ansicht stammte ursprünglich aus der Psychologie, die individuelle Entwicklungsprozesse im Blick hatte.¹⁷¹ Von der Jahrhundertwende bis Mitte des 20. Jahrhunderts waren es vor allem Psychologen, die, teilweise im Verbund mit Pädagogen, Jugend erforschten und Deutungshoheit über sie hatten.¹⁷² Ein Pionier der Jugendpsychologie war der Amerikaner Granville Stanley Hall. Er hatte 1904 mit *Ado-*

166 1963 wurde die «Jeans-Expedition» wiederholt. Zwanzig «Halbstarke» aus Luzern verbrachten zwei Wochen in Frankreich, wo sie einen Film über sich selbst drehten. Fritschi, Werner. *Jugend am Werk*. In: Pro Juventute, Nr. 2/3 (1964), S. 110. Vgl. hierzu auch Abb. 5.

167 Tondeur, Edmond. *Jugendhelfer in Nöten*. In: TA, Nr. 7, 29. 8. 1964, S. 15.

168 Schmutz 1961, S. 25.

169 Meyer 1996, S. 6.

170 Criblez 2007b, S. 842.

171 Ubbelohde 2002, S. 409; Schumann 2010, S. 10; Criblez 1986, S. 193.

172 Schultheis/Perrig-Chiello 2008, S. 28; Griesse/Mansel 2003, S. 170. Vgl. dazu auch Speitkamp 1998, S. 131.

lence: Its Psychology, and its Relations to Physiology, Anthropology, Sociology, Sex, Crime, Religion, and Education ein viel beachtetes jugendpsychologisches Werk verfasst.¹⁷³ Darin beschrieb er Jugend als krisenhafte Entwicklungsphase von emotionaler Verletzlichkeit und Instabilität.¹⁷⁴ Im deutschen Sprachraum gelten Charlotte Bühler, Siegfried Bernfeld und Eduard Spranger, die allesamt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geforscht und publiziert hatten, als Bahnbrecher der Jugendpsychologie.¹⁷⁵ Diese Forscherinnen und Forscher konzipierten Jugend als biologischen Reifeprozess, mit dem psychische Veränderungen einhergehen. Sie prägten die Erkenntnis, dass die Zunahme von Sexualhormonen zu Störungen des psychischen Gleichgewichts und zu Auswirkungen wie Trotz oder Erregbarkeit führten.¹⁷⁶

Diese in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandenen biologisch-psychologischen Vorstellungen von Jugend dominierten die Jugendhilfe in den 1950er- und 60er-Jahren und das Sprechen über Jugend in einer breiten Öffentlichkeit weit über die 1960er-Jahre hinaus und haben teilweise bis heute Gültigkeit.¹⁷⁷ Sie formten das Bild von Jugend als individueller, fragiler und krisenhafter Entwicklungs- und Übergangsphase vom Kind zum Erwachsenen.¹⁷⁸ Die labile Verfasstheit des Jugendlichen machte ihn anfällig für verschiedene Gefährdungen, die grob unter den zwei Stichworten «Disposition» und «Exposition» zusammengefasst werden können – zwei Kategorien, die sich nicht eindeutig voneinander trennen lassen. Zur Kategorie der «Disposition» gehört die Vorstellung, dass abweichendes und problematisches Verhalten jugendlicher Ausdruck eines psychischen Defekts sei beziehungsweise in anormalen physischen, intellektuellen oder moralischen Eigenschaften der Jugendlichen gründete. Diese konnten ererbt oder erworben sein, beispielsweise durch schlechte Erziehung oder Misshandlung.¹⁷⁹ Mit der Kategorie der «Exposition» wird das Einwirken von externen Einflüssen als Gefahr für die per se krisenhafte Jugendzeit bezeichnet. Dazu gehörte erstens ein prekäres soziales und ökonomisches Milieu des Jugendlichen. Neben solchen sozialdeterministischen Argumenten gab es zweitens moralisierende Erklärungsmuster, nach denen «erzieherische Vernachlässigung»¹⁸⁰ und Versäumnisse der Eltern eine Gefährdung für die Jugendlichen darstellten. Aus dieser Perspektive stammten problematische Jugendliche «besonders häufig aus ungeordneten Familienverhältnissen»,¹⁸¹ wie die *Neue Zürcher Zeitung* 1955 feststellte. Ein drittes Erklärungsmuster eruierte gesellschaftliche und kulturelle Wandlungsprozesse als Bedrohung für den Jugendlichen.

173 Vgl. hierzu Bantigny 2007, S. 17.

174 Mintz 2004, S. 196 f.

175 Janssen 2010, S. 76, 89.

176 Brand 1993, S. 14 f.

177 Dudek 2002, S. 335–337; Sander/Vollbrecht 2000, S. 10; Janssen 2010, S. 63; Criblez 1986, S. 193.

178 Dudek 1990b, S. 205 f.; Ohayon 2005, S. 167; Anhorn 2010, S. 33.

179 Ubbelohde 2002, S. 412; Ramsauer 2000, S. 166 f.

180 M. N. Verwahrloste Jugend. In: NZZ, Nr. 3206, 25. 11. 1955, S. 10.

181 Ebd.

Es geht auf die Jahrhundertwende zurück, als Jugendliche, so die Historikerin Julia Ubbelohde, als «Typus industriegesellschaftlicher Sozialisation entdeckt und als <Krisenphänomen der Moderne> erstmals problematisiert»¹⁸² wurden. Diese zivilisationskritische Argumentation wurde ab den 1950er-Jahren zunehmend wichtiger und lag, wie bereits ausgeführt, auch Problematisierungen wie «Akzeleration», «Reizüberflutung» und «Freizeitproblem» zugrunde. Ausprägungen des gesellschaftlichen und kulturellen Wandels wie der Wirtschaftsaufschwung, der technische Fortschritt, die Auflösung traditioneller Familienstrukturen, die Pluralisierung von Normen und Verhaltensmuster, die Urbanisierung, die Konsum-, Werbe- und Unterhaltungsindustrie und die Massenmedien rückten ab den 1950er-Jahren als Gefährdung für den «ohnehin krisenvollen Übergang vom Jugendalter ins Erwachsenenleben»¹⁸³ zunehmend in den Vordergrund.¹⁸⁴ Nicht nur auf konservativer Seite, sondern auch in linken Kreisen kursierte die Vorstellung, dass diese Transformationsprozesse nicht nur die einzelnen Jugendlichen, sondern urschweizerische Werte an sich und damit die Gesellschaft insgesamt gefährden würden.¹⁸⁵ Konsum beispielsweise wurde von den Kulturkritikern für Jugendliche als besonders gefährlich erachtet. Sie setzten ihn in Verbindung mit Passivität, politischem Desinteresse, Manipulation und Anfälligkeit für politische Verführungen. Das *Journal de Genève* mahnte 1965: «N'oublions jamais qu'une jeunesse qui accepte de se laisser dicter ses besoins matériels par l'économie sera demain prête à se laisser imposer ses besoins politiques et sociaux par les instances appropriées.»¹⁸⁶

Unsichtbare und unauffällige Jugend

Gegenläufig zu diesem Gefährdungsdiskurs wurde Jugend damals aber auch entproblematisiert. Regelmässig wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es um die Mehrheit der Jugendlichen «nicht so schlimm [steht], wie man es oft wahr haben will»,¹⁸⁷ und dass in der Schweiz «alarmierende Verhältnisse» wie in den Nachbarländern «nur vereinzelt»¹⁸⁸ existierten. Die *AZ Basel* bezeichnete 1960 die «Halbstarken» als «seltene Ausnahmerecheinungen»¹⁸⁹ und die *Neue Zürcher Zeitung* titelte im Oktober 1960: «Es gibt kein Halbstarkenproblem!»¹⁹⁰ Das

182 Ubbelohde 2002, S. 405 f.

183 Kunz, Johannes. Für die Schulentlassenen. In: *Pro Juventute*, Nr. 3/4 (1961), S. 125.

184 Hierzu etwa Ledermann, Alfred. *Pro Juventute heute – Jugendhilfe heute*. In: *Pro Juventute*, Nr. 11/12 (1962), S. 543; scr. Aktualität am Radio: Generationenproblem und Revolte der Jugend. In: *NZZ*, Nr. 337, S. 6. 1969: Teilnehmer waren verschiedene Professoren, darunter Peter Atteslander und Konrad Widmer. Zum Gefährdungsdiskurs Meyer 1996, S. 21 f.; Kurme 2006, S. 249, 251; Siegfried 2006, S. 146–149, 750.

185 Tanner 2015, S. 336.

186 er. La jeunesse face à la consommation. In: *Journal de Genève*, Nr. 197, 25. 8. 1965, S. 6. Zur Wahrnehmung der Konsumgesellschaft als bedrohlich und manipulativ vgl. Siegfried 2006, S. 21.

187 Henz, Leo. Ist die heutige Jugend schlimmer? In: *Schule und Elternhaus*, Nr. 1 (1947), S. 50.

188 Sacchetto, C. Aus der Arbeit des Jugendamtes. In: *Volksrecht*, Nr. 98, 27. 4. 1957.

189 miv. Sie gehören zu uns! Gedanken zur Frage der «Jugend von heute». In: *AZ Basel*, Nr. 363, 24. 12. 1960.

190 E. T. Es gibt kein Halbstarkenproblem! In: *NZZ*, Nr. 3478, 11. 10. 1960, S. 10.

Volksrecht rief in Bezug auf die Halbstarkenrazzia in Zürich von 1960 zur Einsicht auf, «dass es immer unter tausenden einige schwarze Schafe gibt». ¹⁹¹ Und um diese kleine Minderheit habe sich die Diskussion gedreht.

Bezeichnend für diese Sichtweise ist ein Artikel der *Neuen Zürcher Zeitung* von 1962 über die «Hauptprobleme unserer Jugendlichen». Darin erschien die Berufswahl Jugendlicher als «erstes wichtiges Problem». An zweiter Stelle stand die Ablösung von Eltern und Geschwistern und erst an dritter Stelle das Phänomen von «Akzeleration» und «Retardation». ¹⁹² Einige Monate später hielt dieselbe Zeitung fest, dass von den etwa 30 000 Jugendlichen in der Stadt Zürich 29 000 die «Normalansprüche, welche die Gesellschaft an sie stellt», erfüllen würden. ¹⁹³ Aus diesen Zitaten geht hervor, dass lange Zeit vor allem einzelne Jugendliche oder wie bei den «Halbstarken» kleine Gruppen von Jugendlichen, denen der krisenhafte Übergang zwischen Kindheit und Erwachsenenstatus nicht zu gelingen schien, die Aufmerksamkeit auf sich zogen. ¹⁹⁴

In Bezug auf die Mehrheit der Jugend und auf Jugend als Altersgruppe an sich existierte hingegen lange Zeit kaum ein Problembewusstsein. Sie wurde in der Regel als nur wenig auffällig und als weitgehend unproblematisch wahrgenommen. Diese Sichtweise findet sich etwa im Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG), das 1957 der jungen Generation gewidmet war. Die NHG war eine überparteiliche Vereinigung, die 1914 vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges zur Überwindung der Differenzen zwischen der Deutsch- und der Westschweiz und zur «Erhaltung staatlicher Eigenständigkeit» ¹⁹⁵ gegründet worden war. Sie beteiligte sich an der öffentlichen Meinungsbildung, erörterte aktuelle Themen und Fragen zur Schweiz und förderte zum Beispiel auch die erste Volksumfrage in der Schweiz von 1946. ¹⁹⁶ Als Medium dieser Debatten diente der NHG ihr Jahrbuch. Für das Jahr 1957 beauftragte sie 36 Autorinnen und Autoren unter dreissig Jahren, ihre Sicht auf die Schweiz in Gegenwart und Zukunft darzulegen. ¹⁹⁷ Sie äusserten sich zu so unterschiedlichen Themen wie «Die Schweiz und Europa», «Die junge Schweizerin und die Gegenwartsprobleme», zur Landesverteidigung, zum christlichen Glauben oder zum Nachwuchs im schweizerischen Literaturbetrieb. Der Anspruch der Herausgeber war es, mit den Beiträgen ein «wahrheitsgemässes Bild

¹⁹¹ Ohne Autor. So ist die richtige Zürcher Jugend. *Volksrecht*, Nr. 135, 12. 6. 1961. Auch Walter Hubatka, Chef der Kriminalpolizei Zürich, erachtete die Jugendkriminalität Mitte der 1960er-Jahre als nicht alarmierend. Hubatka, Walter. Nicht schlecht, nur verwirrt. Ein erfahrener Kriminalist über die heutige Jugend. In: *St. Galler Tagblatt*, Nr. 176, 15. 4. 1966.

¹⁹² J. S. Hauptprobleme unserer Jugendlichen. In: *NZZ*, Nr. 976, 13. 3. 1962.

¹⁹³ sx. Die Schwierigen. Jugendliche und Öffentlichkeit (I). In: *NZZ*, Nr. 2333, 12. 6. 1962, S. 4.

¹⁹⁴ M. N. Verwahrloste Jugend. In: *NZZ*, Nr. 3206, 25. 11. 1955, S. 10. Vgl. auch o. A. Perspektiven der Schulentlassenenhilfe. In: *Pro Juventute*, Nr. 3/4 (1961), S. 127; ä. Schund- und Schmutz-literatur gefährdet die Schweizerjugend. In: *Die Tat*, Nr. 329, 1. 12. 1954.

¹⁹⁵ Erne 2010, S. 144 f. Die NHG gehörte zumindest in ihrer Anfangsphase (wie ihr Gründer Gonzague de Reynold) zu einer reaktionären Avantgarde. Zu Gonzague de Reynold vgl. Michaud 2011, S. 270 f.

¹⁹⁶ Stettler 1997, S. 731.

¹⁹⁷ Neue Helvetische Gesellschaft 1957.

der Jugend unserer Zeit»¹⁹⁸ zu erhalten. Vor- und Nachwort des Bandes stellten denn auch eine Art Synthese dar, welche die Wesensart der jungen Generation in groben Strichen zu skizzieren versuchte.

Dieses Stimmungsbild fiel unaufgeregt aus. Weder das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen noch die Einstellungen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen der jungen Schweizerinnen und Schweizer boten Grund zur Sorge. So verwiesen nur zwei Artikel auf mögliche Spannungen zwischen den Generationen. Der Beitrag «Die jungen Schweizer und das eidgenössische Malaise» von Walter Büsch und der Artikel «Politik ohne die Jungen!» von Beat Junker übten Kritik daran, dass die Anliegen der jungen Generation im politischen und gesellschaftlichen System der Schweiz zu wenig berücksichtigt würden.¹⁹⁹ Die restlichen Artikel stellten das Verhältnis zwischen den Generationen als mehrheitlich unproblematisch dar und zeichneten das Bild einer konservativen und konformistischen Jugend, die sich wenig von der älteren Generation unterschied. Jugendliche in der Schweiz, so die Beiträge, schienen sich so stark an der älteren Generation zu orientieren und in die Erwachsenenwelt zu integrieren, dass sie wenig auffielen und gesellschaftlich-öffentlich kaum sichtbar waren.²⁰⁰

Hans Ziegler wies in seinem Beitrag «Jugend, Sinn und Sendung der Schweiz» beispielsweise darauf hin, dass Jugend in der Schweiz «überhaupt nicht in Erscheinung»²⁰¹ trete. Als politische Kraft sei sie irrelevant und im öffentlichen Raum kaum sichtbar: «Wo findet man die Jugend [...] bei uns?», fragte Ziegler rhetorisch. «Nirgends, denn es gibt weder jene typischen Lokale, wo die Jungen die Atmosphäre bestimmen und den Betrieb machen, noch jene öffentlichen Treffpunkte der Jugend, die in jeder ausländischen Stadt zu finden sind.»²⁰² Der Jugend in der Schweiz mangle es aber nicht nur an Begegnungsmöglichkeiten, es fehle ihr auch an einem kollektiven Bewusstsein und einem Gefühl der Zugehörigkeit zu ihrer Altersgruppe: «Nein, die <Schweizer Jugend> ist kein Begriff und bildet weder in ihrem Denken noch in ihrem Erscheinen [...] eine Einheit.»²⁰³ Sie würde sich von den Erwachsenen weder in ihrem Verhalten, ihrer Erscheinung noch in ihren Wertvorstellungen unterscheiden. Der «grösste Teil der Schweizer Jugend [ist] merkwürdig alt»,²⁰⁴ so das Fazit Zieglers. Die Bilanz des Präsidenten der NHG, Emil Egli, fiel im Nachwort ähnlich aus. Er kam zum Schluss, dass die Jugendlichen so denken würden wie die vorherige Generation: «Die Jugend schreitet mit in den Reihen ihrer Väter.»²⁰⁵

198 Egli 1957, S. 199 f.

199 Junker 1957, S. 107–111.

200 Vgl. dazu Bretscher-Spindler 1997, S. 328.

201 Ziegler 1957, S. 5. Beim Autor handelt es sich mutmasslich um den bekannten Soziologen, Politiker und Publizisten Jean Ziegler.

202 Ebd., S. 5 f.

203 Ebd., S. 6.

204 Ebd.

205 Egli 1957, S. 199 f. Vgl. hierzu etwa auch Rigassi, Georges. La guerre psychologique et la jeunesse d'aujourd'hui. In: Gazette de Lausanne, Nr. 189, 11./12. 8. 1951, S. 1. Das Ausbleiben

Dieses Gesamtbild, das die Beiträge im Jahrbuch der NHG 1957 von den jungen Schweizerinnen und Schweizern zeichnen, war kein Einzelfall. Vielmehr widerspiegeln sie einen bis Mitte der 1960er-Jahre dominanten Diskurs.²⁰⁶ Verschiedene Beobachter machten regelmässig darauf aufmerksam, dass Jugendliche in der Schweiz wenig sichtbar seien. Damit gemeint war zumeist, dass sie schnell erwachsen würden und über kein kollektives Bewusstsein verfügten. Zu dieser Einschätzung kam auch der 22-jährige Urs Altermatt anlässlich der Expo 64 in Lausanne. In einer von der SAJV publizierten Broschüre berichtete der spätere Professor für Zeitgeschichte über den «Tag der Jugend» am 5. Juli 1964, den die SAJV unter dem Motto «Unsere Verpflichtung für morgen» organisiert hatte. Am Vortag hatte ein Jugendkongress mit ungefähr 400 Delegierten verschiedenster Jugendorganisationen stattgefunden. Am Kongress diskutierten die «Jungen von heute, die einmal diese zukünftige Schweiz bilden werden»,²⁰⁷ in vier Gruppen die Themenbereiche «Heim und Familie», «Kultur und Freizeit», «Du und die Gemeinschaft» sowie «Arbeit und Beruf». Die Ergebnisse des Jugendkongresses wurden zur Eröffnung des Jugendtages präsentiert.²⁰⁸ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien mit Interesse bei der Sache gewesen, berichtete Altermatt. Allerdings hätten die Diskussionen kaum Zukunftsperspektiven zutage gebracht, sondern sich eng an den «realen schweizerischen Gegebenheiten und Möglichkeiten»²⁰⁹ ausgerichtet. Die Mitglieder der Jugendverbände hatten keine politische Beteiligung gefordert, sondern einen Ausbau des Staatsbürgerkundeunterrichts und der politischen Berichterstattung.²¹⁰ Die Veranstaltung habe bestätigt, so Altermatt, «was man schon oft festgestellt hat: Die jungen Schweizer denken im grossen und ganzen gleich wie ihre Väter».²¹¹

Auch zwei in der Zeit entstandene und in der Öffentlichkeit rezipierte Umfragen stützten den Eindruck einer konformistischen Jugend. Bei der ersten Umfrage handelt es sich um eine Befragung von Jugendlichen, die Altbundesrat Rodolphe Rubattel (FDP) im Jahr 1961 unternommen hatte.²¹² Rubattel hatte an 600 Westschweizerinnen und Westschweizer zwischen zwanzig und dreissig Jahren einen Fragebogen gesandt. Darin erfragte er ihre Meinung zu sogenannten typisch schweizerischen Werten wie Demokratie, Neutralität, Christentum und zur Armee. Weiter sollten sie Auskunft geben über ihre Freizeitbeschäftigung,

eines Generationenkonflikts wurde auch festgestellt von P. C. Sautons le fossé. In: *Journal de Genève*, Nr. 40, 17. 2. 1953, S. 1.

206 Etwa auch OH. Werden die Jungen vernachlässigt? In: *Aargauer Volksblatt*, 12. 3. 1966.

207 Altermatt 1964, S. 14.

208 Ebd., S. 16.

209 Der von der SAJV organisierte Jugendkongress fand am 4. Juli statt, der Tag der Jugend am 5. Juli. Altermatt 1964, S. 16.

210 Schudel 2006, S. 18.

211 Die NZZ schrieb am 6. Juli 1964: «Es zeigte sich, dass trotz aller Jugendlichkeit unserer Jugend vielerorts ein Konservatismus in den Knochen sitzt.» Zitiert in Altermatt 1964, S. 16.

212 Anelli 2011, S. 507 f.; vgl. auch Praz 1997, S. 19.

ihre Zufriedenheit mit den sozialen Institutionen, über ihren Beruf und ihre Lebensweise. Aufgrund der eingesandten Antworten von rund 200 Jugendlichen kam Rubattel zum Schluss, dass unter ihnen keine «grosse geistige Unruhe» existiere. Sie würden die westliche Zivilisation und Demokratie befürworten und seien insgesamt konformistisch eingestellt.²¹³

Bei der zweiten Befragung handelt es sich um die im Vorfeld der Expo 64 durchgeführte soziologische Umfrage «Un jour en Suisse» zum Alltagsdenken in der Schweiz, die auch in der Öffentlichkeit grosse Aufmerksamkeit erhielt. Zwischen 1961 und 1963 interviewte eine Gruppe von Soziologen aus Frankreich und der Schweiz 1200 repräsentativ ermittelte Schweizerinnen und Schweizer zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Darunter waren Fragen zum Frauenstimmrecht, zur Militärdienstverweigerung und zum EWG-Beitritt. Einige Fragen bezogen sich auch auf Jugendliche.²¹⁴ Der Historiker Koni Weber, der diese Umfrage eingehend untersucht hat, ist zum Schluss gekommen, dass die Mehrheit der Befragten nur fünf Jahre vor dem «bewegten» Jahr 1968 bei den unter 20-Jährigen grossen sozialen Konformismus feststellte. Wie die Interviewten dies beurteilten, wurde nicht konkret erfragt, ihre Antworten wiesen jedoch auf kein spezifisches Interesse an der jungen Generation hin.²¹⁵

Der festgestellte Konformismus wurde zuweilen auch kritisch beurteilt. Heinrich Hanselmann, Mitglied des Stiftungsrates der Pro Juventute, erachtete es in einem Artikel von 1955 beispielsweise als bedenklich, «dass unsere heutige Jugend weitgehend unjugendlich geworden ist».²¹⁶ Mit dem Mangel an Jugendllichkeit gemeint war, dass das Verhalten vieler Jugendlicher geprägt sei durch «allzuleichte Anpassungsfähigkeit an das Gebahren der Erwachsenen, durch kluge Scheinbravheit und allzugrosse Bereitschaft zur blossen Nachahmung der Welt der Erwachsenen [...], was uns bekümmern muss».²¹⁷ Diese Sichtweise verweist auf die verbreitete Vorstellung, dass der junge Mensch um seine Jugend betrogen werde. Er werde «viel zu früh, dem Entwicklungsalter weit vorausseilend, ein kleiner Erwachsener»,²¹⁸ schrieb der Pädagoge Walther Paul Mosimann 1958 im bereits erwähnten Erziehungsratgeber.

Auch diese Problemwahrnehmung basierte auf einer allgemeinen Kultur- und Gesellschaftskritik, die sich zumeist an der Leistungsgesellschaft entzündete und die boomende Industrie- und Konsumgesellschaft, die Mechanisierung und Automatisierung der Arbeitswelt dafür verantwortlich machte, dass das Indi-

213 Stranner, Heinz. Eine aufschlussreiche Untersuchung Altbundesrat Rubattels: Was denken die jungen Schweizer über die grossen Gegenwartsprobleme? In: Die Weltwoche, Nr. 1422, 16. 2. 1961.

214 Es handelte sich um eine der ersten repräsentativen Befragungen der Schweizer Bevölkerung mit der Gallup-Methode. Grundlegend zu dieser Umfrage: Weber 2014, S. 1; vgl. auch Tanner 2015, S. 352 f.

215 Weber 2014, S. 173.

216 Hanselmann, Heinrich. Der jugendliche Mensch heute. In: Pro Juventute, Nr. 5 (1955), S. 213.

217 Ebd.

218 Mosimann 1958, S. 110.

viduum in der «modernen Massengesellschaft» «vereinsame».²¹⁹ Unter der Individualisierung beziehungsweise dem «Fehlen jener echten Gruppenbildung»²²⁰ würden insbesondere Jugendliche leiden. Diese müssten in den Strukturen der Konsumgesellschaft zudem schon früh nach Leistung und Reichtum streben und würden dadurch die Jugendphase verpassen, so die Befürchtung einiger Kommentatoren. Altermatt machte in seinem Bericht zum «Tag der Jugend» zum Beispiel darauf aufmerksam, dass es sich «die Jugend von heute» oft gar nicht mehr leisten könne «jung, wirklich jung zu sein».²²¹

In der Regel wurden diese unauffälligen und sich an den Erwachsenen orientierenden Jugendlichen in der Öffentlichkeit jedoch wohlwollend zur Kenntnis genommen. Ihnen schien der krisenhafte Übergang zwischen Jugendphase und Erwachsenenalter zu glücken. Sie entsprachen damit dem Ideal einer jungen Generation, die sich kontinuierlich bestehende gesellschaftliche Werte und Verhaltensmuster aneignete und diese reproduzierte. Jugendliche, die sich an den Erwachsenen orientierten und deren Verhaltensmuster imitierten, schienen die im vorigen Unterkapitel ausgeführten normativen Erwartungen an sie also insgesamt zu erfüllen und damit stabile Zukunftsaussichten zu versprechen. Zwar vermisste auch Altermatt anlässlich des «Tags der Jugend» an der Expo 64 «das Vorwärtstrebende und Himmelsstürmende» einer Jugend, die er als «altklug und manchmal langweilig»²²² beschrieb. Dennoch interpretierte er diese Eigenschaften als Zeichen für ein «tiefes Verantwortungsgefühl» der Jugend gegenüber der Gesellschaft. Die Jugendlichen hätten in den Diskussionen beim Jugendkongress der SAJV zudem Eigenschaften und Werte an den Tag gelegt, die es dem «Kleinstaat Schweiz», so die Formulierung Altermatts, ermöglichten, seine Unabhängigkeit und seinen Wohlstand zu bewahren. Er sprach damit Eigenschaften wie «Wirklichkeitsdenken», «Arbeitswillen», einen starken Familiensinn und ein ausgeprägtes Interesse an staatsbürgerlichen Belangen an, die Teil des schweizerischen Wertekanons waren.²²³

Diese Wahrnehmung einer angepassten und wenig problematischen jungen Generation wandelte sich schon sehr bald und grundlegend. Auf das von Konformität, Konsens und Kontinuität geprägte gesellschaftspolitische Klima der «langen fünfziger Jahre» folgte das «bewegte Jahrzehnt»,²²⁴ das sich von 1964 bis um 1974 erstreckte.²²⁵ Der zeitliche Beginn um das Jahr 1964 ergibt sich aus der

219 miv. Sie gehören zu uns! Gedanken zur Frage der «Jugend von heute». In: AZ Basel, Nr. 363, 24. 12. 1960. Hess-Haeberli 1961, S. 47, kritisierten das dadurch verursachte «isolierte Geniesesen».

220 miv. Sie gehören zu uns! Gedanken zur Frage der «Jugend von heute». In: AZ Basel, Nr. 363, 24. 12. 1960.

221 Altermatt 1964, S. 19.

222 Ebd., S. 18.

223 Ebd., S. 19. Vgl. Kapitel 2.1.

224 König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 12.

225 Imhof 1999, S. 37. Zum «dynamischen Jahrzehnt» ausführlich König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 12.

Konzentration von Ereignissen wie der Landesausstellung 1964 in Lausanne und der Mirage-Affäre 1964 sowie einer Reihe von Publikationen wie Karl Schmidts *Unbehagen im Kleinstaat* (1963) und Max Imbodens Pamphlet *Helvetisches Malaise* (1964). Es waren dies Stimmen eines intellektuellen Nonkonformismus, der in den 1960er-Jahren immer vielfältiger und breiter wurde, sich in öffentlich-medialen Debatten und politischen Vorstössen verdichtete und ab Mitte der 1960er-Jahre in eine Reihe «spektakulärer Auseinandersetzungen»²²⁶ mündete. Von da an wurden die konsensualen Zukunftsvorstellungen durch einen beschleunigten sozialen Wandel und durch das verstärkte Aufbrechen gesellschaftlicher Spannungen zunehmend infrage gestellt.²²⁷ Der Historiker Jakob Tanner erkennt in den ausgehenden 1960er-Jahren eine «gesellschaftliche Orientierungskrise», in der die seit dem Beginn des Kalten Krieges prägende strukturelle Stabilität und das Regelvertrauen abnahmen.²²⁸ Ab 1964 bahnte sich eine Vielzahl neuer Problematisierungen an, die zu Beginn der 1970er-Jahre breitenwirksam wurden: Neben der Umweltverschmutzung, der Ordnung der Geschlechter oder der Ausländerthematik wurde auch Jugend als gesellschaftliches Problem begriffen.²²⁹ Gleichzeitig nahmen Reformen und Wandlungsprozesse ihren Anfang, die durch die neuen sozialen Bewegungen, den starken Wandel von Öffentlichkeit und Medien und die Jugendproteste getragen wurden.²³⁰ 1968 war zugleich «Symptom und Katalysator»²³¹ dieser Prozesse.

Während idealtypische Vorstellungen, wie Jugendliche sein sollten, über das Ende der «langen Fünfzigerjahre» hinausreichten und sich auch mit dem Beginn des «dynamischen Jahrzehnts» kaum veränderten, ist in der Wahrnehmung, wie Jugendliche tatsächlich seien, um die Mitte der 1960er-Jahre ein Bruch zu erkennen. Zu Beginn des «dynamischen Jahrzehnts» schoben sich neue Sichtweisen und neue Problematisierungen von Jugend in den Vordergrund.

2.3 Von der «unsichtbaren» zur «auffälligen» Jugend: Wahrnehmungswandel in den 1960er-Jahren

1969 erschien in der *Schweizerischen Zeitschrift für Gemeinnützigkeit* ein Artikel des Zürcher Stadtarztes Hans Oscar Pfister zum «Problem der Einsamkeit in der heutigen Zeit».²³² Pfister, der von 1943 bis 1973 als Vorsteher des Stadtärztlichen Dienstes von Zürich amtierte, war als Stadtarzt unter anderem verantwortlich für das Gesundheits- und Fürsorgewesen, die sozialmedizinischen

²²⁶ König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 11.

²²⁷ Kreis 2011, S. 56.

²²⁸ Tanner 2015, S. 354, 381.

²²⁹ Kupper 2003, S. 342; König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 13.

²³⁰ König 1999, S. 163 f.

²³¹ Tanner 2015, S. 382.

²³² Pfister, Hans Oscar. Das Problem der Einsamkeit in der heutigen Zeit. In: SZG, Heft 12 (1969), S. 238.

Belange der Zürcher Bevölkerung, die Bekämpfung von Infektionskrankheiten und die Aufklärung der Bevölkerung in gesundheitlichen Fragen. Als Vertreter der psychohygienischen Lehre engagierte er sich auch für den Schutz der geistigen Gesundheit der Bevölkerung, wobei Kindern und Jugendlichen als zukünftigen Erwachsenen ein prominenter Status zukam.²³³ Im besagten Artikel von 1969 beschrieb Pfister mit Besorgnis das «heutige Streben der Gammler, Beatniks und Hippies nach skurrilen Auffälligkeiten in Haartracht und Kleidung»,²³⁴ die mit «marktschreierischem anstosserregendem Verhalten»²³⁵ die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zögen. Diese Beschreibung jugendlicher Subkulturen in ihrer ganzen Auffälligkeit bildet einen frappanten Gegensatz zu den Charakterisierungen einer wenig sichtbaren, unauffälligen und konformistischen Jugend, wie sie noch im Jahrbuch der NHG oder anlässlich der Expo 64 vorherrschten und Thema von Kapitel 2.2 waren. Pfisters Wahrnehmung einer auffälligen und sich eklatant von der Erwachsenengesellschaft abhebenden Jugend ist Teil eines Diskurses, der sich am Ende der «langen Fünfzigerjahre» in den Vordergrund schob. Der einzelne gefährdete Jugendliche verschwand zwar nicht aus dem Fokus von Jugendschützern und Jugendfürsorgerinnen, an seine Seite trat aber die Wahrnehmung von Jugend als distinktivem Alter und als relativ homogener und eigenständiger sozialer Gruppe, die sich vom Rest der Bevölkerung durch äussere Merkmale und innere Werthaltungen unterschied.²³⁶

«Die Nachkriegs-Generation ist anders»

Ab etwa Mitte der 1960er-Jahre herrschte in der Wahrnehmung von Jugend die Vorstellung vor, dass sie sich so deutlich von ihren Eltern und Grosseltern unterscheide wie keine Generation vor ihr. Jugend erschien als unverkennbar «anders» als andere Altersgruppen einerseits und frühere Generationen andererseits. Die öffentlichen Jugenddebatten wurden sodann durch Sichtweisen bestimmt, die gerade die Unterschiede zwischen den Generationen und die Anders- und Fremdartigkeit der Jugend betonten. In zeitgenössischen Darstellungen dominierte die Vorstellung von einer «neuen» Jugend, die, wie der Pädagoge Konrad Widmer in der Zeitschrift *Schule und Elternhaus* 1966 schrieb, «anders denkt, anders erlebt und fühlt als die Menschen früherer Zeiten».²³⁷

Das diskursive Muster der Anders- und Fremdartigkeit bezog sich häufig auf das Aussehen, auf die Verhaltensweisen oder den Musikgeschmack der Jugendlichen. In den Augen der Erwachsenen verstiesse die bei vielen Jugend-

233 Zur Definition von Psychohygiene und zur Person von Pfister aufschlussreich ist die Lizenzierungsarbeit von Wey 2012, insbesondere S. 2 f., 19, 38, 47 f., 69.

234 Pfister, Hans Oscar. Das Problem der Einsamkeit in der heutigen Zeit. In: SZG, Heft 12 (1969), S. 238.

235 Ebd.

236 Zu diesem diskursiven Wandel Osgerby 1998, S. 17, 29; Jobs 2007, S. 277. Für die Schweiz: Tanner/Linke 2008, S. 19.

237 Widmer, Konrad. Der junge Mensch in unserer Zeit. In: Schule und Elternhaus. Sonderheft «Der junge Mensch in unserer Zeit», Nr. 3 (1966).

lichen populäre Rock- und Beatmusik, die langen Haare und ihre als ungepflegt geltenden Kleider, wie Jeans oder «Zottelmäntel», gegen ästhetische Normen. Sie wurden misstrauisch betrachtet, als schlecht und gefährlich abgelehnt und galten als Beleidigung von Sitte und Anstand.²³⁸ Ein Beispiel dafür ist der Entrüstungsturm, den 1968 ein Titelbild der Zeitschrift *Familienfreund* auslöste. Es zeigte die Fotografie eines Hippies mit Bart und langen Haaren (Abb. 13).²³⁹ Zahlreiche Leserinnen und Leser fühlten sich durch die Fotografie so provoziert, dass sie entrüstete Leserbriefe schrieben und damit drohten, das Abonnement zu kündigen.²⁴⁰

Die äusserlichen Distinktionsbestrebungen Jugendlicher irritierten insbesondere deshalb, weil sie als sichtbare Signale innerer Werthaltungen und Verbote eines tiefgreifenden Wandels interpretiert wurden, der die Jugend erfasst habe. Insbesondere die Rock- und Beatmusik galt als generationenspezifischer Ausdruck einer rebellischen Jugendkultur.²⁴¹ Dies zeigt etwa folgender Ausschnitt aus einem Artikel in den bürgerlich-konservativen *Basler Nachrichten* über das Konzert der Rolling Stones im Zürcher Hallenstadion im April 1967.²⁴² Es wurde berichtet, wie die Konzertbesucher im Anschluss die Bühne stürmten, randalierten und Mobiliar zerstörten. Für den Verfasser des Artikels kamen diese Ausschreitungen nach dem Konzert nicht unerwartet: «Wer die Wandlung beachtet hat, die sich in unserem Strassenbild vollzog, wo die ungewaschen aussehenden Brüder Langhaar mit bleichem Gesicht und in betonter Lässigkeit mit den provokant aufgemachten Beat-«Griten» in Minijupes oder hautengen Hosen paradien, der konnte doch nicht im Ernst mehr auf die Zurückhaltung setzen.»²⁴³

Hier wurde das Erscheinungsbild der Jugendlichen ex post als Vorbote für die Ausschreitungen interpretiert. Die langen Haare, die lässige Haltung, die Minijupes oder die engen Hosen erschienen nicht nur als Provokation, sondern auch als Ausdruck für eine veränderte gesellschaftliche Einstellung der Jugendlichen und in diesem Fall gar als Zeichen für Gewaltbereitschaft. Hiermit wird eine Problemwahrnehmung berührt, wie sie besonders ab Mitte der 1960er-Jahre gehäuft vorkam. Werte und Normen, so eine gängige Ansicht, würden Jugendliche und Erwachsene nicht mehr verbinden, sondern «gerade trennen [...] und Konflikte heraufbeschwören, die [...] zu einer Krise führen können»,²⁴⁴ wie die *Neue Zürcher Zeitung* 1972 feststellte.

238 Ohne Autor. Liebe Leser. In: Schweizer Familie, Nr. 50, 8. 10. 1969, S. 7. Vgl. hierzu auch Wettstein 1989, S. 54; Skenderovic/Späti 2012, S. 32.

239 Familienfreund 8.–24. 2. 1968, S. 1.

240 Die Redaktion reagierte auf die Leserbriefe mit einer Stellungnahme: Redaktion. Ein Brief an unsere Leser. In: Familienfreund, 12.–23. 3. 1968, S. 23.

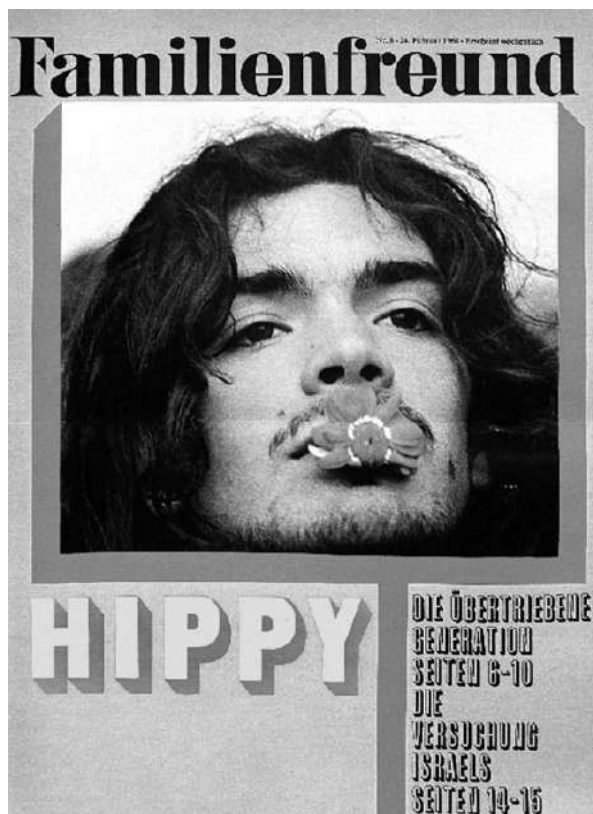
241 Herbert 2002, S. 45.

242 Zur Ausrichtung der *Basler Nachrichten* Bollinger 2003a, S. 62.

243 Fisch, Arnold. Beat, Vietnam und ergraute Revolutionäre. In: Basler Nachrichten, Nr. 169, 22./23. 4. 1967.

244 I. B. Jugend und Gesellschaft. In: NZZ, Nr. 152, 30. 3. 1972, S. 37.

Abb. 13: Das Cover der Zeitschrift *Familienfreund* von 1968 mit der Fotografie eines Hippies erzeugte empörte Reaktionen von Leserinnen und Lesern. *Familienfreund*, 8.–24. 2. 1968, S. 1.



Einen ähnlichen Befund präsentierte der Bericht der Gesellschaft für Marktforschung (GfM)²⁴⁵ bereits 1961. Es handelt sich dabei um einen für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht, den die GfM über ihre Tätigkeit in den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens verfasst hatte. Das Papier thematisierte die «sozialen und technischen Veränderungen» der Nachkriegszeit und analysierte unter anderem deren Auswirkungen auf die «junge Generation von 15–25».²⁴⁶ Darin wurde der Schluss gezogen, dass die «Nachkriegs-Generation» «anders» sei: «Wir spüren es auf Schritt und Tritt. Vater und Sohn sprechen eine andere Sprache. Tochter und Mutter reden aneinander vorbei».²⁴⁷ Diese Feststellung der GfM war 1961 in der Öffentlichkeit noch nicht dominant.²⁴⁸ Ab Mitte der 1960er-Jahre – und vermehrt nach den Jugendunruhen von 1968 – verbreitete sich die Vorstellung von einer jungen Generation, die sich deutlich von derjenigen ihrer Eltern

²⁴⁵ Ab 1975 Schweizerische Gesellschaft für Marktforschung. Leimgruber 2009, S. 296.

²⁴⁶ Gesellschaft für Marktforschung 1961, S. 22.

²⁴⁷ Ebd., S. 20.

²⁴⁸ Vgl. hierzu Kapitel 2.2.

unterschied und deren Beziehung und Verständigung schwierig geworden war, hingegen stark.²⁴⁹

In einem Interview mit Bundesrat Nello Celio (FDP) in der Zeitung *Die Tat* von 1969 sagte er: «Was mich an diesen Leuten ein wenig stört, ist ihre unverständliche Sprache. Man weiss nicht, was sie wollen, man kann nicht verstehen, was sie sagen.»²⁵⁰ Celio bezog diese Aussage explizit auf die bewegte Jugend der 68er-Unruhen. Dasselbe diskursive Muster war aber auch in Bezug auf Jugend allgemein verbreitet.²⁵¹ 1969 lautete eine Schlagzeile der Boulevardzeitung *Blick*: «Keine Frage: Die schweizer. [sic] Jugend ist uns Erwachsenen «entglitten». Wir verstehen kaum noch ihre Sprache, ihre Anschauungen, ihre Moral.»²⁵² Mit dieser steten Betonung der Andersartigkeit Jugendlicher, die sich sowohl sprachlich, über das Äussere wie auch über Einstellungen und Werthaltungen konstituierte, wurde zugleich eine Ähnlichkeit und ein Zusammenhalt innerhalb der Altersgruppe der Jugendlichen suggeriert und Jugend als soziale Gruppe in den Blick genommen.

Eine Voraussetzung für diesen auffälligen Wandel in der Wahrnehmung von Jugend lieferten die sozioökonomischen Entwicklungen der Nachkriegszeit.

Der Wirtschaftsboom und die Entwicklung von Jugend als distinktiver sozialer Gruppe

Die Jugendlichen, um die sich die in dieser Arbeit untersuchten öffentlichen Debatten drehten, wurden vor, während oder einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg geboren. Sie gehörten damit zu den sogenannten Babyboomern.²⁵³ Nach einem Einbruch in der Zwischenkriegszeit stieg in der Schweiz bereits kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die Geburtenrate an und blieb bis Mitte der 1960er-Jahre hoch.²⁵⁴ Die geburtenstarken Jahrgänge wuchsen in einer Schweiz auf, die vom historisch einmaligen Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit geprägt war. Die Nachkriegsjahrzehnte führten in der Schweiz von den 1950er-Jahren bis zur Ölpreiskrise 1973 und der darauf folgenden Rezession ab 1974 zu Vollbeschäftigung und Prosperität. In den 1950er-Jahren wuchsen die Reallöhne um zwanzig Prozent und in den 1960er-Jahren sogar um rund vierzig Prozent an.²⁵⁵ Die steigende Kaufkraft ermöglichte immer mehr Menschen der westlichen Welt Anteil an der Massenkongsumgesellschaft und einen steigenden

249 Der Begriff «Jugendkrise» war nach 1968 verbreitet. Vgl. o. A. Rebellion der Jugend ohne Ziel und Inhalt? In: NZN, Nr. 147, 28. 6. 1969; ng. Die Jugendkrise unserer Zeit. In: Die Tat, Nr. 140, 17. 7. 1968.

250 Interview mit Nello Celio. Die positive Unruhe. In: Die Tat, Nr. 227, 27. 9. 1969, S. 3. Vom «Bruch in der Sprache» der Jugendlichen und einer «Sprachbarriere» war die Rede in: scr. Herausforderungen ohne Antwort? In: NZZ, Nr. 85, 21. 2. 1971.

251 Vgl. Welte, Franz. Verleumdete Jugend. In: Tagwacht, Nr. 164, 17. 7. 1969, S. 3. Welte stellte fest, dass man nicht nur der demonstrierenden Jugend hilflos gegenüberstehe.

252 Ohne Autor. Eine 13jährige, die ständig ihren Liebhaber wechselt. In: Blick, 10. 4. 1969.

253 Der aus den USA stammende Begriff wird in der Regel für die nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1960er-Jahre Geborenen verwendet, als die Geburtenraten auch in der Schweiz anstiegen.

254 Höpfinger 1999, S. 138 f. Vgl. auch König 1998, S. 76.

255 Tanner 2015, S. 333, 419. Vgl. auch Schaltegger/Gorgas 2011.

Lebensstandard.²⁵⁶ Konsumgüter wie Haushaltsmaschinen und Autos wurden nun für eine breite Bevölkerungsschicht erschwinglich.²⁵⁷

Vom Wirtschaftsaufschwung profitierten auch die Jugendlichen, die ebenfalls über zunehmende finanzielle Mittel und mehr Freizeit verfügten und das Kaufverhalten der Familien mitbestimmten.²⁵⁸ Aufgrund des grösseren Wohlstands ihrer Eltern mussten viele Jugendliche mit ihrem Lehrlingslohn nicht mehr das Haushaltsbudget ihrer Familie aufbessern oder in der Freizeit im Familienbetrieb mithelfen. Sie konnten ihren Verdienst für sich behalten und in der freien Zeit nach der Schule oder Lehre ausgeben. Sie verfügten deshalb über deutlich mehr Freizeit und grössere finanzielle Mittel als ihre Eltern und Grosseltern in ihrer Jugend und sie wurden zu einer wichtigen Kaufkraft- und Konsumentengruppe.²⁵⁹ Die GfM rechnete 1961 beispielsweise aus, dass Jugendliche in den USA im Jahr für 10 Milliarden Dollar einkauften und Besitzer von 13 Millionen Fotoapparaten, 10 Millionen Plattenspielern und über einer Million Fernsehapparate seien.²⁶⁰ Auf welches Jahr sich diese Zahlen beziehen und wie gross der Anteil an Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung der USA beträgt, geht aus dem Bericht nicht hervor. Dennoch zeigt er eindrücklich, wie Jugendliche als zahlungskräftige Konsumenten und wirtschaftliche Zielgruppe wahrgenommen wurden. Zum ersten Mal entstanden sodann auch altersspezifische Märkte, die Waren wie Kleider, Genussmittel und Musik explizit Jugendlichen anboten.²⁶¹ Diese Entwicklung kann man am Beispiel der Modeindustrie gut veranschaulichen. Sie hatte sich lange Zeit ausschliesslich an Erwachsenen orientiert und dabei vor allem Unterschiede zwischen sozialen Schichten sowie Stadt und Land markiert. Neu rückten Jugendliche als Zielgruppe in den Blick, die sich über eine spezifische Jugendmode, darunter Kleider wie Jeans und Minirock, von anderen Altersgruppen abgrenzen wollten.²⁶²

Die gestiegenen finanziellen Möglichkeiten und die vermehrte Freizeit schufen die Basis für die Entwicklung von Jugend als distinktiver Altersgruppe.²⁶³ So waren die sozioökonomischen Veränderungen der Boomjahre in den meisten westlichen Gesellschaften mitverantwortlich für einen sozialen Emanzipationsprozess²⁶⁴ der Jugendlichen, waren diese den Erwachsenen laut dem Historiker Detlef Siegfried auf dem «demokratischen Terrain»²⁶⁵ des Konsums doch fast

256 Andersen 1998, S. 145; Höpflinger 1999, S. 134, 137. Vgl. auch Höpflinger 2007, S. 723–725. Für den Kontext der BRD: Siegfried 2006, S. 45.

257 Tanner 2015, S. 334 f.

258 Ebd., S. 335. Vgl. dazu Judt 2011, S. 369 f., 385.

259 Tanner 2015, S. 335 f. Vgl. Hobsbawm 2002, S. 409, 411.

260 Gesellschaft für Marktforschung 1961, S. 21.

261 Siegfried 2006, S. 14 f., 45, 436; Schildt/Siegfried 2009, S. 189. Hierauf verweisen auch weitere Autoren: Kurme 2006, S. 81; Savage 2008, S. 7, 216 f., 237, 250; Marwick 1998, S. 3, 46. Zur Herausbildung jugendspezifischer Teilmärkte seit der Jahrhundertwende: Schäfers 1982, S. 54.

262 Judt 2011, S. 385.

263 Siegfried 2006, S. 45.

264 Zum «Prozess der Emanzipation» Zinnecker 1987, S. 229, 336.

265 Siegfried 2006, S. 750.

ebenbürtig. Sie wurden nicht nur als kommerzielle, sondern zunehmend auch als kulturelle und soziale Kraft und als handlungsmächtige und selbstbewusste gesellschaftliche Akteure wahrgenommen.²⁶⁶

Jugendliche waren nicht nur umworbene Konsumenten, sie forderten ihren Anteil an der Konsumgesellschaft auch selbstbewusst ein. Sie benützten Konsumgüter sowie Freizeitstile und Musik «ganz gezielt für die Visualisierung eines Lebensstils».²⁶⁷ Speziell Musik und Kleider benutzten sie als kulturelle Codes und visuelle Marker der generationellen Verbindung einerseits und der Abgrenzung gegen die als dominant wahrgenommene Erwachsenenkultur andererseits. Der Historiker Philip Jost Janssen betont die Bedeutung von Musik im Prozess der «jugendlichen Selbstdefinition». Noch um 1950 seien die Jugendlichen vom Musikgeschmack der Erwachsenen geprägt gewesen. Wie bei der Kleidermode seien die Grenzen dabei primär zwischen den Bildungs- und Einkommensschichten verlaufen. Bereits fünfzehn Jahre später hätten hingegen Musikstile existiert, welche schichtübergreifend als spezifisch jugendlich galten.²⁶⁸

Jugendliche eroberten in jener Zeit nicht nur den Markt, sondern sie weiteten auch die Grenzen der Räume aus, in denen sie sich bewegten. Wichtig für diese Entwicklung war die vermehrte Freizeit. Sie ermöglichte es den Jugendlichen, sich nach der Arbeit oder nach Schulschluss mit Gleichaltrigen ausserhalb des familiären Umfelds zu treffen, zum Beispiel auf öffentlichen Plätzen oder aufgrund ihrer grösseren finanziellen Möglichkeiten auch in Diskotheken und Cafés mit Musikboxen und Spielautomaten. Hier bewegten sich die Jugendlichen zumeist unter Gleichaltrigen, unbeobachtet und unbeaufsichtigt von den Erwachsenen. Zusätzlich zur vermehrten Freizeit spielte auch der Zugang Jugendlicher zu Mobilität eine wichtige Rolle: Fahrzeuge wie das Motorrad ermöglichten Flexibilität, den familiären Rahmen zu verlassen und der elterlichen Kontrolle zu entgehen. Insbesondere mobile Abspielgeräte, wie tragbare Radios, wurden zu einem Statussymbol und Distinktionsmittel innerhalb der Gleichaltrigengruppe und zu einem «Provokationspotenzial» im öffentlichen Raum und unterstützten die Herausbildung einer altersspezifischen Freizeitgestaltung.²⁶⁹

Gleichzeitig setzten Jugendliche im Laufe dieser Entwicklung mit ihren Stilen, Konsumgewohnheiten und Verhaltensmustern auch Massstäbe für die ganze Gesellschaft. Jugend wurde nicht mehr nur als unfertiger, defizitärer Zustand, sondern auch als ideale Lebensphase eingeschätzt, an der sich Erwachsene orientierten. Jugendlichkeit wurde kulturell, biologisch und medizinisch zu ei-

266 Abels 2008, S. 115. Zur Entstehung von Jugendmärkten vgl. auch Levsen 2010, S. 428; Zinnecker 1987, S. 329; Jobs 2007, S. 11. Vgl. hierzu auch die These von Savage, dass die Jugend in den USA ab den 1920er-Jahren selbstbewusster wurde. Savage 2008, S. 250, 474.

267 Tanner 1994, S. 40.

268 Janssen 2010, S. 244. Vgl. hierzu auch Abels 2008, S. 127 f. Siegfried zeigt, wie Musik als «altersspezifisches Vergemeinschaftungsmedium» eine zentrale Rolle spielte. Siegfried 2006, S. 748. Für die USA sehr ähnlich argumentiert Mintz 2004, S. 266, 317.

269 Janssen 2010, S. 239; Siegfried 2006, S. 748.

nem erstrebenswerten Gut.²⁷⁰ Diese Entwicklung, die der Soziologe Friedrich H. Tenbruck bereits 1962 erkannt und als «Puerilismus der Gesamtkultur»²⁷¹ beschrieben hatte, zeigte sich besonders deutlich in der Werbeindustrie. Diese richtete sich ab den späten 1950er-Jahren stark an Jugend aus und erklärte sie zum Leitbild. Die Werber ersetzten die arrivierten älteren Herren, die bis anhin für Produkte geworben hatten, durch junge Frauen und Männer, die Spontaneität, Vitalität, Lebens- und Experimentierfreude symbolisieren sollten.²⁷²

Diese sozioökonomischen Veränderungen waren mitverantwortlich dafür, dass seit den 1950er-Jahren zum ersten Mal in der Geschichte in diesem Ausmass und in dieser Sichtbarkeit eine altersspezifische jugendliche Teilkultur entstand, die sich durch neue, spezifisch jugendliche Produkte, Verhaltensweisen, Umgangsformen und Freizeitbeschäftigungen sichtbar von der Erwachsenengesellschaft abgrenzte. Zudem entwickelten Jugendliche ein Selbstverständnis als altersspezifische Gemeinschaft und ein generationelles Bewusstsein, im Sinne der Historikerin Ulrike Jureit als «gefühlte Gemeinschaft».²⁷³

Die Distinktionsstrategien Jugendlicher und die Wahrnehmung von Jugend als eigenständiger Altersgruppe waren nicht gänzlich neu. Das Verständnis von Jugend als eigenständigem Lebensabschnitt, der sich vom Erwachsenenleben und der Kindheit unterscheidet, setzte sich bereits am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert durch.²⁷⁴ Die Vorstellung von Jugend als unterscheidbarer Phase zwischen Kindheit und Erwachsensein basierte unter anderem auch auf der durch die Industrialisierung bedingten Trennung von Arbeitsplatz und Familienleben sowie auf der Einführung des Schulobligatoriums.²⁷⁵ Auch frühe Formen jugendlicher Subkulturen sind schon um 1900 zu erkennen. Beispiele dafür sind die Jugendbewegungen im deutschen Raum, wie die Wandervogel-Bewegung, Lebensreformgruppen oder politisch motivierte Jugendgruppen, wie die Edelweisspiraten während des Nationalsozialismus. Diese Gruppierungen waren aber zumeist lokal begrenzte Minderheiten, die sich über ihre Herkunft, ihren Beruf oder ihr Geschlecht konstituierten. Die eigenständige Jugendphase als Freiraum war vor allem männlichen Jugendlichen aus dem Bürgertum vorbehalten.²⁷⁶

Neu war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dass Jugend an sich, also eine ganze Altersgruppe unabhängig von sozialer Herkunft oder Geschlecht,

²⁷⁰ Siegfried 2006, S. 64; Zinnecker 1987, S. 338; Janssen 2010, S. 319. Vgl. etwa auch Harrison 2015. Von dieser Entwicklung zeugen etwa die Kommerzialisierung der Jugendkultur, die Suche nach Alterungsgenen oder die Schönheitschirurgie. Criblez 2007a, S. 839.

²⁷¹ Tenbruck 1962, S. 50. Der Begriff «Puerilismus» wurde ursprünglich von Johan Huizinga 1935 geprägt. Huizinga 1935, S. 139–150.

²⁷² Schildt/Siegfried 2009, S. 257. Siegfried 2006, S. 436. Informativ zu Jugend in der Werbung: Eggmann 2002.

²⁷³ Jureit 2010, S. 1. Zur Entwicklung eines generationellen Bewusstseins: Siegfried 2006, S. 747; Jobs 2007, S. 11. Für den Kontext Frankreich Sohn 2005a, S. 123; Sohn 2005b, S. 157.

²⁷⁴ Osgerby 1998, S. 29; Skenderovic/Späti 2012, S. 17; Kurme 2006, S. 85.

²⁷⁵ May/Prodnczynsky 1991, S. 169. Vgl. auch Hurrelmann 2007, S. 20. Den Hinweis zum Schulobligatorium verdanke ich René Levy, Informationsgespräch vom 1. 12. 2015.

²⁷⁶ Janssen 2010, S. 76.

als distinktive gesellschaftliche Gruppe wahrgenommen wurde. Diese konstituierte sich über das Alter sowie über neue Verhaltensweisen und kulturelle Codes. Dabei schienen generationelle Unterschiede die sozialen Klassenunterschiede zu verwischen und die «Konturen einer klassenübergreifenden jugendlichen Generationalität»²⁷⁷ sichtbar zu werden.

Verschiedene Historikerinnen und Historiker erachten diese Entwicklung sowie die Wahrnehmung von Jugend als distinktive kulturelle Entität als so einschneidend und präzedenzlos, dass sie von einer historischen Zäsur sprechen.²⁷⁸ Bill Osgerby beschreibt, wie die Vorstellung von einer «homogenous cultural universe separate and distinct from that of their parents»²⁷⁹ aufkam. Damit habe sich in den meisten westlichen Gesellschaften das Konzept von Jugend massgeblich verändert. Jugend als individuelle Lebensphase sei in den Hintergrund getreten und habe der Vorstellung von Jugend als «mass social group» Platz gemacht.²⁸⁰ Dieser Wandel der Perspektive auf Jugend, den Osgerby und andere für verschiedene europäische Staaten feststellen, fand auch in der Schweiz statt. Die beschriebenen sozioökonomischen Veränderungen forderten einen Wandel der Wahrnehmung von Jugend.

Allerdings greift ein Erklärungsansatz, der ausschliesslich die sozioökonomischen Veränderungen der Nachkriegsjahre für den Wandel der Wahrnehmung von Jugend verantwortlich macht, zu kurz: Sichtweisen und Problemwahrnehmungen sind nicht ausschliesslich auf objektive soziale Bedingungen oder Mängellagen zurückzuführen, vielmehr formen die Diskurse die Gegenstände, von denen sie sprechen.²⁸¹ Dabei spielen auch die Massenmedien eine zentrale Rolle. Sie sind ab den 1960er-Jahren wichtige «Impulsgeber, Verstärker und Synchronisatoren»²⁸² in der Sozialisation Jugendlicher und für die Entstehung einer Jugendkultur.²⁸³ Zudem prägten sie die Wahrnehmung gesellschaftlicher Ereignisse und Vorgänge massgeblich.²⁸⁴

Es lohnt sich deshalb ein Blick auf die konstruktive Funktion der Massenmedien und die diskursiven Regeln und Strukturmuster, die den Diskurs von Jugend als distinktiver, auffälliger und fremdartiger sozialer Gruppe hervorbrachten, konstruierten und formierten.

277 Siegfried 2006, S. 67.

278 Jobs 2007, S. 277; Sander/Vollbrecht 1998, S. 211. Vgl. dazu Maase 1992, S. 13, der aufzeigt, dass Jugend «durch unüberhörbare Musikvorlieben und herausfordernde Erscheinung, durch ihr Verhalten in der Öffentlichkeit und durch ungewohnte Konsumpraktiken» immer sichtbarer wurde. Vgl. auch Sohn 2005a, S. 123 f.

279 Osgerby 1998, insbesondere S. 28, vgl. auch S. 17.

280 Jobs 2007, S. 277.

281 Foucault 1997, S. 74.

282 Siegfried 2006, S. 280 f.

283 Kurme 2006, S. 430. Sehr ähnlich Zinnecker 1997, S. 477.

284 Tanner 2000, S. 248.

Der ethnografische Blick der Massenmedien

Das massenmediale System durchlief in den 1960er-Jahren einen Strukturwandel in Richtung Skandalisierung, Personalisierung und Boulevardisierung, wobei sich die massenmedialen Interpretationsrahmen und Selektionskriterien grundlegend veränderten.²⁸⁵ Auslöser dieser Veränderung in der Medienlandschaft waren die zunehmende Loslösung der Massenmedien vom politischen System und ihre vermehrte ökonomische Ausrichtung seit den 1960er-Jahren. Symptomatisch dafür ist die Gründung der Boulevardzeitung *Blick* 1959 wie auch die kontinuierliche Verbreitung des Fernsehapparats in den Schweizer Haushalten zwischen 1965 und 1970. Im Jahr 1968, als das Farbfernsehen eingeführt wurde, erreichte Fernsehen DRS eine Million Konzessionäre.²⁸⁶ In der Einführungsphase des Fernsehens wurden die Gefahren des Fernsehkonsums für Jugendliche ausführlich debattiert. Die vom Bundesrat 1952 eingesetzte Eidgenössische Kommission zur Begutachtung kulturpolitischer Fernsehfragen²⁸⁷ identifizierte Jugend als «Problemgruppe» und stellte fest, dass die Erfahrungen im Ausland «zur Genüge gezeigt [haben], dass die Wirkung [des Fernsehens] auf den jugendlichen Zuschauer sehr negativ sein kann».²⁸⁸ Gleichzeitig wurde aber auch darauf hingewiesen, dass das Fernsehen bei «sinnvoller Anwendung [...] durchaus zur Bildung und Erziehung der Jugend» beitragen könne, zum Beispiel durch die Vermittlung von Wissen oder die Anregung zum Zeichnen oder Musizieren.²⁸⁹ Das Fernsehen wurde zum Leitmedium und dominierte, so der Politologe Wolfgang Kraushaar, «den öffentlichen Blick und schuf eine Qualität der Emotionalisierung wie sie zuvor nur der Privatsphäre eigen war».²⁹⁰ Die Popularität des Fernsehens beeinflusste auch die Printmedien und deren Selektionskriterien entscheidend: Politische Themen wurden nun vermehrt durch unpolitische abgelöst. Neu berichteten auch Zeitungen und Zeitschriften vermehrt nach visuellen und emotionalen Kriterien, wobei sich das Interesse an Tabubruch, Devianz und Sensation keineswegs nur mehr auf die Boulevardpresse wie beispielsweise den *Blick* beschränkte.²⁹¹ Diese neuen Selektionskriterien griffen auch im Bereich Jugend, weshalb zunehmend das Fremde und Auffällige an ihr

²⁸⁵ Eisenegger 1998, S. 166.

²⁸⁶ Um 1960 kamen auf 1000 Einwohner 25 Fernsehkonzessionen, 1970 waren es 100 und 1970 bereits 200. Tanner 2015, S. 369 f. Vgl. auch König 1998, S. 78 f.; Meier/Bonfadelli/Schanne 1993, S. 158.

²⁸⁷ Die Kommission hatte den Auftrag, zuhanden des Bundesrates «Fragen geistiger, kultureller und politischer Natur» zu behandeln, welche «die Einführung des Fernsehens in der Schweiz aufwerfen könnte». Eidgenössisches Post- und Eisenbahndepartement an den Bundesrat, 7. 6. 1952, BAR, E8001C#1969/251#907*.

²⁸⁸ Marfurt-Pagani, Erina (Eidg. Kommission zur Begutachtung kulturpolitischer Fernsehfragen). Entwurf zu den Richtlinien «Jugend und Fernsehen», o. D., BAR, E8001C#1969/251#907*.

²⁸⁹ Protokoll 4. Sitzung der Eidg. Kommission zur Begutachtung kulturpolitischer Fernsehfragen, 6. 3. 1953, SRF-Archiv 3.2.3 f. Auch in verschiedenen Zeitschriften waren der Einfluss und die Gefahren des Fernsehens auf Jugendliche Thema. Vgl. Weber, Arnold. Zur Psychologie des Fernsehens. In: Schweizer Monatshefte, Nr. 11 (1957), 36. Jg., S. 871–878.

²⁹⁰ Kraushaar 2001, S. 333.

²⁹¹ Romano 1998, S. 145–152. Vgl. auch Fahlenbrach 2007, S. 11–17.

berichtenswert erschien: Es rückten jugendkulturelle Ausdrucksweisen, jugendliche Konsumgüter und Jugend als generationelle Einheit ins mediale Blickfeld. Diese drei diskursiven Strukturmuster waren massgeblich an der Konstruktion von Jugend beteiligt.

Das erste diskursive Strukturmuster betraf das Erscheinungsbild Jugendlicher. Sie wurden zumeist als auffällig und andersartig dargestellt. «Langhaarmenschen»,²⁹² Jugendliche mit auffälligen Kleidern wie Jeans und Lederjacken oder dem für die Hippies charakteristischen unkonventionellen Kleidungsstil waren in Zeitungen und Zeitschriften ein verbreitetes Fotosujet.²⁹³ Thema war dabei nicht nur ein als ungepflegt geltendes Äusseres, sondern die Erscheinung Jugendlicher insgesamt. Auf dem Cover der *Schweizer Illustrierten* waren im April 1967 adrett gekleidete und sorgfältig frisierte Jugendliche abgebildet. Über ihre Kleidung – Blumenkrawatte, Minikleid und eine Uniform – wurde berichtet, weil sie als besonders modisch und kostspielig galt: «Lange Haare, modische Kleider, Zigaretten, Modegetränke und eine Musikbox im schummrigen Dämmerlicht des Teenagerlokals – die Jungen haben Geld»,²⁹⁴ lautete die Legende (Abb. 14). Sie verweist darauf, dass die Inszenierung Jugendlicher mit auffälligen Kleidern oftmals eng mit einem zweiten diskursiven Strukturmuster verbunden war: Die Inszenierung Jugendlicher als Konsumenten. Es gibt zahlreiche Fotos von Jugendlichen, die im Café rauchen oder Coca-Cola trinken, vor dem Spielsalon oder im Café vor der Jukebox.

Verbreitet waren auch Abbildungen von Jugendlichen auf dem Motorrad oder mit Schallplatten in den Händen (Abb. 15).²⁹⁵ Motorrad und Schallplatten verwiesen nicht nur auf die Funktion von Jugendlichen als Konsumenten, sondern auch auf die Bedeutung der Musik und des Zugangs Jugendlicher zu Mobilität für die Entwicklung von Jugend als homogener und auffälliger Altersgruppe. Dies zeigt etwa ein Artikel aus der Zeitung *Der Aufstieg* von 1970. Darin wurde festgestellt, dass sich die «heutige Jugend» nicht mehr am Dorfbrunnen versammle. Sie strebe «nach aussen», wobei das Motorrad «Symbol ihres neuen Lebensgefühls»²⁹⁶ sei.

292 Rubrik «Sie fragen – wir antworten». In: *Schweizer Familie*, Nr. 21, 19. 3. 1969, S. 40.

293 Schaufelberger, Hans. Die Jungen denken anders. Unbequeme Anmerkungen zu drängenden Problemen unserer Zeit. In: *Der Landbote*, Nr. 260, 5. 11. 1968, S. 17; o. A. Vaterloses Jahrhundert? In: *Der Aufstieg*, 25. 9. 1970, S. 1098, wo Jugendliche mit Jeans und Lederjacken abgebildet sind; o. A. Mini-Bürgerschrecke. In: *Die Tat*, Nr. 201, 26. 8. 1967; ng. «Hippies» auf der Allmend Brunau. In: *NZZ*, Nr. 3644, 4. 9. 1967; mrz. Verlaust ist Trumpf. Die seltsamen Bekleidungsitten der Wohlstandsjugend. In: *NZZ*, Nr. 469, 19./20. 10. 1974, S. 35.

294 Hirt, Beat. Geld spielt keine Rolle. In: *SI*, Nr. 17, 24. 4. 1967, S. 42.

295 Beispielhaft dafür ist ein Bild in der *Schweizer Familie*, das ein Mädchen mit vielen Schallplatten und einen Jungen mit einem Motorrad zeigt. *Schweizer Familie*, Nr. 4, 25. 1. 1978, S. 8–10. Weitere Bilder, die sich dieses diskursivem Musters bedienen, finden sich in: *National-Zeitung*, Nr. 118, 14. 3. 1971, S. 3; *Weltwoche*, Nr. 40, 3. 10. 1979; *LNN*, Nr. 56, 6. 3. 1978; *NZZ*, Nr. 3407, 17. 8. 1967, S. 5; *St. Galler Tagblatt*, Nr. 155, 6. 7. 1974. Vgl. auch *Schweizer Familie*, Nr. 40, 3. 10. 1973, S. 14–16.

296 Kläsi, Georg H. Schwund der Heimatliebe? In: *Der Aufstieg*, Nr. 26, 31. 7. 1970, S. 827.



Abb. 14: Jugendliche wurden häufig mit typischen Attributen der Konsumgesellschaft dargestellt: modische Kleidung, Zigaretten und eine Jukebox. Die *Schweizer Illustrierte* berichtete 1967 über die Entwicklung Jugendlicher zu einer wichtigen Konsumenten-gruppe. *Schweizer Illustrierte*, Nr. 17, 24. 4. 1967, S. 42 f.

Konsumgüter wie das Motorrad waren in der Darstellung Jugendlicher so verbreitet, dass man sie als «Kollektivsymbole» bezeichnen kann. Darunter werden «kulturelle Stereotype»²⁹⁷ oder «Wahrzeichen» verstanden, die «auf etwas anderes, von ihnen Verschiedenes verweisen, dieses repräsentieren [...] und die zudem von einer grossen Mehrheit verstanden werden».²⁹⁸ So genügte oftmals die Erwähnung oder Abbildung von Attributen, die als spezifisch jugendlich galten, um eine Person auf einer Fotografie oder in einem Text als jugendlich zu identifizieren. Neben dem «Töffli» gehörte dazu auch die Gitarre. Ein Beispiel dafür ist die in der Einleitung abgebildete Karikatur aus der *National-Zeitung*. Der Jugendliche ist darin nur von hinten und nackt abgebildet. Um ihn als Jugendlichen erkennbar zu machen, hat der Karikaturist ihn mit langen Haaren und einer Gitarre dargestellt.

Die Inszenierung Jugendlicher mit für diese Altersgruppe typischen Konsumgütern und äusserlichen Auffälligkeiten hob sie von der restlichen Gesell-

²⁹⁷ Jäger 2006, S. 86.

²⁹⁸ Kury 2012, S. 75; Kury 2002, S. 84. Der Begriff «Kollektivsymbol» stammt ursprünglich von Jürgen Link, der ihn im Zusammenhang mit dem Interdiskurs gebraucht. Link 1988, S. 286.



Abb. 15: Das «Töffli» wurde in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs zu einem wichtigen Fortbewegungsmittel Jugendlicher und zu einem spezifisch jugendlichen Konsumgut. Symbolbild in der *Schweizer Familie*, Nr. 41, 11. 10. 1972, S. 41.

schaft ab und konstruierte sie als soziale Gruppe. Die Darstellung von Jugend als distinktiver Gruppe war ein drittes diskursives Muster. Viele Fotografien zeigen Jugendliche, die auf öffentlichen Plätzen in Gruppen zusammensitzen. Ein Beispiel dafür ist eine Fotografie in der *Neuen Zürcher Zeitung* von Jugendlichen, die am Zürcher Limmatquai, an der sogenannten Riviera sitzen und Gitarre spielen, oder ein Bild in der *National-Zeitung*, das Jugendliche zeigt, die auf dem Boden halb liegen, halb sitzen und Flugblätter studieren (Abb. 16 und 17).²⁹⁹

Solche Abbildungen zeigen Jugendliche, die zusammen Musik machen, diskutieren oder aber im Jargon der Zeit «gammeln» – also keiner offensichtlichen oder als sinnvoll geltenden Tätigkeit nachgehen. Der «Gammler» war eine Figur, die ab Mitte der 1960er-Jahre als neues Phänomen auftauchte und in der medialen Öffentlichkeit Verbreitung fand.³⁰⁰ Dies offenbart etwa die Konsultation der Online-Suchmaschine Google Books Ngram Viewer. Die Grafik zeigt den Prozentsatz aller im Rahmen des Projekts von Google Books eingescannten Bücher pro Jahr, in denen die Zeichenfolge «Gammler» mindestens einmal erscheint.³⁰¹

299 Ähnliche Bildmotive finden sich auch in: *Volksrecht*, Nr. 217, 17. 9. 1971; *Schweizer Familie*, Nr. 34, 19. 6. 1968, S. 8 f.; *Die Tat*, Nr. 55, 6. 3. 1971, S. 3; *NZZ*, Nr. 553, 26. 11. 1972, S. 35.

300 Zur Figur des Gammlers in Deutschland Reinke 2010.

301 Ausführlicher zum Ngram Viewer, dessen Korpus und zur Benutzung für die historische Forschung Sarasin 2012.



Abb. 16: Jugendliche, die sich auf öffentlichen Plätzen in Gruppen treffen und aufhalten, waren ab Mitte der 1960er-Jahre in der Thematisierung von Jugend ein verbreitetes massenmediales Bildmotiv. Die *National-Zeitung* veröffentlichte 1969 eine Fotografie von am Boden liegenden Jugendlichen, die ein Flugblatt studieren. Die Legende gibt keine Hinweise auf Ort, Datum oder Anlass der Aufnahme. *National-Zeitung*, Nr. 5, 5. 1. 1969, o. S.



Abb. 17: «Bei näherem Zusehen entpuppen sich Gammler als menschliche Wesen; sie verlieren die exotischen Züge.» Die *Neue Zürcher Zeitung* berichtete 1976 über das Phänomen der «Gammler» an der Zürcher «Riviera». *NZZ*, Nr. 3407, 17. 8. 1967, S. 5.

Die Kurve verdeutlicht, wie die Verwendung des Begriffs «Gammler» um 1960 langsam und ab 1962 steil zunahm, ihren Höhepunkt 1970 erreichte und bis 1977 wieder steil absank (Abb. 18).

Als «Gammler» galten Jugendliche, die keiner geregelten Erwerbstätigkeit nachgingen, keinen festen Wohnsitz hatten, ihren Lebensunterhalt mit Betteln oder Singen verdienten und herumreisten. Ein wichtiger Aspekt dieser Problemkonstruktion war, dass die «Gammler» auf öffentlichen Plätzen zusammenfanden und sich dort zumeist in Gruppen aufhielten. Ähnlich wie bereits beim Phänomen der «Halbstarken» wurde der Begriff «Gammler» auch pauschal für all diejenigen Jugendlichen gebraucht, die durch ein scheinbar ungepflegtes Äusseres oder ihren Aufenthalt in Gruppen in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machten.³⁰² Ihre Lebensform und ihr Auftreten wurde als Verstoss gegen die herrschende Gesellschaftsordnung betrachtet und als Weigerung, diese zu anerkennen.

1967 beschrieb die *Neue Zürcher Zeitung* in einem Artikel mit dem Titel «Gammler, Spieler und Propheten» dieses Phänomen, das sich in Zürich vor allem an der «Riviera» zeigte. Bei den «Gammlern», so der Reporter, handle es sich um junge Leute, die «alles auf sich tragen, was sie besitzen», «die bloss arbeiten, wenn es ihnen passt», die «auf Komfort verzichten» und «dicke Kameradschaft halten».³⁰³ Die Gitarre gehöre zu ihrer festen Ausrüstung und wurde in der *Neuen Zürcher Zeitung* als «politisches Instrument unserer Tage»³⁰⁴ beschrieben. Der Artikel enthielt Bilder, welche die «Gammler» auf den Stufen des Limmatufers zeigen, während in der oberen Reihe bürgerlich gekleidete Zuschauer stehen, welche die Jugendlichen beobachten und darauf zu warten scheinen, dass etwas passiert (Abb. 19). Der Journalist beschrieb die Situation folgendermassen: «An langen schönen Nachmittagen ergeben sich an der «Riviera» beinahe groteske Bilder: Auf den Stufen sitzen die Langhaarigen und Bunten, haben die in der Limmat gewaschenen Hemden zum Trocknen ausgelegt, wagen dann selbst ein Bad und trinken im Übrigen Coca-Cola, lesen eine alte Zeitung und rauchen. Oben, zwischen den Bäumen und Ruhebänken, stehen ältere Herren, pensionierte Zürcher dem Anschein nach, und warten der Dinge, die da doch wahrscheinlich kommen müssen.»³⁰⁵

Diese in der *Neuen Zürcher Zeitung* auch fotografisch festgehaltene Perspektive von Zuschauern, welche die Jugendlichen aus Distanz interessiert und fasziniert beobachteten, entspricht einer charakteristischen massenmedialen Betrachtungsweise, die ich als ethnografischen Blick umschreiben möchte. Jugendliche wurden in den Massenmedien gleichsam einer fremden Kultur zugeordnet, wodurch Alterität erzeugt und sie als Fremde inszeniert wurden.³⁰⁶ Im Unter-

302 Ausführlich zur Figur des «Gammlers» Siegfried 2006, S. 399–428.

303 sb. Gammler, Spieler und Propheten. In: NZZ, Nr. 3407, 17. 8. 1967, S. 5.

304 Ebd.

305 Ebd.

306 Vgl. mrz. Verlaust ist Trumpf. Die seltsamen Bekleidungsitten der Wohlstandsjugend. In: NZZ, Nr. 469, 19./20. 10. 1974, S. 35.

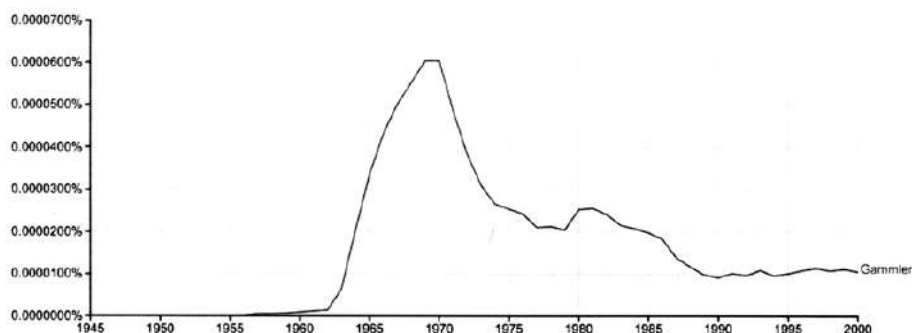


Abb. 18: Prozentsatz aller von Google eingescannten Bücher pro Jahr, in denen die Zeichenfolge «Gammler» mindestens einmal erscheint. «Gammler», 1945–2000 (gleitender Dreijahresdurchschnitt). Google Books Ngram Viewer, 18. 4. 2018.

schied zur wissenschaftlichen ethnografischen Methode interessierten sich die Massenmedien für das Fremde hingegen nur so weit, wie es aufregend war oder als problematisch oder gefährlich galt.

Im zitierten NZZ-Artikel über die «Gammler» zeigte die zweite Fotografie zwei Jugendliche beim Gitarrespiel, die mit folgenden Worten kommentiert wurden: «Bei näherem Hinsehen entpuppen sich die Gammler als menschliche Wesen, sie verlieren die exotischen Züge.»³⁰⁷ Obwohl – oder gerade weil – die Distanz hier explizit aufgelöst wurde, ist diesem Zitat die Sichtweise auf Jugendliche als Fremde und Unbekannte inhärent. Durch die Fokussierung auf auffällige, neuartige oder irritierende äusserliche Merkmale und Verhaltensweisen Jugendlicher wurde eine Distanz und eine Fremde zum Beschriebenen erreicht. Damit wurde auch die Sichtbarkeit Jugendlicher als soziale Gruppe verstärkt und reproduziert und Jugend als auffällige und andersartige Gruppe diskursiv festgeschrieben. Ein solcher ethnografischer Blick sowie eine ausgeprägte mediale Neugierde sind auch einer im November 1970 im *Tages-Anzeiger-Magazin* veröffentlichten Reportage zum Jugendhaus im Lindenhofbunker eigen. Das Jugendhaus im ehemaligen Luftschutzbunker aus dem Zweiten Weltkrieg unter dem Zürcher Lindenhof wurde im Oktober 1970 eröffnet. Es war das erste von der Stadt tolerierte Autonome Jugendzentrum (AJZ).³⁰⁸ Im November 1970 besuchte ein Journalist des *Magazins* das Jugendhaus und schrieb seine Eindrücke nieder. «Schon

³⁰⁷ sb. Gammler, Spieler und Propheten. In: NZZ, Nr. 3407, 17. 8. 1967, S. 5, vgl. Abb. 17.

³⁰⁸ APS 1971, S. 148. Vgl. hierzu Kapitel 5.4.

in der näheren Umgebung des Eingangs [...] stösst man auf die «Spuren» dessen, was vielen Stadtbürgern in dieser Häufung ärgerlich und etwas unheimlich vorkommt: die langhaarige, rebellische Jugend in Jeans und Zottelpelzmänteln. Reihenweise stehen da parkierte «Töffli», Grüppchen von Jungen sitzen auf den Treppen [...] und ein Rocker in seiner paramilitärischen Montur startet soeben sein schweres Motorrad. [...] Längs der Wand hat sich eine Gruppe am Boden hingelagert. Zwei Gitarristen spielen und singen Blues-Melodien. [...] Auf den sternförmig angeordneten Matratzen sitzen und liegen malerische Gruppen, man spricht miteinander.»³⁰⁹

In diesem Abschnitt finden sich die im Reden über Jugend verbreiteten und in diesem Kapitel ausgeführten diskursiven Strukturmuster noch einmal in konzentrierter Form: Der Reporter beobachtete und beschrieb den Lebensraum Jugendlicher, ihr Verhalten und Aussehen aus Distanz. Er stellte die Jugendlichen als auffällige Gestalten dar, die sich mit Konsumgütern wie dem Motorrad und Jeans von der restlichen Gesellschaft abhoben, sich in Gruppen von Gleichaltrigen bewegten, diskutierten und musizierten. Zudem benutzte er mit der Erwähnung der Töffli und der Gitarristen charakteristische, im Reden über Jugend verbreitete Kollektivsymbole.

Die Wahrnehmung von Jugend als sozialer Gruppe, die sich in jeder Hinsicht von den Erwachsenen unterscheidet, war nicht selten gekoppelt an das Eingeständnis eines Wissensdefizits. In Zeitungen und pädagogischen Zeitschriften verwiesen Hinweise wie «[O]n ne sait presque rien de cette turbulente classe d'âge»³¹⁰ und Fragen wie «Wissen wir, wo sich der Schulentlassene befindet, wer er ist?»³¹¹ darauf, dass die Erwachsenen die junge Generation zu wenig kennen. Solchen rhetorischen Fragen war ein unausgesprochener Imperativ immanent, die Ursachen des «Andersseins»³¹² der Jugend zu untersuchen. Der in diesem Unterkapitel aufgezeigte Wandel des Jugenddiskurses schuf eine Grundlage für Forderungen nach Jugendstudien und jugendpolitischen Reformen.

³⁰⁹ Bébie, Yves A. Eine Nacht im Bunker. In: TA-Magazin, Nr. 43, 28. 11. 1970, S. 8, 43.

³¹⁰ Bassand, Michel. Des idoles et des jeunes. In: Journal de Genève, Nr. 268, 14. 11. 1964, S. 19.

³¹¹ Kunz, Johannes. Für die Schulentlassenen. In: Pro Juventute, Nr. 3/4 (1961), S. 127. Zum Jugendbegriff Lengwiler/Hauss/Gabriel et al. 2013, S. 9: Als Jugendlicher werde in der Regel bezeichnet, wer die obligatorische Schulzeit abgeschlossen und noch nicht mündig sei. In vielen zeitgenössischen Dokumenten bezieht sich die Bezeichnung Jugendlicher dementsprechend auf die «Schulentlassenen». Vgl. auch Pro Juventute, Nr. 8/9 (1961), S. 486.

³¹² Küng, Emil. Versagende Jugend? In: Der Landbote, Nr. 193, 21. 8. 1963.



Abb. 19: «Die «Riviera» an einem schönen Sonntagnachmittag. Die «Segregation» zwischen Gammlern und Zuschauern ist fast vollständig.» NZZ, Nr. 3407, 17. 8. 1967, S. 5.

3 Forderungen nach Jugendstudien und einer Jugendpolitik (1955 bis um 1972)

Die Karikatur aus der *National-Zeitung* aus dem Jahr 1969 mit dem Titel «Unruhige Jugend unter der Nationalrats-Lupe», abgebildet in der Einleitung, thematisierte die parlamentarischen Vorstösse der LdU-Nationalräte Fritz Tanner und Alfred Rasser, die Untersuchungen zu Jugend anregten. Sie sind in einer Reihe weiterer Vorstösse zum Thema Jugend einzuordnen, die im National- und Ständerat nach den Jugend- und Studentenunruhen von 1968 vorgebracht wurden. Diese Bestrebungen veranlassten den Bundesrat im Jahr 1971, die Studiengruppe des Eidgenössischen Departements des Innern für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik zu gründen, die Jugend untersuchen und abklären sollte, wie auf Bundesebene eine Jugendpolitik umgesetzt werden könne. Noch früher als auf Bundesebene wurden nach den Jugendunruhen um das Jahr 1968 in verschiedenen Gemeinden und Kantonen Jugendkommissionen mit einem ähnlichen Auftrag eingesetzt. Die bekannteste, welche gesamtschweizerisch auf Aufmerksamkeit stiess, war die vom Zürcher Stadtrat ins Leben gerufene Externe Studienkommission für Jugendfragen (SKJ), die das Studienprojekt «Zur Unrast der Jugend» lancierte und koordinierte.

Die Vorstösse, die Kommissionen und die von ihnen erarbeiteten oder beauftragten Berichte und Studien sind sichtbarer Ausdruck eines Prozesses, in dessen Verlauf Jugend ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Politik und Behörden rückte und Gegenstand von politischen Reformen wurde. Diese Entwicklung ist Thema des vorliegenden Kapitels. Ich frage danach, wieso Jugend ab Ende der 1960er-Jahre das Interesse von Politikerinnen, Politikern und Behördenmitgliedern weckte und auf die politische Agenda gesetzt wurde. Wieso wurde mehr Wissen zu Jugend und eine Jugendpolitik, welche die existierende Jugendhilfepolitik ergänzen sollte, gefordert? Welche Akteure initiierten diese Prozesse und waren treibende Kräfte mit Deutungsmacht?

In den Augen vieler zeitgenössischer Beobachterinnen und Beobachter war der «heisse Sommer 1968» der Auslöser für die Sensibilisierung von Öffentlichkeit, Behörden und Politik für Jugend und sogenannte Jugendprobleme, für die Lancierung von Jugendstudien und einer Jugendpolitik.¹ Auch in der Forschung wird den Ereignissen um 1968 bisweilen eine zentrale Rolle in der Entstehung und Entwicklung einer Jugendpolitik zugewiesen. Stanislas Frossard hält beispielsweise fest, dass sich im Anschluss an die 68er-Unruhen das «Konzept der Jugendpolitik» in der Schweiz durchsetzte.² Eine solche Fokussierung auf die 68er-Unruhen erscheint jedoch zu einseitig und verkürzt. «1968» war nämlich

1 Etwa jk. Brauchen wir eine Jugendpolitik? In: NZZ, Nr. 553, 26. 11. 1972, S. 35.

2 Frossard 2003, S. 1. Sehr ähnlich Wettstein 1989, S. 38.

lediglich Katalysator einer Entwicklung, die bereits in den 1950er-Jahren eingesetzt hatte.

Erstens hatten halb- und nicht staatliche Akteure wie die Schweizerische Nationale Unesco-Kommission (NSUK) und die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Jugendverbände (SAJV) bereits Ende der 1950er-Jahre eine Untersuchung zu Jugend in der Schweiz gefordert und erste Entwürfe für eine Jugendstudie in der Schweiz präsentiert. Sie gehörten in der Schweiz auch zu den ersten, die eine umfassende Jugendpolitik auf Bundesebene angeregt hatten.

Zweitens waren hierbei transnationale Impulse ausschlaggebend. Die NSUK und die SAJV wurden in einem transnationalen Kontext für Jugendthemen sensibilisiert, sie verfolgten Problemstellungen, Jugendstudien sowie jugendpolitische Bestrebungen aus dem Umfeld der Unesco und in anderen Ländern mit Interesse und leiteten daraus Forderungen für die Schweiz ab. Ergebnis dieser Bestrebungen war die Untersuchung *Jugend und Gesellschaft. Wegzeichen zu einer Jugendpolitik* (kurz: *Jugend und Gesellschaft*), die bereits ein Jahr vor dem bewegten «1968» in Angriff genommen und 1971 publiziert wurde.

Drittens war der Mitte der 1960er-Jahre einsetzende Wandel der Wahrnehmung von Jugend die Voraussetzung dafür, dass die Forderungen der NSUK und der SAJV in einer breiten Öffentlichkeit und bei Politikerinnen, Politikern und Behördenmitgliedern Gehör fanden. Die Jugend- und Studentenunruhen von 1968 unterstützten diese Forderungen zusätzlich.

Mit diesen Schwerpunkten nimmt das Kapitel auch eine transnationale Perspektive ein. Transnationale Ansätze untersuchen Interaktionen und Kontakte, die nationale Grenzen überschreiten.³ Sie nehmen also Verflechtungen und Überschneidungen in den Blick, die über den nationalen Kontext hinaus verweisen, gleichzeitig aber auch Rückwirkungen auf diesen haben. Im Gegensatz zur internationalen Geschichtsschreibung, die sich für diplomatische Beziehungen und die Aussenpolitik zwischen Staaten interessiert, fokussiert die transnationale Geschichte primär nicht staatliche Akteure.⁴

Hilfreich zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen sind weiter auch Konzepte der Kulturwissenschaftlerin Doris Bachmann-Medick, die interkulturelle beziehungsweise grenzüberschreitende Kommunikationen und Situationen sowie den Transport von Konzepten und Ideen analysiert.⁵ Transnationale Übersetzungsprozesse geschehen laut Bachmann-Medick in «Kontaktzonen».⁶ Solche «Kontaktzonen», in denen die SAJV und die NSUK in Berührung mit Themen und Problemstellungen aus einem transnationalen Umfeld kamen und in denen die Idee zur Ausarbeitung einer Studie entstand, sollen im Folgenden eruiert und analysiert werden.

³ Conrad/Osterhammel 2004, S. 14.

⁴ Ziemann/Wetzell/Schumann et al. 2012, S. 16; Patel 2005. Vgl. hierzu Matter 2011, S. 27.

⁵ Bachmann-Medick 2008, S. 147.

⁶ Ebd., S. 156.

Im vorliegenden Kapitel rekonstruiere ich die Vorgeschichte und die Entstehung der Studien *Jugend und Gesellschaft*, *Zur Unrast der Jugend* und des Berichts der Studiengruppe des EDI. Ich untersuche im Detail die Forderungen nach mehr Wissen zu Jugend und die Frage, wie die Wissensproduktion zu Jugend in Gang kam, die von staatlicher Seite initiiert, finanziert und in einem weiten gesellschaftlich-politisch-wissenschaftlichen Kontext situiert war.

3.1 Transnationale Impulse:

Die Studie der Unesco-Kommission und der Jugendverbände

«Contribuer à la création et à la pratique d'une politique de la jeunesse»,⁷ lautete ein strategisches Ziel der 1955 gegründeten Sektion Jugend der NSUK.⁸ Die NSUK und die SAJV gehörten zu den Ersten in der Schweiz, die den Begriff Jugendpolitik verwendeten und eine solche forderten. Erst nach 1968 wurde er auch in der Öffentlichkeit, bei Behördenmitgliedern, Politikerinnen und in Jugendkommissionen zu einem verbreiteten Schlagwort.⁹ Der Begriff Jugendpolitik wurde dabei nicht einheitlich verwendet.¹⁰ In der Regel bezeichnete er sehr allgemein eine Politik, die umfassender war als die bereits existierenden Strukturen, Einrichtungen und Gesetze im Politikfeld Jugend. Die Akteure, welche eine Jugendpolitik forderten, hatten zumeist eine Politik vor Augen, die sich an ein breiteres Zielpublikum wandte, vom Bund stärker koordiniert wurde, thematisch breiter gefasst war und zum Beispiel die ausserschulische Bildung stärker berücksichtigte.

Zur Einordnung der Forderungen nach einer umfassenden Jugendpolitik ist ein Überblick über das Politikfeld Jugend vor 1960 hilfreich. In einem kurzen Überblick beleuchtete ich deshalb zunächst die in diesem Politikfeld bestehenden Strukturen und Akteure, um anschliessend mit der NSUK und der SAJV zwei zentrale Institutionen vorzustellen.

Das Politikfeld Jugend vor 1960

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts existierten in der Schweiz auf kommunaler, kantonaler und privater Ebene Strukturen und Einrichtungen, die sich mit Jugend befassten und die in der Regel unter den Bezeichnungen Jugendhilfe oder Jugendfürsorge zusammengefasst werden. Sie wurden von den Gemeinden und Kantonen sowie privaten Organisationen zwischen 1890 und 1940 etabliert.¹¹

7 NSUK, Sektion Jugend, Arbeitspapier für die Sitzung vom 1. 12. 1961, BAR, E9500.1#1974/54#154*.

8 Heute Schweizerische Unesco-Kommission (SUK).

9 Wettstein 1989, S. 81. Der Bericht der Studiengruppe des EDI verortete das Aufkommen des Begriffs Jugendpolitik um 1966. Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 9.

10 Ausführlicher hierzu Kapitel 5.

11 Max Hess-Haeberli definiert Jugendhilfe als «alle organisierten generellen und individuellen Bestrebungen vorbeugender und helfendheilender Natur, die auf Unterhalt und Erziehung, körperliche und seelisch-geistige Gesundheit sowie auf den Schutz der Jugend ausgerichtet

Ausschlaggebend hierzu war vor allem die Einführung des eidgenössischen Zivilgesetzbuches (ZGB), das 1912 in Kraft trat, sowie die Professionalisierung der sozialen Arbeit, die zeitgleich einsetzte. Das ZGB legitimierte staatliche Eingriffe mit einem unmittelbaren Interesse des Staates an Jugendlichen.¹² Hierauf entstanden verschiedene öffentliche Institutionen, darunter städtische und kantonale Jugendämter, -gerichte und -anwaltschaften sowie Fürsorgebehörden und private Institutionen, darunter etwa die 1912 gegründete Stiftung Pro Juventute sowie kirchliche Organisationen, die sich um Jugendliche kümmerten.¹³ 1918 wurde das erste kantonale Jugendamt der Schweiz in Zürich gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörte die Koordination der privaten und öffentlichen Jugendfürsorgeeinrichtungen im Kanton Zürich. Weiter waren auch Polizei-, Jugendstrafrechts-, Gesundheits-, Vormundschafts- und Schulbehörden im Politikfeld Jugend aktiv.

Insgesamt war das Politikfeld Jugend in dieser Zeit unübersichtlich und von einem Nebeneinander kantonalen, kommunalen und privater Institutionen geprägt. Diese Institutionen richteten sich an alle, die noch nicht zu den Erwachsenen zählten, vom Säugling bis zum Schulabgänger. Zudem hatten sie vor allem einzelne oder kleine Gruppen von Kindern und Jugendlichen im Blick, die als problematisch galten: sogenannte verhaltensauffällige, schwer erziehbare, kriminelle, kranke, notleidende, bedürftige, verwahrloste und gefährdete Jugendliche.¹⁴ Aufgrund dieser Zielgruppe umfasste die Jugendhilfepolitik fürsorgerische Massnahmen, darunter finanzielle Unterstützung sowie spezielle medizinische oder psychologische Betreuung für behinderte, kranke oder bedürftige Kinder und Jugendliche. Die Jugendhilfepolitik beinhaltete aber auch fürsorgerische Zwangsmassnahmen, darunter die Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien oder in verschiedenen Anstalten, wie Erziehungsheimen.¹⁵ Sie zielte weiter auf Jugendschutz und Prävention in den Bereichen Gesundheit und Sexualität, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit wie etwa in öffentlichen Lokalen. Die Institutionen waren aber nicht ausschliesslich defizit- und schutzorientiert, sondern bezweckten bisweilen auch die Förderung Jugendlicher in der Freizeit, was unter den Begriffen «Jugendpflege», «auserschulische Bildung»

sind». Hess-Haerberli 1961, S. 15. Hess-Haerberli verwendet Jugendhilfe als Oberbegriff für Jugendpflege, Jugendschutz und Jugendfürsorge. Während die Jugendpflege eher auf die Freizeit Jugendlicher fokussiert, beschäftigt sich die Jugendfürsorge primär mit individuellen Problemen, Benachteiligungen oder Schwierigkeiten. Hess-Haerberli 1961, S. 14 f. Basierend auf Hess-Haerberli verwende ich im Folgenden Jugendhilfe beziehungsweise Jugendhilfepolitik als Sammelbegriff für die im Politikfeld Jugend existierenden Strukturen und Einrichtungen.

12 Galle 2016, S. 148, zeigt auf, wie sich im 20. Jahrhundert die staatliche Fürsorge zunehmend auch für den Bereich ausserhalb der Schule zu interessieren begann. Vgl. hierzu auch Kapitel 2.1.

13 Galle 2016, S. 138.

14 Alles nach Jenzer 2014, S. 255, 268 f.; Criblez 2007b, S. 842; Desiderato/Lengwiler/Rothenbühler 2008, S. 7; Frossard 2003, S. 130; Ramsauer 2000, S. 47, 52; Wettstein 1989, S. 81, 87. Einen aktuellen Überblick über die Geschichte der Kinder- und Jugendfürsorge im 20. Jahrhundert in der Schweiz liefert Galle 2016, S. 135–175.

15 Zum aktuellen Forschungsstand im Bereich Fremdplatzierungen und administrative Versorgungen Lengwiler/Hauss/Gabriel et al. 2013.

oder «auserschulische Erziehung» subsumiert wurde. Diese Bereiche lagen zu einem grossen Teil in den Händen der Jugendverbände sowie der Pro Juventute. Die «auserschulische Bildung» legte vor allem im Laufe der 1960er-Jahre an Relevanz zu, wie später in diesem Kapitel noch gezeigt wird, und professionalisierte sich in den 1970er-Jahren unter dem Label «Jugendarbeit».¹⁶

Der Bund mischte sich in diese durch die föderale Struktur der Schweiz geprägte Politik nach dem Subsidiaritätsprinzip nur unterstützend und ergänzend ein. Die Jugendhilfepolitik oblag den Kantonen, Gemeinden und privaten Institutionen – mit Ausnahme der vormundschaftlichen und strafrechtlichen Jugendfürsorge, die in der Zuständigkeit des Bundes lagen, deren Organisation und Verfahren allerdings auch von den Kantonen und Gemeinden geregelt wurde.¹⁷ Der Bund verfügte denn auch über keine expliziten jugendpolitischen Kompetenzen. Vielmehr existierten nebeneinander einzelne Massnahmen anderer Teilpolitiken, wie zum Beispiel der Familienpolitik, sowie gesetzliche Einzelbestimmungen im Zivil-, Straf- und Verwaltungsrecht, die Jugendliche betrafen. Anzuführen sind hier etwa Kindesschutzmassnahmen im ZGB oder der Jugendschutz im Arbeitsgesetz.¹⁸ Bis Ende der 1960er-Jahre gab es auf Bundesebene sodann kaum jugendpolitische Bestrebungen und bis zur Schaffung der EKJ 1978 kein dauerhaftes Organ oder Instrument, das sich explizit mit Jugendpolitik beschäftigte.¹⁹ Zudem gab es auf den verschiedenen politischen Ebenen keine öffentlich-rechtliche Koordination der Jugendhilfepolitik. Dies wollte die NSUK mit ihrer Forderung nach einer umfassenden Jugendpolitik ändern.

Die Nationale schweizerische Unesco-Kommission

Die NSUK war eine der ersten Institutionen, die eine breite gesellschaftlich-politische Auseinandersetzung mit Jugend, deren Untersuchung sowie eine umfassende Jugendpolitik forderte. Sie erhielt in diesem Prozess in der Folge auch grosse Deutungsmacht. Die NSUK wurde 1949 nach dem Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) vom Bundesrat als ausserparlamentarische Kommission geschaffen.²⁰ Ihr Auftrag war, die Ziele und Grundsätze der Unesco zu verbreiten, die Umsetzung ihres Programms auf nationaler Ebene zu fördern und über deren Tä-

¹⁶ Alles nach Ramsauer 2000, S. 166 f.; Wettstein 1989, S. 18, 21, 38; Criblez 1986, S. 86–96.

¹⁷ Zur grossen Autonomie kommunaler Behörden im Bereich des Vormundschaftsrechts aufschlussreich ist Rietmann 2013, S. 99, 119, 190, 210 f., 324. Vgl. hierzu auch Bühler/Galle/Grossmann et al. (in Vorbereitung). Ramsauer/Staiger Marx 2017, S. 18, verweisen auf die grosse Bedeutung privater Akteurinnen und Akteure im Feld der Kinder- und Jugendfürsorge.

¹⁸ Desiderato/Lengwiler/Rothenbühler 2008, S. 7; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 52 f.

¹⁹ Vgl. Kapitel 5.4. Erst 1989 erhielt der Bund mit der Schaffung des Gesetzes über die Förderung der auserschulischen Jugendarbeit, des sogenannten Jugendförderungsgesetzes, eine rechtliche Grundlage für eine Jugendpolitik auf Bundesebene. Criblez 1986, S. 85.

²⁰ Die nationalen Kommissionen, über die jeder Mitgliedstaat der Unesco verfügt, sind keine eigentlichen Organe der Unesco, sondern Koordinationsstellen zwischen der jeweiligen Landesregierung und der Unesco. Zur Geschichte der Unesco aufschlussreich Maurel 2010. Vgl. auch Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 20. 11. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

tigkeit in der Schweiz zu informieren. Zudem fungierte sie als Konsultativorgan des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD)²¹ und als Verbindungsstelle zwischen der Unesco und der Landesregierung.²² Die sieben Sektionen (Bildung/Erziehung, Erwachsenenbildung, Naturwissenschaften, kulturelle Aktivitäten, Information, Sozialwissenschaften und Jugend) tagten zwei- bis dreimal pro Jahr, einzelne Arbeits- und Projektgruppen auch häufiger.²³ Sie luden bei Bedarf Vertreter von Verbänden und weitere Personen als Berater an die Sitzungen ein.²⁴ Die Sektion Jugend, die in diesem Kapitel besonders interessiert, wurde 1955 auf Vorschlag der Unesco gegründet. Am Anfang war sie Teil der Sektion Erwachsenenbildung, ab 1958 eine autonome Sektion.²⁵ Die meisten Mitglieder waren Vertreter von Jugendverbänden, die der SAJV angehörten.²⁶ Die Sektion Jugend wurde mit dem sehr allgemein formulierten Ziel gegründet, «auf Anregung der Unesco hin sich der verschiedenen Fragen anzunehmen, welche die Jugend betreffen».²⁷ Unter dem Begriff «Jugend» wurden in einem internen Arbeitspapier von 1961 alle in der Schweiz wohnhaften jungen Menschen ab 16 Jahren subsumiert, eine obere Altersgrenze wurde nicht festgelegt.²⁸ Wie im Sprachgebrauch der Zeit verbreitet, verstand die Sektion Jugend unter Jugendlichen primär die «Schulentlassenen», also diejenigen jungen Menschen, welche die obligatorische Schulpflicht hinter sich hatten.²⁹

21 Seit 1979 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

22 Reglement der NSUK, 31. 8. 1954, BAR, E9500.1#1978/34#15*. Die Anzahl Mitglieder variierte. 1957/58 zählte die NSUK beispielsweise 56, 1960/61 76 Mitglieder und 1966/67 60 Mitglieder. Dottrens 1958, S. 83; Dottrens 1961, S. 75. Heute sind es nur noch zwanzig Mitglieder. www.unesco.ch/wer/schweizerische-unesco-kommission. Die Mitglieder wurden vom Bundesrat ernannt und tagten einmal pro Jahr, konnten durch den Bundesrat oder das Exekutivbüro aber auch häufiger einberufen werden. Das Exekutivbüro der NSUK überwachte die Durchführung der Tätigkeiten und Aufgaben der Kommission. Es wurde aus den Präsidenten der zunächst fünf, später sieben Sektionen der NSUK gebildet und konnte von der Generalversammlung der Unesco einberufen werden. Dottrens 1959, S. 93. Vgl. hierzu auch Hummel 1967, S. 83.

23 Brandt 1949, S. 22; Dottrens 1958, S. 83. Generalsekretäre der NSUK waren: Jean-Baptiste de Weck (1960–1966), Charles Hummel (1967–1970), Jacques Rial (1970–1976), Mario Müller (1976–1983). Heute sind es vier Sektionen beziehungsweise Projektgruppen. www.unesco.ch/wer/schweizerische-unesco-kommission.

24 Reglement der NSUK, 31. 8. 1954, BAR, E9500.1#1978/34#15*.

25 Protokoll NSUK, konstituierende Sitzung Sektion Jugend, 11. 2. 1955, BAR, E9500.1#1970/222#123*. Vorerst hiess die Sektion Jugend «Activités de jeunesse». Dottrens 1958, S. 83. Präsidenten der Sektion Jugend waren Toni Portmann (ab 1958), Albert Rotach (ab 1960/61), Perle Bugnion-Secretan (ab 1966) – als Bugnions Vizepräsident wurde Gustav Mugglin gewählt. Dottrens 1960, S. 87; Dottrens 1961, S. 75. Auch die Anzahl Mitglieder der Sektion Jugend variierte, zu Beginn waren es acht bis zehn Mitglieder, 1961 erhöhte sich die Zahl auf vierzehn Personen. NSUK, Arbeitspapier für Sitzung Sektion Jugend, 1. 12. 1961, BAR, E9500.1#1974/54#154*.

26 Brief von Ledermann, Alfred (Zentralsekretär Pro Juventute) an Boerlin, Ernst (Regierungsrat Basel-Landschaft), 10. 2. 1960, BAR, E9500.1#1970/223#123*.

27 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 155.

28 NSUK, Sektion Jugend, Arbeitspapier für Sitzung Sektion Jugend, 1. 12. 1961, S. 2, BAR, E9500.1#1974/54#154*.

29 NSUK, Sektion IV, Untergruppe Jugend. Programm-Vorschlag 1955–1957, S. 5, BAR, E9500.1#1970/222#115*. Dottrens 1959, S. 95; Dottrens, S. 89.

Die Aufgaben der Sektion Jugend wurden bei der Gründung folgendermassen deklariert: Die Information der Schweizer Jugend über die Aufgaben und die Tätigkeit der Unesco, Mithilfe bei Aktionen der Jugendhilfe in unterentwickelten Ländern oder Zusammenarbeit mit den Jugendsektionen anderer nationaler Unesco-Kommissionen.³⁰ Zu ihren Tätigkeiten gehörte beispielsweise die Organisation von Informationsveranstaltungen über die Unesco, zu Themen wie «La jeunesse et le cinéma» (1959), «Freizeiteinrichtungen für jung und alt» (1959) oder von Kursen für Leiterinnen und Leiter von Schul- und Gemeindebibliotheken, die sie zusammen mit der Pro Juventute veranstaltete.³¹

Die Sektion Jugend der NSUK verstand sich in der Schweiz als Pionierin in der Beschäftigung mit Jugend und ihren Problemen. Wiederholt betonten ihre Mitglieder, dass es in der Schweiz kein anderes Organ oder Gremium gebe, das sich der gesamten Schweizer Jugend widme. Der Verweis, dass sich ihre Bestrebungen an alle Schweizer Jugendlichen richten würden, zeigt zudem, dass das Zielpublikum der Sektion Jugend weniger einzelne, gefährdete Jugendliche, wie sie Gegenstand der existierenden Jugendhilfepolitik waren, darstellten, sondern Jugend als Altersgruppe an sich. Sie kümmere sich als einzige Instanz um Probleme, «die aus der modernen Entwicklung unserer Zeit erwachsen und weder unseren Behörden noch unserer Bevölkerung bewusst sind»,³² wurde in internen Dokumenten der Sektion Jugend aus den 1960er-Jahren festgehalten. Seit ihrer Gründung wies die Sektion Jugend wiederholt darauf hin, dass man sich in der Schweiz über die Relevanz des Phänomens «Jugend» nicht klar und das Wissen über Jugendliche mangelhaft sei: «Wohl befassen sich die verschiedensten Institutionen und Einrichtungen mit den ›Schulentlassenen‹. Was wissen wir aber wirklich von diesem Jugendlichen, der in einer ganz anderen Zeit steht, als die Jugendzeit der meisten Betreuer dieser Jugend?»,³³ lautete eine Suggestivfrage in einem programmatischen Papier der Sektion Jugend für die Zeitspanne 1955–1957. Die Sektion Jugend nahm hier das diskursive Muster einer fremden und unbekannten Jugend vorweg, wie es in einer breiten Öffentlichkeit vor allem ab Mitte der 1960er-Jahre verbreitet war. Sie forderte mehrfach die Erforschung «der Probleme um die heute heranwachsende Jugend», die sie als «sehr dringend»³⁴ beurteilte. Es brauche eine breite Untersuchung in der ganzen Schweiz, um Jugendliche und ihre Probleme «zu erforschen und geeignete Schlussfolgerungen für die

30 Programm-Vorschlag, NSUK, Sektion Jugend, 1955, BAR, E9500.1#1970/222#115*.

31 De Weck 1965, S. 100; de Weck 1959, S. 99.

32 Dokument [wahrscheinlich als Medienmitteilung verfasst] «Jugendfragen im Lichte der Schweizerischen UNESCO-Kommission», o. D. [wahrscheinlich Herbst 1967], S. 1, BAR, E9500.1#1979/4#106*. Die Sektion Jugend sei «actuellement le seul organe officiel – ou est-il semi-officiel? – ayant pour champ d'action la jeunesse suisse tout entière». NSUK, Arbeitspapier für Sitzung der Sektion Jugend, 1. 12. 1961, S. 2, BAR, E9500.1#1974/54#154*.

33 NSUK, Sektion IV, Untergruppe Jugend. Programm-Vorschlag 1955–1957, S. 5, BAR, E9500.1#1970/222#115*.

34 Ebd.

praktische Verwertung daraus zu ziehen».³⁵ Tatsächlich existierte in der Schweiz bis zu jenem Zeitpunkt keine umfassende wissenschaftliche Untersuchung, wie sie die Sektion Jugend anstrebte und die zum Beispiel die Auswirkungen des Gesellschaftswandels auf Jugend zum Thema gehabt und jugendpolitische Konzepte entwickelte hätte.³⁶ Mit der Forderung nach praktischer Verwertung der erwarteten Resultate waren in erster Linie Vorschläge für die Umsetzung einer Jugendpolitik gemeint. Die Sektion Jugend der NSUK forderte, auf Bundesebene eine umfassende Jugendpolitik zu schaffen. Als Vorbild diente dabei unter anderem die BRD, wo seit 1957 das Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen und der Bundesjugendplan³⁷ existierten. Der Bundesjugendplan unterstützte die Kinder- und Jugendarbeit finanziell. Konkret wollte die Sektion Jugend die im Politikfeld Jugend bestehenden Institutionen und Praktiken auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene koordinieren und den Bund in diesem Bereich mit mehr Kompetenzen versehen.³⁸

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände

Ähnliche Forderungen und Absichten kamen von der SAJV, die mit der Sektion Jugend der NSUK mehrfach durch Personalunion verbunden war. Die Dachorganisation der Jugendverbände wurde 1933 als Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Ferienhilfe und Freizeitarbeit für Jugendliche (SAF) gegründet und 1944 in SAJV umbenannt.³⁹ An ihrer Gründung war die Pro Juventute massgeblich beteiligt gewesen. Sie war fortan auch für die Geschäftsführung der als Verein organisierten SAJV zuständig.⁴⁰ Mitglieder der SAJV waren und sind noch heute keine Einzelpersonen, sondern Verbände und Organisationen. Dazu zählten damals zum Beispiel der Schweizerische Pfadfinderbund, Studenten- und Schülerorganisationen, Jungparteien wie die Jungliberale Bewegung, Berufsverbände wie etwa der Kaufmännische Verband sowie die Jugendorganisationen der Landeskirchen, darunter der Schweizerische Katholische Jungmannschaftsverband.⁴¹ Das oberste Gremium der SAJV war die Delegiertenversammlung,

35 Ebd. Zur Forderung nach einer Studie vgl. etwa auch Protokoll NSUK, Sektionen Sozialwissenschaften und Jugend, 24. 6. 1961, BAR, E9500.1#1974/54#154*.

36 Schudel 2006, S. 20. Bassand und Crettaz stellten nach der Literaturrecherche und Material-sichtung zu ihrer Studie fest, dass bis anhin sehr wenige Studien zu diesem Thema existierten. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 4. 9. 1967, S. 5, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

37 1994 umbenannt in «Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend» und «Kinder- und Jugendplan des Bundes».

38 NSUK, Sektion Jugend, Arbeitspapier, 1. 12. 1961, BAR, E9500.1#1974/54#154*. Vgl. auch NSUK, Sektion IV, Untergruppe Jugend. Programm-Vorschlag 1955–1957, BAR, E9500.1#1970/222#115*; Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 10. 1969, BAR, E9500.1#1982/67#21*; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 57.

39 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 156. Vgl. auch Schudel 2006, S. 3.

40 Die SAJV verstand sich als «parteipolitisch und konfessionell neutral». Schudel 2006, S. 8 f., 79; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 156.

41 1950 zählte die SAJV 40 Aktivmitglieder. Diese Zahl blieb bis in die 1970er-Jahre relativ stabil. 1973 zählte sie 38 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 450000 Mitgliedern. Damit vertraten die SAJV-Mitglieder etwa ein Viertel der vom Jugendbericht des Bundes auf rund 1,5

die ein- bis zweimal pro Jahr tagte. Für dieses Kapitel von grösserer Bedeutung ist hingegen der Vorstand der SAJV, der sich aus neun bis vierzehn Personen zusammensetzte und als Exekutive der SAJV amtierte.⁴² Wenn ich im Folgenden von der SAJV spreche, ist deshalb – wenn nicht anders deklariert – der Vorstand der SAJV gemeint.

Die SAJV war unter dem Eindruck des «Freizeitproblems» der 1930er-Jahre und aus dem Anliegen entstanden, Jugendlichen eine sinnvolle Gestaltung ihrer Freizeit zu ermöglichen. Die Schaffung des Dachverbandes sollte die unterschiedlichen Bestrebungen koordinieren und die Zusammenarbeit zwischen den Jugendverbänden stärken.⁴³ Die SAJV engagierte sich unter anderem in der Leiterausbildung und förderte den Erfahrungsaustausch unter Jugendleiterinnen und -leitern, zum Beispiel anlässlich von Studienwochenenden oder den jährlich stattfindenden Leiterkonferenzen.⁴⁴

Die Forderung der SAJV, mehr Wissen über die jungen Schweizerinnen und Schweizer zu produzieren, war untrennbar mit ihrem Anliegen verbunden, die ausserschulische Bildung in der Schweiz zu fördern und vom Bund finanzielle Unterstützung zu erhalten.⁴⁵ Bis 1972, als das EDI erstmals einen Kredit für die SAJV sprach, finanzierte sich diese nämlich mehrheitlich über Mitgliederbeiträge. Vereinzelt erhielt der Dachverband auch Spenden und Stiftungsgelder.⁴⁶ Die SAJV beschloss an der Leiterkonferenz im Jahr 1962 – ebenfalls in Anlehnung an die Nachbarländer –, die Idee eines «Schweizerischen Jugendplans» voranzutreiben, später wurde dieses Projekt «Jugendfonds» genannt. Ein öffentlicher Kredit aus Bundesgeldern sollte unter anderem folgende Tätigkeitsbereiche der Jugendverbände sowie der Institutionen der «offenen Jugendhilfe» unterstützen: die Ausbildung für Jugendleiter, die Durchführung von Ferienlagern und anderen Freizeitveranstaltungen, die Unterstützung von Jugendzentren einzelner schweizerischer Jugendverbände, Freizeitanlagen und Jugendherbergen.⁴⁷

Millionen bezifferten Gesamtzahl der in der Schweiz wohnhaften jungen Männer und Frauen zwischen 15 und 30 Jahren. Schudel 2006, S. 22, 42. Eine vollständige Liste der Aktivmitglieder der SAJV findet sich bei Schudel 2006 im Anhang, eine Liste der Vorstandsmitglieder von 1933 bis 1950 in Schudel 2005, S. 54. Zur Mitgliederzahl vgl. auch Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 71.

42 Die Delegiertenversammlung setzte sich ab 1946 aus zwei stimmberechtigten Vertretern und drei Beobachtern pro Verband zusammen. Schudel 2006, S. 51–53.

43 Ebd., S. 14. In ihren Statuten formulierte die SAJV als Ziel die «Förderung der Jugendlichen und der Jugendverbände, die Zusammenarbeit der Jugendverbände sowie ihre Vertretung in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes». Artikel 1 und 2 der Statuten, zitiert in Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 156.

44 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 156. Dabei hatten die einzelnen Mitglieder der jeweiligen Verbände kaum direkten Kontakt zur SAJV. Vielmehr waren es die Leitungsgremien der Mitgliedsorganisationen, welche die Delegierten der SAJV wählten und mit dem Vorstand Austausch pflegten. Schudel 2006, S. 70 f., 78.

45 SAJV, Schweiz. Leiterkonferenz 22./23. 3. 1969, Schaffhausen, S. 1, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

46 Heute machen Bundessubventionen einen wichtigen Teil des Budgets der SAJV aus. Schudel 2005, S. 44, Fussnote 227.

47 SAJV Dokument «Jugendfonds» für die Leiterkonferenz 1966, BAR, E3001B#1981/28#408*.

In der NSUK fand die SAJV eine Bündnispartnerin für solche Anliegen. Der Dachverband sah in der geforderten Jugendstudie die Chance, die ausserschulische Jugendarbeit und die Tätigkeit der Jugendverbände der Öffentlichkeit näherzubringen. Ab Mitte der 1950er-Jahre unternahmen die beiden Institutionen verschiedene Anläufe für eine Untersuchung der Jugend. Wie bereits die Forderungen nach einer Jugendpolitik stammten auch wichtige Impulse für die ersten Studienentwürfe aus anderen Ländern.

Deutsche und französische Vorbilder

Im Bereich der Jugendforschung waren die BRD und Frankreich, wo die Jugendforschung nach einem Unterbruch während und nach dem Zweiten Weltkrieg bereits in den 1950er-Jahren wieder boomte, wichtige Vorbilder.

In Westdeutschland prägten nach dem Krieg die Alliierten mit ihrem Interesse an der Frage der Demokratiefähigkeit deutscher Jugendlicher die Jugendforschung, deren Themen und Methoden massgeblich mit. Sie waren Motor für die in der BRD bereits Anfang der 1950er-Jahre wieder auflebende empirische Jugendforschung. Über die Landesgrenzen hinaus bekannt waren die sogenannten Shell-EMNID-Studien, die ab 1953 vom Jugendwerk der Erdölgesellschaft Shell Deutschland in Auftrag gegeben und von EMNID (Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen und Dienstleistungen), einem der ersten und grössten Meinungsforschungsinstitute Deutschlands, durchgeführt wurden.⁴⁸ Beachtung erhielten auch die alle vier Jahre publizierten Jugendberichte der Regierung, zu denen sie seit 1967 per Gesetz verpflichtet war.⁴⁹

Auch in Frankreich existierte zur selben Zeit ein grosses öffentliches Interesse an Jugend, was sich in zahlreichen Studien und Umfragen äusserte.⁵⁰ Hier waren es neben Psychologinnen und Psychologen in einer ersten Phase vor allem Journalistinnen und Journalisten, die sich in Zeitungen und Magazinen des Themas annahmen und durchwegs eine Krise der französischen Jugend und ein «malaise moral»⁵¹ diagnostizierten.⁵² An solchen Studien orientierten sich die NSUK und die SAJV für ihre ersten Entwürfe.

Den Anfang der Zusammenarbeit für eine Untersuchung machten ein von der Sektion Jugend der NSUK gemeinsam mit der SAJV organisiertes Seminar zum Thema «Jugend unserer Zeit» im November 1956 sowie ein weiteres Se-

⁴⁸ Janssen 2010, S. 10, 75.

⁴⁹ Jeder dritte Jugendbericht war ein «Gesamtbericht», der auch Massnahmen im Bereich der Jugendpolitik definieren sollte. Die anderen Berichte fokussierten auf enger gefasste Themenbereiche wie zum Beispiel die Situation der Mädchen in der Gesellschaft. Hornstein 1982, S. 65.

⁵⁰ Jobs 2007, S. 276. Vgl. Sohn 2005a, S. 128, die von einem wachsenden öffentlichen Interesse an Jugend und einem rasanten Anstieg von Studien zu Jugendlichen spricht.

⁵¹ Bantigny 2007, S. 29.

⁵² Zum Beispiel Kanters, Robert/Sigaux, Gilbert. Vingt ans en 1951. Enquête sur la jeunesse française. Paris 1951. Jobs 2007, S. 93. Ohayon 2005, S. 163. Auch die Parteien und die französische Regierung beschäftigten sich mit der jungen Generation, so etwa in einem parlamentarischen Bericht, der 1966 mit dem Titel «Les jeunes d'aujourd'hui» publiziert wurde. Vgl. Sohn 2005a, S. 123, 126, S. 129.

minar im November 1957 zum Thema «Gefährdete Jugend» in Chexbres im Kanton Waadt. Hier wurden Themen wie die Wahrnehmung der Jugendlichen durch die Erwachsenen, Jugendliche am Arbeitsplatz und die Freizeitgestaltung Jugendlicher diskutiert.⁵³ Über die genauen Inhalte und Schlussfolgerungen der Diskussionen geben die Quellen keine Auskunft. Überliefert ist aber, dass in Chexbres konkrete Ideen für ein Umfrageprojekt unter Jugendlichen entstanden sind. Walo Hutmacher, damals Assistent am Lehrstuhl für Soziologie von Roger Girod an der Universität Genf, informierte die Teilnehmenden darüber, wie unter Jugendlichen eine Umfrage zu ihrer «situation actuelle», ihrer Integration ins soziale und berufliche Leben, ihren Interessen, Einstellungen und Verhaltensweisen gemacht werden könne.⁵⁴ Im Anschluss an das Seminar wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die 1957/58 ein Projekt für eine Umfrage unter Westschweizer Jugendlichen erarbeitete.⁵⁵

Dieser Entwurf orientierte sich an einer der ersten Meinungsumfragen unter Jugendlichen in Frankreich.⁵⁶ 1957 hatte die französische Zeitschrift *L'Express* eine Jugendumfrage mit dem Titel *Rapport national sur la jeunesse* lanciert. Während dreier Monate publizierte *L'Express* die Resultate der Umfrage, die mithilfe des Institut français d'opinion publique gemacht worden war.⁵⁷ Die Ergebnisse wurden 1958 auch von Françoise Giroud in ihrem Buch *La nouvelle vague. Portraits de la jeunesse*⁵⁸ publiziert. Die Umfrage erzeugte in Frankreich ein grosses Echo und es äusserten sich dazu zahlreiche bekannte Intellektuelle wie etwa Jean-Paul Sartre und Henri Lefebvre.⁵⁹ Auch in der Westschweiz wurde sie mit Interesse wahrgenommen. «Il s'agirait, en somme, d'adapter sur le plan suisse, une enquête du genre de celle menée récemment en France par le journal «L'Express»»,⁶⁰ ist im Protokoll der Sektion Jugend der NSUK von November 1958 festgehalten. Nach dem Vorbild dieser Befragung plante sie eine journalistische Umfrage in Zusammenarbeit mit Jugendzeitschriften, Tageszeitungen und der Zeitung *Coopération*, der französischen Ausgabe der *Coopzeitung*. Diese Zeitungen und Zeitschriften sollten einen Fragebogen veröffentlichen, den Westschweizer Jugendliche ausfüllen und zurückschicken konnten. Zusätzlich war

53 NSUK, Sektion IV, Untergruppe Jugend. Programm-Vorschlag 1955–1957, S. 5, BAR, E9500.1#1970/222#115*. Vgl. Ruchti, Eduard. Warum eine Arbeitstagung «Gefährdete Jugend». In: Pro Juventute, Nr. 9 (1958), S. 411.

54 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 24. 11. 1958, S. 5, BAR, E9500.1#1970/223#123*.

55 Ebd., S. 3 f. Beteiligt waren: Walo Hutmacher, Soziologe, Roger Schmitt, Direktor des Séminaire coopératif romand, sowie ein Vertreter der Fédération romande des Associations cantonales de jeunesse protestante, der Redaktor und Chef der Zeitschrift *Coopération*, der Gewerkschaftssekretär des Groupement romands d'apprentis, ein Vertreter der Christlichen Arbeiterjugend (JOC), der Redaktor des Hefts *Jeunesse* und ein Delegierter der Fédération des jeunesses coopératives suisse. Brief von Rotach, Albert an Portmann, Toni. Ebd.

56 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 5. 2. 1960, S. 2, BAR, E9500.1#1970/223#124*.

57 Sohn 2005a, S. 127; Bantigny 2007, S. 31–33.

58 Giroud 1958, S. 9.

59 Sohn 2005a, S. 127.

60 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 24. 11. 1958, S. 3, BAR, E9500.1#1970/223#123*.

eine wissenschaftliche Umfrage unter Jugendlichen in der Westschweiz vorgesehen, die von einem Meinungsforschungsinstitut durchgeführt würde.⁶¹

Der Soziologe Hutmacher entwarf einen Fragebogen für die journalistische Umfrage sowie einen Projektplan für die wissenschaftliche Studie. Die Fragen drehten sich um berufliche Zukunftswünsche, die Freizeitbeschäftigung sowie die Wertvorstellungen der Jugendlichen. Zum Beispiel sollten sie folgende Stichworte nach ihrer Relevanz sortieren: Religion, Heirat, Kameradschaft, Liebe und Beruf. Weiter enthielt der Entwurf Fragen zur Meinung der Jugendlichen zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Themen: Sie sollten Auskunft geben über ihre Einstellung zur Ungarnkrise, zur Neutralität, zur Armee, zur europäischen Integration, zur Ehe, zur Stellung der Frau in der Schweiz sowie zur Frage, welche sozialen Reformen in der Schweiz am dringlichsten seien. Weiter sollte erfragt werden, was ihrer Meinung nach in der Schweiz gut oder schlecht laufe und ob sie in der Schweiz bleiben oder auswandern möchten.⁶² Der Vergleich mit einem prominenten Umfrageprojekt aus den 1960er-Jahren zeigt, dass solche Fragen damals durchaus provokatives Potenzial beinhalten konnten. Anlässlich der Landesausstellung Expo 64 in Lausanne wurde die Befragung «Un jour en Suisse» durchgeführt. Dabei verhinderte der Bundesrat Fragen zu brisanten und als konflikthaft geltenden Themen. Dazu gehörten beispielsweise die Fragen zum EWG-Beitritt oder zur Militärdienstverweigerung, die gestrichen oder umformuliert werden mussten.⁶³ Ob auch der von Hutmacher erarbeitete Fragebogen für Aufsehen gesorgt hätte, muss dahingestellt bleiben, da er nie zum Einsatz kam. Schon nach kurzer Zeit stagnierte das Umfrageprojekt nämlich aufgrund knapper finanzieller Mittel und fehlender zeitlicher Ressourcen des für das Projekt verantwortlichen Soziologen Hutmacher. Ende 1958 diskutierte die Sektion Jugend über Möglichkeiten, das gescheiterte Projekt doch noch umzusetzen. Neu sollte sich die Umfrage sogar auf die gesamte Schweizer Jugend beziehen. Die Sektion Jugend wandte sich nun an das Exekutivbüro der NSUK mit der Frage, ob diese das Umfrageprojekt weiterführen könne. Sie verwies dabei auf das Bedürfnis nach mehr Wissen zu Jugend: Mit der Durchführung einer solchen Studie würde der Schweiz ein grosser Dienst erwiesen, zeige sich doch allenthalben das Bedürfnis, «de connaître la situation, la mentalité et les espoirs de la jeunesse actuelle».⁶⁴

Während auch diese Bemühungen fruchtlos blieben, existierte der Wunsch nach einer umfassenden Untersuchung zu Jugend weiter und war auch in den folgenden Jahren jeweils ein wichtiges Thema der Sitzungen der Sektion Jugend. 1961 wurde anlässlich einer Zusammenkunft der Sektionen Sozialwissenschaften und Jugend der NSUK erneut eine Studie gefordert. Es wurde festgestellt,

61 Ebd., S. 2 f.

62 Ebd., S. 5.

63 Weber 2014, S. 201, 206.

64 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 24. 11. 1958, S. 3, BAR, E9500.1#1970/223#123*; Brief von Rotach, Albert an Portmann, Toni. In: ebd.

dass Diskussionen über Jugendfragen aussichtslos seien, «tant que l'on ne connaît pas réellement les opinions des jeunes».⁶⁵ Ein Mitglied der Kommission wies auf die Relevanz hin, die eine breite wissenschaftliche Umfrage unter Jugendlichen in der ganzen Schweiz für die Zukunft der Gesellschaft haben könne: «Il faut prévoir aujourd'hui où sera la jeunesse de demain, quelles seront ses aspirations et ses règles de vie.»⁶⁶ In dieser Forderung implizit enthalten sind charakteristische Vorstellungen von Jugend als gesellschaftliche Ressource und als Seismograf für die gesellschaftliche Entwicklung.⁶⁷ Hinter diesen Bestrebungen standen aber auch ganz praktische und eigennützige Überlegungen: Die Vertreter der Jugendverbände in der NSUK erachteten eine Umfrage mitunter als nützlich, um an Informationen über Jugendliche heranzukommen, die ihren Mitgliedverbänden dienen könnten. Der Genfer Soziologieprofessor Roger Girod, Mitglied der Sektion Sozialwissenschaften der NSUK, sah in einer solchen Umfrage zusätzlich die Chance, die in der Schweiz noch wenig etablierten Sozialwissenschaften der Öffentlichkeit näherzubringen.⁶⁸ Es ist weiter plausibel, dass die Mitte der 1950er-Jahre neu geschaffene Sektion im Politikfeld Jugend auch ihre Position festigen wollte.

Im Sommer 1961 schlug eine weitere Arbeitsgruppe der NSUK vor, eine repräsentative Umfrage zu ähnlichen Themenbereichen zu starten, wie sie Hutmacher Ende der 1950er-Jahre vorgeschlagen hatte. Untersucht werden sollte die «condition sociale des jeunes», das «Freizeitproblem», das politische Interesse und die Bildung der Jugendlichen, die Beziehungen zwischen Mädchen und Jungen, das Familienleben und die Jugendverbände.⁶⁹ Auch dieses Umfrageprojekt wurde bereits wenige Monate später wiederum aus finanziellen Gründen abgebrochen. Als Alternative zur teuren Meinungsumfrage schlug die mit der Umfrage betraute Arbeitsgruppe deshalb vor, ausschliesslich eine bibliografische Recherche zu bestehender Literatur über Jugend zu machen und eine wissenschaftliche Tagung mit verschiedenen Expertinnen und Experten zu organisieren. Deren Beiträge sollten in einer Monografie veröffentlicht werden.⁷⁰ Vom 19. bis 21. Oktober 1962 führte die Sektion Sozialwissenschaften der NSUK daraufhin im Schloss Münchenwiler (Villars-les-Moines) im Kanton Bern eine Tagung durch zum Thema «Die Bildung der Jugend für ihre Verantwortung von morgen: Lücken und Aussichten im Bereich des gemeinnützigen und beruflichen Le-

65 Protokoll NSUK, Sektionen Sozialwissenschaften und Jugend, 24. 6. 1961, S. 4, BAR, E9500.1#1974/54#154*.

66 Ebd.

67 Vgl. Kapitel 2.1.

68 Protokoll NSUK, Sektionen Sozialwissenschaften und Jugend, 24. 6. 1961, S. 5 f., BAR, E9500.1#1974/54#154*. Vgl. auch Protokoll der Arbeitsgruppe für eine Studie zur Schweizer Jugend, 20. 8. 1961, S. 1 f., BAR, E9500.1#1974/54#157*.

69 Protokoll Arbeitsgruppe für eine Jugenduntersuchung, Bellinelli, Girod und de Weck, 21. 8. 1961, BAR, E9500.1#1974/54#157*.

70 Protokoll NSUK, Sektionen Sozialwissenschaften und Jugend, 14. 12. 1961, S. 2 f., BAR, E9500.1#1974/54#157*; Protokoll NSUK, Sektion Sozialwissenschaften, 31. 1. 1962, BAR, E9500.1#1974/54#162*.

bens».⁷¹ Eingeladen waren Erzieher und Leiterinnen von Jugendorganisationen sowie verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, darunter die Philosophin Jeanne Hersch, der Soziologe Roger Girod und der Psychologe Hans Biäsch.⁷² Erklärtes Ziel war es, «den Boden vorzubereiten, um eine breite soziologische Untersuchung durchzuführen»⁷³ und Themen für einen Fragebogen zu sondieren, der es «der Schweizer Jugend erlauben würde, über sich selber Auskunft zu geben».⁷⁴ Anschliessend an die Tagung sollte Roger Girod abklären, inwiefern mithilfe eines soziologischen Instituts eine Umfrage nach der Gallup-Methode durchgeführt werden könne.⁷⁵ Doch auch dieses Projekt kam nicht zustande. Die Gründe dafür sind aus den Akten und Protokollen nicht ersichtlich. Erst 1967 wurde wieder eine Studie in Angriff genommen. 1971 wurde diese unter dem Namen *Jugend und Gesellschaft* publiziert. Entscheidende Impulse für ihr Zustandekommen kamen erneut von ausserhalb der Schweiz aus einem transnationalen Umfeld.

Transnationale Impulse: Die erste Unesco-Weltjugendkonferenz in Grenoble 1964

In der Planung und Erarbeitung der Studie *Jugend und Gesellschaft* spielte die NSUK eine bedeutende Rolle. Sie hatte Einblick in die im Umfeld der Unesco geführten Jugenddebatten, schärfte dadurch ihr Problembewusstsein und konkretisierte ihr Vorhaben einer Jugendstudie. Es können primär drei transnationale «Kontaktzonen»⁷⁶ eruiert werden, in denen Jugendthemen sowie die Forderung nach einer Jugendstudie aus dem Umfeld der Unesco über die NSUK in die Schweiz gelangten.

Erstens wurde die NSUK von der Unesco direkt aufgefordert, in unterschiedlichen Jugendfragen aktiv zu werden und sogenannte Jugendprobleme zu untersuchen. Exemplarisch dafür ist die Kontaktaufnahme des Unesco-Generaldirektors ad interim, Malcom S. Adiseshiah, der Ende der 1960er-Jahre alle Nationalkommissionen anfragte: «Que fait votre Organisation pour [...] étudier et analyser les problèmes et phénomènes de la jeunesse dans le domaine de sa compétence?»⁷⁷ Zweitens orientierte und inspirierte sich die NSUK an den Tä-

71 R. D. Untersuchung über die Schweizer Jugend. In: NZZ, Nr. 4473, 15. 11. 1962.

72 Vgl. hierzu verschiedene Unterlagen zur Vorbereitung des Kolloquiums in Münchenwiler in BAR, E9500.1#1974/54#158*.

73 Papier der Sektion Naturwissenschaften der NSUK «Untersuchung über die Schweizer Jugend, Aussprache von Münchenwiler», August 1962, BAR, E9500.1#1974/54#158*.

74 R. D. Untersuchung über die Schweizer Jugend. In: NZZ, Nr. 4473, 15. 11. 1962.

75 Tätigkeitsbericht NSUK, Sektion Sozialwissenschaften, Februar 1963, BAR, E9500.1#1974/54#162*. Vgl. auch Protokoll NSUK, Sektion Sozialwissenschaften, 26. 2. 1964, S. 2, BAR, E9500.1#1978/34#288*. Bei der Gallup-Methode handelt es sich um eine vom Psychologen und Marktforscher George Gallup entwickelte Methode der Meinungsforschung, anhand der anstelle von Massenbefragungen eine repräsentative Stichprobe gemacht wird. Ausführlich zu Gallup und Repräsentativität Weber 2014, S. 100–104.

76 Bachmann-Medick 2008, S. 156.

77 Brief von Adiseshiah, Malcolm S. (Generaldirektors der Unesco ad interim) an die nationalen Kommissionen, o. D. [wahrscheinlich 1969], BAR, E9500.1#1982/67#126*.

tigkeiten und Bestrebungen anderer Nationalkommissionen. Als Beispiel kann hier der Aufruf der neuseeländischen Kommission von Anfang der 1960er-Jahre gelten, Mittel und Wege zu finden, um Jugendlichen zu helfen und sie vor Gefahren zu bewahren. Die NSUK diskutierte solche Handlungsaufforderungen eingehend und nahm sie zum Anlass, an das geplante Umfrageprojekt zu erinnern und dessen Dringlichkeit zu betonen.⁷⁸ Eine dritte «Kontaktzone» waren transnationale Zusammenkünfte und internationale Kongresse, etwa der zweite Europäische Kongress für Freizeitgestaltung in Strassburg 1961, die Konferenzen der europäischen Nationalkommissionen in Sofia 1962 und 1963 oder das jährliche Treffen der *Fédération française des clubs des amis de l'Unesco* in Mulhouse.⁷⁹ Besondere Bedeutung hatte die internationale Jugendkonferenz der Unesco in Grenoble von 1964. Sie lieferte entscheidende Impulse dafür, dass nach den wiederholt gescheiterten Initiativen erneut eine Jugendstudie in Angriff genommen wurde. Anhand dieser Konferenz kann anschaulich gezeigt werden, wie Schweizer Akteure in transnationalen «Kontaktzonen» mit Jugendthemen konfrontiert wurden und Argumente für ihre eigenen Anliegen entwickelten.

Vom 23. August bis 1. September 1964 trafen sich in Grenoble 72 Delegierte der Unesco-Mitgliedstaaten, Vertreterinnen und Vertreter internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, darunter die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), das Kinderhilfswerk Unicef, die internationale Arbeitsorganisation (ILO) sowie viele internationale Jugendorganisationen zur ersten Weltjugendkonferenz der Unesco.⁸⁰ Die Konferenz kam auf Anregung der rumänischen Delegation an der Generalkonferenz im Jahr 1960 zustande.⁸¹ Die Schweizer Unesco-Kommission schickte drei Delegierte an die Konferenz: Albert Rotach, seit 1960 Präsident der Sektion Jugend der NSUK, zugleich Delegierter für Jugendfragen des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine und Präsident des *Conseil de la jeunesse romande*. Rotach verfasste für die Unesco den offiziellen Schlussbericht zur Jugendkonferenz. Weiter nahmen Perle Bugnion-Secretan, Vorsteherin der Schweizer Pfadfinderinnen und ab 1966 Präsidentin der Sektion Jugend, sowie Paul Vogt vom «Freizeitdienst» der Pro Juventute teil.

Nach den Einführungsreferaten eines Pädagogen, eines Soziologen und eines Politikers stand in vier Arbeitsgruppen je eines der folgenden Themen zur Diskussion: die Vorbereitung der Jugendlichen erstens auf das Berufs- und Arbeitsleben, zweitens auf die Freizeit, drittens auf das staatsbürgerliche Leben und viertens auf das Leben in der internationalen Gemeinschaft. Resultat der Konfe-

⁷⁸ Protokoll NSUK, Sektionen Sozialwissenschaften und Jugend, 24. 6. 1961, S. 2 f., BAR, E9500.1#1974/54#154*.

⁷⁹ Vgl. Dossier zum europäischen Kongress für Freizeitgestaltung, BAR, E9500.1#1974/54#154*; de Weck 1963, S. 99.

⁸⁰ Darunter zum Beispiel die *Association Internationale des Etudiants en Science Economiques et Commerciales* (AIESEC) oder der *Congres Mondial des Mouvements Scouts*. Teilnehmerliste in: Unesco. *Conférence internationale sur la jeunesse. Rapport final*, 1. 9. 1964, BAR, E9500.1#1978/34#90*.

⁸¹ Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 33.

renz waren über hundert relativ heterogene und allgemein formulierte Empfehlungen und Wünsche.⁸²

Die Diskussionen folgten dabei Argumentationslinien und Problematisierungsmustern, wie sie für die Jugenddebatten jener Zeit charakteristisch waren und wie ich sie in Kapitel 2 für die Schweiz aufgezeigt habe. So berührte die Konferenz mit dem Schwerpunkt «Freizeit» ein äusserst aktuelles zeitgenössisches Thema.⁸³ Ein weiterer Fokus der Debatten in Grenoble waren die Folgen der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse für die Jugend. Unermüdlich wurde an der Konferenz wiederholt, dass sich die Welt in starkem Umbruch befinde. Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf Jugendliche wurden dabei als gänzlich neues, präzedenzloses Phänomen präsentiert, dessen sich die Gesellschaft erst allmählich bewusst werde.⁸⁴ Die Gegenwart und die Zukunft wurden als eigentliches Zeitalter der Jugend beschrieben («le monde est lui-même [...] en état de jeunesse»)⁸⁵. Zum einen, weil etwa ein Drittel der Weltbevölkerung Jugendliche seien und der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung besonders in Entwicklungsländern hoch und im Steigen begriffen sei. Zum anderen, weil insbesondere Veränderungen in Wissenschaft und Technik weltweit die Bedingungen des Aufwachsens entscheidend prägten. Die Delegierten kamen zum Schluss, dass sich Jugendliche in einer von technischen Errungenschaften dominierten Welt gewandter und sicherer bewegen würden als die ältere Generationen und ihnen Wissen voraus hätten. Die «civilisation technicienne» sei eine «civilisation de jeunes»,⁸⁶ betonte etwa René Maheu, Generaldirektor der Unesco, in der Schlussrede.

Die Jugendlichen müssten sich aufgrund des gesellschaftlichen Wandels an eine neue Welt anpassen, ohne dabei von den Erfahrungen und Kenntnissen der Eltern profitieren zu können.⁸⁷ Insgesamt ergab sich das Bild einer «neuen» Jugend und die Erkenntnis, dass ihr grössere Beachtung geschenkt werden müsse. Der Schweizer Delegierte, Albert Rotach, fasste im offiziellen Schlussbericht zusammen, «que la jeunesse d'aujourd'hui est très différente de celle d'hier, que le monde est confronté avec une jeunesse nouvelle, à traits nouveaux, qui exigent d'être plus profondément considérés, étudiés et appréciés».⁸⁸ Daraus ergaben sich zwei zen-

82 Unesco. Conférence internationale sur la jeunesse. Rapport final, 1. 9. 1964, BAR, E9500.1#1978/34#90*. Vgl. auch Timm 1964, S. 474, 477 f.

83 Vgl. Brief von Barbey, Bernard (Delegierter der Schweiz bei der Unesco) an Weck, Jean-Baptiste de (Generalsekretär der NSUK), 15. 11. 1963, BAR, E9500.1#1978/34#90*.

84 Unesco. Conférence internationale sur la jeunesse. Rapport final, 1. 9. 1964, S. 10, BAR, E9500.1#1978/34#90*.

85 Eröffnungsansprache Maheu, René. In: Bericht Bugnion-Secretan, Perle über Jugendkonferenz in Grenoble, S. 1, BAR, E9500.1#1978/34#90*.

86 Referat Herzog, Maurice und Eröffnungsansprache Maheu, René, beides in: Anhang Unesco. Conférence internationale sur la jeunesse. Rapport final, 1. 9. 1964, S. 1, BAR, E9500.1#1978/34#90*.

87 Unesco. Conférence internationale sur la jeunesse. Rapport final, 1. 9. 1964, S. 8, BAR, E9500.1#1978/34#90*.

88 Ebd., S. 9.

trale Forderungen der Weltjugendkonferenz an die Mitgliedstaaten: Erstens müssten die ausserschulische Bildung Jugendlicher und die Entwicklung nationaler Jugendpolitiken vorangetrieben werden. Traditionelle Bildungsinstitutionen wie die Schule und die Erziehung in der Familie genügten nicht mehr, um die Jugendlichen auf die sich rasant wandelnde Welt vorzubereiten.⁸⁹ Zudem sollten damit die als negativ wahrgenommenen Effekte der Freizeit abgeschwächt werden. Die Konferenz empfahl den Regierungen der Mitgliedsländer, Jugendorganisationen vermehrt finanziell zu unterstützen und für die ausserschulische Bildung zum Beispiel einen administrativen Apparat zu schaffen.⁹⁰ Eine zweite Forderung betraf die Förderung der Jugendforschung: Es wurde angeregt, regionale Zentren für Information, Dokumentation und Forschung zu Jugend zu errichten und ein internationales Jugendkomitee zum Aufbau und zur Koordination der «Forschungsarbeit in Jugendfragen»⁹¹ zu gründen. Es sollte auf Wunsch der Mitgliedsländer nicht näher definierte «Experten» in die Mitgliedsstaaten entsenden, zum Studium von Jugendfragen und -problemen sowie zur Förderung der ausserschulischen Erziehung.⁹² Diese Anliegen bezeichnete der Generaldirektor der Unesco als eine «nécessité» und eine «urgence»⁹³ der Zeit.

Bei den Schweizer Delegierten stiessen diese Forderungen auf offene Ohren und grosses Interesse. Sie befürworteten die verabschiedeten Resolutionen und verstanden diese als Bestätigung der von der Sektion Jugend der NSUK unternommenen Bemühungen bezüglich einer Untersuchung zu Jugend und einer Jugendpolitik. Im Anschluss betonten sie mehrfach, dass die Konferenz Defizite der Schweiz aufgezeigt habe. Im Ausland würden «Probleme» mit «Elan» angepackt, in der Schweiz herrsche diesbezüglich hingegen «Kleinlichkeit».⁹⁴ Die Delegierte Perle Bugnion-Secretan kritisierte zum Beispiel, dass der Stellenwert der Jugend in der Schweiz viel geringer sei als in anderen Ländern: «La première chose qui m'a frappée est la grande différence existante entre la place faite à la jeunesse en Suisse et celle qui lui est faite dans la plupart des autres pays.» Dies wiege vor allem deshalb schwer, weil die Konferenz in Grenoble deutlich ge-

89 Ebd., S. 40.

90 Ebd., S. 8, 39 f. Vgl. im Anhang des Schlussberichts auch Eröffnungsansprache von Maheu, René und Referat von Ronsenmayr, Leopold (Professor für Soziologie, Universität Wien).

91 Bericht Vogt, Paul über Jugendkonferenz in Grenoble, S. 6, BAR, E9500.1#1978/34#90*. Zur Definition von ausserschulischer Bildung Eröffnungsansprache Maheu, René. In: Anhang Unesco. Conférence internationale sur la jeunesse. Rapport final, 1. 9. 1964, BAR, E9500.1#1978/34#90*.

92 Bericht Vogt, Paul über Jugendkonferenz in Grenoble, S. 6, BAR, E9500.1#1978/34#90*. Vgl. auch Timm 1964, S. 478.

93 Eröffnungsansprache Maheu, René. In: Anhang Unesco. Conférence internationale sur la jeunesse. Rapport final, 1. 9. 1964, BAR, E9500.1#1978/34#90*. Vgl. auch Unesco. Conférence internationale sur la jeunesse. Rapport final, 1. 9. 1964, S. 40, BAR, E9500.1#1978/34#90*. Vgl. hierzu Timm 1964, S. 478.

94 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 21. 10. 1964, S. 3, BAR, E9500.1#1978/34#286*.

macht habe, dass die Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts «en état de jeunesse» sei und der Jugend in Zukunft grosse Bedeutung zukomme.⁹⁵

Der Delegierte Paul Vogt fokussierte in seinem Bericht die Defizite der Schweiz in der ausserschulischen Arbeit, vor allem verwies er auf die im Vergleich zum Ausland fehlenden Institutionen und die mangelnde Professionalisierung in diesem Bereich. Die internationale Staatengemeinschaft anerkenne, dass die Schule allein die Jugendlichen nicht genügend auf das Leben vorbereiten könne und in dieser Hinsicht den Jugendorganisationen eine bedeutende Rolle zukomme. Die Schweiz hingegen sei eines der wenigen Länder, in dem Jugendorganisationen nicht von der öffentlichen Hand unterstützt würden. Aus diesem Grund forderte Vogt, der bei der Pro Juventute den Freizeitdienst betreute, die Finanzierung von Freizeiteinrichtungen durch öffentliche und private Institutionen. Zudem forderte er Gemeinschaftsräume und Freizeitzentren in Wohnquartieren sowie die Ausbildung von Fachleuten, «die als Erzieher und Berater» oder als Organisatoren verschiedener Freizeitaktivitäten fungieren könnten.⁹⁶

Im Anschluss an die Konferenz beschloss die Sektion Jugend der NSUK der Frage nachzugehen, wie die Kantone und der Bund ein Programm für die ausserschulische Erziehung entwickeln könnten, ob deren Finanzierung durch den Bund möglich wäre und wie eine Koordination der verschiedenen Bemühungen in diesem Bereich erreicht werden könnte.⁹⁷ In der Folge bezog sich die NSUK regelmässig auf die in Grenoble verabschiedeten Resolutionen. Weiter verwies sie auf Länder, in denen die Jugendforschung bereits etabliert war und offizielle Jugendministerien und -politiken existierten, um auf Defizite und Handlungsbedarf in der Schweiz aufmerksam zu machen. Sie betonte die Dringlichkeit einer Jugenduntersuchung und der öffentlichen Unterstützung der ausserschulischen Bildung und kritisierte die «absence d'institutions responsables de l'ensemble des problèmes de la jeunesse au niveau national».⁹⁸

Als Perle Bugnion-Secretan 1966, damals bereits im Amt als Präsidentin der NSUK, in einem Brief an Bundesrat Hans-Peter Tschudi das EDI um finanzielle Unterstützung für eine Jugendstudie ersuchte, erwähnte sie darin die Konferenz in Grenoble und argumentierte mit den Defiziten der Schweiz im Vergleich zum Ausland. Die Jugendkonferenz habe gezeigt, dass die Rolle der ausserschulischen Bildung sehr wichtig sei, vor allem bezüglich der Vorbereitung der Jugend auf das

95 Bericht Bugnion-Secretan, Perle über Jugendkonferenz in Grenoble, BAR, E9500.1#1978/34#90*. Sie zitierte hier René Maheu, Generalsekretär der Unesco.

96 Bericht Vogt, Paul über Jugendkonferenz in Grenoble, S. 6, BAR, E9500.1#1978/34#90*; Vogt, Paul. Bericht und persönliche Bemerkungen über die Arbeit in Kommission II an der Jugendkonferenz in Grenoble, S. 1, BAR, E9500.1#1978/34#90*. Ähnliche Argumente finden sich auch in einem Brief von NSUK an Bundesrat Tschudi vom 28. 7. 1966, S. 3, BAR, E9500.1#1979/4#111.

97 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 21. 10. 1964, BAR, E9500.1#1978/34#18*.

98 Brief von Bugnion-Secretan, Perle (NSUK) an Zeissig, Jean (Präsident der General Guisan-Stiftung), 24. 2. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*. Vgl. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 21. 10. 1964, S. 3, BAR, E9500.1#1978/34#286*.

Berufsleben, auf die Freizeitgestaltung und auf das soziale Leben. In dieser Hinsicht unterscheide sich die Schweiz nicht von anderen westeuropäischen Ländern: «Au point de vue des tâches que l'éducation extrascolaire et particulièrement les mouvements de jeunesse sont appelés à remplir du fait des circonstances actuelles, la situation est la même en Suisse que dans les autres pays d'Europe occidentale.»⁹⁹

Im Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern würden die Jugendorganisationen in der Schweiz von der öffentlichen Hand jedoch keine finanzielle Unterstützung erhalten, schloss Bugnion-Secretan den Vergleich. Verschiedentlich wurde in der Folge von der Sektion Jugend darauf hingewiesen, dass die «ganze Last der ausserschulischen Jugenderziehung und Bildungsarbeit» von den Jugendverbänden und der Pro Juventute getragen werde.¹⁰⁰

Auch für die SAJV wurde die Jugendkonferenz in Grenoble eine wichtige Referenz, konvergierten die dort formulierten Forderungen nach vermehrter Unterstützung der ausserschulischen Bildung doch mit einem ihrer ureigenen Interessen. Auch sie berief sich in der Folge auf die von der internationalen Staatengemeinschaft in Grenoble verabschiedeten Resolutionen.¹⁰¹

Innerhalb der NSUK stiess diese defizitorientierte Argumentation und die Ausrichtung an ausländischen Vorbildern vereinzelt jedoch auch auf Kritik. Insbesondere Personen, die in bereits existierenden Institutionen der Jugendhilfe tätig waren, wiesen die Ansicht, dass die Verhältnisse in der Schweiz prekär und defizitär seien, zurück. Walter Asal, Leiter des kantonalen Jugendamtes Baselland,¹⁰² und Gustav Mugglin, Pro-Juventute-Mitarbeiter und Vorstandsmitglied der SAJV,¹⁰³ bemängelten etwa, dass zentralisierte Staaten wie Frankreich als Vorbilder und deren jugendpolitischen Institutionen als Massstab herangezogen würden. Die Verhältnisse in der föderalen Schweiz seien weitaus komplizierter und unübersichtlicher, zudem dauere die Schaffung neuer politischer Institutionen hier länger als anderswo. Diese Strukturen würden verdecken, dass es in der Schweiz im Bereich Jugend nicht nur Defizite, sondern durchaus auch Fortschritte gebe.¹⁰⁴

Rund drei Jahre nach der Jugendkonferenz in Grenoble konkretisierten sich die Forderungen der NSUK und der SAJV. 1967 sprach das EDI 15 000 Franken für die geplante Studie. Die SAJV beteiligte sich mit 5000 Franken und die Pro Juventute zahlte zu einem späteren Zeitpunkt 2000 Franken an die deutsche

99 Brief von Bugnion-Secretan, Perle (NSUK) an Bundesrat Tschudi, 28. 7. 1966, S. 3, BAR, E9500.1#1979/4#111*.

100 Dokument [wahrscheinlich als Medienmitteilung verfasst] «Jugendfragen im Lichte der Schweizerischen UNESCO-Kommission», o. D. [wahrscheinlich Herbst 1967], S. 1, BAR, E9500.1#1979/4#106*.

101 Schudel 2006, S. 20.

102 Zu Asal als Leiter des Jugendamtes vgl. Protokoll NSUK, Sektion Bildung, 31. 5. 1961, S. 5, BAR, E9500.1#1974/54#157*.

103 Mugglin arbeitete 1948–1989 bei der Pro Juventute. 1959–1976 war er zudem Vorstandsmitglied der SAJV. Schudel 2006, S. 6.

104 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 21. 10. 1964, S. 3, BAR, E9500.1#1978/34#286*.

Übersetzung des Berichts.¹⁰⁵ Die Zusage des Bundes, die Studie mitzufinanzieren, war der Startschuss für das Projekt. Die Arbeit an der Jugendstudie begann im Frühsommer 1967 anlässlich einer Sitzung der NSUK mit der SAJV.¹⁰⁶

Die Einwilligung des Bundes und die Realisierung der Studie fielen in eine Zeit, als in der Schweiz bereits ein deutlicher diskursiver Wandel zu Jugend im Gang war. Wie in Kapitel 2.3 gezeigt wurde, schob sich ab Mitte der 1960er-Jahre in einer breiten Öffentlichkeit die Problemwahrnehmung von Jugend als generationeller Einheit und als unbekannte Generation in den Vordergrund. Die existierenden Strukturen und Institutionen im Politikfeld Jugend schienen auf die neuen Herausforderungen nur bedingt zu reagieren. Die Forderungen nach jugendpolitischen Reformen und mehr Wissen über Jugend stiessen ab Ende der 1960er-Jahre deshalb auf fruchtbaren Boden. Sie verstummten mit der Lancierung der Studie *Jugend und Gesellschaft* auch nicht und wurden durch Ereignisse, die 1967 beim Start der Studie noch niemand vorhergesehen hatte, sogar noch verstärkt. Als 1968 Jugendliche weltweit protestierten und demonstrierten, war dies für die NSUK und die SAJV eine Bestätigung ihrer jahrelangen Forderungen. Charles Hummel von der NSUK schrieb 1970 an den Bundesrat und Vorsteher des EDI, Hans-Peter Tschudi: «L'UNESCO, après les événements de mai 1968, a pris plus pleinement conscience de ce qu'on appelle communément «le problème de la jeunesse» et elle a intensifié ces efforts dans ce domaine. La section «Jeunesse» de notre Commission, elle aussi, est encore plus qu'avant consciente de ses responsabilités. Déjà avant les événements de mai et l'éveil du grand public la section a pris l'initiative de faire faire une étude sociologique sur la situation de la jeunesse suisse. [...]. Les moyens très limités dont disposaient les auteurs ne permirent pas une enquête très vaste. Mais l'inventaire de problèmes présentés dans l'étude est fort intéressant. Il démontre combien il est nécessaire et urgent qu'une politique suisse de la jeunesse soit élaborée et mise en œuvre».¹⁰⁷

Die von Hummel betonte Notwendigkeit einer Jugendpolitik und die Bestrebungen einzelner Interessengruppen und Akteure wie der SAJV und der NSUK nach einer Untersuchung zu Jugend hatten vorerst bei politischen Akteuren wenig Beachtung erfahren. Dies änderte sich erst mit den Jugend- und Studentenunruhen um das Jahr 1968. Diese verliehen der bereits in Gang gekommenen Entwicklung zusätzliche Schubkraft.

105 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, und Vorstand SAJV, 22. 6. 1967, S. 2, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

106 Brief von Bugnion-Secretan, Perle (NSUK) an Düby, Oscar (EDI), 26. 6. 1967, BAR, E3001B#1981/28#408*. SAJV, Schweiz. Leiterkonferenz 22./23. 3. 1969, Schaffhausen, S. 1, BAR, E9500.1#1982/67#126*. Vgl. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 12. 5. 1967, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

107 Notiz von Hummel, Charles (NSUK) an den Departementschef des EDI, Tschudi, Hans-Peter, 19. 1. 1970, S. 1, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

3.2 1968 als Katalysator: Expertenkommissionen in Zürich und beim Bund

Dass Jugend nach 1968 vom Rande der Aufmerksamkeit ins Zentrum des Interesses von Politikerinnen, Politikern und Behördenmitgliedern rückte und der Begriff «Jugendpolitik» zu einem verbreiteten Schlagwort wurde, zeigt ein Blick ins Jahrbuch *Année politique suisse* (APS). Die APS ist eine Jahreschronik der Schweizer Politik, die seit 1966 (für das Jahr 1965) vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern¹⁰⁸ publiziert wird und politische Themen, Entwicklungen, Wahl- und Abstimmungsergebnisse sowie Veränderungen in der Gesetzgebung auf Kantons- und Bundesebene zusammenfasst.¹⁰⁹ Während vor 1968 im Sachregister der APS das Schlagwort «Jugend» überhaupt nicht existierte und einzig im Jahr 1967 zwei kurze Einträge zu «Jugendfürsorge, Jugendstrafrecht» enthalten waren, erschien 1968 der Begriff «Jugend» (im Teil «Allgemeine Übersicht» gab es die Stichworte «Opposition» und «Révolte de la jeunesse») und zwischen 1969 und 1970 der Begriff «Jugendproblem» im Inhaltsverzeichnis im Bereich Bildung und Kultur gar als feste Rubrik. Die Rubrik «Jugendproblem» wurde 1971 durch «Jugendpolitik» ersetzt.¹¹⁰ In den gedruckten Protokollen der Debatten des Gemeinderats Zürich erschien das Stichwort «Jugendpolitik» erstmals im Register der Amtsdauer 1974–1978.¹¹¹

Wie Jugend ins Zentrum politischer Aufmerksamkeit rückte, ist Thema des vorliegenden Unterkapitels. Es geht der Frage nach, wie und wieso ab Ende der 1960er-Jahre vermehrt auch staatliche Akteure auf Kantons- und Gemeindeebene und schliesslich auch der Bund die Themen Jugend und Jugendpolitik auf ihre Agenda setzten, Jugendstudien in Auftrag gaben oder selbst erarbeiteten. Fruchtbar, um die katalytische Wirkung von «1968» auf die Veränderungen im Politikfeld Jugend zu verstehen, sind die Ausführungen Pierre Bourdieus zu «kritischen Ereignissen». Der französische Soziologe bezeichnet damit historische Vorkommnisse, die eine Zäsur oder einen «sichtbaren Bruch» mit dem Alltag und dem «Gewohnten» darstellen. Sie synchronisieren laut Bourdieu die Wahrnehmung heterogener Akteure, evozieren Erwartungen und Ansprüche, zwingen sie, Stellung zu beziehen, und ermöglichen dadurch kollektives Handeln.¹¹² Basierend auf diesem Konzept Bourdieus hat die Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey gezeigt, wie ein «kritisches Ereignis», wie es die Jugend- und Studentenunruhen um 1968 waren, «neue soziale und politische Koalitionen, Optionen und Verhaltensdispositionen»¹¹³ anstossen kann. Im vorliegenden Kapitel zeige ich auf, wie aufgrund der Ereignisse von 1968 im Politikfeld Jugend

¹⁰⁸ Das Institut für Politikwissenschaft wurde damals noch «Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik» genannt.

¹⁰⁹ Zum Periodikum APS Freymond/March 2013.

¹¹⁰ APS 1969; APS 1970; APS 1971; APS 1972.

¹¹¹ Register Protokoll des Gemeinderates, Amtsdauer 1974–1978, Bd. II, S. 65.

¹¹² Bourdieu 1992, S. 258, 283, 287. Vgl. hierzu auch Gilcher-Holtey 2001, S. 121–125.

¹¹³ Gilcher-Holtey 1994, S. 386.

neue Akteure auftraten und Stellung beziehen mussten: Nach 1968 brachten sich Behördenmitglieder und Politiker unterschiedlicher politischer Couleur auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene in den Jugenddiskurs ein und reagierten auf die in einer ersten Phase von der NSUK und der SAJV vorgebrachten Forderungen nach mehr Wissen zu Jugend und einer Jugendpolitik. Das Erscheinen dieser neuen Akteure leitete somit eine zweite Phase ein, in der von staatlicher Seite initiierte und von der öffentlichen Hand finanzierte Jugendstudien entstanden. Im ersten Teil dieses Unterkapitels betrachte ich die Vorgeschichte der Zürcher Untersuchung *Zur Unrast der Jugend* genauer. Zürich als grösste Schweizer Stadt bietet sich an, weil dort «1968» mit den Ausschreitungen, die als «Globuskrawall» in die Geschichte eingegangen sind, schweizweit am heftigsten und sichtbarsten stattfand. Zudem fand die soziologische Hauptstudie *Zur Unrast der Jugend* über Zürich hinaus Beachtung.¹¹⁴ Im zweiten Teil rekonstruiere ich die Entstehung des Jugendberichts *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* der Studiengruppe des EDI.

Der Zürcher «Globuskrawall» und die Gründung von Jugendkommissionen

Ende der 1960er-Jahre entflammten weltweit Jugend- und Studentenproteste. Mit neuen Protestformen und provokativen Aktionen forderten sie gesellschaftliche Reformen, einen grundsätzlichen Wandel der etablierten Wertordnung und gesellschaftliche Partizipation. Sie sagten dem «Establishment» den Kampf an und lieferten sich auf der Strasse gewalttätige Auseinandersetzungen mit Ordnungshütern. In vielen Ländern gilt das Jahr 1968 als Höhepunkt dieser Unruhen, weshalb sich «1968» als Chiffre für diese zugleich lokalen, transnationalen und globalen Ereignisse durchgesetzt hat.¹¹⁵ In der Schweiz schreckten im Frühling 1968 verschiedene Zwischenfälle, wie die Schlägereien zwischen Polizisten und jugendlichen Besuchern im Anschluss an das Jimi-Hendrix-Konzert im Zürcher Hallenstadion am 31. Mai 1968, die Öffentlichkeit und die Behörden auf. Den Ausschreitungen im Hallenstadion folgte eine von den Fortschrittlichen Arbeitern, Schülern und Studenten (FASS) organisierte Protestkundgebung gegen das Verhalten der Stadtpolizei, die auf den 15. Juni im Zürcher Niederdorf angesetzt war. Anschliessend gründeten Jugendliche das Provisorische Aktionskomitee für ein autonomes Jugendzentrum und stellten ein Ultimatum: Falls der Stadtrat ihnen bis zum 1. Juli keine Räumlichkeiten für ein selbst verwaltetes Jugendhaus im Stadtzentrum zur Verfügung stelle, würden sie das leer stehende Gebäude bei der Bahnhofbrücke besetzen. Das «Globus-Provisorium» war 1961 vom Warenhaus Globus als Übergangslösung

¹¹⁴ Zur Bedeutung der Studie *Zur Unrast der Jugend* vgl. Protokoll Externe SKJ, 28. Sitzung, 1. 10. 1970, S. 5, StArZH, V.B.a.39. Informationsgespräch mit René Levy, 1. 12. 2015.

¹¹⁵ Sievers 2004, S. 10. Zum «Spannungsbogen» der 68er-Bewegung: Tanner 2015, S. 384. Zu «1968» als transnationalem Ereignis: Skenderovic/Späti 2012, S. 6. Der Zürcher Sommer 1968 war stärker als in anderen europäischen Städten eine Jugendbewegung und weniger eine Studentenbewegung. Peter 2008, S. 24–26.

während der Erstellung des Neubaus errichtet worden.¹¹⁶ Das Ultimatum der Jugendlichen sowie die Ausschreitungen wurden von gewissen Beobachtern als Vorboten von Unruhen interpretiert, wie sie im Mai 1968 in Paris stattgefunden, ganz Frankreich erfasst und das Land über weite Strecken lahmgelegt hatten. Sehr deutlich zum Ausdruck kommt diese Befürchtung in einem polemischen Artikel der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 17. Juni 1968 mit dem vielsagenden Titel «Wehret den Anfängen!».¹¹⁷ Darin forderte die bürgerliche Zeitung den Stadtrat dazu auf, gegenüber den Jugendlichen eine harte Linie zu fahren. Sie erachtete das Agieren der Jugendlichen als «nicht mehr harmlos», sondern als Gefahr für die demokratische Ordnung und als Mittel zum Zweck einer von langer Hand geplanten «Kulturrevolution». Die *Neue Zürcher Zeitung* warnte denn auch vor dem «offene[n] Terror einer Minderheit» und vor «Anarchie».¹¹⁸ In diesem aufgeheizten Klima sollten Politikerinnen und Behördenvertreter nun schnell Strategien und Lösungen zur Hand haben und in einem Politikfeld Handlungsfähigkeit an den Tag legen, das lange Zeit wenig Beachtung erfahren hatte oder gar nicht direkt in ihren Tätigkeitsbereich gehörte.

Die Zürcher Behörden reagierten darauf am 14. Juni 1968 mit der Gründung einer Kommission für Jugendfragen innerhalb der Stadtverwaltung. Diese interne Kommission stand unter der Führung des Zürcher Polizeiamtes. Einsitz hatten je zwei Vertreter des Polizei-, des Schul- und des Wohlfahrtsamtes.¹¹⁹ Die Kommission war als Koordinationsorgan für die Verwaltung gedacht. Sie sollte eine Übersicht über die «verschiedenen, innerhalb der Stadtverwaltung bestehenden Bemühungen um die Jugendprobleme» und über Tätigkeiten «im Dienste der Jugend» zusammenstellen und diese koordinieren.¹²⁰ Mit der Gründung der internen Kommission schien die Angelegenheit für den Stadtrat vorerst erledigt. Er beschloss, erst Ende Sommer wieder eine Sitzung zum «Jugendproblem» anzusetzen, an der er die Vorschläge der internen Verwaltungskommission entgegennehmen wollte.¹²¹ Diese Pläne wurden allerdings von Ereignissen durchkreuzt, die rund zwei Wochen später stattfanden.

Am Wochenende des 29. und 30. Juni 1968 fand in der Zürcher Innenstadt eine Demonstration für ein autonomes Jugendzentrum statt. Im Anschluss kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen über 1000 Jugendlichen und etwa 400 Polizisten, die in der Geschichte der Schweiz beispiellos waren und als «Globuskrawall» ins kollektive Gedächtnis eingingen.¹²² Diese Strassenschlachten kamen für Öffentlichkeit, Politik und Behörden unerwartet. Sie reagierten

¹¹⁶ Stutz 2008, S. 40–42.

¹¹⁷ Ohne Autor. Wehret den Anfängen! In: NZZ, Nr. 365, 17. 6. 1968, S. 1.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 14. 6. 1968, Nr. 1859, StArZH, V.B.a.39.

¹²⁰ Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 6. 2. 1969, Nr. 353, StArZH, V.B.a.39.

¹²¹ Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 14. 6. 1968, Nr. 1859, StArZH, V.B.a.39.

¹²² Linke/Tanner 2008, S. 14; Linke/Scharloth 2008, S. 7; Bühler 2008, S. 65.

mit einem Aufschrei der Empörung, den die Massenmedien mit Skandalisierungsstrategien verstärkten.¹²³

Für Verunsicherung und Irritation sorgten nicht nur die über die Massenmedien schnell und im ganzen Land verbreiteten Szenen der Gewalt, sondern auch die Anliegen der jugendlichen Aktivistinnen und Aktivisten.¹²⁴ Diese empfanden die gesellschaftlichen Verhältnisse als einengend und forderten neue Freiräume, sie kritisierten traditionelle Wertvorstellungen und hinterfragten Konventionen und Traditionen.¹²⁵ Die Forderungen nach neuen Wertordnungen und einem radikalen gesellschaftlichen Neuanfang, der Rückzug aus dem bestehenden Gesellschaftssystem, die Abkehr von nationaler Solidarität und die Orientierung an einer internationalen Gemeinschaft waren diametrale Gegensätze zu den den Jugendlichen zugeschriebenen Rollen und Funktionen wie die Tradierung von Werten und die Gewährung gesellschaftlicher Stabilität, Kontinuität und innergesellschaftlicher Solidarität. Die latent schon länger vorhandenen Ängste vor einem Generationenkonflikt, die diffuse Wahrnehmung einer «Krise der Jugend» und eines «Jugendproblems» schienen sich durch die Ereignisse im Sommer 1968 zu bestätigen.

Insbesondere in Zürich hatten die Ereignisse schnelle und unmittelbare politische Konsequenzen. Der «Globuskrawall» zeitigte als «kritisches Ereignis» ein grosses öffentlich-mediales Echo und setzte Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Behörden unter Druck, Stellung zu beziehen und gemeinsam sowie über die Parteigrenzen hinweg nach Lösungen zu suchen. Aus der Distanz eines Jahres erinnerte der Zürcher Stadtrat die Wirkung des «Globuskrawalls» folgendermassen: «Emotionen waren frei geworden, von deren Existenz in unserer Stadt vorher kaum jemand zu sprechen gewagt hätte. Die unmittelbare Konfrontation mit der Gewalt zeitigte jedoch das eine gute Resultat, dass Leute aus den verschiedensten Lagern angeregt wurden, nicht nur über Resultate, sondern auch über mögliche Ursachen nachzudenken.»¹²⁶ Die vom Stadtrat angesprochenen Emotionen zeigten sich zahlreich in Stellungnahmen, Podiumsdiskussionen und Leserbriefen sowie anlässlich von öffentlichen Kundgebungen, die trotz des vom Stadtrat erlassenen Demonstrationsverbots nach wie vor stattfanden. Besorgte und empörte Mitbürgerinnen und Journalisten verlangten sofortige Konsequenzen und – je nach politisch-ideologischem Standpunkt – harte Sanktionen entweder für die Demonstrierenden oder für die Polizisten.¹²⁷ Nebst diesen Forderungen nach kurzfristigen Massnahmen ertönte der Ruf nach einer grundsätzlichen Aufarbeitung der Gründe, die zu den Krawallen geführt hatten. Dafür setzte sich

123 Bühler 2008, S. 65.

124 Linke/Tanner 2006, S. 14; Linke/Scharloth 2008, S. 7; Bühler 2008, S. 65.

125 Gilg/Halblützel 2006, S. 893, 900.

126 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 21. 8. 1969, Nr. 2569, StArZH, V.B.a.39.

127 Stutz 2008, S. 47–49, 53. Stutz erwähnt zum Beispiel die Vollversammlung des Aktionskomitees autonomes Jugendhaus im Volkshaus am 13. Juli 1968 oder eine Veranstaltung unter dem Titel «Die Zürcher Unruhen – eine sachliche Aussprache» im Gottlieb Duttweiler Institut in Rüschlikon am 8. Juli 1968.

vor allem das «Zürcher Manifest» ein. Dieses wurde am 30. Juni von einer überparteilichen Gruppe renommierter Kulturschaffender, darunter Max Frisch und Gottfried Honegger-Lavater, weiterer Intellektueller, Redaktoren, Kantonsräte und Wissenschaftler ausgearbeitet und am 5. Juli in der Zeitung *Volksrecht* veröffentlicht. Mit ihrer Unterschrift wollten die Urheber zur Besinnung und zum öffentlichen Dialog aufrufen. Das «Zürcher Manifest» interpretierte die Unruhen als Folge «unzulänglicher Gesellschaftsstrukturen» und der «Unbeweglichkeit unserer Institutionen». Im Text des Manifests wurde unter anderem gefordert, auf Sanktionen gegenüber den Jugendlichen zu verzichten, ein zentral gelegenes und autonom verwaltetes Diskussionsforum für Jung und Alt bereitzustellen sowie unverzüglich eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe einzusetzen mit dem Auftrag, die «tieferen Ursachen des Konflikts zu erforschen und praktische Vorschläge auszuarbeiten».¹²⁸

Die öffentlichen Reaktionen sowie das Manifest übten auf Behördenmitglieder und Politiker Druck aus, Lösungen zu präsentieren und auch die Hintergründe der Ereignisse zu untersuchen. Am 18. Juli, knapp drei Wochen nach dem «Globuskrawall», setzte der Stadtrat dazu eine externe, ausserhalb der Verwaltung stehende Kommission für Jugendfragen ein.¹²⁹ Der «Globuskrawall» mit «den sich ergebenden [...] grundsätzlichen Problemen»¹³⁰ habe den Rahmen der üblichen Jugendfürsorge gesprengt, lautete die Begründung des Stadtrats. Um mit den Jugendlichen Gespräche zu führen, hatte dieser im Vorfeld des «Globuskrawalls» jeweils eine besondere Verhandlungsdelegation aus seiner Präsidialsektion benannt. Diese Praxis habe aber zu einer «ausserordentlichen Beanspruchung» des Stadtpräsidenten und des Stadtrates geführt, weshalb eine «besondere [...] Kommission für Jugendfragen» ins Leben gerufen wurde.¹³¹

Die Externe Studienkommission für Jugendfragen,¹³² so der Name des Gremiums, ergänzte die bereits vor dem «Globuskrawall» innerhalb der Verwaltung geschaffene Kommission. Sie hatte für den Stadtrat beratende Funktion und also keine Entscheidungsbefugnis.¹³³ Der Stadtrat erteilte ihr den offen formulierten Auftrag, diejenigen «Probleme» in der Schweiz und speziell in der Stadt Zürich zu untersuchen, «die im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in Zürich am 29./30. Juni 1968 öffentlich zur Diskussion gestellt wurden».¹³⁴ Mit diesen «Problemen» waren einerseits die Forderungen der Zürcher Demonstranten nach einem autonomen Jugendzentrum gemeint. Andererseits wurden damit

128 Zürcher Manifest. In: *Volksrecht*, Nr. 155, 5. 7. 1968. Vgl. hierzu Protokoll Gemeinderat Zürich, 19. 2. 1969, Nr. 1958, S. 1660. Vgl. Stutz 2008, S. 49.

129 Brief von Widmer, Sigmund (Stadtpräsident Zürich) an Stadtrat Zürich, 2. 12. 1971, StArZH, V.B.c.64:13.3.

130 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 6. 2. 1969, Nr. 353, StArZH, V.B.a.39.

131 Ebd.

132 1973 wird sie in den Akten auch Externe Jugendkommission genannt.

133 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 9. 1. 1969, Nr. 6, StArZH, V.B.a.39.

134 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 18. 7. 1968, Nr. 2276, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, StArZH, V.B.a.39.

auch weniger konkrete Anliegen und nicht weiter definierte «heutige[] Jugendprobleme»¹³⁵ angesprochen. Die Externe SKJ sollte durch den direkten Kontakt mit Jugendlichen «Einblick in die aktuellen Fragen»¹³⁶ erhalten und den Hintergründen ihrer «Unruhe» nachgehen. Anschliessend sollte sie dem Stadtrat Vorschläge machen, wie die Behörden «aktiv zur Lösung der verschiedenen Fragen beitragen»¹³⁷ könnten. Somit ging der vom Stadtrat formulierte Auftrag an die Kommission über die unmittelbaren Ereignisse vom Juni 1968 und auch über die Stadt Zürich hinaus.¹³⁸

Die Externe SKJ traf sich am 14. August 1968 zu einer ersten Sitzung.¹³⁹ Vorsitzende der Kommission war Sylvia Staub, Sekretärin der kantonalen Direktion des Erziehungswesens.¹⁴⁰ Sie hatte 1965 mit einer Arbeit zu «Ursachen und Erscheinungsformen bei der Bildung jugendlicher Banden» an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich promoviert und qualifizierte sich aufgrund ihrer Erfahrung mit Jugendfragen für dieses Amt.¹⁴¹ Die zunächst 16 Mitglieder der Kommission präsentierten sich als ein heterogenes Gemisch aus Politikern unterschiedlicher Parteien, Wissenschaftlern, Praktikern und Kulturschaffenden. Einsitz hatten verschiedene Gemeinderäte:¹⁴² Der Garagist Otto Baumann (EVP), Pfarrer Rudolf Bezzola (SP), der Bauingenieur Otto Erb (FDP), der Treuhänder Franz Scheidegger (Christlichsoziale),¹⁴³ der Leiter des Tagungszentrums Boldern Peter Gessler (LdU) und der Reallehrer Hansrudolf Weidmann (BGB).¹⁴⁴ Weiter gab es Mitglieder, die in irgendeiner Form professionell mit Jugendlichen zu tun hatten, so der Soziologe Hans Ulrich Wintsch, Assistent und Lehrbeauftragter am pädagogischen Institut der Universität Zürich, Albert Ziegler, katholischer Studentenseelsorger, Verena Marty, Juristin und

135 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 3. 7. 1969, Nr. 2140, StArZH, V.B.a.39.

136 Erklärung des Stadtrates zu den Jugendproblemen, 11. 12. 1968, S. 2, StArZH, V.B.c.64: 13.3. Vgl. auch Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 21. 8. 1969, Nr. 2569, StArZH, V.B.a.39.

137 Brief von Stadtrat an potenzielle Mitglieder der Studienkommission, August 1968, StArZH, V.B.a.39. Vgl. auch Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, S. 2, StArZH, V.B.a.39. Zum genauen Ablauf vgl. Brief von Staub, Sylvia (Externe SKJ) an Stadtrat Zürich, 4. 6. 1969, StArZH, V.B.a.39.

138 Weitere Tätigkeiten und Themenfelder der Kommission liess der Stadtrat offen, die Kommission sollte selbst bestimmen, wo Handlungsbedarf sei und welche Themen noch zu behandeln wären. Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 18. 7. 1968, Nr. 2276, StArZH, V.B.a.39.

139 Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, StArZH, V.B.a.39.

140 Heute: Bildungsdirektion. Sylvia Staub trat 1972 zurück und wurde durch Ulrich Voser ersetzt. Protokoll Externe SKJ, 53. Sitzung, 2. 11. 1972, S. 1, StArZH, V.B.a.39.

141 Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, S. 9, StArZH, V.B.a.39.

142 Informationen des folgenden Abschnitts aus: Liste der Mitglieder, 1. 10. 1968, StArZH, V.B.a.39.

143 Scheidegger wurde 1970 durch die Gemeinderätin Helen Meyer ersetzt. Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 26. 11. 1970, Nr. 3720, StArZH, V.B.a.39. Ab 1969 hatte auch Otto Siegfried, Kantonsrat, seit 1967 Geschäftsleiter des Jugendamtes der Stadt Zürich und Präsident der Internen Jugendkommission, als einziger Vertreter der Stadt Einsitz in der Externen Jugendkommission für Jugendfragen. Vgl. Müller 1996, S. 46.

144 Informationen zu Parteien aus: Protokolle des Gemeinderates, Amtsdauer 1966–1970, Bd. II, S. 209 f.

Vorsteherin der Abteilung Frauenberufe der Zürcher Gewerbeschule, Alfred Ledermann, Zentralsekretär der Pro Juventute, und Konrad Amberg, Vertreter des Vereins Zürcher Jugendhaus und Sekretär der Vereinigung Ferien und Freizeit (VFF). Amberg ersetzte ab der sechsten Sitzung den Kunstmaler Gottfried Honegger-Lavater. Weiter hatten der Militärhistoriker Walter Schaufelberger und der Zürcher Soziologieprofessor Peter Heintz Einsitz in der Kommission.¹⁴⁵ Mit Gessler, Heintz, Honegger-Lavater, der wie erwähnt schon bald wieder aus der Kommission austrat, und Wintsch wurden vier Mitglieder in die Kommission gewählt, die das «Zürcher Manifest» unterzeichnet hatten. Angefragt worden war überdies auch der Professor für deutsche Literatur und ehemalige ETH-Rektor Karl Schmid, der wegen Arbeitsüberlastung jedoch absagte. Für eine Mitarbeit vorgesehen war weiter Max Frisch, der aber nicht erreicht werden konnte und deshalb ausschied.¹⁴⁶ Die Zusammensetzung der Kommission präsentierte sich somit als sehr heterogen – sowohl bezüglich der politischen und beruflichen Ausrichtung wie auch bezüglich des Bekanntheitsgrads der gewählten Personen.¹⁴⁷ Die Mischung aus Politikern, Wissenschaftlern, Praktikern, Kulturschaffenden und die unterschiedlichen politischen Anschauungen waren mitverantwortlich dafür, dass es bei der Konzipierung der Studien zu Konflikten kam.¹⁴⁸ Aufgrund welcher Kriterien diese Auswahl genau zustande kam, geht aus den Quellen nicht hervor. Der Stadtrat scheint aber genaue Abklärungen getroffen zu haben und holte bei der Stadtpolizei auch einen Leumundsbericht ein.¹⁴⁹ Einige Personen, die erst später Mitglieder der Externen SKJ wurden, wie etwa Konrad Amberg, wurden zudem von der Kommission selbst vorgeschlagen.¹⁵⁰ Für die Wahl von Peter Heintz, der bei der Entstehung der Studien eine zentrale Rolle spielte, war möglicherweise ausschlaggebend, dass er zum Zürcher LdU-Politiker und damaligen Kantonsrat Alfred Gilgen, der später langjähriger Erziehungsdirektor war, gute Beziehungen unterhielt und dieser ihn als seriösen Wissenschaftler schätzte.¹⁵¹ Der damals rund 50-jährige Soziologe Heintz hatte bei René König habilitiert. Im Jahr 1966, zwei Jahre bevor die Externe SKJ gegründet wurde, war er zum Ordinarius des neu geschaffenen Lehrstuhls für Soziologie der Universität Zürich berufen worden, wo er bis zu seinem Tod 1983 lehrte.¹⁵² Zuvor hatte er als Experte der Unesco für die Hochschulentwicklung in Lateinamerika gearbei-

¹⁴⁵ Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 15. 8. 1968, Nr. 2499, StArZH, V.B.a.39. Zu Peter Heintz ausführlicher Kapitel 4.1 und 4.2.

¹⁴⁶ Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 8. 8. 1968, Nr. 2438, StArZH, V.B.a.39.

¹⁴⁷ Der Stadtpräsident unterbreitete dem Stadtrat eine Liste möglicher Mitglieder, die vom Stadtrat gewählt wurden. Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 8. 8. 1968, Nr. 2438, V.B.c.64:13.3.

¹⁴⁸ Vgl. Kapitel 4.2.

¹⁴⁹ Leumundsbericht, StArZH, V.B.a.39. Vorschläge für die Bildung einer externen Studienkommission, 19. 7. 1968, StArZH, V.B.a.39.

¹⁵⁰ Protokoll Externe SKJ, 2. Sitzung, 19. 8. 1968, S. 15 f., StArZH, V.B.a.39.

¹⁵¹ Informationsgespräch mit René Levy, 1. 12. 2015.

¹⁵² Zürcher 2007, S. 240. Der erste soziologische Lehrstuhl in Zürich wurde 1966 gleichzeitig mit dem soziologischen Institut gegründet, in Basel wurde das soziologische Seminar 1968 gegründet. Stotzer 2002, S. 34.

tet und als Vorsteher der sozialwissenschaftlichen Fakultät in Santiago de Chile amtiert. In Zürich förderte er die empirische und internationale Ausrichtung des soziologischen Instituts. Ab 1972 war er zudem Mitglied der NSUK.¹⁵³

Der Stadtrat hatte im Vorfeld die Absicht geäußert, in die Kommission auch «die junge bzw. mittlere Generation» einzubeziehen.¹⁵⁴ Dennoch zählte die Kommission nur wenige Mitglieder, die nach gängigen Vorstellungen der jungen Generation zugerechnet werden können: Dazu gehörten etwa der Automechanikerlehrling Martin Tschümperlin und Hans Birchler, Präsident der Studentenschaft Zürich, der noch im Spätsommer 1968 durch den Jurastudenten und späteren Bundesrat Moritz Leuenberger ersetzt wurde. Die restlichen Mitglieder waren beruflich und gesellschaftlich bereits etablierte Männer und Frauen zwischen 32 und 51 Jahren.¹⁵⁵ Als die Kommission 1971 neu zusammengesetzt wurde, äusserte sich der Stadtrat selbst dahingehend, dass auf «Alibi-Jugendliche» verzichtet werden solle, ihre Meinung könne auch auf andere Art und Weise, zum Beispiel über Hearings, eingeholt werden.¹⁵⁶ Bei dieser Neubesetzung von 1971 wurde die Kommission vor allem mit Praktikern ergänzt, die sich – so der Stadtrat – «an der Front» mit Jugendproblemen befassen». Dazu gehörten zwei Vertreter der Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme (ZAGJP), eine 1971 von Pfarrer Ernst Sieber gegründete und durch Kanton, Stadt und private Geldgeber finanzierte Institution, die eine Auffangstation sowie Wohngemeinschaften für Jugendliche in Krisensituationen betrieb.¹⁵⁷ Weiter wurden zwei Vertreter der VFF, der Leiter des Jugendberatungsdienstes des städtischen Sozialamtes und ein Leiter einer Zürcher Freizeitanlage hinzugezogen.¹⁵⁸ 1973 wurde aus der Kommission schliesslich ein kleineres Gremium gebildet, das die Publikation der Studien begleitete.¹⁵⁹ Danach wurde auch dieses aufgelöst. Der Stadtpräsident begründete die Auflösung der Kommission damit, dass sie «ihre derzeitigen Aufgaben erfüllt»¹⁶⁰ habe.

153 Zürcher 2007, S. 240; Jost 2007b, S. 120.

154 Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

155 Zur Zusammensetzung der Kommission ebd.; Dokument Stadtkanzlei Zürich «Externe Studienkommission für Jugendfragen», 1. 10. 1968, StArZH, V.B.a.39; Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 15. 8. 1969, Nr. 2499, StArZH, V.B.a.39. Im November 1968 wurden Yves Bebié (Redaktion *Tages-Anzeiger*) und Pfarrer Ernst Sieber neu in die Kommission gewählt. Protokoll Externe SKJ, 12. Sitzung, 25. 11. 1968, S. 1, StArZH, V.B.a.39.

156 Vgl. Arbeitspapier Externe SKJ zur Sitzung, 16. 12. 1971, S. 1, StArZH, V.B.c.64:13.3.

157 gu. Praktische Jugendhilfe. Die Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme. In: NZZ, Nr. 35, 21. 1. 1972, S. 27.

158 Protokoll Externe SKJ, 46. Sitzung, 16. 12. 1971, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

159 Einsitz darin hatten P. Gessler, K. Amberg, N. Kuhn, A. Ziegler. Protokoll Externe SKJ, 57. Sitzung, 24. 10. 1973, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

160 Ebd. Ein Grund dafür war nicht zuletzt der Wandel der Wahrnehmung von Jugend. Hierzu ausführlicher Kapitel 6.

Die Zürcher Studien Zur Unrast der Jugend entstehen

Die Externe SKJ traf sich zu Beginn durchschnittlich ein- bis zweimal pro Monat, später nur noch alle paar Monate.¹⁶¹ In den ersten zwei Sitzungen im August 1968 widmete sie sich den «kurzfristigen»¹⁶² Fragen bezüglich der Schaffung eines Jugendhauses.¹⁶³ Sie prüfte beispielsweise, ob der Stadtrat den Jugendorganisationen als «Sofortmassnahme» das leer stehende Gebäude der Klubschule Migros am General-Guisan-Quai zur Verfügung stellen sollte, dessen Abbruch für das folgende Jahr geplant war. Bereits eine Woche nach der Gründung hörte die Kommission dazu Gruppierungen an, die ein Jugendhaus forderten: Den Verein Zürcher Jugendhaus, das Aktionskomitee Autonomes Jugendhaus, die Aktion Bahnhofbrugg oder das Zürcher Manifest.¹⁶⁴ Die geladenen Jugendvertreter sollten in einem zehnminütigen Referat ihre Wünsche zu einem Jugendhaus ausführen, und darlegen, wie ein solches betrieben werden und beschaffen sein sollte.¹⁶⁵

Bereits in der ersten Sitzung der Externen SKJ brachte Stadtpräsident Sigmund Widmer die Möglichkeit zur Sprache, die «Probleme» der Jugendlichen und die Hintergründe ihrer «Unruhe» mittels einer wissenschaftlichen Studie zu durchleuchten, was bei den meisten Kommissionsmitgliedern auf Zustimmung stiess. Sie befürchteten nämlich, die Kommission verliere sich in Fragen, «die sie allein nicht bewältigen kann».¹⁶⁶ Staub formulierte es in einem Interview in der Zeitung *Die Tat* rückblickend folgendermassen: «Unserem Gremium wurde allerdings schon sehr bald klar, dass die Feldarbeit, die unsere Kommission geleistet hat, nicht ausreichte, um der Vielschichtigkeit der aufgeworfenen Fragen gerecht zu werden. Wir haben deshalb parallel zur praktischen Arbeit eine grundlegende Untersuchung über die Zürcher Jugend angeregt.»¹⁶⁷

Verschiedene Mitglieder waren der Meinung, dass eine solche Studie die Hauptaufgabe der Kommission sein müsse: «Erst wenn die Ursachen bekannt sind, kann man konkrete Vorschläge zur Lösung der Probleme machen».¹⁶⁸ Ein Mitglied bejahte eine wissenschaftliche Untersuchung, weil die Stadt Zürich da-

161 Vgl. Übersicht über alle Sitzungen, StArZH, V.B.c.64:13,3; Protokoll Externe SKJ, 57. Sitzung, 24. 10. 1973, S. 6, StArZH, V.B.a.39.

162 Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

163 Einen guten Überblick über die Vorgeschichte zum «Globuskrawall» und die Forderungen bezüglich eines Jugendhauses bietet Stutz 2008, S. 39–56.

164 Die Aktion Bahnhofbrugg, das Aktionskomitee Autonomes Jugendhaus und das Zürcher Manifest forderten Räumlichkeiten im Zürcher Stadtzentrum zur Gründung eines von den Jugendlichen selbst verwalteten Jugendhauses und setzten sich für die Nutzung des «Globus-Provisoriums» als Jugendhaus ein. Der Verein Zürcher Jugendhaus betrieb seit dem 1. Oktober 1967 ein herkömmliches Jugendhaus auf dem Drahtschmidliareal und befürwortete hingegen den Vorschlag des Stadtrates, anstelle des «Globus-Provisoriums» ein Areal an der Hofwiesen-/Wehntalerstrasse zu übernehmen. Stutz 2008, S. 42. Eingeladen wurden weiter der Kleine Studentenrat der Universität Zürich, das Lehrlingsfoyer, der Verein der Studierenden an der ETH. Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, S. 8 f., StArZH, V.B.a.39.

165 Ebd.

166 Ebd., S. 3.

167 Interview mit Sylvia Staub (Externe SKJ). In: *Die Tat*, 23. 2. 1971.

168 Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, S. 4, StArZH, V.B.a.39.

mit «eine vornehme Aufgabe im Interesse der ganzen Schweiz»¹⁶⁹ erfüllen würde. Die damals bereits im Entstehen begriffene Studie *Jugend und Gesellschaft* der NSUK sowie die florierende empirische Jugendforschung in Deutschland und Frankreich schienen den Mitgliedern zudem zu bestätigen, dass Bedarf nach einer wissenschaftlichen Untersuchung bestehe.¹⁷⁰

Der Soziologe Peter Heintz orientierte die anderen Kommissionsmitglieder über die Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Analyse der Jugendfragen.¹⁷¹ Nach eingehender Diskussion schlug die Externe SKJ dem Stadtrat Ende November 1968 eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema «Unrast der Jugend unter besonderer Berücksichtigung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen» vor.¹⁷² Dass mit «Unrast» in erster Linie die «allgemeine Unsicherheit und Unzufriedenheit der Generation der <unter 30jährigen> mit den gegenwärtigen Zuständen»¹⁷³ gemeint war, geht aus einem späteren Protokoll des Stadtrats hervor. Somit wurde ein Bereich ausgewählt, der zwar eng an «1968» anschloss, jedoch thematisch weiter gefasst werden konnte und viele mögliche Konnotationen und Anschlussmöglichkeiten an aktuelle Problemwahrnehmungen wie den Gesellschaftswandel zuließ.

Die Externe SKJ schlug zur Untersuchung dieser Thematik eine repräsentative Umfrage unter Jugendlichen sowie die Befragung einer Kontrollgruppe von Erwachsenen vor.¹⁷⁴ Es sollten sogenannte Tiefeninterviews durchgeführt werden, die in der Umfrageforschung als ausführliche, in der Regel nicht standardisierte Gespräche zwischen Interviewer und Befragtem zu einem vorgegebenen Thema definiert werden.¹⁷⁵ Die Kommissionsmitglieder kamen schon bald zum Schluss, dass sie eine so konzipierte Studie nicht alleine erarbeiten könnten und dazu Wissenschaftler angefragt werden müssten.¹⁷⁶ Die Externe SKJ schlug dem Stadtrat im November 1968 deshalb vor, ein interdisziplinäres Team von Professoren der Universität Zürich mit der Untersuchung zu beauftragen, die bei Bedarf auch weitere wissenschaftliche Mitarbeiter hinzuziehen sollten.¹⁷⁷ Neben dem Soziologen Peter Heintz waren dies der Psychologe Ulrich Moser, der Volkskundler Arnold Niederer und der Pädagoge Konrad Widmer. Heintz hatte Moser vorgeschlagen, Widmer und Niederer wurden von einem anderen Mitglied der Externen SKJ empfohlen.¹⁷⁸ Später zogen die vier Professoren wissen-

169 Ebd.

170 Ebd., S. 3.

171 Protokoll Externe SKJ, 5. Sitzung, 2. 9. 1968, S. 2, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 7. Sitzung, 19. 9. 1968, S. 1 f., StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 8. Sitzung, 26. 9. 1968, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

172 Externe SKJ an den Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39.

173 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 21. 8. 1969, Nr. 2569, StArZH, V.B.a.39.

174 Externe SKJ an den Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39.

175 Zu Tiefeninterviews Kuss/Eisend 2010, S. 132.

176 Protokoll Externe SKJ, 9. Sitzung, 3. 10. 1968, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

177 Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 10. Sitzung, 7. 11. 1968, S. 2 f., StArZH, V.B.a.39. Hierzu ausführlicher Kapitel 4.1 und 4.2.

178 Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 10. Sit-

schaftliche Mitarbeiter heran, welche die vier Teilstudien schliesslich verfassten. Heintz hatte zwei seiner Studenten mit der soziologischen Hauptstudie beauftragt: Robert Blancpain und Erich Häuselmann. Robert Blancpain, damals erst Mitte zwanzig, gründete später in Zürich das Institut für Praxisorientierte Sozialforschung (IPSO). Mit diesem erarbeitete er weitere Jugendstudien, wie beispielsweise die Untersuchung «Zur Situation der Stadtzürcher Jugend 1978 – ein soziologisches Porträt», die Teil der vom Zürcher Sozialamt in Auftrag gegebenen «Jugendfreizeit-Konzeption» war und in Kapitel 6 eingehend Thema sein wird.¹⁷⁹ Auch die anderen Zürcher Teilstudien wurden von den Professoren an Studenten oder Mitarbeiter übertragen: Die volkswissenschaftliche Teilstudie wurde von Ruedi Bautz, die psychologische Studie von Hansruedi Ambühl und die sozialpsychologische Studie, die von der Universität Zürich als Dissertation angenommen wurde, von Claudio Casparis verfasst.¹⁸⁰

Die Wahl der Wissenschaftler führte zu heftigen politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Externen SKJ sowie mit dem Regierungs- und Gemeinderat.¹⁸¹ Mit diesen Konflikten verbunden waren auch Fragen rund um die Finanzierung der Studien. Da die Ergebnisse «über den unmittelbaren Bereich der Stadt Zürich und der Unruhen von Ende Juni 1968» hinaus gültig sein sollten, empfahl die Externe SKJ dem Stadtrat, den Zürcher Regierungsrat und den Schweizerischen Nationalfonds um eine finanzielle Beteiligung anzufragen.¹⁸²

Der Stadtrat liess mit seiner Reaktion auf diesen Vorschlag lange auf sich warten. Er wollte die Untersuchung nicht alleine, sondern zusammen mit dem Kanton in Auftrag geben und finanzieren.¹⁸³ Der Regierungsrat zögerte aber aufgrund von Bedenken gegenüber der Untersuchung an sich und gegenüber dem vorgeschlagenen Wissenschaftlerteam.¹⁸⁴ Erst im Sommer 1969 sprachen sich schliesslich der Regierungs- und der Stadtrat Zürich für die Untersuchung und für das Zürcher Professorenteam aus, worauf der Gemeinderat am 1. Oktober einen Kredit für die Untersuchung sprach.¹⁸⁵ Deren Durchführung wurde der

zung, 7. 11. 1968, S. 2 f., StArZH, V.B.a.39. In einem Schreiben an den Stadtrat hatte eine Gruppe von Studierenden bereits im Vorfeld den Namen des Zürcher Soziologieprofessors Peter Heintz als möglichen Verantwortlichen einer solchen Studie genannt. Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, S. 4, StArZH, V.B.a.39.

179 Ebenso war Blancpain beteiligt am Teilprojekt «Erwachsen werden» des NFP 3 «Probleme der sozialen Integration in der Schweiz», das 1982 abgeschlossen war. Erich Häuselmann hingegen war später in der Markt- und Medienforschung des Medienhauses NZZ tätig. Informationsgespräch mit Robert Blancpain, 3. 6. 2016.

180 Bautz war Mitglied der Fortschrittlichen Studentenschaft Zürich (FSZ), die massgeblich an den Demonstrationen für ein AJZ vom 29. Juni 1968, welche dem «Globuskravall» vorausgegangen waren, beteiligt war. Die FSZ war Teil der Vereinigung Fortschrittliche Arbeiter, Schüler und Studenten (FASS), die etwa zwanzig Organisationen umfasste. Stutz 2008, S. 40. Bautz war auch Mitglied der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH). Blum 1986, S. 126.

181 Zu diesem Konflikt vgl. Kapitel 4.2.

182 Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39.

183 Vgl. Protokoll Gemeinderat Zürich, 6. 12. 1968, Nr. 3765, S. 1554, StArZH.

184 Zu den Konflikten rund um das Wissenschaftlerteam vgl. Kapitel 4.1 und 4.2.

185 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 21. 8. 1969, Nr. 2569, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Ex-

Externen SKJ übertragen. Sie sollte die dazu «notwendigen wissenschaftlichen Mitarbeiter» heranziehen. Die Externe SKJ betraute im November 1969 die vier vorgeschlagenen Professoren Heintz, Moser, Niederer und Widmer mit der Erarbeitung einer Projektstudie zur Untersuchung «Unrast der Jugend».¹⁸⁶

Der finanzielle Rahmen des Zürcher Studienprojektes war mit insgesamt 230 000 Franken deutlich höher als derjenige der Studie *Jugend und Gesellschaft*, was als möglicher Hinweis auf die gestiegene Bedeutung gelesen werden kann, die Jugendfragen nach 1968 beigemessen wurde.¹⁸⁷ Finanziell beteiligte sich, neben der Stadt Zürich mit 70 000 Franken und dem Kanton Zürich mit 65 000 Franken, der Schweizerische Nationalfonds mit 65 000 Franken. Der Kirchenrat der Reformierten Kirche des Kantons Zürich, die römisch-katholische Zentralkommission des Kantons Zürich und das Informatikunternehmen IBM sprachen je 10 000 Franken.¹⁸⁸

Es entstanden schliesslich vier separate Publikationen, die alle den Haupttitel *Zur Unrast der Jugend* trugen: Die Hauptstudie mit dem Untertitel *Eine soziologische Untersuchung über Einstellungen, politische Verhaltensweisen und ihre gesellschaftlichen Determinanten*¹⁸⁹ sowie drei sogenannte Spezialstudien:¹⁹⁰ eine volkscundliche,¹⁹¹ eine pädagogisch-sozialpsychologische¹⁹² und eine psychologische.¹⁹³ Die soziologische Hauptstudie erschien als erste und war die umfassendste, auf ihrem Datensatz basierten auch die drei Teilstudien. Sie steht denn auch im Fokus der weiteren Ausführungen.

terne SKJ, 21. Sitzung, 26. 6. 1969, S. 1, StArZH, V.B.a.39; Brief von Staub, Sylvia (Externe SKJ) an Widmer, Sigmund (Stadtpräsident Zürich) 13. 8. 1969, StArZH, V.B.a.39; Regierungsrat Kanton Zürich an Stadtrat Zürich, 4. 7. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3; Brief von Finanzamt Stadt Zürich an Vorstand Sozialamt 14. 6. 1974, S. 1 f., StArZH, V.B.a.39.

186 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 21. 8. 1969, Nr. 2569, StArZH, V.B.a.39; Brief von Finanzamt Stadt Zürich an Vorstand Sozialamt 14. 6. 1974, S. 1 f., StArZH, V.B.a.39.

187 Vgl. Brief von Staub, Sylvia (Externe SKJ) an Widmer, Sigmund (Stadtpräsident Zürich), 13. 8. 1969, StArZH, V.B.a.39.

188 Brief von Finanzamt Stadt Zürich an Vorstand Sozialamt 14. 6. 1974, S. 1, StArZH, V.B.a.39. Vgl. auch Brief von Zürcher Stadtrat an Zürcher Regierungsrat, 30. 6. 1969, S. 1, StArZH, V.B.a.39; Brief von Lüthy, H. R. (Verwaltungsrat IBM) an Externe SKJ, 30. 12. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3; Brief von Schweizerischer Nationalfonds an Externe SKJ, 5. 1. 1970, StArZH, V.B.c.64:13.3.

189 Blancpain, Robert/Häuselmann, Erich. *Zur Unrast der Jugend. Eine soziologische Untersuchung über Einstellungen, politische Verhaltensweisen und ihre gesellschaftlichen Determinanten*. Frauenfeld, 1974.

190 Heintz/Moser/Niederer/Widmer/Vontobel. *Projektstudie für eine interdisziplinäre Untersuchung*, März 1970, S. 4, StArZH, V.B.a.39.

191 Bautz, Rudolf. *Zur Unrast der Jugend. Eine volkscundliche Untersuchung über die gesellschaftliche Bedingtheit politischer Orientierungsmuster in Jugendgruppen*. Frauenfeld, 1975.

192 Casparis, Claudio. *Zur Unrast der Jugend. Eine sozialpsychologische Untersuchung der Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen in Familie, Bildung und Beruf*. Frauenfeld, 1975.

193 Ambühl, Hansruedi. *Zur Unrast der Jugend. Eine psychologische Untersuchung über den Zusammenhang von Selbstbild der Persönlichkeit und gesellschaftlichen Determinanten (unter Verwendung des Giessen-Tests)*, 1976.

Studien und Berichte in anderen Gemeinden und Kantonen

In Zürich übte der «Globuskrawall» direkten und sehr effektiven Handlungsdruck auf die politischen Entscheidungsträger in Zürich aus. Er veranlasste den Stadtrat zur Gründung zweier beratender Kommissionen und stiess wissenschaftliche Untersuchungen an. Herausgefordert durch die jugendlichen Proteste suchten Politikerinnen und Behördenmitglieder nach schnellen, kollektiv verbindlichen Lösungen und fanden sie vorerst in der Schaffung von Kommissionen und Jugendstudien.

Eine ähnliche Strategie – zeitlich verzögert – ist auch in anderen Gemeinden und in verschiedenen Kantonen feststellbar, die in den 1970er-Jahren Jugendkommissionen und Expertengruppen einsetzten, die Studien und Berichte sowie jugendpolitische Modelle erarbeiteten. Im Kanton Uri setzte der Regierungsrat 1970 nach einigen Vorfällen von «Rockern» und der Zunahme von Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz eine Kommission ein, die einen Bericht über Jugendprobleme erarbeiten und Lösungen für eine «zeitgemässe Jugendhilfe» suchen sollte. Ihr Bericht wurde 1973 fertig.¹⁹⁴ Im Kanton Obwalden verfasste eine Studienkommission für Jugendfragen 1972 einen Bericht als Vorlage für ein «modernes Obwaldner Jugendhilfegesetz», der sich stark auf die Studie *Jugend und Gesellschaft* stützte.¹⁹⁵ In Zug wurde die Studie *Aspekte einer Jugend-Politik. Modellvorschläge für den Kanton Zug* von der regierungsrätlichen Kommission für eine präventive Jugendarbeit zusammen mit Werner Fritschi, einem Luzerner Pionier der Jugendarbeit, ausgearbeitet.¹⁹⁶ In der Stadt Bern erschien 1973 die Studie *Leitbild einer Berner Jugendpolitik*¹⁹⁷ und in Luzern wurden 1979 die *Vorschläge für eine Jugendpolitik in der Stadt Luzern*¹⁹⁸ publiziert. Weitere Studien entstanden in den 1970er-Jahren in der Stadt St. Gallen, in den Kantonen Freiburg, Genf, Basel, Neuenburg, Waadt und Genf.¹⁹⁹ In St. Gallen beispielsweise setzte der Stadtrat 1974 eine Expertenkommission mit Vertretern der Jugendorganisationen und der amtlichen Jugendfürsorge sowie Pädagogen, Psychologinnen und Sozialarbeitern ein. Die Kommission sollte Vorschläge machen

194 ar. Bekommt Uri einen Beauftragten für Jugendfragen? In: LNN, Nr. 211, 12. 9. 1974; Stadler, Martin P. Urner Jugendpolitik: Es bleibt viel zu tun. In: Vaterland, Nr. 262, 9. 11. 1976.

195 Obwaldner Studienkommission für Jugendfragen, Bericht und Antrag an den Regierungsrat, 3. 5. 1972, BAR, E3001B#1980/53#519*.

196 Fritschi/Wettstein 1979; Stellungnahme Regierungsrat Kanton Obwalden zu Bericht Studienkommission des EDI 1973, 28. 2. 1974, S. 4, BAR, E3001B1#1980/53#518*.

197 Arbeitsgruppe Jugend 1973.

198 Stadträtliche Kommission «Arbeitsgruppe aktive Jugendhilfe». Vorschläge für eine Jugendpolitik in der Stadt Luzern. Dokumentation aus einer Befragung. Luzern 1979. In Luzern löste sich eine nach den Januarkrawallen von 1969 eingesetzte Jugendkommission aufgrund Differenzen in der Frage der Schadenhaftung der Krawalle wieder auf. APS 1970, S. 131. Vgl. auch M. M. Fünf Wochen nach einer lauten Nacht. In: LNN, Nr. 32, 8. 2. 1969, S. 7.

199 Vgl. SAJV. Für eine aktive Jugendpolitik, 1979, S. 2; APS 1973, S. 129. Zur St. Galler Expertenkommission für Jugendfragen: o. A. Das Jugendsekretariat St. Gallen stellt sich vor. In: Ostschweizer AZ, Nr. 189, 29. 9. 1976. Zu einer Kommission in Freiburg: mw. Eine kantonale Jugendpolitik formuliert. In: Freiburger Nachrichten, Nr. 11, 15. 1. 1976.

für den Ausbau der bestehenden Jugendhilfe.²⁰⁰ Im Kanton Freiburg beauftragte der Staatsrat 1972 eine Kommission mit der Erarbeitung einer Studie über die Jugendhilfe.²⁰¹ Auch im Kanton Tessin entstanden um 1974 verschiedene Studien, darunter eine soziologische Umfrage unter Schülerinnen und Schülern. Sie wurde von zwei Studenten in Zusammenarbeit mit dem Ufficio studi e ricerca e l'Ufficio dell'insegnamento medico del Dipartimento della pubblica educazione und unter der Leitung von Jean Kellerhals durchgeführt, der die Studie *Jugend und Gesellschaft* mitverfasst hatte und mittlerweile Assistenzprofessor für Soziologie in Genf war.²⁰²

Forderungen nach einer Untersuchung auf Bundesebene

Auf Bundesebene war die Ausstrahlung der Ereignisse um «1968», wie sie am Beispiel von Zürich deutlich wurde, weniger unmittelbar. Der Bund hatte zwar bereits 1967 die Studie *Jugend und Gesellschaft* der NSUK mitfinanziert. Er selbst hatte aber keine direkten Schritte unternommen, um Jugend zu untersuchen oder Reformen im Politikfeld Jugend einzuleiten. Dies ist primär damit zu erklären, dass Jugend, wie bereits ausgeführt, nicht in der Zuständigkeit des Bundes lag und lange Zeit kaum explizit Thema der eidgenössischen Politik war. Dennoch hatten die Jugendunruhen mit einiger zeitlicher Verzögerung auch auf Bundesebene Konsequenzen. Sie verliehen den jahrelangen Forderungen und Bestrebungen der Jugendverbände und der NSUK zusätzliche Schubkraft und Dringlichkeit. Nun entwickelte sich auch in den eidgenössischen Räten zunehmend ein Problembewusstsein in Bezug auf Jugend. Zunächst waren es einzelne Politiker und Interessenverbände, die mit Verweis auf die Ereignisse um «1968» Handlungsbedarf geltend machten. Ein Beispiel dafür ist die im Herbst 1969 vom Verband schweizerischer Mittelschüler lancierte Verfassungsinitiative zur Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre.²⁰³ Ab 1968 hatte eine Reihe parlamentarischer Vorstösse die Beziehungen zwischen den Generationen oder zur Jugend zum Gegenstand. Der Luzerner FDP-Nationalrat Hans Rudolf Meyer beispielsweise war alarmiert von der seines Erachtens zunehmend revolutionären und zugleich pazifistischen und antimilitaristischen Einstellung der jungen Generation.²⁰⁴ Als Remedium forderte er in einem Postulat von Juni 1969, die Beziehungen zwischen der Jugend und dem Staat beziehungsweise den Behörden zu verbessern.²⁰⁵

200 Ohne Autor. Eine umfassende zielgerichtete Jugendhilfe ist vonnöten. In: St. Galler Tagblatt, Nr. 246, 21. 10. 1974.

201 mw. Eine kantonale Jugendpolitik formuliert. In: Freiburger Nachrichten, Nr. 11, 15. 1. 1976.

202 Stellungnahme Regierungsrat Kanton Tessin zu Bericht Studiengruppe des EDI 1973, 10. 4. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*.

203 Im Jahr 1968 existierte nur im Kanton Schwyz Stimmrechtsalter 18, in Zug und in Obwalden konnten junge Bürger ab 19 Jahren abstimmen und wählen. APS 1970, S. 15 f. Mehr zur Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters in Kapitel 5.4.

204 Hans Rudolf Meyer war 1962–1979 im Nationalrat. Datenbank der Ratsmitglieder seit 1848: www.parlament.ch/d/suche/Seiten/ratsmitglieder.aspx.

205 Postulat Meyer «Beziehungen zwischen Jugend und Staat», Nr. 10.343. In: AB, 27. 6. 1969,

Weiter zu erwähnen sind die bereits einleitend thematisierten parlamentarischen Vorstösse der LdU-Nationalräte Alfred Rasser und Fritz Tanner. Im Oktober 1968 forderte Alfred Rasser den Bundesrat in einem von 27 Nationalrätinnen und Nationalräten verschiedener Fraktionen unterzeichneten Postulat auf, die «Struktur der politisch interessierten und agierenden Jugend» zu untersuchen, «darüber Bericht zu erstatten und Vorschläge zu unterbreiten, in welcher Form mit dieser Jugend am besten ins Gespräch zu kommen ist».²⁰⁶ Die Klärung dieser Fragen wollte er einer Expertenkommission übertragen. In der Begründung seines Anliegens verwies Rasser auf den Vorsitzenden der UNO-Entwicklungshilfe. Dieser hatte gemahnt, dass es sich kein Staat leisten könne, Jugendfragen zu vernachlässigen, da es in wenigen Jahren zu «Generationenkonflikten von unvorhergesehenen Ausmassen» kommen werde.²⁰⁷ Für Rasser erschien deshalb folgerichtig, dass «wir uns [darauf] auch in der Schweiz jetzt schon vorbereiten».²⁰⁸

Einer ähnlichen alarmistischen Rhetorik bediente sich sein Parteikollege Fritz Tanner, der nur zwei Monate danach den Bundesrat in einer Motion aufforderte, «im Sinne einer Grundlagenforschung einen umfassenden Sozialbericht über die Jugend unseres Landes»²⁰⁹ in Auftrag zu geben. Auch Tanner erwartete in Zukunft eine «in der Geschichte der Menschheit bisher nie dagewesene Auseinandersetzung zwischen Alt und Jung».²¹⁰ Die Argumentation Tanners war von charakteristischen diskursiven Strukturen des Redens über Jugend geprägt, wie sie in Kapitel 2 ausgeführt wurden: das Argument, dass Jugend eine Unbekannte darstellt, die es zu sondieren gilt, und die Betonung, dass Wissen zu Jugend für die Zukunft der Gesellschaft von elementarer Bedeutung ist. Die im Entstehen begriffene Studie *Jugend und Gesellschaft* nahm er zwar zur Kenntnis, unterstrich aber deren Begrenztheit. Sie verdeutliche einzig «das Riesenausmass der Arbeit, die noch geleistet werden muss». Verlässliche Informationen würden fehlen und man sei im Augenblick darauf angewiesen, «Hy-

S. 785–806. Vgl. auch APS 1970, S. 177. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 1. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*.

206 Zitiert in Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 36. Das Amtliche Bulletin veröffentlicht die Debatten von National- und Ständerat ab 1891. Bis 1970 wurden ausschliesslich «Ratsverhandlungen zu referendumsfähigen Erlassen» veröffentlicht und erst ab 1971 alle im Parlament gehaltenen Voten. Infos zum Amtlichen Bulletin auf der Website des Bundesarchivs: www.bar.admin.ch/archivgut/00945/00949/index.html?lang=de. In APS, im Bericht Studiengruppe des EDI 1973, in den Medien oder im Bestand der NSUK im Bundesarchiv sind Auszüge aus den Protokollen der Nationalratsdebatten zur Motion Tanner vom 17. 12. 1968 und zum Postulat Rasser vom 2. 10. 1968 zu finden: Es handelt sich um ein mit Schreibmaschine geschriebenes, von Hand ergänztes Dokument an Hummel, Charles, dessen Verfasser nicht ersichtlich ist. Notiz [von Unbekannt] an Hummel, Charles, 18. 6. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#126*. Im Folgenden wird vor allem daraus zitiert.

207 Auszüge aus Nationalratsdebatte zu Motion Tanner und Postulat Rasser. In: Notiz [von Unbekannt] an Hummel, Charles, 18. 6. 1970, S. 21, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

208 Ebd.

209 Kopie Motion Tanner, 17. 12. 1968. In: Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 3. 6. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

210 Auszüge aus Nationalratsdebatte zu Motion Tanner und Postulat Rasser. In: Notiz [von Unbekannt] an Hummel, Charles, 18. 6. 1970, S. 24, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

pothesen aufzustellen, zu vermuten, zu behaupten, die junge Generation sei so oder so».²¹¹ Das fehlende Wissen unterstrich er mit einem langen Fragekatalog: «Wo aber, und wie steht diese Jugend zu ihrer eigenen Intimsphäre, zum eigenen Elternhaus, zur eigenen kommenden Ehe und künftigen Familie? [...] Wie steht unsere Jugend also zu Bildung und Beruf, zur Arbeit und zur Bewertung der Arbeit? [...] Was hat unsere Jugend mit der so vielen freigewordenen Zeit sinnvoll angefangen? [...] Frage um Frage! Und ich habe keine Antwort darauf, und ich denke, wenn wir ehrlich sind, werden wir alle bekennen müssen, dass niemand sie zu geben vermag. Für die Zukunft unseres Staatswesens ist es aber von fundamentaler Bedeutung, sie zu bekommen».²¹² Diese offenen Fragen veranlassten Fritz Tanner, vom Bundesrat «geistige soziale Grundlagenforschung in grösstem Ausmass»²¹³ zu fordern. Tanner schlug erstens vor, «die Beziehung der Ausserparlamentarischen Opposition zum sogenannten Establishment» zu untersuchen und zweitens «ganz grundsätzlich das Verhältnis der Gesamtjugend: 1. Zum Staat, zu seinen Institutionen, zur Politik und zur Armee; 2. Zur Sexualität; 3. Zu Ehe, Familie, Schule und Kirche; 4. Zu Bildung und Beruf; 5. Zur Freizeit (Konsumgütergesellschaft – die <Geschäfte der Jugend>)».²¹⁴ Mit dieser breiten Themenpalette strebte Tanner eine umfassendere Untersuchung an, die über die Jugendunruhen von 1968 hinausgehen und Jugend aus ganz unterschiedlichen Perspektiven und mitsamt der als problematisch erachteten Bereiche wie Freizeit, Konsumgesellschaft und Sexualität ausleuchten sollte. Zudem verschränkte er die politischen Auseinandersetzungen mit der Generationenfrage. In diese Richtung weist auch sein Vorschlag, den Bericht von Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen wie der Soziologie, der Pädagogik, der Psychologie, der Medizin und der Rechtswissenschaft erarbeiten zu lassen. Eine solche Vorgehensweise sollte es dem Parlament gemäss Tanner ermöglichen, «den geistigen und sozialen Standort der jungen Generation gesamthaft und gesamtschweizerisch genauer zu kennen».²¹⁵

Das Parlament überwies im März 1969 Rassers Postulat an den Bundesrat, die Motion von Tanner hingegen lehnte sie mit dem Verweis auf die im Entstehen begriffene Studie *Jugend und Gesellschaft* ab. Der Bundesrat machte den Vorschlag, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, das einen schwächeren und weniger verbindlichen parlamentarischen Vorstoss darstellt. Dies lehnte Tanner jedoch ab.²¹⁶ Sowohl das Parlament als auch Bundesrat Hans-Peter Tschudi an-

²¹¹ Ebd., S. 32.

²¹² Ebd., S. 30–32.

²¹³ Ebd., S. 32.

²¹⁴ Kopie Motion Tanner, 17. 12. 1968. In: Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 3. 6. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

²¹⁵ Ebd. Zitiert auch in Reber, Florian. Unruhige Jugend unter der Nationalrats-Lupe. In: National-Zeitung, Nr. 134, 22. 3. 1969, S. 1.

²¹⁶ Stellungnahme Bundesrat zum Postulat Tanner und zur Motion Rasser betreffend Jugendproblem, o. D. [wahrscheinlich Ende 1968 oder Anfang 1969], BAR, J1.297#2003/23#83*. Vgl. auch Auszüge aus Nationalratsdebatte zu Motion Tanner und Postulat Rasser. In: Notiz [von Unbe-

erkannten aber, dass die beiden LdU-Politiker ein wichtiges Thema aufgeworfen hätten und dass die Ursachen für die «vielerorts feststellbare Unruhe und teilweise sogar Missstimmung unter der Jugend»²¹⁷ untersucht werden müssten. Den Behörden seien die Aktualität dieses Themas und die Bedeutung, die Jugendlichen und ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft zukomme, nicht entgangen. Fast in einer Art Rechtfertigung wies Tschudi darauf hin, dass sie deshalb bereits 1967 die Untersuchung *Jugend und Gesellschaft* finanziell unterstützt hätten. Die genaue Kenntnis der Ursachen und Probleme, so Tschudi, bildeten die beste Voraussetzung für einen «sinnvollen Dialog».²¹⁸

Ein weiterer Auslöser für das Aktivwerden des Bundesrates waren schliesslich ein Postulat des Genfer FDP-Ständerats Alfred Borel vom 6. Oktober 1970 sowie eine Eingabe der SAJV an den Bundesrat. Diese verfasste auf der Grundlage der entstehenden Studie *Jugend und Gesellschaft* einen Forderungskatalog, den sie im September 1970 dem Bundesrat und in leicht veränderter Form der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vorlegte. Darin ersuchte die SAJV den Bundesrat zu prüfen, inwiefern der Bund die ausserschulische Jugendarbeit mitfinanzieren und zu diesem Zweck allenfalls eine Ergänzung der Bundesverfassung in Gang bringen könne. Weiter solle der Bundesrat mit den Kantonen und Gemeinden einen Plan zur Finanzierung der ausserschulischen Jugendarbeit ausarbeiten. Vorerst aber bat die SAJV den Bund um eine «Soforthilfe» von jährlich 450 000 Franken für den Ausbau ihrer Organisation und für Tätigkeiten wie die Leiterschulung. Die SAJV verwies in der Eingabe darauf, dass die Jugendverbände ihre Arbeit freiwillig, unentgeltlich und ohne öffentliche Hilfe machen würden. Zugleich betonte sie, dass die Jugendverbände seit Ende des Zweiten Weltkrieges und insbesondere seit Beginn der 1960er-Jahre mit neuen Anforderungen konfrontiert seien. Sie spielte damit unter anderem auf das veränderte Freizeitverhalten an und unterstrich, dass die Ausbildung der Jugendleiterinnen und -leiter und die baulichen Anlagen der Jugendverbände verbessert werden müssten.²¹⁹

Auf der Grundlage der Eingabe der SAJV lancierte Alfred Borel sein Postulat. Er forderte vom Bundesrat seinerseits Subventionen für die Jugendverbände und die Gründung einer Expertenkommission, um eine Jugendpolitik umzusetzen.²²⁰ Wie die Vertreter der NSUK und der SAJV sowie die LdU-Politiker Rasser

kannt] an Hummel, Charles, 18. 6. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#126*; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 37; o. A. Die letzte Sitzung der Märzsession. In: NZZ, Nr. 180, 21. 3. 1969.

217 Bundesrat Tschudi zitiert in Notiz [von Unbekannt] an Hummel, Charles, 18. 6. 1970, S. 41, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

218 Ebd.

219 Zur Eingabe der SAJV an den Bundesrat bezüglich Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit vgl. Schlumpf, Viktor. Auf der Suche nach einer Schweizer Jugendpolitik. In: TA, Nr. 78, 4. 4. 1972, S. 5. Zur Eingabe vgl. auch Schudel 2006, S. 22. Daraufhin hatte die EDK einen Betrag von insgesamt 130 000 Franken für die Jahre 1972 und 1973 gesprochen. Arbeitsgruppe Jugend 1973, S. 5, 18 f.

220 Postulat Borel, Unterstützung der Jugendorganisationen, BAR, E3001B#1980/53#504*. Vgl. Protokoll Studiengruppe des EDI, 21. 8. 1972 und 22. 8. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*;

und Tanner war auch Borels Argumentation von einem internationalen Kontext geprägt. Er begründete seine Forderungen mit einem Defizit der Schweiz im Vergleich zu anderen Staaten. Borel war als Berichterstatter der Kommission für Kultur und Erziehung des Europarats an einem Zwischenbericht beteiligt, der 1968 mit dem Titel *Sur la crise actuelle de la société européenne* erschienen war.²²¹ Darin wurde die Relevanz des Dialogs zwischen den Generationen und die gesellschaftliche und politische Partizipation Jugendlicher betont, um die konstatierte Gesellschaftskrise zu überwinden. Mit dem Verweis auf den Bericht des Europarats forderte Borel vom Bund neben einer direkten Subventionierung der Verbände die Unterstützung einzelner Projekte, die von Jugendorganisationen in Eigenregie durchgeführt würden. Weiter bezog sich Borel auf die Empfehlung der Beratenden Versammlung²²² des Europarats von 1965, grossangelegte Forschungen zu Jugend in Europa zu fördern und damit eine Basis für eine europäische Jugendpolitik zu schaffen.²²³

Der Bund gründet eine Studiengruppe

Die Interventionen von Parlamentariern unterschiedlicher politischer Ausrichtung deuten darauf hin, dass sich ab 1968 auch auf Bundesebene ein Konsens zwischen Politikerinnen und Politikern herausbildete, dass Jugend, ihre Probleme und ihr Verhältnis zu Staat, Behörden und Gesellschaft untersucht werden müssten. Über ideologische Schranken und über Parteigrenzen hinweg sind dabei ähnliche diskursive Muster zu erkennen. So stammten die Forderungen nicht nur aus der sozialliberalen Ecke der LdU, sondern waren zum Beispiel auch bei der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zu vernehmen. Deren Nationalrat Erwin Akeret verlangte etwa, «die Forschung zu fördern, um mehr über den Generationenkonflikt und die Jugend von heute zu erfahren».²²⁴

Der Bundesrat schliesslich verortete die Jugendproteste im rasanten gesellschaftlichen Wandel, der vielen Menschen Schwierigkeiten bereite. In solchen Umbruchzeiten müsse die Gesellschaft, «von allen ihren lebendigen Kräften Gebrauch [...] machen». Gerade die «schöpferischen Kräfte» der jungen Generation müssten «für das Wohl des Ganzen fruchtbar» gemacht werden.²²⁵ Ein erster Schritt in diese Richtung war laut Bundesrat die Institutionalisierung eines Dialogs zwischen der Jugend und den Erwachsenen und eine Jugendpolitik.²²⁶ Mit Bourdieu gesprochen synchronisierte «1968»

Postulat Borel «Unterstützung der Jugendorganisationen», Nr. 10.703. In: AB, 3. 3. 1971, S. 55–58. Vgl. auch Schudel 2006, S. 22.

221 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 35 f.

222 Ab 1974: Parlamentarische Versammlung.

223 Postulat Borel «Unterstützung der Jugendorganisationen», Nr. 10.703. In: AB, 3. 3. 1971, S. 55.

224 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle, 23. 8. 1972, S. 18, BAR, E3001B#1982/40#271*.

225 Bericht Bundesrat an die Bundesversammlung über die Richtlinien für die Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1971–1975, S. 23.

226 Ebd., S. 23.

als kritisches Ereignis also auch auf der Ebene des Bundes die Wahrnehmung unterschiedlicher Akteure und ermöglichte diesen schliesslich gemeinsames Handeln.

Am 28. Oktober 1971 setzte Bundesrat Hans-Peter Tschudi die Studiengruppe des Eidgenössischen Departements des Innern für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik ein. Sie sollte während eines Jahres bestehen.²²⁷ Die Studiengruppe wurde nicht zuletzt anstelle einer Antwort auf die Eingabe der SAJV von 1970 nach Förderung der ausserschulischen Arbeit gegründet. Präsident der Studiengruppe war Theodor Gut, FDP-Nationalrat, Verleger und Chefredaktor der *Zürichsee-Zeitung* aus Stäfa.²²⁸ Die weiteren zehn, vom Bundesrat ernannten Mitglieder waren mehrheitlich Vertreterinnen und Vertreter der Behörden, der SAJV und der NSUK. Zu den Behördenmitgliedern gehörte Gerhard M. Schuwey, wissenschaftlicher Adjunkt beim EDI, Walter Gut, Erziehungsdirektor des Kantons Luzern und Vertreter der Kantonalen EDK, sowie Emilie Lieberherr, Sozialvorsteherin der Stadt Zürich. Auch die SAJV hatte mit ihren Vorstandsmitgliedern Guy Perrot (Christlicher Verein Junger Männer, CVJM),²²⁹ Hans Ulrich Grunder (Schweizerische Arbeiterbildungszentrale) und Gustav Mugglin (Pro Juventute) Einsitz in der Studiengruppe, wobei Grunder und Mugglin zugleich Mitglieder der Sektion Jugend der NSUK waren.²³⁰ Weiter waren mit den Journalisten Federico Jolli (Student und Mitarbeiter beim Radio der italienischen Schweiz) und Peter Holenstein (Chefredaktor der Jugendzeitschrift *Team* und Journalist bei der *Weltwoche*) Medienvertreter präsent. Holenstein war mit 27 Jahren das jüngste Mitglied der Studiengruppe.²³¹ Schliesslich hatte Bernard Crettaz, Soziologe und Mitautor der Studie *Jugend und Gesellschaft*, in der Studiengruppe Einsitz. Bei der Studiengruppe handelte es sich um eine sogenannte Expertenkommission, wie sie der Bund bei Vernehmlassungsverfahren häufig einsetzt, um eine Vorlage vorzubereiten.

227 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 26. 10. 1971, S. 2, BAR, E9500.1#1984/85#13*.

228 Theodor Gut war 1967–1979 Mitglied des Nationalrats.

229 Der CVJM fusionierte 1998 auf nationaler Ebene mit dem Christlichen Verein Junger Frauen (CVJF) zum Cevi (Schweizer Verband der Christlichen Vereine Junger Frauen und Männer). Van Wijkoop Lüthi 2003, S. 376.

230 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 1. 1972, S. 2, BAR, E3001B#1982/40#271*. Mugglin war 1948–1989 Pro-Juventute-Mitarbeiter und 1959–1976 Vorstandsmitglied der SAJV, zudem Präsident der Sektion Jugend. Schudel 2006, S. 6.

231 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 1. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*; Brief von Mugglin, Gustav (Studiengruppe des EDI) an Sektion Jugend und Arbeitsgruppe Savoy, 25. 8. 1972, BAR, E9500.1#1984/85#13*. Walter Gut und Peter Holenstein waren an den Sitzungen der Studiengruppe wiederholt verhindert, weshalb als ihre ständigen Vertreter Rudolf Tuor, Sekretär des Kantonalen Erziehungsdepartements Luzern, und Martin Hauser, Sekundarlehrer von Adligenswil (LU) beigezogen wurden. Emilie Lieberherr wurde von zwei Mitarbeitern der städtischen Behörden vertreten: Cäsar Karrer, Sekretär des Sozialamtes der Stadt Zürich, und Otto Siegfried, seit 1967 Leiter des Jugendamtes III der Stadt Zürich und ab 1969 Vertreter der Stadt Zürich in der Externen SKJ. Siegfried präsierte zudem die Interne Jugendkommission der Stadt Zürich. Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 24. 12. 1968, Nr. 4012, StArZH, V.B.c.64:13.3; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 11. Zu Otto Siegfried: Müller 1996.

Die Mitglieder der Studiengruppe trafen sich erstmals am 18. Januar 1972. Sie hatten gemäss Verfügung des EDI den Auftrag, «abzuklären und hierüber dem Departement zu berichten, auf welche Weise in unserem Lande eine systematische Jugendpolitik in die Wege geleitet werden kann».²³² Ihre Vorschläge präsentierten sie im Bericht *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik*, den sie im Juli 1973 dem EDI übergaben.

Wie die Externe SKJ der Stadt Zürich ist auch die Studiengruppe des EDI als Reaktion auf den öffentlichen Druck zu verstehen. Mit Niklas Luhmann kann man festhalten, dass dem politischen System beide Male die Funktion zukam, «für Probleme, die anders nicht lösbar sind, relativ schnell Lösungen zu bestimmen, die kollektiv verbindlich sind».²³³ Auf eine solche Lesart verweist etwa, dass Theodor Gut 1972 zu Protokoll gab, dass Politiker und Medienschaffende auf «rasche Massnahmen» gedrängt hätten und die Studiengruppe des EDI deshalb gegründet worden sei.²³⁴

Der Bundesrat seinerseits begründete die Schaffung der Studiengruppe mit der Reaktion auf die Ratlosigkeit und die «Hilflosigkeit des Parlamentes», wie sie anlässlich der Ereignisse von 1968 sichtbar geworden sei. Zudem habe er Institutionen schaffen wollen, die «der Regierung Informationen über das Verhalten der Jugend liefern sollen».²³⁵ Zentral war dabei die Idee der Prävention: Mit der geplanten Jugendpolitik sollten künftig Auseinandersetzungen wie 1968 verhindert werden.²³⁶

²³² EDI, Dokument «Mandat der Studiengruppe für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik», o. D., BAR, E3001B#1980/53#504*. Vgl. Bericht EDI an den Bundesrat zum Vernehmlassungsverfahren, 16. 3. 1976, BAR, E3802#1983/111#250*. Vgl. auch EDI an den Bundesrat bezüglich Bestellung der EKJ, 11. 5. 1978, S. 1, BAR, E3010A#1985/8#64*.

²³³ Luhmann 2012, S. 144.

²³⁴ Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle, 22. 8. 1972, S. 2, BAR, E3001B#1982/40#271*.

²³⁵ Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Wissenschaftlern, 22. 8. 1972, S. 15, BAR, E3001B#1982/40#271*.

²³⁶ Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit verschiedenen Personen, 21. 8. 1972, S. 11 f., BAR, E3001B#1982/40#271*.

4 Die Produktion der Studien (1967–1973/74)

Im Umfeld der Nationalen Schweizerischen Unesco-Kommission (NSUK) wurde schon ab Ende der 1950er-Jahre eine «vaste enquête auprès de la jeunesse, en se servant de tous les moyens scientifiques»,¹ gefordert. Wie in diesem Zitat von 1961 waren die Forderungen nach einer Jugendstudie oftmals vom Zusatz begleitet, dass diese mit wissenschaftlichen Mitteln durchgeführt werden müsse. Dies führt zur Frage, was unter einer wissenschaftlichen Untersuchung überhaupt verstanden wurde und mit welchen Methoden die Jugendstudien umgesetzt wurden. Das vorliegende Kapitel stellt die Erarbeitung der Jugendstudien ins Zentrum. Ich orientiere mich dazu an der neueren Wissenschaftsforschung, deren Interesse sich seit den späten 1970er-Jahren von den Endprodukten der Forschung hin zu deren Durchführung verschoben hat. Wissen erscheint damit nicht mehr als «Produkt von *Handlungen* [...] und nicht allein von *Repräsentationen*, d. h. passiven Abbildungen».² In diesem Zusammenhang wurden zunehmend auch die Verschränkungen des wissenschaftlichen Wissens mit anderen gesellschaftlichen Bereichen offengelegt.³ Von diesem theoretischen Standpunkt aus ergibt sich eine Reihe an Fragen: Mit welchen Analysemethoden und -instrumenten wurde Wissen über Jugend erzeugt? Wer waren die Produzenten dieses Wissens? Und inwiefern beeinflusste der politische und gesellschaftliche Kontext die Vorgehensweisen? Dabei stellt sich auch die Frage nach dem Ort der Wissensproduktion, wobei die Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Behörden, an der die von mir untersuchten Jugendstudien entstanden, ins Blickfeld gerät.

Hierzu versprechen weiter Ansätze zur «Verwissenschaftlichung des Sozialen» Erkenntnisgewinn. Diese hatte der Historiker Lutz Raphael in den 1990er-Jahren durch einen wegweisenden Aufsatz angeregt.⁴ Raphael umreiss darin einen grossen Trend des 20. Jahrhunderts in westlichen Industriestaaten: die im 19. und 20. Jahrhundert zunehmende Präsenz humanwissenschaftlicher Experten und ihrer Forschungsergebnisse in Verwaltungen, Parlamenten sowie in «alltäglichen Sinnwelten sozialer Gruppen, Klassen oder Milieus».⁵

Raphael unterscheidet dabei vier Etappen, wobei für die vorliegende Arbeit die dritte relevant ist.⁶ Diese fällt in die Boomphase der empirischen Sozialforschung, die in den USA ab 1940, in westeuropäischen Staaten ab 1950 und verstärkt in den 1960er- und 70er-Jahren verortet wird. In dieser Phase griffen nicht mehr nur Sozialverwaltungen auf die empirische Sozialforschung zurück, sondern auch

1 Protokoll NSUK, Sektionen Sozialwissenschaften und Jugend, 24.6. 1961, BAR, E9500.1#1974/54#154*.

2 Weingart 2003, S. 77 (Hervorhebung im Original); vgl. auch Reinecke/Mergel 2012, S. 12.

3 Weingart 2003, S. 81; Reinecke/Mergel 2012, S. 12.

4 Raphael 1996.

5 Ebd., S. 166.

6 Ebd., S. 171–173. Vgl. auch Lengwiler 2005, S. 167; Kruke/Woyke 2010, S. 3.

weitere gesellschaftliche Akteure, wie Industriebetriebe oder politische Organisationen. Damit weitete sich auch der Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften aus: Wurden ursprünglich vor allem «Randgruppen» wie Arme oder psychisch Kranke untersucht, kamen neu Wählerinnen, Konsumenten, Seniorinnen, Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder und auch Jugendliche als Untersuchungsobjekte hinzu. Nun wurde die empirische Sozialforschung laut Raphael zu einem «geläufigen Medium der Selbstbeobachtung und Thematisierung von Gesellschaft und Staat».⁷ Insbesondere die Soziologinnen und Soziologen wurden zu Experten in der Deutung der Gesellschaft und die Soziologie avancierte, so der deutsche Historiker Paul Nolte, zur «Leitwissenschaft der modernen Welt».⁸

Die dritte Phase endete gemäss Raphael im Laufe der 1970er-Jahre, als die «Widersprüchlichkeit wissenschaftlichen Wissens»⁹ vermehrt zutage trat. Damit brach die vierte, die Etappe der «entzauberten Wissenschaft»¹⁰ an, in der die Möglichkeiten von Wissenschaft, «wahre Aussagen zu treffen», zunehmend angezweifelt wurden und verschiedene, konkurrierende Expertenmeinungen nebeneinander existierten.¹¹

Ein Kritikpunkt an Studien im Bereich der «Verwissenschaftlichung des Sozialen» ist, dass sie häufig diskursanalytische Zugänge wählten, die Praxis der Akteure, Interessenskonflikte und auch Widerstände hingegen zu wenig beachten würden.¹² Raphael selbst formulierte unlängst das Forschungsdesiderat, zusätzlich zur Analyse von Diskursen, Ideen und Metaphern die konkreten Praktiken der Akteure, das heisst der Produzenten von Wissen und dessen Nutzer, genauer in den Blick zu nehmen.¹³ Weiter wurde an der Verwissenschaftlichungsforschung lange Zeit kritisiert, dass sie zu stark von der Trennung zwischen einem wissenschaftlichen und einem nicht wissenschaftlichem Kontext ausgehe.¹⁴ Hier schufen vor allem neuere Ansätze aus der Wissensgeschichte Abhilfe, die Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen akademischem Wissenschaftsbetrieb und populären Wissenskulturen untersuchen.¹⁵ Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen solche Wechselwirkungen und Interaktionen zwischen den an der Wissensproduktion beteiligten Akteuren und deren Praktiken.

In Kapitel 4.1 beleuchte ich die Akteure, die an der Produktion der Studie *Jugend und Gesellschaft* der NSUK, der Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend* und des Berichts *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* der Studiengruppe des EDI beteiligt waren. Dabei interessiere ich mich

7 Raphael 1996, S. 177 f.

8 Nolte 2000, S. 16. Vgl. auch Boltanski 1990, S. 166, der die «beherrschende Rolle» der Sozialwissenschaften und ab den 1950er-Jahren vor allem der Soziologie aufzeigt.

9 Kruke/Woyke 2010, S. 3.

10 Raphael 1996, S. 178; Raphael 2012b, S. 18. Vgl. dazu auch Lengwiler 2005, S. 169.

11 Reinecke/Mergel 2012, S. 13.

12 Kuchenbuch 2013, S. 1 f.

13 Raphael 2012a.

14 Lengwiler 2010, S. 51; Lengwiler 2005, S. 169 f. Ausführlicher dazu Kapitel 4.2.

15 Speich Chassé/Gugerli 2012, S. 86.

speziell für die Rolle der involvierten Soziologen. Ich werde der «Verwissenschaftlichung des Sozialen» ein in der Geschichte zur Soziologie in der Schweiz verbreitetes Narrativ gegenüberstellen, das die Stellung der Soziologen und der Soziologie als schwach beschreibt und darauf verweist, dass sozialwissenschaftliches Wissen von staatlichen Akteuren lange Zeit nicht gefragt war oder als politisch brisant galt.¹⁶

In Kapitel 4.2 wird das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik genauer ausgelotet. Anhand der Fallstudie der Zürcher Externen SKJ werden die Interaktionen zwischen den Wissenschaftlern und weiteren Akteuren vor und während der Erarbeitung der Jugendstudien untersucht. Es wird deutlich, dass es sich nicht um einen linearen Wissenstransfer handelte, sondern um einen konfliktiven Prozess, an dem sowohl Wissenschaftler als auch Nichtwissenschaftler beteiligt waren. Es ergibt sich dabei ein differenziertes Bild der Stellung der involvierten Soziologen und zeigt deren ambivalenten Status: Zwar nahmen sie bei der Produktion der Studien eine wichtige Position ein und beeinflussten mit ihren Sichtweisen die Studien massgeblich. Zugleich wurden ihre wissenschaftliche Autorität und ihre Glaubwürdigkeit fortwährend infrage gestellt. Im Sinne von «boundary work»¹⁷ versuchten sie über die Berufung auf exklusive Standards, wie die Regeln der «wissenschaftlichen Wahrheitsfindung»¹⁸ und ein wissenschaftliches Objektivitätsideal, sich dem politischen Einfluss zu entziehen und ihre Glaubwürdigkeit zu festigen. In Kapitel 4.3 stellt sich deshalb die Frage, mit welchen Methoden die Zürcher Wissenschaftler den Anspruch auf Objektivität umzusetzen versuchten. Dieses Unterkapitel stellt weiter auch die Verfahren ins Zentrum, mit denen die Verantwortlichen von *Jugend und Gesellschaft* und *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* Wissen über Jugend produzierten.

4.1 Zwischen Misstrauen und Expertenstatus: Junge Soziologen untersuchen Jugendliche

Im Frühling 1967 begannen die Arbeiten an der von der NSUK und der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) initiierten und seit langer Zeit geforderten Jugendstudie. Mit dem Auftreten des EDI als Geldgeber kam ein neuer, tonangebender Akteur ins Spiel. Das Departement brachte sich mit seinem stellvertretenden Generalsekretär Oscar Dübby¹⁹ in die Vorarbeiten ein und stellte Forderungen bezüglich der thematischen Ausrichtung der Studie

¹⁶ Einen guten Forschungsüberblick zur Wissenschaftsgeschichte der Soziologie bietet Weber 2014, S. 17 f.

¹⁷ Gieryn 1999, S. 405. Vgl. auch Gieryn 1983.

¹⁸ Brief von Heintz, Peter an Capitani, Silvio de, 6. 10. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

¹⁹ Oscar Dübby war 1962–1969 stellvertretender Generalsekretär beim EDI, danach Präsident der Eidgenössischen Filmkommission. Lerch 2004, S. 820.

und personeller Fragen. So lehnte das EDI den Vorschlag der Sektion Jugend der NSUK, den Juristen Leonhard Rösli als Leiter der Jugendstudie einzusetzen, ab. Rösli war Vorstandsmitglied der SAJV und Sekretär der Auslandschweizerorganisation der NHG. Als deren ehemaliger Verantwortlicher im Bereich Jugend erschien er der NSUK für die Leitung der geplanten Jugendstudie qualifiziert.²⁰ Das EDI hingegen wollte einen «kompetente[n] Professor, der ein Institut hat»,²¹ mit der Aufgabe betrauen. Zugleich äusserte das EDI Vorstellungen zur Art und Ausrichtung der Studie. Diese solle vor allem «praktische Ergebnisse zeitigen u. nicht über Gebühr theoretisieren».²² In den Quellen findet sich keine Begründung für die Ablehnung Rösli. In dem durchaus ambivalenten Anspruch auf einen arrivierten, institutionell an einer Universität verankerten wissenschaftlichen Studienleiter, der eine praxisorientierte, nicht zu theoretische Studie ausarbeiten sollte, zeigt sich jedoch ein für die Schweiz der 1950er- und 60er-Jahre charakteristisches Verständnis von Wissenschaft und Expertentum.²³ Wie ich später ausführlich zeigen werde, sollten wissenschaftliche Experten vor allem technisches oder praxisorientiertes Wissen vermitteln, während gegenüber Intellektuellen allgemein und gegenüber Geistes- und Sozialwissenschaftlern im Speziellen eine gesellschaftlich tief verankerte Skepsis verbreitet war.²⁴

Auf die finanzielle Unterstützung des Bundes angewiesen, kam die NSUK vorerst zumindest dem ersten Teil dieser Forderungen nach und bat den Soziologieprofessor Roger Girod, Mitglied der Sektion Sozialwissenschaften der NSUK, die Leitung der Studie zu übernehmen.²⁵ Girod war Schüler von Jean Piaget, der mit Studien zur Entwicklung der kindlichen Erkenntnis bekannt wurde, und hatte 1952 dessen Nachfolge als Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie an der Universität Genf angetreten.²⁶ Die Wahl eines Soziologen war insofern naheliegend, als die Idee einer soziologischen Jugendstudie seit langem angedacht war. Bereits das erste Projekt der NSUK für eine Jugendstudie war

20 Brief von Bugnion-Secretan, Perle (NSUK) an Düby, Oscar (EDI), 30. 1. 1967, S. 1, BAR, E9500.1#1979/4#111*. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 1. 1967, S. 3, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

21 Handnotiz von Düby, Oscar (EDI) bezüglich Besprechung mit Bugnion-Secretan, Perle (NSUK), 24. 2. 1967, BAR, E3001B#1981/28#408*.

22 Ebd. Weitere Forderung, dass der Bericht ein Arbeitsinstrument für die Jugendverbände und andere direkt Betroffene wie Parlamentarier, Erziehungsdirektoren etc. sein soll. Protokoll NSUK, 27. 2. 1969, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#21*; Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 10. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

23 Ich beziehe mich im folgenden auf einen Expertenbegriff, wie ihn Lutz Raphael und Ariane Leendertz gebrauchen. Raphael definiert Experten als Personen, denen aufgrund ihres Fachwissens sowie ihrer beruflichen Position «Entscheidungsbefugnis beziehungsweise eine gutachterliche Urteilskompetenz über andere» zugewiesen wird. Raphael 1996, S. 167. Es können aber auch Organisationen oder Institutionen den Expertenstatus ihrer Mitglieder verbürgen. Experten sind «Träger von Spezialwissen, das den politischen Instanzen als «relevant» erscheint. Leendertz 2012, S. 345.

24 Walter-Busch 2012, S. 288; Studer 2012, S. 107, 110. Zu Experten im Schweizer Milizsystem der Zwischenkriegszeit aufschlussreich Herren/Zala 2001.

25 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, mit Vorstand SAJV, 12. 5. 1967, S. 2, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

26 Atteslander 1966, S. 15, 18.

von Walo Hutmacher erarbeitet worden, der damals Assistent am Lehrstuhl von Girod war. Girod betraute seinerseits seine Assistenten Michel Bassand und Bernard Crettaz mit der Erarbeitung einer Projektskizze. In einem Brief an den stellvertretenden Generalsekretär des EDI, Oscar Düby, verbürgte er sich für die Eignung und die Qualifikationen der jungen Wissenschaftler: «Je connais fort bien ces deux jeunes sociologues, puis-qu'ils sont mes assistants, après avoir obtenu une licence en sociologie dans d'excellentes conditions. [...] Je suis à leur disposition pour les aider, dans la mesure du possible, à réaliser leur projet.»²⁷ Girod machte im Brief an Düby seine Absicht deutlich, das Forschungsprojekt zu begleiten und die beiden Wissenschaftler zu unterstützen. Aus einem Briefwechsel zwischen dem EDI und der NSUK geht hervor, dass das EDI eine gewisse Kontrolle der jungen Wissenschaftler durch Girod wünschte. So verlangte das Departement etwa, dass diese ihren Arbeitsplan Girod vorlegen sollten.²⁸ Fortan hielt sich Girod allerdings im Hintergrund, während die zwei jungen Soziologen in engem Kontakt mit der NSUK die Hauptarbeit leisteten.²⁹ Zu einem späteren Zeitpunkt stiessen Pierre Arnold und Jean Kellerhals zum Forschungsteam. Arnold war Lizenziand in Soziologie und Kellerhals Oberassistent an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Genf. Das Autorenteam war nun komplett und präsentierte sich als rein männliches, mit einem Durchschnittsalter von unter dreissig Jahren recht junges Westschweizer Gremium.³⁰ Für einen Teil der vier Autoren bedeutete die Studie den Beginn einer akademischen Laufbahn.³¹

Auch das Team, welches das Zürcher Studienprojekt *Zur Unrast der Jugend* ausführte, bestand ausschliesslich aus jungen Männern. Wie Roger Girod hatten nämlich auch die vier Professoren, die von der Externen SKJ für die Erarbeitung einer Studie vorgeschlagen und vom Stadtrat damit beauftragt worden waren, diesen Auftrag an junge Mitarbeiter oder Studenten übergeben. Es waren dies Robert Blancpain und Erich Häuselmann, Ruedi Bautz, Hansruedi Ambühl und Claudio Casparis.³² Heintz und Girod waren damals zusammen mit Richard Behrendt in Bern die einzigen Professoren für Soziologie in der Schweiz. Ihre beschränkten zeitlichen Ressourcen mögen mit ein Grund dafür gewesen sein, dass sie die Studien an Studenten und Assistenten übergaben, die sie als talentiert und fähig erachteten. Heintz hatte bereits die fast gleichzeitig und eben-

27 Brief von Girod, Roger an Düby, Oscar (EDI), 12. 6. 1967, BAR, E3001B#1981/28#408*.

28 Briefwechsel zwischen Bugnion-Secretan, Perle (NSUK) und Düby, Oscar (EDI), 6. 4. 1967 und 21. 4. 1967, BAR, E3001B#1981/28#408*.

29 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, mit Vorstand SAJV, 12. 5. 1967, S. 2, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

30 Schwander, Marcel. Ein Bericht über die verworfene Jugend der Schweiz. In: TA, Nr. 31, 5. 8. 1969, S. 12.

31 Michel Bassand und Jean Kellerhals wurden später Professoren für Soziologie, Bassand ab 1976 am Architekturdepartement der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne und Kellerhals an der Universität Lausanne. Bernard Crettaz war ab 1976 Konservator am Musée d'ethnographie in Genf und promovierte 1979.

32 Vgl. hierzu Kapitel 3.2.

falls an seinem Lehrstuhl entstehende Studie zur «Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft»³³ an seine Studenten Thomas Held und René Levy delegiert.³⁴ Allerdings blieb das Zürcher Professorenteam bei der Erarbeitung der Studien involviert und es war auch für die Kontakte mit der Externen SKJ zuständig.³⁵ Im Unterschied zur Unesco-Studie *Jugend und Gesellschaft* und den Zürcher Studien waren es bei der Studiengruppe des EDI nicht Wissenschaftler, sondern deren Mitglieder selbst, die den Bericht verfassten.³⁶

Mit Bernard Crettaz, Mitautor der Studie *Jugend und Gesellschaft*, hatte in der Studiengruppe aber auch ein junger Soziologe Einsitz. Als Wissenschaftler und Studienautor kam ihm besonderes Gewicht zu. So beriet er die Studiengruppe des EDI zum Vorgehen und er erarbeitete einen Fragebogen, der die Basis für die weitere Arbeit am Bericht bildete.³⁷

Bei allen hier untersuchten Jugendstudien spielten Soziologen also eine wichtige Rolle. Lutz Raphael zeigt, dass die Soziologie in der dritten Phase des Verwissenschaftlichungsprozesses zu einer Leitwissenschaft für Politik und Gesellschaft avancierte, eine Entwicklung, die sich im Bereich Jugend besonders deutlich manifestierte: Waren es ursprünglich vor allem Pädagoginnen und Entwicklungspsychologen, die Jugend untersuchten, wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Soziologie zur neuen Deutungsinstanz für Jugendfragen.³⁸ Damals berühmte und populäre Jugendstudien, wie etwa diejenigen von Helmut Schelsky, fokussierten nicht mehr psychologische Reifeprozesse Jugendlicher, wie dies noch einige Jahre zuvor verbreitet war, sondern untersuchten gesellschaftliche Aspekte und strukturelle Bedingungen, die das Verhalten Jugendlicher bestimmten.³⁹

Misstrauen gegen die Soziologie in der Schweiz

Diese Feststellung kollidiert jedoch mit dem Bild, das die historische Forschung von der Soziologie in der Schweiz zeichnet. Hier dominiert die Meinung, dass für die Schweiz nicht von einem Boom der Sozialwissenschaften gesprochen werden kann, wie ihn Raphael und andere Autoren für westliche Staaten feststellen.⁴⁰ Anders als im übrigen Europa, wo die Soziologie als legitime Deutungsinstanz von Gesellschaft und Politik galt, habe sie in der Schweiz – insbesondere in den deutschsprachigen Regionen und bei staatlichen Akteuren – einen schweren Stand gehabt.⁴¹

33 Held/Levy 1974.

34 Informationsgespräche mit René Levy 1. 12. 2015 und mit Robert Blancpain, 3. 6. 2016.

35 Hierzu ausführlich Kapitel 4.3.

36 Zur Zusammensetzung der Kommission vgl. Kapitel 3.2.

37 Vgl. Kapitel 4.3.

38 Janssen 2010, S. 22, 60, 314; Sander/Vollbrecht 2000, S. 10 f. Zur soziologischen Erforschung von Jugend in den USA und Frankreich: Cicchelli-Pugeault/Chicchelli 2005, S. 179; Sohn 2005a, S. 129 f.

39 Abels 1993, S. 196, 199.

40 Einschlägig zu dieser These: Weber 2014, S. 4; Studer 2012; Walter-Busch 2012.

41 Jost 2007b, S. 99; König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 17.

Zwar wurde auch von der Schweizer Politik und Verwaltung seit Ende der 1950er-Jahre wissenschaftliches Wissen nachgefragt. Das Wirtschaftswachstum und der beschleunigte gesellschaftliche Wandel führten zu einem «Konjunkturdiskurs», der vom Glauben an die Beherrsch- und Kontrollierbarkeit der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse dominiert wurde. In dieser Phase der Planungeuphorie kam es zu Kooperationen zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung und Wissenschaftler waren als Politikberater gefragt. Davon zeugen etwa die in jener Zeit zahlreichen Expertenkommissionen in der Verwaltung.⁴² Allerdings wurde vor allem auf technisches und naturwissenschaftliches sowie praxisnahes Wissen zurückgegriffen. Den Geistes- und Sozialwissenschaftlern, so die verbreitete Forschungsmeinung, sei von Politik, Behörden und in einer breiten Öffentlichkeit hingegen Desinteresse, Skepsis und sogar Misstrauen entgegengebracht worden.⁴³ Speziell von der Soziologie schien ein subversives Potenzial auszugehen und ihr Erkenntnisinteresse, ihre Methoden und ihre Verfahren wurden von politischer Seite als «Ideologiewissenschaft»⁴⁴ bekämpft. Das Formulieren politisch relevanter Fragen vonseiten der Soziologen erschien im politischen Feld als Übergriff.⁴⁵

Die Geschichtswissenschaft bringt für dieses Misstrauen gegenüber den Sozialwissenschaften und der Soziologie in der Schweiz im Speziellen drei Bündel von Erklärungsfaktoren an. Erstens werden strukturelle Ursachen dafür geltend gemacht: So wird das politische Milizsystem als Nährboden für eine antielitäre und antiintellektuelle Haltung verstanden.⁴⁶ In der Schweiz waren nicht Intellektuelle gefragt, die über theoretisches, akademisches beziehungsweise wissenschaftlich basiertes Wissen verfügten, sondern «Praktiker» oder «Persönlichkeiten mit praktischem Sozialwissen».⁴⁷ Prototyp des Schweizer Wissenschaftlers war dabei lange Zeit der Ingenieur. Er galt als «praktisch, nützlich, pragmatisch und durch und durch männlich».⁴⁸ In eine ähnliche Richtung gehen Ansätze, welche die Gründe im schweizerischen Bildungs-, Universitäts- und Wissenschaftssystem orten. In diesem seien die Geistes- und Sozialwissenschaften weniger gefördert worden als die Natur- und technischen Wissenschaften. Die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) war zum Beispiel lange Zeit die einzige vom Bund finanzierte Hochschule, während der

42 Jost 2007b, S. 89; König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 13, 16.

43 Walter-Busch 2012, S. 280, 288. Zur Entwicklung der einzelnen Disziplinen und der innerwissenschaftlichen Dynamik aufschlussreich ist der Sammelband von Honegger/Jost/Burren et al. 2007. Insbesondere der Beitrag von Jost zeigt auf, wie in den 1970er- und 80er-Jahren die Politik- und Wirtschaftswissenschaften im universitären Bereich ausgebaut wurden und diesen Disziplinen eine erhöhte gesellschaftliche Akzeptanz zukam. Jost 2007b, S. 138 f. Zum Ausbau der Soziologie vgl. Jost 2007b, S. 141 f.

44 Atteslander 1966, S. 22. Vgl. auch Levy 1989.

45 Zu diesem Argument ausführlicher Weber 2014, S. 19, 317.

46 Walter-Busch 2012, S. 185, 274, 283, 288.

47 Levy 1989, S. 479; Studer 2012, S. 107, 110; Lengwiler 2002.

48 Honegger/Jost/Burren et al. 2007b, S. 11.

Bund die Ausbildung in allen nichttechnischen Wissenschaften den Kantonen überliess.⁴⁹

Ein zweites Erklärungsmuster macht die Gründe für den prekären Status der Sozialwissenschaften im Klima der geistigen Landesverteidigung aus, die für die Wissenschaften eine Regression bedeutete. «Innovative oder alternative Diskurse» seien während der geistigen Landesverteidigung verpönt gewesen und es hätten «traditionelle und «volksnahe» [...] Werte» dominiert.⁵⁰ Dieser ideologisch gefärbte Widerstand gegenüber der Soziologie erneuerte sich im Kalten Krieg. Die Soziologen galten als «nicht konform» mit den Interessen des Staates und der politischen Kultur und sie wurden verdächtigt, marxistische Ideen zu verbreiten.⁵¹ Sie galten als «nur beschränkt nützlich wenn nicht gar als schädlich», weshalb die gesellschaftlich-politische Nachfrage nach soziologischem Wissen bis in den 1960er-Jahren in der Schweiz äusserst gering war.⁵²

Ein drittes Erklärungsmuster eruierten insbesondere Soziologen selbst in einem in der Schweiz fehlenden Bewusstsein für soziale Probleme und in politischen Gründen. Peter Heintz etwa stellte in der Schweiz grossen politisch-sozialen Konformismus und weitgehende Einigkeit über gesellschaftliche und politische Einstellungen und Ideologien fest. Zudem zeichneten sich die relevanten Machtgruppen durch ein stark institutionalisiertes Zusammenspiel aus, weshalb politische Entscheidungen mehrheitlich determiniert seien.⁵³ René Levy argumentierte ähnlich und machte die Gründe vorderhand in einem vom Bürgertum geprägten Gesellschaftskonzept aus, das sich nicht an Divergenzen orientiere. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Befürchtung hin, dass die Soziologie weitere soziale Probleme definieren und somit die Regierbarkeit erschweren könne.⁵⁴

Die 1968 ebenfalls von der NSUK beauftragte, vom Bundesrat unterstützte und äusserst kontrovers rezipierte soziologische Studie von René Levy und Thomas Held über Frauenfragen⁵⁵ ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie die Öffentlichkeit noch 1974 kaum bereit war, Untersuchungen anzuerkennen, die nicht von vornherein den Erwartungen zentraler gesellschaftlicher und politischer Akteure entsprachen, sondern auch innergesellschaftliche Probleme thematisierten oder Verhältnisse kritisierten. Die Frauenstudie stiess auf heftige öffentliche Kritik, die sich auch auf die Soziologie als solche bezog, galten deren Studien doch als «unschweizerisch und ideologisch verzerrt».⁵⁶

49 Ebd., S. 10 f. Vgl. auch Jost 2007b, S. 89.

50 Jost 2007a, S. 69. Vgl. dazu auch Zürcher 1995b.

51 Jost 2007b, S. 99 f.

52 Levy 1989, S. 470–472.

53 Hierauf verweist Weber 2014, S. 19 f.

54 Levy 1989, S. 477 f. Levys Argumentation wird anschaulich ausgeführt bei Weber 2014, S. 20 und Zürcher 1995a, S. 11.

55 Held/Levy 1974.

56 Levy 1989, S. 472. Vgl. dazu vor allem auch Jost 2007b, S. 99 f., 120; Schumacher/Busset 2001, S. 17 f.

Der Soziologe Michel Bassand, Autor der Studie *Jugend und Gesellschaft*, schrieb bereits 1965 in einem Zeitschriftenartikel, «on se méfie de ces équipes, notamment des sociologues, et nous avons l'impression que l'on redoute des résultats de pareilles enquêtes, dont on méconnaît le sérieux».⁵⁷ Mit genau solchen Vorbehalten waren Bassand und seine Kollegen auch bei der Erarbeitung der hier thematisierten Jugendstudien konfrontiert.⁵⁸

Zum einen wurde ihnen vorgeworfen, dass sie tendenziös seien und eine politisierte, linksideologische Wissenschaft betrieben. An einer Tagung in Magglingen, welche die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* zusammen mit der NSUK organisiert hatten, wurde der Vorwurf laut, die Studie weise einen «caractère <orienté> [...] dirigée [...] dans une optique politique gauche»⁵⁹ auf. Und in einer Rezension der Pro Juventute zu *Jugend und Gesellschaft* wurde kritisiert, «dass die Verfasser dem Gedankengut der Revindikation sehr nahe stehen»⁶⁰ würden. Zum anderen entzündete sich Kritik am Umstand, dass es sich bei den Autoren um Akademiker aus der Westschweiz handelte. Die SAJV monierte zum Beispiel, dass man der «Schweizer Situation» kaum gerecht werden könne, wenn das Projekt ausschliesslich von Akademikern aus der französischen Schweiz durchgeführt werde. So wurde etwa kritisch gefragt, sind Bassand und Crettaz «genügend mit der deutschen Sprache vertraut, um in die deutsch-schweizerische Mentalität einzudringen?».⁶¹ Es wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten durch ihre Herkunft und Ausbildung einen eingeschränkten Fokus auf männliche Studenten aus der Westschweiz und somit keinen Zugang zu jungen Frauen und Deutschschweizer Verhältnissen. In diesem Vorwurf verschränkten sich antiintellektuelle mit sprachregionalen Vorbehalten.

Trotz dieser Vorwürfe und des Widerstands, der den Soziologen entgegengebracht wurde, kam ihnen in der Erarbeitung der hier untersuchten Studien insgesamt eine zentrale Funktion zu. Als Autoren von *Jugend und Gesellschaft* und der Hauptstudie der Zürcher Studien *Zur Unrast der Jugend* oder als Mitarbeiter der Studiengruppe des EDI prägten die Soziologen schliesslich auch die Ergebnisse der Studien massgeblich mit.⁶²

57 Bassand 1965, S. 86 f.; Jost 2007b, S. 100, zeigt, wie auch die Tagespresse die Sozialwissenschaften mit polemischen Kommentaren in ein schlechtes Licht rückte.

58 Zu Kritik an den Autoren vgl. o. A. Erste Schritte zu einer Jugendpolitik. In: National-Zeitung, Nr. 137, 24. 3. 1969; Dokument/Protokoll zur Schweizerischen Leiterkonferenz der SAJV 22./23. 3. 1969, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

59 Brief von NSUK an Mitglieder Arbeitsgruppe Magglingen II, 10. 12. 1971, S. 3, BAR, E9500.1#1984/85#13*.

60 Rezension zu Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971. In: Pro Juventute, Nr. 7/8 (1971), S. 267 f.

61 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, mit Vorstand SAJV, 22. 6. 1967, S. 2, BAR, E9500.1#1979/4#23*. Vgl. auch Diskussion des Berichts an der Schweizerischen Leiterkonferenz SAJV, 22./23. 3. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

62 Vgl. Kapitel 4.3 und 5.1.

Neue Problemwahrnehmungen als Chance für die Soziologen

Der Umstand, dass Soziologen bei der Erarbeitung der hier thematisierten Studien trotz des rauen Klimas, mit dem sie in der Schweiz konfrontiert waren, eine so wichtige Rolle spielten, ist erklärungsbedürftig. Ein erster Erklärungsansatz setzt auf der Ebene der Akteure sowie bei regionalen Unterschieden an. Bereits in den 1960er-Jahren wies der Soziologe Peter Atteslander darauf hin, dass Westschweizer und nicht staatliche Akteure soziologischem Wissen gegenüber aufgeschlossener seien.⁶³ Die regionalen Differenzen in der Wahrnehmung und Beurteilung der Soziologie widerspiegeln sich unter anderem in der Geschichte der Soziologie als universitäres Fach. Während die Institutionalisierung der Soziologie an Deutschschweizer Universitäten äusserst langsam voranging und wegen des Ersten Weltkriegs stagnierte, konnte sich die Disziplin an der Universität Genf bereits früher etablieren.⁶⁴ Dass nicht staatliche Akteure den Sozialwissenschaften gegenüber aufgeschlossener waren, zeigt sich nicht zuletzt auch in der Organisationsstruktur der NSUK. Diese verfügte seit ihrer Gründung über eine Sektion «Sozialwissenschaften», zu einer Zeit, in der diese an den Schweizer Universitäten noch kaum institutionalisiert waren. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass sich die Mitglieder der NSUK und der SAJV – in deren Gremien auch viele Westschweizerinnen und Westschweizer Einsitz hatten – bereits für die ersten Studienentwürfe an einem sozialwissenschaftlichen Vorbild aus Frankreich orientierten und auch für die Studie *Jugend und Gesellschaft* Soziologen beauftragten.

Ein zweiter Erklärungsansatz geht davon aus, dass die Nachfrage nach soziologischem Wissen durch das Auftauchen neuer Problemwahrnehmungen gesteigert wurde. In Kapitel 2 wurde deutlich, dass mit dem Beginn des «bewegten Jahrzehnts»⁶⁵ in den öffentlichen Debatten eine Reihe neuer Problemwahrnehmungen auftauchte und sich ein Bewusstsein für politische, soziale und ökologische Problemlagen bildete.⁶⁶ Dazu gehörte die «68er-Bewegung» ebenso wie die «Fremdarbeiterfrage», die «Frauenfrage», der Jurakonflikt und die Folgen der Hochkonjunktur, darunter beispielsweise die Zersiedelung der Landschaft und Umweltprobleme.⁶⁷ In diesem Kontext fand auch ein diskursiver Wandel im Reden über Jugend statt und es entstanden neue Problemwahrnehmungen von Jugend. Diese neuen «Probleme» konnten offenbar mit bestehenden Deutungsmustern und hergebrachten Strategien nur schlecht erfasst und bewältigt werden.⁶⁸ Es kam zu einer «gesellschaftliche[n] Orientierungskrise»,⁶⁹ in der das Regelvertrauen und die strukturelle Stabilität abnahm. In deren Folge, so der Soziologe René Levy, sei auch bei staatlichen Akteuren die Nachfrage nach

63 Atteslander 1966, S. 15, 18. Vgl. auch Zürcher 1995a, S. 1; Walter-Busch 2012, S. 286.

64 Zürcher 1995a, S. 13; Atteslander 1966, insbesondere S. 18, vgl. auch S. 21.

65 König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 12.

66 Tanner 2015, S. 396.

67 Kupper 2003, S. 342; König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 13; Levy 1989, S. 417, 466 f.

68 Levy 1989, S. 474.

69 Tanner 2015, S. 354, 381.

neuen Deutungsmustern gewachsen. Dies zeige sich etwa daran, dass Ende der 1960er-Jahre erste politische Prognosen beziehungsweise die Anfänge politischer Planung und Gesamtkonzeptionen sowie eine Reihe problemorientierter Auftragsstudien entstanden sind.⁷⁰ In dieser Situation ergab sich für die Soziologen ein Möglichkeitsfenster, sich in die öffentlichen Debatten über diese als neu und problematisch wahrgenommenen Phänomene einzuschalten. Dass Soziologen in der Erarbeitung von Wissen zu Jugend wichtig wurden, ist also auch damit zu erklären, dass sie auf günstige Rahmenbedingungen trafen, um ihr Wissen einzubringen und sich als Experten zu profilieren. Diese Entwicklung hatte der Schweizer Soziologe Peter Atteslander bereits 1966 angedeutet, als er darauf hinwies, dass mit der öffentlichen Verbreitung der Wahrnehmung einer «disparitären Entwicklung in einzelnen Teilen unseres Landes» auch «das Interesse und Verständnis für die Soziologie»⁷¹ wachse. Dieser zweite Ansatz kann erklären, wieso nach 1968 auch Behördenmitglieder sowie Politikerinnen und Politiker Soziologen mit der Produktion von Wissen zu Jugend beauftragten.

Es ist schliesslich anzunehmen, dass die Jugendstudien auf die Stellung der Soziologie in der Schweiz zurückgewirkt haben. Die soziologischen Institute in Zürich und in Genf konnten durch solche Auftragsstudien, die in Öffentlichkeit und Politik, bei Behörden sowie in den Massenmedien auf grosses Interesse stiessen, ihren Bekanntheitsgrad und damit ihr Renommee und indirekt auch die Position der Soziologie stärken. Es ist plausibel, dass damit auch weitere Nachfrage nach sozialwissenschaftlichem Wissen stimuliert werden konnte.⁷² Dies scheint auch für das erst 1966 gegründete und bei der Entstehung der Zürcher Studien noch junge soziologische Institut der Universität Zürich der Fall gewesen zu sein. Rückblickend massen Peter Heintz und Erich Häuselmann Auftragsstudien, wie es die soziologische Zürcher Jugendstudie war, grosse Bedeutung für die Etablierung des Instituts bei. Zehn Jahre nach dessen Gründung hielten sie in einem Überblick über die Forschungs- und Lehrtätigkeit des Instituts fest, dass dieses zur Ausweitung seiner Forschungstätigkeit massgeblich auf den Austausch mit der Aussenwelt und auf externe Finanzierungsmöglichkeiten angewiesen gewesen sei.⁷³ Neben der Jugendstudie war es insbesondere die fast zeitgleich durchgeführte und kurz zuvor publizierte Studie zur «Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft» von René Levy und Thomas Held, die in der Öffentlichkeit Aufsehen – und vorerst vor allem massive Kritik – erzeugt hatte. Eine weitere Gruppe von Studien, die wohl eher in politischen sowie Expertenkreisen bekannt war, mit denen das Zürcher Institut aber auch seine Relevanz für

⁷⁰ Levy 1989, S. 472.

⁷¹ Atteslander 1966, S. 25 f.

⁷² Vgl. Stotzer 2002, S. 46, 95, die in Bezug auf das soziologische Institut Bern sehr ähnlich argumentiert.

⁷³ Als Auftragsstudien, die das soziologische Institut der Universität Zürich ausgeführt hat, nannten Häuselmann/Heintz 1976, S. 16, neben der Untersuchung *Zur Unrast der Jugend* weitere Studien. Diese seien vom Kanton Zürich (ein Projekt), vom Schweizerischen Nationalfonds (vier Projekte) und vom Bund (vier Projekte) finanziert worden.

die Praxis demonstrieren konnte, waren verschiedene Lärmstudien, darunter zu Fluglärm um die Flughäfen Zürich, Basel und Genf sowie zu Bahn- und Strassenlärm.⁷⁴ Auch der Soziologe René Levy erachtet diese Auftragsstudien für die Sichtbarkeit des Instituts rückblickend als äusserst wichtig.⁷⁵ In einem Aufsatz von 1989 hatte Levy diese als Startschuss für eine Entwicklung interpretiert, in der zum ersten Mal in der Geschichte der Schweiz «politische Nachfrage nach sozialem Fachwissen»⁷⁶ entstanden sei. Die Relevanz der Jugendstudie für das Soziologische Institut mag mit ein Grund sein, wieso Heintz diese trotz grossen Drucks von aussen durchführen wollte und er sich auch gegen massiven politischen Widerstand durchsetzte.⁷⁷ Eine Auftragsstudie, die in der Öffentlichkeit grosse Beachtung erfuhr, war eine Gelegenheit, die Heintz nicht verpassen durfte. Schliesslich waren die Studien auch mitverantwortlich dafür, dass sich die Soziologen im Politikfeld Jugend als Experten profilieren konnten. So wurden die an den Studien beteiligten Soziologen auch später in verschiedene Kommissionen und Gremien gewählt, die sich mit Jugendfragen befassten. Der Soziologe Peter Heintz wurde beispielsweise zusammen mit dem Pädagogen Konrad Widmer von der Studiengruppe des EDI eingeladen und angehört. Und der Soziologe Robert Blancpain erarbeitete 1978 zuhause des Zürcher Sozialamtes erneut ein soziologisches Porträt der Zürcher Jugend. Weiter wurde er als Mitglied in die Regierungsrätliche Kommission Jugendpolitik des Kantons Zürich gewählt, die 1981/82 einen Jugendbericht verfasste.⁷⁸

Insgesamt ergibt sich vom Status der an den Jugendstudien involvierten Soziologen ein differenzierteres Bild als es die zwei in der Forschung dominanten Narrative vermitteln. Weder kam den Soziologen unhinterfragt Autorität zu, noch wurde deren Wissen ausschliesslich und kategorisch abgelehnt. Vielmehr war ihre Position höchst ambivalent und fragil: Zum einen wurden die Soziologen stark kritisiert und ihre wissenschaftliche Autorität und Objektivität regelmässig infrage gestellt. Zum anderen nahmen sie bei allen hier thematisierten Studien eine wichtige Rolle ein und waren auch als Experten in politischen Gremien gefragt. Dieser Blick auf den ambivalenten Status der Soziologen wird im nächsten Unterkapitel vertieft. Dort untersuche ich im Detail die Aushandlungsprozesse zwischen den Wissenschaftlern einerseits und Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Behörden andererseits.

74 Darunter Graf, Peter/Meier, Hans-Peter/Müller, Richard. Sozio-psychologische Fluglärmuntersuchung im Gebiet der drei Schweizer Flughäfen Zürich, Basel, Genf. Bern 1974. Diese Informationen verdanke ich René Levy, Informationsgespräch vom 18. 4. 2018.

75 Informationsgespräch mit René Levy, 1. 12. 2015. Gemäss Levy erzeugte die Studie zur Stellung der Frau am meisten öffentliche Aufmerksamkeit, gefolgt von der Jugendstudie sowie den Lärmstudien. Informationsgespräch mit René Levy, 18. 4. 2018.

76 Levy 1989, S. 471 f., zitiert in Stotzer 2002, S. 63. Vgl. auch Informationsgespräche mit René Levy, 1. 12. 2015 und 18. 4. 2018.

77 Zum politischen Druck ausführlich Kapitel 4.2.

78 Regierungsrätliche Kommission Jugendpolitik 1982. Kommission und Bericht kamen aufgrund einer Motion zustande. Vgl. Blancpain/Schmid 1985, S. 200. Vgl. hierzu auch Informationsgespräch mit Robert Blancpain, 3. 6. 2016.

4.2 Auseinandersetzungen zwischen Politikern und Wissenschaftlern

Die Ambivalenz des Status der Soziologen wurde dadurch verstärkt, dass die Jugendstudien von ihren Autoren nicht im Alleingang entworfen und erarbeitet wurden, sondern an einer Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Behörden entstanden. Bei der Studie *Jugend und Gesellschaft* hatten die Sektion Jugend der NSUK sowie der Vorstand der SAJV Mitsprache. Über die Mitglieder der SAJV hatte überdies ein breites gesellschaftspolitisches Spektrum an Akteuren, wie die politischen Parteien oder die Landeskirchen, Anteil an diesem Aushandlungsprozess. Bei der Planung und Erarbeitung der Zürcher Jugendstudien *Zur Unrast der Jugend* war die Externe SKJ bei strategischen und inhaltlichen Fragen massgeblich involviert. Und auch die Studiengruppe des EDI verfasste ihren Bericht im Austausch mit Politikern, Vertreterinnen der Jugendverbände und Wissenschaftlern. An der Entstehung der Jugendstudien waren also ganz unterschiedliche Akteure beteiligt, die ihre je eigenen Interessen, Erfahrungen und Arbeitsweisen einbrachten. In Anlehnung an Pierre Bourdieus Kapitaltheorie kann diese Akteurkonstellation als ein einem physikalischen «Kräftefeld» ähnlicher Raum vorgestellt werden, in dem unterschiedliche Kräftebeziehungen herrschten und in dem die Akteure um Interessen, Glaubwürdigkeit sowie um Definitions- und Legitimationsmacht über die Spielregeln konkurrierten.⁷⁹

Solche Aushandlungsprozesse zwischen Wissenschaftlern, Politikern und Behördenmitgliedern stehen im Mittelpunkt dieses Unterkapitels. Es schliesst an Forschungsarbeiten an, die das Modell der «Verwissenschaftlichung des Sozialen» erweitern. Rund zehn Jahre nach der Veröffentlichung des paradigmatischen Aufsatzes von Lutz Raphael im Jahr 1996 begannen verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu kritisieren, dass die Rede von der «Verwissenschaftlichung» eine unilineare Bewegung suggeriere, die von den Wissenschaften ausgehe. Sie impliziere eine deutliche Hierarchie zwischen wissenschaftlichem und nicht wissenschaftlichem Wissen und eine eindeutige Unterscheidung zwischen wissenschaftlichen Experten und Laien. Die Experten, so die Vorstellung, würden ihr in einem akademischen Kontext produziertes Wissen zur Verfügung stellen, ohne dass ihre Position dabei tangiert oder infrage gestellt wird, und nicht wissenschaftliche Akteure, wie Politiker oder Behördenmitglieder, würden es übernehmen und verwenden.⁸⁰

Als gewinnbringender betrachten Lengwiler und andere Autoren Modelle, die von einer wechselseitigen Beeinflussung zwischen wissenschaftlicher Forschung und nicht wissenschaftlichem Kontext ausgehen. Aus ihrer Sicht ist das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik beziehungsweise Gesellschaft in weiterem Sinne interaktionistisch und von starken Wechselwirkungen geprägt,

79 Bourdieu 1998, S. 20. Er beschreibt das «Kräftefeld» als «Ort einer Konkurrenz um die Macht». Bourdieu 2001a, S. 13, 15, 49. Vgl. auch Bourdieu 2001b, S. 13.

80 Diese Forschungsmeinung wird kritisch referiert von Lengwiler 2010, S. 51; Lengwiler 2005, S. 169 f.; Ziemann/Wetzell/Schumann et al. 2012, S. 9. Vgl. auch Felt 2000, S. 191.

die Produktion von Wissen im Schnittfeld von Wissenschaft und Gesellschaft angesiedelt und dabei stets durch Blockaden und Umwege geprägt.⁸¹ Ulrike Felt bezeichnet solche Schnittfelder als «Hybridräume». Darin entstehe Wissen, das in «herkömmlichen Strukturen», das heisst in einem rein akademischen Kontext, so nicht produziert würde.⁸²

Basierend auf diesen Überlegungen sowie vor dem Hintergrund von Bourdieus Begriff des «Kräftefelds» interessiert mich in Bezug auf die Schweizer Jugendstudien insbesondere die Frage nach dem Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und anderen Akteuren, wie zum Beispiel den Auftraggebern der Studien: Wie gestalteten sich die Aushandlungsprozesse um Definitions- und Legitimationsmacht zwischen ihnen? Welche Interessen brachten die verschiedenen Akteure ein und welcher Strategien bedienten sie sich in der Auseinandersetzung um Glaubwürdigkeit und Deutungshoheit über die Spielregeln bei der Erarbeitung der Studien?

Im Vordergrund der Betrachtungen steht das Zürcher Studienprojekt. Dieses bietet sich als Exempel einerseits aufgrund der guten Quellenlage an. Die vollständig erhaltenen Protokolle der Externen SKJ, die Korrespondenz zwischen Wissenschaftlern, Kommissionsmitgliedern und Politikern sowie die Beschlüsse politischer Gremien geben Einblick in die Ansichten und Absichten der beteiligten Akteure und in die Konflikte. Die Konzentration auf eine Studie ermöglicht es andererseits, die Interaktionen und Dynamiken zwischen Wissenschaftlern, Politikern und Behördenmitgliedern im Detail zu untersuchen.

Im ersten Teil steht die Frage nach dem Status der Wissenschaftler im Mittelpunkt. Anhand der zahlreichen Debatten um die Einsetzung von vier Zürcher Professoren für die Studien *Zur Unrast der Jugend* kann gezeigt werden, dass den Wissenschaftlern nicht unhinterfragt Expertenstatus zukam, sondern dass sie dauernd um Glaubwürdigkeit und Autorität rangen. So kann denn auch nicht von einem linearen Wissenstransfer die Rede sein, bei dem Behördenmitglieder und Politikerinnen die Erarbeitung der Studien an die Wissenschaftler übergeben und deren Ergebnisse übernehmen. Vielmehr stellte die Phase der Planung und teilweise auch die Erarbeitung der Studien ein Feld dar, in dem um Interessen sowie Definitions- und Legitimationsmacht über die Spielregeln gestritten wurde, nach denen die Studien erstellt werden sollten. Dies ist Thema des zweiten Teils. Drittens zeige ich, dass weder die Wissenschaftler noch die Politiker und Behördenvertreter ihre Spielregeln eigenmächtig durchsetzen konnten. Vielmehr waren sie aufeinander angewiesen und mussten Kompromisse schliessen, um Blockaden zu verhindern. Der vierte Teil thematisiert die Strategien der Wissenschaftler, um sich vom politischen Einfluss zu distanzieren und ihre Glaubwürdigkeit zu festigen. Ich werde zeigen, wie sie dies über die Berufung auf wissenschaftliche Regeln und ein wissenschaftliches Objektivitätsideal versuchten.

81 Lengwiler 2010, S. 51; Lengwiler 2005, S. 170; Reinecke/Mergel 2012, S. 13. Sehr ähnlich Ash 2010, S. 11, 15; Kruke/Woyke 2010, S. 7.

82 Felt 2000, S. 183, 187.

Um Aussagen über die Zürcher Fallstudie hinaus zu ermöglichen, werden die Ergebnisse am Schluss dieses Unterkapitels mit kurzen Ausführungen zu den Aushandlungsprozessen bei der Erarbeitung der Studie der NSUK und der SAJV und des Berichts der Studiengruppe des EDI ergänzt.

Befangen und unglaublich – Vorwürfe an das Zürcher Wissenschaftlerteam

Die Externe SKJ bildete die Drehscheibe der verschiedenen an den Zürcher Studien beteiligten Personen und Gremien sowie die Schnittstelle zwischen wissenschaftlichem Know-how und politischem Denken und Handeln. Wie bereits gezeigt, bestand sie aus Personen aus der Verwaltung, Gemeinderäten unterschiedlicher Parteien, Personen, die beruflich mit Jugend zu tun hatten, sowie Wissenschaftlern. Mit dem Team der vier Zürcher Professoren trat eine weitere Akteurgruppe in diesen «Hybridraum» ein.

Die Mitglieder der Externen SKJ, das Team der vier Professoren und die von ihnen mit der Erarbeitung der Studien beauftragten jungen Wissenschaftler konstituierten einen heterogenen und temporären Zusammenschluss, um Wissen über Jugend zu erarbeiten. In der Vorbereitungsphase der Studie nahm insbesondere Peter Heintz eine zentrale, dadurch auch stark exponierte Funktion ein, unter anderem auch weil er unterschiedliche Rollen auf sich vereinigte. So war er einerseits ein politisch gewähltes Mitglied der Kommission, andererseits ein Vertreter der Wissenschaft, der von der Kommission mit der Studie beauftragt wurde. Zudem fungierte er als Vermittler und Bindeglied zwischen der Kommission und dem Wissenschaftlerteam.⁸³ So informierte er die Kommission über den Ablauf und die verschiedenen Etappen einer wissenschaftlichen Untersuchung oder er erläuterte, wie ein Fragebogen konzipiert und interpretiert wird.⁸⁴ In dieser Scharnierfunktion war Heintz besonders stark mit den Herausforderungen konfrontiert, die sich aus dem Zusammenkommen unterschiedlicher Ansprüche, Interessen und den unterschiedlichen Arbeits- und Denklagen von Politik und Wissenschaft ergaben.

Als Heintz vom Zürcher Stadtpräsidenten Sigmund Widmer in die Kommission gewählt wurde, war er bereits ein erfahrener und arrivierter Wissenschaftler. Dennoch wurde seine wissenschaftliche Autorität und Glaubwürdigkeit fortwährend infrage gestellt und es wurden ihm Befangenheit und mangelnde Objektivität vorgeworfen. Seine Wahl sowie die seiner Kollegen war nicht nur im Regierungsrat umstritten gewesen. Bereits im Spätsommer 1968, kurz nach der Konstituierung der Externen SKJ, kritisierte ein Mitglied den im Raum stehenden Vorschlag, Heintz mit der wissenschaftlichen Untersuchung zu betrauen, und forderte, dass eine «ausserstehende Person» damit beauftragt werden müsse. Als Mitunterzeichner des «Zürcher Manifests», das nach dem «Globuskrawall»

83 Zur Funktion von Einzelpersonen als «Mittler und Übersetzer» zwischen den «unterschiedlichen Denklagen, Rationalitäten und Sprachen» von Wissenschaft und Politik: Leendertz 2012, S. 340.

84 Vgl. Protokoll Externe SKJ, 9. Sitzung, 3. 10. 1968, S. 2 f., StArZH, V.B.a.39.

von einer überparteilichen Gruppe von Intellektuellen verfasst worden ist, zu Besinnung aufrief und unter anderem Verzicht auf Sanktionen gegen die Jugendlichen forderte, sei Heintz «zu stark engagiert», um «als unvoreingenommen zu gelten»,⁸⁵ so die Begründung. Weiter wurde die Befürchtung geäußert, dass Zürcher Wissenschaftler «die Probleme allzusehr vom Zürcher Blickwinkel aus»⁸⁶ betrachteten. Die Externe SKJ diskutierte deshalb ausführlich darüber, «ob es im Interesse möglicher wissenschaftlicher Objektivität angezeigt wäre, die Untersuchung durch ausländische oder nicht in Zürich tätige schweizerische Wissenschaftler durchführen zu lassen, die zu den Ereignissen im Juni 1968 grössere geografische und möglicherweise auch persönliche Distanz hätten».⁸⁷ Das Argument, dass zentrale Grundsätze wissenschaftlicher Forschung wie Unparteilichkeit und Unabhängigkeit bei Wissenschaftlern aus Zürich aufgrund ihrer Nähe zum «Globuskrawall» nicht gewährleistet seien, betraf also nicht nur Heintz, sondern setzte Zürcher Wissenschaftler allgemein unter Generalverdacht. Möglicherweise war dieses Argument aber auch nur ein Vorwand, um Heintz die Untersuchung zu entziehen.

Schliesslich konnten diejenigen, die den Auftrag an ein Zürcher Team vergeben wollten, darunter insbesondere Heintz selbst, die Kommission davon überzeugen, dass eine Untersuchung durch auswärtige Wissenschaftler vor allem Nachteile mit sich bringen würde. Die Vergabe des Auftrags an ausländische Wissenschaftler, so die Begründung, würde mehr Aufwand und mehr Kosten bedeuten. Die Universitäten Lausanne und Genf schloss die Kommission aus sprachlichen Gründen aus. Die Universitäten Bern und Basel kämen nicht infrage, da in der Pädagogik und der Soziologie «nicht so spezialisierte, mit dieser Art von Analysen vertraute Forscher zur Verfügung [stünden]»⁸⁸ wie an der Universität Zürich. Zudem deuteten die Befürworter eines Zürcher Teams die Kritik an dessen persönlicher und geografischer Nähe zu einem Vorteil um. Sie argumentierten, dass die Zürcher Probleme von auswärtigen Wissenschaftlern, «die unser psychologisches Klima nicht kennen, kaum genügend berücksichtigt werden»⁸⁹ könnten.

Im November 1968 stimmten die Mitglieder der Externen SKJ über diesen Sachverhalt ab, wobei sich eine Mehrheit für das Zürcher Team aussprach. Dar-

85 Protokoll Externe SKJ, 6. Sitzung, 12. 9. 1968, S. 1, StArZH, V.B.a.39. Vgl. auch Protokoll Externe SKJ, 7. Sitzung, 19. 9. 1968, S. 1, StArZH, V.B.a.39.

86 Protokoll Externe SKJ, 11. Sitzung, 14. 11. 1968, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

87 Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39. Vgl. auch Protokoll Externe SKJ, 10. Sitzung, 7. 11. 1968, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

88 Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39. Vgl. auch Protokoll Externe SKJ, 10. Sitzung, 7. 11. 1968, S. 2, StArZH, V.B.a.39. Heintz stellte auch Alternativen vor: Wollte man ein Schweizer Institut berücksichtigen, so komme nur das soziologische Institut der Universität Bern unter der Leitung von Professor Kurt Meier infrage. Als Psychologen schlug er den Zürcher Professor Ulrich Moser vor.

89 Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39.

aufhin schlug die Kommission dem Stadtrat vor, die Zürcher Professoren Heintz, Niederer, Widmer und Moser mit der Untersuchung zu betrauen.⁹⁰

Nun ertönten dieselben Vorbehalte gegenüber der Eignung der Zürcher Professoren aus dem Regierungs- und Gemeinderat. Mitglieder beider Räte äusserten Unmut über die Einsetzung von Zürchern. Wie bereits einzelne Angehörige der Externen SKJ waren auch sie der Ansicht, dass ihnen «die erforderliche Unabhängigkeit»⁹¹ fehle, wobei sie sich derselben Vorwürfe bedienten: Befangenheit aufgrund ihrer Nähe zum «Globuskrawall» sowie Parteilichkeit, weil sie «zu den fraglichen Vorfällen schon prononciert Stellung bezogen hatten»,⁹² wie ein Gemeinderat monierte. Auch er spielte damit auf das «Zürcher Manifest» an, das von Heintz und Niederer unterzeichnet worden war.

Aufgrund dieser Vorbehalte liess der Regierungsrat im Frühsommer 1969 abklären, auf welche Weise die Jugendstudie «möglichst unabhängig durchgeführt werden könnte».⁹³ Regierungsrat Walter König (LdU) wandte sich dazu direkt an den Rektor der Universität Zürich mit der Frage, ob dieser einen «unabhängigen», nicht aus Zürich stammenden Experten empfehlen könne.⁹⁴ Als Ersatz für die Zürcher Wissenschaftler waren zeitweilig auch Soziologen der Universität Bern im Gespräch. Allerdings gab es auch gegenüber diesem Vorschlag Vorbehalte. Derselbe Gemeinderat, der bereits die Einsetzung von Zürcher Professoren kritisiert hatte, wehrte sich nun dagegen, Soziologen mit der Studie zu beauftragen. Diese würden immer wieder Gefahr laufen, «in eminent politische Auseinandersetzungen verwickelt zu werden».⁹⁵ Dieses Zitat verweist darauf, dass es nicht nur um die räumliche Nähe der Zürcher Wissenschaftler zum «Globuskrawall» und um ihre angebliche Parteilichkeit ging, sondern dass sich der Widerstand auch gegen eine soziologische Untersuchung als solche richtete.

Nach den Jugend- und Studentenunruhen 1968 war der Vorwurf, die Soziologie sei eine politisierte Wissenschaft, besonders virulent.⁹⁶ Mit Forschungsthemen wie sozialer Wandel, soziale Konflikte und einer gesellschaftskritischen Perspektive wurde die Soziologie zur beliebten Wissenschaft für Vertreter der neuen sozialen Bewegungen.⁹⁷ Die soziologische Literatur galt in den Augen vieler Po-

90 Protokoll Externe SKJ, 10. Sitzung, 7. 11. 1968, S. 2 f., StArZH, V.B.a.39. Die Kommission beschloss mit sieben Stimmen bei zwei Enthaltungen, dem Stadtrat ein Team der Universität Zürich mit der Durchführung der Analyse vorzuschlagen. Die zweite Abstimmung fand am 14. 11. 1968 statt. Protokoll Externe SKJ, 11. Sitzung, 14. 11. 1968, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

91 Zitiert in Brief von Heintz, Peter an Dekan der Fakultät Phil. I, Universität Zürich, 29. 4. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

92 Brief von Capitani, Silvio de an Heintz, Peter, 26. 11. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

93 Regierungsrat Kanton Zürich an Stadtrat Zürich, 5. 6. 1969, S. 1, StArZH, V.B.c.64:13.3. Vgl. auch Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 4. 6. 1969, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

94 Protokoll Externe SKJ, 19. Sitzung, 29. 5. 1969, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

95 Brief von Capitani, Silvio de an Heintz, Peter, 26. 11. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3. Vgl. dazu auch Stotzer, die zeigt, dass in Bern die Soziologiestudenten ein wichtiger Teil der Berner Jugendbewegung waren. Stotzer 2002, S. 71 f.

96 Honegger 2012, S. 669 f.

97 Bude 1994, S. 246, 250; Honegger 2012, S. 669 f.

litiker deshalb als theoretisches Rüstzeug, das die Jugendlichen zur Revolution anstachle. Den Soziologen wurde zudem vorgeworfen, bei den 68er-Unruhen direkt beteiligt gewesen zu sein oder diese zumindest befürwortet zu haben.⁹⁸ In Zürich etwa wurden Studierende und Assistierende des soziologischen Instituts verdächtigt, beim «Globuskrawall» im Hintergrund die Fäden gezogen zu haben.⁹⁹ In dieser Hinsicht waren die Auseinandersetzungen um die Wissenschaftler stets auch ein Konflikt zwischen Politikern unterschiedlicher Ausrichtung. Es waren primär FDP-Politiker die sich dagegen wehrten, dass Soziologen an der Studie mitarbeiteten, aus Angst, dass sie «die Befragten in tendenziöser Weise beeinflussen»¹⁰⁰ könnten.

In der Externen SKJ gab es neben den bereits erwähnten Kritikern aber auch Stimmen, die solche Einwände als Vorwand abtaten und die Gründe dafür im «Unbehagen von [sic] evtl. unangenehmen Resultaten»¹⁰¹ eruierten. Diese Kommissionsmitglieder stellten sich vorbehaltlos auf die Seite des Zürcher Wissenschaftlerteams. Sie kritisierten die Anfrage des Regierungsrats beim Rektor der Universität Zürich wegen eines unabhängigen Wissenschaftlers als «ungerechtfertigtes Misstrauensvotum» gegenüber den Wissenschaftlern und wehrten sich mit ihnen gegen die Angriffe.¹⁰² Tatsächlich gab es auch grundsätzlichen Widerstand gegenüber einer wissenschaftlichen «Problemlösung». So herrschte weder im Stadt- noch im Regierungsrat «heisse Begeisterung für diese wissenschaftliche Untersuchung»,¹⁰³ wie es ein Stadtrat formulierte. Von einigen Politikern wurde der Nutzen der Untersuchung angezweifelt, sie galt als «Flucht in die Expertisen», anstatt sich den Problemen direkt zu stellen.¹⁰⁴ Auch Heintz interpretierte das Vorgehen des Regierungsrats als Ablehnung der Untersuchung.¹⁰⁵ Schliesslich gab es in der Externen SKJ Stimmen, die eine Untersuchung, die «nur im «Elfenbeinturm» der Universität» – also nach rein wissenschaftlichen Regeln und unter Ausschluss der Kommission – zustande komme, zurückwiesen. Sie erachteten solcherart erarbeitetes Wissen als nur bedingt nützlich für die Praxis und verwiesen darauf, dass es in der Verwaltung weder Beachtung noch Verwendung fände.¹⁰⁶ Diese teilweise gehässigen Auseinandersetzungen drangen über die Massenmedien an die Öffentlichkeit. Insbesondere Zeitungen, die dem linken politischen Spektrum zuzuordnen sind, nahmen auf pointierte Art und Weise für die Untersuchung und für die Zürcher Wissenschaftler Partei. Das *Volksrecht*

⁹⁸ Vgl. hierzu Jost 2007b, S. 99 f.

⁹⁹ Brief von Capitani, Silvio de an Heintz, Peter, 26. 11. 1969, S. 2, StArZH, V.B.c.64:13.3.

¹⁰⁰ Protokoll Externe SKJ, 9. Sitzung, 3. 10. 1968, S. 4, StArZH, V.B.a.39.

¹⁰¹ Protokoll Externe SKJ, 24. Sitzung, 17. 10. 1969, S. 5, StArZH, V.B.a.39.

¹⁰² Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 4. 6. 1969, StArZH, V.B.a.39.

¹⁰³ Protokoll der Aussprache zwischen Vertretern des Stadtrates und der externen und internen Studienkommission für Jugendfragen sowie der Verwaltung, 23. 6. 1969, S. 9, StArZH, V.B.a.39.

¹⁰⁴ Ebd., S. 8.

¹⁰⁵ Protokoll Externe SKJ, 19. Sitzung, 29. 5. 1969, S. 7, StArZH, V.B.a.39.

¹⁰⁶ Protokoll Externe SKJ, 1. Sitzung, 14. 8. 1968, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 24. Sitzung, 17. 10. 1969, S. 6, StArZH, V.B.a.39.

interpretierte die Vorbehalte der Kritiker als «Angst vor dem ungeschminkten Ergebnis» und *Die Tat* fühlte sich gar an totalitäre Gesellschaften erinnert, in denen «unliebsame Professoren» in Konzentrationslager geschickt wurden.¹⁰⁷ In diesem Widerstand und den geäusserten Vorbehalten gegenüber einer wissenschaftlichen Untersuchung zu Jugend zeigt sich aber nicht nur ein politischer Konflikt zwischen links und rechts, sondern auch ein in der Schweiz latenter Antiintellektualismus, wie er im letzten Unterkapitel thematisiert wurde.

Wissenschaftliche oder politische Spielregeln?

Diesen Auseinandersetzungen um die Eignung und die Glaubwürdigkeit der Wissenschaftler lagen Konflikte um Deutungsmacht über die Spielregeln zugrunde, nach denen die Studien erstellt werden sollten. Die an der Erarbeitung der Studie beteiligten Personen brachten unterschiedliche Interessen, Denk- und Arbeitslogiken ein. Dabei galten die Gültigkeitskriterien, nach denen die Akteure gewöhnlich arbeiteten, im «Hybridraum», in dem die Studien entstanden, nur beschränkt. Die Wissenschaftler konnten zum Beispiel nicht einfach nach den Regeln arbeiten, die im Universitäts- und Forschungsalltag galten, und waren auch mit ausserwissenschaftlichen Kriterien und Bedingungen konfrontiert. Sie mussten auf politische Forderungen und Beschlüsse sowie auf behördliche Abläufe Rücksicht nehmen und waren bei wichtigen Entscheidungen auf die Unterstützung der Externen SKJ und die Zustimmung der politischen Behörden angewiesen. Wie reagierten Heintz und die anderen Wissenschaftler auf dieses Dilemma und die Angriffe auf sie? Wie gingen sie damit um, dass ihre Autorität keineswegs gegeben, sondern äusserst brüchig war?

Zum einen argumentierte Heintz mit seinem Know-how und damit, dass die Externe SKJ die Studie ohne seine Expertise nicht erstellen könne. So drohte Heintz als Reaktion auf die Angriffe auf ihn und sein Institut wiederholt mit dem Austritt aus der Kommission. Auf den Brief von Regierungsrat König an den Rektor der Universität Zürich reagierte er beispielsweise seinerseits mit einem Schreiben an das Dekanat der philosophischen Fakultät. Darin warnte er davor, dass sein Ausscheiden das Scheitern der geplanten Untersuchung bedeuten würde. Ein auswärtiger Soziologe sei nämlich «schon rein praktisch nicht in der Lage, die Untersuchung durchzuführen». Zudem werde ein externer Soziologe nach diesen Vorfällen «aus Gründen des Berufsethos» den Auftrag nicht mehr annehmen.¹⁰⁸ Dass Heintz trotzdem am Auftrag festhielt und nicht wie angedroht aus der Kommission zurücktrat, hat möglicherweise mit der Bedeutung der Untersuchung für sein junges, 1966 gegründetes Institut zu tun.¹⁰⁹ Solche Reaktionen deuten aber auch auf eine beachtliche Reputation von Heintz hin. Er konnte es sich leisten, Druck aufzubauen, und es gelang ihm schliesslich, seine Interessen auch gegen Widerstand durchzusetzen.

¹⁰⁷ Zitiert in Brief von Heintz, Peter an Capitani, Silvio de, 6. 10. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

¹⁰⁸ Protokoll Externe SKJ, 19. Sitzung, 29. 5. 1969, S. 5, StArZH, V.B.a.39.

¹⁰⁹ Vgl. hierzu Kapitel 4.1.

Zum anderen versuchten die Professoren auf verschiedene Weisen wissenschaftliche Autorität und Glaubwürdigkeit zu erlangen. So machten sie ihre weitere Mitarbeit beispielsweise von einer öffentlichen Erklärung des Stadtrats abhängig, welche die vier Professoren als unbefangen deklarieren sollte.¹¹⁰ Weiter versuchten die Wissenschaftler, grössere Deutungshoheit über die Erarbeitung der Studien zu erlangen und wissenschaftliche Spielregeln durchzusetzen. So machten sie den Vorschlag, die Untersuchung aus dem Rampenlicht von Politik und Öffentlichkeit zu ziehen, damit auf «rein wissenschaftliche Art» gearbeitet werde könne.¹¹¹ Da die Externe SKJ in ihren Augen zu schwach war, um die Untersuchung vor politischem Druck zu schützen, wollten sie Rahmenbedingungen schaffen, wie sie sie im universitären Kontext gewohnt waren. Dazu gehörte die Forderung, die Forscher unabhängig, ohne politische oder öffentliche Einmischung arbeiten zu lassen. Um die Studie dem Einfluss der Politiker und der Kommission zu entziehen, verlangten die Wissenschaftler weiter, dass die Untersuchung nicht mehr durch Stadt und Kanton, sondern ausschliesslich durch den Nationalfonds finanziert werden solle, da dieser politisch unabhängig sei.¹¹²

Weiter forderten sie, dass die Externe SKJ «ausdrücklich keine Kontrollfunktionen gegenüber der Forschungsgruppe»¹¹³ mehr ausüben dürfe. In einer schriftlichen Stellungnahme hielten die vier Professoren im Oktober 1969 fest, dass sie nicht bereit seien, «die Untersuchung [...] unter politischem Druck durchzuführen», und sie weigerten sich, unter diesen Bedingungen die Verantwortung für die Untersuchung zu übernehmen. Als Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit forderten sie, dass wichtige Etappen im Produktionsprozess der Studien wie die Erarbeitung des Fragebogens und das Verfassen der Schlussberichte alleine den Wissenschaftlern zu überlassen seien. Sie forderten Autonomie bei der Auswahl der Mitarbeiter, der Verfügung über die Kredite, der Kontrolle der Interviews und beim Zeitplan. Zwar akzeptierten die Professoren, die Externe SKJ über den Stand der Arbeit zu informieren, ihre Vorschläge zu prüfen und, falls diese mit «den wissenschaftlichen Anforderungen der Untersuchung vereinbar sind», zu berücksichtigen. Als weitere Bedingung forderten die Professoren allerdings, dass die «letzte Entscheidung» über den Inhalt des Fragebogens und über den Analyseplan bei ihnen liegen müsse. Sie wollten eine verbindliche Antwort der Behörden und forderten vom Stadtpräsidenten, die formulierten Bedingungen «ausdrücklich» in seinem Auftrag zu nennen.¹¹⁴

110 Schriftliche Stellungnahme der Professoren Heintz, Moser und Widmer. In: Protokoll Externe SKJ, 24. Sitzung, 17. 10. 1969, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

111 Ebd., S. 9.

112 Ebd., S. 2 f., 9. Der Stadtrat solle das bereits eingereichte Gesuch an den Nationalfonds zurückziehen. Danach wollten die vier Professoren einen neuen Antrag auf 200000 Franken an den Nationalfonds stellen. Es ist aus den überlieferten Akten nicht ersichtlich, ob dies tatsächlich geschehen ist.

113 Ebd., S. 3.

114 Ganzer Passus nach ebd.

Indem die Wissenschaftler Kriterien für ihre weitere Mitarbeit aufstellten, versuchten sie wieder Deutungshoheit über das Projekt zu erlangen und die Spielregeln festzulegen. Sie widerriefen damit allerdings die ursprünglich gemachten Zusagen an die Externe SKJ. Heintz hatte der Kompetenzverteilung, wie sie die Externe SKJ Ende November 1968 dem Stadtrat vorgeschlagen hatte und gemäss der die Kommission in wichtigen Etappen beigezogen werden sollte, zugestimmt. Unter anderem um die Bedenken von Regierungs-, Gemeinde- und Stadtrat gegenüber den Wissenschaftlern auszuräumen, hatte die Externe SKJ dem Stadtrat nämlich vorgeschlagen, dass sie sich an «strategischen Punkten» der Untersuchung einschalten werde. Im Schreiben der Kommission an den Stadtrat ist ein detaillierter Forschungsplan enthalten, der vorsah, dass die Externe SKJ als Ganzes oder einzelne Mitglieder bei den meisten Forschungsetappen beteiligt sein sollen: unter anderem bei der Problemstellung, der Ausarbeitung des Fragebogens und der Interpretation der Resultate.¹¹⁵ Dieses Dokument zeigt, dass der Externen SKJ zu Beginn eine beachtliche Mitsprache bei zentralen Arbeitsschritten gewährt werden sollte. Es war vorgesehen, dass sie nicht nur bei der Ideengenerierung oder bei der Planung involviert sein sollte, sondern auch in genuin wissenschaftlichen Arbeitsphasen wie etwa der Erstellung eines Fragebogens. Zudem hatte Heintz selbst ursprünglich eine Mitarbeit der Externen SKJ vorgesehen. Dabei hatte er als Aufgaben, welche die Kommission bei einer Untersuchung der Jugend übernehmen könnte, formuliert: «Problemstellung – Interpretation – eigentliche Administration für die gesamte Forschungsaufgabe».¹¹⁶ Dass die Kommission in wichtigen Arbeitsschritten «bestimmend mitwirkt», war sodann auch in der Weisung des Stadtrats von August 1969 über die wissenschaftliche Untersuchung festgehalten. Damit wollte man eine gegenseitige Kontrolle erreichen, die «Einseitigkeit irgendwelcher Art»¹¹⁷ verhindern sollte.

Dass die Wissenschaftler nun plötzlich von diesen Bestimmungen Abstand nahmen, ist als Gegenreaktion auf den grossen politischen Druck zu verstehen. Heintz liess verlauten, dass er der Weisung des Stadtrats zwar zugestimmt habe, von so starken Kontrollen durch die Kommission aber nie die Rede gewesen sei. Er wehrte sich insbesondere gegen die Mitsprache der Kommission bei der Interpretation der Resultate.¹¹⁸ Dies geht auch aus dem bereits erwähnten Brief von Heintz ans Dekanat der Universität Zürich hervor. Darin beschrieb Heintz die von der Externen SKJ vorgesehenen Kontrollen, um mögliche Bedenken wegen Befangenheit auszuräumen, als an der «Grenze des Erträglichen».¹¹⁹ Der poli-

¹¹⁵ Externe SKJ an Stadtrat Zürich, 25. 11. 1968, StArZH, V.B.a.39.

¹¹⁶ Protokoll Externe SKJ, 9. Sitzung, 3. 10. 1968, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

¹¹⁷ Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 21. 8. 1969, Nr. 2569, StArZH, V.B.a.39.

¹¹⁸ Protokoll Externe SKJ, 25. Sitzung, 1. 11. 1969, S. 5, StArZH, V.B.a.39.

¹¹⁹ Brief von Heintz, Peter an Dekan der Fakultät Phil. I, Universität Zürich, 29. 4. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

tische Druck gefährdete in den Augen der vier Professoren die «wissenschaftliche Unabhängigkeit»¹²⁰ der Studie.

Die Bestrebungen der Wissenschaftler, ihren Einfluss auf die Studien auszuweiten und zu festigen, liessen aber erneut Widerstand und Kritik aufflammen. Verschiedene Politiker und Mitglieder der Externen SKJ empfanden die Forderungen des Wissenschaftlerteams als «Zurücksetzung [...] [ihrer] Stellung»¹²¹ und waren nicht bereit, ihren Einfluss aufzugeben. Sie empfanden die Vorschläge der Professoren als Versuch, «die ihnen offenbar lästig fallende Studienkommission möglichst abzuschütteln».¹²²

Während die Wissenschaftler auf der Einhaltung wissenschaftlicher Regeln für die Erarbeitung der Studien pochten, machten einzelne Kommissionsmitglieder und Politiker deshalb politische Regeln stark und verwiesen auf ihr «Mitbestimmungsrecht»,¹²³ das in den politischen Beschlüssen zur Schaffung der Kommission vorgesehen sei. In Stellungnahmen an Stadtpräsident Widmer und an die Präsidentin der Externen SKJ, Sylvia Staub, erwähnten sie das in der Weisung des Stadtrates festgelegte Vorgehen und den Gemeinderatsbeschluss vom 1. Oktober 1969, in dem dieser dem Antrag des Stadtrates zugestimmt hatte. Damit wollten sie daran erinnern, dass sich auch die Professoren «an politische Gegebenheiten»¹²⁴ halten müssten. Für die Durchführung der Untersuchung und die Kompetenzverteilung zwischen Wissenschaftlern und Kommission sei nur das in der Weisung des Stadtrates festgehaltene Vorgehen zulässig. Jegliche Abweichung verletze den Gemeinderatsbeschluss. Die Professoren wurden aufgefordert, sich nach «dem den politischen Spielregeln unserer Demokratie entstandenen Beschluss» des Stadtparlaments zu richten. Konkret bedeute dies, dass die Kommission an strategischen Punkten der Untersuchung mitwirken müsse.¹²⁵ Wichtige Entscheidungen, wie etwa diejenige über den Inhalt des Fragebogens, so wurde nochmals betont, könnten «nie bei den vier Professoren allein liegen».¹²⁶ Dabei drohten die Politiker auch damit, bei einer Abweichung davon im Gemeinderat zu intervenieren.¹²⁷

Allerdings konnten auch die Mitglieder der Externen SKJ die Spielregeln nicht einfach diktieren und die in ihrem Tätigkeitsbereich üblicherweise gültigen Kriterien auf das Studienprojekt übertragen, waren sie doch auf die Mitarbeit der Wissenschaftler und deren Wissen angewiesen. So gestaltete sich insbesondere die Planung und teilweise auch die Erarbeitung der Studien als stetige Ausein-

120 Schriftliche Stellungnahme der Professoren Heintz, Moser und Widmer. In: Protokoll Externe SKJ, 24. Sitzung, 17. 10. 1969, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

121 Brief von Erb, Otto an Externe SKJ, 30. 10. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

122 Ebd.

123 Protokoll Externe SKJ, 25. Sitzung, 1. 11. 1969, S. 6, StArZH, V.B.a.39.

124 Brief von Weidmann, Hans-Ruedi an Staub, Sylvia, 31. 10. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

125 Brief von Erb, Otto an Externe SKJ, 30. 10. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3. Vgl. dazu auch weitere Wortmeldungen. Protokoll Externe SKJ, 25. Sitzung, 1. 11. 1969, S. 2–6, StArZH, V.B.a.39.

126 Protokoll Externe SKJ, 25. Sitzung, 1. 11. 1969, S. 4, StArZH, V.B.a.39.

127 Brief von Erb, Otto an Staub, Sylvia, 14. 11. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

andersetzung um Deutungshoheit über die Spielregeln, nach denen die Studien erarbeitet werden sollten.¹²⁸

Blockaden und Kompromisse

Aus diesen Aushandlungen ging letztlich niemand als Gewinner hervor. Weder die Wissenschaftler, noch die Politiker und die Behördenmitglieder konnten ihre Spielregeln eigenmächtig durchsetzen und ihre Interessen im Alleingang umsetzen, sondern sie waren aufeinander angewiesen und mussten Kompromisse schliessen. So präsentierte sich die Planung der Studien als ein fortlaufendes Wechselspiel von Forderungen, Weigerungen, Zugeständnissen, Annäherungen, Kompromissen und erneuten Blockaden. Gewisse Kommissionsmitglieder fürchteten deshalb, dass die Untersuchung endgültig blockiert würde und nicht zustande käme.¹²⁹

Ein Versuch, diese Blockaden zu überwinden, war der Vorschlag von Peter Heintz, Jacques Vontobel mit der Koordination und Leitung des Studienprojekts zu beauftragen.¹³⁰ Vontobel war ursprünglich am soziologischen Institut bei Heintz und später am privaten Institut für Angewandte Psychologie (IAP) tätig.¹³¹ Die Externe SKJ hoffte, mit diesem Vorschlag die Meinung von Stadt- und Regierungsrat zugunsten der Studie zu beeinflussen. Dies gelang auch: Der Stadtrat begrüsst diesen Vorschlag. Vontobel sei «beruflich qualifiziert und [...] unbefangen», weshalb er «grösstmögliche Objektivität»¹³² in die Untersuchung einbringen könne. Die Rolle von Vontobel beschränkte sich in der Folge vor allem auf koordinative Funktionen. Er erledigte Sekretariatsarbeiten für das Wissenschaftlerteam und beteiligte sich teilweise auch an inhaltlichen Diskussionen.¹³³

Um weitere Verzögerungen zu verhindern, einigten sich die Wissenschaftler und die Externe SKJ im November 1969 auf eine schriftliche Formulierung über ihre Zusammenarbeit. Dieses Dokument hielt unter anderem fest, dass die

¹²⁸ Vgl. Protokoll Externe SKJ, 25. Sitzung, 1. 11. 1969, StArZH, V.B.a.39.

¹²⁹ Ebd., S. 8.

¹³⁰ Brief von Heintz, Peter an Staub, Sylvia, 16. 7. 1969, StArZH, V.B.a.39. Brief von Staub, Sylvia an Stadtpräsident Widmer, Sigmund, 13. 8. 1969, StArZH, V.B.a.39.

¹³¹ In der Erinnerung des Autors Robert Blancpain war Vontobel während der Arbeit an den Studien noch am soziologischen Institut tätig. Informationsgespräch mit Robert Blancpain, 3. 6. 2016. Dem widerspricht jedoch eine Aussage in der Weisung des Stadtpräsidenten, dass mit Vontobel eine Persönlichkeit verpflichtet werden konnte, die «ausserhalb der Universität und der Verwaltung» stehe und deshalb objektiv und unbefangen sei. Weisung Stadtpräsident an den Stadtrat, 15. 8. 1969, StArZH, V.B.a.39. Um 1978 war Vontobel definitiv am IAP angestellt. Jugendfreizeit-Konzeption 1978, S. 179. Das IAP wurde 1923 als Psychotechnisches Institut gegründet und 1935 in IAP umbenannt. Seit 2007 existiert das IAP als Departement für angewandte Psychologie der ZHAW weiter. Bis 1963 hatte es die Rechtsform einer Genossenschaft, dann wurde es in eine Stiftung umgewandelt. Dem Stiftungsrat gehörten auch Delegierte von Kanton und Stadt Zürich sowie aus Industrie, Verwaltung und Hochschulen an. Finanziell erhielt die Stiftung Unterstützung von Kanton und Stadt Zürich. Kälin 2011, S. 116 f.; vgl. auch www.zhaw.ch/de/psychologie/ueber-uns/geschichte.

¹³² Weisung Stadtpräsident an den Stadtrat, 15. 8. 1969, StArZH, V.B.a.39.

¹³³ Vgl. Brief von Vontobel, Jacques (Sekretariat der Zürcher Jugendstudie) an Ackeret, R. (Sekretariat des Kirchenrats des Kt. Zürich), 16. 12. 1971, StAZH, Z 5.491.

Wissenschaftler die Verantwortung für das «Gesamt des wissenschaftlichen Instrumentariums», gemeint war der Fragebogen, tragen sollen und dass sie über finanzielle und personelle Fragen sowie über den Zeitplan bestimmen können. Die Kommission werde beim Fragebogen und der Auswahl der Stichprobe mit einbezogen. Zudem wurde der Kommission zugestanden, das von den Wissenschaftlern erarbeitete Forschungsdesign abzulehnen. Das Wissenschaftlerteam behielt sich den Ausweg vor, die Untersuchung bei einer Ablehnung ihres Forschungsplans selbständig zu Ende zu führen. Im Gegenzug verpflichteten sich die Wissenschaftler, Vorschläge der Kommission für die Weiterarbeit zu prüfen.¹³⁴ Das Dokument zeugt vom Versuch, die Blockaden zu überwinden, einen Modus der Zusammenarbeit zu finden und mit gegenseitigen Verpflichtungen und Absicherungen die Einhaltung der festgelegten Zuständigkeiten zu gewährleisten.

Diese schriftliche Vereinbarung wurde bei der Erarbeitung der Studien zumindest teilweise umgesetzt. Die Professoren und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter erarbeiteten den Fragebogen, formulierten Hypothesen, interpretierten die empirischen Daten und erstellten die Schlussberichte. Die Externe SKJ blieb aber involviert. Sie redete bei wichtigen Entscheidungen mit, begutachtete, kritisierte und machte Änderungsvorschläge.¹³⁵ Gut ersichtlich wird dies etwa bei der Ausarbeitung des Fragebogens. Die Externe SKJ besprach zusammen mit den Wissenschaftlern jede einzelne Frage eingehend und kommentierte auch das Forschungsdesign.¹³⁶ Erstaunlich ist, dass die Kommission teilweise fortschrittlicher war als das Wissenschaftlerteam. So kritisierte sie etwa das Geschlechterverhältnis der Befragten. Die Wissenschaftler hatten doppelt so viele männliche wie weibliche Interviewpartner vorgesehen mit der Begründung, dass «die Mädchen weniger differenzierte politische Vorstellungen» hätten als junge Männer.¹³⁷ Mit Verweis auf das erst kürzlich eingeführte Stimm- und Wahlrecht der Frauen und darauf, dass in der Stadt Zürich mehr Frauen als Männer leben würden, wurde ein solches Vorgehen von der Studienkommission als unzeitgemäss abgelehnt. Die Wissenschaftler gingen auf diesen Einwand ein und nahmen die gleiche Anzahl männliche wie weibliche Personen in die Stichprobe auf.¹³⁸ Weiter wurden von der Externen SKJ einzelne Bezeichnungen des Fragebogens, wie etwa «rechts/links», kritisiert und kritische Fragen zur Umsetzung der Interviews, wie zum Beispiel zur Zufallsadressauswahl, gestellt. Eine Subkommission der Externen

134 Schriftliche Formulierung über die «Zusammenarbeit zwischen der Studienkommission für Jugendfragen und den HH. Prof. Dr. P. Heintz, Dr. U. Moser, Dr. A. Niederer und Dr. K. Widmer», 5. 11. 1969, S. 1 f., StArZH, V.B.a.39.

135 Protokoll Externe SKJ, 30. Sitzung, 19. 11. 1970, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 31. Sitzung, 3. 12. 1970, S. 2, StArZH, V.B.a.39; Im «genauen Abwägen» wurde «jeder Punkt des Fragebogens einzeln durchgegangen».

136 Dokument des Wissenschaftlerteams «Interdisziplinäre Jugenduntersuchung», 6. 11. 1970, StArZH, V.B.c.64:13.3; Protokoll Externe SKJ, 30. Sitzung, 19. 11. 1970, StArZH, V.B.a.39.

137 Protokoll Externe SKJ, 27. Sitzung, 19. 3. 1970, S. 4 f., StArZH, V.B.a.39.

138 Protokoll Externe SKJ, 44. Sitzung, 17. 11. 1971, S. 2, StArZH, V.B.a.39; Vgl. auch Protokoll Externe SKJ, 28. Sitzung, 1. 10. 1970, S. 4, StArZH, V.B.a.39; Stadtrat Zürich an die Externe SKJ, 9. 4. 1970, StArZH, V.B.c.64:13.3.

SKJ arbeitete schliesslich auch an der Redaktion des Manuskriptes der soziologischen Studie mit.¹³⁹ Dabei wurden auch nochmals inhaltliche und sprachliche Details kritisiert und Änderungsvorschläge gemacht. Ein Mitglied wollte zum Beispiel die Akzente im Schlussteil anders setzen.¹⁴⁰ Insgesamt gelang es schliesslich, die Untersuchung aus dem Fokus des öffentlichen Interesses zu nehmen und einen Modus Operandi zu finden. Jedenfalls konnten die Verfasser der Studien nach diesen Anlaufschwierigkeiten mehrheitlich in Ruhe arbeiten.¹⁴¹ Dennoch brachten sich in dieser Phase auch weitere Akteure ein. So beispielsweise der reformierte Kirchenrat des Kantons Zürich, der die Studie finanziell unterstützte und im Gegenzug am Fragebogen sowie an der Auswertung der Resultate beteiligt sein wollte. Er forderte die Studienkommission auf, Fragen zu Religion und Kirche in die Umfrage zu integrieren. Es gab sodann Zusammenkünfte zwischen dem Sekretariat des Kirchenrats und Jacques Vontobel von der Zürcher Jugendstudie, um «relevante Fragestellungen zu besprechen», welche die Studie behandeln sollte.¹⁴² Abgesehen von der Frage nach der Konfessionszugehörigkeit und der Mitgliedschaft in einer kirchlichen oder religiösen Vereinigung wurden die Bereiche Religion und Glaube jedoch nicht in die Studie aufgenommen.¹⁴³

Die «Regeln der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung»

In diesen eingehend beschriebenen Aushandlungen war der Verweis auf die wissenschaftlichen Regeln ein wichtiges Argument der Zürcher Wissenschaftler, um ihren prekären Status als Experten zu festigen und ihren Einfluss zu sichern. Sie unternahmen damit das, was der Wissenschaftssoziologe Thomas F. Gieryn als «boundary-work» bezeichnet hat. Gemäss Gieryn wird «boundary-work» dann notwendig, wenn die Autorität, Glaubwürdigkeit oder das Prestige von Wissenschaftlern angefochten werden.¹⁴⁴ Über die Zuschreibung exklusiver Eigenschaften – in diesem Falle «Wissenschaftlichkeit» und «Objektivität» – versuchten Heintz und seine Kollegen eine Grenze zwischen Wissenschaft und Nichtwissenschaft zu ziehen.

Um den Vorwurf der Befangenheit und Parteilichkeit sowie die politische Kontrolle über die Untersuchung zurückzuweisen, erläuterten die Professoren und die jungen Autoren der Studien wiederholt die Funktionslogik wissenschaftlichen Arbeitens und die «Regeln der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung».¹⁴⁵

¹³⁹ Vgl. etwa Protokoll Externe SKJ, 57. Sitzung, 24. 10. 1973, S. 3, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 53. Sitzung, 2. 11. 1972, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

¹⁴⁰ Sitzung der Subkommission der Externen Jugendkommission für Jugendfragen, 19. 3. 1974, S. 3 f., StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 57. Sitzung, 24. 10. 1973, S. 5, StArZH, V.B.a.39.

¹⁴¹ Informationsgespräch mit Robert Blancpain, 3. 6. 2016.

¹⁴² Brief Vontobel, Jacques, Sekretariat Zürcher Jugendstudie an Pfarrer Ackeret, Sekretariat Kirchenrat Kanton Zürich, 16. 12. 1971, StAZH, Z 5.491. Vgl. auch Protokoll Externe SKJ, 24. Sitzung, 17. 10. 1969, S. 5, StArZH, V.B.a.39.

¹⁴³ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 255 f.

¹⁴⁴ Gieryn 1999, S. 405. Vgl. hierzu auch Felt 2000, S. 199, die dieses Konzept anwendet.

¹⁴⁵ Brief von Heintz, Peter an Capitani, Silvio de, 6. 10. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

Robert Blancpain und Erich Häuselmann, welche die soziologische Studie verfassten, verwiesen regelmässig auf ihre «methodisch einwandfreie und systematische Analyse» und betonten den Mehrwert und die Überlegenheit ihres Expertenwissens gegenüber Alltagswissen. Sie verglichen ihre Studie beispielsweise mit bereits existierenden Arbeiten zu Jugend, die «strengerer wissenschaftlichen Anforderungen» nicht genügen würden.¹⁴⁶

Der Volkskundler Arnold Niederer wies politische Einmischung mit dem Verweis zurück, dass Wissenschaftler «nach den Regeln der Kunst» arbeiten würden, wobei sich «von selbst eine Art Kontrolle» ergebe.¹⁴⁷ Und der Soziologe Peter Heintz bezeichnete den Vorwurf, dass das Wissenschaftlerteam nicht in der Lage sei, «wissenschaftlich einwandfrei zu arbeiten», als «brutalen Angriff» auf seine «professionelle Ehre». Er warf seinen Kritikern vor, «das Wesen der wissenschaftlichen Arbeit» zu verkennen. Dieses zeichne sich nämlich gerade dadurch aus, dass «die Ergebnisse von der Person des Forschers unabhängig» seien.¹⁴⁸ Das Arbeiten nach wissenschaftlichen Regeln sei, so Heintz, «ein Weg der Wahrheitsfindung, und zwar der strengste, den wir kennen».¹⁴⁹

In diesen Aussagen zeigen sich Vorstellungen von Wissenschaft als regelgeleitetes, methodisches Vorgehen, bei dem der Wissenschaftler losgelöst ist von persönlicher Einstellung und Kontext, also per se objektiv ist und auf diese Weise «die Wahrheit» ergründen kann. Die Wissenschaftler beriefen sich damit auf ein Objektivitätsideal, das wissenschaftliches Wissen als von der Person des Forschenden unabhängig konzipierte. Die Wissenschaftshistorikerin Lorraine Daston und ihr Kollege Peter Galison umschreiben objektives Wissen als «ein von Vorurteil oder Geschicklichkeit, Phantasievorstellungen oder Urteil, Wünschen oder Ambitionen unberührtes Wissen», das «keine Spuren des Wissenden»¹⁵⁰ trägt. Ein solches Objektivitätsideal kam Mitte des 19. Jahrhunderts auf und etablierte sich als wissenschaftliche Norm.¹⁵¹ Diese dem wissenschaftlichen Wissen zugeschriebenen Eigenschaften verleihen ihm Autorität und machen es auch ausserhalb des Wissenschaftsbetriebs zu einem relevanten Argument im Kampf um Einfluss und Glaubwürdigkeit.¹⁵²

Zugleich stellten die Wissenschaftler die wissenschaftliche Praxis als Instrument dar, um die diffusen Vorstellungen, Mutmassungen und interessen-gestützten Behauptungen über Jugend durch Fakten zu ersetzen. Die Existenz einer verborgenen, dem Alltagswissen nicht zugänglichen Wirklichkeit, die erst durch das Instrumentarium und die Praxis wissenschaftlicher Forschung zum

¹⁴⁶ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 12.

¹⁴⁷ Protokoll Externe SKJ, 25. Sitzung, 1. 11. 1969, S. 7, StArZH, V.B.a.39.

¹⁴⁸ Protokoll Externe SKJ, 19. Sitzung, 29. 5. 1969, S. 5, StArZH, V.B.a.39.

¹⁴⁹ Brief von Heintz, Peter an Capitani, Silvio de, 6. 10. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

¹⁵⁰ Daston/Galison 2007, S. 17.

¹⁵¹ Ebd., S. 28. Zum Objektivitätsideal empirischer und naturwissenschaftlicher Forschung vgl. Vollmer 2010, S. 235.

¹⁵² Beck/Bonss 1989, S. 14 f. Auf die Überlegenheit wissenschaftlichen Wissens gegenüber anderen Wissensformen verweist auch Weischer 2004, S. 2.

Vorschein kommt, wurde von Robert Blancpain und Erich Häuselmann, den Autoren der soziologischen Studie, angedeutet. In einem Zwischenbericht, der sich an die Medien und die Interviewten richtete, beschrieben sie ihren Untersuchungsgegenstand Jugend mit der Metapher des Eisbergs, «dessen grösster Teil sich unsichtbar unter der Wasseroberfläche befindet».¹⁵³ Ihr Ziel sei es, diesen an die Oberfläche zu holen, zu untersuchen und zu beschreiben. Einer ähnlichen Semantik bedienten sich auch Befürworter der Jugendstudien. H. R. Lüthy, Verwaltungsrat von IBM Schweiz, welche die Zürcher Studien finanziell unterstützte, versprach sich von einer wissenschaftlichen Untersuchung etwa, dass die «unklaren Vorstellungen und Vorurteile» zu Jugend durch «exakt eruierte Tatbestände» und «objektive Darstellung» ersetzen würden.¹⁵⁴ Auch LdU-Nationalrat Tanner, der 1968 vom Bundesrat eine wissenschaftliche Untersuchung über die Jugend gefordert hatte, äusserte sich 1969 in der *Tat* begeistert von der geplanten Zürcher Jugendstudie und bediente sich dabei ähnlicher diskursiver Muster: «Bis jetzt mussten wir uns damit begnügen, Vermutungen und vage Behauptungen aufzustellen. [...] Die geplante Untersuchung wird ein weit- aus zuverlässigeres, objektiveres Bild ergeben. [...] Ich glaube nämlich, sie liefere uns einen lang gesuchten Schlüssel zum wirklichen Verständnis unserer Zeit.»¹⁵⁵ Mit der Schlüsselmetapher war die Vorstellung verbunden, dass die Studie verschlossene Türen öffnen und Einblick in bisher Verborgenes gewähren könne. Wie in den bereits zitierten Äusserungen wurde wissenschaftliches Wissen auch hier als anderweitig produziertem Wissen überlegen dargestellt. Es wurde als unabhängig von subjektiven Interessen, als neutral, objektiv und überprüfbar dargestellt und damit als das genaue Gegenteil dessen, was die Politiker an den Wissenschaftlern kritisierten. Die Wissenschaftler verwiesen zudem auf die Fähigkeit wissenschaftlicher Forschung, kontroverse Themen zu versachlichen und gesellschaftliche Konflikte zu schlichten. Dies zeigt sich etwa im Anspruch der Autoren der soziologischen Zürcher Studie, der Diskussion über jugendliche «eine rationale Basis zur Verfügung zu stellen»,¹⁵⁶ wie Häuselmann und Heintz rückblickend sagten.

Es blieb dabei nicht nur beim Verweis auf die Wissenschaftlichkeit der Studien als Argument. Im nächsten Unterkapitel werde ich zeigen, dass die Studienverantwortlichen auch über die Wahl bestimmter Methoden und Vorgehensweisen wissenschaftliche Objektivität herstellen wollten.

153 Kurzbericht an die Interviewten und die Massenmedien [Entwurf] von Blancpain/Häuselmann, 8. 11. 1971, StArZH, V.B.c.64:13.3.

154 Brief von Lüthy, H. R. (Verwaltungsrat IBM) an Externe SKJ, 30. 12. 1969, StArZH, V.B.c.64:13.3.

155 Tanner, Alfred. Zweihunderttausend Franken für die Jugend. In: Die Tat, Nr. 234, 6. 10. 1969.

156 Häuselmann/Heintz 1976, S. 98 f.

Aushandlungen um Jugend und Gesellschaft und den Bericht der Studiengruppe des EDI

Wie die Zürcher Studien wurde weder die Studie *Jugend und Gesellschaft* der NSUK noch der Bericht der Studiengruppe des EDI von Wissenschaftlern im Alleingang erarbeitet. Bei *Jugend und Gesellschaft* waren bereits bei den ersten Projektentwürfen die Sektion Jugend der NSUK und der Vorstand der SAJV massgeblich beteiligt.¹⁵⁷ Michel Bassand und Bernard Crettaz, die Verfasser, standen sodann während des gesamten Entstehungsprozesses der Studie in regem Austausch mit Vertretern der Sektion Jugend der NSUK, dem EDI und der SAJV, die Mitsprache in strategischen und inhaltlichen Fragen hatten. Weiter waren in die Diskussion erster Ergebnisse auch Vertreter der Pro Juventute und der Eidgenössischen Turn- und Sportschule Magglingen involviert.¹⁵⁸

Wie die Zürcher Soziologen rapportierte auch das Autorenteam um Bassand und Crettaz den Mitgliedern der Sektion Jugend der NSUK an regelmässigen gemeinsamen Sitzungen den neusten Stand ihrer Forschungsarbeiten und ging die Entwürfe und den Schlussbericht mit ihnen minutiös durch.¹⁵⁹ Dabei machten auch die Mitglieder der Sektion Jugend Vorschläge zur inhaltlichen Weiterarbeit oder Überarbeitung der Studie, sie verwiesen auf Textstellen, die ihres Erachtens unklar, unpräzise oder fehlerhaft waren, und äusserten Kritik an einzelnen Formulierungen, Definitionen und Ergebnissen. Sie kritisierten beispielsweise die Prozentzahlen zur Berufsausbildung Jugendlicher als falsch oder monierten, dass die Autoren die Situation der Jugendlichen als zu «pathologisch» betrachteten und der jungen Generation damit nicht gerecht würden. Sie brachten auch Änderungswünsche an, wie etwa das Anliegen, die Deutschschweizer Verhältnisse noch stärker zu berücksichtigen.¹⁶⁰

Weiter bestätigt sich auch die für die Zürcher Studie gemachte Feststellung, dass der Anspruch der Auftraggeber auf Verwertbarkeit der Studien und der wissenschaftliche Anspruch der Autoren oftmals schwierig zu vereinen waren. Die Mitglieder der NSUK forderten wiederholt, dass die Studie praktische Vorschläge zur Umsetzung einer Jugendpolitik erbringen müsse, und kritisierten die

157 Brief von Bugnion-Secretan, Perle (NSUK) an Düby, Oscar (EDI), 30. 1. 1967 und 22. 6. 1967 und BAR, E3001B#1981/28#408*.

158 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 27. 2. 1969, BAR, E9500.1#1982/67#21*. Die SAJV diskutierte die 1969 noch nicht öffentlich zugängliche Rohfassung der Studie an der Schweizerischen Leiterkonferenz 1969. Protokoll, SAJV, Schweiz. Leiterkonferenz 22./23. 3. 1969, S. 1, BAR, E9500.1#1982/67#126*. Vgl. auch SAJV. Programm und Einladung für eine Arbeitstagung in Gwatt, 14./15. 5. 1968, 16. 4. 1968, BAR, E9500.1#1979/4#111*. Das Manuskript war noch nicht öffentlich zugänglich, weshalb Hodel, Edi (Vorstandsmitglied der SAJV) mündlich über dessen Inhalt informierte. Ohne Autor. Erste Schritte zu einer Jugendpolitik. In: National-Zeitung, Nr. 137, 24. 3. 1969.

159 Vgl. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 12. 1969, S. 4, BAR, E9500.1#1982/67#21*. Vgl. auch SAJV, Schweiz. Leiterkonferenz, Schaffhausen, 22./23. 3. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

160 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 12. 1969, S. 2, 4, 7 f., BAR, E9500.1#1982/67#21*. Ebenso SAJV, Schweiz. Leiterkonferenz, Schaffhausen, 22./23. 3. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

Studie als zu theoretisch, schwerfällig und nur schwer verständlich.¹⁶¹ So wurde etwa moniert, die theoretischen Überlegungen zu einer Jugendpolitik seien zwar interessant, deren praktische Umsetzung bleibe aber vage: «la politique, c'est l'art du possible!»,¹⁶² wurde in einer Sitzung der Sektion Jugend gemahnt.

Wie die Zürcher Wissenschaftler hatten auch die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* nicht durchwegs freie Hand und mussten solche Anregungen und Kritikpunkte berücksichtigen. Zum Beispiel überarbeiteten sie aufgrund solcher Rückmeldungen das Manuskript.¹⁶³ Bevor das EDI im Juni 1969 einen zusätzlichen Betrag von 7000 Franken zur Fertigstellung der Studie sprach, forderte es zum Beispiel, dass die Soziologen mit der SAJV direkt Kontakt aufnehmen, um zusätzliche Informationen einzuholen und das Manuskript entsprechend zu überarbeiten.¹⁶⁴ Teilweise übergaben die Autoren sogar ganze Textteile zur Überarbeitung an die Mitglieder der Sektion Jugend. So geschah es beispielsweise mit einem Teil der Studie, der die NSUK zum Inhalt hatte und den Charles Hummel, deren Generalsekretär, stark kritisiert hatte.¹⁶⁵

Dennoch konnten sich die Autoren auch gegen den Willen ihrer Auftrag- und Geldgeber durchsetzen. Davon zeugt beispielsweise das von den Auftraggebern verfasste Vorwort der Studie, in dem die Sektion Jugend, die SAJV und das EDI deklarierten, dass die Hauptverantwortung für die Inhalte und Ergebnisse der Studie allein bei den Autoren liege.¹⁶⁶ Weiter hielten die Auftraggeber fest, dass sie die Publikation unterstützten, allerdings «ohne alle Meinungen und Stellungnahmen, die in diesem Bericht zum Ausdruck gebracht werden, sich zu eigen zu machen».¹⁶⁷ Diese Passage im Vorwort verweist darauf, dass auch bei der Erarbeitung von *Jugend und Gesellschaft* um die Frage nach der Ausrichtung und der Vorgehensweise kontroverse Diskussionen um Zuständigkeiten stattgefunden hatten.

Insgesamt standen die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* jedoch weniger in der Kritik als die Zürcher Wissenschaftler und sie hatten mit weniger Interventionen zu kämpfen. Ein Grund dafür mag sein, dass die Untersuchung weniger politisch aufgeladen war und stärker abseits des öffentlichen Interesses stand als in Zürich, wo die Studien in unmittelbarem Zusammenhang mit dem «Globuskrawall» entstanden. Ein anderer möglicher Grund ist, dass die NSUK den Soziologen mehr Vertrauen entgegenbrachte als die Zürcher Lokalpolitiker.

161 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 12. 1969, S. 4, BAR, E9500.1#1982/67#21*. Ausführlicher zur Rezeption der Studien und zu Kritik Kapitel 5.3.

162 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 12. 1969, S. 9, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

163 Brief von Hummel, Charles (Generalsekretär NSUK) an Düby, Oscar (EDI), 23. 12. 1969, BAR, 9500.1#1982/67#121*.

164 Brief von EDI an SAJV, 24. 6. 1969, S. 1 f., BAR, E9500.1#1982/67#126*.

165 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 12. 1969, S. 7, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

166 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 8. Vgl. hierzu die Diskussionen zur Erstellung eines Vorworts in: Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 12. 1969, S. 9 f., BAR, E9500.1#1982/67#21*.

167 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 8.

Auch die Erarbeitung des Berichts der Studiengruppe des EDI verlief mehrheitlich konfliktfrei. Als der Bericht in Auftrag gegeben wurde, lag «1968» schon drei Jahre zurück, zudem war die Bundeshauptstadt von Ausschreitungen, wie sie Zürich mit dem «Globuskrawall» erlebte, weniger betroffen gewesen.¹⁶⁸ Dass es während der Erarbeitung des Berichts kaum Konflikte gab, liegt aber auch daran, dass die Kompetenzen klarer verteilt waren. Hier erarbeitete die Studiengruppe des EDI den Bericht alleine. Zwar wurden Politikerinnen, Wissenschaftler und Vertreter der Jugendverbände angehört: Die Protokolle der jeweils rund drei Stunden dauernden Diskussionen machen auch deutlich, dass zwischen den Mitgliedern der Studiengruppe des EDI und den Gästen äusserst kontrovers diskutiert wurde und dabei sehr vielfältige und heterogene Themen zu dem breiten Themenbereich Jugend angesprochen wurden. Es wurde nicht nur über Sinn und Zweck einer Jugendpolitik und über die jugendpolitischen Vorschläge der Studiengruppe diskutiert, sondern auch über den Jugendbegriff beziehungsweise das Alter der Adressaten einer Jugendpolitik, über das Verhältnis der Generationen in der Schweiz und über den Status Jugendlicher in der Gesellschaft.¹⁶⁹ Die angehörten Personen hatten allerdings kein direktes Mitspracherecht beim Verfassen des Berichts. Die Mitglieder der Studiengruppe des EDI konnten selbst entscheiden, inwiefern sie aufgrund dieser Gespräche die jugendpolitischen Modelle weiterentwickeln wollten. Diese Gespräche hatten nicht zuletzt auch strategische Funktion. Sie sollten, wie im politischen System der Schweiz verbreitet, bereits in einem frühen Stadium Interessengruppen in den Meinungsbildungsprozess einbinden, was die Erfolgchancen erhöhte und die Gefahr von Widerstand ex post minimierte.

Insgesamt bestätigen diese kurzen, abschliessenden Ausführungen zur Studie *Jugend und Gesellschaft* und zum Bericht der Studiengruppe des EDI die für das Zürcher Studienprojekt gemachte Feststellung, dass bei den hier untersuchten Jugendstudien nicht von einem linearen Transfer von Wissen zwischen den Wissenschaftlern und den Nichtwissenschaftlern gesprochen werden kann. Den Wissenschaftlern kam nicht uneingeschränkter Expertenstatus zu und die Politiker und Behördenmitglieder waren nicht einfach Abnehmer eines von den Experten produzierten Wissens. Insofern waren die Studien das Ergebnis der Kooperation unterschiedlicher Akteure und dementsprechend nicht ein rein wissenschaftliches, sondern auch ein stark politisches Produkt. Dies hatte ein Mitglied der Externen SKJ drei Jahre nach der Gründung der Kommission treffend auf den Punkt gebracht: «Im übrigen würde er», Moritz Leuenberger, «die Unterscheidung zwischen Politikern und Experten nicht mehr ziehen». «Wer am Anfang nicht Politiker war, ist es jetzt geworden»,¹⁷⁰ sagte der spätere Bundesrat, dessen politische Karriere eben erst begonnen hatte.

168 Zur 68er-Bewegung in Bern: Schär/Ammann/Bittner et al. 2008.

169 Hierzu ausführlicher Kapitel 4.3.

170 Protokoll Externe SKJ, 41. Sitzung, 26. 8. 1971, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

4.3 «Eine methodisch einwandfreie Analyse»: Vorgehensweisen der Autoren

Die Zürcher Wissenschaftler, so machte Kapitel 4.2 deutlich, standen unter grossem Legitimationsdruck. Sie verwiesen immer wieder auf die «Regeln der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung» und beriefen sich auf ein wissenschaftliches Objektivitätsideal, um Glaubwürdigkeit zu erlangen. Im vorliegenden Unterkapitel interessiert deshalb, wie die Wissenschaftler konkret vorgegangen sind, damit ihr Wissen als objektiv wahrgenommen wurde, und welche Verfahren und Methoden sie gewählt haben, um Legitimität herzustellen.

In der neueren Wissenschaftsforschung wird argumentiert, dass insbesondere quantitative und statistische Methoden Evidenz und von subjektiven Interessen unabhängige Resultate versprechen und die Verfasser mit wissenschaftlicher Autorität ausstatten.¹⁷¹ Der Historiker Koni Weber etwa zeigt am Beispiel der Konflikte rund um die soziologische Meinungsumfrage «Un jour en Suisse», die für die Landesausstellung 1964 konzipiert wurde, wie die beteiligten Wissenschaftler versuchten, sich über wissenschaftliche Objektivierungsstrategien, insbesondere über statistische Repräsentativität, vom politischen Feld abzugrenzen.¹⁷² Weber macht deutlich, dass «quantitative Verfahren eine Wissenschaftlichkeit zu verbürgen [schienen], welche ihre Verfasser mit der Autorität wissenschaftlicher Experten ausstattete und ihr Projekt gegen Infragestellungen absicherte».¹⁷³ Die Zürcher Wissenschaftler wählten aus einer ähnlichen Konfliktsituation heraus quantitative Methoden. Sie verfassten eine theoretische, formalisierte Studie mit zahlreichen Statistiken, die für Laien nur schwer verständlich war. Zugleich war das Forschungsdesign geprägt von zeitgenössischen Deutungen von Jugend allgemein und der 68er-Bewegung im Speziellen.

Während sich der erste und ausführlichste Teil des Unterkapitels der Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend* widmet, konzentriert sich der zweite Teil auf die Vorgehensweise der Autoren von *Jugend und Gesellschaft*. Wie bei den Zürcher Studien, wo die Konflikte zwischen Wissenschaftlern und Politikern mitverantwortlich dafür waren, dass die Autoren Verfahren wählten, die wissenschaftliche Objektivität garantieren sollten, bestimmten auch hier die Rahmenbedingungen die Vorgehensweise massgeblich mit. Es waren finanzielle Voraussetzungen, welche die Autoren veranlassten, anstelle der ursprünglich geplanten empirischen Umfrage eine kostengünstigere Literaturstudie zu machen. Im dritten Teil steht die Arbeit der Studiengruppe des EDI im Zentrum. Obwohl hier nicht Soziologen, sondern die politisch gewählten Mitglieder der Studiengruppe selbst mit der Erarbeitung des Jugendberichts betraut waren, fand soziologisches

¹⁷¹ Zu diesem Argument ausführlich Weber 2014, S. 131. Zum Objektivitätsideal in der empirischen und naturwissenschaftlichen Forschung: Vollmerg 2010, S. 235. Programmatisch zur Geschichte der Statistik und der statistischen Denkweise: Desrosières 2005.

¹⁷² Weber 2014, S. 88.

¹⁷³ Ebd., S. 131.

Wissen Eingang in die Studien. Im vierten und letzten Teil werde ich anhand des Jugendbegriffs der Studien zeigen, wie die Verantwortlichen aller drei Studien eine deutliche soziologische Perspektive auf Jugend einnahmen.

Eine repräsentative Befragung: Das Zürcher Studienprojekt

Das Ziel der Zürcher Studie war, die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe und Ursachen der jugendlichen «Unrast»,¹⁷⁴ die zum «Globuskrawall» geführt hatten, zu untersuchen. Die «Unrast» wurde definiert als politischer «Dissens»¹⁷⁵ sowie als «Auflehnung gegen die dominanten Werte und Normen der Gesellschaft»,¹⁷⁶ wie sie sich unter anderem in den Jugendprotesten um 1968 geäußert hatten.¹⁷⁷ Noch bevor junge Wissenschaftler mit der Erarbeitung der Studien beauftragt wurden,¹⁷⁸ verfasste das Team der vier Professoren Peter Heintz, Ulrich Moser, Arnold Niederer und Konrad Widmer ein umfangreiches Forschungsdesign, das unter anderem die Fragestellung, die Methoden und die Möglichkeiten der Datenerhebung skizzierte. Sie fassten einen interdisziplinären Ansatz ins Auge, was im Bereich der Jugendforschung damals eine Innovation darstellte: eine soziologische Hauptstudie und drei Teilstudien in den Disziplinen Volkskunde, Psychologie und Sozialpsychologie.¹⁷⁹

Um die «Unrast» zu untersuchen, konzipierten die Wissenschaftler eine repräsentative Umfrage unter Jugendlichen im Kanton Zürich. Mit einer solchen quantitativen Studie hob sich die soziologische Zürcher Studie von den hier untersuchten Jugendstudien am stärksten ab. Sie entstand in der Pionierzeit der empirischen Sozialforschung in der Schweiz und gehörte zu den ersten repräsentativen Studien in der Schweiz.¹⁸⁰

Die Wahl quantitativer Methoden wurde unter anderem aufgrund des finanziellen Spielraums möglich und aufgrund der Tatsache, dass die Zürcher Studienverantwortlichen weniger durch die Vorgabe praktischer Ergebnisse geleitet waren, als *Jugend und Gesellschaft* und der Bericht der Studiengruppe des EDI, wo je Fragen der Umsetzung einer Jugendpolitik stärker im Zentrum standen.¹⁸¹ Ein quantitatives Vorgehen war meines Erachtens für die Wissenschaftler aber auch ein Mittel, im Konflikt mit Politikern und Mitgliedern der Externen SKJ ihren Ein-

¹⁷⁴ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 11.

¹⁷⁵ Häuselmann/Heintz 1976, S. 99.

¹⁷⁶ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 11.

¹⁷⁷ Häuselmann/Heintz 1976, S. 97.

¹⁷⁸ Vgl. Kapitel 4.1.

¹⁷⁹ Heintz/Moser/Niederer/Widmer/Vontobel. Projektstudie für eine interdisziplinäre Untersuchung, März 1970, S. 4, StArZH, V.B.a.39.

¹⁸⁰ Informationsgespräch mit René Levy, 1. 12. 2015. Gemäss Weber gab es in der Schweiz vor der im Jahr 1962 von einem französisch-schweizerischen Forschungsteam durchgeführten Umfrage *Un jour en Suisse* zum Alltagsdenken in der Schweiz keine vergleichbaren repräsentativen Studien. Weber 2014, S. 1, 90. Mitte der 1960er-Jahre existierten in der Schweiz aber bereits Institute, die nach der Gallup-Methode arbeiteten. Darunter zwei Meinungsforschungsinstitute in Lausanne und Basel sowie die Zürcher Gesellschaft für Marktforschung. Tanner 2015, S. 372.

¹⁸¹ Zum finanziellen Rahmen der Studien vgl. weiter unten in diesem Unterkapitel.

fluss zu sichern. Die Wissenschafts- und Technikforscherin Ulrike Felt hat in einem Aufsatz zur Positionierung sozialwissenschaftlichen Wissens im öffentlichen Raum darauf aufmerksam gemacht, dass gerade sozialwissenschaftliche Akteure die stark formalisierte Wissensproduktion der Naturwissenschaften «imitieren» würden, um ihre Forschung zu legitimieren.¹⁸² Wie bereits in Kapitel 4.2 deutlich wurde, war die Berufung auf ein wissenschaftliches Objektivitätsideal eine Strategie von «boundary-work»,¹⁸³ mit der sich die Wissenschaftler abgrenzten, ihre Exklusivität betonten und ihre Autorität und Glaubwürdigkeit stärkten.

Die Orientierung an einem wissenschaftlichen Objektivitätsideal manifestiert sich beim Zürcher Projekt sowohl in der Konzeption des Fragebogens als auch in der Erhebung der Daten. Um einen möglichst objektiven Fragebogen zu konstruieren, hielten sich die Wissenschaftler zum Beispiel an die einschlägigen Prinzipien der empirischen Sozialforschung, wie etwa an die Regel, dass zuerst aktuelle und einfache Themen erfragt und erst im Verlauf des Interviews komplexe und sensitive Fragen gestellt werden. Sie folgten dazu dem Standardwerk *Handbuch der empirischen Sozialforschung* von René König aus dem Jahr 1962.¹⁸⁴ Der Fragebogen wurde Mitte Januar 1971 2200 Personen zwischen 15 und 30 Jahren vorgelegt. Diese Stichprobe wurde durch eine Zufallsauswahl aus den Einwohnerregistern der Gemeinden des Kantons Zürich gebildet. Sie umfasste 1800 Personen zwischen 15 und 25 Jahren und 400 Personen zwischen 25 und 30 Jahren. Zusätzlich wurde eine gekürzte Version des Fragebogens einer Kontrollgruppe von 500 Erwachsenen zwischen 45 und 60 Jahren vorgelegt. Zur Begründung der gewählten Altersspanne nannten Blancpain und Häuselmann die Annahme, «dass sich die Jugendproblematik auf die Altersdekade von 15 bis 25 Jahren konzentriert, dass aber auch in der Altersspanne von 25 bis 40 Jahren gewisse Aspekte dieser Problematik wirksam sind». Mit der Befragung der Kontrollgruppe wollten die Studienverantwortlichen «Aussagen über generationsspezifische Verschiebungen» erhalten.¹⁸⁵ Die Interviews wurden mündlich vom kommerziellen Zürcher Befragungsinstitut Publitest und von der Firma Analyses économiques et sociales durchgeführt. Dazu waren im Januar 1971 400 Interviewerinnen und Interviewer im Einsatz.¹⁸⁶

Das Bestreben um eine subjektunabhängige Vorgehensweise schlug sich nicht nur in der Generierung der Stichprobe, sondern auch in der Analyse des Rohmaterials nieder. Das Datenmaterial aus den Fragebogen wurde auf Lochkarten übertragen und im Rechenzentrum der Universität Zürich auf ein Magnetband gespeichert; mit der sogenannten Korrelationsanalyse wurden statistische

182 Felt 2000, S. 202.

183 Gieryn 1999, S. 405. Hierzu ausführlicher Kapitel 4.2.

184 Dokument Wissenschaftlerteam «Interdisziplinäre Jugenduntersuchung», 6. 11. 1970, StArZH, V.B.c.64:13.3. Zur Konstruktion von Objektivität im Fragebogen der Studie *Un jour en Suisse*: Weber 2014, S. 89.

185 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 12–15. Vgl. hierzu auch Häuselmann/Heintz 1976, S. 98.

186 Protokoll der Orientierung der Subkommission für Jugendfragen über den Analysenplan der Interdisziplinären Jugenduntersuchung, 16. 6. 1971, S. 2. StArZH, V.B.a.39.

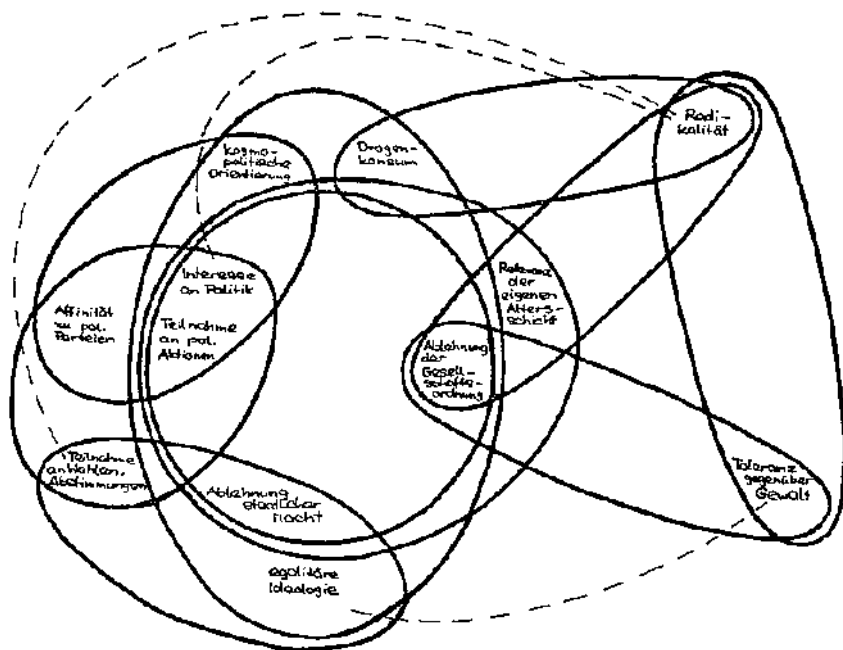


Abb. 20: «Struktur der abhängigen Variablen: Felder positiver Beziehungen». Visualisierung in der soziologischen Studie *Zur Unrast der Jugend* von 1974. Blancpain/Häuselmann 1974, S. 137.

Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen jeweils zwei Variablen errechnet.¹⁸⁷ Die Autoren beschrieben die Resultate, Zusammenhänge und Abhängigkeiten und stellten sie in zahlreichen Tabellen, Diagrammen und Statistiken dar, die das Erscheinungsbild der Publikation prägten (Abb. 20 und 21).¹⁸⁸ Eine solche statistische Datenanalyse und -präsentation versprach neutrale, das heisst von subjektiven Interessen und Perspektiven abstrahierte und kontextunabhängige Resultate.¹⁸⁹

Der durch das methodische Vorgehen angestrebte direkte und objektive Zugriff auf die Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher muss jedoch kritisch hinterfragt werden. Die Umfrage wurde anhand eines standardisierten und vollständig durchstrukturierten Fragebogens und anhand geschlossener Antwortkategorien durchgeführt. Sowohl die Fragen wie auch die Antworten waren vorgegeben und die Befragten mussten sich zwischen Alternativen entscheiden. In einem ersten Fragetypus konnten sie Aussagen zustimmen oder ablehnen. Beispielsweise konnten sie auf den Satz «Die Gesetze in

187 Ebd.; Blancpain/Häuselmann 1974, S. 16.

188 Blancpain/Häuselmann 1974, vgl. zum Beispiel S. 137, 140–143.

189 Vgl. hierzu Vollmerg 2010, S. 235.

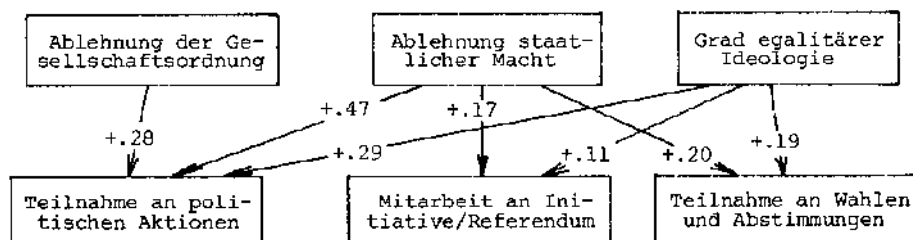


Abb. 21: «Beziehungen zwischen den politischen Einstellungen und den Partizipationsformen». Darstellung in der soziologischen Studie *Zur Unrast der Jugend* von 1974. Blancpain/Häuselmann 1974, S. 137.

unserem Land dienen nur scheinbar dem Gemeinwohl – in Wirklichkeit dienen sie hauptsächlich den Mächtigen»¹⁹⁰ mit «ja», «nein» oder «unentschieden/weiss nicht» antworten. Ein zweiter Fragetypus sah die Bewertung von Aussagen vor. Die Interviewten konnten Aussagen wie «Es wird [in Zukunft] kaum mehr einen Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten geben»¹⁹¹ «eher begrüßen», «eher ablehnen» oder mit «unentschieden, weiss nicht» antworten. Bei einem dritten Fragemuster mussten die Befragten aus einer Auswahl von Aussagen diejenige auswählen, die ihnen am «ehesten entspricht». Ein Beispiel dafür ist die Frage nach der Einstellung zur Gesellschaftsordnung: «Die Gesellschaftsordnung in unserem Land hat wie jede andere gewisse Mängel. Grundsätzlich habe ich aber an ihr wenig auszusetzen./Es ist nötig, dass man die Gesellschaftsordnung in unserem Land der modernen Zeit anpasst./Die Gesellschaftsordnung in unserem Land kann nicht mehr durch einzelne Reformen verbessert werden. Der einzige Weg ist, sie von Grund auf zu erneuern./unentschieden, weiss nicht.»¹⁹²

Diese Ausgestaltung des Fragebogens hatte zur Folge, dass die Interviewten nicht selbst gewählte Themen ansprechen konnten, sondern mit einer klaren Abfolge von vornherein festgelegter Fragen und Themen konfrontiert wurden. Auch ihre Antworten konnten sie nicht frei formulieren, sondern mussten aus vorgegebenen Antworten auswählen. Dies bedeutet, dass die Stimme der befragten Jugendlichen immer nur indirekt, das heisst durch das fixe Raster des Fragebogens, mit dem von den Studienverantwortlichen geschaffenen Begriffssystem und mit ihrem Vokabular hörbar war. Die Befragten wurden durch den standardisierten Fragebogen möglicherweise in eine bestimmte Richtung gelenkt oder mit Themen und Antwortmöglichkeiten konfrontiert, an die sie zuvor noch nie gedacht hatten, und sie mussten zwischen Alternativen wählen, die bis an-

¹⁹⁰ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 229.

¹⁹¹ Ebd., S. 245.

¹⁹² Ebd., S. 230.

hin eventuell gar nicht zu ihrem Alltagswissen gehört hatten.¹⁹³ Zugleich war das Forschungsdesign der Zürcher Studie von der zeitlichen und geografischen Nähe zu den 68er-Unruhen und von einer spezifischen Deutung der Jugend- und Studentenunruhen geprägt: Die Wissenschaftler interessierte vor allem das politische Interesse und Verhalten der Jugendlichen, ihr subversives Potenzial und ihre Einstellung zur Gesellschaftsordnung und zu staatlicher Macht. Dies manifestiert sich in der Auswahl der Variablen, mit denen das Ausmass der «Unrast» Jugendlicher gemessen werden sollte.

Eine erste Gruppe von Variablen erfragte das politische Verhalten Jugendlicher: Ihr Interesse an Politik, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, die Mitarbeit an Initiativen oder Referenden, die Teilnahme an Wahlen, Abstimmungen und an weiteren politischen Aktionen wie etwa Demonstrationen.¹⁹⁴ Um den «Radikalitätsgrad»¹⁹⁵ der Befragten zu ergründen, wurde zwischen «gemässigten» und «radikaleren» politischen Aktionsformen unterschieden. Als gemässigt galten das Verteilen von Flugblättern oder die Teilnahme an bewilligten öffentlichen Kundgebungen. Zu den radikalen Aktionen zählten Protestformen, die für die neuen sozialen Bewegungen typisch waren, darunter sogenannte Sit-ins, Go-ins oder weitere «gezielte Provokationen» wie die «Störung gegnerischer Veranstaltungen».¹⁹⁶

Eine zweite Gruppe von Variablen mass gesellschaftlich-politische Orientierungen und Wertvorstellungen. Erfragt wurden verschiedene Aspekte der «Einstellung zum gesellschaftlichen Status Quo [sic]» in der Schweiz, darunter der «Grad der Ablehnung der schweizerischen Gesellschaftsordnung», die Einstellung zu staatlicher Macht, der «Grad kosmopolitischer Orientierung», der daran gemessen wurde, ob die Befragten sich eher mit der Nachbarschaft und der Wohngemeinde oder der «Weltgesellschaft» identifizierten, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht oder das Interesse an «öffentlichen Belangen».¹⁹⁷ Nicht nur die Erfragung der oppositionellen Haltung der Jugendlichen, sondern auch die Frage, ob ihre Solidarität eher international oder lokal ausgerichtet sei, berührte die durch die Jugend- und Studentenunruhen verschärfte Sorge um eine schwindende gesellschaftliche Solidarität und Stabilität.

Als dritte Dimension von «Unrast» wurde der Drogenkonsum erfragt. Dazu wurde den Interviewten eine Liste mit legalen und illegalen Substanzen vorgelegt, darunter Alkohol, Tabak, Tranquilizer, Schmerzmittel, Cannabisprodukte, LSD, Amphetamine sowie Opium.¹⁹⁸ Auf den ersten Blick mag die Frage nach dem Drogenkonsum in einer Studie, die sich vor allem für die politische «Unrast» interessierte, erstaunen. Ende der 1960er- und zu Beginn der 1970er-

193 Zu standardisierten Fragebogen Schnell/Hill/Esser 1999, S. 309 f.

194 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 62. Die gesamte Liste der Variablen findet sich im Anhang der Studie, S. 265–274.

195 Ebd., S. 65.

196 Ebd., S. 65, 258 f.

197 Ebd., S. 124.

198 Ebd., S. 130.

Jahre, als die Studie entstand, entsprach die Herstellung eines solchen Zusammenhangs allerdings einer ganz spezifischen, für die Zeit charakteristischen Deutung: Drogen wurden als jugendspezifisches Problem und als wichtiges Element des Aufbegehrens der 68er-Bewegung gedeutet und somit als Bedrohung der Gesellschaft aus dem Inneren interpretiert.¹⁹⁹

Weiter lassen sich im Forschungsdesign auch spezifische Sichtweisen auf Jugend festmachen, wie sie für die Zeit ab Mitte der 1960er-Jahre charakteristisch waren. Dazu gehört die Fokussierung auf generationelle Unterschiede und auf Jugend als generationelle Einheit.²⁰⁰ Hiervon zeugen Fragen, anhand derer abgeschätzt werden sollte, inwiefern sich die Jugendlichen an ihrer eigenen Generation orientierten und sich von den anderen Altersgruppen abwandten. So wurde als vierter Faktor für die «Unrast» das Gefühl der Zugehörigkeit zur eigenen Altersgruppe herangezogen. Gemessen wurde dies am Gewicht, das Gleichaltrigen gegenüber älteren oder jüngeren Menschen beigemessen wurde. Dazu mussten die Befragten zum Beispiel auswählen, welcher der folgenden Aussagen sie eher zustimmten: «A sagt: <Nur was unter Jungen in meinem Alter passiert, ist für mich wirklich wichtig.> B sagt: <Da bin ich anderer Meinung. Für mich haben die Jungen nicht mehr Bedeutung als andere Gruppen in unserem Lande.>»²⁰¹

Als unabhängige Variablen, welche die «Unrast» erklären sollten, wurden neben strukturellen Merkmalen wie Alter und Geschlecht sowie soziologischen Klassifikationskriterien wie Ausbildung, Bildungsstatus, soziale Schicht beziehungsweise Herkunft und Urbanitätsgrad des Wohnorts der Grad des «Modernismus» der Befragten gemessen.²⁰² Dieser Variablen lag die Frage zugrunde, ob zwischen älterer und jüngerer Generation kulturelle Wertunterschiede bestehen würden.²⁰³ Die Autoren gingen von der These aus, dass eine «moderne Orientierung» auf «Unrast», das heisst auf eine Ablehnung der schweizerischen Gesellschaftsordnung und staatlicher Macht, verweise,²⁰⁴ zudem seien Befragte mit «moderner Orientierung» politisch aktiver und würden die für Jugendliche typischen nonkonformistischen Aktionsformen vorziehen.²⁰⁵ Die Frage, ob ein Jugendlicher eine «moderne» oder «traditionelle» Orientierung habe, wurde

199 Tanner 2006, S. 280 f.; Tanner 2015, S. 388. Vgl. hierzu Kapitel 6.

200 Hierzu ausführlich Kapitel 2.3.

201 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 126, 236.

202 Fragebogenentwurf zur Zürcher Studie, o. D. [wahrscheinlich 1969/70], StAZH, 5.491; Blancpain/Häuselmann 1974, S. 62, 72. Weitere Variablen waren die Integration in die Erwachsenengesellschaft, die gemessen wurde an der Erwerbstätigkeit und am Zivilstand, der Volljährigkeit sowie dem Wegzug aus dem Elternhaus und der Gründung eines eigenen Haushalts, der «Generationszugehörigkeit» sowie dem Konsum von Massenmedien. Weiter wurde nach der Wahrnehmung der eigenen gesellschaftlichen Situation sowie der Beurteilung der Situation der eigenen Altersschicht, gemessen an der Frage nach dem Verhältnis von Rechten und Pflichten Jugendlicher, gefragt. Fragebogen in Blancpain/Häuselmann 1974, S. 227–264.

203 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 191.

204 Ebd., S. 210.

205 Ebd., S. 202.

unter anderem anhand seines Musikgeschmacks gemessen.²⁰⁶ Die Interviewten konnten zwischen den Stilrichtungen Jazz, klassische Musik, Protest- und Folksongs, «Volksmusik anderer Kulturen», experimentelle Popmusik, Rock, Opern, Marschmusik oder Schlager wählen. Eine Vorliebe für Jazz, Rock und experimentelle Popmusik galt als Indikator für eine «moderne Orientierung» und insofern für eine «neue kulturelle Identität». Die Wahl von klassischer und volkstümlicher Musik sowie von Opern deuteten die Autoren hingegen als Hinweis auf eine «traditionelle Orientierung».²⁰⁷

Diese Frage zeugt einerseits von der verbreiteten Vorstellung, dass Musik eine wichtige Rolle in der Identifikation mit der eigenen Altersgruppe spielt. Rock, Popmusik, Protest- und Folksongs galten als Domäne der jungen Generation, sie seien massgeblich beteiligt an der «Entwicklung und Verbreitung eines generationsspezifischen Bewusstseins» und einer neuen «kulturellen Identität, die ihren relevanten Bezugskontext in der eigenen Generation und nicht mehr in traditionell nationalen oder sprachlichen Kulturräumen hat», so die Autoren.²⁰⁸ Andererseits verweist die Frage darauf, wie jugendkulturelle Merkmale – hier das Beispiel Musik – als Zeichen für einen Wertewandel der Jugendlichen und in diesem Fall für ihre politische Haltung und sogar für ihr subversives Potenzial gelesen wurden. Insbesondere zwischen 1968 und 1973 wurden Beat-, Pop- und Rockmusik politisch aufgeladen, als Protest sowie als kultureller Ausdruck der Revolution gedeutet.²⁰⁹

Die Studie, so meine erste Schlussfolgerung, verrät insgesamt mehr über die Perspektiven der Wissenschaftler selbst und über die Themen, die sie als interessant oder drängend erachteten, als über das, was die Jugendlichen damals beschäftigte. Zwar wurden Drogen und Musik als Variablen in die Untersuchung eingebaut, andere Themen wie Sexualität, Sport, Film oder Alltagserfahrungen, Denk- und Handlungsweisen und das Freizeitverhalten Jugendlicher blieben hingegen unterbelichtet.²¹⁰ Zweitens zeigt die Analyse der Vorgehensweise der Verantwortlichen, dass die Konzeption des Fragebogens, die Bildung der Stichprobe wie auch die Analyse des Datenmaterials von ihrem Objektivitätsanspruch geprägt und geleitet waren. Es ist plausibel, dass sich die Wissenschaftler mit der Wahl quantitativer Verfahren auch abgrenzen und Legitimität und Einfluss sichern wollten. Einen Hinweis darauf, dass die Wissenschaftler nicht zuletzt aus

206 Ebd., S. 209, 325. Ganzer Abschnitt zu den Variablen nach: Frequenzauszählung der repräsentativen Befragung zur soziologischen Studie *Zur Unrast der Jugend*, StArZH, V.B.c.64:13.3.

207 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 200.

208 Ebd., S. 199 f.

209 Siegfried 2006, S. 240 f. Zur Verschiebung der Begriffe Beat-, Rock- und Popmusik ebd., S. 670, 675 f., 748. Siegfried zeigt auf, wie bis Ende der 1960er-Jahre «jugendbezogene Unterhaltungsmusik» Beatmusik genannt wurde. Ebd., S. 675. Als Beat, unter anderem wegen der Beatles, zur Massenkultur wurde, wurden neu Pop- und Rockmusik «als politisches Medium betrachtet, das zur Gesellschaftsveränderung beitragen konnte». Ebd., S. 748.

210 Zu jugendlichen Alltagserfahrungen, ihren Denk- und Handlungsweisen ausführlich Bantingy 2007.

strategischen Gründen an einem wissenschaftlichen Erscheinungsbild festhielten, liefern die Diskussionen rund um die Schlussfassung der Studie. Diese wies einen starken Fachjargon und einen umfangreichen statistischen Teil auf. Die theoretische Sprache sowie die zahlreichen Statistiken, Tabellen und Diagramme wirkten auf Laien kompliziert und unübersichtlich. Bereits das Manuskript wurde deshalb von Nichtfachleuten als zu theoretisch und zu kompliziert kritisiert. Der Zürcher Stadtrat monierte beispielsweise, es enthalte «massenweise Formulierungen, die für einen Nichtsoziologen kaum verständlich sind», und stelle «gewaltige Anforderungen an den Leser».²¹¹ Die Externe SKJ forderte deshalb von den Verfassern mehrfach, die Studie «in einer allgemeinverständlichen Sprache» zu überarbeiten und eine Kurzfassung davon zu erstellen.²¹² Vorgesehen war neben dem von den Wissenschaftlern verfassten Manuskript eine kürzere und eingängigere Version für die Behörden und ein breiteres Publikum.²¹³ Peter Heintz, Robert Blancpain und Erich Häuselmann wehrten sich aber dagegen, die Studie lesbarer und verständlicher zu gestalten und eine Kurzfassung zu produzieren. Sie begründeten dies damit, dass das Manuskript für den Verlag bereits leicht überarbeitet und gekürzt worden sei. Noch mehr Kürzungen würden den Bericht «entwerten». Zudem wären sie mit einem massiven Aufwand an Geld und Zeit verbunden. Mit diesen Argumenten konnten sich die Soziologen durchsetzen.²¹⁴ Auf Empfehlung der Subkommission der Externen SKJ beschloss der Stadtrat, die Studie zur Publikation freizugeben und auf eine Kurzfassung zu verzichten.²¹⁵ Das Manuskript wurde im Sinne der Wissenschaftler integral und in unveränderter Form im Verlag Huber & Co. in Frauenfeld als zweiter Band der Reihe «Soziologie in der Schweiz» veröffentlicht.²¹⁶ Nach der Publikation kritisierten auch die Medien das «Soziologendeutsch» der soziologischen Hauptstudie und bezeichneten den Text als «Fremdwörter-Festival».²¹⁷ Das Beharren auf der ursprünglichen Version der Studie und die Weigerung, den Text publikumsgerecht anzupassen, kann als Strategie der Wissenschaftler zur Festigung ihrer Autorität und zur Rechtfertigung ihres Expertenstatus gedeutet werden.²¹⁸ So waren die Nichtwissenschaftler auf die Wissenschaftler angewiesen, um die

211 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 29. 5. 1974, Nr. 1609, StArZH, V.B.a.39.

212 Ebd.

213 Brief von Finanzamt Stadt Zürich an Vorstand Sozialamt, 14. 6. 1974, S. 2, StArZH, V.B.a.39. Vgl. auch Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 3. 7. 1969, Nr. 2141, StArZH, V.B.a.39.

214 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 29. 5. 1974, Nr. 1609, StArZH, V.B.a.39.

215 Protokoll Externe SKJ, 20. 10. 1974, S. 2, StArZH, V.B.a.39.

216 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 29. 5. 1974, Nr. 1609, StArZH, V.B.a.39.

217 Schoch, Jürg. Zur Unrast der Jugend. In: Schaffhauser Nachrichten, Nr. 254, 1. 11. 1974. Vgl. auch Sonderegger, Marcel. Die «Unrast der Jugend» unter der Lupe. In: Berner Zeitung, Nr. 188, 14. 8. 1975; Weber, Rolf. Die Ursachen der Jugendrevolte. In: Der Bund, 9. 11. 1975: Er kritisierte das «Soziologendeutsch»; Strech, Heiko. Soziologensprache als Mauer. In: TA, Nr. 228, 2. 10. 1974.

218 Die Historikerin JoAnne Brown zeigt am Beispiel der amerikanischen Psychiatrie, wie Wissenschaftler an ihrer Fachsprache festhielten, um ihren Expertenstatus zu rechtfertigen. Brown 1992, S. 20–34.

statistisch errechneten Zusammenhänge zu interpretieren und die Tabellen und Statistiken zu entschlüsseln. Ferner suggerierte diese Darstellungsart auch einer breiten Öffentlichkeit ausserhalb der Externen SKJ, dass es sich um eine besonders elaborierte Form des Wissens handelte.

«*Secondhand observation*»: Die Studie Jugend und Gesellschaft

Auch die NSUK und die SAJV hatten ursprünglich eine quantitative soziologische Studie anvisiert. Wie in Kapitel 3.1 gezeigt, waren die ersten Bemühungen für eine solche Studie aber allesamt gescheitert. Als das junge Forschungsteam um die Soziologen Michel Bassand und Bernard Crettaz 1967 schliesslich mit der Erarbeitung einer Jugendstudie betraut wurde, waren Inhalt und Methodik der Untersuchung erst wenig geklärt. Die NSUK und die SAJV wollten mit der Studie vor allem auf Mängel in der ausserschulischen Jugendarbeit hinweisen und deren Finanzierung durch den Bund sowie eine umfassende Jugendpolitik vorantreiben. Das EDI interessierte sich vor allem für «praktische Ergebnisse»²¹⁹ und für konkrete Vorschläge zur Umsetzung einer Jugendpolitik. Aufgrund dieser relativ offenen Ausgangslage sollten die Soziologen den Untersuchungsgegenstand eingrenzen, eine Fragestellung formulieren und ein Forschungsdesign entwickeln.²²⁰ Im Juni und September 1967 präsentierten Bassand und Crettaz an Sitzungen mit der Sektion Jugend der NSUK und Vertretern der SAJV eine Projektskizze «Pour une politique suisse de la jeunesse».²²¹ Angesichts der «[m]ulticéplité de problèmes complexes», welche die Jugend betrafen, hatten Bassand und Crettaz ursprünglich für eine vertiefte soziologische Untersuchung in Zusammenarbeit mit mehreren Wissenschaftlern plädiert.²²² Sie hatten also eine Studie im Sinn, wie sie bereits in den gescheiterten Entwürfen für eine Jugendstudie der NSUK vorgesehen war und wie sie später die Zürcher unternehmen sollten.²²³ Da das Budget der Untersuchung mit 20000 Franken äusserst knapp bemessen war, fehlten für eine solche Untersuchung aber die nötigen finanziellen Mittel. Wie eng der finanzielle Rahmen war, zeigt der Vergleich mit der soziologischen Zürcher

219 Handnotiz von Düby, Oscar (EDI) bezüglich Besprechung mit Bugnion-Secretan, Perle (NSUK), 24. 2. 1967, BAR, E3001B#1981/28#408*; Protokoll NSUK, 27. 2. 1969, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#21*; Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 10. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#21*. Auch die NSUK forderte immer wieder praktische Vorschläge und Massnahmen. Bassand und Crettaz betonten «[l]a nécessité d'aboutir à un rapport permettant une réelle action». Dokument «Projet de recherche sur la jeunesse suisse et l'éducation extrascolaire», 18. 5. 1967, S. 2, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

220 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 4. 9. 1967, BAR, E9500.1#1979/4#23*. Vgl. auch Brief von Bugnion-Secretan, Perle an Düby, Oscar, 26. 6. 1967, BAR, E3001B#1981/28#408*. Zu den ersten Entwürfen für eine Jugendstudie vgl. Kapitel 3.1.

221 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, mit Vorstand SAJV, 22. 6. 1967, S. 2, BAR, E9500.1#1979/4#23*; Protokoll, NSUK, Sektion Jugend, und Vertreter der SAJV, 4. 9. 1967, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

222 Dokument «Projet de recherche sur la jeunesse suisse et l'éducation extrascolaire», 18. 5. 1967, S. 1, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

223 Zu den Vorprojekten vgl. Kapitel 3.1.

Studie, für die 230 000 Franken zur Verfügung standen.²²⁴ Mit Rücksicht auf die finanziellen Rahmenbedingungen schlugen Bassand und Crettaz vor, sich ausschliesslich auf den Bereich der Jugendpolitik zu konzentrieren. Sie wiesen ihre Auftraggeber jedoch darauf hin, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichten, um eine eigentliche Jugendpolitik auszuarbeiten.²²⁵ Sie wollten deshalb eine Studie entwickeln, die für Jugendverbände, Parlamentarier, Behördenvertreter, Jugendliche selbst sowie alle Personen, die sich mit Jugendlichen beschäftigten, und für die Frage, wie eine schweizerische Jugendpolitik umgesetzt werden könne, eine Diskussionsgrundlage darstelle. Dennoch oder gerade deshalb erweiterte sich der Untersuchungsgegenstand der Studie im Laufe der Vorarbeiten wieder zu einer Gesamtdarstellung der «Jugendprobleme» in der Schweiz.²²⁶ Im Vorwort der Studie präsentierten die Autoren ihren Anspruch, «einen allgemeinen Rahmen zur Interpretation der Phänomene vor[zu]legen, welche die Jugend von heute charakterisieren».²²⁷ Damit sprachen sie die in der damaligen Zeit verbreitete Wahrnehmung an, dass die heranwachsende Generation «immer tumultuöser wird und offensichtlich immer mehr am Rande der Erwachsenengesellschaft steht».²²⁸ Es ging den Autoren also unter anderem darum, Erklärungen zu finden für aktuelle und zumeist als problematisch erachtete Erscheinungen jugendlicher Lebenswelten.

Da keine kostenintensive empirische Umfrage möglich war, suchten die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* in der Forschungsliteratur nach Erklärungen für diese Phänomene und unternahmen damit primär das, was in den Sozialwissenschaften – bisweilen auch pejorativ – als «secondhand observation»²²⁹ bezeichnet wird. Dieser Begriff umschreibt ein Vorgehen, bei dem Wissenschaftler Studien oder Forschungsergebnisse analysieren und theoretische Überlegungen verfassen, ohne selbst Feldforschung zu betreiben, Daten zu erheben, etwas zu beobachten, zu testen oder Experimente anzustellen.²³⁰ Auf die Frage, auf welches Material die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* hierzu zurückgriffen, kann die Literaturliste im Anhang der Studie Hinweise liefern. Hier existierte ein Abschnitt mit Schweizer Studien, darunter mehrheitlich Diplomarbeiten, die an Fachschulen wie zum Beispiel den Schulen für Soziale Arbeit im Zeitraum von 1940 bis 1966 entstanden waren und Themen bearbeiteten, die damals verbreitet

224 Die fast gleichzeitig wie die soziologische Zürcher Jugendstudie entstandene sogenannte Frauenstudie von Thomas Held und René Levy hatte mit 300 000 Franken deutlich mehr Mittel zur Verfügung. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, mit Vorstand SAJV, 22. 6. 1967, S. 3, BAR, E9500.1#1979/4#23*; Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 5. 3. 1970, S. 5, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

225 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, und Vertreter der SAJV, 4. 9. 1967, S. 4, 7, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

226 Vgl. dazu Schwander, Marcel. Ein Bericht über die verworfene Jugend der Schweiz. In: TA, Nr. 31, 5. 8. 1969, S. 12.

227 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 9.

228 Ebd., S. 11.

229 Maas 2011, S. 206 f.

230 Morgan 2011, S. 319.

waren. Darunter hatte es Arbeiten zur Freizeitgestaltung Jugendlicher, wie etwa eine Studie zu den Gründen und Auswirkungen bezahlter Schülerferienarbeit und zur «Reizüberflutung» durch Werbung und Massenmedien. Andere Arbeiten mit Titeln wie «Triebwirkungen des Films auf Jugendliche» und «Jugendliche und Halbstarke» behandelten zentrale Themen der jugendfürsorgerisch und jugendschützerisch orientierten Jugendhilfe.²³¹ Weiter führten die Autoren Publikationen der Pro Juventute, Lehrerzeitschriften und publizierte Vorträge an.²³² Es scheint allerdings, als ob dieser Aufzählung eher die Funktion eines Überblicks über die existierende Forschung zu Jugend in der Schweiz zukam, als dass diese Arbeiten tatsächlich Eingang in *Jugend und Gesellschaft* fanden, jedenfalls wurde in der Studie nirgends auf sie verwiesen. Auch die Ergebnisse und Daten der zwei einzigen empirischen Jugendstudien, die berücksichtigt wurden, fanden insbesondere im Anhang Verwendung, der die Freizeitgestaltung Jugendlicher thematisierte.²³³ Es handelte sich zum einen um die pädagogische Rekrutenprüfung von 1964. Es war eine der ersten Rekrutenprüfungen, die gesellschaftliche Themen und Trends eruierte und die Einstellungen und Haltungen der jungen Männer zu verschiedenen Bereichen, wie Sport, Gesundheit und Lebensqualität, erfragte. Bis 1960 war in diesen Prüfungen ausschliesslich das Wissen und das Bildungsniveau der Rekruten kontrolliert und damit die Wirksamkeit der Schulsysteme überprüft worden.²³⁴ Zum anderen bezogen sich die Autoren auf eine 1965 gemachte Umfrage des Schweizerischen Meinungsforschungsinstituts (ISOP) in Lausanne unter 600 Jugendlichen zwischen zwölf und zwanzig Jahren.²³⁵

Wichtiger als Schweizer Literatur schien für die Autoren der internationale Forschungskontext. Die Literaturliste enthielt eine internationale Bibliografie zum Thema «Jugendprobleme» sowie wenige soziologische Studien aus Deutschland und Frankreich, den Ländern, die im Umfeld der NSUK schon früh als Vorbilder für eine Jugendstudie gedient hatten.²³⁶ Darunter waren Untersuchungen der deutschen Soziologen Helmut Schelsky und Ludwig von Friedeburg, eine «Dokumentation zur Jugendforschung und Jugendarbeit» des deutschen Jugendinstituts München und eine Studie der Französin Nicole de Maupéou-

231 Vgl. Kapitel 2.2.

232 Vgl. hierzu Bibliografie von Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 181–190.

233 Der Anhang enthielt eine Bestandesaufnahme der in der Schweiz existierenden gesetzlichen und institutionellen Grundlagen, die sich mit Jugendlichen befassten, eine Auflistung von Jugendverbänden und von Jugenddiensten sowie Statistiken zu Themen wie dem Schulungsgrad der Bevölkerung oder zu den finanziellen Auslagen der Kantone und Gemeinden für das Schulwesen. Weiter findet sich im Anhang ein Überblick über die Freizeitgestaltung Jugendlicher. Schliesslich wurden die SAJV, die Pro Juventute und die Sektion Jugend der NSUK näher vorge stellt.

234 Lustenberger 1996, S. 216 f. Vgl. auch die Website der Eidgenössischen Jugendbefragungen, www.chx.ch. Zu den pädagogischen Rekrutenprüfungen vgl. auch die Ausführungen in der Einleitung.

235 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 167.

236 Vgl. hierzu Kapitel 3.1.

Abboud. Deren Aufsatz *La sociologie de la jeunesse aux Etats-Unis*²³⁷ aus dem Jahr 1966 hatten die Autoren als «ausgezeichnet» beurteilt.²³⁸ De Maupéou-Abboud war Mitglied der 1963 gegründeten Groupe des sciences sociales de la jeunesse.²³⁹ Die rund dreissig jungen Wissenschaftler dieser Forschungsgruppe waren beeinflusst durch den amerikanischen Funktionalismus und den Marxismus und hatten den Austausch über methodische Fragen zum Ziel. Die Gruppe löste sich um 1967 bereits wieder auf, bereitete aber den Weg für zahlreiche Jugendstudien der 1970er-Jahre.²⁴⁰ Die Bedeutung, welche die Autoren um Bassand und Crettaz der Arbeit von de Maupéou-Abboud beimassen, ist ein Hinweis darauf, dass sie sich am aktuellen und internationalen Forschungsstand orientierten. Dies wird durch die Analyse des Inhalts der Studie bestätigt.²⁴¹

Die Autoren erhoben aber dennoch auch eigene Daten: Im Januar 1968 verschickten sie 400 Fragebogen an die Jugendverbände, von denen 70 beantwortet zurückkamen. Die Verantwortlichen der Jugendverbände wurden darin aufgefordert, Auskunft zu ihrem Verband zu geben, speziell zur Ausbildung der Leiter, zur Infrastruktur sowie zu ihrer finanziellen Situation. Weiter sollten sie in eigenen Worten den Begriff «Jugend» und «Jugendpolitik» definieren, wichtige Charakterzüge von Jugend beschreiben und eine Einschätzung zur «heutigen Schweizer Jugend» geben. So wurde etwa gefragt, ob diese ein Problem darstelle und ob sie von «jenen Bewegungen der «revoltierenden» Jugendlichen, die neu-lich in den USA, Holland, England, Frankreich usw.»²⁴² von sich Reden machten, beeinflusst werden könnte. Nur kurze Zeit vor dem Zürcher «Globuskrawall» waren solche Jugendbewegungen aus Schweizer Perspektive offenbar noch wenig vorstellbar. Die Antworten der Jugendverbände fanden allerdings lediglich in einem kurzen Kapitel Eingang, in dem die Schwierigkeiten der Verbände thematisiert wurden.

Im Anschluss an diese Vorarbeiten formulierte das Autorenteam um Bassand und Crettaz theoretische Überlegungen und Erkenntnisse zu Jugendlichen und ihrem Status in der Gesellschaft. Daraus entstand das Endprodukt – eine «kritische Synthese verschiedener soziologischer Theorien».²⁴³ Wie es die Beschreibung der Autoren andeutet, war der Hauptteil der Studie eine theoretisch-soziologische Abhandlung zu Jugend.²⁴⁴ Von Kritikern wird die «secondhand observation»

²³⁷ Maupéou-Abboud 1966.

²³⁸ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 181.

²³⁹ Sohn 2005a, S. 129 f.

²⁴⁰ Robert 2005.

²⁴¹ Vgl. hierzu Kapitel 5.1. Dort werde ich ausführen, dass sich die Autoren am internationalen Forschungskontext orientierten.

²⁴² Umfrage zur Studie über die Schweizer Jugend, von Bassand und Crettaz, BAR, E3001B#1980/53#494*; Dokument «Projet de recherche sur la jeunesse suisse et l'éducation extrascolaire», 18. 5. 1967, BAR, E9500.1#1979/4#23*; Protokoll NSUK, Sektion Jugend, und Vorstand SAJV, 22. 6. 1967, S. 4, BAR, E9500.1#1979/4#23*; o. A. Schritte zu einer Jugendpolitik. In: National-Zeitung, Nr. 137, 24. 3. 1969.

²⁴³ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 9.

²⁴⁴ Hierzu ausführlich Kapitel 5.1.

bisweilen auch despektierlich als «armchair observation»²⁴⁵ bezeichnet. Dieser Bezeichnung ist der Vorwurf inhärent, dass die Wissenschaftler an ihren Schreibtischen bleiben und nur theoretisieren und spekulieren würden. Mit solchen Vorwürfen waren auch die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* konfrontiert. Es wurde kritisiert, dass die Studie zu theoretisch sei und keine neuen Erkenntnisse liefere.²⁴⁶ Dennoch kam *Jugend und Gesellschaft* Vorbildwirkung zu und diente unter anderem als Vorlage für den Bericht der Studiengruppe des EDI.

Jugend und Gesellschaft als Vorbild: Der Bericht der Studiengruppe des EDI

Die Ausgangslage der Studiengruppe des EDI unterschied sich in verschiedener Hinsicht von den beiden anderen Studienprojekten. So lag der Studiengruppe bei Beginn ihrer Tätigkeit zum Beispiel bereits ein konkreter Auftrag vor. Gemäss der Verfügung des EDI sollte sie abklären, wie eine systematische Jugendpolitik in die Wege geleitet werden könne, und die Rolle des Bundes hierbei definieren.²⁴⁷ In der ersten Sitzung präzierte der Präsident Theodor Gut die Aufgaben der Studiengruppe des EDI. Unter anderem sollte die bisherige Tätigkeit von Bund, Kantonen und Gemeinden im Politikfeld Jugend dokumentiert und die Ziele, Mittel, Träger und Rechtsgrundlagen einer neuen Politik definiert werden. Eine weitere Aufgabe bestand darin, die Eingabe der SAJV um finanzielle Unterstützung durch den Bund zu prüfen. Der Bericht sollte deshalb kein «wissenschaftliches Werk»²⁴⁸ werden, war der Bundesrat doch primär an praktischen Vorschlägen interessiert.²⁴⁹ Wie bereits erwähnt, wurde diese Aufgabe denn auch nicht an Wissenschaftler übergeben, sondern, wie es der Arbeits- und Funktionsweise solcher Expertenkommissionen des Bundes entspricht, die Mitglieder der Studiengruppe des EDI selbst verfassten den Bericht.

Zu diesem Zweck erarbeiteten sie in Gruppen jugendpolitische Modelle, die Jugendpolitik definierten und deren Ziel und Adressaten festlegten. Dazu holten sie sich unter anderem Informationen bei Behörden anderer Länder und bei internationalen Organisationen. Eine Delegation reiste in die BRD, um dort mit dem Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit Gespräche über Jugendpolitik und staatliche Jugendförderung zu führen.²⁵⁰ Zudem nahmen Mitglieder der Studiengruppe an einer Tagung zum Thema Jugendhilfe in München teil, es fand ein Austausch mit dem Europarat in Strassburg und bei der Unesco in Paris

245 Vgl. hierzu Maas 2011, S. 206 f., der diesen Begriff mit Blick auf den britischen Ökonomen Terence Hutchison gebraucht. Dieser hatte 1998 in einem Essay die «armchair economists» kritisiert.

246 Hierzu ausführlicher Kapitel 5.3.

247 EDI, Dokument «Mandat der Studiengruppe für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik», o. D., BAR, E3001B#1980/53#504*.

248 Brief von Gut, Theodor an Bundesrat Tschudi, 25. 7. 1973, S. 2, BAR, E3001B#1980/53#517*.

249 Protokoll Sitzung Studiengruppe des EDI, 27. 3. 1972, S. 11, BAR, E3001B#1980/53#506*.

250 Einladung der Botschaft der BRD an das Eidg. Politische Departement, 30. 9. 1971, BAR, E3001B#1980/53#505*. Schlumpf, Viktor. Die Arbeit der eidgenössischen Studiengruppe. Auf der Suche nach einer Schweizer Jugendpolitik. In: TA, Nr. 78, 4. 4. 1972. Vgl. auch Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 13.

statt. Schliesslich besprach die Studiengruppe staatsrechtliche Aspekte einer Jugendpolitik auch mit Vertretern der Eidgenössischen Justizabteilung.²⁵¹

Die jugendpolitischen Modelle wurden auch in der Schweiz an verschiedenen Tagungen, wie etwa mit Lehrlingen, Soziologen, Geistlichen und Jugendfürsorgerinnen im Tagungszentrum Boldern in Männedorf, zur Diskussion gestellt.²⁵² Ursprünglich waren auch Interviews mit Jugendlichen geplant. In Freizeitzentren in Zürich und Genf sollten Jugendliche zum Beispiel gefragt werden, «was sie vom Staate ganz allgemein erwarten», und wie sie sich «zu seinen Einrichtungen stellen».²⁵³ Die Zürcher Interviews wollte das Sozialamt Zürich zusammen mit drei Mitgliedern der Studiengruppe des EDI durchführen. Als Ergänzung zu den Gesprächen in den Städten wollte man Jugendliche in zwei Bergdörfern im Wallis, in Graubünden oder in der Innerschweiz befragen. Weiter wollte man Lehrpersonen damit beauftragen, das Thema Jugendpolitik im Unterricht zu behandeln. Sie sollten die Ergebnisse der Diskussionen anschliessend der Studiengruppe des EDI rapportieren.²⁵⁴ Ob diese Gespräche durchgeführt wurden, ist weder aus den Akten, welche die Entstehung der Studien dokumentieren, noch aus dem Schlussbericht ersichtlich. Solche Diskussionen wurden darin nicht erwähnt und es gibt auch keinen Hinweis darauf, dass sie Eingang in den Bericht gefunden hätten. Insgesamt zeigt dies, dass auch bei der Studiengruppe des EDI Jugendliche an der Erarbeitung des Berichts kaum involviert waren. Wenn sie angehört wurden, dann handelte es sich um einzelne, ausgewählte Jugendliche.²⁵⁵

Dies war bei den Experten- und Gruppeninterviews der Fall, die ein wichtiges Element der Erarbeitung des Jugendberichts darstellten. Die Mitglieder der Studiengruppe des EDI diskutierten die von ihnen erarbeiteten jugendpolitischen Modelle mit Politikerinnen, Wissenschaftlern sowie Vertretern der Jugendverbände.²⁵⁶ Unter den nach Bern eingeladenen Politikerinnen und Politikern waren Vertreter der Parteien, die im eidgenössischen Parlament

251 Protokoll Studiengruppe des EDI, 5. 5. 1972, S. 14, BAR, E3001B#1982/40#271*; Brief von Gut, Theodor an Grossen, Jacques Michel (Direktor Justizabteilung EJPD), 8. 9. 1972, BAR, E4110B#1987/55#142*.

252 Brief von Mugglin, Gustav (Studiengruppe des EDI) an Sektion Jugend, 25. 8. 1972, BAR, E9500.1#1984/85#13*.

253 Notizen zu Sitzung Studiengruppe des EDI, 26. 5. 1972, S. 4, BAR, E3001B#1980/53#506*.

254 Ebd., S. 5 f.

255 Zur Rolle der Jugendlichen in der Erarbeitung der Studien und einer Jugendpolitik ausführlicher Kapitel 5.2.

256 Diese Diskussionen wurden festgehalten in: Protokoll Studiengruppe des EDI, 5. 5. 1972, S. 3 f., BAR, E3001B#1982/40#271*. Die von der Studiengruppe des Bundes eingeladenen Personen erhielten zur Vorbereitung der Diskussion die beiden Modelle für eine Jugendpolitik sowie einen Katalog mit Fragen zugestellt. Sie sollten beurteilen, welches Modell der «Realität der schweizerischen Jugend näher [kommt]» und sich dazu äussern, ob sie «eine Jugendpolitik, so wie sie in den beiden Modellen umschrieben wird, als notwendig [erachten]». Sie wurden weiter gefragt, was sie von den vorgeschlagenen Massnahmen zur Realisierung einer Jugendpolitik hielten und ob sie andere Vorschläge für eine Jugendpolitik hätten. Fragebogen enthalten in Brief von Mugglin, Gustav (Studiengruppe des EDI) an Sektion Jugend, 25. 8. 1972, BAR, E9500.1#1984/85#13*.

Einsitz hatten. Sie stammten aus verschiedenen Regionen mit einer leichten Überrepräsentation Zürichs.²⁵⁷ Bei den geladenen Wissenschaftlerinnen und Intellektuellen finden sich die Philosophin Jeanne Hersch, der Germanist Karl Schmid, der Psychiater Ambros Uchtenhagen, die Soziologen Peter Heintz und Walo Hutmacher, der Psychologe Herbert Studach, der Pädagoge Konrad Widmer sowie Pater Ludwig Räber, Rektor der Stiftsschule Einsiedeln, Professor für Pädagogik an der Universität Freiburg und Mitglied der NSUK.²⁵⁸ Weiter wurden Vertreterinnen und Vertreter der Jugendverbände und der nicht organisierten Jugend eingeladen²⁵⁹ sowie sogenannte kontestäre Jugendliche, darunter Thomas Held, Soziologiestudent und Vertreter der Fortschrittlichen Studentenschaft Zürich. Eingeladen wurden auch Personen, die sich beruflich mit Jugendlichen beschäftigten, darunter Alfred Ledermann von der Pro Juventute, Pierre Hirschy, Korpskommandant und Ausbildungschef der Armee, sowie Sylvia Staub, welche die Zürcher Externe SKJ präsidierte und Sekretärin der Zürcher Erziehungsdirektion war.²⁶⁰

Betrachtet man die Liste angehörter Personen wird ersichtlich, dass es zwischen der Studiengruppe des EDI, der NSUK und der Zürcher Externen SKJ verschiedene Schnittstellen gab. So hörte die Studiengruppe des EDI mit Staub, Heintz und Widmer drei Exponenten der Zürcher Studien an. Mit Walo Hutmacher wurde zudem ein Soziologe eingeladen, der einen der ersten Studienentwürfe für die NSUK verfasst hatte. Aufgrund dieser persönlichen Kontakte und personellen Überschneidungen, so die Vermutung, fanden Konzepte, Ideen sowie Ergebnisse aus *Jugend und Gesellschaft* und den Vorarbeiten zu den Zürcher Studien Eingang in die Studiengruppe des EDI. Gut ersichtlich wird dies am Beispiel des Soziologen und Mitautors von *Jugend und Gesellschaft* Bernard Crettaz, der Einsitz in der Studiengruppe des EDI hatte.²⁶¹ Als einziger Sozialwissenschaftler der Gruppe hatte er die Aufgabe, diese methodisch anzuleiten und eine systematische und strukturierte Vorgehensweise zu garantieren. So wurde der Bericht auf seinen Vorschlag hin in einem dreistufigen Verfahren erarbeitet: Konzeption jugendpolitischer Modelle, Diskussion dieser Modelle mit unterschiedlichen Interessengruppen und Ausarbeitung eines Berichts für das EDI mit konkreten jugendpolitischen Vorschlägen.

257 Die Zürcher Nationalräte Erwin Akeret (SVP), Hans Rüegg (FDP), Liliane Uchtenhagen (SP) und Walter Biel (LdU), der Tessiner Pier Felice Barchi (FDP), der Freiburger Laurent Butty (CVP) sowie die Ständeräte Hans Hürlimann (CVP, Zug) und Willi Wenk (SP, Basel-Stadt).

258 Heintz wurde zusammen mit dem Staatsrechtler Kurt Eichenberger, Universität Basel, auch zur Durchsicht des Schlussberichts zugezogen.

259 Protokoll Studiengruppe des EDI, 21. 8. 1972, S. 1, BAR, E3001B#1982/40#271*.

260 Zu den weiteren angehörten Personen zählten unter anderen Geo Solari, Noël Constant, Alfons Müller, Jean Monney und Emil Weinmann, Blaise Català, Charles Magnin, Christoph Aeschlimann, Margrith Misteli, Reto Padrutt, Pietro Ribi. Brief von Mugglin, Gustav (Studiengruppe des EDI) an Sektion Jugend, 25. 8. 1972, BAR, E9500.1#1984/85#13*. Im Anhang des Berichts Studiengruppe des EDI 1973, S. 77 f., findet sich ein vollständiges Verzeichnis der konsultierten Personen.

261 Vgl. Protokoll Studiengruppe des EDI, 5. 5. 1972, S. 3 f., BAR, E3001B#1982/40#271*.

Für die Erarbeitung jugendpolitischer Modelle verfasste Crettaz einen Fragebogen zu «Jugendproblemen, ihren Ursachen und ihren Äusserungen, insbesondere zu ihrem Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesellschaft»,²⁶² den die Mitglieder der Studiengruppe ausfüllten. Mit den Antworten auf die insgesamt vierzehn Fragen zu Charakterzügen und Problemen der «heutigen» Jugend, den Beziehungen zwischen den Jugendlichen und der Gesellschaft und zur jugendpolitischen Rolle des Staates, den Zielen einer Jugendpolitik und den Möglichkeiten ihrer Umsetzung wurden erste Ideen generiert und die jugendpolitischen Vorstellungen der Mitglieder sondiert, aber auch bereits die thematische Ausrichtung vorgegeben.²⁶³ Crettaz trug zudem die Ergebnisse von *Jugend und Gesellschaft* in die Studiengruppe des EDI. So basierte der theoretische Teil des Berichts der Studiengruppe des EDI auf der Studie *Jugend und Gesellschaft*, die von den Mitgliedern der Studiengruppe als unentbehrliche Grundlage bezeichnet wurde.²⁶⁴ Die Schlussfolgerungen, Konzepte, Definitionen und Argumentationslinien von *Jugend und Gesellschaft* wurden als Arbeitsgrundlage herangezogen und teilweise sogar integral übernommen.²⁶⁵ Die Studiengruppe des EDI etwa zitierte im ersten Teil ihres Berichts, in dem es um die Analyse der «Jugendprobleme» geht, aus *Jugend und Gesellschaft* ganze Passagen – teilweise ohne auf den Originaltext zu verweisen.²⁶⁶ Auch im Kapitel mit der Beschreibung unterschiedlicher Jugendgruppen bezog sich der Bericht des EDI auf die Typologie von *Jugend und Gesellschaft*.²⁶⁷ Weiter verwies die Studiengruppe des EDI auch auf die vom Zürcher Stadtrat eingesetzte Externe SKJ und die entstehende Untersuchung zur «Unrast der Jugend», die sie für die jugendpolitische Diskussion als von «grosser Bedeutung» erachtete.²⁶⁸ Überdies bezog sich auch die soziologische Zürcher Studie in ihren theoretischen Ausführungen auf *Jugend und Gesellschaft* und zitierte diese mehrfach.²⁶⁹ Unter anderem aufgrund dieser Vorbildwirkung von *Jugend und Gesellschaft* und der personellen Überschneidungen zwischen den für die Studien verant-

262 Der Fragebogen von Crettaz und die Antworten der Mitglieder der Studiengruppe des EDI finden sich in: BAR, E3001B#1980/53#504*.

263 Fragebogen von Crettaz und Antworten der Mitglieder der Studiengruppe des EDI, BAR, E3001B#1980/53#504*. Schlumpf, Viktor. Die Arbeit der eidgenössischen Studiengruppe. Auf der Suche nach einer Schweizer Jugendpolitik. In: TA, Nr. 78, 4. 4. 1972.

264 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 1. 1972, S. 2, BAR, E9500.1#1984/85#13*; Protokoll 1. Sitzung Studiengruppe des EDI, 18. 1. 1972, S. 9, BAR, E3001B#1980/53#506*.

265 Das bestätigte auch Theodor Gut. Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle, 21. 8. 1972, S. 3, BAR, E3001B#1982/40#271*. Vgl. auch Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Politikern, 23. 8. 1972, S. 14, BAR, E3001B#1982/40#271*. Blancpain/Häuselmann 1974, S. 20, zitieren Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 47–53. Vgl. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 1. 1972, BAR, E9500.1#1984/85#13*.

266 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 23: Original Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 52. Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 27: Original Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 53.

267 Vgl. hierzu Kapitel 5.1.

268 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 32.

269 Blancpain/Häuselmann 1974, beispielsweise S. 22, 24, 29.

wortlichen Gremien waren sich die Studien auch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung ähnlich. Sie wiesen deutliche Analogien auf und kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Bevor diese Erzeugnisse der Wissensproduktion im folgenden Kapitel eingehend beleuchtet werden, zeige ich nun am Beispiel der Aushandlungen um die Definition von Jugend auf, dass alle drei Studien eine deutliche soziologische Perspektive einnahmen.

Jugend als gesellschaftlich geprägte Übergangsphase

Wer galt überhaupt als Jugendlicher und welche Jugendlichen wurden untersucht? Diese Frage wurde auch in den Gremien, welche die Studien erarbeiteten, eingehend und bisweilen kontrovers diskutiert. Ein Mitglied der Studiengruppe des EDI beschrieb in der *Weltwoche* die Ratlosigkeit, die unter den Mitgliedern diesbezüglich herrsche, und bezeichnete die Ausgangssituation der Studiengruppe deshalb als «beinahe pervers». Bereits in der ersten Sitzung habe man sich den Kopf zerbrochen, an wen sich eine Jugendpolitik richten müsse: «Man rang mit Geburtsjahren und Klischeevorstellungen, Langhaarigen und Sonntagsschülern, Drogensüchtigen und Pfadfindern. Kein Bild passte.»²⁷⁰ Die zugespitzte Gegenüberstellung gegensätzlicher Jugendbilder macht deutlich, wie in der Studiengruppe des EDI über den Jugendbegriff Uneinigkeit herrschte und unterschiedliche Vorstellungen aufeinanderprallten. Insbesondere in der Frage möglicher Altersgrenzen gingen die Meinungen auseinander. Während für einen Teil der Studiengruppe des EDI Jugend im Alter zwischen 13 und 16 Jahren begann, waren die restlichen Mitglieder der Meinung, dass sich eine Jugendpolitik auch an jüngere Adressaten richten solle.²⁷¹ Insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Jugendverbände und der Pro Juventute plädierten in den Gesprächen mit der Studiengruppe des EDI dafür, auch Kinder und Kleinkinder als Adressaten einer Jugendpolitik zu berücksichtigen.²⁷² Ein Grund dafür ist, dass viele Jugendverbände auch Kinder zu ihren Mitgliedern zählten und sich auch die Pro Juventute an alle Altersstufen vom Neugeborenen bis zum jungen Erwachsenen richtete. Auch über die obere Altersgrenze divergierten die Meinungen und man stritt darüber, ob das Jugendalter bis 25 oder bis 30 Jahre dauere.²⁷³ Gleichwohl einigten sich die Mitglieder der Stu-

270 Holenstein, Peter. Jugendpolitik – Politik ohne Jugend? In: Die Weltwoche, Nr. 42, 17. 10. 1973.

271 Das erste von der Studiengruppe erarbeitete jugendpolitische Modell richtete sich beispielsweise an die Altersgruppe von 0 bis etwa 25 Jahren und damit nicht nur an Schulpflichtige und Schulentlassene, sondern auch an Kinder, während das zweite Modell ausschliesslich 13- bis 25-Jährige in den Blick nahm.

272 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Vertretern der Jugendverbände, 21. 8. 1972, S. 4, BAR, E3001B#1982/40#271*.

273 Noch in der Vernehmlassung waren die gewählten Altersgrenzen umstritten. Die SVP und der Arbeitgeberverband empfanden die Altersgrenze von dreissig Jahren als zu hoch. Für sie endete Jugend mit höchstens 25 Jahren und für die Aargauer Handelskammer sogar mit 20 Jahren mit der Erlangung der Mündigkeit. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hingegen schlug vor, die untere Altersgrenze zu senken, und forderte, dass eine Jugendpolitik auch Säuglinge

diengruppe des EDI schliesslich auf Altersgrenzen, um die Adressaten einer Jugendpolitik besser benennen zu können.²⁷⁴ Auch für die Verantwortlichen der Zürcher Studien war die Festlegung von Altersgrenzen erforderlich, um die repräsentative Stichprobe zusammenzustellen.

Die von den Beteiligten aller hier thematisierten Studien festgelegte Altersspanne war relativ gross: Ihre Kernphase dauerte von 15 bis 24 Jahren, wobei Anfang und Ende der Jugendphase je nach Studie variierten. Für die Verfasser von *Jugend und Gesellschaft* umfasste sie die Adoleszenz (15–19 Jahre) und das erste Erwachsenenalter (20–24 Jahre).²⁷⁵ Für die Studiengruppe des EDI begann sie mit der erreichten Pubertät, wofür im Bericht keine Alterslimite festgelegt wurde. In internen Diskussionen der Studiengruppe war jedoch häufig von 13 Jahren als unterer Altersgrenze die Rede.²⁷⁶ Sie orientierte sich an biologischen und medizinischen Konzepten, die physiologische Veränderungen und die sexuelle Reifung als Beginn der Pubertät festlegen und diesen in der Regel um das 13. Altersjahr.²⁷⁷ Die Obergrenze legte die Studiengruppe des EDI zwischen dem 25. und dem 30. Lebensjahr fest.²⁷⁸ Von einer ähnlichen Altersspanne gingen auch die Autoren der Zürcher Studien aus. Sie untersuchten eine Hauptstichprobe von 15- bis 25-Jährigen und eine Zusatzstichprobe von 25- bis 30-Jährigen.²⁷⁹ Mit der Festlegung dieser Altersgrenzen gingen die Studien über gängige (staats)rechtliche Bestimmungen hinaus, die den Beginn des Erwachsenenalters über die Verleihung von Rechten und die Einforderung von Pflichten zumeist früher ansetzten. Im ZGB lag die Mündigkeit bei zwanzig Jahren und auch das Stimm- und Wahlrecht erhielten die Schweizer – erst ab 1971 auch die Schweizerinnen – in den meisten Kantonen und auf eidgenössischer Ebene mit dem vollendeten 20. Lebensjahr.²⁸⁰

und Kinder mit einbeziehen müsse. Die Begründung lautete, dass Jugendpolitik auch Familienpolitik sein und die Erwachsenenbildung Massnahmen im Wohnungsbau und im Umweltschutz umfassen müsse. Pressemitteilung zur Stellungnahme SVP zum Bericht Studiengruppe des EDI, 25. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#519*; Stellungnahme Aargauer Handelskammer. In: Stellungnahme Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*; Stellungnahme Regierungsrat Kanton Zürich zum Bericht Studiengruppe des EDI, 6. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*.

²⁷⁴ Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 15.

²⁷⁵ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 13. Crettaz erwähnte Jugendliche zwischen 13 und 25 Jahren. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 30. 4. 1970, S. 4, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

²⁷⁶ Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 15.

²⁷⁷ Janssen 2010, S. 32.

²⁷⁸ Modell I der Studiengruppe des EDI, Fassung vom 7. 6. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*. Fast wortwörtlich Modell II der Studiengruppe des EDI, Fassung vom 7. 6. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*.

²⁷⁹ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 12, vgl. auch S. 159–166. Vgl. auch Ambühl 1976.

²⁸⁰ Das Mündigkeitsalter wurde 1996 auf 18 Jahre herabgesetzt. Bereits 1991 wurde auf Bundesebene das Stimm- und Wahlrechtsalter auf 18 Jahre gesenkt. Hierzu ausführlicher Kapitel 5.4. Eine Ausweitung der Jugendphase fand fast zeitgleich mit der Entstehung der hier thematisierten Studien auch im Jugendstrafrecht statt. Vor dessen Revision 1971 fielen 14- bis 18-Jährige unter das Jugendstrafrecht und 18- bis 20-Jährige unter das Minderjährigenstrafrecht. Danach wurde die Altersspanne ausgeweitet: Während Delikte, die zwischen dem 10. und dem 18. Lebensjahr begangen werden, aktuell unter das Jugendstrafrecht fallen, gelten Täter zwischen 18

Wie ich in Kapitel 5.1 ausführlich darlegen werde, lag dieser Ausweitung der Altersspanne die Feststellung zugrunde, dass sich die Jugendphase ausdehne und auch noch 30-Jährige «gewisse Aspekte der Jugendlichenproblematik»²⁸¹ aufweisen würden.

Eine einheitliche Definition von Jugend erschien nicht nur in Bezug auf die Altersgrenzen schwierig. Die Autoren der Studien verwiesen auch auf die «Vielschichtigkeit»²⁸² des Jugendbegriffs. Psychologisch, juristisch, staatspolitisch oder umgangssprachlich werde Jugend je anders definiert und eine eindeutige Begriffsbestimmung sei deshalb unmöglich, stellten die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* fest.²⁸³ Bereits in der Einleitung wiesen sie die Leserinnen und Leser darauf hin, dass *die* Jugend nicht existiere, sondern «viele Gruppen junger Menschen, die nur in konkreten, wechselnden Situationen»²⁸⁴ greifbar seien. Ausdrücke wie «Jugend» und «junger Mensch» würden deshalb nur verwendet, um die Darstellung zu vereinfachen.²⁸⁵ Sehr ähnlich präzisierte auch die Studiengruppe des EDI, dass die Interessen, Einstellungen und Vorstellungen der einzelnen Jugendlichen zu verschieden seien, um sie unter einem Begriff zusammenzufassen. Das «Gesicht der Jugend» weise «unterschiedliche, ja oft widersprüchliche und gegensätzliche Aspekte» auf.²⁸⁶ Die gewählten Altersgrenzen seien deshalb relativ und Jugend weniger eine Frage des biologischen Alters als eine Haltung («une attitude»)²⁸⁷.

Die Autoren wandten sich damit von Sichtweisen auf Jugend ab, wie sie von der Aufklärung bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts dominant waren: Jugend als biologischer Reifeprozess, der von einem psychologischen Übergang begleitet wird.²⁸⁸ In einem Konzeptpapier betonten die Autoren von *Jugend und Gesellschaft*, dass Jugend nicht mehr nur «als psychologische Kategorie»²⁸⁹ begriffen werden könne, sondern bei der Untersuchung von Jugend vermehrt soziale und politische Aspekte berücksichtigt werden müssten. Auch Rudolf

und 25 als junge Erwachsene und können anstelle einer Freiheitsstrafe in eine Einrichtung für junge Erwachsene (Massnahmenzentrum) eingewiesen werden. Malär 2008, S. 326. Zur Revision des Jugendstrafrechts vgl. auch Wicki 2008, S. 251.

281 Heintz/Moser/Niederer/Widmer/Vontobel. Projektstudie für eine interdisziplinäre Untersuchung, März 1970, S. 11, StArZH, V.B.a.39.

282 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 18.

283 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 12.

284 Ebd., S. 10. Fast identisch: Kurzbericht an die Interviewten und die Massenmedien [Entwurf] von Blancpain/Häuselmann, 8. 11. 1971, StArZH, V.B.c.64:13.3.

285 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 10. Vgl. dazu auch: Modell I der Studiengruppe des EDI, Fassung vom 7. 6. 1972, S. 3, BAR, E3001B#1982/40#271*; Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 12. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#21*; Kurzbericht an die Interviewten und die Massenmedien [Entwurf] von Blancpain/Häuselmann, 8. 11. 1971, StArZH, V.B.c.64:13.3.

286 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 26.

287 Mitglieder der Studiengruppe des EDI verwiesen auf die Studie *Jugend und Gesellschaft*, welche dies festhielt. Protokoll Studiengruppe des EDI, 1. Sitzung, 18. 1. 1972, S. 13 f., BAR, E3001B#1980/53#506*.

288 Criblez 2007a, S. 839.

289 Dokument «Wegzeichen für eine Jugendpolitik», 22. 6. 1969, erarb. von Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals, an SAJV, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

Bautz, der Verfasser der volkskundlichen Zürcher Studie, wandte sich explizit von Jugendkonzepten ab, wie sie in der Biologie, der Medizin und der Psychologie verbreitet waren. Er kritisierte die Ansicht, dass die «Jugendkrise»²⁹⁰ in der körperlich-psychischen Reifung des Jugendlichen gründe, endogen und genuin sei und somit als natürlich und normal betrachtet werde. Der «Hinweis auf seine Natürlichkeit», so Bautz, würde den Konflikt zwischen den Generationen «als gegeben» hinnehmen und verharmlosen. Er verdeckte zudem, dass die sozialen Beziehungen zwischen den Generationen gestört seien.²⁹¹

Wichtiger als starre Altersgrenzen erschien den Verfassern der Studien deshalb eine strukturelle Auslegung des Jugendbegriffs und sie rückten Jugend als gesellschaftliches Phänomen in den Fokus. Den Studien lag sodann eine Definition von Jugend zugrunde, wie sie etwa der deutsche Soziologe Helmut Schelsky 1957 in *Die skeptische Generation* verwendet hatte. Schelsky definierte Jugend darin über das Ausschlussprinzip: Als Jugendlicher gilt, wer nicht mehr ein Kind und noch kein Erwachsener ist.²⁹² Aus dieser Perspektive beginnt Jugend mit dem Abschluss der biologisch-physiologischen Reife und endet mit der sozialen Reife. Die soziale Reife tritt aus der Sicht von Soziologen wie Friedhelm Neidhardt ein, sobald sich die Person von ihrer Herkunftsfamilie gelöst hat und ökonomisch oder sozial unabhängig ist.²⁹³ Die Zürcher Studien orientierten sich an dieser Definition: Als Grenze zwischen Jugendphase und Erwachsensein definierten sie den Eintritt ins Erwerbsleben und die Heirat.²⁹⁴ Demnach galt innerhalb der Gruppe der 15- bis 30-Jährigen als Jugendlicher, «wer weder erwerbstätig noch verheiratet ist»; als junger Erwachsener, «wer erwerbstätig und/oder verheiratet ist».²⁹⁵ Mit der Festlegung der Heirat als Rite de Passage bezogen sich die Autoren aber auch auf eine äusserst traditionelle Zäsur. Die «Ehereife», die häufig mit dem Auszug aus der Familie, der Gründung eines eigenen Haushalts und ökonomischer Selbstständigkeit einherging, galt lange Zeit als wichtigste Kategorie zur Erlangung des Erwachsenenstatus.²⁹⁶

Insgesamt wurde Jugend in den Studien also nicht als allgemein gültiges, klar eingrenzbares und über biologisch-physiologische Veränderungen und Altersgrenzen definierbares Phänomen, sondern als gesellschaftlich geprägte Übergangsphase gedeutet.²⁹⁷ Die Studienverantwortlichen bedienten sich damit einer

²⁹⁰ Bautz 1975, S. 52.

²⁹¹ Ebd.

²⁹² Blancpain/Häuselmann 1974, S. 36 f. Vgl. dazu auch Abels 1993, S. 197.

²⁹³ Neidhardt, zitiert in Petersen 2001, S. 69.

²⁹⁴ Interview mit Theodor Gut. In: Die Weltwoche, Nr. 42, 17. 10. 1973.

²⁹⁵ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 37.

²⁹⁶ Janssen 2010, S. 31.

²⁹⁷ Blancpain und Häuselmann verwiesen etwa darauf, dass eine solche Übergangsphase zwischen Kindheit und Erwachsensein erst in modernen Gesellschaften mit einer ausgeprägten Arbeitsteilung und Spezialisierung existiere. Jugend konstituiere sich demnach erst dann, «wenn die in der Sozialisation vermittelten Lernprozesse zur Erlangung der kulturell definierten sozialen Reife zeitlich über die Pubertät, die physiologische Reife hinausreichen». Blancpain/Häuselmann 1974, S. 20.

ausgeprägt soziologischen Perspektive auf Jugend, nahmen den Ort und Status Jugendlicher in der Gesellschaft in den Blick und analysierten, wie sich Veränderungen sozialer Strukturen auf Jugendliche auswirkten.²⁹⁸ Diese Perspektive prägte die Studien, wobei der soziale Wandel die zentrale Analysekategorie darstellte.

²⁹⁸ Die Studie *Jugend und Gesellschaft* untersuchte, welchen Einfluss, die «Gesellschaftswandlungen [...] auf die Bildung und Integration der jungen Menschen» ausübten. Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 11. Die Autoren der Zürcher Studie betrachteten den dynamischen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel als zentral für die in der Nachkriegszeit Geborenen und setzten diesen ins Zentrum ihrer Untersuchung. Sie untersuchten die gesellschaftlichen Determinanten der «Unrast». Blancpain/Häuselmann 1974, S. 11, 33. Die Studiengruppe des EDI beschrieb das «Jugendproblem» als «soziale[n] Hauptkonflikt unserer Zeit». Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 18.

5 Ergebnisse und Auswirkungen der Wissensproduktion (1970er-Jahre)

1971 erschien als erste der hier behandelten Studien die Publikation *Jugend und Gesellschaft. Wegzeichen zu einer Jugendpolitik*, welche die Nationale Schweizerische Unesco-Kommission (NSUK) und die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) initiiert hatten. Sie wurde in deutscher Sprache im Zürcher Verlag Benziger und mit dem französischen Titel *Jeunesse et société. Jalons pour une politique de la jeunesse* im Lausanner Verlagshaus Payot publiziert. Sie umfasste rund 200 Seiten und ihr Einband zierte eine Schwarz-Weiss-Fotografie mit einer Nahaufnahme, die eine Gruppe junger Menschen zeigte. Optisch sehr ähnlich präsentierten sich die Zürcher Studien *Zur Unrast der Jugend*. Auf der soziologischen Hauptstudie (1974) sowie der volkswissenschaftlichen und der pädagogisch-sozialpsychologischen Teilstudie (beide 1975), die alle drei in der Reihe «Soziologie in der Schweiz» publiziert wurden, war ebenfalls eine Schwarz-Weiss-Fotografie mit vier jungen Menschen, die in ein Gespräch vertieft schienen.¹ Nüchterner war der Bericht der Studiengruppe des EDI gestaltet, der 1973 erschien. Es war dies ein dünner Band, dessen Titel *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* in schwarzen Lettern auf lindengrünem Cover prangte (Abb. 22–24).

Diese Publikationen waren das handfeste Resultat der im vorhergehenden Kapitel analysierten Produktionsprozesse von Wissen zu Jugend. Zwischen den Buchdeckeln mit den Abbildungen von Jugend waren die Bilder, welche die Studienverantwortlichen von den Jugendlichen zeichnen: Schlussfolgerungen und Problem Diagnosen zu Jugend sowie jugendpolitische Vorschläge zur Lösung der eruierten Probleme. Diese Inhalte sowie die Frage nach deren Rezeption und deren politischer Umsetzung untersuche ich im vorliegenden Kapitel.

Die Studien entstanden im Laufe des «dynamischen Jahrzehnts»,² das durch einen rasanten gesellschaftlichen Wandel geprägt war. Der Historiker Ulrich Herbert zeigt, wie in allen Ländern des kapitalistischen Westens als Antwort auf diese Transformationsprozesse krisenhafte Lern- und Anpassungsprozesse stattfanden.³ Diese begannen bereits in den späten 1950er-Jahren, verstärkten sich in den 1960er-Jahren und setzten sich bis in die 1980er-Jahre fort. Deren Kernphase zwischen 1959 und 1973/74 bezeichnet Herbert als widersprüchliche Umbruch-

1 Als erster Band der Reihe «Soziologie in der Schweiz» wurde 1974 das Buch *Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft* von René Levy und Thomas Held veröffentlicht. Auch diese Studie war am Lehrstuhl von Peter Heintz entstanden. Die soziologische Zürcher Jugendstudie war Band 2 dieser Reihe. Die volkswissenschaftliche und die sozialpsychologische Studie erschienen zusammen als Band 3. Einzig die psychologische Studie (1976) wurde nicht in dieser Reihe publiziert.

2 König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 12.

3 Herbert 2002, S. 31, 40, 49.



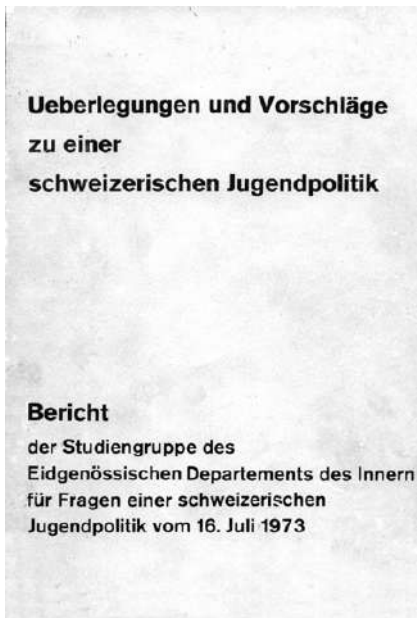
Abb. 22–24: Die Covers der drei Jugendstudien von 1971, 1973 und 1974.

zeit: Auf der einen Seite hielt die Orientierung an traditionellen Normen und Lebensweisen an.⁴ Auf der anderen Seite fanden wirtschaftliche und technische Modernisierungsprozesse statt sowie eine Modernisierung und Liberalisierung von Lebensweisen und -normen und politischen Einstellungen «im Sinne von Partizipation, Pluralität und Abbau hierarchischer und autoritärer Strukturen». In dieser Übergangsphase standen «traditionelle Orientierungen und kritische Gegenkonzepte» oft jahrelang «nebeneinander und in beständigem Konflikt».⁵

Ich verstehe die Jugendstudien und die Debatten um die Schaffung einer Jugendpolitik als Ausdruck dieser Lern- und Anpassungsprozesse und als eine Strategie, um sich in dieser Umbruchphase zurechtzufinden. Über Jugend als Stellvertreterdiskurs, so meine These, wurde der gesellschaftliche Wandel beschreibbar und es wurden normative Vorstellungen und gesellschaftliche Ordnungsmodelle verhandelt. Die Studien machen dieses Nebeneinander zwischen bewahrenden, rückwärtsorientierten Normen einerseits und dynamischem Wandel andererseits in verschiedener Hinsicht evident: Einerseits thematisierten die Studienverantwortlichen vor allem die negativen Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf Jugend und deuteten «Jugendprobleme» als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Problematik. Dies wird in Kapitel 5.1 deutlich, in dem die wichtigsten Themen und Motive der Studien sowie die Schlussfolgerungen und Problem Diagnosen der Autoren analysiert werden. Andererseits entwarfen

⁴ Ebd., S. 12, 49.

⁵ Ebd., S. 31.



die Autoren der Studien mit ihren jugendpolitischen Leitbegriffen auch Gegenkonzepte und nahmen einen Perspektivenwechsel vor, den man im Trend des von Herbert beschriebenen Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses deuten kann. In Kapitel 5.2 werden die wichtigsten jugendpolitischen Vorschläge und Ideen zur Umsetzung einer Jugendpolitik nachgezeichnet. Dabei wird deutlich, dass sich die Studienverantwortlichen von einer protektiven und paternalistischen Jugendhilfepolitik ab- und partizipativen Politikmodellen zuwandten. Die Widersprüchlichkeit dieser Prozesse zeigt sich weiter daran, dass Anspruch und Realität deutlich auseinandergingen. Leitbegriffe wie Partizipation und Mitbestimmung blieben auf einer theoretischen Ebene und die traditionellen Perspektiven wurden zumindest teilweise fortgesetzt.

Schliesslich verdeutlicht auch die Rezeption der Studien in der Öffentlichkeit, die Thema von Kapitel 5.3 ist, das Nebeneinander unterschiedlicher Jugendbilder und jugendpolitischer Konzepte. Mit der Publikation der Studien erweiterte sich der Kreis, in dem über Jugend und die Umsetzung einer Jugendpolitik diskutiert wurde, nochmals. In diesem ausgedehnten und vielschichtigen Meinungsbildungsprozess wurden das produzierte Wissen, die Vorschläge und Modelle für eine Jugendpolitik erneut transformiert. Das letzte Kapitel 5.4 geht der Frage nach, was von den jugendpolitischen Vorschlägen tatsächlich umgesetzt wurde. Hier bestätigt sich die Erkenntnis, dass die Studienverantwortlichen ihren Anspruch an Partizipation nicht realisieren konnten und die präsentierten jugendpolitischen Vorschläge sowie deren Umsetzung mehrheitlich einer traditionellen Jugendhilfepolitik verhaftet blieben.

5.1 «Isoliert» und «am Rand der Erwachsenengesellschaft»: Das Jugendbild der Studien

Am Anfang aller drei Studien standen die Feststellung eines bestimmten Problems oder Phänomens in Bezug auf Jugend und die Frage nach dessen Ursachen. In der Unesco-Studie *Jugend und Gesellschaft* wurde im Vorwort darauf hingewiesen, dass «die heutige Jugend [...] zum Teil oder gänzlich von der verschieden ist, die man früher gekannt hat».⁶ Die Autoren stellten Antworten in Aussicht auf die Frage, wieso «die heutige Jugend beim Abschluss ihrer ›Lehre‹ des gesellschaftlichen Lebens ein ganz anderes Gesicht aufweist als das bisher gewohnte».⁷ Im Vorwort des Berichts der Studiengruppe des EDI wurde festgehalten, dass sich eine Minderheit von Jugendlichen im Staat «nicht mehr zuhause»⁸ fühle. Diese Jugendlichen würden Werte und Institutionen infrage stellen und sich weigern, politische Verantwortung zu übernehmen. Bei den Zürcher Studien war es schliesslich die Frage nach den Gründen der «Unrast der Jugend», die zu den 68er-Unruhen geführt hatten, welche die Untersuchung leitete.

Im vorliegenden Unterkapitel arbeite ich die zentralen Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Studien heraus und frage danach, welches Bild die Autoren von den Jugendlichen und ihren Lebensbedingungen in der Schweiz zeichneten und welche Gründe und Erklärungsansätze die Autoren für die eruierten Phänomene präsentierten. Dabei fokussiere ich vor allem Gemeinsamkeiten zwischen den Studien. Wie gezeigt, handelte es sich bei *Jugend und Gesellschaft*, der soziologischen Hauptstudie *Zur Unrast der Jugend* aus Zürich und dem Bericht *Ueberlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* aus Bern um voneinander unabhängige Projekte mit je eigener Entstehungsgeschichte, Vorgehensweise und unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Dennoch folgten die Studienverantwortlichen ähnlichen Argumentationsmustern und zogen beinahe identische Schlüsse, während markante Unterschiede oder gegensätzliche Schlussfolgerungen kaum zu finden sind: Sie konzipierten Jugend als gesellschaftliche Kategorie und der soziale Wandel war die zentrale Analysekategorie.

Ein besonderes Augenmerk lege ich bei der Analyse der Ergebnisse auf die in den Studien verwendeten Metaphern. Metaphern reduzieren zum einen Komplexität und vermitteln komprimiert Informationen, zum anderen erzeugen sie auch einen Bedeutungsüberschuss.⁹ In Rekurs auf Hans Blumenberg verstehe ich Metaphern als «Sichtlenkung»,¹⁰ welche die Wahrnehmung leiten. Eine ähnliche Bedeutung misst Hayden White Metaphern zu. Er legt dar, wie die Metapher nicht nur abbildet, sondern Anweisungen gibt, wie sie interpretiert oder gelesen werden soll. Sie vermittele uns, «welche Bilder wir in unserer kulturell kodierten

6 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 11.

7 Ebd., S. 19.

8 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 9.

9 Peter/Knoop/Wedemeyer et al. 2012, S. 52.

10 Blumenberg 1998, S. 99.

Erfahrung aufrufen müssen, um festzustellen, wie wir gegenüber dem dargestellten Gegenstand empfinden sollen».¹¹ Durch diese Funktion der «Sichtlenkung», so meine These, transportierten die in den Studien verwendeten Metaphern auch normative Vorstellungen und spielten eine wichtige Rolle in der Betonung von Handlungsbedarf und für die Formulierung jugendpolitischer Massnahmen.¹²

Weiter greife ich in diesem Unterkapitel ein Desiderat der Forschung zur «Verwissenschaftlichung des Sozialen» auf. Verschiedentlich wird gefordert, die Konzentration auf nationale Kontexte aufzuweichen und transnationale Zirkulationsprozesse von Wissen besser zu berücksichtigen.¹³ Zu diesem Zweck werden am Schluss dieses Unterkapitels die Ergebnisse der Studien im internationalen Forschungskontext situiert. Dabei wird deutlich, dass sich diese in einen internationalen wissenschaftlichen Diskurs einschrieben und geprägt waren von damals bekannten Studien zu Jugend, wie etwa derjenigen von Margaret Mead und Friedrich H. Tenbruck.

Jugend und Gesellschaftswandel

Die Studienverantwortlichen fanden die Antworten auf die eingangs erwähnten Fragen nach den Gründen für die «Unrast» der Jugendlichen, für ihre «Andersartigkeit» und dafür, dass sie sich im Staat nicht mehr zu Hause fühlten, im dynamischen kulturellen und gesellschaftlichen Wandel der Nachkriegszeit. Die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* suchten beispielsweise nach Gesellschaftsumbrüchen, «die es verständlich machen, dass die heutige Jugend zum Teil oder gänzlich von der verschieden ist, die man früher gekannt hat».¹⁴ Die eruierten Probleme wurden insofern als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Problematik und als Folge einer Störung der Gesellschaft gedeutet. Mit dieser Blickrichtung folgten die Studien einem internationalen Trend: Ab Mitte der 1960er-Jahre rückte Gesellschaft als wichtige Kategorie ins Zentrum der Aufmerksamkeit.¹⁵ Das Individuum erschien nun als «Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse»,¹⁶ geprägt durch politische, soziale und ökonomische Strukturen.

In den hier untersuchten Studien standen vier Phänomene des Gesellschaftswandels im Vordergrund: erstens ein Wandel derjenigen Institutionen, die für die «Sozialisierung» der Jugendlichen verantwortlich sind, zweitens ein damit verbundener Wertewandel, drittens die gesellschaftliche und geografische Mobi-

¹¹ White 1994, S. 142.

¹² Auf eine solche Funktion von Metaphern hat etwa das Autorenkollektiv um die Literaturwissenschaftlerinnen Nina Peter und Christine Knoop verwiesen. Peter/Knoop/Wedemeyer et al. 2012, S. 52 f. Auch Smith zeigt, wie Diskurse und Metaphern Handeln legitimieren können. Smith 2005, S. 10 f.

¹³ Reinecke/Mergel 2012, S. 14.

¹⁴ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 11.

¹⁵ Janssen 2010, S. 60.

¹⁶ Bude 1994, S. 246.

lität Jugendlicher und viertens die Bildungsexpansion.¹⁷ Diese Phänomene weisen Überschneidungen auf und sind nicht immer klar voneinander abzugrenzen.

Die erste von den Studienverantwortlichen als relevant erachtete Veränderung betraf die «Sozialisierung» der Jugendlichen. Dieses Konzept wurde ab Mitte der 1960er-Jahre zu einem Schlüsselbegriff jugendtheoretischer Schriften.¹⁸ Die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* verstanden darunter die «psychologische[] und gesellschaftliche[] Integration der jungen Menschen in die Gesamtgesellschaft». Konkret gemeint war damit die Tradierung moralischer Werte sowie technischer und praktischer Kenntnisse.¹⁹ Mit dem Begriff «Sozialisierung» war also eine zentrale normative Funktion von Jugend angesprochen, wie sie in der Öffentlichkeit verbreitet war und wie ich sie in Kapitel 2.1 dargestellt habe: die intergenerationelle Weitergabe von Werten und Verhaltensmustern und – damit eng verbunden – die Gewährung gesellschaftlicher und kultureller Kohärenz. Diese Kontinuitätslinie war gemäss den Autoren aber gestört: Bis anhin hätten Jugendliche Werte und Verhaltensmuster von der Familie, der Schule, der Kirche oder der Nachbarschaft übernommen.²⁰ Durch den gesellschaftlichen Wandel schwinde nun aber die Bedeutung dieser «Sozialisationsinstanzen».²¹ Sie würden durch die Massenmedien (Presse, Fernsehen), die Unterhaltungsindustrie (Kino, Schallplatten, Taschenbücher), die Werbung, die Konsumgesellschaft und ein neuartiges Freizeitverhalten verdrängt.²²

Mit dieser Verschiebung würden sich zweitens auch die Inhalte der Sozialisation verändern und ein Wertewandel auftreten.²³ Traditionelle Wertmassstäbe und Vorstellungen von Staat, Gesellschaft, Autorität und Erziehung schienen sich aufzulösen. Der Bericht der Studiengruppe des EDI hielt fest, dass Jugendliche überlieferte bürgerlich-materielle Werte wie Familie, Vaterland, wirtschaftlicher Erfolg, Leistung und Ordnung durch neue Werte wie Selbstverwirklichung und Mitmenschlichkeit ersetzten.²⁴ Die soziologische Zürcher Studie nannte zusätz-

17 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 20 f.; Blancpain/Häuselmann 1974, S. 18.

18 Synonyme von «Sozialisierung» waren in den Studien «Sozialisation» oder «Vergesellschaftungsprozess». Zum Aufkommen dieser Begriffe vgl. auch Sander/Vollbrecht 1998, S. 194; Janssen 2010, S. 29.

19 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 18 f., 21, 139–141. Im Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 20, wurde Sozialisation bezeichnet als «diejenige Phase im Leben, in der ein Mensch zum Angehörigen einer Gesellschaft wird».

20 Im Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 20, wurden als zusätzliche Sozialisationsinstanzen die Jugendbewegungen genannt.

21 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 29; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 18 f., sprachen auch von «Träger der Vergesellschaftung».

22 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 19. Vgl. Blancpain/Häuselmann 1974, S. 29 f. Hier argumentierten beide Studien fast identisch. Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 19.

23 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 23–33; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 22; Blancpain/Häuselmann 1974, S. 34 f.

24 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 22. Zu typisch schweizerischen Werten vgl. Kapitel 2.1.

lich Umweltschutz, Lebensqualität, Originalität und Hedonismus, *Jugend und Gesellschaft* erwähnte Sinnsuche, Kreativität und Partizipation.²⁵

Drittens massen die Studien der gesellschaftlichen und geografischen Mobilität grossen Einfluss auf Jugendliche bei. Die Tatsache, dass viele Jugendliche einerseits einen anderen Beruf ausübten als ihre Eltern und sozial aufstiegen (gesellschaftliche Mobilität) und andererseits für ihre Ausbildung oftmals von ihrem Wohnort weg und in städtische Zentren zogen (geografische Mobilität), habe ebenfalls zur Folge, dass die Jugendlichen in Kontakt mit neuen Einflüssen und Wertvorstellungen kommen würden. Dies würde sie von ihrem Herkunftsmilieu entfremden, weshalb sich ein «Graben» zwischen den Eltern und ihren Kindern öffne.²⁶

Viertens thematisierten die Studien den Einfluss der Bildungsexpansion auf Jugendliche. Seit den 1940er-Jahren war die durchschnittliche Ausbildungsdauer in der Schweiz deutlich angestiegen. Die Anzahl Jugendlicher, die nach der obligatorischen Schulzeit direkt, das heisst ohne Lehre, ins Berufsleben einstiegen, sank stetig und die Absolventen von Berufs-, Sekundar- und Mittelschulen sowie Universitäten nahmen zu. Der Anteil neu abgeschlossener Lehrverträge, gemessen an allen Schulentlassenen, wuchs gemäss *Jugend und Gesellschaft* von 32,3 Prozent in den Jahren 1940/44 auf 50,4 Prozent im Jahr 1966.²⁷ An der Universität Bern stieg die Zahl der eingeschriebenen Studierenden zwischen 1963 und 1968 um fast die Hälfte von 3249 auf 4826 an. Ähnliche Zuwachsraten waren auch an anderen Universitäten zu verzeichnen.²⁸

Eine Folge der Bildungsexpansion war gemäss Blancpain und Häuselmann die Ausdehnung der Jugendphase, die sich in den Studien in den weit gefassten Altersgrenzen widerspiegelt. Die verlängerte Ausbildung würde den Eintritt Jugendlicher ins Erwachsenenalter, das laut der in den Studien verwendeten soziologischen Definition von Jugend mit der Heirat und der Erwerbstätigkeit beginnt, verzögern. Zusätzlich verlängert werde die Jugendphase durch einen früheren Beginn der Jugend. Hier kam es zu einer Verschränkung zwischen soziologischen und biologischen Konzepten, wurde dies doch mit dem biologischen Phänomen der «Reifungsakzeleration»²⁹ begründet, einer in den 1950er- und 60er-Jahren verbreiteten Vorstellung, dass die Geschlechtsreife verfrüht einsetze.

Weiter meinten die Jugendstudien, dass die Bildungsexpansion zu einer «Zusammenballung in jugendeigenen Räumen und Zeiten»³⁰ führe. Dieses Phänomen nahm in den Studien einen prominenten Platz ein, die Verfasser von *Jugend und Gesellschaft* widmeten seiner Beschreibung und Analyse sogar ein eigenes Kapitel.

25 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 100, 212. Vgl. hierzu auch Häuselmann/Heintz 1976, S. 99 f.; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 139.

26 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 34 f.

27 Zu den Zahlen zu Studenten und Lehrlingen: ebd., S. 36–40.

28 Diese Zahlen nennt Stotzer 2002, S. 42, 51.

29 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 23; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 43, sprachen von «Frühreife im geistigen, affektiven, sexuellen Bereich».

30 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 47–53.

«Zusammenballung in Raum und Zeit»

Die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* führten aus, dass Jugendliche durch die Bildungsexpansion in der Schule, in der Berufslehre, im Berufsschulunterricht und im Studium mehr Zeit miteinander verbringen würden und dadurch häufiger und «länger als früher in Gruppen <zusammengeschart>»³¹ seien. Zusätzlich zu dieser zeitlichen Komponente konstatierten die Autoren eine räumliche Konzentration Jugendlicher. Sie legten dar, dass deren Ausbildung zunehmend in Räumen stattfinde, wo die Jugendlichen mit Ausnahme einer erwachsenen Lehrperson oder eines Lehrmeisters ausschliesslich unter sich seien.³² Die räumliche Konzentration Jugendlicher führten sie zusätzlich auf die architektonische Beschaffenheit der Ausbildungsstätten und deren Situierung im städtischen Raum zurück. Dies betraf insbesondere die Universitäten und die Mittelschulen. Sie wurden als «autarke Welten»³³ beschrieben, in denen sich Jugendliche fast nur unter Gleichaltrigen aufhielten.³⁴ Hier hatten die Autoren den in den USA schon seit langem existierenden Universitätscampus vor Augen, eine Anlage von Forschungseinrichtungen, Studentenhäusern und Unterrichtsräumen, in der Regel ausserhalb des Stadtzentrums. In der Schweiz war der Campus in den 1960er- und 70er-Jahren hingegen noch kaum verbreitet.³⁵

Dieses Phänomen der «Zusammenballung in Zeit und Raum»,³⁶ so die Autoren, beschränke sich nicht auf den Bildungsbereich, sondern zeige sich auch in der Freizeit. Jugendliche würden diese zunehmend unter Gleichaltrigen, an bestimmten, ihnen vorbehaltenen Orten und mit «spezifisch jugendgemässen Betätigungen»³⁷ verbringen.³⁸ Die jungen Menschen würden sich dabei «keineswegs auf das ganze Stadtgelände verstreuen, sondern sich im Gegenteil an genau bestimmten Orten versammeln, die man beobachten und aufzählen kann».³⁹ Dieser Trend bildete sich gemäss den Autoren in der stetig steigenden Zahl von Jugendhäusern, Freizeitzentren oder Sportplätzen ab, die extra für Jugendliche geschaffen würden, sowie in der «Annexion»⁴⁰ bestimmter Räume durch Jugend-

31 Ebd., S. 42, vgl. auch S. 47.

32 Gemäss Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 49, wurde das «bunte Bild, dass der Lehrling direkt in eine Arbeitsgruppe eingefügt ist, worin alle Altersklassen vertreten sind und der junge Mensch weder über eine eigene Zeit noch über einen eigenen Lebensraum verfügt», von den Berufsschulen und den Lehrwerkstätten in grossen und mittleren Unternehmen abgelöst.

33 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 138.

34 Ebd., S. 49.

35 Die ETH baute ab 1963 ihren Standort auf dem Hönggerberg aus, www.ethz.ch/de/die-eth-zuerich/portraet/geschichte/epochen/1911-1968.html. Ein erster Teil des Campus der Universität Zürich beim Irchel wurde erst im Jahr 1979 eröffnet, www.uzh.ch/about/portrait/history.html.

36 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 11.

37 Ebd., S. 138.

38 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 22.

39 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 50.

40 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 23; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 50, stellten fest, dass Jugendliche solche Räume «annektiert» hätten.

liche.⁴¹ Dazu zählten sie Bars, Cafés, Dancings und Kegelbahnen sowie öffentliche Räume wie beispielsweise das Zürcher Limmatquai, an dem sich am Abend und am Wochenende viele Jugendliche aufhielten.⁴²

Diese Entwicklung werde verstärkt durch die Urbanisierung, die in den Jugenddebatten ein Dauerbrenner und Teil eines kulturkritischen und antimodernistischen Repertoires war. Ängste vor dem schädlichen Einfluss der Stadt auf Jugendliche sind schon in den Fürsorgediskursen zu Beginn des 20. Jahrhunderts nachzuweisen. Die hier untersuchten Studien spielten dabei primär auf die Ausweitung der Städte in ländliche Gegenden, die Bildung von Agglomerationen und auf Verdichtungsprozesse innerhalb der Städte ab. Der Abbruch alter Quartiere und der Bau grosser Wohnblöcke würden dazu führen, dass sich die Jugendlichen, so die Autoren von *Jugend und Gesellschaft*, in «relativ beschränkten Räumen [...] begegnen».⁴³ Auch Blancpain und Häuselmann beschrieben, wie es in den Städten zu «räumlichen und zeitlichen Massierungen von Jugendlichen»⁴⁴ komme.

Die Autoren der Studien betrachteten dieses Phänomen primär mit Besorgnis. Darauf verweisen die dafür verwendeten Ausdrücke wie «Massierungen» und «Zusammenballung»⁴⁵ und die Beschreibungen, wie Jugendliche «zusammengeschart»⁴⁶ seien. Sie entstammten einer Massensemantik, die oftmals negativ konnotiert war. In der Tradition der Massenpsychologie Gustav Le Bons ist die Reaktion auf Massenansammlungen bis heute zumeist von Misstrauen geprägt. Massen gelten als irrational, unkontrollierbar, unverantwortlich, anfällig für Manipulation, als potenzielle Unruheherde und somit als gefährlich. Da die meisten dieser Attribute gemeinhin auch Jugendlichen zugeschrieben wurden, stellte eine Masse Jugendlicher gewissermassen eine Potenzierung der Gefahren dar.⁴⁷ Ein typisches Beispiel für eine «aufgewiegelte Masse» Jugendlicher waren die «Halbstarken», die in den 1950er- und 60er-Jahren die öffentliche Ordnung zu gefährden schienen.⁴⁸

Es wird deutlich, dass sich in den Studien kultur- und konsumkritische Perspektiven auf die moderne Gesellschaft und den sozialen Wandel manifestierten, wie sie bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts und in den 1950er-Jahren verstärkt verbreitet waren.⁴⁹ Die bis anhin genannten gesellschaftlichen Veränderungen schienen allesamt als Gefahr für die Überlieferung von sogenannten typisch

41 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 49; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 21; Blancpain/Häuselmann 1974, S. 21.

42 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 23.

43 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 138, vgl. auch S. 47. Blancpain/Häuselmann 1974, S. 25, stellten eine «Konzentration der Bevölkerung in immer grösser werdenden Agglomerationen» fest.

44 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 22.

45 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 47, 11.

46 Ebd., S. 42, vgl. auch S. 47.

47 Zu diesem Argument Diederichsen 1999, S. 331, 334; Koch 2004, S. 247; Klein/Nullmeier/Wersch 1999, S. 9; Janssen 2010, S. 123.

48 Klein/Nullmeier/Wersch 1999, S. 23.

49 Vgl. Kapitel 2.2.

schweizerischen Werten und die Herstellung kultureller und gesellschaftlicher Kohärenz und Stabilität. Die verführbaren und ahnungslosen Jugendlichen, so der Eindruck, waren durch die Konsum- und Unterhaltungsindustrie und die Medien speziell gefährdet und manipulierbar.⁵⁰ Allerdings standen in den Studien nicht mehr die «Halbstarken» oder einzelne Jugendliche im Fokus, sondern es waren *die* Jugendlichen an sich, die ein gesellschaftliches Bedrohungspotenzial darstellten, indem sie sich zu «Gleichaltrigengruppen»⁵¹ zusammenschlossen. Dies war eines der zentralen Argumente der Studien.

Das Phänomen der «Gleichaltrigengruppen»

Die Autoren folgerten, dass das Zusammenspiel der genannten gesellschaftlichen Veränderungen die Jugendlichen dazu veranlassten, sich zu Gruppen Gleichaltriger zusammenzuschliessen. Die Jugendlichen würden dazu übergehen, so die Autoren von *Jugend und Gesellschaft*, «ihr Dasein (Bildung, Belehrung, Freizeit, affektive Beziehungen) nicht mehr individuell, sondern in Gruppen zu leben, und das Aufkommen dieser Gruppen ändert die Integrationsformen und die Persönlichkeit der jungen Menschen von Grund auf».⁵²

Angesprochen waren informelle Jugendgruppen, die dadurch charakterisiert waren, dass sie sich ausserhalb einer institutionellen Struktur, einer Jugendorganisation oder eines Vereins konstituierten. Das Phänomen der «Gleichaltrigengruppen» wurde abwechselnd unter den Bezeichnungen «Gruppierung», «Subkultur», «Jugend-Subkultur», «Peergruppe» oder in der englischen Variante unter «Peergroup» subsumiert.⁵³ Eine eingängige zeitgenössische Definition von «Peergruppe», die dem Verständnis der Studien entspricht, ist in einem Artikel des Pro-Juventute-Mitarbeiters Willy Canziani in der *Politischen Rundschau* von 1969 zu finden. Canziani definierte «Peergruppe» mit dem Soziologen Richard Kaufmann als «zwangsloses Gefüge [...] von Gleichwertigen oder Gleichaltrigen (peers), die sich zusammenfinden, um unabhängig von den Sitten und Gebräuchen der Erwachsenen nach eigenen Gesetzen [...] [zu] leben».⁵⁴ Zentral an dieser Definition erscheint, dass die Peergroup eigene Regeln, Normen sowie ein «eigenes Gruppendenken und eigene Verhaltensmassstäbe» entwickle.⁵⁵

Wie in diesem Artikel von Canziani wurde auch in den Jugendstudien die Herausbildung eines eigenen, sich von den Erwachsenen unterscheidenden Werte- und Referenzsystems als wichtiges Merkmal der altershomogenen Grup-

⁵⁰ Janssen 2010, S. 126. Vgl. hierzu Herbert 2002, S. 26.

⁵¹ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 18; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 11.

⁵² Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 11, vgl. auch S. 138.

⁵³ Zum Beispiel ebd., S. 47, 50, 54 (Bildung einer eigenen «Jugend-Subkultur»), 55, 142; Blancpain/Häuselmann 1974, zum Beispiel S. 209, 215, 219. «Peer group» in Blancpain/Häuselmann 1974, S. 18, 21.

⁵⁴ Kaufmann, Richard. Gebrannte Kinder – Die Jugend der Nachkriegszeit München 1966. Zitiert in Canziani, Willy. Jugendarbeit im Umbruch. In: Politische Rundschau, Nr. 7–10 (1969), S. 226.

⁵⁵ Ebd.

pen beschrieben.⁵⁶ Eine Folge der durch die Urbanisierung und Bildungsexpansion geförderten «Zusammenballung» Jugendlicher sei nämlich die «Selbsterziehung»⁵⁷ der Jugendlichen in Gruppen, abseits der Kontrolle der Erwachsenen. Das bedeute, dass ihre «Vorstellungen und Denkweisen» immer weniger von den Erwachsenen, das heisst der Familie, den Eltern und der Schule, sondern von Gleichaltrigen geprägt seien.⁵⁸ In diesen Gruppen würden die Jugendlichen ein Gefühl der Zugehörigkeit zum altersspezifischen Kollektiv und ein «jugendspezifisches» oder «generationsspezifische[s]»⁵⁹ Bewusstsein entwickeln.⁶⁰ Dieses äussere sich auch in «musikalische[n] oder graphische[n] Ausdrucksformen», «rituellen Verhaltensweisen» und einem eigenen Kleidungsstil.⁶¹ Was die Soziologen hier beschrieben, war die Konstituierung von Jugend als Generation und als homogener sozialer Gruppe. Allerdings zeichneten die Studien nicht das Bild einer einheitlichen jugendlichen Teilkultur, sondern betonten, dass Kategorien wie Geschlecht oder soziale Schicht immer mitberücksichtigt werden müssten.⁶²

Die Autoren differenzierten denn auch zwischen unterschiedlichen «Gleichaltrigengruppen». Crettaz und seine Mitautoren erstellten eine Typologie von fünf Gruppen, die sich in ihrer ideologischen Ausrichtung und ihren «Aktionsformen» unterscheiden würden. Diese Typologie wurde von der Studiengruppe des EDI übernommen. Als erste Gruppe wurde die «konformistische» Jugend genannt, die sich primär am Konsum orientiere.⁶³ Die zweite Gruppe bildeten Jugendliche, die bereit seien, politische und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, und zum Beispiel in den Jugendverbänden aktiv seien.⁶⁴ Als dritte Kategorie wurden Gruppen von Jugendlichen genannt, die eine Reform des Gesellschaftssystems anstrebten. Dazu zählte der Bericht des EDI etwa die Mitglieder der Gewerkschaftsjugend oder die Jungparteien.⁶⁵ Viertens wurden Jugendgruppen beschrieben, die das Gesellschaftssystem radikal infrage stellten. Hier wurde auf die Jugend- und Studentenproteste von 1968 angespielt.⁶⁶ Die fünfte Gruppe waren Jugendliche, wie etwa die Hippies, die neue Lebensformen ausprobierten und sich dazu ins «Exil» zurückziehen würden.⁶⁷ Die Autoren betonten, dass diese fünf Gruppen Idealtypen darstellten, die in der Realität so

56 Projekt NSUK zur Lancierung einer Jugendpolitik, 13. 5. 1970, S. 1, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

57 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 33.

58 Diese Gruppen seien geprägt von einer «gemeinsamen Denkweise, von gemeinsamen Zielen». Ebd., S. 54.

59 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 199.

60 Ebd., S. 22, 32. Die Studiengruppe des EDI führte aus, dass sich das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen vor allem durch das Fehlen gemeinsamer Werte auszeichne. Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 22 f.

61 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 142.

62 Ebd., S. 54. Dokument «Wegzeichen für eine Jugendpolitik», 22. 6. 1969, erarb. von Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals, an SAJV, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

63 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 63–67; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 24.

64 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 68–70; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 24.

65 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 70–73; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 25.

66 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 73–82; Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 25.

67 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 82–84. Vgl. hierzu auch EDI, Presse- und Infor-

nicht existierten. So gebe es Überschneidungen zwischen ihnen, beispielsweise sei eine konsumorientierte Haltung auch bei Jugendlichen, welche die bestehenden Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen umstürzen wollten, vorhanden. Gemeinsam sei allen Jugendgruppen, dass sie sich an Gleichaltrigen orientierten sowie «das Merkmal eines latenten oder offenen Konfliktes mit der übrigen Gesellschaft». ⁶⁸

Eine gesellschaftlich «isolierte» Jugend?

Mit der Hinwendung zur eigenen Altersgruppe verbunden sei nämlich die Abwendung von der übrigen Gesellschaft. Die Autoren hielten fest, dass das «Eigendasein»⁶⁹ und «Eigenleben»⁷⁰ des Jugendlichen in der Ausbildung, bei der Arbeit und in der Freizeit dazu führe, dass er sich von den Erwachsenen abwende, um sich «teilweise oder ausschliesslich auf seine Alterskategorie hin zu orientieren». ⁷¹ Jugendliche und Erwachsene lebten in «völlig verschiedenen, ja gegensätzlichen Wert- und Zielvorstellungen» und die Beziehungen zwischen ihnen seien «gestört». ⁷² Das Motiv, dass die Integration Jugendlicher in die Gesellschaft gefährdet sei oder bereits nicht mehr funktioniere, zog sich als Leitgedanke durch die hier untersuchten Jugendstudien. Diese kamen zum Schluss, dass sich der Austausch Jugendlicher mit der Erwachsenenengesellschaft immer mehr einschränke und nur noch sporadisch erfolge. Die Erwachsenen glaubten zwar noch, dass sie in engem Kontakt mit den jungen Menschen lebten. Das sei aber ein Trugschluss, warnte *Jugend und Gesellschaft*. In ihrem Tagesablauf würden «mit Ausnahme des Schlafens die Stunden überwiegen, die sie am Rand der Erwachsenenengesellschaft verbringen». ⁷³ Auch Peter Heintz warnte in einem internen Dokument an die Zürcher Externe SKJ davor, dass eine «Isolierung von der komplexen sozialen Realität, ein Rückzug in eine Art Ghetto»⁷⁴ stattfinden könnte. ⁷⁵

Auch diese Argumentation war geprägt von alarmistischen Metaphern. Die Autoren sprachen von «Rückzugstendenzen»⁷⁶ der Jugend, sie eruierten einen

mationsdienst, «Zusammenfassung des Berichts der Studiengruppe für Fragen einer schweiz. Jugendpolitik» für Pressekonferenz 10. 9. 1973, BAR, J1.297#2003/23#83*.

68 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 26; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 141.

69 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 49.

70 Ebd.; Vgl. auch S. 47: Die Jugendlichen würden sich in diesen Zeiten und Räumen «isoliert [...] an deren Rand aufhalten». Vgl. auch S. 11, wo Jugend als «am Rande der Erwachsenenengesellschaft» beschrieben wird. Der Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 23, erkannte die Herausbildung eines «Jugend-Milieu[s]».

71 Kurzbericht an die Interviewten und die Massenmedien [Entwurf] von Blancpain/Häuselmann, 8. 11. 1971, StArZH, V.B.c.64:13.3.

72 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 20.

73 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 52, vgl. auch S. 46. Dasselbe in Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 23.

74 Dokument von Heintz, Peter, erarbeitet für die Externe SKJ, 4. 5. 1972, StArZH, V.B.c.64:13.3.

75 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle, 21. 8. 1972, S. 25, BAR, E3001B#1982/40#271*.

76 Häuselmann/Blancpain 1974, S. 217.

«Bruch mit der übrigen Gesellschaft»⁷⁷ und eine «Isolierung»⁷⁸ und «Segregation»⁷⁹ der Jugendlichen. Es war die Rede von «Leben in einer eigenen Welt»,⁸⁰ «Exil»⁸¹ oder gar «Apartheid-Situation»⁸² und «Ghetto-Situation».⁸³ Neben der bereits erwähnten Massensemantik gemahnte diese zweite Gruppe von Metaphern an die Herausbildung einer jugendlichen Parallelgesellschaft: Jugend wurde als soziale Randgruppe und «Gesellschaftsklasse»⁸⁴ inszeniert. In einer Sitzung der Studiengruppe des EDI wurde etwa festgestellt, dass die «spezifisch kreative Kraft» der Jugend wie die der Proletarier aus ihrer «besonderen gesellschaftlichen Situation» erwachse.⁸⁵ Die Studien warnten denn auch davor, dass die Beziehung zwischen den Generationen die Form eines «Klassenkampfes»⁸⁶ annehmen könnte.

Eine Distanzierung der Jugendlichen von den Erwachsenen und ihren Wertvorstellungen wurde allerdings nicht per se als problematisch, sondern als natürlicher Bestandteil der jugendlichen Entwicklung beschrieben.⁸⁷ Damit knüpften die Verfasser von *Jugend und Gesellschaft* an die verbreitete Vorstellung an, dass die Heranwachsenden in der Jugendphase zwangsläufig das Gegenteil der Elterngeneration machen, sich abgrenzen und Kritik üben, nach einer kurzen Trotzphase aber wieder auf den «rechten» Weg einspuren.⁸⁸ Ein Artikel in der Zeitschrift der Pro Juventute von 1955 beschrieb diese Ansicht anschaulich. Heinrich Hanselmann, Mitglied der Stiftungskommission der Pro Juventute, betonte darin, dass die Auflehnung des Jugendlichen, seine Entfremdung und Abwendung von der Familie mit der Zeit verflache und der Jugendliche wieder kompromissbereit, «einsichtig» und «vernünftig»⁸⁹ werde. Neu war an der Argumentation der Autoren der Jugendstudien demgegenüber die Betonung,

77 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 50.

78 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 215.

79 Ebd., zum Beispiel S. 32.

80 Ebd., S. 32.

81 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 25.

82 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 53.

83 Die Sozialisierung in Peergroups könne zu einer «Ghetto-Situation» führen, so Blancpain/Häuselmann 1974, S. 32. Als Beispiel nannten sie das AJZ im Lindenhofbunker, die «Autonome Republik Bunker». Vgl. dazu auch Bautz 1975, S. 70, der ebenfalls eine «Ghettoaussituation der Jugend» konstatierte.

84 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 55, deuteten die «Spaltung» zwischen Jugendlichen und der Gesellschaft als so gross, dass die Jugend zu «einer Art Gesellschaftsklasse» werde.

85 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Vertretern der Jugendverbände, 21. 8. 1972, S. 9, BAR, E3001B#1982/40#271*.

86 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 141. Und bei einer anderen Gelegenheit machte ein Autor von *Jugend und Gesellschaft* auf die Gefahr aufmerksam, «d'enfermer les jeunes dans leur univers et d'en faire une «classe» dans la société». Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 22. 5. 1970, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

87 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 141.

88 Vgl. hierzu Janssen 2010, S. 91.

89 Hanselmann, Heinrich. Der jugendliche Mensch heute. In: Pro Juventute, Nr. 5 (1955), S. 211 bis 217.

dass diese «Trennung der Jungen von der Erwachsenengesellschaft»⁹⁰ von einem vorübergehenden zu einem dauerhaften Phänomen werde. Es handle sich nicht um eine «altersspezifische, transitorische Subkultur», die wieder verschwinde, sobald ihre Mitglieder älter geworden sind, sondern um einen irreversiblen Wandel.⁹¹ Die beschriebene Entwicklung wurde also nicht als blosser Generationenkonflikt und als individuelle Anpassungsschwierigkeit gedeutet, die zum Erwachsenwerden gehört, sondern als sozialer Konflikt.

Darauf verweist eine dritte Gruppe von Metaphern, die in den Studien gehäuft erscheint und aus dem Bereich der Geografie und Topografie stammt. Sprachbilder wie «Randjugend»,⁹² «Grenzsituation»,⁹³ «Randposition»⁹⁴ und die Rede von einer «tiefe[n] Kluft zwischen den Generationen»⁹⁵ beschrieben das Generationenverhältnis und den Ort der Jugend in der Gesellschaft. In der aus der Geologie übernommenen Bezeichnung des Generationenverhältnisses als Kluft eingeschlossen war die Vorstellung, dass sie sich vergrössere. So beobachtete die *Neue Zürcher Zeitung* 1970 in einem Artikel über die entstehende Studie *Jugend und Gesellschaft* «mit Sorge, dass die Rinne, die natürlicherweise die Welten zweier Generationen trennt, sich in eine gefährliche Kluft auszuweiten beginnt, und man fragt sich, ob diese Kluft sich [...] nicht in einen verhängnisvollen Abgrund verwandeln könnte».⁹⁶ Der Artikel suggerierte einen Trend, gleichsam eine unaufhaltsame, tektonische Bewegung, der eine Verschlechterung des Generationenverhältnisses implizierte. Diese «Rinne» weite sich zur «Kluft» aus und ende schliesslich in einer «Spaltung zwischen älterer und jüngerer Generation [...] weit fortgeschritten und wahrscheinlich irreversibel»,⁹⁷ wie die Autoren der soziologischen Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend* festhielten.

Wenn Jugend zur dauerhaften Abweichung wird, so legen diese Ausführungen nahe, kann sie nicht mehr wie erwünscht Kontinuität garantieren, sondern sie provoziert einen Bruch, den die Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert. In diese Richtung zielte auch die Interpretation der Studien, dass die Jugendlichen, die der eigenen Altersgruppe grosse Bedeutung zumassen, zu einer radikalen Infragestellung des Schweizer Gesellschaftssystems bereit seien.⁹⁸

Mit den hier aufgeführten Metaphern bündelten die Autoren zum einen komplexe Phänomene zu einprägsamen Erklärungsmodellen. Sie brachten zum

90 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 50.

91 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 191; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 142.

92 Dokument «Wegzeichen für eine Jugendpolitik», 22. 6. 1969, erarb. von Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals, an SAJV, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

93 Protokoll Studiengruppe des EDI, 5. 5. 1972, S. 3 f., BAR, E3001B#1982/40#271*.

94 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 42.

95 Ebd., S. 41.

96 Thomann, Huldrych. Jugend und Gesellschaft. Ein Diskussionsbeitrag. In: NZZ, Nr. 39, 24. 7. 1970, S. 19.

97 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 217.

98 Ebd., S. 213, 218 f.; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 141.

Beispiel das abstrakte Problematisierungsmuster der nicht mehr integrierten, am Rande der Gesellschaft stehenden Jugend sowie weitere soziologische Erklärungsansätze anhand eingängiger semantischer Bilder wie die «Randjugend» auf eine griffige Formel und in eine allgemein verständliche Sprache.⁹⁹ Zum anderen fungieren Metaphern als Botschafter und Übersetzer von Bedeutungen und Wertungen und transportieren ganze Sinnkontexte und «affektive Assoziationen»,¹⁰⁰ die bei den Rezipienten Emotionen auslösen können. So vermittelten die Metaphern in den Studien nicht nur eingängige Bilder von Jugendlichen und ihren Lebenswelten, sondern transportierten auch normative Vorstellungen von Jugend und vom Generationenverhältnis. Die Metaphern von unüberbrückbaren topografischen Bedingungen wie «Kluft» oder «Graben» sowie geografische Bezeichnungen in «Randjugend» und «Grenzsituation» evozierten etwa das Ideal eines homogenen gesellschaftlichen Ganzen, das ein Innen und ein Aussen, ein Zentrum und eine Peripherie hat. Damit beruhten die Schlussfolgerungen der Studien auf normativen Konzepten von Jugend, wie sie bereits in den 1950er- und 60er-Jahren gängig waren und die im zweiten Kapitel beschrieben wurden. Die Problematisierung einer «Isolierung» etwa ist vor dem Hintergrund der normativen Erwartung an die junge Generation zu lesen, dass diese den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken soll. Indem die Jugendlichen sich zunehmend an Gleichaltrigen orientieren und dabei auch in globalen Dimensionen denken, so die Befürchtung, bösse der nationale Bezugsrahmen als Referenz an Bedeutung ein. Die Vorstellung, dass sich Jugendliche eher mit der eigenen Generation identifizierten als mit der Nation, erschien als Gefahr für den sozialen und nationalen Zusammenhalt und als Bedrohung für den «Prozess der Vergesellschaftung»,¹⁰¹ der die Tradierung und damit die Kontinuität von Werten und insofern gesellschaftliche Stabilität gewährleisten sollte.¹⁰²

Indem die Studien diese Deutungsmuster reproduzierten und sie in einer Form präsentierten, die wissenschaftlichen Kriterien entsprach,¹⁰³ festigten sie sie zusätzlich. Die Studien bildeten bestehende Narrative aber nicht nur ab, sondern variierten diese auch und spitzten sie zu. Die Diagnose, die junge Generation führe räumlich und zeitlich ein von den Erwachsenen getrenntes Leben, entwickle andere Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, und die Warnung, dass sich die Kontakte zwischen den Generationen auf ein Minimum reduzierten, erhielten durch die Verwendung einer stark metaphorischen Sprache zusätzliche Dringlichkeit. Die allesamt negativ konnotierten Metaphern wie «Isolierung» oder «Trennung der Jungen von der Erwachsenenwelt» transportierten

99 Vgl. dazu Peter/Knoop/Wedemeyer et al. 2012, S. 49 f.

100 Ebd. Zu dieser Funktion von Metaphern vgl. auch Maasen/Weingart 1995, S. 16; Raphael 2012a, S. 44.

101 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 21, sprachen von «Vergesellschaftungskrise».

102 Studiengruppe des EDI 1973, S. 51. Vgl. dazu Padrutt, Christian. Bemerkungen zur Lage. In: Der Freie Rätler, Nr. 45, 23. 2. 1974.

103 Vgl. hierzu Kapitel 4.3.

alarmierende und dramatisierende Bilder und bedeuteten eine Steigerung und Verschärfung der Wahrnehmung der Genese von Jugend als generationeller Einheit. Sie verwiesen auf eine Gefahr und einen Zustand, den es zu verhindern oder zu verändern galt, und sie zeigten Handlungsbedarf an. Insgesamt kann man die Wissensproduktion der Studien deshalb weniger als Klärung oder Lösung sogenannter Jugendprobleme deuten als vielmehr als neuerliche Problematisierung beziehungsweise Verstärkung bestehender Problemwahrnehmungen.

Diese Krisensemantik stand jedoch in auffälligem Gegensatz dazu, dass die Darstellung insgesamt auf einer abstrakten, theoretischen Ebene blieb. Mit dem Hinweis, dass es an Forschungsergebnissen und genauen Zahlen fehle, machten die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* sowie der Bericht der Studiengruppe des EDI kaum Aussagen über die tatsächliche Existenz der beschriebenen Probleme in der Schweiz. Sie wiesen sogar darauf hin, dass sich die Mehrheit der Schweizer Jugendlichen im Vergleich zu anderen Ländern durch relative Ruhe und «Bravheit»¹⁰⁴ auszeichne. Auch die soziologische Zürcher Studie, die als einzige Daten erhob, stufte mehr als 50 Prozent der 21- bis 30-Jährigen als konformistisch ein, etwa ein Drittel wolle sich aus der Gesellschaft zurückziehen und nur 13–18 Prozent der befragten Jugendlichen wurden als Oppositionelle bezeichnet.¹⁰⁵ Dass solche Relativierungen in der öffentlichen Rezeption der Studien kaum Thema waren, verdeutlicht noch einmal, wie stark die alarmistischen Metaphern mit ihrer «Sichtlenkung» die Wahrnehmung leiteten.¹⁰⁶

Wie lässt sich dieses Missverhältnis zwischen der alarmistischen Rhetorik und den Relativierungen aufgrund der empirischen Ergebnisse deuten? Ein Erklärungsansatz liegt darin, dass die Krisensemantik den Studienverantwortlichen dazu diene, ihre Arbeit zu legitimieren. Dies kann insbesondere auch angesichts der bereits thematisierten fragilen Position der Soziologen wichtig gewesen sein. Die Resultate der Studien wurden weiter auch dazu verwendet, auf die Relevanz einer Jugendpolitik hinzuweisen. Die NSUK machte das EDI etwa darauf aufmerksam, dass die von der Studie *Jugend und Gesellschaft* eruierten Probleme zeigen würden, «combien il est nécessaire et urgent qu'une politique suisse de la jeunesse soit élaborée et mise en œuvre».¹⁰⁷

Eine weitere Erklärung könnte darin liegen, dass die alarmierenden Befunde weniger die Wahrnehmung einer bestimmten Realität von Jugend als vielmehr die Ängste vor dem gesellschaftlichen Wandel abbildeten und auf mögliche zukünftige Probleme verwiesen. Für eine solche Deutung spricht, dass die Autoren wiederholt darauf aufmerksam machten, dass das ruhige Bild der Schweizer Jugend nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, dass zahlreiche unterschwellige Probleme plötzlich akut werden könnten. In *Jugend und Gesellschaft* war beispielsweise

104 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 86.

105 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 204.

106 Zur Rezeption der Studien vgl. Kapitel 5.3.

107 Notiz von Charles Hummel, NSUK, an den Chef des EDI, 19. 1. 1970, S. 1, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

zu lesen, dass vom «Klassenkampf» vorerst nur die städtische Studentenschaft betroffen sei. Es sei aber absehbar, dass er sich auch auf Gymnasiasten, Lehrlinge und Jugendliche in ländlichen Gebieten ausweite.¹⁰⁸

Emanzipiert, männlich, urban und gebildet: Das Jugendbild der Studien

Den Studien lag ein spezifisches Jugendbild zugrunde. Als Erstes fällt auf, dass Jugend nicht als individuell gelebte Entwicklungs- und Übergangsphase oder als Ansammlung von Einzelpersonen eines bestimmten Alters konzipiert wurde, sondern als «Generationseinheit»,¹⁰⁹ so die Wortwahl von Blancpain und Häuselmann, das heisst als gesellschaftlich und kulturell distinktive Gruppe mit einem hohen Identifikationspotenzial. Im Fokus der Betrachtungen stand also nicht der einzelne, kranke oder verwahrloste Jugendliche, wie er etwa Objekt der Jugendhilfepolitik war, sondern Jugend als Altersgruppe und Jugendliche, die insgesamt als gesund und «normal» erachtet wurden.

Zweitens war die von den Studienverantwortlichen thematisierte Jugend über ihre Präsenz im öffentlichen Raum und ihre Distinktionsmerkmale sichtbar und auffällig – und damit die Antithese zur unauffälligen Jugend, wie sie noch bis Mitte der 1960er-Jahre vielerorts präsent war. Die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* beschrieben einen Wandel von Jugend «von einer Art «gesellschaftlicher Unsichtbarkeit» zu einer Präsenz auf allen Ebenen».¹¹⁰

Drittens wurden die Jugendlichen in den Studien weniger als schutzbedürftige denn als emanzipierte und selbstbewusste junge Menschen beschrieben, die sich den Erwachsenen überlegen fühlten. Sie glaubten, «mehr über die heutigen Probleme zu wissen»¹¹¹ als ihre Eltern, und hätten dementsprechend hohe Zukunftserwartungen, so das Fazit der soziologischen Zürcher Studie. Für diesen Emanzipationsprozess der Jugendlichen – die Studien sprachen von einem Prozess der «Gleichstellung mit den Erwachsenen» –¹¹² wurden zum einen die Massenmedien verantwortlich gemacht. Sie würden den Zugang zu Informationen erleichtern und den «altersbedingte[n] Wissensvorsprung» der Erwachsenen eibebnen. Dieses Argument war in der Jugendforschung der 1950er- und 60er-Jahre verbreitet und nahm Themen der kritischen Medienforschung der 1980er-Jahre vorweg.¹¹³ Weiter sei die Bildungsexpansion dafür verantwortlich, dass sich Jugendliche besser informiert fühlten als ihre Eltern. Sie würden folglich die Urteilskompetenzen der Erwachsenen anzweifeln.¹¹⁴ Schliesslich bewirke die steigende Kaufkraft der Jugendlichen, dass sie den Erwachsenen als Konsumenten

108 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 141. Vgl. dazu auch eine Rezension: C. Wegzeichen für eine Jugendpolitik. In: Der Landbote, Nr. 74, 31. 3. 1969. Ebenso HTH. Rezension zu Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971. In: Pro Juventute, Nr. 7/8 (1971), S. 267 f.

109 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 33.

110 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 57.

111 Blancpain/Häuselmann 1974, S. 156.

112 Ebd., S. 31.

113 Abels 1993, S. 304.

114 Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 156.

gleichgestellt seien und Zugang «zu Statussymbolen der Erwachsenen»¹¹⁵ hätten. Dieser Emanzipationsprozess der Jugendlichen und der Autoritätsverlust der Erwachsenengeneration wurden als problematisch erachtet, weil die Gesellschaft dadurch auch «die Kontrolle über sich selbst»¹¹⁶ verliere.

Viertens hatten die Studienverantwortlichen Jugend als urbanes, männliches Phänomen besser gestellter Bevölkerungsschichten im Blick. Die Autoren der Zürcher Studie kamen etwa zum Schluss, dass die Dauer der Jugendphase in Abhängigkeit von Geschlecht und sozialer Herkunft stehe. Männer aus sozial privilegierten Familien und städtischen Gebieten würden in der Regel längere Ausbildungen absolvieren und später heiraten, weshalb sie gemäss der soziologischen Definition von Jugend später erwachsen würden. Es seien denn auch vor allem diese Jugendlichen zu einer radikalen Infragestellung der Gesellschaft geneigt. Ungelernte Arbeiter, unqualifizierte Angestellte, Jugendliche aus ländlichen Gegenden und junge Frauen schienen von den beschriebenen Entwicklungen hingegen wenig betroffen.¹¹⁷ Auch hier zeigt sich ein Unterschied zum Bereich der traditionellen Jugendhilfe und -fürsorge, die fast ausschliesslich Jugendliche aus prekären wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen im Fokus hatte.

Insgesamt wird deutlich, dass Jugend in den hier untersuchten Studien zwar als Altersgruppe insgesamt in den Blick rückte, bestimmte Jugendliche von den beschriebenen Phänomenen aber besonders betroffen schienen.

Die Ergebnisse im internationalen Forschungskontext

Die von den Studienverantwortlichen formulierten Schlussfolgerungen waren schliesslich auch Teil eines grösseren wissenschaftlichen Diskurses. Die Autoren untersuchten nicht spezifisch schweizerische Problemstellungen und Phänomene, sondern übernahmen Deutungsmuster, die in anderen gesellschaftlichen und nationalen Kontexten entwickelt wurden, und adaptierten sie fast unverändert für die Schweiz.

Wie bereits erwähnt, waren die von den Studien gewählten Fragen und Perspektiven damals auch im internationalen Forschungsumfeld aktuell. Besonders die Gruppenbildung Jugendlicher war in jugendsoziologischen Werken, in populärwissenschaftlichen Schriften und auch in der Öffentlichkeit ein viel diskutiertes Thema. Dies bestätigt etwa der Forschungsüberblick einer zu Beginn der 1970er-Jahre an der Universität Basel verfassten Dissertation, die «Zentrale Probleme der Jugendsoziologie» behandelte. Deren Autor Jürg Schiffer hielt fest, dass in der Jugendsoziologie die «Gruppierung Heranwachsender zu einer ei-

¹¹⁵ Blancpain/Häuselmann 1974, S. 34.

¹¹⁶ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 138. Vgl. dazu auch Blancpain/Häuselmann 1974, S. 23, die beschrieben, dass die Eltern insbesondere in der Freizeit die Kontrolle über die Jugendlichen verloren hätten.

¹¹⁷ Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 23–25, 28; Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 51. Blancpain/Häuselmann beschrieben Jugend als urbanes Phänomen, das sich vor allem «in der Stadt ereignet», und als Phänomen, das vor allem gebildete Jugendliche betreffe. Blancpain/Häuselmann 1974, S. 26, 222.

genen Teilkultur»¹¹⁸ ein aktueller Forschungsgegenstand sei. Er selbst beschrieb diesen Prozess in sehr ähnlicher Weise wie die hier untersuchten Jugendstudien und mit ähnlichen Begrifflichkeiten («Verselbständigung der Sozialisation», Bildung «altershomogener Gruppierungen», «Ausgliederung Jugendlicher aus altersheterogenen Kreisen», Entstehung jugendlicher «Gruppierungen mit spezifischen Verhaltensweisen»).119

In Kapitel 4.3 habe ich kurz darauf verwiesen, dass sich die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* am internationalen Forschungsstand orientierten. Ein Blick in die Literaturlisten der Jugendstudien zeigt, dass sich besonders die Zürcher Soziologen auf aktuelle und in der internationalen Jugendforschung bekannte Untersuchungen bezogen. Darunter etwa der Soziologe Shmuel Eisenstadt, der stark vom Strukturfunktionalismus Talcott Parsons beeinflusst war. Eisenstadt entwickelte im Buch *From Generation to Generation* (1956), das 1966 auch auf Deutsch erschien, eine soziologische Theorie der Peergroups.¹²⁰ Im Unterschied zu den hier untersuchten Jugendstudien sprach er ihnen keine desintegrative Wirkung zu, sondern erachtete sie für die Kontinuität der Gesellschaft als äusserst wichtig.¹²¹ Die Publikation Eisenstadts wurde zu einem Klassiker der Jugendsoziologie, an dem sich viele Wissenschaftler, darunter Friedhelm Neidhardt oder Friedrich H. Tenbruck, orientierten.¹²² Auch Neidhardt, dessen Publikation *Die junge Generation* aus dem Jahr 1967 unter anderem die Jugendpolitik der BRD der 1960er- und 70er-Jahre mitgeprägt hatte, erschien in der Bibliografie der soziologischen Zürcher Studie. Mit Helmut Schelsky bezogen sich die Soziologen der Zürcher Studie und der Studie *Jugend und Gesellschaft* auf einen weiteren, speziell in Deutschland populären Soziologen.¹²³ Von Schelsky und Neidhardt übernahmen die Zürcher Studien wie bereits erwähnt auch die soziologische Definition von Jugend.

Wichtig für die Schlussfolgerungen und die Argumentationsweisen der Studien erscheinen insbesondere zwei weitere Forschende: die amerikanische Kulturanthropologin Margaret Mead sowie der deutsche Soziologe Friedrich H. Tenbruck. Zwar findet Mead nur im Bericht der Studiengruppe des EDI in einem Zitat im Abschnitt «Kluft zwischen den Generationen als Ausgangspunkt der Jugendpolitik» direkt Erwähnung und Ruedi Bautz führte sie in der volkswissenschaftlichen Zürcher Teilstudie in der Bibliografie an.¹²⁴ Tenbrucks Name erscheint in keiner der Studien; er wurde weder direkt zitiert, noch in einem der Literaturverzeichnisse oder Anmerkungsapparate aufgeführt. Auch in den Dokumenten, welche die Arbeit der Kommissionen und Studiengruppen und die Entstehung der Studien dokumentieren, sind keine Hinweise darauf zu finden, dass die Stu-

¹¹⁸ Schiffer 1972, S. 109. Darauf verweist auch Janssen 2010, S. 111 f., 256, 269.

¹¹⁹ Schiffer 1972, S. 110.

¹²⁰ Vgl. hierzu Griese 2007, S. 102 f., 105.

¹²¹ Zur soziologischen Theorie der Peergroups aufschlussreich Abels 1993, S. 283 f.

¹²² Janssen 2010, S. 98.

¹²³ Informativ zu Neidhardt und Schelsky: Griese 2007, S. 21, 91, 97; Abels 1993, S. 327.

¹²⁴ Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 41 f.

dienverantwortlichen Tenbrucks Forschungsarbeiten konsultierten. Dennoch ist aufgrund des grossen Bekanntheitsgrades von Mead und Tenbruck und angesichts der Ähnlichkeiten ihrer Forschungsthemen mit dem Erkenntnisinteresse der Schweizer Jugendstudien anzunehmen, dass die Studienverantwortlichen diese Arbeiten für die Studien verwendeten. Dafür sprechen die unübersehbaren Analogien zwischen den Studien und Meads Arbeiten und Tenbrucks 1962 veröffentlichtem und breit rezipiertem Buch *Jugend und Gesellschaft*.

Margaret Mead und der Generationenkonflikt

Margaret Mead war Professorin für Anthropologie an der Columbia University in New York. Sie hatte unter anderem bei Franz Boas und Ruth Benedict Anthropologie, Ethnologie und Psychologie studiert. Meads Werk hatte international eine grosse Ausstrahlung und Einfluss auf zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Bekannt wurde sie bereits 1928 mit *Coming of Age in Samoa. A Psychological Study of Primitive Youth for Western Civilisation*.¹²⁵ Mit Feldstudien in Samoa und Neuguinea widerlegte sie die Annahme der klassischen Jugendpsychologie, dass biologische Reifungsprozesse der Jugendphase naturbedingt geistig-psychische Krisen bewirken. Sie zeigte auf, dass als typisch pubertär geltende Phänomene wie Trotz oder Rebellion nicht genuin angelegt und eine biologische Notwendigkeit, sondern kulturell geformt und auf soziokulturelle Faktoren der westlichen Gesellschaften zurückzuführen seien.¹²⁶ Diese Thesen vertiefte sie im 1970 erschienenen Buch *Culture and Commitment. A Study of the Generation Gap*, das ein Jahr später unter dem deutschen Titel *Der Konflikt der Generationen. Jugend ohne Vorbild* veröffentlicht und auch im deutschen Sprachraum populär wurde. Mead nahm darin Kultur als erklärende Variable für Jugend in den Blick. Sie beschrieb, wie der gesellschaftliche und technische Wandel zwischen 1940 und 1960 zu einem «Bruch» geführt habe, der «die Generationen krass und unwiderruflich» voneinander trenne.¹²⁷ Da die junge Generation in einer Welt aufwachse, die den Älteren fremd sei, könnten sich die Erwachsenen zum Verständnis der jungen Generation nicht einfach an ihren eigenen Jugenderinnerungen und -erfahrungen orientieren. Mead beschrieb diesen Bruch als radikal und die Generationen als einander «unendlich entfremdet».¹²⁸

Neben der Schilderung des Bruchs zwischen den Generationen erscheint für die Schweizer Studien ein weiteres Argument Meads bedeutend: die Feststellung, dass die durch den gesellschaftlichen Wandel verursachte Verlängerung der Ausbildung dazu führe, dass die Orientierung an Peergroups für Jugendliche wichtiger werde. Mead legte dar, wie dies zu einer «Entfremdung der Jugend» von der übrigen Gesellschaft und zu wachsender Distanz, Verständnislosigkeit,

125 Ausführlich zu Meads (1901–1978) Leben und Werk Griesse 2007, S. 45 f. Zu Spannungen zwischen Kulturanthropologie und Strukturfunktionalismus Tanner 2004, S. 74 f.

126 Brand 1993, S. 16 f. Vgl. hierzu auch Griesse 2007, S. 46.

127 Mead 1971, S. 96. Vgl. hierzu auch Griesse 2007, S. 56 f.

128 Mead 1971, S. 111, vgl. auch S. 96, 104.

Kommunikationsschwierigkeiten und schliesslich zu Konflikten zwischen den Generationen führe. Die These eines Generationenkonflikts durchzog das gesamte Werk Meads.¹²⁹ Sie postulierte deshalb eine Wiederherstellung und Institutionalisierung der Kommunikation zwischen den Generationen – Forderungen, wie sie *Jugend und Gesellschaft* und der Bericht der Studiengruppe des EDI auch als jugendpolitische Prinzipien formulierten.¹³⁰

Friedrich H. Tenbruck und die Entwicklung einer jugendlichen Teilkultur

Neben den Parallelen zu Mead weist insbesondere die Studie *Jugend und Gesellschaft* deutliche Analogien zu den Arbeiten des deutschen Soziologen Friedrich H. Tenbruck auf. Tenbruck war ab 1963 Professor für Soziologie an der Universität in Frankfurt am Main und ab 1967 in Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte lagen im Bereich der Jugendsoziologie, der Wissenssoziologie und der theoretischen Soziologie.¹³¹ In seiner Publikation *Jugend und Gesellschaft. Soziologische Perspektiven* aus dem Jahr 1962 entwarf er eine Theorie über Jugend als soziales Phänomen der entwickelten Industriegesellschaften.¹³² Bereits die Übereinstimmung des Titels seiner Publikation mit der Schweizer Studie *Jugend und Gesellschaft* kann ein Hinweis auf die Vorbildfunktion Tenbrucks sein. Die in den Schweizer Studien behandelten Themen korrespondieren zudem auffallend mit denjenigen Tenbrucks. Im Mittelpunkt des Buchs, das noch immer als einer der wichtigsten deutschen Beiträge zur Jugendsoziologie der 1960er-Jahre gilt, standen die Frage nach den Folgen des gesellschaftlichen Wandels für Jugendliche sowie die Entwicklung einer neuen, jugendlichen Teilkultur.¹³³ Seine Argumentationen wurden von den Schweizer Autoren nahezu unverändert und teilweise wortwörtlich übernommen. Dazu gehören insbesondere Tenbrucks Ausführungen zu Jugend als einer eigenen Teilkultur, die sich von der Ursprungsfamilie und der Erwachsenengesellschaft überhaupt ablöse.¹³⁴ Tenbruck beobachtete, wie altersheterogene Netzwerke wie Familien oder Gemeinden als Sozialisationsinstanzen entmachtet und durch altershomogene Gruppen ersetzt wurden.¹³⁵ Er beschrieb, wie die «Sozialisierung» der Jugendlichen neu durch ihre «Teilkultur», das heisst «in eigener Regie» stattfinde.¹³⁶ Als Gründe für die «Selbstsozialisierung» Jugendlicher führte er wie Margaret Mead – und wie die Schweizer Studien später – die Verlängerung der Ausbildung an. Jugendliche seien dadurch «altershomogenen Tendenzen länger ausgesetzt»¹³⁷ und die Jugendphase dehne sich aus. Neben der Bildungsexpansion hatten gemäss Tenbruck die Massenmedien einen

129 Ebd., S. 112. Vgl. hierzu auch Griesse 2007, S. 55, 57 f., 82.

130 Mead 1971, S. 112 f. Ausführlicher dazu Kapitel 5.3.

131 Ausführlich zu Tenbrucks Leben (1919–1994) und Werk Abels 1993, S. 287; Griesse 2007, S. 125.

132 Meyer 2001, S. 708 f.; Abels 1993, S. 290.

133 Abels 1993, S. 287 f.; Janssen 2010, S. 111–113.

134 Vgl. hierzu Sander/Vollbrecht 1998, S. 194.

135 Meyer 2001, S. 708 f.; Abels 1993, S. 294; Griesse 2007, S. 124.

136 Tenbruck 1962, S. 90, 92.

137 Ebd., S. 84 f.

Einfluss auf die Selbstsozialisierung Jugendlicher.¹³⁸ Auch hier sind die Ähnlichkeiten mit der Argumentation der Schweizer Jugendstudien offensichtlich. Mit der abnehmenden Orientierung an den Erwachsenen, so Tenbruck, entwickelten Jugendliche eigene Umgangsformen, Moralvorstellungen, eine eigene Sprache sowie eigene Mode- und Musikstile.¹³⁹

Insgesamt beschrieb Tenbruck eine «Entgrenzung» Jugendlicher aus traditionellen gesellschaftlichen Gruppen wie Familie und Gemeinde und eine «immer radikalere Verfestigung des jugendlichen Daseins in eigenen Gruppen».¹⁴⁰ Er führte aus, dass die Jugendlichen nur noch wenig Kontakt zu den Erwachsenen hätten und die «Formen und Normen ihres Lebens» einen so hohen «Grad der Eigenart und Autarkie erreicht» hätten, dass sie sich kaum noch an den Erwachsenen orientieren würden.¹⁴¹ In diesem Zusammenhang gebrauchte er auch den Begriff der «Isolation»¹⁴² Jugendlicher. Tenbruck schloss, dass Jugend nicht mehr als individuelle Entwicklungsphase erlebt werde, sondern Jugendliche sich als soziale Gruppe konstituierten, die über nationale Grenzen, Schichten und Altersgrenzen hinaus verbindend wirke.¹⁴³ Weiter schilderte Tenbruck, wie die Teilkultur der Jugendlichen zur dominanten Kultur der gesamten Gesellschaft werde («Puerilismus der Gesamtkultur») und Erwachsene sich je länger, je mehr am Geschmack und der Sprache der Jugendlichen orientieren würden.¹⁴⁴ Dies ist gemäss Tenbruck insofern problematisch, als damit der für die Kontinuität sozialer Systeme wichtige Transfer von Normen und Werten unterbrochen sei.

Diese kurzen Einblicke in die Ausführungen Tenbrucks und Meads verdeutlichen die grosse Ähnlichkeit der Schweizer Studien mit deren Argumentationsweisen. Die Sozialisation Jugendlicher in Peergroups, die abnehmende Orientierung an Erwachsenen und die Herausbildung spezifisch jugendlicher Teilkulturen sowie die gesellschaftliche «Isolation» Jugendlicher sind alles Motive, die bereits bei Tenbruck und Mead zu finden sind. Abschliessend lässt sich deshalb festhalten, dass nicht nur wichtige Impulse für die Entstehung der Schweizer Jugendstudien aus dem inter- und transnationalen Kontext stammten,¹⁴⁵ sondern auch deren Ergebnisse und Argumentationsweisen erheblich von internationalen wissenschaftlichen Diskursen geprägt waren. Die Autoren orientierten sich an international angesagten und bekannten Publikationen und übernahmen deren Ergebnisse und Motive nahezu uneingeschränkt. Sie machten bisweilen explizit darauf aufmerksam, dass die von ihnen beschriebenen Phänomene nicht an nationale Grenzen gebunden seien und die Schweizer Jugendlichen ähnlichen Ent-

¹³⁸ Ebd., S. 93.

¹³⁹ Ebd., S. 49.

¹⁴⁰ Ebd., S. 65.

¹⁴¹ Ebd., S. 49.

¹⁴² Ebd., S. 88.

¹⁴³ Abels 1993, S. 302.

¹⁴⁴ Janssen 2010, S. 112 f.

¹⁴⁵ Vgl. Kapitel 3.

wicklung unterworfen seien wie Jugendliche anderer Länder.¹⁴⁶ Dennoch stellten sie auch Unterschiede fest. Das Autorenteam der Studie *Jugend und Gesellschaft* unterstrich vor allem die Unterschiede bezüglich der Strukturen im Politikfeld Jugend. Spezifisch für die Schweiz seien unter anderem die «aussergewöhnliche Dezentralisierung» der Ausbildung und die «vollständige Anarchie» der Freizeit, womit auf die in der Schweiz nur wenig entwickelte und institutionalisierte ausserschulische Bildung angespielt wurde.¹⁴⁷ Diese Argumentation unterfütterte und legitimierte wiederum Forderungen nach einer umfassenden Jugendpolitik auf Bundesebene. Die Studie *Jugend und Gesellschaft* und der Bericht der Studiengruppe des EDI präsentierten dazu konkrete Vorschläge.

5.2 Partizipation statt Schutz und Fürsorge? Jugendpolitische Entwürfe

Theodor Gut, der die Studiengruppe des EDI präsidierte, hatte in den Sitzungen mit der Studiengruppe wiederholt darauf hingewiesen, dass Medienschaffende sowie Politikerinnen und Politiker «auf rasche Massnahmen drängen»¹⁴⁸ und dass die Studiengruppe das Stadium der Diskussionen deshalb verlassen und «konkrete Vorschläge formulieren» müsse.¹⁴⁹ Er sprach damit den Umstand an, dass die Hauptaufgabe der Studiengruppe des EDI darin bestand, dem Bund Vorschläge für die Umsetzung einer Jugendpolitik zu machen.¹⁵⁰ Sie sollte dem Bundesrat Massnahmen vorschlagen, um «eine Lösung der Jugendfragen von seiten des Bundes [zu] erleichtern»,¹⁵¹ wie es in den Richtlinien des Bundesrates zur Regierungspolitik der Legislaturperiode 1971–1975 festgehalten wurde. Die Hauptarbeit der von Gut angeführten Studienkommission bestand denn auch in der Erarbeitung jugendpolitischer Entwürfe. Im zweiten Teil des Berichts *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* war ein ganzes Kapitel jugendpolitischen Empfehlungen gewidmet. Auch die Studie *Jugend und Gesellschaft* war von der NSUK und der SAJV mit dem Ziel in Auftrag gegeben worden, konkrete Vorschläge für die Umsetzung einer Jugendpolitik auszuarbeiten. In diesem Umfeld entstanden denn auch neue, wegweisende jugendpolitische Leitbegriffe und Prämissen.

Diese Leitbegriffe sowie die Vorschläge zu deren Umsetzung sind Thema dieses Unterkapitels. Da weder die Externe SKJ in Zürich noch die Autoren der

¹⁴⁶ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 85.

¹⁴⁷ Ebd., S. 86.

¹⁴⁸ Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Wissenschaftlern, 22. 8. 1972, S. 2, BAR, E3001B#1982/40#271*.

¹⁴⁹ Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Vertretern der Jugendverbände, 21. 8. 1972, S. 1 f., BAR, E3001B#1982/40#271*.

¹⁵⁰ Vgl. hierzu Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit versch. Personen, 21. 8. 1972 (Nachmittag), S. 15, BAR, E3001B#1982/40#271*; Bericht EDI an den Bundesrat zum Vernehmlassungsverfahren, 16. 3. 1976, S. 2, BAR, E3802#1983/111#250*.

¹⁵¹ Zitiert in Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 51.

Zürcher Studien *Zur Unrast der Jugend* jugendpolitische Modelle erarbeiteten, konzentrieren sich meine Ausführungen auf die Studie *Jugend und Gesellschaft* und den Bericht der Studiengruppe des EDI.

Ich werde zeigen, wie die Studienverantwortlichen im Sinne eines Lern- und Anpassungsprozesses Antworten auf die neuartigen Probleme, die sich aus dem Gesellschaftswandel ergaben, in partizipativen Politikmodellen suchten. Diese sollten die bestehende defizit- und schutzorientierte Jugendhilfepolitik ergänzen oder ersetzen. Diese Anpassungsprozesse waren insofern krisenhaft, als sie nicht linear verliefen. Dies zeigt sich etwa in den Kontroversen, welche die Erarbeitung der jugendpolitischen Modelle begleiteten, und daran, dass die partizipativen Leitbegriffe mehrheitlich auf einer theoretisch-ideologischen Ebene blieben und nicht in die Praxis umgesetzt wurden.

Partizipation und Dialog: Jugendpolitische Leitbegriffe

Der Untertitel *Wegzeichen zu einer Jugendpolitik* der Studie *Jugend und Gesellschaft* verweist auf den Anspruch der Autoren, nicht nur die Situation der Jugendlichen in der Schweiz zu untersuchen, sondern auch Vorschläge für die Umsetzung einer Jugendpolitik zu erarbeiten. Der Untertitel ist insofern irreführend, als die Studie über weite Strecken theoretische Betrachtungen zum Phänomen Jugend präsentierte. Erst im Anhang findet sich relativ unscheinbar ein Teil von knapp acht Seiten mit dem Titel «Drei verschiedene Wege zur Grundlegung einer Jugendpolitik». Die Autoren präsentierten darin drei «Idealtypen», das heisst theoretische Modelle einer Jugendpolitik, die je unterschiedliche Sichtweisen und Vorstellungen von Jugend und einer Jugendpolitik beschrieben: die von ihnen präferierte «Politik der Beteiligung», die ich später noch ausführlich beschreiben werde, die «Führungspolitik», die implizit die existierende Jugendhilfepolitik nachzeichnete, und das Modell einer «Politik der Kontestation». Deren Grundprinzip bestehe darin, «das heutige Gesellschaftssystem in eine Krise hineinzubringen und seine Repression in all ihren Formen an den Pranger zu stellen»,¹⁵² so die Autoren. Es handle sich um eine «revolutionäre Sicht», wie sie von den Exponenten der 68er-Bewegung propagiert werde. Gemäss den Autoren fassten diese Modelle «die drei grossen politischen Grundhaltungen»¹⁵³ zusammen, die im Politikfeld Jugend aktuell seien. Die Autoren selbst formulierten keine konkreten Vorschläge für die Umsetzung einer Jugendpolitik.

Diese Auslassung war Programm: Die Verfasser wollten die Inhalte und die konkrete Ausgestaltung einer solchen Politik nicht vorgeben, sondern waren der Ansicht, dass diese in einem breiten gesellschaftlichen Meinungsfindungsprozess kollektiv erarbeitet werden sollten. Bereits während der Überarbeitung des Manuskripts von *Jugend und Gesellschaft* hatte die Sektion Jugend der NSUK zahl-

¹⁵² Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 165.

¹⁵³ Ebd., S. 159.

reiche Sitzungen der Frage gewidmet, wie eine Jugendpolitik umgesetzt werden könnte, und im Anschluss an die Publikation lancierte sie eine breite Kampagne zu diesem Thema.¹⁵⁴ Mit dieser Kampagne sollten Jugendliche – zusammen mit ihren Familien, den Schulen, der Kirche, Verantwortlichen der politischen Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbände – an der Erarbeitung einer Jugendpolitik beteiligt werden.¹⁵⁵ Die Prämissen der Mitsprache und der Partizipation, welche die Erarbeitung einer Jugendpolitik leiten sollten, stellten die Verfasser von *Jugend und Gesellschaft* auch ins Zentrum einer zukünftigen Jugendpolitik, die sie als «Beteiligungspolitik» beschrieben. Das übergeordnete Ziel einer solchen Politik sei die «grösstmögliche Beteiligung der jungen Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen und Beschlüssen».¹⁵⁶

Diesen partizipativen Ansatz leiteten die Autoren aus ihren zentralen Erkenntnissen ab: Jugend als generationelle Einheit, die sich von der Gesellschaft abwendet, mit ihr in Konflikt steht und deren Integration in die Gesellschaft gefährdet ist. Aufgrund der «Segregation» und der «Isolierung» der Jugendlichen und aufgrund des Umstands, dass sie kaum an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen beteiligt seien, müsse man sie vermehrt mitreden, mitgestalten und mitentscheiden lassen. Um die diagnostizierte Kluft zwischen den Generationen zu verringern, müsse der «Draht» zu den Jugendlichen hergestellt werden und die Jugendpolitik die Form eines ständigen Dialogs zwischen den Jugendlichen, den Erwachsenen und den Behörden, die sich mit Jugendlichen befassen, annehmen.¹⁵⁷ Erst ein «direkter, beständiger Kontakt»¹⁵⁸ zwischen Jugendlichen und Erwachsenen mache eine Mitbestimmung und Beteiligung möglich.

Das erschien mit den existierenden Strukturen im dezentralen Politikfeld Jugend jedoch nicht möglich. Erstens weil dieses aus einem Konglomerat von Massnahmen in einzelnen Bereichen bestehe und keine Koordination existiere. Zweitens weil die Partizipation Jugendlicher in der «Führungspolitik», wie die Autoren die bestehende Jugendhilfepolitik bezeichneten, nur eine untergeordnete Rolle spiele. Die wirklichen Träger einer solchen Jugendpolitik seien nicht die

¹⁵⁴ Einladung der NSUK, Sektion Jugend, an EDI, SAJV, Pro Juventute und andere für Seminar in Magglingen, 27. 2. 1971, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

¹⁵⁵ Dokument «Wegzeichen für eine Jugendpolitik», Themenübersicht der Autoren der Studie Jugend und Gesellschaft an SAJV, 22. 2. 1969, S. 5, BAR, E9500.1#1982/67#126*. Notiz von Hummel, Charles (NSUK) an den Departementschef bezüglich einer Jugendpolitik, 19. 1. 1970, S. 1, BAR, E9500.1#1982/67#126*. Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 162.

¹⁵⁶ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 161.

¹⁵⁷ NSUK, Arbeitsgruppe Magglingen, Dokument «Objectifs d'une politique de la jeunesse et campagne en vue de cet objectif», 9. 12. 1971, BAR, E9500.1#1984/85#13*. Vgl. auch Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 22. 5. 1970, S. 4, BAR, E9500.1#1982/67#21*; Einladung für Seminar Magglingen (Entwurf), als Anhang in Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 20. 11. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*. Mit den Erwachsenen und den Behörden meinten die Mitglieder der NSUK und die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* primär die Bildungsdepartemente, die Gemeinden, die Jugendorganisationen sowie Institutionen wie Jugend und Sport oder die Pro Juventute.

¹⁵⁸ Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 163.

Jugendlichen, sondern erwachsene Erzieherinnen und Erzieher sowie staatliche Akteure. Drittens konzipiere die «Führungspolitik» Jugendliche als «unfertige, unbeständige» Personen, die gebildet und geschützt werden müssten. Dieses Jugendbild unterschied sich deutlich von demjenigen der Autoren von *Jugend und Gesellschaft*, die in der Studie auch emanzipierte, gebildete und selbstbewusste Jugendliche thematisierten. Aus dem Umfeld von *Jugend und Gesellschaft* wurden deshalb neue Lösungsansätze angestrebt: Es brauche nicht mehr «une politique pour la jeunesse mais une politique avec la jeunesse»,¹⁵⁹ wie einem internen Arbeitspapier der Autoren und der Sektion Jugend der NSUK zu entnehmen ist.

Wie in der von den Autoren von *Jugend und Gesellschaft* propagierten «Beteiligungspolitik» spielte der Begriff der Partizipation auch im Bericht *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* der Studiengruppe des EDI eine wichtige Rolle. Auch in deren Umfeld wurde festgestellt, dass Jugend eine soziale Kategorie mit eigenen Bedürfnissen und Anliegen sei und dass es deshalb neue politische Strukturen brauche, die über die Jugendfürsorge hinausgehen.¹⁶⁰ Wie die Verantwortlichen von *Jugend und Gesellschaft* forderten deshalb auch die Mitglieder der Studiengruppe des EDI, dass eine zukünftige Jugendpolitik die Beteiligung der Jugend an der Gestaltung der Gesellschaft garantieren müsse. Weiter sollte Jugendlichen vermehrt Autonomie und Freiräume zugesprochen werden, in denen sie sich selbst verwirklichen, Verantwortung und Selbständigkeit einüben, sich politisch engagieren und ihre Interessen vertreten könnten. Allerdings sollten die Prämissen der Partizipation und der Mitsprache die Jugendhilfepolitik nicht ersetzen, sondern lediglich ergänzen. Aus Sicht der Studiengruppe des EDI sollte Jugendpolitik also nach wie vor traditionelle Aufgaben der Jugendfürsorge und -hilfe, wie zum Beispiel fürsorgerische und erzieherische Aufgaben sowie die Förderung und den Schutz Jugendlicher, umfassen.¹⁶¹

Die von der Studiengruppe des EDI konzipierte Jugendpolitik umfasste somit drei sich ergänzende Dimensionen: eine «Politik mit der Jugend», die auf die Partizipation Jugendlicher abzielte, eine «Politik der Jugend», mit dem Fokus auf Selbstinitiative und Autonomie und eine «Politik für die Jugend», die der bestehenden Jugendhilfepolitik entsprach. Insgesamt war das jugendpolitische Konzept der Studiengruppe des EDI damit weniger umwälzend und bewahrender als dasjenige der Vordenker rund um *Jugend und Gesellschaft*, welche die Partizipation in den Mittelpunkt rückten.

159 Anhang «Politique de la jeunesse» zum Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 10. 2. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21* (Hervorhebungen im Original).

160 Marthaler, Eduard (stellvertretender Generalsekretär EDI), Referat am Kongress der Jugendabteilung des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins in Aarau, 2. 11. 1974. In: Bau und Holz, Nr. 46, 14. 10. 1976.

161 Ganzer Abschnitt Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 42–45.

Ein jugendpolitischer Paradigmenwechsel?

Die bisherigen Ausführungen machten deutlich, dass die Akteure, die an der Erarbeitung einer Jugendpolitik beteiligt waren, die Jugendhilfepolitik, die zumeist nur intervenierte, wenn das «Wohl» des Jugendlichen gefährdet schien, durch partizipative Politikvorstellungen ersetzen (*Jugend und Gesellschaft*) oder ergänzen (Studiengruppe des EDI) wollten. Sie formulierten jugendpolitische Konzepte, die Jugendliche nicht mehr ausschliesslich als schutzbedürftige und defizitäre Erziehungsobjekte, sondern als emanzipierte und selbstbewusste Mitglieder der Gesellschaft fasste und ihnen ein Recht auf Mitsprache und Mitbestimmung zumass. Neu an dieser Politikvorstellung war auch, dass sie breiter gefasst war und einen grösseren Teil von Jugendlichen im Blick hatte. Sie wandte sich nicht mehr wie die Jugendhilfepolitik ausschliesslich an Jugendliche, die als problematisch erachtet wurden, sondern an alle Jugendlichen.¹⁶²

Mitbestimmung, Partizipation und Demokratisierung der Gesellschaft waren in den 1960er- und 70er-Jahren oft genutzte Schlagworte und symptomatisch für einen umfassenden Modernisierungs- und Liberalisierungsprozess, wie er sich in den meisten entwickelten westlichen Ländern abspielte.¹⁶³ In dessen Verlauf fand in fast allen gesellschaftlichen Bereichen ein Abbau hierarchischer und autoritärer Strukturen statt sowie ein Wandel der Mentalitäten und Wahrnehmungsmuster in Richtung Pluralisierung und Partizipation.¹⁶⁴ Auf politisch-staatlicher Ebene wurde über die Demokratisierung von Schule, Kirche, Parteien, Justiz und Verwaltungen gestritten und in der privaten Sphäre wandelten sich Geschlechterverhältnisse, Familienstrukturen, Generationenbeziehungen, der Umgang Erwachsener mit Jugendlichen sowie Vorstellungen von Erziehung und Autorität. Studien zu Erziehungsdebatten in der BRD zeigen beispielsweise, wie noch um 1950 eine hierarchische Konzeption von Autorität existierte, die auf Tradition, Ordnung und Gehorsam beruhte. Ab Mitte der 1960er-Jahre galten Formen der Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, die auf Zwang, Disziplin, Unterordnung und Macht basierten, zunehmend als unpädagogisch und machten partnerschaftlichen Generationenbeziehungen und neuen Wertvorstellungen Platz. Dazu gehörten Selbstbestimmung, Selbständigkeit und Selbstbewusstsein, Urteils-, Diskussions- und Argumentationsfähigkeit sowie vermehrte Partizipation, Mitbestimmung und Mitverantwortung. Diese Forderungen wurden gegen Ende der 1960er-Jahre mit dem Aufkommen der Neuen Linken verschärft und radikalisiert.¹⁶⁵

Der Liberalisierungsprozess verlief jedoch nicht linear, vielmehr standen traditionelle Konzepte und neue Gegenkonzepte jahrelang nebeneinander und in

¹⁶² Vgl. hierzu Bundesamt für Sozialversicherungen 2014, S. 12. Vgl. hierzu auch Wettstein 1989, S. 81.

¹⁶³ Herbert 2002, S. 40.

¹⁶⁴ Unter anderem ebd., S. 14.

¹⁶⁵ Ebd., S. 42 f.; Uhle 2004, S. 51; Ubbelohde 2002, S. 435; Scheibe 2002, S. 259–264; Siegfried 2006, S. 52; Reichardt 2014, S. 776.

Konflikt zueinander. Erst in den 1970er- und 80er-Jahren setzten sich liberalere Erziehungsideale gegenüber traditionell-konservativeren Vorstellungen breitenwirksam durch.¹⁶⁶ Die hier untersuchten Jugendstudien entstanden in dieser Übergangsphase, für die sie beispielhaft sind. Neue Konzepte existierten parallel zu traditionellen Vorstellungen.

Dies äusserte sich zum Beispiel in den kontroversen Diskussionen der jugendpolitischen Vorschläge, in denen sich gegenüber den Konzepten der Partizipation und der Mitbestimmung auch Widerstand und Skepsis manifestierten. Schon nur der Begriff «Partizipation» wurde von einigen Mitgliedern der Studiengruppe des EDI als «zu spannungsgeladen» und zu provokativ beurteilt, weil er den zentralen Forderungen der 68er-Bewegung entstamme.¹⁶⁷ Weiter herrschte auch Uneinigkeit über die Bedeutung solcher Begriffe: Heisst Partizipation Mitsprache und Mitentscheidung, ist sie ein Mittel zur Aneignung von Kompetenzen, zum Beispiel von Sozialkompetenzen zur Ausführung politischer Rechte, oder eher ein Mittel zur gesellschaftlichen Veränderung?¹⁶⁸ Einigen gingen die Forderungen nach Partizipation und Autonomie auch zu weit. So wurde nach der Publikation von *Jugend und Gesellschaft* diskutiert, ob es richtig sei, den Jugendlichen selbst die Lösung der Jugendprobleme zu überlassen. Weiter wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, dass die Beteiligung der Jugendlichen einer «contestation générale», einer «remise en question fondamentale de notre système politico-économique» Bahn brechen könnte. Was würde geschehen, so eine Frage, wenn die Jugendlichen das ganze Gesellschaftssystem ändern wollten?¹⁶⁹

Solche Kontroversen zeigten sich auch während der Diskussion der jugendpolitischen Entwürfe in der Studiengruppe des EDI. Ursprünglich hatten deren Mitglieder zwei jugendpolitische Modelle erarbeitet, die sie beide dem EDI vorlegen wollten. Im ersten Modell sollte Jugendpolitik nicht von Grund auf neu geschaffen werden. Die Verfasser dieses Modells betonten, dass eine Jugendpolitik bereits existiere, zum Beispiel seien die Abschaffung der Kinderarbeit oder die Einführung des Rechts auf Bildung jugendpolitische Handlungen. Sie forderten vielmehr, die bereits existierenden Bestrebungen im Politikfeld Jugend zu kanalisieren, zu systematisieren und zu koordinieren. Das zweite Modell galt als radikalere Version, weil deren Verfasser die fundamentale Veränderung der Gesellschaft als Voraussetzung einer Jugendpolitik beschrieben und die Schaffung einer Jugendpolitik – wie die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* – weitgehend den Jugendlichen selbst in Autonomie gegenüber den Behörden überlassen wollten.¹⁷⁰ Sie forderten die «Mitwirkung der Jugend bei allen Entscheidungen, die sie

166 Herbert 2002, S. 31, 43; Ubbelohde 2002, S. 419, 422, 435.

167 Protokoll Studiengruppe des EDI, 5. 5. 1972, S. 7, BAR, E3001B#1982/40#271*.

168 Zur Vieldeutigkeit des Begriffs Partizipation Frossard 2003, S. 133; Wettstein 1989, S. 86.

169 Brief von NSUK, Sektion Jugend, an Mitglieder der Arbeitsgruppe Magglingen II, 10. 12. 1971, S. 5, BAR, E9500.1#1984/85#13*.

170 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 13; Modell I der Studiengruppe des EDI, Fassung vom 7. 6. 1972, S. 3, BAR, E3001B#1982/40#271*; Modell II der Studiengruppe des EDI,

betreffen».¹⁷¹ Dies sollte unter anderem mit regelmässigen Befragungen Jugendlicher in Schulen und Betrieben erreicht werden, in denen sie ihren Anliegen, Bedürfnissen und Problemen Ausdruck verleihen könnten.¹⁷² Dieses zweite Modell wurde von den meisten Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmern als zu ideologisch und strategisch unklug erachtet. Es werde die politischen Instanzen vor den Kopf stossen und ein Gespräch verhindern.¹⁷³ Unter anderem aufgrund dieser Einwände wurden nicht wie ursprünglich geplant beide Modelle dem EDI vorgelegt, sondern sie wurden zusammengefasst.¹⁷⁴ Der Schlussbericht der Studiengruppe des EDI mit seiner dreidimensionalen Jugendpolitik stellte deshalb eine Synthese der beiden Modelle dar. Er vereinigte die Grundsätze einer Jugendpolitik, auf die sich die Mitglieder Studiengruppe hatten einigen können. Der Bericht *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* war insofern die Kompromisslösung einer Kommission, die nach dem Konsensprinzip arbeitete und eine pragmatische Weiterentwicklung der Politik anstrebte.

Dass der Lern- und Anpassungsprozess nicht linear verlief, manifestierte sich weiter auch im Auseinanderklaffen zwischen den jugendpolitischen Leitbegriffen und der Praxis der Studienverantwortlichen. Zwar können die Prämissen der Partizipation und der Autonomie als liberale Gegenkonzepte verstanden werden, mit denen auf den gesellschaftlichen Wandel reagiert werden sollte. Allerdings handelte es sich primär um ideologische Konzepte, die in scharfem Kontrast zur Praxis standen. Das Handeln der Studienverantwortlichen wurde nach wie vor von einer Haltung bestimmt, die als paternalistisch bezeichnet werden kann. Dies zeigt sich etwa an der marginalen Rolle, die den Jugendlichen trotz anders lautender Forderungen zugestanden wurde. Wie in Kapitel 4.3 bereits gezeigt, waren die Jugendlichen weder an der Entstehung der Studie *Jugend und Gesellschaft* noch am Bericht der Studiengruppe des EDI massgeblich beteiligt. Auch in den Aushandlungsprozessen um eine Jugendpolitik konnten sie sich nur wenig äussern. So waren sie in der Studiengruppe des EDI nicht vertreten und ihre Stimme hatte in den Hearings und auch während des Vernehmlassungsverfahrens nur wenig Gewicht. Man könnte einwenden, dass die Studiengruppe des EDI vereinzelt Jugendliche angehört hatte, dass Jugendliche über die Mitgliedverbände der SAJV offiziell zur Vernehmlassung des Berichts der Studiengruppe des EDI eingeladen worden waren und dass auch die Verantwortlichen der Studie *Jugend und Gesellschaft* eine Umfrage unter den Jugendverbänden gemacht

Fassung vom 7. 6. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*. Vgl. Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Vertretern der Jugendverbände, 21. 8. 1972, S. 6 f., BAR, E3001B#1982/40#271*.

171 Modell II der Studiengruppe des EDI, Fassung vom 7. 6. 1972, S. 5, BAR, E3001B#1982/40#271*.

172 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 13.

173 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Vertretern der Jugendverbände, 21. 8. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*.

174 Ebd. S. 3, 11; Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Wissenschaftlern, 21. 8. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*; Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Politikern, 23. 8. 1972, BAR, E3001B#1982/40#271*.

hatten. Allerdings waren die konsultierten Jugendlichen kaum repräsentativ für die junge Generation in der Schweiz. Die angehörten Leiter der Jugendverbände waren zumeist selbst erwachsen und neben einigen Lehrlingen und wenigen als «kontestär» bezeichneten Jugendlichen wurden keine anderen jungen Gesprächspartner eingeladen.¹⁷⁵ Zudem handelte es sich bei den angehörten Personen um wenige ausgewählte Jugendliche, die aus dem nahen Umfeld der Studienverantwortlichen rekrutiert wurden. Bernard Crettaz und Gustav Mugglin wurden von der Sektion Jugend der NSUK beispielsweise beauftragt, Jugendliche anzufragen, die sie persönlich kannten und die eine zwar kritische, zugleich aber konstruktive Haltung an den Tag legten.¹⁷⁶

Auch für die Gespräche der Studiengruppe des EDI wurden primär Jugendliche gesucht, die zwar als politisch aktiv, insgesamt aber doch als unauffällig, gesellschaftlich angepasst oder als tüchtig galten. So jedenfalls könnte man die Anfrage des EDI beim Jugendamt der Stadt Zürich nach einer Empfehlung für einen Vertreter der Jugendlichen interpretieren. Otto Siegfried, Chef des Jugendamtes III, schlug Thomas Held und Samuel Müri vor, die beide beim «Globuskrawall» dabei gewesen waren; Held als Exponent der Studentenschaft, Müri als Kameramann des umstrittenen Films *Krawall*, den Jürg Hassler über die Unruhen gedreht hatte. Die Gründe, wieso Siegfried Müri vorgeschlagen hatte, sind nicht bekannt. Für Held sprach gemäss Siegfried, dass er «in letzter Zeit nicht mehr [politisch] hervorgetreten» und dafür anderweitig positiv aufgefallen sei. Vor Volksschullehrern habe er ein hervorragendes Referat über Drogenprobleme gehalten.¹⁷⁷ Dies überzeugte die Studiengruppe des EDI: Held wurde zu den Gesprächen mit der Studiengruppe eingeladen.

Der postulierte Dialog mit den Jugendlichen blieb somit mehrheitlich auf einer abstrakten Ebene. Dies zeigt sich weiter auch daran, dass die Studienverantwortlichen aus einer distanzierten Perspektive über Jugendliche sprachen und über deren Meinung zur Jugendpolitik spekulierten. Die Autoren der Studie *Jugend und Gesellschaft* fragten sich zum Beispiel wiederholt, was wohl die Jugendlichen zu ihren Vorschlägen zu sagen hätten und ob sie das Angebot eines Dialogs überhaupt annehmen würden: «Veulent-ils utiliser le canal que nous offrons en vue d'une action concrète? Notre campagne représentera-t-elle quelque chose pour eux?», fragten Bernard und Crettaz in einer Sitzung der Sektion Jugend der NSUK. Zugleich waren sie überzeugt, die Jugendlichen hätten «plus que jamais besoin de discuter leurs problèmes».¹⁷⁸

Aus solchen Voten scheint insgesamt eine nach wie vor paternalistische Sicht auf Jugend durch, die sich auffällig von den theoretischen Prämissen der Studien

175 Vgl. Kritik dazu in Protokoll Studiengruppe des EDI, 21. 8. 1972, S. 2 f., BAR, E3001B#1982/40#271*.

176 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 20. 11. 1970, S. 4, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

177 Brief von Siegfried, Otto (Jugendamt Stadt Zürich) an EDI, 26. 7. 1972, BAR, E3001B#1980/53#506*.

178 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 3. 6. 1970, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

unterschied. Eine Fortsetzung traditioneller Perspektiven und des Schutzgedankens der Jugendfürsorge und -hilfe zeigt sich unter anderem auch darin, dass Jugendliche in diesen Diskussionen oftmals nach wie vor als «gefährdet und verführbar» und als mit der Etablierung einer Jugendpolitik überfordert dargestellt wurden.¹⁷⁹ In der Studiengruppe des EDI war beispielsweise die Rede davon, dass die Jugendlichen nicht in der Lage seien, «die Problematik zu erfassen».¹⁸⁰ Als bei der Gründung der EKJ 1978 über mögliche Mitglieder diskutiert wurde, warnte das EDI davor, den Jugendverbänden zu viel Verantwortung zu übergeben, weil sie damit womöglich überfordert wären. Man könne nicht von allen Jugendlichen «jene spezifischen sachlichen Kenntnisse» erwarten, die für eine erfolgreiche Arbeit der Kommission nötig seien. Um «Sachverstand» zu sichern, schlug das EDI deshalb vor, mehr Mitglieder in die Kommission zu wählen als bei anderen ausserparlamentarischen Kommissionen.¹⁸¹ Den Jugendlichen, so scheint es, kam in der Kommission also primär symbolische Funktion zu, was durch einen grossen Anteil kundiger Erwachsener ausgeglichen werden sollte. Die Erwachsenen meinten zu wissen, was für die Jugendlichen gut war.

Am deutlichsten zeigt sich die Umbruchphase, in der alte und neue Konzepte nebeneinander und in Konflikt standen, auch in der Diskrepanz zwischen den theoretischen Prämissen der Studien und den Vorschlägen der Studienverantwortlichen zur Umsetzung einer Jugendpolitik. Auch die konkreten jugendpolitischen Vorschläge blieben einer paternalistischen und hierarchischen Einstellung verhaftet und setzten die Tradition der Jugendhilfepolitik fort.

Ein Delegierter für die Jugend und weitere jugendpolitische Vorschläge

Die Verantwortlichen von *Jugend und Gesellschaft* diskutierten verschiedene Möglichkeiten, um die von ihnen propagierte «Beteiligungspolitik» umzusetzen. Dazu gehörten Ideen wie die Demokratisierung des Schulunterrichts oder die Stimulierung des politischen Verantwortungsbewusstseins, aber auch handfestere Vorschläge wie etwa derjenige, die Jugendverbände über öffentliche Kredite zu unterstützen.¹⁸² Um die Behörden, die Öffentlichkeit und die Jugendlichen für jugendpolitische Belange zu sensibilisieren, die öffentliche Diskussion darüber anzuregen und die Meinung Jugendlicher einzuholen, schlugen sie zudem, wie bereits erwähnt, die Lancierung einer schweizweiten Kampagne zum Thema Jugendpolitik vor.¹⁸³ Zu diesem Zweck organisierte die Sektion Jugend der NSUK

179 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Jeanne Hersch und Karl Schmid, 14. 7. 1972, S. 27, 34, BAR, E3001B#1982/40#271*.

180 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit versch. Personen, 21. 8. 1972 (Nachmittag), S. 13, BAR, E3001B#1982/40#271*.

181 Notiz Altdorfer, Amt für kulturelle Angelegenheiten, zum Schreiben der SAJV, 25. 5. 1976, BAR, E3001B#1982/40#271*. Zur Gründung der EKJ ausführlich Kapitel 5.4.

182 Dokument «Wegzeichen für eine Jugendpolitik», 22. 6. 1969, erarb. von Arnold/Bassand/Cret-taz/Kellerhals, an SAJV, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#126*.

183 NSUK, «Document de Travail pour l'Etude d'une politique dans les questions de jeunesse» für das Seminar in Magglingen 26./27. 2. 1971, BAR, E3001B#1980/53#504*.

nach der Publikation von *Jugend und Gesellschaft* ein Seminar. Dieses fand Ende Februar 1971 – also noch vor der Gründung der Studiengruppe des EDI – in Magglingen statt und versammelte Vertreterinnen und Vertreter des EDI, der kantonalen Bildungsdepartemente, der SAJV, der Pro Juventute und der Organisation Jugend und Sport (J+S), die 1971 nach der Genehmigung des entsprechenden Verfassungsartikels gegründet wurde.¹⁸⁴ Diese Veranstaltung war der Startschuss für eine jugendpolitische Kampagne, in deren Zuge eine eigentliche Jugendpolitik konzipiert werden sollte. In Magglingen war auch die Gründung einer nationalen Koordinationskommission Thema, um eine Jugendpolitik in die Wege zu leiten.¹⁸⁵ Diese Idee wurde von der NSUK, den Autoren von *Jugend und Gesellschaft*, der SAJV und der Pro Juventute schon länger diskutiert.¹⁸⁶ Die Kommission sollte die Situation der Jugendlichen studieren, Kontakt mit privaten und öffentlichen Institutionen und Jugendgruppen aufnehmen, um sie einzubinden und ihre Meinung anzuhören. Insbesondere die NSUK hatte gehofft, die Aufgaben einer solchen Kommission vorerst selbst zu übernehmen. Auf Ende 1971 war ein zweites Treffen in Magglingen geplant, bei dem die Pläne für die Koordinationskommission konkretisiert werden sollten.¹⁸⁷ Es kam aber nicht zustande, da der Bundesrat inzwischen die Studiengruppe des EDI ins Leben gerufen hatte.¹⁸⁸ Mit ihrer Gründung wurden zentrale Forderungen der Akteure von Magglingen, wie die Koordinationskommission, verwirklicht. Die Lancierung einer Jugendpolitik auf Bundesebene ging nun an die Studiengruppe des EDI über, womit ein weiteres Engagement der Akteure von Magglingen hinfällig wurde. Wie bereits erwähnt, gingen auch die zentralen jugendpolitischen Ideen und Prämissen aus dem Umfeld von *Jugend und Gesellschaft*, wie Partizipation, in den Bericht der Studiengruppe ein.

Mit der Einsetzung der Studiengruppe des EDI profilierte sich der Bund endgültig als wichtiger Akteur im Politikfeld Jugend. Dies stiess nicht nur auf

184 Zur Gründung von J+S Busset/Marcacci 2012, S. 722. Weiter aufgeführt wurden auf der Teilnehmerliste die «Progressiven Linken Bern», die «Jungbauern» und das Jugendparlament, wobei unklar ist, ob es sich hier um ein spezifisches kantonales oder kommunales Jugendparlament handelt. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 22. 10. 1970, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

185 Zur Planung und Zielsetzung des Seminars in Magglingen: Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 20. 11. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

186 SAJV, Bulletin 2/1968, BAR, E9500.1#1979/4#106*. Vgl. auch Notizen Crettaz für eine Sitzung vom 12. 6. 1968 der SAJV, NSUK, Pro Juventute, Crettaz und Vertreter der Eidg. Turn- und Sportschule Magglingen zum Thema «Koordinationskommission für eine eidg. Jugendpolitik», BAR, E9500.1#1979/4#106*.

187 Die Kommission sollte zusammengesetzt sein aus drei bis vier Mitgliedern der Sektion Jugend der NSUK, zwei bis drei Leitern der Jugendverbände und drei bis vier Repräsentanten der Wissenschaft, darunter Pädagogen, Psychologen und Soziologen. Die finanziellen Mittel dazu sollten vom Bund kommen. Dokument «Projet pour le lancement d'une politique de la jeunesse», erarbeitet von Bugnion-Secretan, Perle und Crettaz, Bernard, 13. 5. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#126*. Vgl. auch Protokoll NSUK, Sektionen Erziehung und Jugend, 13. 2. 1969, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#21*; Anhang «Politique de la jeunesse» zum Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 10. 2. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*; Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 22. 5. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

188 Vgl. hierzu Kapitel 3.2.

Zustimmung: Die NSUK etwa beobachtete die Bestrebungen des Bundes mit Skepsis und sah sich in ihren Kompetenzen und ihrem Tätigkeitsfeld konkurriert. Sie bedauerte, dass nicht sie mit der Aufgabe eines jugendpolitischen Berichts betraut worden war, und empfand das «Eingreifen des EDI gegenüber der Sektion Jugend als einen Schlag ins Gesicht».¹⁸⁹ Nach erstem Zögern waren schliesslich aber auch Personen aus dem Umfeld der NSUK und der Studie *Jugend und Gesellschaft* bereit, in der Studiengruppe des EDI mitzuarbeiten.¹⁹⁰

Die Studiengruppe formulierte gemäss ihrem Auftrag konkrete und im Detail ausgearbeitete Vorschläge, wie eine Jugendpolitik umgesetzt werden könnte. Als zentrale und dringlichste Massnahme empfahl sie die Schaffung eines Delegierten für Jugendfragen, der dem EDI angegliedert werden sollte. Er sollte die Auswirkungen der Tätigkeit des Bundes auf Jugendliche beobachten und die Anliegen und Bedürfnisse der Jugendlichen an den Bundesrat und die Bundesbehörden herantragen. Er sollte zum Beispiel Stellung nehmen zu Erlassen, die Jugendliche betreffen, wie zur Frage der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters und zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes.¹⁹¹ Eine solche Vermittlerrolle erachtete die Studiengruppe als nötig, weil sich Jugendliche zu vielen Themen, die sie direkt und langfristig betreffen, nicht äussern könnten. Die Studiengruppe spielte damit unter anderem auf den Umstand an, dass die Jugendlichen auf Bundesebene und in den meisten Kantonen erst mit zwanzig Jahren an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und in politische Ämter gewählt werden konnten.¹⁹²

Die Studiengruppe des EDI war überzeugt, dass durch die Ernennung eines Delegierten die Anliegen der jungen Generation in der Öffentlichkeit und bei Entscheidungen der politischen Behörden stärker berücksichtigt werden könnten. Der Delegierte sollte die Funktion eines «Kanals» haben, um das «notwendige Gespräch» der Behörden mit den Jugendlichen zu fördern und zu erleichtern. Weiter sollte er Vorschläge zur Förderung der Jugendforschung und zur Verwendung von Subventionen für die ausserschulische Jugendarbeit formulieren.¹⁹³ Die Studiengruppe des EDI empfahl dem Bundesrat als Delegierten eine Persönlichkeit aus der Verwaltung, «die mit den Problemen der Jugend eng ver-

189 Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 9. 1971, S. 2, BAR, E9500.1#1984/85#13*. Die NSUK fühlte sich in der Studiengruppe des EDI auch zu wenig gut vertreten. Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 26. 10. 1971, S. 2, BAR, E9500.1#1984/85#13*.

190 Zu den Mitgliedern der Studiengruppe des EDI und personellen Überschneidungen mit der NSUK vgl. Kapitel 4.1.

191 Es wurden zwei Vorschläge zur Stellung des Delegierten gemacht: «Verselbständigter Delegierter des Bundesrates, ausserhalb der Departementalordnung» oder «Eingliederung als «echter» Delegierter» entweder beim Bundespräsidenten, in der Bundeskanzlei oder einem Departement. Die letzte Variante wurde von der Studiengruppe des EDI präferiert, als zuständiges Departement wurde das EDI vorgeschlagen. Der Delegierte sollte gestützt auf Artikel 104 BV durch einen Bundesratsbeschluss ernannt werden. Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 60 f., 64 f.

192 Zum Stimm- und Wahlrechtsalter vgl. Kapitel 4.3.

193 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 62.

traut» ist und einen «guten Ueberblick über die Beziehungen zwischen Jugend und Bund»¹⁹⁴ besitzt. Als Alternative zum Delegierten könnte in der Verwaltung eine Stelle für Jugendfragen geschaffen werden, die mithilfe einer Kommission die Arbeiten der Studiengruppe des EDI vertiefe und weiterführe.¹⁹⁵

In internen Diskussionen war moniert worden, dass eine reine Interessenvertretung der Jugendlichen durch einen Delegierten dem Konzept einer partizipativen Jugendpolitik nicht gerecht würde.¹⁹⁶ Die Studiengruppe des EDI schlug deshalb vor, dem Jugenddelegierten eine beratende Kommission zur Seite zu stellen, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der Jugendverbände, der nicht organisierten Jugend, der Jugendarbeit sowie aus Politik und Wissenschaft. Die Kommission sollte nicht nur ein Beratungsorgan des Delegierten sein, sondern war auch als «Ort der Begegnung und Aussprache» zwischen Jugendlichen und Erwachsenen konzipiert.¹⁹⁷

Die weiteren von der Studiengruppe des EDI formulierten jugendpolitischen Massnahmen waren relativ offen und unverbindlich. Sie reagierten primär auf die Wahrnehmung eines Wissensdefizits zu Jugend. Dazu gehörte etwa die Idee, zuhanden der Bundesversammlung periodische Berichte über die Situation Jugendlicher in der Schweiz zu erarbeiten. Alle vier Jahre sollte der Delegierte, allenfalls unter Mitarbeit eines Forschungsinstituts, die Bundesversammlung über «die allgemeine Lage der Jugend» in der Schweiz und über spezielle Themen und Probleme, wie beispielsweise Berufsbildung, Drogenkonsum, Einstellung zum Staat und zur Armee, informieren.¹⁹⁸ Damit sollten gemäss der Studiengruppe Entwicklungen wie beispielsweise die «Gefahren des weiteren Auseinanderlebens»¹⁹⁹ zwischen den Generationen frühzeitig erkannt werden. Ein weiterer Vorschlag war, die Jugendforschung zu fördern.²⁰⁰ Diese Idee hatten bereits die Verantwortlichen der Studie *Jugend und Gesellschaft* aufgebracht und sie wurde in den Diskussionen der Studiengruppe des EDI insbesondere von den eingeladenen Wissenschaftlern unterstützt. Diese hatten darauf hingewiesen, dass es für die Erarbeitung einer Jugendpolitik mehr Informationen und eine vertiefte Grundlagenforschung zu Jugend brauche.²⁰¹ Um die Jugendforschung zu fördern, wurde vorgeschlagen, an einer Universi-

194 EDI an den Bundesrat, «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens der Studiengruppe des EDI», 16. 3. 1976, S. 4, BAR, E3001B#1982/40#271*. Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 62.

195 EDI, Presse- und Informationsdienst, «Zusammenfassung des Berichts der Studiengruppe für Fragen einer schweiz. Jugendpolitik» für Pressekonferenz 10. 9. 1973, BAR, J1.297#2003/23#83*.

196 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 66.

197 Ebd., S. 64.

198 Ebd., S. 67.

199 EDI, Presse- und Informationsdienst, «Zusammenfassung des Berichts der Studiengruppe für Fragen einer schweiz. Jugendpolitik» für Pressekonferenz 10. 9. 1973, BAR, J1.297#2003/23#83*.

200 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 67 f.

201 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Wissenschaftlern, 22. 8. 1972, S. 1 f. 13, BAR, E3001B#1982/40#271*.

tät ein Institut einzurichten, das Lehre (zum Beispiel Weiterbildung von Praktikerinnen und Praktikern), Forschung (Ausführung externer Studienaufträge und eigener Projekte) sowie Dokumentation und Information zu Jugendfragen betreiben würde.²⁰² Weiter wurde empfohlen, eine Dokumentationsstelle für Jugendfragen zu schaffen, die bei einem universitären Institut angesiedelt sein könnte oder für die die Dokumentationsstellen der Pro Juventute oder der SAJV ausgebaut werden könnten.²⁰³ Auch hier schloss die Studiengruppe des EDI an Vorschläge an, die aus dem Umfeld der Studie *Jugend und Gesellschaft* stammten, wie etwa an deren Forderung, ein Dokumentations-, Informations- und Forschungszentrum für Jugendfragen zu schaffen.²⁰⁴

Schliesslich wurden im Jugendbericht der Studiengruppe des EDI auf weniger Raum weitere jugendpolitische Entwürfe abgehandelt, welche die genannten Massnahmen ergänzen sollten. Dazu gehörten finanzielle Beiträge an die Ausbildung von Jugendleiterinnen und -leitern, die Unterstützung von Jugendorganisationen, die Förderung der politischen Bildung, zum Beispiel durch die Verbesserung des staatsbürgerlichen Unterrichts, die Edition einer Gesetzessammlung für Jugendliche, um diese über ihre Rechte aufzuklären, die Unterstützung von Jugendpressendiensten sowie die Idee einer Jugendkampagne,²⁰⁵ mit der die Meinungen, Probleme und Anliegen der Jugendlichen in Erfahrung gebracht werden sollten, zum Beispiel mit einer Befragung und mittels «kreativer» Methoden wie Theater oder Ausstellungen.²⁰⁶ Diese Idee schloss an die von der NSUK und den Autoren von *Jugend und Gesellschaft* lancierte Idee einer jugendpolitische Kampagne an.

Ganz am Schluss des Berichts wurden schliesslich Vorschläge für einen Ausbau der Jugendpolitik auf der Ebene der Gemeinden und Kantone präsentiert. Dazu gehörte die Idee, auch auf Kantonsebene Delegierte für Jugendfragen als Konsultativorgane der Kantonsregierungen oder Jugend-Ombudsmänner zu schaffen.²⁰⁷

Fast alle von der Studiengruppe des EDI gemachten jugendpolitischen Empfehlungen perpetuierten primär generationelle Hierarchievorstellungen und das bestehende Macht- und Autoritätsgefälle. Den Forderungen nach Partizipation und Autonomie der Jugendlichen wurde hingegen weitgehend nicht Rechnung getragen. So bestand der Vorschlag eines Delegierten darin, dass eine erwachsene

202 Als möglicher Standort wurde die Universität Neuenburg genannt, Modell I der Studiengruppe des EDI, Fassung vom 7. 6. 1972, S. 8, BAR, E3001B#1982/40#271*.

203 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 69.

204 Brief von Bugnion-Secretan, Perle (NSUK) an Zeissig, Jean (Präsident der General Guisan-Stiftung), 24. 2. 1970, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

205 EDI, Presse- und Informationsdienst, «Zusammenfassung des Berichts der Studiengruppe für Fragen einer schweiz. Jugendpolitik» für Pressekonferenz 10. 9. 1973, S. 7, BAR, J1.297#2003/23#83*.

206 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 74. Vgl. hierzu Interview mit Theodor Gut. In: Die Weltwoche, Nr. 42, 17. 10. 1973.

207 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 59.

Person oder ein Gremium Erwachsener als Fürsprecher der Jugendlichen beim Bundesrat agiere, ohne dass sich diese direkt einbringen konnten. Für den zusätzlichen Vorschlag einer beratenden Kommission hatte die Studiengruppe zudem (erwachsene) Vertreter der Jugendverbände vorgesehen. Auch im Vorschlag, die Jugendlichen besser zu erforschen und hierzu ein Dokumentations- und Forschungszentrum zu gründen, blieb Jugend primär Objekt. Schliesslich präsentierte sich auch die tatsächliche Umsetzung der jugendpolitischen Empfehlungen weniger als jugendpolitischer Paradigmenwechsel denn als eine Fortsetzung traditioneller Perspektiven und Praktiken.

5.3 Kritik und Gegenentwürfe: Die öffentliche Diskussion der Studien

Mit der Publikation der Studien erreichten die Debatten über Jugend und Jugendpolitik definitiv die breite Öffentlichkeit. Insbesondere das Erscheinen des Berichts *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* der Studiengruppe des EDI löste schweizweit ein grosses Echo aus. Zahlreiche Privatpersonen, unterschiedliche Unternehmen und Organisationen bestellten den Bericht beim EDI, darunter auch solche, die nicht explizit mit Jugendlichen zu tun hatten, wie etwa die Fluggesellschaft Swissair oder der Schweizerische Samariterbund.²⁰⁸ Innert kurzer Zeit waren die ersten 10 000 Exemplare vergriffen.²⁰⁹ Von grossem Interesse zeugen auch die zahlreichen Antworten, die anlässlich der Vernehmlassung beim EDI eingingen, sowie die umfangreiche mediale Berichterstattung. Fast alle Schweizer Tages- und Wochenzeitungen sowie diverse Zeitschriften berichteten einmal oder mehrfach über die Publikation. Allein im Bundesarchiv finden sich dazu mehrere Archivschachteln mit Zeitungsartikeln.²¹⁰

Im vorliegenden Unterkapitel untersuche ich die öffentliche Wahrnehmung des Berichts der Studiengruppe des EDI anhand der Vernehmlassung sowie der Presseberichterstattung. Ich frage danach, wie die Ergebnisse und die jugendpolitischen Vorschläge der Studiengruppe rezipiert und beurteilt wurden. Zum Vergleich soll vereinzelt die mediale Wahrnehmung der Studie *Jugend und Gesellschaft* einfließen.

Eine Analyse der Reaktionen auf den Jugendbericht ist deshalb relevant, weil in dieser Phase die von der Studiengruppe formulierten Empfehlungen nochmals verändert wurden. So hatten die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung und die mediale Kritik Rückwirkungen auf die Etablierung jugendpolitischer Institutionen und Strukturen. Der Fokus auf dem Bericht der Studiengruppe des EDI begründet sich dadurch, dass dieser von den drei Studien schweizweit am meis-

²⁰⁸ Bestellungen des Berichtes zur Jugendpolitik, BAR, E3001B#1980/53#522*.

²⁰⁹ Gut, Theodor. Entwurf Zeitungsartikel «Antenne und Verstärker. Nach der Einsetzung einer Bundes-Jugendkommission», 13. 7. 1978, BAR, E3010A#1991/184#20*. Der Artikel erschien am 29. 7. 1978 in der NZZ.

²¹⁰ BAR, J2.300-01.

ten Aufmerksamkeit erlangte und als einziger direkte jugendpolitische Folgen zeitigte. Zudem gingen viele Vorschläge von *Jugend und Gesellschaft* in diesem Bericht auf.

Das Unterkapitel wird durch zwei Erkenntnisse strukturiert: Erstens zeigt sich ein breiter Konsens in der Ablehnung der Ergebnisse des Berichts. Die Schlussfolgerungen wurden in der Vernehmlassung und in den Massenmedien fast unisono als übertrieben und das Jugendbild als verzerrt beurteilt. Zweitens wurden auch die jugendpolitischen Vorschläge mehrheitlich abgelehnt. Hierfür waren unterschiedliche Beweggründe ausschlaggebend: Auf der einen Seite herrschte Skepsis gegenüber einem verstärkten jugendpolitischen Engagement des Bundes, auf der anderen Seite gab es Akteure, welche die Vorschläge als zu wenig weitreichend erachteten. Die Analyse der Rezeption der Studien macht sodann auch Unterschiede in der Beurteilung der jugendpolitischen Rolle des Staats sowie der partizipativen Politikmodelle deutlich.

Zu pessimistisch! Kritik am Jugendbild der Studien

Am 10. September 1973, nach der Veröffentlichung des Berichts *Ueberlegungen und Vorschläge für eine schweizerischen Jugendpolitik*, eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Bericht der Studiengruppe des EDI. Das Verfahren war Anfang 1975 abgeschlossen und wurde vom Bundesrat 1976 ausgewertet. Es gingen über 93 Stellungnahmen ein, darunter auch äusserst umfangreiche Antwortdossiers.²¹¹ Neben 15 Kantonen antworteten die im Parlament vertretenen Parteien. Vereinzelt gaben auch die Jungparteien und die kantonalen Sektionen der Parteien eine Stellungnahme ab, darunter die SP des Kantons Zürich, die Junge CVP Schweiz, der Junge LdU sowie die Jungfreisinnigen und Jungliberalen. Weiter gingen Antworten der Sozialpartner, der drei Landeskirchen und der Wirtschaftsverbände ein. Zudem antworteten 31 Jugendverbände, darunter 25 Mitglieder der SAJV.²¹² Die grosse Beteiligung der Jugendverbände ist auch damit zu erklären, dass die SAJV bei den Mitgliedsorganisationen eine interne Vernehmlassung zum Bericht durchgeführt hatte und der Bericht an der Delegiertenversammlung und der Leiterkonferenz 1974 eingehend diskutiert worden war.²¹³ Weiter sandten interessierte Kreise wie der Schweizerische Katholische Frauenbund, der Eidgenössische Verband Pro Familia, der Verband Schweizerische Schulpsychologen und Erziehungsberater und die Konferenz Schweizerischer Lehrerverorganisationen ihre Stellungnahmen an das EDI.

²¹¹ EDI, Zusammenfassung des Ergebnisses des Vernehmlassungsverfahrens, BAR, E3001B#1980/53#518*.

²¹² Nicht geantwortet haben folgende Kantone: Bern, Uri, Nidwalden, Zug, Solothurn, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhodon, Graubünden, Thurgau. Keine Antwort ging zudem von der SP Schweiz und der Partei der Arbeit (PdA) ein. Wieso sich diese Kantone und Parteien nicht an der Vernehmlassung beteiligten, kann anhand des Archivmaterials nicht beantwortet werden. Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 5 f., BAR, E3802#1983/111#250*.

²¹³ Rundschreiben der SAJV vom 25. 10. 1973, BAR, E3001B#1982/40#271*.

Der Bericht sei als «nützlicher und wertvoller Beitrag zu einer vertieften Diskussion über die Situation der Jugend in unserer Gesellschaft» gelobt worden, fasste das EDI die Antworten aus der Vernehmlassung für den Bundesrat zusammen. Tatsächlich hatten einige Institutionen die Analyse des «Jugendproblems» als treffend und gelungen beurteilt.²¹⁴ Insgesamt überwogen jedoch diejenigen Stimmen, die sich negativ äusserten. Heftige Kritik zogen die Schlussfolgerungen der Studiengruppe des EDI auf sich: Von allen Seiten wurde deren Gültigkeit angezweifelt und es wurde festgestellt, dass das präsentierte Jugendbild verzerrt und unpräzise sei, da die Verfasser eine Minderheit protestierender Jugendlicher zu stark in den Vordergrund gerückt hätten. Dieser Meinung waren etwa die Wirtschaftsverbände, verschiedene Parteien wie die SVP, die CVP und die Liberaldemokratische Union,²¹⁵ die meisten Kantone und auch die Jugendverbände.²¹⁶ Der Schweizerische Pfadfinderbund beurteilte die Ausführungen des Jugendberichts beispielsweise als «starke[] Ueuerbewertung der extremistischen Formen von Jugendgruppen»²¹⁷ und machte darauf aufmerksam, dass ein Grossteil der Jugendlichen gar nicht thematisiert worden sei. Insbesondere die Probleme weiblicher und ausländischer Jugendlicher sowie der Jugendlichen vom Land seien vernachlässigt worden.²¹⁸ Auch ländlich geprägte Kantone wie das Wallis sahen sich von den in der Studie beschriebenen Problemen kaum angesprochen, da diese sich ausschliesslich auf vorstädtische und städtische Jugendliche beziehen würden.²¹⁹

214 Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 7 f. BAR, E3802#1983/111#250*. Der Kanton Wallis würdigte den ersten Teil beispielsweise als «utile et intéressant». Stellungnahme Regierungsrat Kanton Wallis zum Bericht Studiengruppe des EDI, 27. 2. 1974, S. 2, BAR, E3001B#1980/53#518*. Als treffende Beschreibung des Jugendproblems beurteilte auch der Kanton St. Gallen den Bericht. Stellungnahme Landammann und Regierungsrat Kanton St. Gallen zum Bericht Studiengruppe des EDI, 10. 4. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Positiv äusserten sich weiter der Christlichnationale und der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Stellungnahme Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974 und Stellungnahme Schweizerischer Gewerkschaftsbund zum Bericht Studiengruppe des EDI, 25. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*.

215 Die Liberale Partei (LP) nannte sich 1961–1977 Liberaldemokratische Union.

216 Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 10, BAR, E3802#1983/111#250*; Stellungnahme Schweizerischer Gewerbeverband zum Bericht Studiengruppe des EDI, 19. 3. 1974, S. 1; Stellungnahme SVP zum Bericht Studiengruppe des EDI, 1. 2. 1974; Stellungnahme CVP Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI, 21. 2. 1974; Stellungnahme Liberal-Demokratische Union der Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI: «La brochure [...] va présenter comme généraux des problèmes relatifs à certains jeunes seulement.» Alle in BAR, E3001B#1980/53#518*.

217 Stellungnahme des Schweizerischen Pfadfinderbund, zitiert in Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 10, BAR, E3802#1983/111#250*.

218 Stellungnahme der Delegiertenversammlung der SAJV zum Bericht Studiengruppe des EDI, 24. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#520*; Dokument zur Schweizerischen Leiterkonferenz der SAJV 22./23. 3. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#126*; Stellungnahme der Teilnehmer der «Boldern-Tagung», 11./12. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#520*.

219 Stellungnahme Regierungsrat Kanton Wallis zum Bericht Studiengruppe des EDI, 27. 2. 1974, S. 2, BAR, E3001B#1980/53#518*.

Damit wurde eine Kritik wieder aufgenommen, die schon an der Studie *Jugend und Gesellschaft*, auf welcher der Bericht der Studiengruppe des EDI basierte, geäußert worden war. Bereits damals wurde beanstandet, dass die Autoren nur «gewisse Schichten eines bestimmten Milieus»²²⁰ berücksichtigt hätten, womit vor allem männliche Studenten aus urbanen Gebieten gemeint waren. Zusätzlich wurde damals moniert, dass die Deutschschweizer Verhältnisse von den Genfer Soziologen vernachlässigt worden seien. Sehr ähnlich lautete übrigens die Kritik an der Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend*: Auch hier wurde bemängelt, dass nur nach den «Abweichenden» gefragt worden sei.²²¹

Theodor Gut, Vorsitzender der Studiengruppe des EDI, machte Bundesrat Tschudi in einem Brief auf solche Vorwürfe aufmerksam. Im Gespräch mit Freunden seiner Söhne – «alles Studenten, Sportler und Offiziere» – sei ihm aufgefallen, dass die Arbeit der Studiengruppe kaum ernst genommen werde. Seine jungen Gesprächspartner hätten das «Gefühl, dass wir um eine kleine Minderheit herum eine Politik entwerfen und Dinge zu Problemen machen, die gar keine seien».²²² Neben dem Vorwurf, dass eine Minderheit zu stark im Fokus stehe, verwies Gut hier auch auf grundsätzliche Zweifel an den Problemdiagnosen und den jugendpolitischen Vorschlägen. Wegen des verengten Blicks auf eine Minderheit, so viele Kritiker, ziehe die Studiengruppe nämlich falsche Schlüsse über die Schweizer Jugend. Da sich der Bericht an einer Minderheit abarbeite, zeichne er ein «allzu düsteres»²²³ Bild der Jugendlichen. Der Schweizerische Gewerbeverband bezeichnete den Bericht beispielsweise als «viel zu einseitig, zu pessimistisch».²²⁴ Er widersprach der Ansicht, dass die Jugend von einer Krise bedroht sei, wie es der Bericht suggeriere. Die Verfasser hätten ignoriert, dass der grösste Teil der Jugendlichen durchaus ins Gesellschaftssystem integriert sei, dieses zwar kritisiere, jedoch ohne alles infrage zu stellen. Sehr ähnlich bemängelten die Arbeitgeberorganisationen, dass der Bericht von einem «Krankheitsbild» ausgehe und sich an einer «Notsituation» orientiere. Er hinterlasse den Eindruck, «dass die gesamte Jugend nicht mehr in die Gesellschaft integriert sei, dass sich eine Kluft zwischen den Generationen und Altersgruppen durchs ganze Land hindurch aufgetan habe», schrieb die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* und präzisierte, dass dies «keinesfalls den

220 Dokument zur Schweizerischen Leiterkonferenz der SAJV 22./23. 3. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#126*. Kritik am Fehlen der weiblichen Jugend wurde auch formuliert in: Protokoll Sitzung NSUK, Sektion Jugend, 27. 2. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

221 Protokoll Sitzung der Subkommission der Externen SKJ, 19. 3. 1974, S. 1, StArZH, V.B.a.39.

222 Brief von Gut, Theodor an Bundesrat Tschudi, 25. 7. 1973, S. 1, BAR, E3001B#1980/53#517*.

223 Stellungnahme Landammann und Regierungsrat Kanton St. Gallen zum Bericht Studiengruppe des EDI, 10. 4. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Sehr ähnlich die Stellungnahme des Schweizerischen Gewerbeverbands zum Bericht Studiengruppe des EDI, 19. 3. 1974, S. 2, BAR, E3001B#1980/53#518*. Vgl. auch die SVP: Pressemitteilung zur Stellungnahme SVP zum Bericht Studiengruppe des EDI, 25. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#519*.

224 Stellungnahme Schweizerischer Gewerbeverband zum Bericht Studiengruppe des EDI, 19. 3. 1974, S. 1, BAR, E3001B#1980/53#518*.

Tatsachen» entspreche.²²⁵ Aufseiten der Wirtschaftsvertreter beurteilte man die Schlussfolgerungen des Berichts deshalb als «Aufbauschung des Jugendproblems».²²⁶

In der Zurückweisung der von einer alarmistischen Rhetorik geprägten Studienergebnisse zeigte sich ein breiter Konsens, der nicht nur entlang politisch-ideologischer Grenzen verlief. Auch die SP des Kantons Zürich war der Meinung, dass die Studiengruppe des EDI der «nichtangepassten Jugend» zu viel Platz beigemessen habe. Sie wies die Vorstellung, die gesamte Jugend «biete in ungewöhnlichem Ausmass Probleme und kranke an Beziehungsschwierigkeiten»,²²⁷ als falsch zurück. Und der sozialliberale LdU warnte davor, das «Verhältnis zu Jugend zu dramatisieren».²²⁸

Die als einseitig beurteilten Schlussfolgerungen wurden bisweilen damit erklärt, dass die Jugendlichen gar nicht angehört worden seien und dass das von der Studiengruppe des EDI gezeichnete Jugendbild folglich eine ausschliessliche Aussensicht der Erwachsenen sei.²²⁹ Diese Kritik ertönte auch in der Studiengruppe selbst. Deren jüngstes Mitglied, Peter Holenstein, verglich den Bericht mit einer «unbefleckten Empfängnis», da Jugend als der «wichtigste Partner zur Zeugung» gefehlt habe.²³⁰ Die Herausgeber der Jugendzeitschrift *glungge* verpackten ihre Kritik an der fehlenden Mitarbeit der Jugendlichen in ein ironisches Fragespiel. Sie fragten ihre Leser, wie viele der 44 von der Studiengruppe angehörten Personen Jugendliche gewesen seien. Die richtige Antwort (acht Jugendliche) kommentierten sie als «eigentlich sehr verwunderlich bei einem Bericht bei dem es um die jungen geht ...».²³¹

225 Hug, K. Fragen einer Schweizerischen Jugendpolitik. In: SAZ, Nr. 11, 14. 3. 1974, S. 183. Ebenfalls zitiert in Schweizerischer Arbeitgeberverband. In: Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 9, BAR, E3802#1983/111#250*. Stellungnahme Zentralverband schweiz. Arbeitgeber-Organisationen zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#519*. Die Zürcher Handelskammer kritisierte, dass der Bericht ein verzerrtes Bild zeige und die Motivation, die Jugend zu erforschen, dem «Interessendenken jener [entspringt], die sich davon zusätzliche Beschäftigung und Bedeutung für ihren Berufsstand erhoffen». Brief von Zürcher Handelskammer an Schweiz. Handels- und Industrie-Verein, 8. 1. 1974, S. 3, 5, StArZH, V.B.a.39.

226 Neuenburger Handelskammer. In: Stellungnahme Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, S. 6, BAR, E3001B#1980/53#518*.

227 Stellungnahme SP Kanton Zürich zum Bericht Studiengruppe des EDI, 16. 4. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Der Vorbehalt, dass die Situation der Jugend zu pathologisch beschrieben werde, war bereits gegenüber *Jugend und Gesellschaft* geäußert worden. Vgl. etwa Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 16. 12. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#21*.

228 Stellungnahme LdU zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, S. 1, BAR, E3001B#1980/53#518*.

229 Stöckling, Peter. «Gesellschaftsproblematik». In: TA, Nr. 223, 26. 9. 1973, S. 51. Kritik an der mangelnden Beteiligung Jugendlicher kam auch vom Kanton St. Gallen. Stellungnahme Landammann und Regierungsrat Kanton St. Gallen zum Bericht Studiengruppe des EDI, 10. 4. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*.

230 Holenstein, Peter. Jugendpolitik – Politik ohne Jugend? In: Die Weltwoche, Nr. 42, 17. 10. 1973, S. 51. Diese Zitate auch in o. A. Übungsobjekt Jugend. In: *glungge*, Nr. 7, März/April 1974, S. 8.

231 Ohne Autor. Übungsobjekt Jugend. In: *glungge*, Nr. 7, März/April 1974, S. 9 (Kleinschrei-

Namentlich die Medien gingen mit dem Bericht der Studiengruppe des EDI hart ins Gericht. Neben wenigen Artikeln, die den Jugendbericht lobten und ihn, wie hier die *Neue Zürcher Zeitung*, als «ausgezeichnete, knappe und doch differenzierte Darstellung der Situation der Jugendlichen in unserer Gesellschaft»²³² beschrieben, äusserten sich die meisten Medien unabhängig von ihrer politisch-ideologischen Ausrichtung überaus skeptisch, vielfach ironisch und abschätzig.²³³ Das katholisch-konservative Luzerner *Vaterland* schrieb zum Beispiel, dass der Bericht «da und dort grosses Lachen ausgelöst» habe.²³⁴ Das *St. Galler Tagblatt* bezeichnete insbesondere den Vorschlag eines Jugenddelegierten als «an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbietenden Vorschlag» und sprach abwertend vom «Volkstribun der Jugend» und vom «Jugendvogt».²³⁵ Und das *Zuger Tagblatt* hinterfragte den Vorschlag mit dem ironischen Gegenvorschlag, einen Delegierten für «Katzen-Vogelschutz», für «Haar- und Bartmode» und für «falsche Wetterprognose» zu ernennen, womit unterschwellig auch die Relevanz einer Jugendpolitik allgemein infrage gestellt wurde.²³⁶

Kritik an den jugendpolitischen Vorschlägen

Auch die jugendpolitischen Vorschläge der Studiengruppe des EDI wurden flächendeckend kritisiert. Stärker als in der Beurteilung des Jugendbilds der Studiengruppe kamen hier parteipolitische Unterschiede sowie föderalistische Bedenken und spezifische Eigeninteressen zum Vorschein.

Da Jugend aus dem verzerrten Blickwinkel einer «Krise der Jugend» betrachtet werde, so lautete eine Argumentation, seien auch die darauf basieren-

bung im Original). Vgl. auch Fatzer, Fredy. Jugend und Politik. In: Jugend Woche, 1. 1. 1974, S. 6.

232 K. M. Jugend – abseits der Gesellschaft. In: NZZ, Nr. 429, 16. 9. 1973, S. 33. Vgl. Bapst, Claudius. Der Bericht zur Jugendpolitik wird zu Unrecht völlig zerpfückt. Den «Retter-Staat» gibt es auch für Junge nicht. In: LNN, Nr. 51, 2. 3. 1974. Sehr ähnlich Bapst, Claudius. Jugendpolitik: Politik für die Jugend. In: Basler Nachrichten, Nr. 46, 23. 2. 1974. Beispiele für Artikel, die primär den Inhalt wiedergaben und nicht direkt Stellung bezogen: Gerber, Rudolf. Jugendpolitik im Interesse der Gesellschaft. In: Der Landbote, Nr. 209, 11. 9. 1973, S. 5. Zy. Jugendgerechte Gesamtpolitik. In: NZZ, Nr. 421, 11. 9. 1973; Müller, Fred. Gute Diagnose – untaugliche Therapie. In: National-Zeitung, Nr. 333, 25. 10. 1973, S. 5.

233 Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 7, BAR, E3802#1983/1111#250*. Vgl. etwa Bernard, Jacques. Un délégué pour rien? In: Tribune de Genève, 11. 9. 1973, S. 3; o. A. Jugendpolitik: ungenügend. In: Ostschweiz, 14. 9. 1973; Haury, Jacques-André. De la mode des droits au mythe des fossés. In: Gazette de Lausanne, Nr. 5, 8. 1. 1974, S. 3.

234 Hersche, Otmar. Verlegenheit mit der Jugend. In: Vaterland, Nr. 255, 3. 11. 1973. Sehr ironisch berichteten Bernard, Jacques. Un délégué pour rien? In: Le Matin, Nr. 254, 11. 9. 1973, S. 3; Barras, Pierre. Recours au Jugendleiter? In: La Liberté, Nr. 284, 11. 9. 1973, S. 1.

235 Böckli, Hans Rudolf. Das Alibi der Ratlosigkeit. In: St. Galler Tagblatt, Nr. 212, 11. 9. 1973. «Jugendvogt» bezog sich auf die sogenannte Schulvogtabstimmung, die Volksabstimmung 1882 über einen eidgenössischen Schulsekretär. Als am 4. 3. 1973 über die Revision des Schulartikels (Art. 27 BV) abgestimmt wurde, war das Thema wieder auf der politischen Agenda.

236 Zitiert in Bapst, Claudius. Jugendpolitik: Politik für die Jugend. In: Basler Nachrichten, Nr. 46, 23. 2. 1974.

den Vorschläge für eine Jugendpolitik zu einseitig und deswegen unbrauchbar.²³⁷ Die SVP war beispielsweise der Ansicht, dass die im Bericht präsentierte Jugendpolitik auf einer falschen Ausgangslage basiere und sich an einer «verschwindend kleinen Minderheit»²³⁸ ausrichte. Sie störte sich vor allem an den partizipativen Ansätzen und an einer staatlich koordinierten Jugendpolitik. Die damals noch konservative Mitte-rechts-Partei, deren programmatische Hauptlinien in den 1970er-Jahren nahe bei den bürgerlichen Parteien CVP und FDP lagen, sah den Staat höchstens als Förderer einer Jugendpolitik. Sie schlug deshalb die finanzielle Unterstützung der bestehenden Jugendverbände als beste Möglichkeit einer Jugendpolitik vor.²³⁹ Wie die SVP lehnten auch weitere bürgerliche Parteien ein jugendpolitisches Engagement des Bundes ab. Für die CVP hatte Jugendpolitik im Sinne einer christlichen Sozialpolitik in erster Linie Familienpolitik oder Bildungspolitik zu sein. Die CVP vertrat eine subsidiäre Gesellschaftsordnung, die auf den Familien und Berufsständen basierte. Diese Netzwerke sollten durch Selbsthilfe soziale Sicherheit gewähren. Der Staat hingegen sollte nur dann eingreifen, wenn die Selbsthilfe offenkundig versagte.²⁴⁰ Die Familie galt als Kern der christlich-abendländischen Gesellschaft und eine «gesunde Familienatmosphäre» war aus dieser Sicht der beste Schutz gegen den «Ansturm der Umwelteinflüsse»²⁴¹ auf Jugendliche. Die CVP kritisierte dementsprechend die aus ihrer Sicht zentralistischen Vorschläge des Berichts und monierte, dass die Themen «Schule» und «Familie» kaum vorkämen. Aus diesem konservativen Föderalismus- und Subsidiaritätsverständnis heraus sollten die Jugendprobleme nämlich zuerst in der Familie, von der Schule, der Kirche und in den Jugendverbänden gelöst werden.²⁴² Die Aufgabe des Staates liege nicht in einer zusätzlichen Institutionalisierung auf der Ebene des Bundes, sondern darin, «Hilfe zur Selbsthilfe» zu leisten und die Jugendverbände zum Beispiel bei der Ausbildung von Jugendleiterinnen und -leitern finanziell zu unterstützen.²⁴³ Im Luzerner *Vaterland*, Sprachrohr der Zentralschweizer CVP, wurde deshalb zuerst der Ausbau der Familienpolitik gefordert. Redaktor Hans von Segesser, der für die CVP im Luzerner Kantonsparlament sass,

237 Hug, K. Fragen einer Schweizerischen Jugendpolitik. In: SAZ, Nr. 11, 14. 3. 1974, S. 183; Stellungnahme Schweizerischer Gewerbeverband zum Bericht Studiengruppe des EDI, 19. 3. 1974, S. 2, BAR, E3001B#1980/53#518*.

238 Stellungnahme SVP zum Bericht Studiengruppe des EDI, 21. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*.

239 Pressemitteilung zur Stellungnahme SVP zum Bericht Studiengruppe des EDI, 25. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#519*; Stellungnahme SVP zum Bericht Studiengruppe des EDI, 21. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Zur Ausrichtung der SVP: Skenderovic 2012, S. 324 f. Zum Mittekurs der SVP in den 1970er-Jahren: Tanner 2015, S. 432.

240 Kunz 1998, S. 29.

241 Reinprecht, Hansheinz. Macht euch keine Sorgen, liebe Eltern! In: Der Sonntag, Nr. 43, 26. 9. 1971, S. 30.

242 Vgl. hierzu auch Böckli, Hans Rudolf. Das Alibi der Ratlosigkeit. In: St. Galler Tagblatt, Nr. 212, 11. 9. 1973.

243 Stellungnahme CVP Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, S. 12, BAR, E3001B#1980/53#518*.

verwies darauf, dass «überall dort, wo die Familien intakt sind, die Jugendprobleme längst nicht in jenem Masse vorhanden sind wie dort, wo die Zellen des Staates angeschlagen sind». Eine isolierte Jugendpolitik beurteilte er deshalb als unsinnig. Es müsse von der Familienpolitik ausgegangen werden, «um im Staat Ordnung zu haben».²⁴⁴

Die FDP hingegen taxierte den Bericht und die angedachte eidgenössische Jugendpolitik insgesamt positiv. Dies erstaunt auf den ersten Blick bei einer Partei, die als Garantin persönlicher Freiheiten und einer liberalen Wirtschaftsordnung die Eindämmung staatlicher Eingriffe zu ihrem Programm gemacht hat. In ihrer Stellungnahme zum Bericht des Bundes erachtete sie es als «richtig und notwendig», dass sich der Bund mit den «Problemen der heutigen Jugend» befasste. Sie bewertete den Bericht insgesamt als «hervorragende Skizze der schweizerischen Jugendproblematik» und ging mit der Studiengruppe des EDI einig, dass sich in den vergangenen Jahren «immer grössere Teile der schweizerischen Jugend vom gesellschaftlichen System entfremdet [haben], um in unzufriedene Randgruppen zu gelangen und irrationalen Ideologien zu verfallen».²⁴⁵ Auch in der *Neuen Zürcher Zeitung*, die der FDP nahestand, wurde der Diagnose einer isolierten jugendlichen Teilkultur mehrheitlich zugestimmt und die Institutionalisierung einer Jugendpolitik auf Bundesebene mit einem Delegierten deshalb als sinnvoll erachtet.²⁴⁶ Eine Erklärung für diese wohlwollende Beurteilung könnte darin liegen, dass Theodor Gut der Vorsitzende der Studiengruppe des EDI war. Der Chefredaktor und Verleger der *Zürichsee-Zeitung* stammte aus einer Familie bekannter Zürcher Freisinniger und war selbst ein anerkannter FDP-Politiker. Von 1963 bis 1971 politisierte er im Kantonsrat und von 1967 bis 1979 im Nationalrat.²⁴⁷

Der stärkste Widerstand gegenüber einer Jugendpolitik auf Bundesebene kam von den Kantonen, allen voran von denjenigen aus der Westschweiz.²⁴⁸ Dahinter standen föderalistische Bedenken gegen einen zentralistischen Zugriff des Bundes auf die junge Generation. Bereits in der Erarbeitungsphase des Berichts hatten vor

²⁴⁴ Segesser, Hans von. Volksfamilie. In: Vaterland, Nr. 71, 26. 3. 1974, S. 1. Von Segesser war Redaktor des *Vaterlands* und der *Luzerner Neuesten Nachrichten* und sass 1971–1991 im Kantonsparlament Luzern. Die Junge CVP Schweiz war im Gegensatz zu ihrer Mutterpartei der von der Studiengruppe des EDI präsentierten Jugendpolitik und der Ernennung eines Delegierten nicht abgeneigt. Stellungnahme Junge CVP Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI, 1. 2. 1974, S. 3 f., BAR, E3001B#1980/53#519*.

²⁴⁵ Stellungnahme FDP Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI, 20. 6. 1974, S. 12, BAR, E3001B#1980/53#518*.

²⁴⁶ fk. Brauchen wir eine Jugendpolitik? In: NZZ, Nr. 553, 26. 11. 1972, S. 35; K. M. Jugend – abseits der Gesellschaft. In: NZZ, Nr. 429, 16. 9. 1973; Hier wurde der Vorschlag eines Delegierten nicht mehr vollständig befürwortet.

²⁴⁷ Bürgi 2006, S. 828.

²⁴⁸ Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 12, BAR, E3802#1983/111#250*. Vgl. Stellungnahme des Regierungsrats des Kantons Neuenburg zum Bericht Studiengruppe des EDI, 26. 3. 1974, sowie Kanton Waadt, 18. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*; Steinmann, Beatrice. Ansätze zu einer schweizerischen Jugendpolitik. In: LNN, Nr. 84, 9. 4. 1976.

allem Westschweizer Politiker Befürchtungen vor einer «Staatsjugend»²⁴⁹ geäußert und eine eidgenössische Jugendpolitik mit dem Argument verworfen, dass sich Jugendliche in der Schweiz je nach Region stark unterscheiden würden: Die urbane Genfer Jugend sei nicht mit derjenigen im ländlichen Appenzell vergleichbar.²⁵⁰

Befürwortet wurde eine eidgenössische Jugendpolitik hingegen vor allem von linken Kreisen, die sich traditionellerweise für einen starken Staat einsetzten. Sie erachteten die Vorschläge der Studiengruppe des EDI jedoch als zu wenig weitreichend.²⁵¹ Die SP des Kantons Zürich forderte beispielsweise, dass in der neuen Jugendpolitik die Partizipation Jugendlicher noch mehr Bedeutung erlangen müsse, da die traditionelle «Politik für die Jugend» ungenügend und unzeitgemäss sei.²⁵² Weiter forderte die SP auf der Linie ihres Parteiprogramms, dass die Jugendpolitik Chancengleichheit, insbesondere im Hinblick auf die Ausbildung der Jugendlichen, besser gewähren müsse. Sie vermisste zudem die Schichtzugehörigkeit als stärkere Analysekategorie. Sie sei wichtig, weil Jugendliche aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten sich in ihren Bedürfnissen, Interessen und Verhaltensweisen unterscheiden würden.²⁵³

Auch die Jugendverbände befürworteten ein grösseres jugendpolitisches Engagement des Bundes, wie sie es schon länger gefordert hatten. Sie artikulierten jedoch Kritik daran, dass die Vorschläge des Berichts zu sehr «im Pragmatischen stecken»²⁵⁴ blieben.²⁵⁵ Wie die SP des Kantons Zürich waren die Jugendverbände der Meinung, dass die Partizipation in der von der Studiengruppe des EDI konzipierten Jugendpolitik zu kurz komme. Die Jugendverbände gaben deshalb anstelle des Delegierten einer eidgenössischen Kommission für Jugendfragen mit ähnlichen Kompetenzen, wie sie für den Delegierten vorgesehen waren, den Vorrang. Sie sahen mit einer Kommission das Konzept der Partizipation besser umgesetzt. Weiter erhofften sie sich davon mehr Mitwirkungsmöglichkeiten und mehr Einfluss. In dieser Kommission, so ihr Vorschlag, sollten nämlich zu einem Grossteil Jugendliche und Personen aus den Jugendverbänden Einsitz haben. Als ein geeignetes Mittel, um die gesellschaftliche und politische Mitbestimmung der

249 Vgl. hierzu Stolz, Max. Jugendpolitik als Leerformel? In: Gesellschaft. Bulletin des Schweizerischen Beratungsdienstes Jugend und Gesellschaft, Luzern, Januar 1974.

250 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Politikern, 23. 8. 1972, S. 16, BAR, E3001B#1982/40#271*; Schoch, Jürg. Sache der Kantone. In: National-Zeitung, Nr. 112, 9. 4. 1976, S. 5.

251 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Vertretern der Jugendverbände, 21. 8. 1972, S. 2 f., BAR, E3001B#1982/40#271*.

252 Stellungnahme SP Kanton Zürich zum Bericht Studiengruppe des EDI, 16. 4. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*.

253 Ebd.

254 Stellungnahme der Delegiertenversammlung der SAJV zum Bericht Studiengruppe des EDI, 24. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#520*.

255 Rundschreiben der SAJV vom 25. 10. 1973, BAR, E3001B#1982/40#271*. Auch auf der Boldern-Tagung wurde von Jugendorganisationen, Wissenschaftlern und Jugendlichen vermehrte Mitbestimmung und Mitverantwortung Jugendlicher befürwortet sowie die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters und ein Bildungsurlaub gefordert. Stellungnahme der Teilnehmer der Boldern-Tagung, 11./12. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#520*.

Jugendlichen zu ermöglichen und demokratische Verhaltensweisen einzuüben, schlugen sie die Herabsetzung von Stimm-, Wahl- und Mündigkeitsalter vor.²⁵⁶ Wie die SAJV erachtete auch die Pro Juventute die Förderung der politischen Willensbildung und die Herabsetzung des Stimmrechtsalters als wichtig. Sie interpretierte Jugendpolitik allerdings primär in der Traditionslinie einer defizit- und schutzorientierten Jugendhilfe, die sie selbst praktizierte: Unterstützung der Familien bei der Erziehung und Schutz Jugendlicher gegen Umweltgefährdungen oder Medieneinwirkungen. Anstelle eines Delegierten forderte sie eine beim EDI angesiedelte Expertengruppe für Jugend- und Familienfragen zur Koordination der Jugendpolitik. Sie sollte später durch eine ständige eidgenössische Kommission für Jugend- und Familienfragen ersetzt werden.²⁵⁷ Mit ihrer Kritik am Vorschlag eines Delegierten waren die Pro Juventute und die Jugendverbände nicht allein. Etwa die Hälfte der angehörten Organisationen und Institutionen lehnten einen Jugenddelegierten ab.²⁵⁸ Dazu gehörten die meisten Kantone und Parteien, die Wirtschaftsverbände sowie andere Verbände wie etwa der Schweizerische Katholische Frauenbund.²⁵⁹ Die Kritik an einem Delegierten wurde erstens damit begründet, dass die Ernennung einer Persönlichkeit, zu der sowohl die Jugendlichen wie auch die restliche Bevölkerung Vertrauen fassen müssten, unmöglich sei. Zweitens wurde befürchtet, dass ein solcher Delegierter leicht zum «Spielball von Parteien und Interessen» werden und zu viel politische Macht auf sich vereinen könnte.²⁶⁰ Drittens kreisten die Argumente gegen den Delegierten

256 Rundschreiben der SAJV vom 25. 10. 1973, BAR, E3001B#1982/40#271*; Stellungnahme der Delegiertenversammlung der SAJV zum Bericht Studiengruppe des EDI, 24. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#520*. Die SP des Kantons Zürich sprach sich für einen Delegierten in Kombination mit einer Kommission aus. Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 12 f., BAR, E3802#1983/111#250*. Vgl. auch Stellungnahme Regierungsrat Kanton Zürich zum Bericht Studiengruppe des EDI, 6. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Zur Presseberichterstattung zur Stellungnahme der Jugendverbände Stamm, Hugo. SAJV: «Politisches Handeln ist notwendig». In: TA, Nr. 281, 1. 12. 1976, S. 49; pgp. Gute Aufnahme des Berichts zur Jugendpolitik in den Jugendorganisationen. In: NZZ, Nr. 142, 26. 3. 1974, S. 22.

257 Pressedienst Pro Juventute. Pressemitteilung «Stellungnahme Pro Juventute zum Bericht Studiengruppe des EDI», Mai 1974, BAR, E3001B#1980/53#520*. Die Pro Juventute widmete der Jugendpolitik 1975 eine ganze Ausgabe ihrer Zeitschrift: Pro Juventute, Nr. 7–9 (1975).

258 39 sprachen sich für einen Delegierten aus, 14 davon allerdings mit Vorbehalten, 36 sprachen sich dagegen aus. Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 12 f., BAR, E3802#1983/111#250*.

259 Dagegen waren die Kantone Zürich, Tessin, Neuenburg, Genf und Luzern sowie die SVP, die CVP, der LdU und teilweise die FDP. Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 12 f., BAR, E3802#1983/111#250*. Der katholische Frauenbund sprach sich für eine Kommission aus. Stellungnahme Schweizerischer katholischer Frauenbund zum Bericht Studiengruppe des EDI, 29. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Der Vorort erachtete die Schaffung einer solchen Funktion als «überflüssig und unerwünscht». Stellungnahme Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, S. 6, BAR, E3001B#1980/53#518*. Der SGV kommentierte den Vorschlag als «vollkommen untauglich». Stellungnahme Schweizerischer Gewerbeverband zum Bericht Studiengruppe des EDI, 19. 3. 1974, S. 1, BAR, E3001B#1980/53#518*.

260 Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 16, BAR,

um das Argument, dass damit dem «Jugendproblem» unverhältnismässig grosses Gewicht beigemessen und eine Bevölkerungsgruppe bevorzugt würde.²⁶¹ Der Arbeitgeberverband warnte, dass damit eine Klassenpolitik betrieben würde, die zu «gefährlicher Polarisierung» führe.²⁶² Es würde zudem ein Präzedenzfall geschaffen, der auch andere Bevölkerungsgruppen animieren könnte, einen Delegierten zu fordern. Tatsächlich hatten die Kantone wohl auch Angst, ihre Souveränität im Erziehungsbereich zu verlieren. Die Arbeitgeber und die bürgerlichen Parteien hingegen scheuten die durch einen Delegierten anfallenden Kosten.²⁶³ Anstelle des Delegierten sprachen sich verschiedene Kantone und Wirtschaftsverbände sowie die FDP sodann für den im Bericht als Alternative präsentierten Vorschlag einer Stelle für Jugendfragen im EDI aus.²⁶⁴ Befürwortet wurde der Jugenddelegierte hingegen vor allem von den Arbeitnehmerorganisationen, darunter vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, vom Christlichnationalen Gewerkschaftsbund der Schweiz, vom Landesverband freier Schweizer Arbeiter sowie vom Verband Schweizerischer Schulpsychologen und Erziehungsberater.²⁶⁵

Die restlichen Vorschläge des Berichts, wie etwa die beratende Kommission und die periodischen Berichte, erhielten insgesamt weniger Aufmerksamkeit.²⁶⁶ Einzig die von der Studiengruppe des EDI sehr allgemein geforderte Intensivierung der Jugendforschung stiess auf grösseres Interesse und ausser bei der SVP allenthalben auf Zustimmung. Der LdU erachtete eine verbesserte Jugendforschung gar als Voraussetzung für die Schaffung neuer Institutionen.

E3802#1983/111#250*; Gut, Theodor. Entwurf Zeitungsartikel «Antenne und Verstärker. Nach der Einsetzung einer Bundes-Jugendkommission», 13. 7. 1978, BAR, E3010A#1991/184#20*. Ebenso wurde die Befürchtung laut, dass er sich in Bildungsangelegenheiten einmischen könnte.

261 Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», 16. 3. 1976, S. 16, BAR, E3802#1983/111#250*; Stellungnahme Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*; Stellungnahme Regierungsrat Kanton Zürich zum Bericht Studiengruppe des EDI, 6. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*.

262 Hug, K. Fragen einer Schweizerischen Jugendpolitik. In: SAZ, Nr. 11, 14. 3. 1974, S. 183.

263 Zu den Gründen der Kritik am Jugenddelegierten vgl. auch Schudel 2006, S. 38.

264 Stellungnahme FDP Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI, 20. 6. 1974, S. 2 f., BAR, E3001B#1980/53#518*; Stellungnahme der Standeskommission des Kantons Appenzell Innerrhoden, 11. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Positiv wurde der Vorschlag eines Delegierten zum Beispiel in der NZZ beurteilt. jk. Brauchen wir eine Jugendpolitik? In: NZZ, Nr. 553, 26. 11. 1972.

265 Stellungnahme Vereinigung Schweizerischer Schulpsychologen und Erziehungsberater zum Bericht Studiengruppe des EDI, 30. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*; Stellungnahme Schweiz. Gewerkschaftsbund, Stellungnahme Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Auch die Mitarbeiter des Jugendamtes der Stadt Zürich und der Bezirksjugendsekretariate wollten einen Jugenddelegierten. Sie erhofften sich davon positive Auswirkungen auf ihre Arbeit. Stellungnahme Regierungsrat Kanton Zürich zum Bericht Studiengruppe des EDI, 6. 3. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*.

266 Die periodischen Jugendberichte wurden mehrheitlich abgelehnt. Bericht EDI an Bundesrat «Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens», S. 15, 26, 16. 3. 1976, BAR, E3802#1983/111#250*.

Eine Jugendpolitik sei müssig, solange die «Jugendproblematik» nicht besser erforscht sei.²⁶⁷

Insgesamt wurden also sowohl das Jugendbild der Studiengruppe des EDI als auch die jugendpolitischen Vorschläge in den Massenmedien und in der Vernehmlassung, unabhängig von der politischen Ausrichtung der Rezipienten, fast einhellig abgelehnt. Der Bericht wurde denn auch als «Alibi-Übung» und die darin konzipierte Jugendpolitik als «Leerformel»²⁶⁸ bezeichnet. Auch hier können nochmals deutliche Ähnlichkeiten mit der Beurteilung der Studie *Jugend und Gesellschaft* festgestellt werden. Ihren Autoren wurde vorgeworfen, mit ihrer theorielastigen Publikation weder neue Erkenntnisse geliefert noch den Jugendlichen einen Dienst erwiesen zu haben.²⁶⁹ Die damals für linke und non-konformistische Positionen bekannte *Weltwoche*²⁷⁰ kommentierte im April 1971 die Studie *Jugend und Gesellschaft*: «Der grosse Wurf ist gelungen. Dank eidgenössischen Subventionen. Die Wahrheit über die Jugend. Dem Establishment abgerungen. Von den progressiven Kräften ertrotzt. [...] Das wär's. Aufregend? Nein. Jetzt ist es draussen. Repression widerlegt. Und sonst? Die Jugend ernst nehmen, statt Theorien über sie.»²⁷¹

Ähnlich hielt eine Journalistin der *Tagwacht* fest, dass die Autoren von *Jugend und Gesellschaft* kaum mehr geleistet hätten als «unheimliche Geistesbewegungen», wie beispielsweise die «Kontestation» mit einem «lateinischen Namen» zu klassieren.²⁷² In antiintellektueller Art wurde unterschwellig auch hier der Vorwurf laut, dass der Ertrag der theoretischen Studien äusserst mager und praktisch nicht verwertbar sei.²⁷³

Der Bericht der Studiengruppe des EDI wurde bisweilen denn auch als Vorwand dargestellt, um den «helvetischen Immobilismus» und die Ratlosigkeit der Behörden angesichts der «Jugendprobleme» zu verdecken. Mit symbolischen Massnahmen würden die erhitzten Gemüter beruhigt und die aufmüpfigen Ju-

267 Stellungnahme LdU zum Bericht Studiengruppe des EDI, 28. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*. Vgl. auch den Kommentar in der *Tat*, die das Sprachrohr des LdU war. Hollstein, Walter. Welche Jugend in welcher Gesellschaft? Zum Bericht der EDI-Studiengruppe über eine schweizerische Jugendpolitik. In: Die Tat, Nr. 91, 19. 4. 1974, S. 3.

268 Stolz, Max. Jugendpolitik als Leerformel? In: Gesellschaft. Bulletin des Schweizerischen Beratungsdienstes Jugend und Gesellschaft, [Luzern, Januar 1974]. Sehr ähnlich Ryniker, Jean. Intégrer la jeunesse dans la société. In: Tribune de Genève, 11. 9. 1973, S. 7; Hauser, Martin. Die Kunst des Unmöglichen. In: Die Weltwoche, Nr. 42, 17. 10. 1973, S. 51.

269 Vgl. hierzu auch Schwander, Marcel. Ein Bericht über die verworfene Jugend der Schweiz. In: TA, Nr. 31, 2. 8. 1969, S. 5. Vgl. Kapitel 4.3, wo gezeigt wurde, dass die Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend* als zu theoretisch und unverständlich kritisiert wurde.

270 Zur Geschichte und Ausrichtung der Weltwoche: Kreis 2014, S. 391.

271 U. K. Jugend-Theorie. In: Die Weltwoche, Nr. 15, 16. 4. 1971.

272 Renner, Margret. Zwischen zwei Zeiten gefallen. Zum Genfer Soziologenbericht über die Schweizer Jugend. In: Tagwacht, Nr. 74, 30. 3. 1971.

273 Vgl. hierzu auch die Kritik Alfred A. Häslers an der Studie *Jugend und Gesellschaft*. Sie sei am Reissbrett entstanden, es handle sich ausschliesslich um eine «Verarbeitung [...] vorhandener soziologischer Theorien». Häslers, Alfred A. Schweizer Jugend im Bunker. Wird die Jugend von der Gesellschaft in ein Bunkerdasein gedrängt? In: Die Tat, Nr. 55, 6. 3. 1971, S. 3.

gendlichen zum Schweigen gebracht.²⁷⁴ Die linkspolitische Lehrlings- und Schülerzeitung *glunqe* kritisierte die jugendpolitischen Vorschläge beispielsweise als reine «oberflächenkosmetik»: «man hat sorgen mit der jugend, statt aber die gesellschaft menschlicher zu gestalten, die jugend mitwirken zu lassen, will man die jugend verändern, so dass sie sich in diese gesellschaft integriert. man betreibt fürsorge für die jugend, anstatt sie zur autonomie zu führen, man stellt institutionen hin als alibi, um dahinter die ratlosigkeit zu verbergen.»²⁷⁵

Die in diesem Unterkapitel dargelegte breite und vernichtende Kritik am Bericht und seinen Schlussfolgerungen, die Skepsis gegenüber einer Jugendpolitik des Bundes an sich und die deutliche Ablehnung der zentralen Vorschläge, wie des Jugenddelegierten, waren mitverantwortlich dafür, dass von den Vorschlägen der Studiengruppe des EDI kaum etwas verwirklicht wurde.

5.4 «Von der Diagnose zur Therapie?»

Zögerliche Umsetzung jugendpolitischer Reformen

Im Juli 1973, kurz nachdem der Bericht der Studiengruppe des EDI fertig gestellt war, schrieb deren Präsident, Theodor Gut, an Bundesrat Hans-Peter Tschudi. Gut hielt fest, dass mit dem Bericht *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* der «Schritt von der Diagnose zur ganz konkreten Therapie versucht worden»²⁷⁶ sei. Er sprach damit den Anspruch der Studiengruppe an, dass ihr Bericht «zu konkreten Massnahmen»²⁷⁷ führe, und die Forderung des EDI, vor allem «praktische Ergebnisse» zu liefern.²⁷⁸

Wie bereits gezeigt wurde, strebten die Studiengruppe des EDI und die Verantwortlichen der Studie *Jugend und Gesellschaft* nicht nur auf institutioneller, sondern auch auf inhaltlicher Ebene einen Wandel im Politikfeld Jugend an. Sie wollten die defizit- und schutzorientierte Fürsorgepolitik, die vor allem dann intervenierte, wenn das «Wohl» der Jugendlichen gefährdet schien, mit partizipativen Politikvorstellungen ergänzen. Jugendliche sollten nicht mehr ausschliesslich

274 Vgl. hierzu Böckli, Hans Rudolf. Das Alibi der Ratlosigkeit. In: St. Galler Tagblatt, Nr. 212, 11. 9. 1973. Vgl. hierzu auch Stellungnahme Junge CVP Schweiz zum Bericht Studiengruppe des EDI, 1. 2. 1974, BAR, E3001B#1980/53#518*; Ryniker, Jean. Les jeunes Suisse auront-ils leur «ministre»? In: Tribune de Genève, 11. 9. 1973, S. 7.

275 Ohne Autor. Übungsobjekt Jugend. In: *glunqe*, Nr. 7, März/April 1974, S. 10 (Kleinschreibung im Original).

276 Brief von Gut, Theodor an Bundesrat Tschudi, 25. 7. 1973, S. 2, BAR, E3001B#1980/53#517*.

277 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 10.

278 Auch die NSUK forderte immer wieder praktische Vorschläge und Massnahmen. Protokoll NSUK, 27. 2. 1969, S. 3, BAR, E9500.1#1982/67#21*; Protokoll NSUK, Sektion Jugend, 28. 10. 1969, S. 2, BAR, E9500.1#1982/67#21*. Vgl. auch die Überlegungen zum Projektentwurf von Bassand/Crettaz: «La nécessité d'aboutir à un rapport permettant une réelle action». Dokument «Projet de recherche sur la jeunesse suisse et l'éducation extrascolaire», 18. 5. 1967, S. 2, BAR, E9500.1#1979/4#23*.

als schutzbedürftige und defizitäre Erziehungsobjekte gefasst werden, sondern sie sollten ein Recht auf Mitsprache und Mitbestimmung haben.

Zum Schluss von Kapitel 5 stellt sich die Frage, ob und inwiefern die Forderungen und Bestrebungen nach einer Jugendpolitik und die Ergebnisse der Studie *Jugend und Gesellschaft* und des Berichts der Studiengruppe des EDI das Politikfeld Jugend in institutioneller und inhaltlicher Hinsicht veränderten. Welche der Leitbegriffe und Empfehlungen wurden realisiert? Was blieb unerfüllt?

Der erste Abschnitt dieses Unterkapitels ist der Frage nach den institutionellen Veränderungen gewidmet. Ich werde zeigen, dass von den jugendpolitischen Vorschlägen der Studiengruppe des EDI kaum etwas umgesetzt wurde. Von einem Wandel von Staatlichkeit kann aber dennoch insofern gesprochen werden, als neu der Bund in diesem föderalistisch geprägten Politikfeld aktiv wurde. Sichtbar wurde dies unter anderem mit der Gründung der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen (EKJ) 1978. Allerdings, dies wird im zweiten Abschnitt deutlich, fand kein inhaltlicher Wandel statt. Die EKJ und die anderen neu geschaffenen staatlichen Institutionen und Instrumente blieben mehrheitlich einer traditionellen Jugendhilfepolitik verhaftet.²⁷⁹ Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis, die bereits in Kapitel 5.2 deutlich wurde, bestätigt sich auch in der Umsetzung jugendpolitischer Reformen. Im dritten Teil werfe ich einen kurzen Blick auf die anderen politischen Ebenen: Stießen die jugendpolitischen Diskussionen in den 1970er-Jahren dort Reformen an? Zeitigte zum Beispiel die Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend* politisch-institutionelle Folgen? Viertens frage ich nach den Gründen dafür, dass von den konzipierten jugendpolitischen Vorschlägen sowohl auf institutioneller wie auch auf inhaltlicher Ebene nur wenig umgesetzt wurde. Hier knüpfe ich nochmals an das bereits zuvor ausgeführte Argument an, dass die jugendpolitischen Reformdebatten Teil eines krisenhaften Lern- und Anpassungsprozesses waren, der in den 1970er-Jahren noch nicht abgeschlossen war.

Subventionen und eine Kommission für Jugendfragen auf Bundesebene

Rund ein Viertel des Berichts *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* war den «zu ergreifenden Massnahmen» auf Bundesebene gewidmet.²⁸⁰ Von diesen Empfehlungen für eine Jugendpolitik wurde allerdings kaum etwas umgesetzt. Eine Ausnahme war die Forderung, die Jugendverbände zu fördern und zu unterstützen, was in Form von Subventionen realisiert wurde. Bereits ab 1972 stellte der Bund für die ausserschulische Jugendarbeit einen Betrag von 330 000 Franken pro Jahr zur Verfügung. Dies war das erste Mal, dass die Jugendverbände vom Bund finanzielle Unterstützung erhielten. Auch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sprach 1972 und 1973 je einen Betrag von 65 000 Franken für die SAJV.²⁸¹ Diese Gelder waren die Folge

²⁷⁹ Vgl. hierzu Wettstein 1989, S. 86–90.

²⁸⁰ Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 60.

²⁸¹ Arbeitsgruppe Jugend 1973, S. 19.

der Eingabe der SAJV von 1970 an den Bundesrat und an die EDK um finanzielle Unterstützung.²⁸² Die Eingabe der SAJV war auch Anlass für die Gründung der Studiengruppe des EDI gewesen.²⁸³ Die Studiengruppe erarbeitete sodann Richtlinien und Kriterien über die Verwendung des Geldes. Die SAJV verteilte es nach bestimmten Kriterien an ihre Mitglieder.²⁸⁴ Sie verwendete die Bundesgelder primär für die Ausbildung der Leiterinnen und Leiter der Jugendverbände. Der «Kredit zur Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit» erhöhte sich in den folgenden Jahren stetig. 1980 wurde der Betrag auf 430 000, 1984 auf 650 000 Franken erhöht und 1986 betrug er bereits über eine Million. Heute machen die Bundessubventionen einen wichtigen Teil des Budgets der SAJV aus.²⁸⁵

Die weiteren Vorschläge der Studiengruppe des EDI, wie das Verfassen periodischer Jugendberichte an die Bundesversammlung oder die Förderung der Jugendforschung und der politischen Bildung, kamen hingegen nicht zur Umsetzung. Auch der Hauptvorschlag, die Ernennung eines Jugenddelegierten, wurde nicht realisiert, da er in der Vernehmlassung weitherum auf Kritik gestossen war. Zudem waren in der Vernehmlassung und in den Medien auch grundsätzliche Bedenken gegenüber einer Jugendpolitik des Bundes geäussert worden.²⁸⁶ Aus diesen Gründen hatte der Bundesrat im April 1976 das EDI damit beauftragt, Vorbereitungen zu treffen, um anstelle eines Delegierten eine ständige ausserparlamentarische Kommission für Jugendfragen mit der Jugendpolitik zu betrauen, die dem Departement selbst angegliedert sein sollte. Im Juni 1978 konstituierte der Nachfolger von Bundesrat Tschudi, Hans Hürlimann, die EKJ.

Einen Einfluss auf den Entschluss, eine ausserparlamentarische Kommission zu schaffen, scheint neben den kritischen Rückmeldungen zum Delegierten und der positiven Beurteilung einer Kommission durch die Jugendverbände auch die 1976 geschaffene Eidgenössische Kommission für Frauenfragen gehabt zu haben. Das EDI erachtete die Erfahrungen der Frauenkommission als gute Basis, um eine Jugendpolitik auf der Ebene des Bundes umzusetzen.²⁸⁷ Die Gründung der EKJ fügte sich somit in einen Trend der Zeit. In den 1960er- und 70er-Jahren verzeichnete das Kommissionswesen auf Bundesebene einen grossen Aufschwung.

282 Vgl. Kapitel 3.2.

283 Schlumpf, Viktor. Die Arbeit der eidgenössischen Studiengruppe. Auf der Suche nach einer Schweizer Jugendpolitik. In: TA, Nr. 78, 4. 4. 1972. Vgl. auch Schudel 2005, S. 44, Fussnote 227.

284 Hagmann, Luc. Jugendpolitik: Eine Alibiübung im Abseits? In: TA, Nr. 211, 12. 9. 1979. Vgl. auch Theodor Gut. Vom Protest zur Anpassung? In: SHZ, Nr. 25, 18. 6. 1976.

285 Schudel 2005, S. 44, Fussnote 227; Schudel 2006, S. 31.

286 H. R. Dörig, Amt für kulturelle Angelegenheiten, «Kommission für Jugendfragen, Bemerkungen zur Vorbereitungsarbeit», 11. 12. 1977, BAR, E3010A#1985/8#64*; EDI an den Bundesrat bezüglich Bestellung der EKJ, 11. 5. 1978, S. 2, BAR, E3802#1983/111#250*; Dokument des Bundesrats «Bestellung der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen», 5. 6. 1978, BAR, E7001C#1989/59#296*. Vgl. hierzu Kapitel 5.3.

287 H. R. Dörig, Amt für kulturelle Angelegenheiten, «Kommission für Jugendfragen, Bemerkungen zur Vorbereitungsarbeit», 11. 12. 1977, BAR, E3010A#1985/8#64*.

Von den im Jahr 1978 existierenden 373 ausserparlamentarischen Kommissionen wurden mehr als die Hälfte nach 1970 gegründet.²⁸⁸

Trotz des Abrückens vom ursprünglichen Vorschlag eines Delegierten war der Auftrag der EKJ im Wesentlichen so, wie ihn die Studiengruppe des EDI für die Stelle eines Delegierten ausgearbeitet hatte. Sie diente als Beratungsorgan für die Behörden und für diejenigen Bundesämter, die sich mit Jugendfragen befassen.²⁸⁹ Sie sollte die Situation der Jugend in der Schweiz beobachten, Probleme und Gefahrenherde «erkennen, analysieren und Schlussfolgerungen für Empfehlungen und Lösungsvorschläge ziehen».²⁹⁰ Weiter sollte sie Stellung beziehen zu Fragen und Erlassen, die Jugendliche betrafen, insbesondere zu wichtigen bundesrechtlichen Entscheidungen im Vorverfahren.²⁹¹ Die EKJ wurde dem Eidgenössischen Amt für kulturelle Angelegenheiten (heute Bundesamt für Kultur, BAK) angegliedert, das auch die Sekretariatsarbeiten der Jugendkommission übernahm.²⁹²

Am 26. Juni 1978 trafen sich die 25 vom Bundesrat frisch gewählten Mitglieder der EKJ in Bern zur ersten Sitzung.²⁹³ Bei der Auswahl der Mitglieder hatte sich das EDI vor allem von zwei Kriterien leiten lassen: Erstens wurde darauf geachtet, nicht ausschliesslich Fachspezialisten wie Jugendpsychologinnen oder Jugendstrafrechtler und nicht nur Parlamentarier und Personen aus der Bundesverwaltung vorzuschlagen. Die Begründung dafür lautete, dass sich die EKJ «in weitgehender Unabhängigkeit»²⁹⁴ eine Meinung bilden solle. Sie solle «Eigencharakter erhalten und nicht ein Ableger von Institutionsinteressen»²⁹⁵ werden. Ein zweites wichtiges Auswahlkriterium war die ausgewogene Berücksichtigung der verschiedenen Sprachregionen sowie ländlicher und städtischer Gebiete. Kriterien, wie sie hier formuliert wurden, sind in der Schweiz für die Wahl in politische Ämter und Kommissionen nicht aussergewöhnlich. Dennoch sind sie auch als Antwort auf diejenigen Kritikerinnen und Kritiker zu lesen, die in der Vernehmlassung die Zusammensetzung der Studiengruppe des EDI als zu wenig repräsentativ und von Städtern dominiert beanstandet hatten.²⁹⁶

288 Germann 2002, S. 600 f.

289 Pressemitteilung des EDI bezüglich Schaffung einer Kommission für Jugendfragen, o. D., BAR, E3001B#1980/53#518*.

290 Bundesrat Hürlimann, Erläuterungen zu den Aufgaben der Kommission. In: 1. Sitzung der EKJ, 24. 6. 1978, BAR, E3010A#1991/184#20*.

291 EDI an den Bundesrat bezüglich Bestellung der EKJ, 11. 5. 1978, S. 4, BAR, E3802#1983/111#250*.

292 Das Sekretariat wurde von Hans-Rudolf Dörig vom Amt für kulturelle Angelegenheiten geführt. Gut, Theodor. Ein Sprachrohr für die Jugend? In: SHZ, Nr. 48, 30. 11. 1978. Derselbe Artikel in: St. Galler Tagblatt, Nr. 164, 17. 7. 1978.

293 Die 25 Personen waren dem Bundesrat vom EDI vorgeschlagen worden. Das war die Höchstzahl der für ausserparlamentarische Kommissionen vorgesehenen Mitglieder. EDI an den Bundesrat bezüglich Bestellung der EKJ, 11. 5. 1978, S. 3, BAR, E3802#1983/111#250*.

294 EDI an den Bundesrat bezüglich Bestellung der EKJ, 11. 5. 1978, S. 3, BAR, E3802#1983/111#250*.

295 EKJ, Bemerkungen zur Vorbereitungsarbeit, 11. 12. 1977, S. 3, BAR, E3010A#1985/8#64*.

296 BAK, Ergebnis des kleinen Mitberichtverfahrens zur EKJ, April 1978, BAR, E3010A#1985/8#64*.

Ein Blick auf die Liste mit den für eine Amtszeit von acht Jahren gewählten Mitgliedern zeigt, dass diesen Ansprüchen einigermaßen Rechnung getragen wurde. Sie stammten aus allen Landesteilen, die Hälfte aus städtischen Gebieten, der Rest aus ländlicheren Gemeinden.²⁹⁷ Auch waren unterschiedliche Berufsgattungen vertreten: Einsitz hatten Vertreter der Medienbranche (Luc Hagmann, Urs Lauffer) und solche aus dem universitär-wissenschaftlichen Umfeld (der Politologe Christian Kauter, die Soziologin Ruth Meyer, der Student Dominique Freymond). Ein Grossteil der Kommission beschäftigte sich beruflich mit Jugendlichen. Darunter hatte es Personen, die in der Jugendarbeit tätig waren, wie Werner Fritschi, Leiter des Beratungsdienstes Jugend und Gesellschaft, der Heilpädagoge Werner Bommer, die Kindergärtnerin Evelyne Vautravers, die Sozialarbeiterin Maria Danioth sowie die Gymnasiallehrer Hanspeter Gschwend und Hans Peter Fricker. Einsitz hatten weiter Behördenvertreter (Orazio Bordoli, Chef des kantonalen Sozialdienstes Tessin; Hans Stucki, Leiter der Informations- und Koordinationsstelle für Jugendfragen der Stadt Bern), mehrere Mitglieder waren zudem in der SAJV aktiv (Manfred Fluri, Zentralsekretär Schweizerischer Katholischer Jugendverband; Maurice Graber, protestantischer Geistlicher; Barbara Speziali, Studentin, und Lucrezia Schatz, Politologin). Unter den Mitgliedern waren unter anderem weiter eine Anwältin, ein Betriebswirtschafter, ein Bildungssekretär der Gewerkschaft Bau und Holz und ein Spitalverwalter.²⁹⁸ Auch parteipolitisch wurde Ausgewogenheit angestrebt: Sechs Personen gehörten der SP an, fünf der CVP, drei der FDP, je eine Person der SVP und den Liberalen und zwei bezeichneten sich als parteilos. Bei den restlichen Mitgliedern gab es keine Angaben über ihre politische Ausrichtung.²⁹⁹ Der Frauenanteil war mit sechs Frauen gemessen an der Gesamtzahl der Kommissionsmitglieder klein, was teilweise auch innerhalb der EKJ kritisiert wurde.³⁰⁰ Präsident der EKJ wurde der liberale Neuenburger Politiker und Stadtrat Jean Cavadini, der ab November 1979 auch im Nationalrat, ab 1987 im Ständerat politisierte und seit 1981 Neuenburger Erziehungsdirektor war.³⁰¹

297 Sieben Vertreter stammten aus dem Kanton Zürich, einer aus dem Kanton St. Gallen, fünf aus Bern und einer aus dem Kanton Basel-Landschaft, sechs Mitglieder aus der Westschweiz, je zwei aus der Zentralschweiz und dem Tessin und ein Vertreter aus dem Wallis. Notiz von Eidg. Amt für kulturelle Angelegenheiten an Bundesrat Hürlimann «Einsetzung der Eidg. Kommission für Jugendfragen», 3. 2. 1978, BAR, E3010A#1985/8#64*.

298 Bestellung der EKJ, 5. 6. 1978, BAR, E3001C#1984/195#1052*. Vgl. auch Schudel 2006, S. 22, der zeigt, dass die Mitglieder mehrheitlich Vertreter der Jugendverbände gewesen seien.

299 Mitgliederliste, Parteipolitische Zusammensetzung des Vorschlags, 13. 2. 1978, BAR, E3010A#1985/8#64*.

300 Lauffer, Urs. Warum ich mitmache. In: SHZ, Nr. 48, 30. 11. 1978, S. 27 f. Neben der Tessiner Anwältin Valeria Galli waren dies die Zürcher Sozialarbeiterin Maria Danioth, die Genfer Kindergärtnerin Evelyne Vautravers, die Genfer Studentin Barbara Speziali, die Oberassistentin am soziologischen Institut der Universität Bern Ruth Meyer sowie die Politologin und spätere CVP-Nationalrätin Lucrezia (Meier-)Schatz.

301 Auf Cavadini folgte im August 1980 der Genfer Stadtrat Guy-Olivier Segond. Protokoll EKJ, 4. 12. 1980, S. 2, BAR, E3010A#1985/8#67*.

Eine Fortsetzung der Jugendhilfepolitik?

Mit der Gründung der EKJ gab es auf nationaler Ebene zum ersten Mal ein Organ, das sich explizit mit Jugendlichen und Jugendpolitik befasste. Es fand also durchaus ein institutioneller Wandel im Politikfeld Jugend statt, auch wenn dieser gemessen an den Forderungen und den Vorschlägen eher bescheiden war. Der von den Verantwortlichen angestrebte inhaltliche Richtungswechsel blieb hingegen aus. Sowohl die EKJ wie auch die weiteren neu geschaffenen staatlichen Institutionen und Instrumente führten mehrheitlich eine traditionelle Jugendhilfepolitik weiter und die partizipativen Ansätze konnten sich nicht durchsetzen.³⁰² Von den jugendpolitischen Neuerungen profitierte vor allem die in Verbänden organisierte Jugend. Das neue jugendpolitische Engagement des Bundes bedeutete eine rechtliche und finanzielle Stärkung der traditionellen ausserschulischen Jugendarbeit und ihrer hauptsächlichen Träger, der Jugendverbände. Es festigte somit tradierte Verbands- und Vereinsstrukturen, unabhängige Jugendprojekte wurden hingegen nicht gefördert. Mit der finanziellen Unterstützung des Bundes konnte die SAJV 1972 ein Sekretariat in Bern gründen, das 1976 bereits drei Personen beschäftigte.³⁰³ Später sorgte die EKJ zusammen mit der SAJV dafür, dass 1989 das Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit³⁰⁴ verabschiedet und 1991 der Jugendurlaub im Obligationenrecht verankert wurde.³⁰⁵ Auf dieser Traditionslinie lässt sich zudem die Gründung der Organisation Jugend und Sport (J+S) verorten, deren Förderung bereits 1971 in der Bundesverfassung festgeschrieben wurde.³⁰⁶ 1976 erhöhte der Bund auch die Förderung dieser Organisation von 12,5 Millionen jährlich auf 18 Millionen Franken.³⁰⁷

In diesen politischen Massnahmen kommt ein traditionelles Verständnis einer Zielgruppenpolitik zum Vorschein, woran auch die Gründung der EKJ kaum etwas veränderte. Auch diese blieb mehrheitlich einer traditionellen Politik der «Hilfe für die Jugend» verpflichtet, wie sie bereits in den 1960er-Jahren vornehmlich von den Gemeinden und Kantonen und von privaten Institutionen praktiziert wurde.³⁰⁸ Als Verwaltungskommission hatte die EKJ insbesondere beratende Funktion gegenüber den Behörden. Sie verfügte über keinerlei Entscheidungsbefugnisse oder Vollzugsfunktionen und führte vor allem Aufgaben aus, die ihr von der Regierung und der Verwaltung aufgetragen wurden.³⁰⁹ Sie konnte nur im Einvernehmen mit dem jeweiligen Departement Anträge im Sinne von

302 Vgl. hierzu Wettstein 1989, S. 86–90.

303 Stamm, Hugo. SAJV: «Politisches Handeln ist notwendig». In: TA, Nr. 281, 1. 12. 1976, S. 49. Vgl. auch Red. Jugendpolitik – verpolitisierte Jugend? In: Aargauer Tagblatt, Nr. 255, 30. 10. 1976; Schudel 2006, S. 24.

304 Das sogenannte Jugendförderungsgesetz wurde 2013 revidiert und in «Kinder- und Jugendförderungsgesetz» umbenannt.

305 Criblez 2007b, S. 842.

306 Busset/Marcacci 2012, S. 720–724.

307 Gut, Theodor. Vom Protest zur Anpassung? In: SHZ, Nr. 25, 16. 6. 1976.

308 Vgl. hierzu Wettstein 1989, S. 88.

309 BAK, Ergebnis des kleinen Mitberichtverfahrens zur EKJ, April 1978, BAR, E3010A#1985/8#64*.

Empfehlungen beim EDI zuhanden des Bundesrates oder eines Departements einreichen. Für öffentliche Stellungnahmen brauchte sie vom EDI eine Bewilligung.³¹⁰ Erschwerend kam hinzu, dass der EKJ beschränkte finanzielle Mittel zur Verfügung standen.³¹¹ Ihr Budget war mit anfänglich 22 000 Franken im Vergleich zur Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, die über ein Jahresbudget von 60 000 Franken verfügte, eher klein.³¹² In den ersten zwei Jahren erarbeitete die EKJ hauptsächlich Berichte und Stellungnahmen. So wurde sie beispielsweise vom EDI beauftragt, das Postulat von CVP-Nationalrat Alfons Müller zur Ausbildung von Jugendleitern zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten; sie verfasste Stellungnahmen zu einem Postulat von SP-Nationalrat Hans Schmid, zum Bildungsurlaub für Jugendleiter, zur Vorlage «Stimmrechtsalter 18» und einen Bericht zum Entwurf für eine neue Bundesverfassung.³¹³ Weiter war sie in der Arbeitsgruppe für die Prüfung der Grundlagen einer neuen Familienpolitik vertreten.³¹⁴ Eine solche Top-down-Politik, wie sie die EKJ in den ersten Jahren betrieb, widersprach dem dreidimensionalen Konzept der Studiengruppe des EDI einer Politik *für, mit* und *der* Jugend; die Dimensionen der Beteiligung und der Autonomie traten hinter einer traditionellen «Politik für die Jugend» zurück. Der Anspruch, den Schutzgedanken durch emanzipatorische und partizipative Ansätze zu ergänzen oder zu ersetzen, wurde also weder durch die Schaffung eines öffentlichen Jugendkredits noch durch die EKJ erfüllt.

Die Protokolle und der Tätigkeitsbericht des ersten Jahres zeugen von der Frustration der Mitglieder über den engen Handlungsspielraum sowie von ihrer Unsicherheit über den Aufgabenbereich und die Zuständigkeiten der Kommission.³¹⁵ In einem angriffigen Artikel im *Tages-Anzeiger* kritisierte EKJ-Mitglied Luc Hagmann, dass alles «irgendwie jugendrelevant» sei. In den Sitzungen der Kommission würde man hauptsächlich über mögliche Aufgaben und die Frage diskutieren, «was wir denn jetzt noch für die Jugend tun könnten». Oftmals habe er das Gefühl, die Kommission schwebe «im luftleeren Raum».³¹⁶ Obwohl dieser Artikel und die darin formulierte Kritik innerhalb der Kommission nicht nur Zustimmung fand, zogen auch die restlichen Mitglieder der EKJ im September 1979 eine ernüchternde Bilanz. Das erste Jahr sei ein reaktives «Einüben» gewesen, man habe kaum «Erfolge» erzielen können. Weiter wurde beklagt, dass der Kontakt mit Jugendlichen nicht zustande komme. Die Kommission müsse

310 EDI an den Bundesrat bezüglich Bestellung der EKJ, 11. 5. 1978, S. 2, BAR, E3802#1983/111#250*.

311 Bericht über die Tätigkeit der EKJ im Jahr 1980. In: Protokoll EKJ, 4. 12. 1980, BAR, E3010A#1985/8#67*.

312 Hagmann, Luc. Jugendpolitik: Eine Alibiübung im Abseits? In: TA, Nr. 211, 12. 9. 1979. 1980 betrug das Budget der EKJ 25 000 Franken, sie hatte eine 30-Prozent-Sekretariatsstelle.

313 EKJ, Bericht über Struktur und bisherige Tätigkeit, 23. 4. 1979, BAR, E3010A#1991/184#21*.

314 Vgl. hierzu Bericht EKJ an Bundesrat über die Tätigkeit im Jahr 1979, 11. 12. 1979, BAR, E3010A#1991/184#21*.

315 Ebd.

316 Hagmann, Luc. Jugendpolitik: Eine Alibiübung im Abseits? In: TA, Nr. 211, 12. 9. 1979.

unter Jugendlichen bekannter werden und Jugendliche müssten «motiviert werden, sich mit der eidgenössischen Jugendkommission zu identifizieren», wurde zum Beispiel in einer Sitzung der EKJ gemahnt. Auch von aussen wurde der EKJ mangelnde Legitimation vorgeworfen, da sie Jugendliche «ohne den Beizug der Jugendlichen» vertrete.³¹⁷

Die fehlende Konsultation und Beteiligung Jugendlicher sowie die Kritik daran ist auf einer Kontinuitätslinie zu verorten, die sich von der Erarbeitung der Jugendstudien zur Diskussion jugendpolitischer Modelle bis zur Umsetzung der Jugendpolitik durchzog.³¹⁸

Subventionen und ein Jugenddelegierter für die Stadt Zürich

Die Studiengruppe des EDI hatte in ihrem Bericht betont, dass eine Jugendpolitik auf Bundesebene die Zuständigkeiten der Kantone und Gemeinden nicht verletzen dürfe. Sie forderte diese auf, selbst die Initiative für Reformen im Politikfeld Jugend zu ergreifen. Sie betonte beispielsweise die Bedeutung von altersgemischten Freizeit- oder Gemeinschaftszentren in den Gemeinden, um die «Randsituation der Jungen» abzubauen, und regte Delegierte für Jugendfragen als Konsultativorgane der Kantonsregierungen an.³¹⁹

Wie in Kapitel 3 deutlich wurde, hatten Politiker und eine breite Öffentlichkeit auch in der Stadt Zürich in der Folge der 68er-Unruhen «Lösungen»³²⁰ für die «Probleme der heutigen Jugend»³²¹ gefordert. Darauf wurden die interne und die externe Jugendkommission eingesetzt und die wissenschaftliche Untersuchung zu Jugend veranlasst. Eine weitere Folge war – genauso wie auf Bundesebene – die Erhöhung der Subventionen an die ausserschulische Jugendarbeit und die in Verbänden organisierten Jugendlichen. Der Stadtrat hatte bereits im November 1968 als Antwort auf den «Globuskrawall» beschlossen, die jährlichen Beiträge für die Freizeitanlagen von bisher 450 000 Franken auf gegen 900 000 Franken zu erhöhen.³²² 1970 erhöhte die Stadt Zürich auch die Beiträge an die Zürcher Jugendorganisationen. Diese Gelder ermöglichten den Ausbau einer Kontakt- und Dienststelle der Zürcher Jugendorganisationen, die Publikation der Jugendzeitschrift *Einezwänzgi* und den Beginn einer qualifizierten Leiterschulung.³²³

Im Jahr 1976 – als in Bern noch immer über einen Delegierten debattiert wurde – ernannte Zürich zudem als erste Schweizer Stadt einen Jugenddelegierten. Die Lancierung dieser Stelle war nicht direkt aus der Arbeit der Externen

³¹⁷ Protokoll EKJ, 23./24. 9. 1979, S. 6, BAR, E3010A#1991/184#21*.

³¹⁸ Vgl. Kapitel 4.3 und 5.2.

³¹⁹ Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 58 f.

³²⁰ Brief von Stadtrat Zürich an potenzielle Mitglieder der Studienkommission, August 1968, StArZH, V.B.a.39. Vgl. hierzu Kapitel 3.2.

³²¹ Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 3. 7. 1969, Nr. 2140, StArZH, V.B.a.39.

³²² Erklärung Stadtrat Zürich zu den Jugendproblemen vom 11. 12. 1968, S. 2, StArZH, V.B.c.64:13.3.

³²³ Broschüre VFF «Wesen – Bedeutung – Angebot», S. 3, SozArch, Ar 89.25.1.

SKJ hervorgegangen. Zwar hatten Politiker und Behörden auch von ihr erwartet, dass sie praktische Vorschläge zur Lösung bestehender Probleme formuliere. Dem kam sie insofern nach, als sie sich mit den Möglichkeiten auseinandersetzte, ein Jugendhaus zu schaffen, und schliesslich auch die Eröffnung des Autonomen Jugendzentrums (AJZ) im Lindenhofbunker koordinierte, wie ich später noch zeigen werde. Für die Lösung der weiteren «vielschichtigen Jugendprobleme» verwies die Externe SKJ jedoch auf die Untersuchung *Zur Unrast der Jugend*. Diese werde dazu «wissenschaftliche Grundlagen» und «praktische Anregungen»³²⁴ liefern.

Solche Erwartungen wurden aber enttäuscht, da die Autoren weder jugendpolitische Modelle erarbeiteten noch konkrete Empfehlungen formulierten. Robert Blancpain, Mitautor der soziologischen Studie, betonte nach Abschluss des Manuskripts noch einmal, dass sie nicht ein «Massnahmenbündel für Politiker» geschaffen hätten.³²⁵ Anstatt Lösungsvorschläge zu liefern, hatte die Studie mit ihren Ergebnissen denn auch vielmehr die Wahrnehmung gestärkt, dass die öffentlichen und privaten Jugendeinrichtungen sowie die «unternommenen Anstrengungen zur Integrierung der Jugend in die Gesellschaft» zahlreiche «Lücken und Mängel»³²⁶ aufwiesen. Forderungen nach «Folgerungen praktischer Art» waren deshalb auch nach dem Erscheinen der soziologischen Zürcher Studie zu vernehmen.³²⁷

Auf der Suche nach «konkretere[n] Hinweise[n]»³²⁸ auf eine Jugendpolitik schlug die Externe SKJ unter anderem vor, den Bericht *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* der Studiengruppe des EDI zu konsultieren. Inwiefern der Bericht und seine Empfehlungen an die Kantone und Gemeinden als Vorlage gedient hatten für den Vorschlag eines Zürcher Jugenddelegierten, ist nicht direkt zu belegen. Theodor Gut, der die Studiengruppe des EDI präsidiert hatte, sah zwar eine direkte Verbindung zwischen den Vorschlägen seiner Studiengruppe und dem Jugenddelegierten der Stadt Zürich.³²⁹ Und auch in einem Artikel der *Neuen Zürcher Zeitung* wurde 1977 festgehalten, dass die Schaffung der Stelle eines Jugenddelegierten auf die Studiengruppe des EDI zurückgehe.³³⁰ Fakt ist aber, dass die Idee eines Delegierten für Jugendfragen im Zürcher Sozialamt bereits 1971 diskutiert worden war.³³¹ Dieser Vorschlag war

324 Staub, Sylvia, Zwischenbericht der Externen SKJ an den Stadtrat, o. D., S. 5 f., StArZH, V.B.c.64:13.3.

325 Sitzung der Subkommission der Externen SKJ, 19. 3. 1974, S. 4, StArZH, V.B.a.39.

326 Stadtratsbeschluss, Nr. 2199, 23. 8. 1978 mit Antwort an den Gemeinderat auf die Interpellation betr. die städtische Jugendpolitik von Berthold Rothschild (Protokoll Gemeinderat Zürich, 7. 6. 1978, Nr. 165, S. 136), StArZH.

327 Protokoll Externe SKJ, 20. 2. 1974, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

328 Ebd.

329 Gut, Theodor. Vom Protest zur Anpassung? In: SHZ, Nr. 25, 16. 6. 1976.

330 rfr. Die Jugend als Auftrag. Eine neue Stabsstelle beim Sozialamt. In: NZZ, Nr. 32, 8. 2. 1977, S. 39.

331 Protokoll Externe SKJ, 46. Sitzung, 11. 12. 1971, S. 4, StArZH, V.B.a.39. Vgl. auch Protokoll 57. Sitzung Externe SKJ, 24. 10. 1973, StArZH, V.B.a.39.

von verschiedenen Seiten aufgenommen worden, darunter auch von der Externen SKJ.³³²

Der eigentliche Auslöser für die Schaffung einer solchen Stelle ging schliesslich auf ein Postulat der SVP-Gemeinderäte Hansrudolf Weidmann und Otto Eisenring vom Oktober 1974 zurück. Die Antragsteller ersuchten den Stadtrat zu prüfen, ob «im Rahmen der Festlegung der Schwerpunkte und Richtlinien einer neuen Jugendpolitik» die Stelle eines «Delegierten für Jugendfragen» geschaffen werden könnte.³³³ In dem vom Sozialamt erarbeiteten Pflichtenheft für einen solchen Delegierten erschienen folgende Aufgaben: Beratung des Stadtrats und des Sozialamts in Jugendfragen, darunter zu Themen wie Drogenmissbrauch, Jugendhaus und Freizeitgestaltung; Koordination der Jugendhilfe der verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung und Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse.³³⁴ Weiter sollte er eine «jugendgerechte[] kommunale[] Gesamtpolitik»³³⁵ konzipieren. Als Mitte der 1970er-Jahre die Jugendarbeitslosigkeit als neues und drängendes Problem in den Fokus rückte, bekamen Massnahmen zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit im Pflichtenheft des Delegierten erste Priorität.³³⁶

Ende 1976 ernannte der Stadtrat den damals 54-jährigen Hermann Trachsel, der bis anhin Leiter der Zürcher Freizeitanlagen bei der Pro Juventute gewesen war, zum «Beauftragten für Jugendfragen der Stadt Zürich». Er amtierte ab dem 1. Januar 1977 und war dem Sozialamt der Stadt Zürich unter Stadträtin Emilie Lieberherr unterstellt.³³⁷ Nachdem Trachsel seinen Posten bereits nach zwei Jahren wieder verlassen hatte, wurde der Beauftragte für Jugendfragen durch eine Kommission ersetzt. Diese nahm im September 1980 nach den «Opernhauskrawallen» und der Formierung der Zürcher Jugendbewegung ihre Arbeit auf und war ebenfalls dem Sozialamt angegliedert.³³⁸

332 Zur Fertigstellung des Jugendberichtes sollte aus der bestehenden Kommission ein Gremium mit drei bis fünf Mitgliedern gebildet und schliesslich der Posten eines Delegierten für Jugendfragen beim Stadtrat geschaffen werden. Die Kommission sprach sich zur Hälfte für diesen Vorschlag aus. Protokoll Externe SKJ, 57. Sitzung, 24. 10. 1973, S. 2, 6 f. V.B.a.39, StArZH. Deren Mitglied Albert Ziegler schlug ein solches Amt vor, um die Öffentlichkeit und die Politiker besser über Jugendfragen zu informieren. Ein solcher Delegierter könnte zudem die Arbeit der Externen SKJ weiterführen. Ziegler, Albert, Hinweise zur Frage einer externen Jugendkommission, 23. 10. 1973, S. 1 f., StArZH, V.B.c.63:13.3.

333 Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 18. 2. 1976, StArZH, V.B.c.64:13.3.7.

334 Entwurf für Stellenausschreibung «Delegierter des Stadtrates für Jugendfragen», 9. 12. 1974, StArZH, V.B.c.64:13.3.7; Auszug aus Protokoll Stadtrat Zürich, 18. 2. 1976, StArZH, V.B.c.64:13.3.7. Vgl. auch Emmenegger, Beatrice. Ein Mann für die Jugend. In: Schweizer Familie, Nr. 49, 7. 12. 1977, S. 41.

335 Schäppi, Arthur. Wider die Resignation. In: Einezwänzgi, 3. 11. 1976. Vgl. hierzu Protokoll Gemeinderat, 18. 2. 1976, S. 231.

336 Emilie Lieberherr an Stadtrat bezüglich Delegierter für Jugendfragen, 9. 12. 1974. Vgl. auch Entwurf für Stellenausschreibung «Delegierter des Stadtrates für Jugendfragen», 9. 12. 1974. Beides: StArZH, V.B.c.64: 13.3.7. Zu Jugendarbeitslosigkeit vgl. Kapitel 6.

337 Schäppi, Arthur. Wider die Resignation. In: Einezwänzgi, 3. 11. 1976.

338 Einsitz in der Kommission hatten zwei Vertreter des Sozialamtes und ein Vertreter des Schulamtes sowie Vertreter der Verbands- und der offenen Jugendarbeit, darunter die Zürcher Gemeinschaftszentren, die ZAGJP, die VFF, die Pfadfinder und die Pro Juventute. Die Kom-

Die Vorschläge eines Jugenddelegierten und einer Jugendkommission kursierten Mitte der 1970er-Jahre auch anderswo. In verschiedenen Gemeinden und Kantonen wurden in den 1970er-Jahren Jugendkommissionen geschaffen, die prüfen sollten, wie die bestehenden Institutionen der Jugendhilfe und -fürsorge verbessert, ausgebaut und zeitgemäss angepasst werden könnten.³³⁹ In Obwalden hatte die Studienkommission für Jugendfragen 1972 vorgeschlagen, neben einem neuen Jugendhilfegesetz auch eine kantonale Jugendkommission zu schaffen, weiter das kantonale Jugendamt durch ein Jugendsekretariat oder eine Jugendberatungsstelle zu ergänzen und die Jugendverbände durch einen Jugendfonds finanziell zu unterstützen.³⁴⁰ Später wurden auch in Zug und in Freiburg kantonale Kommissionen für Jugendfragen und in St. Gallen ein Jugendsekretariat ausserhalb der Verwaltung vorgeschlagen.³⁴¹ Eine Luzerner Kommission forderte neben einem Sekretariat für Jugendfragen einen Beauftragten für Jugendfragen oder als Alternative eine städtische Jugendkommission und auch im Kanton Uri war ein Jugendbeauftragter im Gespräch.³⁴² Nicht überall wurden diese Vorschläge realisiert. In St. Gallen wurde 1976 zum Beispiel ein städtisches Jugendsekretariat geschaffen, das sich mit Jugendfragen, Jugendpolitik und Koordinationsaufgaben befasste, im Kanton Uri hingegen scheiterte der Vorschlag eines Jugendbeauftragten.

Die Ausführungen zu den jugendpolitischen Bestrebungen in Kantonen und Gemeinden zeigen, dass auf allen politischen Ebenen vergleichbare jugendpolitische Suchbewegungen stattfanden und ähnliche Lösungen für festgestellte Probleme oder als veraltet wahrgenommene Strukturen konzipiert wurden. Allerdings blieben sowohl die Reformvorschläge wie auch die neu geschaffenen Institutionen und Instrumente letztlich einer traditionellen Politik verhaftet. Weder die Subventionen noch die Schaffung von Delegierten und Kommissionen wie die EKJ auf Bundesebene bildeten einen Abschluss der ab Mitte der 1960er-Jahre vorgebrachten Forderungen nach einer umfassenden Jugendpolitik und der Suche nach neuen Lösungen für die scheinbar durch den Gesellschaftswandel bedingten Probleme.

mission basierte auf den vom Stadtrat am 28. 5. 1980 mit Beschluss Nr. 1471/1980 erlassenen «Richtlinien zur Unterstützung der offenen und der Verbandsjugendarbeit in der Stadt Zürich». Diese sahen die Schaffung einer Kommission für Jugendfragen vor. Die Kommission erarbeitete für das Sozialamt und den Stadtrat Stellungnahmen und «Situationsberichte» über die Jugendarbeit in der Stadt Zürich und machte dem Sozialamt Empfehlungen über die finanzielle Unterstützung der offenen und der Verbandsjugendarbeit.

339 Vgl. Kapitel 3.2.

340 Obwaldner Studienkommission für Jugendfragen, Bericht und Antrag an den Regierungsrat, 3. 5. 1972, BAR, E3001B#1980/53#519³.

341 Ohne Autor. Das Jugendsekretariat St. Gallen stellt sich vor. In: Ostschweizer AZ, Nr. 189, 29. 9. 1976; o. A. Eine umfassende zielgerichtete Jugendhilfe ist vonnöten. In: St. Galler Tagblatt, Nr. 155, 21. 10. 1974; mw. Aus der wöchentlichen Informationssitzung der Staatskanzlei: Eine kantonale Jugendpolitik formuliert. In: Freiburger Nachrichten, Nr. 11, 15. 1. 1976.

342 Stadträtliche Kommission «Arbeitsgruppe aktive Jugendhilfe». Vorschläge für eine Jugendpolitik in der Stadt Luzern. Dokumentation aus einer Befragung. Luzern 1979, S. 9, 18 f. Zu Jugendkommissionen und deren Vorschlägen in verschiedenen Kantonen und Gemeinden ausführlicher Kapitel 3.2.

Der Lernprozess ist nicht abgeschlossen: Debatten um das Stimm- und Wahlrechtsalter und um ein Jugendhaus

Eine erste Erklärung, warum die jugendpolitischen Reformen in verschiedener Hinsicht stockten, kann im abrupten Ende der Planungseuphorie ab Mitte der 1970er-Jahre gesucht werden. Die wirtschaftliche Unsicherheit am Ende der «trente glorieuses» stoppte nach 1974 den Glauben an die Plan- und Reformierbarkeit.³⁴³ Auch der jugendpolitische Elan von Ende der 1960er-Jahre wurde damit gebremst; der Ausbau einer eidgenössischen Jugendpolitik und Reformen im Politikfeld Jugend schienen nun nicht mehr vordringlich. In den Akten der Bundesverwaltung finden sich Hinweise, dass neben den negativen Rückmeldungen aus der Vernehmlassung auch das schmalere Budget und der Personalstopp im Bundeshaus die Entscheidung für eine ausserparlamentarische Kommission und gegen einen Delegierten massgeblich beeinflusst hatte.³⁴⁴ Die Auslagen für die ausserparlamentarische Kommission beschränkten sich mehrheitlich auf die Sitzungsgelder der Mitglieder. Das Sekretariat wurde vom Amt für kulturelle Angelegenheiten übernommen. Einem Delegierten hingegen hätte ein regelmässiges Gehalt ausbezahlt, ein Sekretariat sowie weitere Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden müssen.

Eine zweite Erklärung ist meines Erachtens darin zu suchen, dass die Liberalisierungsprozesse, die ab Ende der 1950er-Jahre in westlichen Gesellschaften stattfanden, nicht linear verliefen und sich bis in die 1980er-Jahre fortsetzten.³⁴⁵ Dies kann begreiflich machen, wieso die partizipativen jugendpolitischen Konzepte noch in den 1970er-Jahren auf einer theoretischen Ebene stagnierten. Dass noch längst nicht überall Verständnis und Zustimmung für eine vermehrte gesellschaftliche und politische Partizipation Jugendlicher herrschte, hat auch die kontroverse Rezeption der Studien gezeigt. Auf breiten Konsens waren ausschliesslich Massnahmen wie Subventionen für die Jugendverbände und die Gründung von Verwaltungskommissionen gestossen, die in der Tradition der bestehenden Jugendhilfepolitik standen.³⁴⁶

Ähnlich erging es zwei Begehren, für die sich auch die Studiengruppe des EDI sowie die Externe SKJ der Stadt Zürich starkgemacht hatten und die ebenfalls vermehrte Autonomie und Partizipation Jugendlicher zum Ziel hatten: Sowohl die Forderung nach Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters von 20 auf 18 Jahre wie die nach einem AJZ in Zürich waren Ende der 1960er-Jahre zusammen mit dem Ruf nach jugendpolitischen Reformen aktuell gewesen. Sie stiessen in den 1970er-Jahren noch weitherum auf Widerstand und wurden auf

343 Tanner 2015, S. 410. Vgl. auch Gilg/Halblützel 2006, S. 824; König 1999, S. 165.

344 EDI an den Bundesrat bezüglich Bestellung der EKJ, 11.5. 1978, S. 2, BAR, E3802#1983/111#250*. Vgl. auch Dörig, H. R. (Amt für kulturelle Angelegenheiten) «Kommission für Jugendfragen, Bemerkungen zur Vorbereitungsarbeit», 11.12. 1977, BAR, E3010A#1985/8#64*. Zum Reformstau in der Zürcher Jugendpolitik: Desiderato/Lengwiler/Rothenbühler 2008, S. 28.

345 Herbert 2002, S. 12–15, 31.

346 Vgl. Kapitel 5.3.

allen politischen Ebenen von der Legislative oder den Stimmberechtigten stets verworfen. Ihre Umsetzung erfolgte erst nach den «Opernhauskrawallen» und den Jugendunruhen im Laufe der 1980er- und 90er-Jahre.

Eine Möglichkeit, die politische und gesellschaftliche Partizipation und Mitgestaltung Jugendlicher zu fördern, ist ihre Zulassung zu Wahlen und Abstimmungen. In den meisten Kantonen und auf eidgenössischer Ebene erhielten die Schweizer – ab 1971 auch die Schweizerinnen – das Stimm- und Wahlrecht mit 20 Jahren. Einzig im Kanton Schwyz lag das Stimmrechtsalter bei 18 Jahren, in Obwalden und Zug durften Jugendliche mit 19 Jahren an die Urne.³⁴⁷

In der Studiengruppe des EDI wurde die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre deshalb als eine Möglichkeit diskutiert, um das strategische jugendpolitische Ziel der Partizipation zu erreichen, und auch die Jugendverbände verlangten eine Anpassung des Stimmrechtsalters in der Vernehmlassung.³⁴⁸ Zwischen 1972 und 1974 wurden entsprechende Vorlagen in verschiedenen Kantonen und Gemeinden an die Regierung überwiesen, teilweise vors Stimmvolk gebracht, jedoch überall abgelehnt.³⁴⁹ Zwischen 1970 und 1972 wurden auch im Ständerat und im Nationalrat mehrere Motionen und Postulate mit diesem Begehren überwiesen.³⁵⁰

1975 setzte der Genfer SP-Nationalrat Jean Ziegler dieses Thema mit einer parlamentarischen Initiative erneut auf die politische Agenda. In den Debatten zur Initiative zeigen sich nochmals gegensätzliche Jugendbilder und ein Nebeneinander von liberalen und konservativen Vorstellungen. Um die Relevanz seines Begehrens zu betonen, stützte sich Ziegler auf die in der vorliegenden Arbeit untersuchten Jugendstudien, deren Ergebnisse und Vorschläge. In seinem Plädoyer im Nationalrat

347 Schweizerische Bundeskanzlei, Volksabstimmung vom 18. 2. 1979, www.admin.ch/ch/d/pore/va/19790218/det293.html; APS 1970, S. 15. Vgl. auch Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 48.

348 Modell I der Studiengruppe des EDI, Fassung vom 7. 6. 1972, S. 10, BAR, E3001B#1982/40#271*.

349 Die Kantonsparlamente von Basel-Landschaft, Luzern und Schaffhausen überwiesen entsprechende Motionen an ihre Regierungen; in Bern wurde nur ein Postulat angenommen, eine Motion dagegen abgelehnt. 1972 wurde eine Senkung des aktiven Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre in Volksabstimmungen in Basel-Landschaft, Genf und Schaffhausen abgelehnt, was das kantonale Parlament in Zürich bereits früher getan hatte. 1973 wurde dieses Begehren auch in Basel-Stadt in einer Volksabstimmung abgelehnt. Auch die Herabsetzung der zivilen Volljährigkeit auf 18 Jahre war bisweilen ein Thema. Im Tessin wurde diese Vorlage 1974 vom Volk und im Kanton Waadt durch den Grossen Rat abgelehnt. APS 1971, S. 14; APS 1973, S. 14, 143, 140; APS 1974, S. 142; APS 1975, S. 13. Auf Bundesebene hatte Nationalrat Gian Mario Pagani im Juni 1973 eine Motion eingereicht, welche die Herabsetzung des Mündigkeitsalters von 20 auf 18 Jahren forderte. Zu deren Diskussion: AB, Bd. III, Herbstsession Nationalrat, Sitzung 3, 19. 9. 1973, Nr. 11.680, S. 1071–1073.

350 Eine Motion von Fritz Tanner (LdU, Zürich) im Juni 1970, ein Postulat von Ständerat Josef Ulrich (CVP, Schwyz) im Juni 1970 und eine Motion von Alfred Schaller (FDP, Basel-Stadt) im Oktober 1971. Eine Studienkommission der Bundeskanzlei prüfte darauf die Senkung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre in einem 1973 erschienenen Bericht. Die Wählbarkeit ab 20 Jahren wurde hierbei aber nicht hinterfragt. Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 47. Zur Motion Schaller vgl. AB, 1972, Bd. V, Wintersession Nationalrat, Sitzung 4, 29. 11. 1972, Nr. 11.048, S. 1974–1977.

bezeichnete er den Bericht der Studiengruppe des EDI als überaus wichtiges Dokument, zeige er doch, wie stark sich die Sozialisation Jugendlicher gewandelt habe. Jugendliche seien heute in sozialer, sexueller und ökonomischer Hinsicht früher reif als Jugendliche vor hundert Jahren. Diese «évidence absolue» würde nicht nur durch den Bericht der Studiengruppe des EDI, sondern auch durch die Studie *Jugend und Gesellschaft* und die Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend* bestätigt. Die Autoren dieser Studien seien sich einig, dass sich die hierarchischen Strukturen, die für Familie, Schule, Staat und Armee bis vor kurzem prägend waren, fundamental verändert hätten. Die Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen würden nicht mehr durch Hierarchie und Gehorsam bestimmt, sondern durch Reziprozität. Die Gegner einer Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters bedienten sich hingegen gerade entgegengesetzter Argumente: Die Jugendlichen seien mit 18 Jahren zu wenig reif für politische Entscheidungen, sie hätten kein Interesse an politischen Themen und wünschten eine Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters gar nicht.³⁵¹

Am 18. Februar 1979 konnten die Stimmberechtigten über die Vorlage befinden. Wie bereits in den kantonalen und kommunalen Abstimmungen wurde sie auch auf eidgenössischer Ebene abgelehnt, allerdings nur mehr mit einem Neinanteil von 50,8 Prozent und einer Differenz von 30 676 Stimmen.³⁵² Der knappe Ausgang der Abstimmung kann dahingehend interpretiert werden, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung zugunsten einer vermehrten politischen Beteiligung Jugendlicher langsam wandelte. Eine solche Tendenz scheinen die Resultate kantonalen Abstimmungen zu bestätigen. Ab Ende der 1970er-Jahre bis 1990 senkten 16 Kantone das Stimm- und Wahlrechtsalter auf 18 Jahre. In der Volksabstimmung vom 3. März 1991 wurde die Herabsetzung auf 18 Jahre auch auf Bundesebene mit deutlichen 72,7 Prozent Jastimmen beschlossen.³⁵³ 1996 wurde schliesslich auch das Mündigkeits- und Ehealter auf 18 Jahre angepasst.³⁵⁴

351 Zur Diskussion der Initiative Ziegler-Genf. Stimmrecht und Wählbarkeit für 18jährige: AB, 1975, Bd. V, Wintersession Nationalrat, Sitzung 13, 17. 12. 1975, Nr. 75.223, S. 1839–1849; AB, 1977, Bd. IV, Herbstsession Ständerat, Sitzung 10, 5. 10. 1977, Nr. 75.223, S. 565–569; AB, 1978, Bd. I, Januarsession Nationalrat, Sitzung 3, 17. 1. 1978, Nr. 75.223, S. 63–67.

352 Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 18. 2. 1979, Vorlage Nr. 293, Übersicht, www.admin.ch/ch/d/pore/va/19790218/det293.html.

353 Dies waren die Kantone Schwyz (seit 1833), Jura (1978), Neuenburg (1979), Waadt (1980), Genf (1980), Glarus (1980), Zug (1980), Basel-Landschaft (1980), Nidwalden (1982), Obwalden (1983), Basel-Stadt (1988), Uri (1989), Bern (1989), Schaffhausen (1990), Zürich (1990) und Tessin (1990). Schweizerische Bundeskanzlei, Volksabstimmung vom 3. 3. 1991, www.admin.ch/ch/d/pore/va/19910303/det369.html.

354 1985 veröffentlichte die SAJV die Broschüre *Partiziparadies* mit Vorschlägen, wie Kinder und Jugendliche auf kommunaler und kantionaler Ebene besser in politische Prozesse einbezogen werden könnten. Anschliessend schuf sie eine «Beratungsstelle für die Einrichtung von Jugendräten in Gemeinden und Kantonen». 1987 wurde von der Stiftung Dialog im Saal des Grossen Rats in Bern erstmals eine Jugendsession durchgeführt. Daran nahmen 200 Jugendliche aus der ganzen Schweiz teil. Die SAJV übernahm diese Idee und organisierte 1991 zum ersten Mal die Eidgenössische Jugendsession im Bundeshaus in Bern. Ab 1993 fand diese jährlich statt und 1995 wurde der Dachverband Schweizer Jugendparlamente gegründet. Schudel 2006, S. 40.

Einen ähnlichen Verlauf wie das Ringen um das Stimm- und Wahlrechtsalter Jugendlicher zeigen die Auseinandersetzungen um das Zürcher Jugendhaus. Die Forderungen nach vermehrter Beteiligung, Mitentscheidung und Autonomie waren Ende der 1960er-Jahre verbreitet und auch fester Bestandteil des Themenkatalogs der 68er-Bewegung. Sie äusserten sich unter anderem in den Auseinandersetzungen um ein AJZ, das als eine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und Selbstverwaltung Jugendlicher erachtet wurde und im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rund um den «Globuskrawall» stand. Der Wunsch nach einem Jugendhaus reichte aber weiter zurück: Bereits seit den 1930er-Jahren gab es Vorstösse für ein Jugendhaus und 1949 wurde das Initiativkomitee für ein Zürcher Jugendhaus gegründet. Ab 1960 wurde im Drahtschmidli an der Wasserwerkstrasse 21 ein Provisorium für Jugendliche eingerichtet, das vom Verein Zürcher Jugendhaus betrieben wurde. Die Exponenten der Zürcher 68er-Bewegung nahmen das Begehren nach einem Jugendhaus auf und erweiterten es um den Aspekt der Selbstverwaltung.³⁵⁵ Die Suche nach einer Lösung in der Frage des Jugendhauses war neben der Jugendstudie denn auch die hauptsächliche Aufgabe der Externen Kommission für Jugendfragen. Sie machte unter den Jugendorganisationen Umfragen zu ihren Bedürfnissen und Wünschen und klärte verschiedene Liegenschaften auf ihre Eignung als Jugendhaus ab, darunter die Turnhalle an der Kanzleistrasse beim Helvetiaplatz, die Liegenschaft Schipfe 24–26, die ehemaligen Stallungen der Gessnerallee und ein Haus in der Nähe des Neumarkts. Weiter diskutierte sie auch innovative Möglichkeiten für ein Provisorium, darunter ein Zelt oder ein Jugendhaus als Schiff auf dem See.³⁵⁶

Schliesslich empfahl die Externe SKJ dem Stadtrat, den Jugendlichen den Militärbunker aus dem Zweiten Weltkrieg unter dem zentral gelegenen Lindenhof als AJZ zur Verfügung zu stellen. Während rund zweier Jahre hatte die Kommission dieses AJZ vorbereitet, das im Oktober 1970 eröffnet wurde.³⁵⁷ Das erste von den Behörden tolerierte AJZ existierte allerdings nur etwas mehr als zwei Monate. Weil die Leiter des Zentrums die Auflagen des Stadtrates bezüglich Alkohol- und Drogenkonsum, Öffnungszeiten und Alterslimite von 16 Jahren nicht einhielten, liess der Stadtrat den Lindenhofbunker bereits Anfang Januar 1971 wieder schliessen.³⁵⁸ 1974 folgte die Abstimmung über einen Neubau des Jugendhauses Drahtschmidli, der deutlich abgelehnt wurde. 1977/78 diente die Villa Schindlergut als Ersatz für das Drahtschmidli. Erst 1984 erhielten die Zür-

³⁵⁵ Zur Geschichte des Zürcher Jugendhauses: Kunz 1993.

³⁵⁶ Vgl. etwa Protokoll Externe SKJ, 4. Sitzung, 3. 8. 1968, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 5. Sitzung, 2. 9. 1968, S. 1, StArZH, V.B.a.39; Protokoll Externe SKJ, 6. Sitzung, 12. 9. 1968, S. 3, StArZH, V.B.a.39; Staub, Sylvia, Entwurf zur Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Gemeinderat Max Bryner, 6. 3. 1969, StArZH, V.B.a.39. Auch weitere Dokumente wie etwa der Fragebogen zur Benützung der provisorischen Experimentier-Begegnungsstätte Schipfe 24–26, StArZH, V.B.a.39.

³⁵⁷ Stutz 2008, S. 50 f., 56.

³⁵⁸ APS 1971, S. 148; Müller 1996, S. 48.

cher Jugendlichen mit der Eröffnung des Neubaus beim Drahtschmidli ihr Jugendhaus, das 1988 in Dynamo umbenannt wurde.³⁵⁹

Mit der Eröffnung des Zürcher Jugendhauses 1984 und der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters Anfang 1991 auf Bundesebene wurde die von der Studie *Jugend und Gesellschaft* und der Studiengruppe des EDI postulierte Autonomie und Partizipation ein Stück weit und mit einiger Verspätung umgesetzt. Möglich wurde dies unter anderem, weil in den 1980er-Jahren Konzepte wie Partizipation nicht mehr gleich umstritten waren und zunehmend breitenwirksam wurden.³⁶⁰

Jedoch sind weder Skepsis gegenüber den neuen jugendpolitischen Ansätzen noch der Reformstau ab Mitte der 1970er-Jahre oder föderalistische Bedenken gegenüber einer eidgenössischen Jugendpolitik hinreichend, um zu erklären, wieso die Forderungen nach einer umfassenden Jugendpolitik und die Vorschläge für die Umsetzung einer Jugendpolitik lange Zeit nur bedingt umgesetzt wurden. Eine kulturhistorische Erklärung berücksichtigt auch den diskursiven Wandel des Sprechens über Jugend und fragt danach, inwiefern sich die Sichtweisen und Problemwahrnehmungen veränderten. Dies ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

³⁵⁹ Kunz 1993, S. 188, 234–248, 279.

³⁶⁰ Herbert 2002, S. 43.

6 Jugend in der medialen Öffentlichkeit II (1973/74–1979)

«Inzwischen hat sich die Jugendszene völlig verändert, aus der Unrast ist Rast, aus dem Aufstand der Söhne ist weithin Anpassung, Resignation und Apathie geworden.»¹ Diese Zeilen schrieb Werner Fritschi, Jugend- und Sozialarbeiter, anlässlich der Publikation des sozialpsychologischen und volkskundlichen Teils des Zürcher Studienprojekts *Zur Unrast der Jugend* 1975 im Luzerner *Vaterland*. Das Wortspiel mit dem Titel der soeben erschienenen Studien implizierte, dass deren zentrale Aussagen bereits kurz nach der Veröffentlichung überholt seien.

Fritschis Äusserung steht stellvertretend für zahlreiche Stimmen, die ab Mitte der 1970er-Jahre einen deutlichen Wandel jugendlicher Lebenswelten, Verhaltensweisen und Einstellungen beobachteten und deshalb zu anderen Einschätzungen und Problemdefinitionen kamen als die hier untersuchten Jugendstudien. Bisweilen erachteten sogar die Studienverantwortlichen selbst bereits kurze Zeit nach dem Erscheinen ihrer Studien das darin präsentierte Jugendbild als überholt. Dies erstaunt angesichts der weitgehenden Übereinstimmung der Ergebnisse der Studien und verlangt nach einer Erklärung. Wie war innert so kurzer Zeit ein diskursiver Wandel möglich, wie veränderten sich Problematisierungen und Sichtweisen sowie normative Vorstellungen von Jugend und was sagt der Wandel über die Gesellschaft aus? Diesen Fragen widmet sich das vorliegende Kapitel. Es untersucht die öffentliche Wahrnehmung von Jugend von 1973/74 bis 1979 und bildet damit die Fortsetzung von Kapitel 2. Erst diese Ausweitung des Zeitraums macht deutlich, dass es sich bei der in dieser Arbeit untersuchten Wissensproduktion zu Jugend nicht um eine Erfolgsgeschichte handelte, die mit der Etablierung jugendpolitischer Institutionen und Strukturen endete, und dass das produzierte Wissen zu Jugend prekär und kurzlebig war. Durch die Analyse des diskursiven Wandels eröffnet sich zudem nochmals eine neue Deutungs- und Erklärungsmöglichkeit der bruchstückhaften Umsetzung der jugendpolitischen Vorschläge, wie sie im letzten Kapitel dargelegt wurde.

Ich werde zunächst zeigen, dass sich ab etwa Mitte der 1970er-Jahre, fast zeitgleich mit der Publikation der Studien, die Sichtweisen auf Jugend veränderten. Wie bereits in den «langen fünfziger Jahren» erschienen Jugendliche allenthalben als unauffällig, gesellschaftlich gut integriert, konservativ und entpolitisiert. Viele Beobachter beurteilten diesen Wandel positiv; dieselben Diagnosen konnten allerdings auch negativ ausgelegt werden. Diese Ambivalenz gilt es herauszuarbeiten. Zugleich werde ich argumentieren, dass es sich trotz deutlicher Analogien zu den Diskursen der «langen fünfziger Jahre» nicht um deren

1 Fritschi, Werner. «Von der Unrast zu Rast der Jugend». In: *Vaterland*, Nr. 123, 31. 5. 1975, S. 7.

Wiederholung handelte, sondern auch neue Probleme in den Vordergrund rückten, wie resignierte oder drogenabhängige Jugendliche. Zum Schluss werde ich aufzeigen, wie die Wahrnehmung von Jugend die gesellschaftliche Unsicherheit und Ungewissheit am Ende der «trente glorieuses» spiegelte. Zur Analyse werden neben massenmedialen Quellen ausgewählte Jugendumfragen, -studien und -berichte beigezogen, die in jenem Zeitraum entstanden sind, sich an ein breites Publikum wandten und in der Öffentlichkeit rezipiert wurden.

«Ein tiefgreifender Prozess der Veränderung»

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Jugend in der medialen Öffentlichkeit zu Beginn des «bewegten Jahrzehnts» als auffällige und fremdartige Altersgruppe in den Blick geriet. Die in dieser Arbeit untersuchten Jugendstudien, die etwa in der Mitte des «bewegten Jahrzehnts» entstanden, übernahmen diese Sichtweise und spitzten sie sogar noch zu: Sie zeichneten das Bild einer gesellschaftlich schlecht integrierten und isolierten Altersgruppe.² Diese Ergebnisse der Studien galten jedoch bereits bei ihrer Publikation häufig als nicht mehr aktuell. Darauf hat bereits die im letzten Kapitel thematisierte kritische Rezeption der Studien hingewiesen. Die Schlussfolgerungen der Studien wurden überwiegend als falsch oder übertrieben wahrgenommen. Ein Grund für die Ablehnung der Ergebnisse ist ein diskursiver Wandel, in dessen Folge sich die Wahrnehmung von Jugend nochmals wesentlich veränderte. Dieser kam fast zeitgleich mit der Veröffentlichung des Berichts der Studiengruppe des EDI 1973 und der soziologischen Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend* 1974 in Gang. Ein Kommentator in der *Schweizer Rundschau* hielt 1973 fest, dass sich unter den Jugendlichen «derzeit ein tiefgreifender Prozess der Veränderung»³ vollziehe. Auch die Studienverantwortlichen selbst stellten fest, dass sich die Jugendprobleme in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt hätten. Theodor Gut, der die Studiengruppe des EDI geleitet hatte, machte im Juni 1976 in der *Schweizerischen Handels-Zeitung* in einem Artikel mit dem Titel «Vom Protest zur Anpassung»⁴ darauf aufmerksam, dass Protestmärsche kaum mehr Zulauf hätten und die Hochschulen ihren Lehrbetrieb ohne Störungen durchführen könnten. Der perzipierte Wandlungsprozess wurde metaphorisch wiederholt mit dem «Zurückschwingen eines Pendels»⁵ verglichen. Auch Aussagen wie «Heute scheint sich auch bei uns das Rad zurückzudrehen»⁶ implizierten eine Rückwärtsbewegung in die Zeit vor dem «bewegten Jahrzehnt». Genauso wie damals würden die Jugendlichen «wieder

² Vgl. hierzu Kapitel 2.3 und 5.1.

³ Affemann, Rudolf. Krise der Jugend – Krise der Gesellschaft. In: *Schweizer Rundschau*, Nr. 4, Juli/August 1973, S. 261.

⁴ Gut, Theodor. Vom Protest zur Anpassung? In: *SHZ*, Nr. 25, 16. 6. 1976.

⁵ Marchi, Otto. Von der Revolte zur Resignation? In: *Die Weltwoche Magazin*, Nr. 21, 26. 5. 1976, S. 47.

⁶ Segesser, Hans von. Das Pendel schlägt zurück. In: *Vaterland*, Nr. 103, 4. 5. 1976. Vgl. auch o. A. Warum die Schweizer Jugend so zahm geworden ist. In: *Blick*, Nr. 102, 4. 5. 1976.

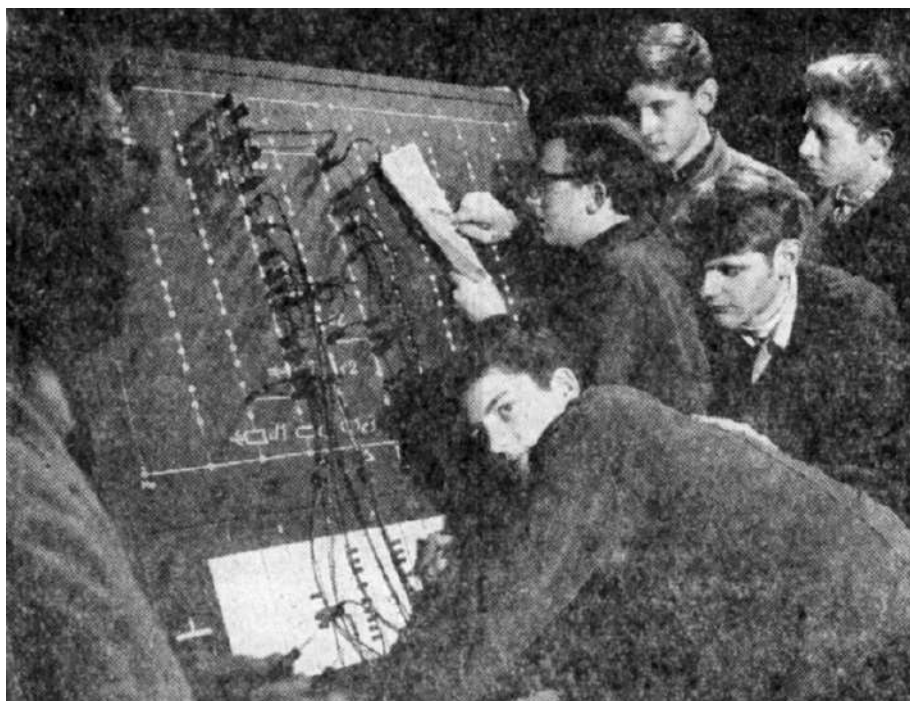


Abb. 25: «1978: «Man kann wieder Freude haben an den Jungen. Kein Vergleich zu 1968.»» Die Fotografie illustrierte einen Artikel von Alfred A. Häslar über eine von ihm durchgeführte Umfrage unter Jugendlichen. *Die Weltwoche*, Nr. 21, 24. 5. 1978, S. 47.

sichern Halt in der Gemeinschaft»⁷ suchen, bilanzierte das *Vaterland* 1976. Der Vergleich der gegenwärtigen Jugend mit der unruhigen 68er-Jugend war dabei ein vielfach genutztes rhetorisches Mittel, um das Ausmass der Veränderung zu betonen. In der *Weltwoche* war zum Beispiel eine Fotografie mit jungen Männern abgebildet, die um ein elektrisches Schaltpult versammelt waren und dieses konzentriert und interessiert studierten. «1978: «Man kann wieder Freude haben an den Jungen. Kein Vergleich zu 1968»»,⁸ lautete der Kommentar in der Bildlegende (Abb. 25).

Diese fotografische Inszenierung gemahnt an die «langen fünfziger Jahre», als Bildmotive lernbegieriger, fleissiger und strebsamer Jugendlicher Verbreitung fanden.⁹ Der *Tages-Anzeiger* erinnerte 1977 an die 68er-Bewegung und konstatierte erleichtert: «Der Spuk war vorbei – man konnte wieder aufatmen. Die Jugend verschwand von der Bildfläche [...]. Wo ist sie – die Jugend von heute?

⁷ Segesser, Hans von. Das Pendel schlägt zurück. In: *Vaterland*, Nr. 103, 4. 5. 1976.

⁸ *Die Weltwoche*, Nr. 21, 24. 5. 1978, S. 47.

⁹ Vgl. Kapitel 2.1.

Sie macht nicht von sich reden, sie fällt nicht auf; sie hat sich angepasst.»¹⁰ Das Zitat zeigt exemplarisch, dass die Wahrnehmung von Jugend als einer homogenen und auffälligen sozialen Gruppe, die sich in jeder Hinsicht von den Erwachsenen unterscheidet, ab Mitte der 1970er-Jahre aus dem öffentlich-medialen Fokus verschwand. Jugendliche erschienen nun wieder als mehrheitlich unauffällig, gut integriert, konformistisch und «unjugendlich» im Sinne von angepasst und wertkonservativ.¹¹

Fleissig, angepasst und realistisch

Auch das *Tages-Anzeiger-Magazin* hielt 1978 Rückschau auf die 68er-Unruhen und nutzte diese Gelegenheit dazu, um in zwei Reportagen ein Stimmungsbild der «heutigen Jugend» zu zeichnen.¹² Zu diesem Zweck interviewten eine Journalistin und ein Journalist Lehrlinge des Elektrotechnikkonzerns Brown, Boveri und Cie. in Baden. Auf rund fünfzehn Seiten liessen sie die Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren zu Wort kommen. Ihre Aussagen wurden von der Redaktion nach den Themen «Konflikte zuhause», «Freizeit Hobbies Geld», «soziale Umwelt», «Politik Kirche Militär», «Selbsterfahrungen und Zukunftswünsche» und «die künftige Ehe und Familie» gruppiert.

Für den Titel der einen Reportage hatte die Redaktion eine Aussage eines 16-jährigen Lehrlings ausgewählt. Dieser wies im Interview darauf hin, dass es für Jugendliche heute wichtig sei, «realistisch zu denken und nicht schönen Ideen nachzuhängen».¹³ Mit dieser Überschrift lenkten die Redaktoren den Blick auf einen Aspekt, der in den Gesprächen mit den Jugendlichen wiederholt auftauchte und den sie offenbar als besonders bemerkenswert erachteten: dass es sich bei den Befragten durchwegs um «nüchterne Realisten» handle, die strebsam und beruflich ehrgeizig seien und die sich möglichst reibungslos in die Gesellschaft einordnen möchten.¹⁴ Damit waren zentrale Stichworte angesprochen, die in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre in der medialen Öffentlichkeit zur Charakterisierung Jugendlicher regelmässig fielen. Jugendliche wurden als unauffällig, fleissig und karrierebewusst beschrieben, sie seien um die Sicherung ihrer materiellen Existenz besorgt und sie würden sich insgesamt durch einen «neuen konservativen Zug»¹⁵ auszeichnen. «Karriere statt Revolution»,¹⁶ so lautete das Urteil der

¹⁰ Heller, Heinrich. Jugend – wohin? In: TA, Nr. 298, 21. 12. 1977.

¹¹ Vgl. Kapitel 2.2.

¹² Michel-Alder, Elisabeth. Jugendliche kommen zu Wort. In: TAM, Nr. 39, 30. 9. 1978, S. 1; Michel-Alder, Elisabeth. «In der heutigen Zeit gilt es, realistisch zu denken und nicht schönen Ideen nachzuhängen», sagt der 16-jährige Heinz. In: TAM, Nr. 39, 30. 9. 1978, S. 8; Stamm, Hugo. Arbeit und Ausbildung. In: TAM, Nr. 39, 30. 9. 1978, S. 8.

¹³ Michel-Alder, Elisabeth. «In der heutigen Zeit gilt es, realistisch zu denken und nicht schönen Ideen nachzuhängen», sagt der 16-jährige Heinz. In: TAM, Nr. 39, 30. 9. 1978, S. 8.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Marthaler, Eduard. Schweizerische Jugendpolitik gestern, heute und morgen. In: Bau und Holz, Nr. 46, 14. 10. 1974.

¹⁶ Krebs, Hans. Karriere statt Revolution. In: Vaterland, Nr. 17, 21. 1. 1978. Derselbe Artikel in: Der Bund, Nr. 19, 24. 1. 1978, und TA, Nr. 62, 15. 3. 1978.

Massenmedien mit einer ebenfalls deutlichen Reminiszenz an 1968. Damit wurde den Jugendlichen zumeist auch eine positive Einstellung zum Gesellschaftssystem bescheinigt: Sie würden dieses akzeptieren und seien gesellschaftlich integriert und angepasst.¹⁷

Mit dieser Feststellung ging häufig die Beobachtung einher, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl unter Jugendlichen und ihr negativ formuliertes Pendant, die Abgrenzung gegenüber der Erwachsenenwelt, nachgelassen hätten. In Einstellungen und Wertvorstellungen würden Jugendliche viel weniger von den Erwachsenen abweichen als noch Jahre zuvor, das Verhältnis zwischen den Generationen habe sich verbessert, die Gesprächsbereitschaft sei wieder grösser geworden und von einem Generationenkonflikt könne kaum mehr die Rede sein.¹⁸

Einige der Zeitungsartikel, in denen diese Schlüsse gezogen wurden, standen unter dem Eindruck zweier Studien, die 1976 und 1977 erschienen und in den Massenmedien auf breites Interesse gestossen waren. Es handelt sich erstens um eine Repräsentativerhebung des Meinungsforschungsinstituts Scope¹⁹ aus dem Kanton Luzern über «das psychologische Klima der Schweiz», die halbjährlich durchgeführt wurde. Die Befragung einer Stichprobe von 1000 Personen im Jahr 1976 ergab, dass sich die 15- bis 24-Jährigen der Gesellschaft mehrheitlich anpassen wollten. Von Oktober 1974 bis Oktober 1975 seien die nonkonformistischen Tendenzen von 28 auf 21 Prozent und die antiautoritären Einstellungen von 35 auf 29 Prozent zurückgegangen, stellten die Verantwortlichen der Umfrage fest. Einen Beleg dafür sahen sie erstens darin, dass an den Universitäten wieder fleissig studiert und geforscht werde und die Jugendlichen wieder karriereorientiert seien. Zweitens machten sie den Wandel auch am veränderten Mode- und Musikgeschmack fest: Jugendliche interessierten sich wieder vermehrt für Standardtänze anstatt für Beat- und Rockmusik, die als Ausdruck politischen Protests gedeutet wurde, und ihre Kleidung sei weniger ausgefallen.²⁰ Jugendliche, so das

17 Vgl. sda. Zwischen Utopie und Konservatismus. Eine Umfrage und zwei Meinungen über die Schweizer Jugend. In: NZZ, Nr. 205, 6. 5. 1976; Häsler, Alfred A. Emigration ins Abseits? Jugend 1978. In: Die Weltwoche, Nr. 21, 24. 5. 1978, S. 45–47; o. A. Der Jugend eine Zukunft. In: Vorwärts, Nr. 37, 11. 9. 1975; o. A. Rubrik «TW-Notiz». In: Tagwacht, Nr. 232, 3. 10. 1972; Uchtenhagen, Lilian. Gesucht: eine heile Welt. In: SI, Nr. 25, 18. 6. 1973, S. 40; Früh, Thomas. Diese lieben braven Travoltas. In: SI, Nr. 41, 4. 10. 1978, S. 30–35; o. A. Schweizer Jugend. Politisch harmloser, als viele denken. In: Der schweizerische Beobachter, Nr. 9, 15. 5. 1975. 1979 berichtete der *Tages-Anzeiger* über ein Treffen von Hippies in Zürich und machte die Leserinnen und Leser darauf aufmerksam, dass sie wieder «sanfter geworden, friedlicher, man könnte auch sagen traditioneller» seien. Schmid, Erich. Pfingsten am Rande der Stadt. In: TA, Nr. 127, 5. 6. 1979.

18 Bundesrat Hürlimann in: sda. Zwischen Utopie und Konservatismus. Eine Umfrage und zwei Meinungen über die Schweizer Jugend. In: NZZ, Nr. 205, 6. 5. 1976. Vgl. dazu beispielsweise auch Jürgmeier. Jugendpolitik – mit der Jugend! In: Volksrecht, Nr. 129, 6. 6. 1978, S. 1.

19 Heute Demoscope.

20 Die Schweizer Nachrichtenagentur SDA veröffentlichte die Ergebnisse der Umfrage. Der Artikel wurde in zahlreichen Zeitungen mit unterschiedlichen Titeln veröffentlicht. sda. Zwischen Utopie und Konservatismus. Eine Umfrage und zwei Meinungen über die Schweizer Jugend. In: NZZ, Nr. 205, 6. 5. 1976. sda. Antiautoritäre Welle ausgelaufen. In: Der Landbote, Nr. 101,

Fazit dieser Umfragen, würden sich also sowohl äusserlich wie auch innerlich wieder vermehrt den Erwachsenen und den gesellschaftlichen Werten und Normen anpassen.

Bei der zweiten Studie handelt es sich um die eidgenössische pädagogische Rekrutenprüfung von 1975. Sie war unter der Leitung des Genfer Soziologieprofessors Roger Girod entstanden, der im Hintergrund bereits die Studie *Jugend und Gesellschaft* begleitet hatte. Die deutschsprachige Ausgabe erschien Ende 1977 und hatte den langen, jedoch aussagekräftigen Titel *Die meisten jungen Schweizer besitzen eine gründliche Ausbildung und einen starken Arbeitswillen*.²¹ Die Überschrift verwies auf zentrale Ergebnisse von Girod, der ein ähnliches Fazit zog wie das Meinungsforschungsinstitut Scope: Die befragten jungen Männer seien arbeitsam, gut in Familie und Gesellschaft integriert und zwischen den Generationen würden kaum mehr Wertunterschiede und Konflikte existieren.²²

Die Zürcher Jugendfreizeit-Konzeption

Ähnliche Schlüsse zog schliesslich auch ein weiterer Bericht, der besondere Aufmerksamkeit verdient. 1978 veröffentlichte das Sozialamt der Stadt Zürich die *Jugendfreizeit-Konzeption*, in der das Freizeitverhalten Jugendlicher untersucht wurde.²³ Im rund 180-seitigen Dokument wurden die Zürcher Freizeiteinrichtungen unter die Lupe genommen und Ideen für ein Jugendhaus und für Quartiertreffpunkte entwickelt. Ein Teil des Berichts bestand aus einem soziologischen Porträt der Zürcher Jugend um 1978. Diese Standortbestimmung von rund vierzig Seiten wurde vom Soziologen Robert Blancpain erarbeitet, der zusammen mit Erich Häuselmann bereits die 1974 erschienene soziologische Zürcher Studie *Zur Unrast der Jugend* verfasst hatte. Blancpain arbeitete mittlerweile am Institut für praxisorientierte Sozialforschung Zürich (IPSO), das er 1977 mitbegründet hatte. Das IPSO war in der Schweiz eines der ersten privaten, auf Sozialforschung spezialisierten Institute. Für die *Jugendfreizeit-Konzeption* führte Blancpain Interviews mit Mitarbeitenden des schulärztlichen Dienstes, der Berufsberatung, der städtischen Jugendberatung und des Jugenddienstes der Stadtpolizei Zürich. Weiter befragte er Wissenschaftler, darunter den Pädagogikprofessor Heinrich Tuggener, Ambros Uchtenhagen von der psychiatrischen Universitätsklinik sowie Eugen Teuwsen von der Psychologischen Beratungsstelle der Universität Zürich. Unter den Befragten waren auch Personen, die be-

4. 5. 1976, S. 3. Derselbe Artikel erschien in weiteren Zeitungen: *Tages-Anzeiger*, *Vaterland* und *Blick*.

21 Girod 1977. Der Titel der französischen Ausgabe lautet *L'école et la vie*.

22 Steinmann, Beatrice. Junge Schweizer im Lichte einer wissenschaftlichen Studie. Ausgebildet, arbeitsfreudig, apolitisch. In: Bündner Zeitung, Nr. 301, 21. 12. 1977; Zy. Gespräche mit jungen Schweizern. Ergebnisse von Meinungsumfragen in Rekrutenschulen. In: NZZ, Nr. 146, 27. 6. 1978.

23 Jugendfreizeit-Konzeption 1978. Er wurde vom Zürcher Beauftragten für Jugendfragen Hermann Trachsel zusammen mit einer Arbeitsgruppe verfasst. Vgl. hierzu Müller 1996, S. 58 f.; Interview mit Emilie Lieberherr. In: Züri Leu, Nr. 28, 11. 4. 1979, S. 19.

reits beim Zürcher Studienprojekt *Zur Unrast der Jugend* involviert gewesen waren: Blancpain's Mitautor Erich Häuselmann, der Soziologe Peter Heintz sowie Jacques Vontobel vom Institut für Angewandte Psychologie (IAP), der die Zürcher Studien koordiniert hatte.²⁴

Nicht zuletzt aufgrund dieser personellen Überschneidungen und der zentralen Rolle, die Blancpain in beiden Studien spielte, erscheint das soziologische Porträt von 1978 als besonders aussagekräftige Quelle, um den Wandel in der Wahrnehmung von Jugend zu untersuchen. Der Vergleich der *Jugendfreizeit-Konzeption* mit der Studie *Zur Unrast der Jugend* kann exemplarisch und anschaulich aufzeigen, wie sich der Blick auf Jugend innerhalb eines Jahrzehnts veränderte. Der *Jugendfreizeit-Konzeption* gebührt aber auch deshalb Aufmerksamkeit, weil sie in der Öffentlichkeit auf Interesse stiess und weiteren Studien als Vorlage diente, so zum Beispiel einem Bericht, den der Kanton Zug zur Erarbeitung einer Jugendpolitik in Auftrag gab und der 1979 erschien.²⁵

Das soziologische Porträt der *Jugendfreizeit-Konzeption* basierte auf denselben diskursiven Elementen, wie sie in diesem Kapitel bereits eingeführt wurden. Für typische Charakterzüge der «Durchschnittsjugendlichen» von 1978 wurden von den befragten Personen Adjektive genannt wie «fleissig», «lernwillig», «angepasst», «pragmatisch», «ideologiefreudlich», «nüchtern», «vorsichtig», «eigenverantwortlich» und «höflich». ²⁶ Daraus ergab sich das Gesamtbild einer «ruhige[n] Generation», deren Leitmotive nicht mehr Protest und die Erschaffung einer neuen Welt waren, sondern die sich in der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung einrichten wollte. ²⁷ Jugendliche, so die verbreitete Meinung, seien primär um ihre berufliche Karriere und private Existenz besorgt und sie strebten nach materieller Sicherheit. ²⁸

Auch die Interviewten massen die gegenwärtige Situation an der unruhigen Jugend der 68er-Bewegung. Sie waren sich im Sommer 1978 weitgehend einig, dass sich das Bild der Jugend seit 1968 «grundlegend gewandelt» habe. ²⁹ Um das Ausmass dieser Veränderungen zu betonen, hielt Blancpain zuerst Rückschau auf die Zürcher Jugend, wie sie sich in den Augen ihrer Beobachter zwischen 1968 und 1972 präsentiert hatte. Dieser Rückblick enthielt zentrale Diagnosen der Jugendstudien. Blancpain unterstrich vor allem zwei Aspekte: erstens die kritische und ablehnende Haltung der Jugendlichen gegenüber der Schweizer Gesellschaftsordnung und ihr konfliktbehaftetes Verhältnis zu den Erwachsenen. Die Jugendlichen hätten die Erwachsenen als etwas «Fremdes und Unbekanntes» und zuweilen sogar als «Feind, den es zu bekämpfen galt», ³⁰ betrachtet. Zweitens wurde die Ende der 1960er-Jahre starke Orientierung Jugendlicher

24 Jugendfreizeit-Konzeption 1978, S. 178 f.

25 Frittschi/Wettstein 1979.

26 Jugendfreizeit-Konzeption 1978, S. 30.

27 Ebd., S. 21.

28 Ebd., S. 30 f.

29 Ebd., S. 29.

30 Ebd., S. 35.

an Gleichaltrigen betont. Sowohl politisch oppositionelle Jugendliche als auch solche mit einer konformistischen Haltung habe ein ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl verbunden, da «sie einen grossen Teil ihrer kulturellen Identität eben aus der Zugehörigkeit zu dieser Generation schöpften».³¹ Das Identifikationspotenzial der eigenen Altersgruppe sei dabei stärker gewesen als die nationale Herkunft oder die gemeinsame Sprache. Sogar zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Nationalitäten und Muttersprachen hätten gemeinsame Interessen, Probleme und Gefühle zu einer tiefen Verbundenheit geführt. Die Kommunikation der Jugendlichen mit Erwachsenen sei hingegen äusserst problematisch und konfliktiv gewesen.³²

Bei den Jugendlichen von 1978 habe die eigene Generation als Referenzpunkt ausgedient. Man könne nicht mehr von einer einheitlichen «jugendliche[n] Subkultur» sprechen, die sich «auf einige wenige hervorstechende Merkmale reduzieren» lasse, sondern die Jugend erscheine als «Vielzahl kleiner und kleinsten Grüppchen».³³ Blancpain beschrieb hier einen Pluralisierungsprozess von Jugend zu verschiedenen Subkulturen. Da sich Jugendliche nicht mehr mit der «soziale[n] Kategorie Jugend», sondern nur noch mit der jeweiligen Gruppe identifizieren würden, existiere auch kein auf «Jugend als ganzes [sic] bezogenes Wir-Gefühl»³⁴ mehr, wie es noch 1968 dominant gewesen sei. Das nachlassende Identifikationspotenzial der eigenen Altersgruppe deutete Blancpain durchaus positiv. Es sei verantwortlich für ein entspannteres Verhältnis zwischen den Generationen. Dieses präsentiere sich Ende der 1970er-Jahre als friedliche «Koexistenz» und teilweise sogar als «echte Kooperation». Die weiteren Ausführungen Blancpains machen jedoch deutlich, dass mit Kooperation weniger ein partnerschaftliches, denn vielmehr die Wiederherstellung eines hierarchisch geprägten Generationenverhältnisses gemeint war. So vermerkte Blancpain anerkennend, dass sich die Jugendlichen wieder vermehrt an den Erwachsenen orientieren und auf deren Erfahrungen zurückgreifen würden.³⁵

Die Beobachter, die bis anhin zu Wort gekommen sind, stellten den perzipierten Wandel vorwiegend als positiv dar. Zudem griffen sie auf Sichtweisen und Deutungen zurück, die bereits in den «langen fünfziger Jahren» dominierten. Die Beurteilung des Wandels von Jugend war jedoch ambivalent, er wurde auch negativ gedeutet. Zudem war das Reden über Jugend in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre nicht einfach eine Wiederholung der Debatten der 1950er-Jahre, wie die bisherigen Ausführungen suggerieren könnten, sondern es fand eine Ausdifferenzierung des Diskurses statt und es entstanden auch neue Problemwahrnehmungen von Jugend.

³¹ Ebd., S. 28.

³² Ebd.

³³ Ebd., S. 35.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd., S. 36.

Resigniert, gelangweilt und apathisch

Die ambivalente Beurteilung von Jugend zeigt sich unter anderem darin, dass die Feststellung einer angepassten und unauffälligen Jugend häufig vom Argument begleitet wurde, dass die Ruhe trügerisch sei und es unter der scheinbar glatten Oberfläche brodle. In einem Interview in der Lokalzeitung *Züri Leu* von 1979 sagte die Zürcher Sozialvorsteherin Emilie Lieberherr, dass man sich vom ruhigen Erscheinungsbild der Jugendlichen nicht täuschen lassen dürfe und nicht meinen solle, dass die Jugendlichen keine Probleme mehr hätten.³⁶ Dieser Ansicht war auch der Publizist Alfred A. Häsler, der bis 1977 bei der von Gottlieb Duttweiler gegründeten Zeitung *Die Tat* und anschliessend bei der *Weltwoche* tätig war. Häsler verschickte im Jahr 1978 einen Fragebogen an die Rektorate verschiedener Hochschulen, Gymnasien und Berufsschulen in der ganzen Schweiz. Er enthielt dreissig Fragen zu Themen wie Berufswahl und «wichtige Lebensziele». Die Befragten sollten zudem Auskunft geben über ihre Meinung zum politischen System der Schweiz, zum Militärdienst und zum UNO-Beitritt. Häsler hatte bereits 1969 unter Studierenden, Seminaristinnen und Gymnasialisten eine Umfrage gemacht, deren Ergebnisse er von Mai bis September 1969 in der *Tat* unter dem Titel «Der Aufstand der Söhne – Eine Untersuchung über die Unruhe unter der jungen Generation in der Schweiz» und anschliessend auch in Buchform veröffentlicht hatte.³⁷ Hier waren vor allem die Emanzipationsbestrebungen der Jugendlichen, die sich von der Autorität der Elterngeneration lösen wollten, Thema gewesen. Im Mai 1978, als er die Resultate der zweiten Umfrage in der *Weltwoche* präsentierte, zeichnete Häsler ein gänzlich anderes Bild: das einer angepassten und fleissigen Jugend.³⁸ Häsler betonte indessen, dass «äussere Bravheit, «vernünftiges» Verhalten nach den Massstäben unserer etablierten Werte: Fleiss, Tüchtigkeit im Beruf, Erfolgsstreben, Anpassung an die gesetzten Normen – einen Untergrund zudecken, in dem keineswegs alles in bester Ordnung ist». Wer «feinere Ohren» und «geschärfte Augen» habe, der erkenne, dass hinter der ruhigen Fassade der jungen Menschen und dem auf den ersten Blick erfreulichen Gesamteindruck Resignation, Ohnmacht und Zukunftsangst herrschten. Häsler stellte bei vielen Jugendlichen Anzeichen einer «innere[n] Emigration» und die Flucht ins selbst gewählte «Exil» sowie ein grosses politisches Desinteresse fest.³⁹

36 Interview mit Emilie Lieberherr. In: *Züri Leu*, Nr. 28, 11. 4. 1979, S. 19. Diese Ansicht auch bei Schätzle, Otto. SKZ, Nr. 13, 1. 4. 1977.

37 Häsler, Alfred A. Der Aufstand der Söhne. Vorwort zu einer exklusiven «Tat»-Untersuchung. In: *Die Tat*, Nr. 121, 24. 5. 1969, S. 3; Häsler, Alfred. Der Aufstand der Söhne. Die Schweiz und ihre Unruhigen. Zürich 1969. Die Untersuchung, von der *Tat* in Auftrag gegeben, erschien in der Zeitung gekürzt.

38 Häsler, Alfred A. Emigration ins Abseits? Jugend 1978. In: *Die Weltwoche*, Nr. 21, 24. 5. 1978; Marchi, Otto. Die Studentenrevolten der 60er Jahre und ihr Scheitern in der Analyse Alfred A. Häslers. War die Revolte ein Aufstand der psychisch Gestörten? In: *LNN*, Nr. 271, 19. 11. 1976, S. 4.

39 Häsler, Alfred A. Emigration ins Abseits? Jugend 1978. In: *Die Weltwoche*, Nr. 21, 24. 5. 1978.

Wie Häsler entwarf auch die *Jugendfreizeit-Konzeption* Resignation und Apathie sowie eine ausgeprägte Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen und politischen Belangen als Negativfolie zu Anpassung, Fleiss und Pragmatismus.⁴⁰ Viele Jugendliche, so hielten die von Blancpain befragten Personen fest, seien «inaktiv oder nur reaktiv, kraftlos, ohne eigene Ideen», sie fänden alles «en Aschiss» und hätten den «Schtinker».⁴¹ Fleiss und Resignation erschienen dabei nicht als sich ausschliessende Gegensätze, sondern als Kehrseiten derselben Medaille. Sie wurden als je unterschiedliche Reaktionen auf die «tiefgreifende[] Verunsicherung»⁴² und die «kulturelle Orientierungslosigkeit»⁴³ begriffen, deren Gründe hauptsächlich in der Wirtschaftskrise nach 1974 gesucht wurden. Während die einen auf die gefühlte Aussichtslosigkeit und die wirtschaftliche Unsicherheit mit Resignation und Apathie reagierten, passten sich die anderen mit einer pragmatischen und fleissigen Haltung an.

Das Motiv der resignierten Jugendlichen war vereinzelt bereits früher in Jugenddebatten aufgetaucht. Während der Erarbeitung des Berichts der Studiengruppe des EDI Anfang der 1970er-Jahre hatte der Psychiater Ambros Uchtenhagen beispielsweise darauf aufmerksam gemacht, dass das Hauptproblem nicht die oppositionellen Jugendlichen seien, sondern die Passiven und Resignierten. Sie würden sich durch ein «totales Nicht-Engagement» und «eine innere und äussere Emigration»⁴⁴ auszeichnen. Auch im Bericht der Studiengruppe des EDI und in der Studie *Jugend und Gesellschaft* waren sogenannte Exilierte thematisiert worden: Gemeint waren Hippies oder Jugendliche, die in Kommunen lebten, und solche, welche die Gesellschaft «innerlich»⁴⁵ verlassen hätten. Erst im Laufe der 1970er-Jahre wurden Resignation und Apathie in der Öffentlichkeit zu dominanten Problematisierungsmustern. In der Presse waren Beschreibungen zur «Gleichgültigkeit»⁴⁶ sowie zu «Hoffnungslosigkeit [und] Erwartungsverlust»⁴⁷

40 Für globale und umweltpolitische Fragen bestehe zwar ein gewisses Interesse, nicht jedoch für nationale oder regionale Partei- oder Alltagspolitik. *Jugendfreizeit-Konzeption* 1978, S. 30 bis 32, 63. Hierzu fast identisch: Fritschi/Wettstein 1979, S. 18. Hier wurde Jugend als ruhig, unauffällig und politisch und gesellschaftlich desinteressiert charakterisiert. Innerhalb der Altersgruppe Jugend herrsche ein weniger starkes «Wir-Gefühl» und das Generationenverhältnis sei entspannter. Auch bei Jugendlichen war die Rede von politischer Passivität und Desinteresse häufig Teil ihrer Selbstwahrnehmung. Vgl. etwa Stöckli, Lidwina. «Ich bin selber jung und kritisiere viel ...». In: Vaterland, Nr. 38, 15. 2. 1975; Tuor 1974, S. 72.

41 *Jugendfreizeit-Konzeption* 1978, S. 30. Vgl. hierzu o. A. «Es schysst mi a». In: Der Bund, Nr. 11, 14. 1. 1978.

42 *Jugendfreizeit-Konzeption* 1978, S. 51.

43 Ebd., S. 45.

44 Protokoll Studiengruppe des EDI, Besprechung der Modelle mit Wissenschaftlern, 22. 8. 1972, S. 11, BAR, E3001B#1982/40#271*.

45 Bericht Studiengruppe des EDI 1973, S. 25 f. Vgl. auch Arnold/Bassand/Crettaz/Kellerhals 1971, S. 82 f.

46 Häberli, Hans P. Sich dem Leben verweigern. In: SKZ, Nr. 23, 8. 6. 1979.

47 Kocher, Hanns. Eine Generation ohne Zukunft. In: Basler Zeitung, Nr. 13, 14. 1. 1978, S. 2.

der Jugendlichen weitverbreitet.⁴⁸ Allenthalben wurde eine «Lebensangst»,⁴⁹ ein «Sinnlosigkeitsgefühl» und eine «existenzielle Frustration» der Jugendlichen festgestellt.⁵⁰ Bei einer Minderheit Jugendlicher konstatierten Beobachterinnen und Beobachter noch drastischere Probleme. Was beim «Normaljugendlichen» lediglich als latent vorhandene, diffuse Problemlage⁵¹ vorhanden sei, schien sich bei einzelnen in Alkohol- und Drogenkonsum, Medikamentenmissbrauch und Suizid zu äussern.⁵² Von der Resignation als Grundhaltung zu einem «depressiven und suizidalen Stimmungsbild» war es laut der *Jugendfreizeit-Konzeption* denn auch nur «ein kleiner Schritt».⁵³

Das «Drogenproblem»

Der Drogenkonsum war ein ab den 1970er-Jahren in der Schweizer Öffentlichkeit viel diskutiertes Thema. Während in den USA der Gebrauch psychoaktiver Stoffe bereits Mitte der 1960er-Jahre von einem gesellschaftlichem Randthema zu einem breiten gesellschaftlichen Phänomen wurde, wurde in der Schweiz bis

48 Eine Auswahl von Artikeln, in denen diese Deutungsmuster vorkamen: o. A. Für die Jugendlichen. In: Pro Juventute, Nr. 10 (1978), S. 395; Beck, Marcel. «Resignation der Jugend». In: Badener Tagblatt, Nr. 210, 11. 12. 1976; Schäppi, Arthur. Hermann Trachsel wird «Delegierter für Jugendfragen». Wider die Resignation. In: Einezwänzgi, Nr. 16, 3. 11. 1976; Heller, Heinrich. Jugend – wohin? In: TA, Nr. 298, 21. 12. 1977; Rüesch, Ernst. Jugend und Staat. Engagement mit verschiedenen Vorzeichen. In: St. Galler Tagblatt, Nr. 155, 6. 7. 1974; Aeschbacher, Jürg. Wo trifft sich Zürichs Jugend? In: Die Tat, Nr. 283, 25. 9. 1974; Schmidt-Joos, Siegfried. Teenager zwischen Anpassung und Aggression. In: Die Weltwoche, Nr. 14, 4. 4. 1979; Monnier, Claude. La nouvelle génération perdue. In: Gazette de Lausanne, Nr. 55, 2. 3. 1976, S. 1. Der *Tages-Anzeiger* klagte, dass unter den Jugendlichen «die Zahl der Kriecher, Duckmäuser, Anpasser, Leisetreter, «Realisten» klar zu[nehme]», und befürchtete, dass die «momentane Jugend» als «indifferente, saftlose, handlungsunfähige Generation» in die Geschichtsbücher eingehen werde. Stamm, Hugo. Generation der indifferenten, saftlosen Jugendlichen. In: TA, Nr. 112, 16. 5. 1979. Vgl. auch ein Podiumsgespräch des Zürcher Jugendfoyers 1977 darüber, wie Jugendliche aus der Resignation geholt werden könnten. In: ml. Was bedeutet die Ruhe unter der Jugend? In: NZN, Nr. 272, 21. 11. 1977.

49 Ohne Autor. Rezession steigert Jugend-Probleme. In: Basler Zeitung, Nr. 99, 12. 5. 1977, S. 31.

50 Ohne Autor. «Sie begehen Selbstmord, töten einander und nehmen Drogen». Jugend auf der Suche nach dem Sinn. In: Luzerner Tagblatt, Nr. 90, 17. 4. 1976. 1979 zog eine weitere Publikation, die auf Initiative der SAJV zustande kam und über welche die Medien ausführlich berichteten, eine ähnliche Bilanz. Die Dachorganisation der Jugendverbände hatte 1979 zum «Internationalen Jahr des Kindes» Schülerinnen und Schüler zwischen 12 und 20 Jahren beauftragt, einen Aufsatz zur Frage «Wie lebe ich – wie möchte ich leben?» zu schreiben. Es entstanden 1147 Aufsätze, die von drei Studentinnen der Zürcher Abendschule für Sozialarbeit ausgewertet wurden. Sie kamen zum Schluss, dass Jugendliche «resigniert, «abgestellt», autoritätsgläubig [...] angepasst» seien und nach Sicherheit am Arbeitsplatz und in der Familie strebten. Jürgmeier. Studie der SAJV bestätigt es: Jugend resigniert. In: Volksrecht, Nr. 64, 16. 3. 1979, S. 1; Stadler, Martin. Jugend zwischen Anpassung, Widerstand und Flucht. In: Vaterland, Nr. 64, 17. 3. 1979.

51 Die Meinungen der Expertinnen und Experten stimmten hierbei überein. Als weitere Probleme wurden genannt: Jugenddelinquenz und Jugendarbeitslosigkeit. *Jugendfreizeit-Konzeption* 1978, S. 40.

52 *Jugendfreizeit-Konzeption* 1978, S. 40 f., 44. Am Rande war hier auch das Aufkommen von Jugendsekten ein Thema.

53 Ebd., S. 45.

Ende der 1960er-Jahre kein «Drogenproblem» festgestellt.⁵⁴ Nach 1967, als der Drogenkonsum messbar anstieg, machte diese Unbesorgtheit laut Jakob Tanner jedoch schnell einer Alarmstimmung Platz.⁵⁵ In den 1970er-Jahren sprach man in der Schweiz endgültig von einem «Drogenproblem» und in den Massenmedien erreichte dessen Thematisierung in den frühen 1970er-Jahren einen Höhepunkt.⁵⁶ Gründe dafür waren die ab 1970 aufkommenden harten Drogen wie Heroin und Kokain und die ersten sogenannten Drogentoten.⁵⁷

Drogen wurden bald als spezifisches Problem Jugendlicher betrachtet, waren es doch in erster Linie Jugendliche, die mit psychoaktiven Stoffen experimentierten.⁵⁸ Dass Drogen als akutes Jugendproblem wahrgenommen wurden, zeigt sich unter anderem auch am Wandel der Perspektive und des Leitbilds verschiedener Institutionen, die sich mit Jugendlichen befassten. Die Externe SKJ der Stadt Zürich beispielsweise, die noch wenige Jahre zuvor die politisch «unruhige» Jugend auf dem Radar hatte, benannte die Drogenszene ab 1973 als vorrangiges Problem Jugendlicher.⁵⁹ Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch für die Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme (ZAGJP) feststellen, die 1971 als gemeinnütziger Verein unter der Trägerschaft der Landeskirchen und privater sozialer Institutionen gegründet wurde. Treibende Kraft hinter diesem Verein war der Zürcher Pfarrer Ernst Sieber. Die ZAGJP wurde als Reaktion auf das gescheiterte Jugendhaus im Lindenhofbunker und mit dem Ziel gegründet, «aktiv zur Lösung aktueller Jugendprobleme»⁶⁰ in der Region Zürich beizutragen. Während sie sich vorerst primär Jugendlicher annahm, die von zu Hause fortgelaufen waren, erlangten Drogen im Laufe der 1970er-Jahre «absolute Priorität», wie Sieber im Vorwort des Jahresberichts von 1977 festhielt.⁶¹

Als Ursachen für die Drogenabhängigkeit wurden in den hier untersuchten Quellen unterschiedliche Gründe angebracht: Neugier, «Mode», «das In-Sein-

⁵⁴ Tanner 2006, S. 270, 275.

⁵⁵ Tanner 2015, S. 388. Ausführlich zum «Drogenproblem», zu dessen medialer Rezeption und zur Drogenpolitik Baer 2000; Eisner 1991.

⁵⁶ Darauf verweist Eisner 1991, S. 88. Die Pro Juventute widmete 1976 ein Heft ihrer Zeitschrift dem «Genuss- und Suchtmittelgebrauch». Pro Juventute, Nr. 3/4/5/6 (1976). Vgl. hierzu Zeitungsartikelsammlung im BAR zu Jugendfragen, J 2.300-01, zum Beispiel Dossier «La drogue en Suisse, 1970–1972». In: Journal de Genève, Nr. 28, 3. 2. 1973; C. C. La drogue, malaise de la jeunesse. In: La Liberté, Nr. 213, 18. 6. 1973, S. 17. Ab 1970 waren in den Massenmedien drogenabhängige Jugendliche ein verbreitetes Thema: Meier, Werner. Auf ein Wort! In: SI, Nr. 1, 28. 12. 1970, S. 2; Klinner, Gerd. Zürich – deine Jugend. Haschischduft in Zürichs Gassen. In: Die Tat, Nr. 39, 16. 2. 1971, S. 3; Pichler, Ruth. Es gibt zwölfjährige Kinder, die zur Droge greifen. In: LNN, Nr. 285, 9. 12. 1974; Schürch, Rolf D. Die Not des Jugendalkoholismus. In: Der Aufstieg, Nr. 48, 28. 11. 1975, S. 1548 f.

⁵⁷ Tanner 2015, S. 388. Ein Überblick über das Thema Drogen in der Schweiz findet sich bei Brassel-Moser 2004.

⁵⁸ Tanner 2006, S. 276.

⁵⁹ Protokoll Externe SKJ, 56. Sitzung, 8. 2. 1973, S. 3, StArZH, V.B.a.39.

⁶⁰ Jahresbericht ZAGJP 1973, SozArch, Ar 63.60.1.

⁶¹ Jahresbericht ZAGJP 1977; Jahresbericht ZAGJP 1980, SozArch, Ar 63.60.1.

Wollen», Familienprobleme, Liebeskummer, seelische Zerrüttung, Depression, Einsamkeit oder Minderwertigkeitsgefühle. Häufig wurden auch gesellschaftliche Faktoren vermutet, wie soziale Probleme und der Druck der Leistungsgesellschaft.⁶² Die jungen Süchtigen wurden als Resignierte gedeutet, die Drogen als Folge einer «existentielle[n] Orientierungslosigkeit»⁶³ konsumierten oder sich der Leistungsgesellschaft verweigerten.⁶⁴

Unsicherheit und Wertewandel am Ende der «trente glorieuses»

Ein Blick auf das gesellschaftliche Klima am Ende der «trente glorieuses», das durch eine weltweite Wirtschaftskrise sowie gesellschaftliche Unsicherheit und Ungewissheit geprägt war, vermag diesen diskursiven Wandel innerhalb weniger Jahre einzuordnen. Nach einer fast 30-jährigen Phase der Prosperität und gesellschaftspolitischer Stabilität zerfiel 1971/72 das internationale Währungssystem von Bretton Woods, das seit 1944 existierte hatte. 1973/74 folgte die Ölkrise, die in den Industrieländern eine schwere Rezession auslöste.⁶⁵ Die Schweiz war von der Krise der Jahre 1974–1976 besonders stark betroffen und verzeichnete europaweit den stärksten wirtschaftlichen Einbruch.⁶⁶ Die Fortschrittseuphorie sowie der Glaube an die Plan- und Reformierbarkeit von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gerieten ins Wanken und machten einer allgemeinen Krisenwahrnehmung Platz.⁶⁷ Diese wurde anhand von Jugend stellvertretend thematisiert, da sich die unberechenbaren und unsicheren Zukunftsaussichten an Jugendlichen besonders zu verdichten schienen. In der Folge prägte der Krisendiskurs die Wahrnehmung von Jugend; er verdeckte bisherige Problemwahrnehmungen wie die schlecht integrierte und isolierte Jugend und beleuchtete neue Aspekte. In der *Jugendfreizeit-Konzeption* sowie in zahlreichen Presseberichten schien unbestritten, dass die Jugendlichen – im Positiven wie im Negativen – von der fehlenden materiellen Sicherheit, der prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt und vom dadurch bedingten Leistungsdruck in der Schule und im Beruf geprägt würden. Dies im Unterschied zum politischen Protest der Jugendlichen von 1968, der nur vor dem Hintergrund der anhaltenden Konjunktur und des stetig zunehmenden materiellen Wohlstandes möglich gewesen sei.⁶⁸ Bereits in der Schule herrsche eine kompetitive Stimmung, weshalb sich Jugendliche nicht mehr getrauen würden, Kritik zu üben oder aus der Reihe zu tanzen, und Arbeitswillen und Durchsetzungsvermögen an den Tag legen.⁶⁹ Zugleich könne die

62 Interview mit K. Biener (Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich). In: *Pro Juventute*, Nr. 3/4/5/6 (1976), S. 81.

63 *Jugendfreizeit-Konzeption* 1978, S. 46.

64 Zum Drogensüchtigen als Ikone des Scheiterns in der Leistungsgesellschaft: Tanner 2015, S. 388. Zu diesem Deutungsmuster vgl. etwa auch Eugster 2003, S. 18.

65 Doering-Manteuffel/Raphael 2008, S. 8.

66 Tanner 2015, S. 605.

67 Gilg/Halblützel 2006, S. 824; König/Kreis/Meister et al. 1998, S. 19; König 1998, S. 80.

68 *Jugendfreizeit-Konzeption* 1978, S. 57.

69 Nordmann, Dani. Mehr Freiräume schaffen! In: *Volksrecht*, Nr. 274, 23. 11. 1977.

Konkurrenzsituation aber auch eine ungesunde «Ueberanpassung» bewirken, die sich wiederum in Symptomen wie Resignation niederschlägt und sich in Einzelfällen in Drogensucht oder Suizid äussert.⁷⁰ Hier wird noch einmal deutlich, wie Fleiss und Strebsamkeit einerseits und Resignation andererseits als Kehrseiten derselben Medaille galten und die öffentliche Wahrnehmung zwischen beiden oszillierte. Dieses Schwanken war nicht zuletzt auch Ausdruck der Unsicherheit im gesellschaftlichen Wandel.

In diesem Kontext rückte die Jugendarbeitslosigkeit als weitere neue Problematisierung in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit. Ab Mitte der 1970er-Jahre erschienen in den Massenmedien vermehrt Berichte zu diesem Thema.⁷¹ Die Prozentzahlen jugendlicher Arbeitsloser variierten, je nachdem, welche Altersklasse betrachtet wurde. Sie waren zudem schwer messbar, da Jugendliche oftmals nicht bei Arbeitsämtern gemeldet waren.⁷² Gemäss *Année politique suisse* waren 1974 sechs Prozent aller Arbeitslosen zwischen 20 und 24 Jahre alt. 1976 waren es 22 Prozent, andere Quellen sprechen für 1975 sogar von 27,7 Prozent.⁷³ Doch auch unabhängig von den tatsächlichen Quoten wurde die Jugendarbeitslosigkeit als Problem und Gefahr für Jugendliche dargestellt. Bereits die Angst vor einer drohenden Arbeitslosigkeit, so die verbreitete Meinung, könne bei Jugendlichen schwerwiegende Folgen haben.⁷⁴ Bei Jugendlichen galten die Folgen von Arbeitslosigkeit als besonders drastisch, da sie diese mitten in ihrer Persönlichkeitsentwicklung treffe. In dieser ungefestigten und instabilen Phase sei die Gefahr gross, dass die Betroffenen «auf Abwege geraten»⁷⁵ würden, warnte beispielsweise Ernst Strahm, Sekretär des Kantonalen Gewerkschaftskartells in der Berner Tageszeitung *Der Bund*.

Mit Symptomen wie Resignation, Apathie, nervöser Unruhe, Zukunftsangst, Interesse- und Lustlosigkeit wurde ab Mitte der 1970er-Jahre bei der Mehrheit der jungen Generation eine kollektive Depression diagnostiziert, die

70 Jugendfreizeit-Konzeption 1978, S. 38. Vgl. hierzu auch Babst, Claudius. Die Einsamkeit des jungen Arbeitslosen. In: Badener Tagblatt, Nr. 155, 7. 7. 1976.

71 Die Pro Juventute widmete 1976 eine ganze Ausgabe ihrer Zeitschrift der Jugendarbeitslosigkeit: Pro Juventute, Nr. 1/2 (1976). Vgl. hierzu auch die Zeitungsartikelsammlung zum Thema Jugendarbeitslosigkeit im Sozialarchiv (ZA 75.2). Zum Beispiel Reyhl, Erich. Unterschätzte Jugendarbeitslosigkeit. In: National-Zeitung, Nr. 259, 218.1976; mch. Die Jugendlichen am stärksten betroffen. In: Tagwacht, Nr. 70, 24. 3. 1977; Loebeli, Irene. Wir sind nicht zu faul zum Arbeiten. In: TA, Nr. 143, 23. 6. 1976, S. 51; o. A. Zukunftsprobleme der Jugend. Offenes Gespräch mit Bundesrat Brugger. In: St. Galler Tagblatt, Nr. 67, 20. 3. 1976; H. D. Jugend ohne Arbeit. Künftiges gesamtschweizerisches Politikum? In: Walliser Bote, Nr. 208, 10. 9. 1975; Leu, Philippe. Neuchâtel: des mesures contre les dangers de l'inoccupation pour les jeunes chômeurs. In: Journal de Genève, Nr. 73, 27./28. 3. 1976, S. 6.

72 Gilg/Halblützel 2006, S. 886.

73 APS 1976, S. 136 f.; o. A. Jugendarbeitslosigkeit – ein Problem? In: NZN, Nr. 188, 16. 8. 1975. Vgl. hierzu auch Leuenberger, Jörg P. Arbeitslose Jugend? In: Schweizerische Gewerbe-Zeitung, Nr. 13, 1. 4. 1976.

74 Nordmann, Dani. Mehr Freiräume schaffen! In: Volksrecht, Nr. 274, 23. 11. 1977. Er zitiert hier Robert Blancpain an einer Podiumsdiskussion von 1977. Vgl. Jugendfreizeit-Konzeption 1978, S. 37, 62.

75 Strahm, Ernst. Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu. In: Der Bund, Nr. 218, 18. 9. 1975.

sich in noch drastischeren Folgen wie Suizid oder Drogensucht äussern konnte. Bei diesem Befund handelte es sich auch um eine Selbstdiagnose der Gesellschaft: Jugend hatte einmal mehr die Funktion eines Stellvertreterdiskurses, mit dem am Ende des Wirtschaftsaufschwungs die weitverbreiteten Krisenwahrnehmungen und Zukunftsängste thematisiert wurden. Schliesslich wurden hier zentrale diskursive Elemente konstruiert, die bis in die 1980er-Jahre in der Rede von der unpolitischen «No-Future-Generation» wirkmächtig waren.⁷⁶

Weiter spiegelt der Wandel der Wahrnehmung von Jugend auch den umfassenden gesellschaftlichen Liberalisierungs- und Pluralisierungsprozess, wie er bereits in Kapitel 5 beschrieben wurde. In dessen Folge wurden tradierte normative Orientierungen durch liberalere Vorstellungen, Einstellungen, Mentalitäten und Lebensweisen ersetzt. Sexuelle Normen wurden gelockert, Geschlechterverhältnisse und Umgangsformen sowie Kleidungsgehnheiten wandelten sich, hierarchische und autoritäre Strukturen wurden abgebaut und neben Partizipation wurden Selbstbestimmung, Selbstbewusstsein und Mitverantwortung im erzieherischen Wertekanon wichtiger.⁷⁷ Bereits in der Zeit selbst hatte der Politologe Ronald Inglehart den Wertewandel hin zu postmateriellen Werten in der berühmt gewordenen Studie *The Silent Revolution* beschrieben.⁷⁸ Dieser Kulturwandel war in den 1970er-Jahren noch nicht abgeschlossen und setzte sich bis in die 1980er-Jahre fort. In den 1970er- und 80er-Jahren wurde der Liberalisierungsprozess aber zunehmend «normalisiert und nicht mehr als etwas besonderes begriffen»⁷⁹ und die neuen Wertvorstellungen fanden breitenwirksam Entfaltung. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass neue normative Konzepte von Jugend aufkamen.

Zwar blieben die Tradierung des kulturellen Erbes und die Gewährung gesellschaftlicher Kontinuität und Stabilität über die 1970er-Jahre hinaus wichtige Aufgaben von Jugend. Darauf verweist nicht zuletzt etwa die positive Beurteilung der fleissigen und angepassten Jugend, die solche Erwartungen erfüllte.⁸⁰ Auch der Topos von Jugend als Zukunft von Staat und Gesellschaft war weiterhin gültig. Noch 1975 wies Bundesrat Hans Hürlimann im *Tages-Anzeiger* darauf hin, dass es sich kein Land leisten könne, «auf die gestaltende und tragende Kraft der Jugend zu verzichten».⁸¹ Die Vorstellungen darüber, welche Funktionen junge Menschen in der Gesellschaft ausüben und einüben sollen, wurden im Laufe der 1970er-Jahre aber auch ergänzt. So kommen in den neuen Problematisierungsmustern der «Resignation» und «Apathie» implizit und gleichsam ex negativo auch veränderte normative Konzepte von Jugend zum Vorschein. Dazu gehörte die Vorstellung von einer aktiven und gestaltenden Generation:

76 Zur Wahrnehmung der «80er-Generation» als unpolitische «No-Future-Generation» Ritzer 2015, S. 33.

77 Scheibe 2002, S. 259–264; Skenderovic/Späti 2012, S. 184 f.; Siegfried 2006, S. 52.

78 Inglehart 1977.

79 Herbert 2002, S. 14, vgl. auch S. 31, 43.

80 Dies wurde bereits in Kapitel 2.1 ausgeführt.

81 zer. Die Solidarität der Jugend als Fundament. In: TA, 9. 4. 1975.

Jugendliche sollten nicht mehr nur unkritisch hergebrachte Werte und Regeln der vorherrschenden Lebensweise übernehmen, sondern sich an deren Gestaltung beteiligen. In diese Richtung zielten bereits die in Kapitel 5.3 vorgestellten jugendpolitischen Leitbegriffe der Mitsprache und Mitverantwortung der Jugendlichen, welche die hierarchischen Generationenbeziehungen durch die Forderung nach partnerschaftlichen Verhältnissen ersetzen sollten. In der Broschüre *Für eine aktive Jugendpolitik* von 1979 nannte die SAJV als Ziel der ausserschulischen Jugendarbeit etwa die «persönliche Entfaltung innerhalb der Gesellschaft, indem sie kritisches Denken, Öffnung gegenüber den Mitmenschen und Mitverantwortung fördert».⁸² Die SAJV zitierte dazu eine Studie des Europarats von 1974, die festhielt, dass der dynamische gesellschaftliche Wandel «das Modell der sozialen Anpassung» infrage stelle, «da sie nicht mehr voraussetzt, a priori die Regeln der vorherrschenden Lebensweise anzunehmen».⁸³ Wichtige Erziehungsziele waren nun Selbständigkeit und Selbstentfaltung und die Vorstellung, dass der Jugendliche «seinen Weg findet», wie es ein Psychologe in der *Schweizer Familie* formulierte.⁸⁴

Im Verlauf dieses Liberalisierungsprozesses verschoben sich auch Wertmassstäbe und Vorstellungen von falschem oder problematischem jugendlichem Verhalten.⁸⁵ Rebellisches und abweichendes Verhalten Jugendlicher sowie vormals irritierende jugendkulturelle Ausdrucksformen verloren damit bis zu einem gewissen Grad ihren provozierenden Effekt. Sie wurden nun zunehmend als normales Verhalten oder zumindest nicht mehr als Gefährdung des Gesellschaftssystems erachtet.⁸⁶ Der Historiker Thomas Ekman Jørgensen verweist darauf, wie in Westeuropa im Laufe der 1970er-Jahre viele Aspekte der jugendlichen «Gegenkultur» ins kulturelle Gesamtbild integriert wurden. So wurden zum Beispiel die Aktionsformen und die Forderungen der 68er-Bewegung zu anerkannten und konstitutiven Elementen des politischen Systems. Die politische Kultur, die Art und Weise, wie Themen artikuliert wurden, und auch die Themen selbst wandelten sich nachhaltig.⁸⁷ In der Schweiz setzten beispielsweise die Parteien der neuen Linken, wie die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), den

82 SAJV. *Für eine aktive Jugendpolitik*, 1979, S. 13 f. Auf diese neuen normativen Vorstellungen verweist etwa auch ein Artikel in der *Zeitschrift für öffentliche Fürsorge* aus dem Jahr 1974 von Rudolf Tuor. Er forderte, dass Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden müsse in «der ihr eigenen Weise an der Gesellschaftsentwicklung teilzunehmen». Tuor 1974, S. 66.

83 «Die Lehrjahre und die Jahre der Verantwortung» seien nicht mehr «nachfolgende Lebensabschnitte, sondern bestehen gleichzeitig». Dies erfordere unter anderem eine frühere Übernahme von Verantwortung. Grosjean, Etienne (Conseil de l'Europe). *La participation des jeunes. Étude exploratoire pour le comité de l'éducation*, Strasbourg 1974, S. 6 (übersetzt durch die SAJV).

84 W. W. Eltern haben es nicht leicht! In: *Schweizer Familie*, Nr. 2, 8. 1. 1975, S. 5. Vgl. hierzu auch Bürki, Ago. Die Elternschule der Zürcher Frauenzentrale. In: *Pro Juventute*, Nr. 8/9 (1977), S. 292: «[...] unsere Kinder müssen lebens-tüchtig werden, aber auch liebesfähig und vor allem selbständig, bereit zu Veränderung und Eigenständigkeit.» (Hervorhebung im Original)

85 Reichardt 2014, S. 778.

86 Ekman Jørgensen 2006, S. 371–374.

87 Ebd., S. 368. Vgl. hierzu auch Tanner 2015, S. 396.

Umweltschutz oder die Gleichstellung der Geschlechter durchaus erfolgreich auf die politische Agenda. 1971 wurde das Frauenstimmrecht eingeführt und in den 1970er-Jahren in verschiedenen Kantonen das Konkubinatsverbot abgeschafft.⁸⁸ Dieser Kulturwandel manifestierte sich auch in den veränderten Deutungen der 68er-Bewegung. An diese wurde nämlich nicht nur erinnert, um – wie zu Beginn dieses Kapitels dargelegt – mit Erleichterung festzustellen, dass die Jugendbewegung vorbei war, und um eine Verbesserung aufzuzeigen. Gegen Ende der 1970er-Jahre idealisierten Zeitungen, die sich noch wenige Jahre zuvor empört über die Jugendproteste geäußert und sie als Gefahr für das Gesellschaftssystem geortet hatten, diese nun als positive Antithese zu den aktuell als problematisch erachteten apathischen, resignierten, drogensüchtigen oder arbeitslosen Jugendlichen. Das *Schweizerische Kaufmännische Zentralblatt* (SKZ) etwa beschrieb diese Zeit als die «Goldenen 60er Jahre»⁸⁹ und das *Journal de Genève* als «Age d'or».⁹⁰ Die Forderungen und Werte der 68er-Bewegung, so machen diese Zitate deutlich, hatten sich Ende der 1970er-Jahre weitgehend etabliert und wurden Teil des gesellschaftlichen und kulturellen Mainstreams.

Dies sowie die Verschiebung der Problemwahrnehmung wird am Beispiel der Musik gut deutlich. Wurde Beatmusik in einer breiten Öffentlichkeit noch in den 1960er-Jahren häufig kritisch und als Zeichen einer subversiven Haltung betrachtet, wurde sie in den 1970er-Jahren zumeist positiv gedeutet. Ein Artikel im SKZ beschrieb sie etwa als «eine Bewegung des Sichöffnens». Die «Musik, der Tanz [zur Beatmusik] waren Ausdruck der Lebensbegeisterung, des Protestes auch, aber verbunden mit dem Gefühl der Hoffnung und des Glücks».⁹¹

Der hohe Symbolgehalt der Musik blieb aber weiterhin wichtig, um die neue «Wesensart» der Jugendlichen zu beschreiben und Probleme zu identifizieren. Nun wurde die in den 1970er-Jahren bei Jugendlichen angesagte Discomusik als Ausdruck neuer Probleme präsentiert. Ausgelöst wurde die «Discowelle» mit ihren tanzbaren, schnellen Beats und den sich wiederholenden Refrains durch den Tanzfilm *Saturday Night Fever*, dessen Soundtrack von den Bee Gees stammte. Er kam 1977 in den USA ins Kino und lief 1978 auch im deutschsprachigen Raum an. Der erfolgreiche Film, dessen Hauptrolle der US-amerikanische Schauspieler John Travolta spielte, war für Jugendliche in Europa und den USA Inspirationsquelle für ihre Kleidung, ihren Musikgeschmack und ihren Tanzstil.⁹² Ein 1978 in der *Schweizer Illustrierten* erschienener mehrseitiger und ausführlich bebildeter

88 Skenderovic/Späti 2012, S. 181, 183, 185.

89 Häberli, Hans P. Sich dem Leben verweigern. Neue Protestform vieler Jugendlicher. In: SKZ, Nr. 23, 8. 6. 1979.

90 Monnier, Claude. Jeunes et indifférents. In: *Journal de Genève*, Nr. 219, 20. 9. 1978, S. 1. Vgl. auch o. A. «Es schysst mi a». In: *Der Bund*, Nr. 11, 14. 1. 1978. Der Bund schrieb, dass sich die Jugendlichen häufig langweilen würden. Das könne einen traurig stimmen, seien die kreativen Impulse in letzter Zeit doch von den Jungen gekommen.

91 Häberli, Hans P. Sich dem Leben verweigern. Neue Protestform vieler Jugendlicher. In: SKZ, Nr. 23, 8. 6. 1979. Derselbe Artikel auch in *St. Galler Tagblatt*, 14. 7. 1979.

92 Faulstich 2004, S. 140.

Artikel beschrieb, wie die «Discowelle» auch die jungen Schweizerinnen und Schweizer gepackt habe und diese Samstagnacht «flippen» würden (Abb. 26). Bereits der Titel «Diese lieben braven Travoltas»⁹³ wies jedoch darauf hin, dass diesen Disconächten kein Bedrohungspotenzial zukam. Sie seien ein äusserst harmloser Spass: «Drei Stunden heisser Disco-Sound. Und dann ganz kühl wieder nach Hause»,⁹⁴ fasste der Autor des Artikels zusammen. Die unterschwellige Botschaft dieses kurzen Fazits war, dass sich die Jugendlichen am Wochenende für wenige Stunden beim Tanzen austobten, um danach wieder ihren gesellschaftlichen Pflichten im Alltag nachzukommen. Die Jugendlichen erschienen in diesem Artikel genauso brav, harmlos und angepasst wie die Musik, die sie hörten. Sie wurden als oberflächliche Hedonisten beschrieben, die mit dem Konsum von Kleidern, Musik und Filmen das Vakuum zu füllen suchten, das der rasante Gesellschaftswandel hinterlassen hatte.⁹⁵

Die Discomusik war weiter auch Symbol von Resignation und wurde als Mittel zur Flucht vor der Realität beschrieben. Sie sei der «Ausdruck einer Generation, die sich verloren fühlt, ohnmächtig einer lieblosen Welt preisgegeben», so der bereits zitierte Artikel im SKZ. Aus dieser Perspektive erschienen die Diskotheken als «Traumwelten» und «Fluchtburgen», in die sich die vom Leben enttäuschten und resignierten Jugendlichen zurückzogen.⁹⁶

Am Ende der 1970er-Jahre, das demonstrieren diese Beispiele, hatte sich Jugend in den Augen ihrer Beobachter nochmals grundlegend gewandelt. Insbesondere im Vergleich zur protestierenden Jugend der 68er-Bewegung wurde die gegenwärtige Jugend als ruhig und angepasst einerseits und orientierungslos, resigniert und suchtgefährdet andererseits wahrgenommen. Im März 1979 resümierte ein Zeitgenosse in einem Leserbrief an den *Tages-Anzeiger* diese zentralen Sichtweisen, die das Reden über Jugend in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre prägten: «Die Jugend erscheint im Gegensatz zu 1968 [...] ruhig. Die Mehrheit der Jugendlichen passt sich den erschwerten Bedingungen in Schule und Lehre an. Eine Minderheit ist den heutigen Verhältnissen nicht gewachsen. Sie verfällt dem Alkohol und den Drogen, lässt sich ziellos dahintreiben.»⁹⁷ Somit galten zum Zeitpunkt der Publikation der Studien die als problematisch erachteten

93 Früh, Thomas. Diese lieben braven Travoltas. In: SI, Nr. 41, 4. 10. 1978, S. 30 f.

94 Ebd.

95 Sehr ähnlich ein Artikel im *Züri Leu* über die «Disco number one» für Kinder und Jugendliche in Zürich Wipkingen. Sprecher, Margrit. Sonntagnachmittag-Fieber. In: *Züri Leu*, Nr. 59, 17. 8. 1979. Sie beurteilte die Jugendlichen als «ebenso harmlos und angepasst wie ihre Musik [...] Sie sind keine Revolutionäre, wollen sich hier nur ein Stück Leben holen, das ihnen ausserhalb [...] niemand bietet.» Vgl. auch Affemann, Rudolf. Krise der Jugend – Krise der Gesellschaft. In: *Schweizer Rundschau*, Nr. 4, Juli/August 1973, S. 265; Giger, Andreas. Die resignierende Generation. In: *TA-Magazin*, 19. 2. 1972, S. 26 f.; Schwander, Marcel. Sucht bei Jugendlichen ist «Ausdruck der Leere». In: *TA*, 2. 11. 1979. Vgl. hierzu auch Interview «Es schreit in mir» mit Ernst Kappeler. In: *Die Weltwoche*, Nr. 40, 3. 10. 1979; *Jugendfreizeit-Konzeption* 1978, S. 31.

96 Häberli, Hans P. Sich dem Leben verweigern. Neue Protestform vieler Jugendlicher. *SKZ*, Nr. 23, 8. 6. 1979.

97 Ohne Autor. Leserbrief. In: *TA*, Nr. 65, 19. 3. 1979.



Abb. 26: Die *Schweizer Illustrierte* porträtierte 1978 in einer Reportage Jugendliche, die vom «Travolta-Fieber» und der «Discowelle» erfasst wurden. *Schweizer Illustrierte*, Nr. 41, 4. 10. 1978, S. 30 f.

Phänomene, wie zum Beispiel die gesellschaftliche Isolierung der Jugend, häufig als nicht mehr vordringlich. Mit der Verschiebung der Aufmerksamkeit auf resignierte oder drogensüchtige Jugendliche rückten wieder vermehrt sogenannte Problemjugendliche in den Vordergrund des öffentlich-politischen Interesses, also einzelne oder kleine Gruppen Jugendlicher, die als krank oder gefährdet galten und mit denen sich traditionellerweise die Institutionen der Jugendhilfepolitik beschäftigten.⁹⁸ Für diese neuen Problemwahrnehmungen drängten sich andere Lösungsansätze auf als die von *Jugend und Gesellschaft* und der Studiengruppe des EDI konzipierte Jugendpolitik, die sich primär an sogenannte normale Jugendliche richtete.⁹⁹ Verschiedentlich wurde der Vorwurf laut, dass die in Angriff genommenen Massnahmen, wie die Gründung der EKJ, für die Lösung der neuen, als akuter wahrgenommenen Probleme untauglich seien. Theodor Gut, Präsident der Studiengruppe des EDI, gestand zum Beispiel im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit ein, dass man angesichts «solcher drängender Probleme [...] zur tiefen Schubladisierung der Vorschläge [der Studiengruppe des

⁹⁸ Zur Jugendhilfepolitik vgl. Kapitel 3.1.

⁹⁹ Vgl. hierzu Hagmann, Luc. Jugendpolitik: Eine Alibiübung im Abseits? In: TA, Nr. 211, 12. 9. 1979. Derselbe Artikel erschien auch in: SKZ, 6. 5. 1979.

EDI] geneigt sein [kann]». ¹⁰⁰ Sein Votum macht nochmals deutlich, wie prekär und kurzfristig das produzierte Wissen zu Jugend war.

Während in einer breiten Öffentlichkeit bereits neue Sichtweisen und Argumente dominierten, wurden die Schlussfolgerungen der Studien von anderen Akteuren allerdings nicht gänzlich infrage gestellt und sie fanden vereinzelt auch Eingang in weitere jugendpolitische Untersuchungen. ¹⁰¹ Zu nennen ist etwa eine Studie aus der Region Zürich mit dem Titel «Zur Situation der Jugendhilfe und Jugendarbeit im Bezirk Meilen» ¹⁰² von 1978. Sie übernahm die zentralen Argumentationslinien der hier untersuchten Jugendstudien über weite Strecken und zitierte diese auch. ¹⁰³ Diese Berichte wandten sich allerdings an ein kleines Publikum und wurden ausserhalb der betroffenen Gemeinde oder des betroffenen Kantons kaum rezipiert.

Insgesamt bildeten die Jugendstudien, die Ende der 1960er-Jahre als Reaktion auf neue Problemwahrnehmungen von Jugend in Angriff genommen wurden, also weder einen erfolgreichen Abschluss noch eine Lösung dieser Probleme. Die Ratlosigkeit, wie sie am Ende der 1970er-Jahre in einer breiten Öffentlichkeit allenthalben zum Ausdruck kam, sollte sich 1980 nochmals in aller Deutlichkeit manifestieren. Weder die EKJ mit ihrem Anspruch, eine Beobachterposition für Jugendprobleme einzunehmen und Krisensituationen rechtzeitig zu erkennen, noch der Zürcher Delegierte für Jugendfragen waren auf die Jugendbewegung vorbereitet, die sich 1980 in Zürich bildete und die nach den «Opernhauskrawallen» am 30. Mai 1980 auf weitere Schweizer Städte, darunter Basel, Bern und Lausanne, übergriff. Während zweier Jahre zog sie mit unkonventionellen Protesten, bisweilen aufsehenerregenden Aktionen und der Zerstörung von Schaufenstern oder Autos die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. ¹⁰⁴ Die Formierung dieser neuen Jugendbewegung wurde nicht bemerkt und das Ziel, mit der Wissensproduktion und der Schaffung einer Jugendpolitik, die «Jugendprobleme» zu lösen und zukünftige Auseinandersetzungen wie 1968 zu verhindern, blieb unerreicht. Die mit der Wissensproduktion verbundenen Zielsetzungen scheiterten unter anderem deshalb, weil die Verantwortlichen der Jugendstudien sich an Erkenntnisinteressen der Vergangenheit orientiert und dabei die Wandelbarkeit von Jugend, ihrer Anliegen und Probleme ignoriert hatten. Mitverantwortlich dafür war weiter, dass auch die neuen jugendpolitischen Instrumente und Organe alten Mustern verhaftet blieben. Sie hatten vor allem die in Verbänden organisierten Jugendlichen im Blick, ein Austausch mit anderen Jugendlichen blieb hingegen aus. Schliesslich ist das Scheitern damit zu erklären, dass die öffentlichen Jugendediskurse auch in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre weniger ein getreues

¹⁰⁰ Gut, Theodor. Für eine systematische Jugendpolitik. In: Der Landbote, Nr. 245, 23. 10. 1975, S. 4.

¹⁰¹ Darauf verweist etwa Gilg 1974, S. 5.

¹⁰² Wyssling 1978.

¹⁰³ Ebd., S. 18.

¹⁰⁴ Ein aktueller Überblick über die 80er-Bewegung findet sich bei Tanner 2015, S. 423–425. Vgl. auch Tackenberg 2007. Vgl. hierzu auch Ritzer 2015, S. 31.

Abbild der Jugendlichen als eine gesellschaftliche Selbstbespiegelung waren. Der Blickwinkel der Jugendbeobachterinnen und -beobachter war durch die Fokussierung auf die Krise verengt, weshalb es ihnen nicht gelang, neue Tendenzen und Entwicklungen zu erkennen.

7 Die Gesellschaft beobachtet sich selbst: Schluss und Ausblick

1958 hatte Albert Rotach von den Westschweizer Jugendverbänden in einem Schreiben an die Sektion Jugend der Nationalen Schweizerischen Unesco-Kommission (NSUK) betont, dass allenthalben gefordert werde, die aktuelle Jugend besser kennenzulernen. Das Anliegen verschiedener Akteure, die unbekannte Jugend genau zu durchleuchten, ist Ausgangspunkt und roter Faden der vorliegenden Arbeit. Im Sinne einer «Beobachtung zweiter Ordnung» untersuchte ich, wie Jugend zwischen 1945 und 1979 an der Schnittstelle zwischen medialer Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft wahrgenommen, thematisiert und problematisiert wurde, wieso und wie Wissen zu Jugend produziert wurde und ob dieses Wissen einen Wandel im Politikfeld Jugend ansties. Wegweisend war dabei die Prämisse, dass die Beobachtung von Jugend stets auch der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung und -beschreibung diene. Ich begriff die Wissensproduktion zu Jugend und die Auseinandersetzungen um jugendpolitische Reformen als Ausdruck eines gesellschaftlichen Lern- und Anpassungsprozesses.

Jugend als Garantin gesellschaftlicher Kohäsion und Stabilität

Das Reden und Schreiben über Jugend war über den ganzen Untersuchungszeitraum normativ aufgeladen. Das Verhalten und Aussehen Jugendlicher wurde an gesamtgesellschaftlichen Zielen, Werten und Ordnungsmodellen gemessen. Als spezifisch für die Schweizer Jugenddebatten in der Nachkriegszeit erwies sich der Kontinuitätsgedanke. Jugend stand in der Schweiz nicht wie etwa in den kriegsversehrten Nachbarländern für einen Neubeginn, sondern für Beständigkeit und Kontinuitäten über den Krieg hinaus. Jugendlichen wurde die Funktion zugeschrieben, den gesellschaftspolitischen Status quo zu erhalten und dadurch Stabilität und kulturelle Kohärenz zu stiften. Zum einen sollte dies über die Anpassung an und die Tradierung von bestehenden Werten und Handlungsmustern geschehen. Zum anderen wurde von Jugendlichen gesellschaftliche Solidarität, verstanden als soziales Verantwortungsgefühl über Altersgrenzen, gesellschaftliche Schichten und Sprachgrenzen hinweg, erwartet.

Neben diesen normativen Vorstellungen existierten in den «langen fünfziger Jahren» Problemwahrnehmungen, die Jugend als speziell gefährdete Lebensphase deuteten und Gefahren vor allem in der Konsum-, Unterhaltungs- und Werbeindustrie sowie in gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen allgemein eruierten. Daraus ergaben sich zivilisations- und kulturkritisch geprägte Problematisierungen, wie die «Reizüberflutung» durch die moderne Zivilisation, die «Akzeleration», das «Freizeitproblem» oder die «Halbstarken». Von diesen Problemen schienen vor allem einzelne oder kleine Gruppen von Jugendlichen

betroffen, die wahlweise als verwahrlost, krank, kriminell oder bedürftig und deshalb als besonders gefährdet erachtet wurden. Das in der historischen Jugendforschung dominante Narrativ eines Gefährdungsdiskurses kann aber auch relativiert werden, wurde Jugend in den 1950er-Jahren doch auch entproblematisiert. Abgesehen von einzelnen Problemfällen erschienen Jugendliche insgesamt als unauffällig und konformistisch. Die zeitgenössischen Beobachterinnen und Beobachter beurteilten diesen Befund bisweilen kritisch, zumeist aber positiv: Er entsprach dem verbreiteten Ideal einer Jugend, die gesellschaftliche Werte und Verhaltensmuster reproduzierte.

Während die normativen Anforderungen an Jugendliche bis Mitte der 1970er-Jahre und teilweise auch darüber hinaus äusserst stabil blieben, veränderte sich die Wahrnehmung, wie Jugendliche seien, und es wandelten sich auch die Problematisierungen von Jugend. Jugend rückte ab Mitte der 1960er-Jahre in einer breiten Öffentlichkeit zunehmend als distinktive Altersgruppe und als generationelle Einheit in den Blick. Sie wurde als auffällige soziale Gruppe problematisiert, die sich von den Erwachsenen durch ihr Aussehen, ihr Verhalten und ihre Wertvorstellungen unterschied.

Eine Voraussetzung für diesen auffälligen Bruch in der Wahrnehmung von Jugend waren die sozioökonomischen Veränderungen der Nachkriegszeit, von denen auch die Jugendlichen profitierten. Sie verfügten über mehr Freizeit und über deutlich grössere finanzielle Mittel als ihre Vorgänger und wurden zu einer wichtigen Kaufkraft. Sie verwendeten spezifisch jugendliche Produkte, Verhaltensweisen und Freizeitbeschäftigungen als kulturelle Codes der generationellen Verbindung einerseits und zur Abgrenzung gegenüber den Erwachsenen andererseits. Die Massenmedien waren an der diskursiven Einschreibung von Jugend als einer auffälligen, unbekannten und homogenen sozialen Gruppe entscheidend beteiligt. Sie interessierten sich ab den 1960er-Jahren zunehmend für Auffälligkeiten und betonten die irritierenden äusserlichen Merkmale und Verhaltensweisen Jugendlicher.

Eine internationale Jugendkonferenz als Auftakt für die Erforschung von Jugend

Der Wahrnehmungswandel schuf die diskursive Basis für Forderungen, die Jugend zu untersuchen und neue politische Institutionen und Strukturen für sie zu schaffen. Die bestehende Jugendhilfepolitik, die sich vor allem an Kinder und Jugendliche richtete, die in irgendeiner Weise als «anormal» galten, schien der neuen Situation nicht mehr gerecht zu werden. Verschiedene Stimmen erachteten nun eine umfassende, vom Bund koordinierte Jugendpolitik als nötig, die sich an Jugend als Altersgruppe richtete und auch sogenannte normale oder unauffällige Jugendliche einschloss.

Zu den Ersten, die eine solche Jugendpolitik sowie Jugendstudien forderten, gehörten halb und nicht staatliche Akteure wie die NSUK und die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV). Sensibilisiert durch Jugenddebatten und Jugendstudien in anderen Ländern und im Umfeld der Unesco, wiesen

diese Akteure darauf hin, dass es an Wissen über Jugend in der Schweiz mangle, und sie forderten ein Organ, das sich der gesamten Schweizer Jugend annehme. Weiter kritisierten sie, dass die ausserschulische Bildung in der Schweiz ein Randdasein führe und die in diesem Bereich aktiven Jugendverbände nicht vom Bund unterstützt würden. Bereits Ende der 1950er-Jahre konzipierten sie erste Entwürfe für eine Jugendstudie, die allerdings aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt wurden. Ein wichtiger Impuls kam schliesslich von der ersten Weltjugendkonferenz der Unesco in Grenoble 1964. Hier wurden die Auswirkungen der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse auf das Aufwachsen Jugendlicher thematisiert und die Relevanz der ausserschulischen Bildung, einer staatlicher Jugendpolitik sowie der Jugendforschung betont. Mit Bezug auf diese Konferenz machten die Schweizer Delegierten in der Folge Druck beim Bund. Dieser willigte 1967 ein, eine Studie mitzufinanzieren. Sie wurde von den vier Genfer Soziologen Pierre Arnold, Michel Bassand, Bernard Crettaz und Jean Kellerhals in Zusammenarbeit mit der NSUK, der SAJV sowie dem EDI verfasst und erschien 1971 unter dem Titel *Jugend und Gesellschaft. Wegzeichen zu einer Jugendpolitik*.

Nach 1968 stiessen die jahrelangen Forderungen der Jugendverbände und der NSUK auch bei Behördenmitgliedern sowie Politikerinnen und Politikern auf Gehör und die Jugend rückte definitiv ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit. Die Jugend- und Studentenunruhen fungierten in diesem Prozess als Katalysator. Nach 1968 wurde die bessere Kenntnis der jungen Generation allenthalben als dringlich erachtet und Jugendpolitik wurde zu einem verbreiteten Schlagwort. Zu diesem Zweck wurden zunächst auf der Ebene der Gemeinden und Kantone, schliesslich auch beim Bund Kommissionen gegründet, die Studien in Auftrag gaben oder selbst erarbeiteten. «1968» war somit weniger Auslöser als vielmehr ein «kritisches Ereignis», das die Wahrnehmung unterschiedlicher Akteure synchronisierte und gemeinsames Handeln und kollektiv verbindliche Lösungen auf politischer Ebene ermöglichte.

Das grösste und aufwendigste Studienprojekt entstand in Zürich. Die kurz nach dem «Globuskrawall» vom Zürcher Stadtrat gegründete Externe SKJ hatte eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema «Unrast der Jugend» angeregt. Deren Hauptstudie wurde von den Zürcher Soziologen Robert Blancpain und Erich Häuselmann verfasst und erschien 1974.

Auf Bundesebene waren es einzelne Politiker und Interessenverbände, die nach 1968 mit parlamentarischen Vorstössen Jugendthemen aufbrachten. Die beiden LdU-Nationalräte Alfred Rasser und Fritz Tanner forderten beispielsweise eine Expertenkommission, einen «Sozialbericht» und Grundlagenforschung über Jugend. 1971 ernannte der Bundesrat die Studiengruppe des EDI für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik unter der Leitung von Theodor Gut. Sie sollte abklären, wie eine «systematische Jugendpolitik» umgesetzt werden könne. Ihr Bericht *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* erschien 1973.

Konfliktträchtige Wissensproduktion zwischen Politikern und Wissenschaftlern

Die Studien *Jugend und Gesellschaft* (1971), *Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik* (1973) und *Zur Unrast der Jugend* (1974) wurden zwischen 1967 und 1973/74 im Schnittpunkt von Wissenschaft und Politik erarbeitet. Es handelte sich dabei nicht um einen linearen Wissenstransfer, bei dem Wissenschaftler Wissen produzierten, das Politikerinnen und Politiker, Kommissions- und Behördenmitglieder übernahmen. Vielmehr entstanden die Studien in einem bourdieuschen «Kräftefeld»,¹ das von divergierenden Interessen sowie von Auseinandersetzungen um die Spielregeln, nach denen die Studien erstellt werden sollten, geprägt war. Insbesondere beim Zürcher Studienprojekt waren die Soziologen um Peter Heintz mit Zweifeln an ihrer Objektivität und ihrer Glaubwürdigkeit konfrontiert. Dennoch konnten die Wissenschaftler diesem Druck auch standhalten und ihre Interessen durchsetzen. In der Erarbeitung aller hier untersuchten Jugendstudien spielten insbesondere die Soziologen eine zentrale Rolle. Sie prägten mit ihren Perspektiven und Herangehensweisen die Ergebnisse.

Diese Konflikte sowie die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen beeinflussten die Methodenwahl und Vorgehensweisen der Studienverantwortlichen massgeblich. So beriefen sich die Autoren der Zürcher Studie auf exklusive Eigenschaften wie wissenschaftliche Objektivität, um sich vom politischen Einfluss zu distanzieren und Glaubwürdigkeit zu erlangen. Sie konzipierten eine Studie mit quantitativen Methoden, die objektive Resultate versprach und für Laien nur schwer verständlich war. Das Forschungsdesign war weiter geprägt durch spezifische Deutungen der Jugend- und Studentenunruhen und durch zeitgenössische Sichtweisen auf Jugend: Die Autoren fokussierten Jugend als generationelle Einheit und nahmen vor allem Unterschiede zwischen den Generationen in den Blick. Die Analyse der Aushandlungen um die Definition von Jugend machen schliesslich deutlich, dass die Studienverantwortlichen den Jugendbegriff strukturell auslegten und Jugend als gesellschaftlich geprägte Übergangsphase interpretierten.

Mehr Partizipation zur Verhinderung einer «Isolation» von Jugend

Aus der soziologischen Perspektive der Studienverantwortlichen erschienen «Jugendprobleme» als Folge des rasanten sozioökonomischen Wandels und insofern als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Problematik. Eine ihrer Haupte Erkenntnisse war, dass sich die Jugendphase aufgrund verschiedener sozialer Transformationsprozesse, wie etwa der Bildungsexpansion und der Urbanisierung, ausdehne und Jugend zu einer distinktiven sozialen Gruppe werde. Indem sich Jugendliche zunehmend in altershomogenen Gruppen bewegten, würden sie von der Erwachsenengesellschaft abweichende Verhaltensmuster und Wertvorstellungen sowie ein generationelles Bewusstsein entwickeln. Da-

1 Bourdieu 1998, S. 20.

mit verbunden waren verschiedene Problemwahrnehmungen: Jugend werde zu einer eigenständigen und dauerhaften Lebensphase, womit sich der Generationenkonflikt verschärfe, die Erwachsenen die Kontrolle über die Jugendlichen verlören und die Gesellschaft destabilisiert werde. Diesen Diagnosen lag ein spezifisches Jugendbild zugrunde: Jugend wurde nicht als Ansammlung von Individuen eines bestimmten Alters, sondern als «Generationseinheit» konzipiert, sie wurde als auffällig und sichtbar beschrieben, als emanzipiert und selbstbewusst und die eruierten «Jugendprobleme» als Phänomene, die vor allem junge Männer in der Stadt betrafen. Die Studien übernahmen damit die in der Öffentlichkeit verbreiteten Sichtweisen auf Jugend als distinktive soziale Gruppe, spitzten sie durch die Verwendung alarmistischer Metaphern aber noch zu.

Mit diesen Perspektiven schrieben sich die Schweizer Jugendstudien in einen internationalen Forschungsdiskurs ein. Die Autoren rezipierten und reproduzierten Argumentationsweisen und Deutungsmuster von in der Zeit aktuellen Studien. Wegweisend erscheinen insbesondere die These der Kulturanthropologin Margaret Mead zum «Konflikt der Generationen» und die Arbeit des Soziologen Friedrich H. Tenbruck über die Genese altershomogener Gruppen und die Entwicklung einer jugendlichen Teilkultur.

Insgesamt zeigte sich jedoch eine Kluft zwischen dem, was die Jugendlichen damals beschäftigte, und dem, was die Experten beobachteten. Bestimmte jugendkulturelle Alltagserfahrungen und Interessen, wie Sport, Sexualität, Mode oder Kino, blieben unterbelichtet. Grund für diese Verzerrung war unter anderem, dass die Studienverantwortlichen die gesellschaftliche Position Jugendlicher fokussierten, andere Aspekte hingegen ausblendeten und dass die Jugendlichen ihre Sichtweisen und Anliegen nur indirekt einbringen konnten.

Die Autoren suchten Antworten auf die festgestellten Probleme, wie die gesellschaftliche Isolation der Jugend, in partizipativen Politikmodellen, welche die defizit- und schutzorientierte Jugendhilfepolitik ergänzen oder ersetzen sollten. Sie forderten mehr Mitsprache und Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in Politik und Gesellschaft. Allerdings, so eine weitere Erkenntnis der vorliegenden Arbeit, standen diese Prämissen im Widerspruch zur Praxis der Akteure, die sie propagierten. Jugendliche wurden bei der Erarbeitung der Studien und im anschliessenden Meinungsbildungsprozess nämlich kaum mit einbezogen. Zudem herrschte eine sichtliche Diskrepanz zwischen den jugendpolitischen Leitbegriffen und den Empfehlungen zur Umsetzung einer Jugendpolitik. Mit Vorschlägen wie einem Jugenddelegierten oder Subventionen an die Jugendverbände wurden nicht Partizipation und Mitbestimmung Jugendlicher umgesetzt, sondern vielmehr generationelle Hierarchievorstellungen perpetuiert. Die meisten jugendpolitischen Vorschläge wurden überdies gar nicht realisiert. Sie stiessen in der Vernehmlassung und in der medialen Berichterstattung auf harsche Kritik. Die negative öffentliche Rezeption war mitverantwortlich dafür, dass einzig der Vorschlag, die Jugendverbände und die ausserschulische Jugendarbeit zu unter-

stützen, in Form von Subventionen umgesetzt wurde. Anstelle des von der Studiengruppe des EDI präsentierten Jugendbeauftragten wurde auf Bundesebene 1978 eine ausserparlamentarische Kommission, die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen (EKJ), gegründet. Die EKJ sowie der Kredit des Bundes für die Jugendverbände stellten eine Neuheit dar. Jugend, die in der föderalistischen Schweiz bis anhin eine Angelegenheit der Kantone und Gemeinden war, wurde damit erstmals auch auf Bundesebene zu einem eigenen wissensbasierten Politikfeld. Dennoch blieben die partizipativen jugendpolitischen Prämissen mehrheitlich unerfüllt und die neu geschaffenen Institutionen und Instrumente einer traditionellen Jugendhilfepolitik verhaftet.

Fleissig oder resigniert? Erneuter Wahrnehmungswandel am Ende der «trente glorieuses»

Der Abschluss der Studien und die Umsetzung jugendpolitischer Reformen fielen in eine Zeit, in der sich die Wahrnehmung eines fundamentalen Wandels von Jugend im Vergleich zur protestierenden 68er-Jugend verbreitete. Die in den Studien behandelten Themen und Probleme erschienen zum Zeitpunkt ihrer Publikation deshalb häufig als nicht mehr aktuell oder als nicht mehr drängend. Jugendliche wurden ab Mitte der 1970er-Jahre, wie bereits in den 1950er-Jahren, wieder vermehrt als angepasst, strebsam und gesellschaftlich gut integriert erachtet. Die eigene Altersgruppe schien für Jugendliche an Identifikationspotenzial einzubüssen und der Generationenkonflikt sich dementsprechend zu entschärfen. Dies wurde bisweilen positiv beurteilt, da Jugendliche damit die ihnen zugeschriebenen Funktionen erneut zu erfüllen schienen. Zugleich entstanden auch neue Problemwahrnehmungen: Eine Mehrheit der Jugendlichen galt als passiv und resigniert, bei einer Minderheit wurden Folgeprobleme wie Drogenabhängigkeit festgestellt. Sowohl Fleiss und Anpassung wie auch Resignation wurden als Reaktionen auf die Wirtschaftskrise gedeutet.

Der diskursive Wandel ist weiter untrennbar mit einem Prozess der Liberalisierung verbunden, in dessen Verlauf neue, liberale Vorstellungen und damit auch neue normative Vorstellungen von Jugend flächendeckend Verbreitung fanden. Zu diesen neuen Erwartungen an Jugendliche gehörte etwa, dass sie Werte und Normen nicht nur tradieren, sondern sich aktiv an deren Gestaltung beteiligen, Selbständigkeit und kritisches Bewusstsein entwickeln sollten.

Insgesamt nahmen die Beobachterinnen und Beobachter Jugend ab Mitte der 1970er-Jahre erstaunlich konformistisch wahr. Dabei blendeten sie die gesellschaftlichen Brüche, die sich in den 1970er-Jahren verschärften und sich ab 1980 in neuen Protestwellen entluden, mehrheitlich aus. Sie reagierten sodann überrascht und überfordert auf die «Opernhauskrawalle» Ende Mai 1980 in Zürich, die der Beginn der Zürcher Jugendunruhen waren, die später auch auf andere Schweizer Städte übergriffen. Dass die Formierung dieser Protestkultur unbemerkt blieb, war unter anderem auch deshalb möglich, weil die EKJ ihrer Beobachterposition zu wenig gerecht wurde und neue Entwicklungen kaum erkennen und einschätzen konnte. Ein weiterer Grund dafür war, dass die öffent-

liche Wahrnehmung von Jugend auch in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre eine Selbstbespiegelung der Gesellschaft war und die Sicht der Jugendbeobachter deshalb getrübt blieb.

Die Gesellschaft beobachtet sich selbst

Die Prämisse, dass die Beobachtung von Jugend stets auch Selbstbeobachtung der Gesellschaft war, liegt dieser Arbeit als Leitmotiv zugrunde. Im Reden über Jugend spiegelten sich zwischen 1945 und 1979 in unterschiedlichen Ausprägungen und Konjunkturen Themen und Ängste, welche die Bürgerinnen und Bürger beschäftigten, und es wurden gesellschaftliche Ordnungsmodelle und normative Vorstellungen verhandelt. Drei Diskurse waren dabei zentral: Anhand von Jugend wurde über das nationale Selbstverständnis reflektiert, es wurde der Gesellschaftswandel der Nachkriegszeit verhandelt und es fand eine Auseinandersetzung mit der ab Mitte der 1970er-Jahre verbreiteten Krisenwahrnehmung statt.

Erstens wurde über Jugend ein schweizerischer Identitätsdiskurs geführt. In den «langen fünfziger Jahren» wurde die Schweiz als Ort politischer und gesellschaftlicher Stabilität und Kontinuität über den Zweiten Weltkrieg hinaus konzipiert und als eine gegen innen geeinte Volksgemeinschaft und gegen aussen abgeschlossene «Abwehrgemeinschaft».² Diese konservative, auf Konformität und Konsens ausgelegte Rhetorik entstammte der geistigen Landesverteidigung und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in einen antikomunistischen Abwehrdiskurs eingefügt. Jugendlichen kam in der Konsolidierung und Stabilisierung dieser «imagined community»³ eine wichtige Funktion zu. Sie sollten sogenannte schweizerische Werte, darunter innergesellschaftliche Solidarität, Demokratie und Fleiss, tradieren und sie wurden kontinuierlich als Träger dieser Elemente der nationalen Identitätskonstruktion inszeniert. Beispielsweise wurde von ihnen erwartet, dass sie über freiwillige Dienste und karitative Einsätze über Generationen, gesellschaftliche Schichten und Sprachregionen hinweg verbindend wirken und die gesellschaftliche Kohäsion festigen. Die dehnbaren und semantisch offenen Konzepte der Solidarität oder des Wertetransfers waren über parteipolitische und ideologische Grenzen hinweg anschlussfähig und sowohl in linken wie auch in bürgerlichen und konservativen Kreisen verbreitet. Über Jugend fand im konsensorientierten und durch den Kalten Krieg geprägten Klima der «langen fünfziger Jahre» insofern auch eine gesellschaftliche Konsolidierung gegen innen und aussen statt.

Zweitens fand anhand von Jugend eine Auseinandersetzung mit dem rasanten wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel der Nachkriegszeit statt. Zunächst bildeten sich im Reden über Jugend das Unbehagen an diesem Wandel sowie modernisierungs-, kultur- und konsumkritische Ängste ab: Die Konsum- und Unterhaltungsindustrie, neue Massenmedien, sogenannte Schundliteratur,

² König 1998, S. 74.

³ Anderson 1988.

Rock- und Beatmusik, neue Freizeitbeschäftigungen, die Urbanisierung und die nachlassende Bedeutung traditioneller Sozialisierungsinstanzen, wie Kirche, Schule und Familie, schienen die Jugendlichen speziell und damit die Gesellschaft überhaupt zu bedrohen. Als sich im «bewegten Jahrzehnt» die Krisenwahrnehmungen häuften und sich zum «Helvetischen Malaise»⁴ verdichteten, verstärkten die Jugend- und Studentenunruhen um 1968 diesen Eindruck zusätzlich. Politikerinnen, Politiker und Behördenmitglieder sahen sich durch das Protestverhalten Jugendlicher herausgefordert und die Untersuchung der inneren Fremden erschien nun als besonders dringlich. Es ist bezeichnend, dass Jugend als generationelle Einheit, die sich vom Rest der Gesellschaft zu separieren drohte, zu dem Zeitpunkt in den Fokus geriet, als hergebrachte Gewissheiten durch vielfältige Transformationsprozesse ins Wanken gerieten und die Stabilität und Kontinuität der Gesellschaft in Gefahr schien.

In der vorliegenden Arbeit wurden die Sondierung von Jugend über Studien und Berichte und die Aushandlungen um eine Jugendpolitik als Teil eines krisenhaften Lern- und Anpassungsprozesses interpretiert, mit dem auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels reagiert wurde. Dieser Prozess verlief nicht linear: In den 1950er- und 60er-Jahren existierten bewahrende, rückwärtsorientierte Normen gleichzeitig neben liberalen Gegenkonzepten. Die Jugendstudien zeugen von dieser Gleichzeitigkeit von konservativem Beharren und liberalen Reformbestrebungen. So thematisierten die Studienverantwortlichen vor allem die negativen Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf Jugend und bedienten sich dabei eines kultur- und modernisierungskritischen Repertoires. Zugleich suchten sie Antworten in partizipativen Politikmodellen und präsentierten auch Gegenentwürfe zur protektiven und paternalistischen Jugendhilfepolitik. Die Ambivalenz im Umgang mit dem gesellschaftlichen Wandel zeigt sich schliesslich auch im Widerspruch zwischen den jugendpolitischen Prämissen und der Praxis der Akteure beziehungsweise der Umsetzung ihrer Vorschläge. Mitte der 1970er-Jahre stiessen diese Vorschläge noch weitherum auf Ablehnung und auch die Studienverantwortlichen selbst blieben letztlich traditionellen Verhaltensmustern verhaftet.

Drittens wurden in der Mitte der 1970er-Jahre das Schwinden gesellschaftspolitischer Gewissheiten und die zunehmende Krisenwahrnehmung auf Jugend projiziert. Ab 1974 erlitt die Schweiz die grösste Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren. Der Fortschrittsoptimismus der boomenden Nachkriegsjahre wurde weitgehend von düsteren Zukunftsprognosen und einem Reformstau abgelöst. Genauso abrupt, wie Mitte der 1970er-Jahre der Nachkriegsboom ein Ende fand, wandelte sich die Wahrnehmung von Jugend. Angesichts der unsicheren Situation auf dem Arbeitsmarkt und einer ungewissen Zukunft rückten Vorstellungen von einer unauffälligen, strebsamen und angepassten Jugend, die um die Sicherung ihrer materiellen Existenz besorgt und insgesamt konformis-

4 Imboden 1964.

tisch und konservativ orientiert sei, an die Stelle der Wahrnehmung von Jugend als auffälliger Altersgruppe. Zugleich entstanden neue Problematisierungen, wie Resignation und Apathie, die sich in Einzelfällen auch in Drogenabhängigkeit oder Suizid zu äussern schienen. Erneut wurde der Blick auf Jugend durch aktuelle Sorgen der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen verstellt und somit die Formierung einer neuen Jugendbewegung nicht erkannt.

Ausblick

Mit dem Ausbruch der Jugendunruhen in Zürich Ende Mai 1980 erfuhren Jugendliche erneut grosse Aufmerksamkeit. Während fast zweier Jahre waren die 80er-Jugendbewegung und die sie begleitenden Demonstrationen und Strassenschlachten in Politik und Medien präsent. Die in den 1970er-Jahren geschaffenen jugendpolitischen Institutionen und Strukturen hatten hierauf kaum Lösungsstrategien parat und es herrschte eine ähnliche Ratlosigkeit wie 1968. Allerdings ermöglichten die Jugendunruhen die Umsetzung der Forderungen nach Partizipation und Mitbestimmung, die in den 1970er-Jahren noch weitgehend auf Widerstand gestossen waren. Eine Folge der 80er-Unruhen war unter anderem, dass 1984 das Jugendhaus Drahtschmidli eröffnet wurde.⁵ Auch die Bestrebungen nach mehr Partizipation wurden im Laufe der 1980er-Jahre mit der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters von 20 auf 18 Jahre in verschiedenen Kantonen und 1991 auch auf Bundesebene zumindest teilweise erfüllt. Der Erfolg dieser Vorhaben gründete weiter auch im Umstand, dass die Pluralisierungs- und Liberalisierungsprozesse in den 1980er-Jahren nunmehr in einer breiten Öffentlichkeit angekommen waren und partizipative Konzepte flächendeckend Eingang in den gesellschaftlichen Wertekanon gefunden hatten.

Einige der Wandlungsprozesse, die bereits Ende der 1950er-Jahre im Politikfeld Jugend begonnen hatten, sind jedoch noch immer nicht abgeschlossen und viele der damals formulierten Forderungen sind nach wie vor aktuell. Im Jahr 2000 monierte die EKJ zum Beispiel, dass die Jugendpolitik weiterhin zu stark auf Bildung und Schutz fokussiere. Sie kritisierte weiter, dass Kompetenzen und Aufgaben zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu wenig klar geregelt seien.⁶ Überdies weitete sich der Prozess, in dem Jugend als generationelle Einheit in den Fokus der gesellschaftlichen und staatlichen Aufmerksamkeit rückte, auf Kinder aus. Wie in den 1960er-Jahren die Jugendlichen, wurden Mitte der 1990er-Jahre Kinder als gesellschaftliche Gruppe entdeckt, die besondere Beachtung und Beobachtung verlangt. Auch diese Entwicklung ging von internationalen Impulsen aus. 1997 ratifizierte die Schweiz die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes, in der Kinder Rechtssubjekte sind. Dies fand ihren Niederschlag auch in der Revision der Bundesverfassung, die am 1. Januar 2000 in Kraft trat. In den Artikeln der Bundesverfassung, die Jugendliche thema-

⁵ Kunz 1993, S. 279.

⁶ EKJ 2000, S. 8, 13, 41.

tisieren, wurden neu auch Kinder eingeschlossen. Im Jahr 2003 – 35 Jahre nach der ersten Zusammenkunft der EKJ – erweiterte der Bundesrat das Mandat der Kommission auf Kinder. Seither nennt sich das Gremium Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen.⁷

Das aufmerksame Beobachten von Jugend hat in den 2010er-Jahren erneut Konjunktur. Die Sichtweisen auf Jugend zeigen dabei eine verblüffende Ähnlichkeit mit der Wahrnehmung von Jugend ab Mitte der 1970er-Jahre. Jugendstudien und -porträts zeichnen von neuem das Bild einer konservativen und auf Karriere bedachten Generation von «Super-Opportunisten»,⁸ so der Titel einer Studie des Gottlieb Duttweiler Instituts von 2011.⁹ Das *Magazin des Tages-Anzeigers* veröffentlichte aus Anlass einer Jugendumfrage, die periodisch von der Credit Suisse in Auftrag gegeben wird,¹⁰ im Mai 2015 die Titelgeschichte «Radikal normal. Junge Erwachsene und ihr braves Leben».¹¹ Die Jugendlichen werden darin als fleissige, brave und bürgerlich orientierte «junge[] Vernünftige[]» dargestellt, die ihre berufliche und private Karriere umsichtig planen. Es ist von einer neuen «Nüchternheit» die Rede, vom «Siegesszug des Strebers» und einer neuen «Begeisterung fürs Angepasste».¹² Die Jugendlichen werden in den als unsicher wahrgenommenen Zeiten als unpolitisch, pragmatisch, bisweilen auch als apathisch beschrieben.¹³ Zumindest unterschwellig wird diese Angepasstheit problematisiert. Chefredaktor Finn Canonica äusserte im *Magazin* die Befürchtung, «dass bei all diesen radikal normalen Biografien vielleicht die Qualitäten verloren gehen, die erst durch Unvernunft und Spontaneität entstehen».¹⁴ Angedeutet werden hier Betrachtungsweisen und normative Vorstellungen von Jugend, wie sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts gängig sind. Eigenschaften wie Spontaneität, Kreativität oder Originalität gelten gegenwärtig als essenziell für die Entwicklung der Jugendlichen. Sie sollen fernab von gesellschaftlichem Leistungsdruck und der Kontrolle Erwachsener zu eigenständigen und selbst denkenden Mitgliedern der Gesellschaft heranwachsen können.

⁷ Ebd., S. 13.

⁸ Gottlieb Duttweiler Institut (Hg.). Die Super-Opportunisten. GDI Studie Nr. 37/2011, www.gdi.ch/de/Think-Tank/Studien/Die-Super-Opportunisten/3.

⁹ Vgl. auch Grin/Amos/Faniko et al. 2015. Vgl. hierzu auch Golder/Longchamp/Imfeld et al. 2012.

¹⁰ Golder/Longchamp/Beer et al. 2014. Seit 2010 werden im Auftrag der Credit Suisse vom Forschungsinstitut «gfs.bern» jährlich sogenannte Jugendbarometer ausgeführt. Sie beruhen auf Umfragen unter Jugendlichen in der Schweiz, Brasilien und den USA.

¹¹ Scheidt, Paula. Superhappy, Supergut. In: Das Magazin, Nr. 21, 23. 5. 2015, S. 12–21.

¹² Ebd., S. 16, 20.

¹³ Ebd., S. 16, 21.

¹⁴ Canonica, Finn. Editorial/Inhalt. In: Das Magazin, Nr. 21, 23. 5. 2015, S. 5.

Dieser Exkurs in die Gegenwart macht noch einmal deutlich, dass die Wahrnehmung von Jugend zum einen volatil, zum anderen eng mit dem zeitgenössischen Kontext, normativen Vorstellungen und Gesellschaftsentwürfen verschränkt ist. Ein Ansporn der vorliegenden Arbeit war es, zum Verständnis solcher Prozesse der Thematisierung und Problematisierung von Jugend beizutragen. Der durch die zeitliche Distanz verfremdete Blick auf die Beobachtung von Jugend schärft nicht zuletzt die Sensibilität für aktuelle Problemwahrnehmungen. Er gestattet die kritische Auseinandersetzung mit dahinter stehenden Wertvorstellungen und mit uns Beobachterinnen und Beobachtern selbst und ermöglicht damit vielleicht etwas Gelassenheit im Umgang mit den Jugendlichen von heute.

Dank

Dass dieses Buch zustande gekommen ist, verdanke ich der Unterstützung zahlreicher Personen. Jakob Tanner und Martin Lengwiler danke ich für die fachkundige Betreuung der Dissertation und ihre stets wohlwollende Unterstützung. Die Anstellung am Lehrstuhl von Jakob Tanner ermöglichte nicht nur in finanzieller Hinsicht das Zustandekommen der vorliegenden Arbeit, auch die dortige inspirierende Atmosphäre trug entscheidend dazu bei. Ein Marie-Heim-Vögtlin-Beitrag des Schweizerischen Nationalfonds sowie die Salomon David Steinberg-Stipendien-Stiftung erlaubten mir in der Schlussphase, mich vollständig auf die Dissertation zu konzentrieren und diese zügig abzuschliessen.

Während des ganzen Forschungs- und Schreibprozesses konnte ich auf die Unterstützung vieler weiterer Personen zählen. Besonders danken möchte ich Dorothe Zimmermann, Pascal Germann, Sibylle Marti und Simon Hofmann, die mir mit ihrem kritischen Blick bereits in der Konzeptphase zur Seite standen und denen ich viele Stunden Lektüre zugemutet habe.

Für zahlreiche nützliche Hinweise, aufschlussreiche Gespräche oder die Bereitschaft, meine Texte zu lesen und zu kommentieren, danke ich weiter Koni Weber, Roman Wild, Magaly Tornay, Barbara Grimpe, Stephan Durrer, Sara Galle, Gisela Hürlimann, Marina Lienhard, Alexandra Locher, Roman Rossfeld, Tobias Straumann, Mischa Suter, Rebekka Wyler und Melanie Wyrsh. Für Hinweise auf Quellen sei Lukas Nyffenegger und Michael Geiss gedankt. René Levy und Robert Blancpain lieferten als Experten und Zeitzeugen wichtige Hinweise und Informationen. Bei der Überarbeitung des Manuskripts unterstützt haben mich Markus Föhn und Sarah Zraggen. Viele dieser Personen lieferten nicht nur kritische Anmerkungen und wertvolle Hinweise, sondern sie standen mir auch freundschaftlich und moralisch zur Seite.

Ein grosses Dankeschön gilt schliesslich meinen Eltern, Anne-Marie und Beat Bühler, die mich auf meinem Weg immer bedingungslos unterstützten. Sie wie auch Monika und Peter Föhn hielten mir in den vergangenen Jahren regelmässig den Rücken frei und ermöglichten damit erst den Abschluss der Dissertation. Derselbe herzliche Dank gilt Norbert Föhn und seiner stets grossen Unterstützung in allen Lebenslagen. Lenz und Moritz, meine beiden Söhne, erfreuen mich täglich mit ihrem Witz, ihrer unendlichen Neugier und Energie und ihrer Liebe. Sie waren der wichtigste Ansporn, mit dieser Arbeit voranzukommen.

Abkürzungen

AB	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
AJZ	Autonomes Jugendzentrum
APS	Année politique suisse
BAR	Bundesarchiv
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei (1912–1957: Konservative Volkspartei, 1957–1970: Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei)
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDK	Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren
EKJ	Eidgenössische Kommission für Jugendfragen
EVP	Evangelische Volkspartei
Externe SKJ	Externe Studienkommission für Jugendfragen
FDP	Freisinnig-Demokratische Volkspartei
HLS	Historisches Lexikon der Schweiz
LdU	Landesring der Unabhängigen
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NSUK	Nationale schweizerische Unesco-Kommission
SAJV	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
SozArch	Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei
StArZH	Stadtarchiv Zürich
StAZH	Staatsarchiv des Kantons Zürich
Studiengruppe des EDI	Studiengruppe des Eidgenössischen Departements des Innern für Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik
VFF	Vereinigung Ferien und Freizeit
ZAGJP	Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme
ZGB	Zivilgesetzbuch

Quellen und Literatur

Quellen

Archivquellen

Schweizerisches Bundesarchiv, Bern (BAR)

E7001C* Generalsekretariat des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Zentrale Ablage

E7001C#1989/59#296*, Az. 130.3, Schaffung einer Eidg. Kommission für Jugendfragen, 1978.

E9500.1* Nationale schweizerische Unesco-Kommission, Zentrale Ablage

E9500.1#1970/222#115*, Az. C.N.461.3, Section de Jeunesse, 1955–1957.

E9500.1#1970/222#123*, Az. C.N.469, Sections Procès-verbaux, 1955–1957.

E9500.1#1970/223#123*, Az. C.N.461.3, Section de Jeunesse, 1958–1960.

E9500.1#1970/223#124*, Az. C.N.461.3, U'ch, Section de jeunesse: Procès-verbaux, 1959–1961.

E9500.1#1974/54#154*, Az. C.N.461.3, Section de Jeunesse, 1961–1962.

E9500.1#1974/54#156*, Az. C.N.461.3.b, Sous-commission de la Section de jeunesse – Matériel audio-visuel, 1961–1962.

E9500.1#1974/54#157*, Az. C.N.461.3.c, Enquête sur la jeunesse, 1961–1962.

E9500.1#1974/54#158*, Az. C.N.461.3.d, Colloque de Villars-les-Moines, 1962–1963.

E9500.1#1974/54#162*, Az. C.N.463, Section des sciences sociales, 1961–1963.

E9500.1#1978/34#15*, Az. C.N.151, Assemblée générale 1964, Lugano, 1963–1964.

E9500.1#1978/34#18*, Az. C.N.152.3, Section de Jeunesse, 1963–1964.

E9500.1#1978/34#90*, Az. C.N.32.14, Conférence internationale sur la jeunesse, Grenoble 1964, 1963–1964.

E9500.1#1978/34#286*, Az. C.N.152.3, Assemblées de la section de jeunesse, 1965–1966.

E9500.1#1978/34#288*, Az. C.N.152.5, Assemblées de la section des sciences sociales, 1965–1966.

E9500.1#1979/4#23*, Az. C.N.152.3, Jeunesse, 1967–1968.

E9500.1#1979/4#106*, Az. C.N.427.1, Manifestations, cours, séminaires etc., 1967–1968.

E9500.1#1979/4#111*, Az. C.N.427.6, Enquête sur la jeunesse en Suisse, 1967–1968.

E9500.1#1982/67#21*, Az. C.N.152.3, Jeunesse, 1969–1970.

E9500.1#1982/67#126*, Az. C.N.427.6, Enquête sur la jeunesse suisse, 1969–1970.

E9500.1#1984/85#13*, Az. C.N.080.3, Jeunesse, 1971–1972.

E3001B* Generalsekretariat des eidgenössischen Departements des Innern, Zentrale Ablage

E3001B#1980/53#494*, Az. 08.4.06.5, Allgemeines, 1967–1975.

- E3001B#1980/53#504*, Az. 08.4.06.5.2, Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit in der Schweiz, 1968–1971.
- E3001B#1980/53#505*, Az. 08.4.06.5.2, Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit in der Schweiz, 1971.
- E3001B#1980/53#506*, Az. 08.4.06.5.2, Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit in der Schweiz, 1972.
- E3001B#1980/53#517*, Az. 08.4.06.5.2, Expertenkommission für Jugendpolitik, 1973.
- E3001B#1980/53#518*, Az. 08.4.06.5.2, Vernehmlassungsverfahren, Allgemeines, 1973–1975.
- E3001B#1980/53#519*, Az. 08.4.06.5.2, Vernehmlassungen zum Jugendbericht, 1974.
- E3001B#1980/53#520*, Az. 08.4.06.5.2, Vernehmlassungen zum Jugendbericht/Jugendorganisationen, 1974.
- E3001B#1980/53#522*, Az. 08.4.06.5.2, Bestellungen des Berichtes zur Jugendpolitik, 1973–1975.
- E3001B#1981/28#408*, Az. 21.15, Studienarbeit über Jugendfragen, 1964–1971.
- E3001B#1982/40#270*, Az. 08.4.06.5, Allgemeines, 1972–1977.
- E3001B#1982/40#271*, Az. 08.4.06.5, Studiengruppe für Fragen einer schweiz. Jugendpolitik; Sekretariat, 1972.
- E3001C* Generalsekretariat des eidgenössischen Departements des Innern, Zentrale Ablage
- E3001C#1984/195#1052*, Az. 1.01–393, Bestellung der Eidg. Kommission für Jugendfragen, 1978.
- E3010A* Bundesamt für Kulturpflege, Zentrale Ablage
- E3010A#1985/8#64*, Az. 836.0, Allgemeines, 1976–1979.
- E3010A#1985/8#67*, Az. 836.41, Einzelne Sitzungen, 1980–1981.
- E3010A#1991/184#20*, Az. 836.0, Allgemeines (inkl. Vorgeschichte), 1978.
- E3010A#1991/184#21*, Az. 836.0, Allgemeines (inkl. Vorgeschichte), 1979.
- E3802* Eidgenössisches Departement des Innern, Handakten Hans Hürlimann, Bundesrat
- E3802#1983/111#250*, Az. 6, Jugendpolitik, 1974–1978.
- E4110B* Bundesamt für Justiz, Zentrale Ablage
- E4110B#1987/55#142*, Az. M1194, Gutachten an EDI: Fragen einer schweizerischen Jugendpolitik, 1972–1976.
- E8001C* Generalsekretariat des eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, Zentrale Ablage
- E8001C#1969/251#907*, Az. D.0.4, Eidg. Kommission zur Begutachtung kulturpolitischer Fernsehfragen, 1953–1954.
- J1.297* Tschudi Hanspeter, Handakten
- J1.297#2003/23#83*, Az. 022–0166, Fragen und Problematik der schweizerischen Jugendpolitik (Jugend und Gesellschaft), 1969–1973.

- J2.300-01* Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern: Dokumentation zur schweizerischen Politik, 1966–1991
 J2.300-01#171.1, Jugendfragen (auch Jugendarbeitslosigkeit), Jugendzentren, 1966–1991.

Stadtarchiv Zürich, Zürich (StArZH)

- V.B.a.39, Externe Studienkommission für Jugendfragen. Protokoll inkl. Akten und Berichte (1968–1974).
 V.B.c.64: 13.3, Präsidialabteilung, Akten und Materialien: Sozialamt/Wohlfahrtsamt: Jugendprobleme (1955–1995).
 Zeitungsausschnittsammlung Zg «Jugend»
 Gedruckte Protokolle des Gemeinderates (1966–1979)

Staatsarchiv Zürich, Zürich (StAZH)

- Z 5.491, Interdisziplinäre Untersuchung «Unrast unter der Jugend» (1969–1974).

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich (SozArch)

- Ar 89, Vereinigung Ferien und Freizeit (VFF)
 Ar 63, Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme (ZAGJP)
 Sachdokumentation: Darin enthalten Broschüren/Flugschriften (QS) und Zeitungsausschnitte (ZA):
 04.1 Kinder, Kindheit, Jugendliche, Jugend
 04.11 Jugendkulturen, jugendliche Subkulturen
 04.2 Jugendbewegungen, Jugendorganisationen
 36.3 Jugendunruhen
 75.2 Jugendarbeitslosigkeit
 67.4 Soziale Hilfe für Jugendliche; Jugendarbeit; Jugendpolitik

Archiv Schweizer Radio und Fernsehen, Zürich (SRF-Archiv)

- 3.2.3, Eidg. Kommission zur Begutachtung kulturpolitischer Fernsehfragen 1952–1954

Gedruckte Quellen

Zeitungen, Zeitschriften

- Aargauer Volksblatt, Der Aufstieg, AZ Basel, Badener Tagblatt, Basler Nachrichten, Der schweizerische Beobachter, Berner Zeitung, Blick, Der Bund, Bündner Schulblatt, Einezwänzgi, Die Frau, Freiburger Nachrichten, Gazette de Lausanne, Journal de Genève, Der Landbote, La Liberté, Luzerner Neuste Nachrichten (LNN), Luzerner Tagblatt, Le Matin, National-Zeitung, Neue Zürcher Nachrichten (NZN), Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Ostschweizer AZ, Politische Rundschau, Pro Juventute. Schweizerische Monatsschrift für Jugendhilfe, Schule und El-

ternhaus, Schweizer Familie, Schweizer Illustrierte (SI), Schweizer Monatshefte, Schweizer Rundschau, Schweizer Schule, Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung (SAZ), Schweizerische Gewerbe-Zeitung, Schweizerische Handels-Zeitung (SHZ), Schweizerische Lehrerzeitung, Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit (SZG), Schweizerisches Kaufmännisches Zentralblatt (SKZ), Der Sonntag, St. Galler Tagblatt, Tages-Anzeiger (TA), Tages-Anzeiger-Magazin (TAM), Tagwacht, Die Tat, Tribune de Genève, Vaterland, Volksrecht, Volksstimme, Vorwärts, Die Weltwoche, Züri Leu.

Zeitgenössische Literatur

- Altermatt, Urs. Der «Tag der Jugend». In: Unsere Verpflichtung für morgen. Dokumente und Berichte vom EXPO-Jugendtag der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände. Olten 1964, S. 14–20.
- Ambühl, Hansruedi. Zur Unrast der Jugend. Eine psychologische Untersuchung über den Zusammenhang von Selbstbild der Persönlichkeit und gesellschaftlichen Determinanten (unter Verwendung des Giessen-Tests). Zürich 1976.
- Année politique suisse (APS). Hg. vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Bern 1966 ff.
- Arbeitsgruppe Jugend im Auftrag des Gemeinderates der Stadt Bern. Leitbild einer Berner Jugendpolitik. Bern 1973.
- Arnold, Pierre; Bassand, Michel; Crettaz, Bernard; Kellerhals, Jean (Hg.). Jugend und Gesellschaft. Wegzeichen zu einer Jugendpolitik. Zürich 1971.
- Atteslander, Peter. Zur Lage der Soziologie in der Schweiz. Einleitung. In: Atteslander, Peter; Girod, Roger (Hg.). Soziologische Arbeiten I. Bern, Stuttgart 1966, S. 9–28.
- Bassand, Michel. La sociologie en Suisse, état et orientation de l'enseignement et de la recherche. In: Social Sciences Information, 4 (1965), Nr. 2, S. 86–110.
- Bautz, Rudolf. Zur Unrast der Jugend. Eine volkskundliche Untersuchung über die gesellschaftliche Bedingtheit politischer Orientierungsmuster in Jugendgruppen. Frauenfeld, Stuttgart 1975.
- Bericht Studiengruppe des EDI: Überlegungen und Vorschläge zu einer schweizerischen Jugendpolitik. Bericht der Studiengruppe des Eidgenössischen Departements des Innern für Fragen einer Jugendpolitik vom 16. Juli 1973.
- Blancpain, Robert; Häuselmann, Erich. Zur Unrast der Jugend. Eine soziologische Untersuchung über Einstellungen, politische Verhaltensweisen und ihre gesellschaftlichen Determinanten. Frauenfeld, Stuttgart 1974.
- Bericht der Regierungsrätlichen Kommission Jugendpolitik zu der am 9. 2. 1981 überwiesenen Motion Nr. 1994 «Möglichkeiten und Grenzen einer kantonalen Jugendpolitik». Zürich 1982.
- Brandt, Camille. La Suisse, membre de l'U. N. E. S. C. O. Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen, 35 (1949), S. 1–25.
- Casparis, Claudio. Eine sozialpsychologische Untersuchung der Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen in Familie, Bildung und Beruf. Frauenfeld, Stuttgart 1975.
- Dottrens, Robert. La civilisation contre l'enfant. In: Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse, 45 (1954), S. 18–27.

- Dottrens, Robert. Commission nationale suisse pour l'Unesco: 1957–1958. In: *Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse*, 49 (1958), S. 83–85.
- Dottrens, Robert. Commission nationale suisse pour l'Unesco: 1958–1959. In: *Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse*, 50 (1959), S. 93–96.
- Dottrens, Robert. Commission nationale suisse pour l'Unesco: 1959–1960. In: *Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse*, 51 (1960), S. 86–90.
- Dottrens, Robert. Commission nationale suisse pour l'Unesco: 1960–1961. In: *Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse*, 52 (1961), S. 75–80.
- Egli, Emil. Nachwort. In: *Neue Helvetische Gesellschaft* (Hg.). *Die Schweiz. Ein nationales Jahrbuch*. 1957. Bern 1957, S. 199–200.
- Fritschi, Werner. *Möglichkeiten der Bekämpfung von Schundliteratur*. Diplomarbeit. o. O. 1965.
- Fritschi, Werner; Wettstein, Urs. *Aspekte einer Jugend-Politik. Modellvorschläge für den Kanton Zug*. Zug 1979.
- Gesellschaft für Marktforschung. *Bericht des Präsidenten über die Tätigkeit der Gesellschaft in den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens*. 16. Mai 1961.
- Girod, Roger. *Die meisten jungen Schweizer besitzen eine gründliche Ausbildung und einen starken Arbeitswillen*. Aarau, Frankfurt am Main 1977.
- Giroud, Françoise. *La nouvelle vague. Portraits de la jeunesse*. Paris 1958.
- Golder, Lukas; Longchamp, Claude; Imfeld, Martina; Tschöpe, Stephan. *Drittes Credit Suisse Jugendbarometer*. Im Auftrag des Bulletins der Credit Suisse, 2012, www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/jugendbarometer-2012 (Stand: 20. 10. 2016).
- Golder, Lukas; Longchamp, Claude; Beer, Cindy; Imfeld, Martina et al. *Fünftes Credit Suisse Jugendbarometer 2014*. Im Auftrag des Bulletins der Credit Suisse, 2014, www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/jugendbarometer-2014-the-fast-and-the-smart-generation-y-im-wandel (Stand: 2. 9. 2016).
- Gottlieb Duttweiler Institut (Hg.). *Die Super-Opportunisten*. GDI Studie Nr. 37/2011, www.gdi.ch/de/Think-Tank/Studien/Die-Super-Opportunisten/3 (Stand: 20. 10. 2016).
- Grin, François; Amos, Jacques; Faniko, Klea; Fürst, Guillaume; Lurin, Jacqueline; Schwob, Irène. *Multikulturelle Schweiz. Aus der Sicht der heutigen Jugend*. Wissenschaftliche Reihe ch-x, Bd. 23. Glarus, Chur 2015.
- Haller, Peter. *Eine Gemeinde plant für ihre Jugend. Ansätze für eine Sozialplanung in Greifensee*. Grundstudie der Kommission für soziologische Zukunftsfragen im Auftrag des Gemeinderates von Greifensee. Greifensee 1972.
- Häuselmann, Erich; Heintz, Peter. *Die Forschungs- und Lehrtätigkeit des Instituts seit seiner Gründung 1966*. Zürich 1976.
- Held, Thomas; Levy, René. *Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft. Eine soziologische Analyse am Beispiel der Schweiz*. Frauenfeld, Stuttgart 1974.
- Hess-Haeblerli, Edith und Max. *Möglichkeiten und Ziele der modernen Jugendfürsorge*. Zürich 1961.
- Hubatka, Walter. *Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht*. In: Institut für Schweizerische Verwaltungskurse an der Handels-Hochschule St. Gallen (Hg.). *Die Sorge um die Jugend*. Vorträge des 104. Kurses der Schweizerischen Verwaltungskurse an der Handels-Hochschule St. Gallen, 5./6. 6. 1961, S. 63–76.

- Huizinga, Johan. Im Schatten von morgen. Eine Diagnose des kulturellen Leidens unsrer Zeit. Bern, Leipzig 1935.
- Hummel, Charles. L'activité de la Commission nationale suisse pour l'Unesco dans le domaine de l'éducation au cours de l'année 1966–1967. In: *Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse*, 58 (1967), S. 83–84.
- Junker, Beat. Politik ohne die Jungen! In: *Neue Helvetische Gesellschaft* (Hg.). Die Schweiz. Ein nationales Jahrbuch. 1957. Bern 1957, S. 107–111.
- Maupéou-Abboud, Nicole de. La sociologie de la jeunesse aux Etats-Unis. *Rev. franç. de sociologie*, Nr. 7 (1966), S. 491–507.
- Mead, Margaret. Der Konflikt der Generationen. Jugend ohne Vorbild. Olten, Freiburg im Breisgau 1971.
- Mosimann, Walther Paul. So ist die Jugend. Erziehungsfragen des Alltags. Basel 1958.
- Muchow, Hans Heinrich. Sexualreife und Sexualstruktur der Jugend. Hamburg 1959.
- Neue Helvetische Gesellschaft (Hg.). Die Schweiz. Ein nationales Jahrbuch. 1957. Bern 1957.
- Pro Juventute. Jugendrecht – Jugendpolitik. Grundriss, Entwicklungen, Postulate. Zürich 1976.
- Regierungsrätliche Kommission Jugendpolitik (Hg.). Möglichkeiten und Grenzen einer kantonalen Jugendpolitik. Bericht der Regierungsrätlichen Kommission Jugendpolitik zu der am 9. Februar 1981 überwiesenen Motion Nr. 1994. Zürich 1982.
- Schatzmann, Alfred. Das Generationenproblem heute. Meiringen 1969.
- Schelsky, Helmut. Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf, Köln 1957.
- Schiffer, Jürg. Zentrale Probleme der Jugendsoziologie. Eine systematische Gliederung. Basel 1972.
- Schmutz, Heinz. Die Zukunft unserer Jugend in Freiheit: Eine Zeitstudie. Bern 1961.
- Jugendfreizeit-Konzeption. Hg. vom Sozialamt der Stadt Zürich. Zürich 1978.
- Tenbruck, Friedrich H. Jugend und Gesellschaft. Freiburg im Breisgau 1962.
- Timm, Helga. Die erste Weltjugendkonferenz der Unesco Grenoble, 23. 8.–1. 9. 1964. In: *International Review of Education*, 10 (1964), Nr. 4, S. 472–479.
- Tuor, Rudolf. Jugend und Jugendpolitik. In: *Zeitschrift für öffentliche Fürsorge*, 71 (1974), Nr. 5, S. 65–75.
- Weck, Jean-Baptiste de. L'Unesco et la Commission nationale suisse pour l'Unesco 1958–1969. In: *Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse*, 50 (1959), S. 91–101.
- Weck, Jean-Baptiste de. L'Unesco et la Commission nationale suisse pour l'Unesco 1962–1963. In: *Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse*, 54 (1963), S. 91–101.
- Weck, Jean-Baptiste de. L'Unesco et la Commission nationale suisse pour l'Unesco 1964–1965. In: *Études pédagogiques: annuaire de l'instruction publique en Suisse*, 56 (1965), S. 91–105.
- Wyssling, Heinz. Zur Situation der Jugendhilfe und Jugendarbeit im Bezirk Meilen: Eine Bedürfnisabklärung im Auftrag der Jugendkommission. Meilen 1978.
- Ziegler, Hans. Jugend, Sinn und Sendung der Schweiz. In: *Neue Helvetische Gesellschaft* (Hg.). Die Schweiz. Ein nationales Jahrbuch. 1957. Bern 1957, S. 5–13.

Dokumente der eidgenössischen Räte

- AB, 1972, Bd. V, Wintersession Nationalrat, Sitzung 4, 29. 11. 1972, Nr. 11.048, S. 1974–1977.
- AB, 1973, Bd. III, Herbstsession Nationalrat, Sitzung 3, 19. 9. 1973, Nr. 11.680, S. 1071–1073.
- AB, 1975, Bd. V, Wintersession Nationalrat, Sitzung 13, 17. 12. 1975, Nr. 75.223, S. 1841.
- AB, 1977, Bd. IV, Herbstsession Ständerat, Sitzung 10, 5. 10. 1977, Nr. 75.223, S. 565–569.
- AB, 1978, Bd. I, Januarsession Nationalrat, Sitzung 3, 17. 1. 1978, Nr. 75.223, S. 63–67.
- Postulat Borel «Unterstützung der Jugendorganisationen». In: AB, Bd. II, Frühjahressession Ständerat, 3. 3. 1971, Nr. 10.703, S. 55–58.
- Postulat Meyer «Beziehungen zwischen Jugend und Staat». In: AB, Bd. 38, Sommersession Nationalrat, 27. 6. 1969, Nr. 10.343, S. 785–806.

Websites

- Eidgenössisches Parlament: Datenbank der Ratsmitglieder seit 1848, www.parlament.ch/d/suche/Seiten/ratsmitglieder.aspx (Stand: 29. 11. 2012).
- Eidgenössische Jugendbefragungen: www.chx.ch (Stand: 13. 5. 2015).
- ETH Zürich: www.ethz.ch/de/die-eth-zuerich/portraet/geschichte/epochen/1911-1968.html (Stand: 4. 11. 2016).
- Institut für angewandte Psychologie (IAP), www.zhaw.ch/de/psychologie/ueber-uns/geschichte (Stand: 7. 11. 2016).
- Schweizerisches Bundesarchiv: www.bar.admin.ch/bar/de/home/recherche/suchen/suchmaschinen-portale/amtsdruckschriften.html (Stand: 29. 11. 2012).
- Schweizerische Bundeskanzlei, Volksabstimmung vom 18. 2. 1979, Vorlage Nr. 293, Übersicht, www.admin.ch/ch/d/pore/va/19790218/det293.html (Stand: 14. 5. 2016).
- Schweizerische Bundeskanzlei, Volksabstimmung vom 3. 3. 1991, Vorlage Nr. 369, Übersicht, www.admin.ch/ch/d/pore/va/19910303/det369.html (Stand: 14. 5. 2016).
- UEK Administrative Versorgungen: http://uek-administrative-versorgungen.ch/wp-content/uploads/2016/07/Liste_nationale_Forschungsprojekte_2016_07_08.pdf (Stand: 2. 8. 2016).
- Unesco-Kommission: www.unesco.ch/wer/schweizerische-unesco-kommission (Stand: 22. 1. 2016).
- Universität Zürich: www.uzh.ch/about/portrait/history.html (Stand: 4. 11. 2016).

Informationsgespräche

- René Levy, 18. April 2018, schriftlich.
- René Levy, 1. Dezember 2015, Zürich.
- Robert Blancpain, 3. Juni 2016, Zürich.

Literatur

- Abels, Heinz. Jugend vor der Moderne. Soziologische und psychologische Theorien des 20. Jahrhunderts. Opladen 1993.
- Abels, Heinz. Lebensphase Jugend. In: Abels, Heinz; Honig, Michael-Sebastian; Saake, Irmhild; Weymann, Ansgar. Lebensphasen. Eine Einführung. Wiesbaden 2008, S. 79–157.
- Abelshäuser, Werner. Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, 1949–1966. Düsseldorf 1987.
- Achermann, Beat. Konzepte über Jugend im Spiegel der Presse: Mit besonderer Berücksichtigung der Presse im Raume Zürich 1986. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit. Zürich 1986.
- Aeschlimann, Regula. Jugendkultur – Halbstarke in Zürich (1958–1964). Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit. Zürich 1992.
- Andersen, Arne. «... und so sparsam!». Der Massenkonsum und seine Auswirkungen: Veränderungen und Mentalitätswandel, dargestellt am «Schweizerischen Beobachter». Zürich 1998.
- Anderson, Benedict. Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt am Main 1988.
- Anelli, Boris. Rubattel, Rodolphe. In: HLS 10. Basel 2011, S. 507–508.
- Anhorn, Roland. Von der Gefährlichkeit zum Risiko – Zur Genealogie der Lebensphase «Jugend» als soziales Problem. In: Dollinger, Bernd; Schmidt-Semisch, Henning (Hg.). Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog. Wiesbaden 2010, S. 23–42.
- Ash, Mitchell, G. Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Archiv für Sozialgeschichte, 50 (2010), S. 11–46.
- Baacke, Dieter. Jugend und Jugendkulturen. Darstellung und Deutung. Weinheim, München 1987.
- Bachmann-Medick, Doris. Übersetzung in der Weltgesellschaft. Impulse eines «translational turn». In: Gipper, Andreas; Klengel, Susanne (Hg.). Kultur, Übersetzung, Lebenswelten. Beiträge zu aktuellen Paradigmen der Kulturwissenschaften. Würzburg 2008, S. 141–160.
- Baer, Roland. Drogenhilfe zwischen Rausch und Nüchternheit. Suchttheorie, Drogenpolitik und Rehabilitationsalltag am Beispiel des Aebi-Hus; Maison Blanche 1974–1999. Bern, Berlin 2000.
- Bantigny, Ludivine. Le plus bel âge? Jeunes et jeunesse en France de l'aube des «Trente Glorieuses» à la guerre d'Algérie. Paris 2007.
- Bantigny, Ludivine. La jeunesse, la guerre et l'histoire (1945–1962). In: Bantigny, Ludivine; Jablonka, Ivan (Hg.). Jeunesse oblige. Histoire des jeunes en France. XIX^e–XXI^e siècle. Paris 2009, S. 153–166.
- Beck, Ulrich; Bonss, Wolfgang. Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaft und Praxis. In: dies. (Hg.). Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt am Main 1989, S. 7–45.

- Best, Joel. Social Problems. New York, London 2008.
- Billeter, Fritz; Killer, Peter (Hg.). 68 – Zürich steht Kopf. Rebellion, Verweigerung, Utopie. Zürich 2008.
- Blancpain, Robert; Schmid, Josef. Jugendpolitik. In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft. Städte und Agglomerationen, 25 (1985), S. 199–212.
- Blum, Roger. Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986. In: SVPW Jahrbuch 26 (1986), S. 119–150.
- Blumenberg, Hans. Paradigmen zu einer Metaphorologie. Frankfurt am Main 1998.
- Bollinger, Ernst. Basler Nachrichten. In: HLS 2. Basel 2003, S. 62. (Zitiert: Bollinger 2003a)
- Bollinger, Ernst. Blick. In: HLS 2. Basel 2003, S. 493. (Zitiert: Bollinger 2003b).
- Bollinger, Ernst. Illustrierte. In: HLS 6. Basel 2007, S. 585–586.
- Bollinger, Ernst. Die Tat. In: HLS 12. Basel 2013, S. 206.
- Boltanski, Luc. Die Führungskräfte. Die Entstehung einer sozialen Gruppe. Frankfurt am Main, New York 1990.
- Bourdieu, Pierre. Der kritische Moment. In: ders. Homo academicus. Frankfurt am Main 1992.
- Bourdieu, Pierre. Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz 1998.
- Bourdieu, Pierre. Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz 2001. (Zitiert: Bourdieu 2001a).
- Bourdieu, Pierre. Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes. Frankfurt am Main 2001. (Zitiert: Bourdieu 2001b).
- Brand, Volker. Jugendkulturen und jugendliches Protestpotential. Sozialgeschichtliche Untersuchung des Jugendprotestes von der Jugendbewegung zu Beginn des Jahrhunderts bis zu den Jugendkulturen der gegenwärtigen Risikogesellschaft. Europäische Hochschulschriften, Reihe XI Pädagogik, Bd. 433, Frankfurt am Main 1993.
- Brassel-Moser, Ruedi. Drogen. In: HLS 3. Basel 2004, S. 801–802.
- Brassel-Moser, Ruedi. National-Zeitung. In: HLS 9. Basel 2010, S. 98.
- Bretscher-Spindler, Katharina. Vom heissen zum kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943 bis 1968. Zürich 1997.
- Breyvogel, Wilfried (Hg.). Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotestes. Essen 1983.
- Breyvogel, Wilfried. Provokation und Aufbruch der westdeutschen Jugend in den 50er und 60er Jahren. Konfliktvolle Wege der Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft in der frühen Bundesrepublik. In: Herrmann, Ulrich (Hg.). Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Weinheim, München 2002, S. 445–459.
- Brown, JoAnne. The Definition of a Profession: The Authority of Metaphor in the History of Intelligence Testing, 1890–1930. Princeton 1992.
- Brown, Timothy S. 1968. Transnational and Global Perspectives. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 6. 2012, <http://docupedia.de/zg/1968> (Stand: 2. 8. 2016).
- Brückweh, Kerstin; Schumann, Dirk; Wetzell, Richard F.; Ziemann, Benjamin (Hg.). Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980. Basingstoke 2012.
- Brumberg, Johanna A. «Fact Finder for the Nation»: Die Entdeckung des Babybooms

- im U. S. Census von 1940. In: Reinecke, Christiane; Mergel, Thomas (Hg.). *Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main, New York 2012, S. 123–154.
- Bude, Heinz. 1968 und die Soziologie. In: *Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis*, 45 (1994), Nr. 2, S. 242–253.
- Bühler, Rahel. Von den Demonstrationen für ein autonomes Jugendzentrum zum «Globuskrawall». Analyse der Berichterstattung Deutschschweizer Massenmedien zu den Geschehnissen vom 29. und 30. Juni 1968 in Zürich. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit. Zürich 2007.
- Bühler, Rahel. Krawall! Die mediale Inszenierung der Ereignisse vom 29. und 30. Juni in der Deutschschweizer Presse. In: Linke, Angelika; Scharloth, Joachim (Hg.). *Der Zürcher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn*. Zürich 2008, S. 65–76.
- Bühler, Rahel. Eine neue Politik für eine neue Generation. Zum Wandel des Politikfelds Jugend in der Schweiz, 1960–1980. In: Criblez, Lucien; Rothen, Christina; Ruoss, Thomas (Hg.). *Staatlichkeit in der Schweiz. Regieren und Verwalten vor der neo-liberalen Wende*. Zürich 2016, S. 271–293.
- Bühler, Rahel; Galle, Sara; Grossmann, Flavia; Lavoyer, Matthieu; Mülli, Michael; Neuhäus, Emmanuel; Ramsauer, Nadja. *Ordnung, Moral und Zwang. Die Behördenpraxis der administrativen Versorgungen*. In Vorbereitung.
- Bühler, Johannes-Christoph von. *Die gesellschaftliche Konstruktion des Jugendalters: Zur Entstehung der Jugendforschung am Beginn des 20. Jahrhunderts*. Weinheim 1990.
- Bundesamt für Sozialversicherungen. *Aktueller Stand der Kinder- und Jugendpolitik in der Schweiz. Bericht des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) zuhanden der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates*, November 2014, www.bsv.admin.ch/themen/kinder_jugend_alter/00065 (Stand: 5. 7. 2013).
- Bürgi, Markus. Gut, Theodor. In: HLS 5. Basel 2006, S. 828.
- Bürgi, Markus. Der Landbote. In: HLS 7. Basel 2008, S. 566.
- Busset, Thomas; Marcacci, Marco. Sport. In: HLS 11. Basel 2012, S. 720–724.
- Cicchelli-Pugeault, Catherine; Cicchelli, Vincenzo. *Naissance de la sociologie de l'adolescence et de la jeunesse. Une comparaison Etats-Unis-France*. In: Chapoullie, Jean-Michel; Kourchid, Olivier; Robert, Jean-Louis; Sohn, Anne-Marie (Hg.). *Sociologues et Sociologies. La France des années 60*. Paris 2005, S. 179–191.
- Conrad, Sebastian; Osterhammel, Jürgen. Einleitung. In: dies. (Hg.). *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*. Göttingen 2004, S. 7–27.
- Criblez, Lucien. *Jugendhilfe – Jugendarbeit – Jugendpolitik. Entwicklungslinien in der Schweiz im 20. Jahrhundert. Ansätze zu einer Geschichte der Sozialpädagogik in der Schweiz*. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit. Bern 1986.
- Criblez, Lucien. Jugend. In: HLS 6. Basel 2007, S. 836–839. (Zitiert: Criblez 2007a).
- Criblez, Lucien. Jugendpolitik. In: HLS 6. Basel 2007, S. 842. (Zitiert: Criblez 2007b).
- Criblez, Lucien; Spadarotto, Claudio (Hg.). *Jugendpolitik und Jugendforschung. Beiträge aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main 1987.
- Däster, Hanspeter. *Jugendprotest und öffentliche Meinung. Gesellschaftliche Sichtweisen von Jugendkultur/Jugendbewegung am Beispiel der Schweizer Illustrierten 1964–1974*. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit. Zürich 1996.

- Daston, Lorraine; Galison, Peter. *Objektivität*. Frankfurt am Main 2007.
- Daston, Lorraine; Lunbeck, Elizabeth. *Histories of Scientific Observation*. Chicago 2011.
- Degen, Bernard. Arbeitszeit. In: HLS 1. Basel 2001, S. 466–468.
- Desiderato, Simone; Lengwiler, Urs; Rothenbühler, Verena. *Zwischen Professionalität und politischem Kräfteressen*. Jugendhilfe Kanton Zürich 1918–2008. Zürich 2008.
- Desrosières, Alain. *Die Politik der grossen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise*. Berlin 2005.
- Diederichsen, Diedrich. «We were half a million strong ...». Massenereignisse, Festivals und Paraden in Pop- und Gegenkulturen. In: Klein, Ansgar; Nullmeier, Frank (Hg.). *Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen*. Opladen 1999, S. 330–344.
- Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz. *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. Göttingen 2008.
- Dommann, Monika. *Durchsicht, Einsicht, Vorsicht. Eine Geschichte der Röntgenstrahlen, 1896–1963*. Zürich 2003.
- Dudek, Peter. Jugend als Objekt der Wissenschaft. Die Anfänge der Jugendforschung aus theoriegeschichtlicher Sicht. In: Zedler, Peter; König, Eckard (Hg.). *Rekonstruktion pädagogischer Wissenschaftsgeschichte*. Weinheim 1990, S. 227–261. (Zitiert: Dudek 1990a).
- Dudek, Peter. *Jugend als Objekt der Wissenschaften: Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich 1890–1933*. Opladen 1990. (Zitiert: Dudek 1990b).
- Dudek, Peter. *Geschichte der Jugend*. In: Krüger, Heinz-Hermann; Grunert, Cathleen (Hg.). *Handbuch Kindheits- und Jugendforschung*. Opladen 2002, S. 333–349.
- Eder, Franz X. *Historische Diskurse und ihre Analyse – eine Einleitung*. In: ders. (Hg.). *Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen*. Wiesbaden 2006, S. 9–23.
- Eggimann, Simon. *Von der Lebensweise zum Lebensstil. Werbung als Abbild des Wandels von Werten und Lebensformen in der Schweiz 1950 bis 1990*. In: Di Falco, Daniel; Bär, Peter; Pfister, Christian (Hg.). *Bilder vom besseren Leben. Wie Werbung Geschichte erzählt*. Bern 2002, S. 193–207.
- Eidgenössische Kommission für Jugendfragen. *Grundlagen für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik. Positionspapier der EKJ, April 2000*, www.ekkj.admin.ch (Stand: 5. 7. 2013).
- Eisenegger, Mark. *Alte und neue Einflussmöglichkeiten sozialer Bewegungen. Das Beispiel Jurakonflikt*. In: König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska; Romano, Gaetano (Hg.). *Dynamisierung und Umbau: Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren*. Zürich 1998, S. 161–182.
- Eisner, Manuel. *Drogenpolitik als politischer Konfliktprozess*. In: Böker, Wolfgang; Nelles, Joachim (Hg.). *Drogenpolitik wohin? Sachverhalte, Entwicklungen, Handlungsvorschläge*. Bern, Stuttgart 1991, S. 85–100.
- Ekman Jørgensen, Thomas. *Friedliches Auseinanderwachsen. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der Entspannung 1960–1980*. In: *Zeithistorische Forschungen*, 3 (2006), S. 363–380.
- Erne, Emil. *Neue Helvetische Gesellschaft*. In: HLS 9. Basel 2010, S. 144–145.

- Eugster, Timm. «Im Glauben an die Jugend». Jugend und Moderne im Blick der Basler Freizeitaktion BFA 1942–1970. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit. Basel 2001.
- Eugster, Timm. 60 Jahre Jugendarbeit – Chronik der Basler Freizeitaktion. Basel 2003.
- Fahlenbrach, Kathrin. Protestinszenierungen. Die Studentenbewegung im Spannungsfeld von Kultur-Revolution und Medien-Evolution. In: Klimke, Martin; Scharloth, Joachim (Hg.). 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart, Weimar 2007, S. 11–21.
- Faulstich, Werner. Zwischen Glitter und Punk – die Ausdifferenzierung der Rockmusik. In: ders. (Hg.). Die Kultur der 70er Jahre. München 2004, S. 131–146.
- Felt, Ulrike. Die «unsichtbaren» Sozialwissenschaften. In: Fleck, Christian (Hg.). Soziologische und historische Analysen der Sozialwissenschaften. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderband 5 (2000), S. 177–212.
- Fend, Helmut. Sozialgeschichte des Aufwachsens. Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im zwanzigsten Jahrhundert. Frankfurt am Main 1988.
- Ferchhoff, Wilfried. Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert: Lebensformen und Lebensstile. Wiesbaden 2007.
- Fisher, Jaimey. Disciplining Germany. Youth, Reeducation, and Reconstruction after the Second World War. Detroit 2007.
- Foucault, Michel. Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main ⁸1997.
- Fourastié, Jean. Les trente glorieuses, ou la révolution invisible de 1946 à 1975. Paris 1979.
- Fowler, David. Youth Culture in Modern Britain, 1920–1970. Basingstoke 2009.
- Freymond, Nicolas; March, André. L'«Année politique suisse». Une ressource pour l'histoire politique contemporaine. In: *Traverse* (2013), Nr. 1, S. 299–301.
- Frossard, Stanislas. Entstehung und Entwicklung der Jugendpolitik in den Kantonen. *Cahier de l'IDHEAP* 202a. Chavannes-près-Renens 2003.
- Führer, Karl Christian; Hickethier, Knut; Schildt, Axel. Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, 41 (2001), S. 1–38.
- Galle, Sara. Kindswegnahmen. Das «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute im Kontext der schweizerischen Jugendfürsorge. Zürich 2016.
- Gass-Bolm, Torsten. Das Ende der Schulzucht. In: Herbert, Ulrich (Hg.). Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002, S. 436–466.
- Germann, Raimund E. Ausserparlamentarische Kommissionen. In: *HLS* 1. Basel 2002, S. 600–601.
- Geser, Hans; Höpflinger, François. Professionelle Orientierungen in der schweizerischen Soziologie. In: Hirschier, Guido; Levy, René; Obrecht, Werner (Hg.). *Weltgesellschaft und Sozialstruktur*. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Heintz. Diessenhofen 1980, S. 609–630.
- Gieryn, Thomas F. Boundary-work and the demarcation of science from non-science. Strains and interests in professional ideologies of scientists. In: *American Sociological Review*, 48 (1983), S. 781–795.
- Gieryn, Thomas F. *Cultural Boundaries of Science. Credibility on the Line*. Chicago, London 1999.
- Gilcher-Holtey, Ingrid. Die Nacht der Barrikaden. Eine Fallstudie zur Dynamik sozia-

- len Protests. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen 1994, S. 375–392.
- Gilcher-Holtey, Ingrid. «Kritische Ereignisse» und «kritischer Moment». Pierre Bourdieus Modell der Vermittlung von Ereignis und Struktur. In: Geschichte und Gesellschaft, 19 (2001), S. 120–137.
- Gilg, Peter. Jungendliches Drängen in der schweizerischen Politik. Bern 1974.
- Gilg, Peter; Halblützel, Peter. Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945). In: Mesmer, Beatrix (Hg.). Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Basel 2006, S. 821–959.
- Illis, John R. Geschichte der Jugend. Weinheim, Basel 1980.
- Göldi, Wolfgang. Thürrer, Georg. In: HLS 12. Basel 2013, S. 345.
- Griese, Hartmut M. Aktuelle Jugendforschung und klassische Jugendtheorien. Ein Modul für erziehungs- und sozialwissenschaftliche Studiengänge. Berlin 2007.
- Griese Hartmut M.; Mansel, Jürgen. Sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Jugend, Jugendforschung und Jugendsdiskurse: Ein Problemaufriss. In: Orth, Barbara; Schwietring, Thomas; Weiss, Johannes (Hg.). Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Opladen 2003, S. 169–194.
- Grotum, Thomas. Die Halbstarke: Zur Geschichte einer Jugendkultur der 50er Jahre. Frankfurt am Main, New York 1994.
- Grotum, Thomas. Jugendliche Ordnungsstörer. Polizei und «Halbstarke»-Krawalle in Niedersachsen 1956–1959. In: Fürmetz, Gerhard; Reinke, Herbert; Weinbauer, Klaus (Hg.). Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hamburg 2001, S. 277–302.
- Hafeneger, Benno. Jugendbilder. Zwischen Hoffnung, Kontrolle, Erziehung und Dialog. Opladen 1995.
- Harrison, Robert Pogue. Ewige Jugend. Eine Kulturgeschichte des Alterns. München 2015.
- Haus, Gisela; Ziegler, Béatrice. Die zunehmende Bedeutung von Körper und Anlage. Männliche Jugendliche in den Fallgeschichten der Jugendfürsorge (1920–1950). In: Piller, Edith Maud; Schnurr, Stefan (Hg.). Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz. Wiesbaden 2013, S. 369–383.
- Hebeisen, Erika; Joris, Elisabeth; Zimmermann, Angela (Hg.). Zürich 68. Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse. Baden 2008.
- Hediger, Melanie. Das Bild der Schweizer Frau in Schweizer Zeitschriften. Studien zu «Anabelle», «Schweizer Illustrierte» und «Sonntag» von 1966 bis 1976. Fribourg 2004.
- Herbert, Ulrich. Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: ders. (Hg.). Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002, S. 7–49.
- Herren, Madeleine; Zala, Sacha. «Die Experten verpflichten ihre Regierungen in keiner Weise». Experten im Milizsystem der schweizerischen Aussenpolitik der Zwischenkriegszeit. In: Traverse (2001), Nr. 2, S. 96–109.
- Hickethier, Knut. Einführung in die Medienwissenschaft. Stuttgart, Weimar 2003.
- Hobsbawm, Eric. Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 2002.
- Honegger, Claudia. Soziologie. In: HLS 11. Basel 2012, S. 669–670.

- Honegger, Claudia; Jost, Hans-Ulrich; Burren, Susanne; Jurt, Pascal (Hg.). *Konkurrierende Deutungen des Sozialen. Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*. Zürich 2007. (Zitiert: Honegger/Jost/Burren et al. 2007a).
- Honegger, Claudia; Jost, Hans-Ulrich; Burren, Susanne; Jurt, Pascal. Einleitung. In: dies. (Hg.). *Konkurrierende Deutungen des Sozialen. Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*. Zürich 2007, S. 9–17. (Zitiert: Honegger/Jost/Burren et al. 2007b).
- Höpflinger, François. *Gesellschaft im Umbau*. In: Leimgruber, Walter; Fischer, Werner (Hg.). *Goldene Jahre. Zur Geschichte der Schweiz seit 1945*. Zürich 1999, S. 133–150.
- Höpflinger, François. *Lebensstandard*. In: HLS 7. Basel 2007, S. 723–725.
- Horat, Heinz (Hg.). *Ausser Rand und Band. Die Luzerner Szene 1950–1980*. Luzern 2006.
- Hornstein, Walter. *Sozialwissenschaftliche Jugendforschung und gesellschaftliche Praxis*. In: Beck, Ulrich (Hg.). *Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven*. Göttingen 1982, S. 59–90.
- Hornstein, Walter. *Jugendforschung und Jugendpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – Probleme und Perspektiven eines schwierigen Verhältnisses*. In: Criblez, Lucien; Spadarotto, Claudio (Hg.). *Jugendpolitik und Jugendforschung. Beiträge aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main 1987, S. 49–62.
- Hornstein, Walter. *Jugendpolitik und Jugendforschung im Spiegel der Jugendberichte der Bundesregierung*. In: Edelstein, Wolfgang; Sturzbecher, Dietmar (Hg.). *Jugend in der Krise. Ohnmacht der Institutionen*. Potsdam 1996, S. 11–40.
- Hornstein, Walter. *Jugendforschung und Jugendpolitik. Entwicklungen und Strukturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Weinheim, München 1999.
- Huber, Max. *Vaterland*. In: HLS 12. Basel 2013, S. 743.
- Hurrelmann, Klaus. *Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung*. Weinheim 2007.
- Im Hof, Ulrich. *Mythos Schweiz. Identität – Nation – Geschichte 1291–1991*. Zürich 1991.
- Imhof, Kurt. *Entstabilisierungen. Zukunftsverlust und Komplexitätsreduktion in der öffentlichen politischen Kommunikation der 60er Jahre*. In: Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Romano, Gaetano (Hg.). *Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre*. Zürich 1999, S. 11–60.
- Inglehart, Ronald. *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton 1977.
- Jäger, Siegfried. *Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse*. In: Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hg.). *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden*. Opladen 2006, S. 83–114.
- Janssen, Philip Jost. *Jugend und Jugendbilder in der Frühen Bundesrepublik. Kontexte – Diskurse – Umfragen*. Köln 2010.
- Jenzer, Sabine. *Die «Dirne», der Bürger und der Staat. Private Erziehungsheime für*

- junge Frauen und die Anfänge des Sozialstaates in der Deutschschweiz, 1870er bis 1930er Jahre. Zürich 2014.
- Jobs, Richard Ivan. *Riding the New Wave. Youth and the Rejuvenation of France after the Second World War*. Stanford 2007.
- Jorio, Marco. Geistige Landesverteidigung. In: HLS 5. Basel 2006, S. 163–165.
- Jost, Hans-Ulrich. Sozialwissenschaften und Staat im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Honegger, Claudia; Jost, Hans-Ulrich; Burren, Susanne; Jurt, Pascal (Hg.). *Konkurrierende Deutungen des Sozialen. Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*. Zürich 2007, S. 43–80. (Zitiert: Jost 2007a).
- Jost, Hans-Ulrich. Sozialwissenschaften als Staatswissenschaften? In: Honegger, Claudia; Jost, Hans-Ulrich; Burren, Susanne; Jurt, Pascal (Hg.). *Konkurrierende Deutungen des Sozialen. Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*. Zürich 2007, S. 83–182. (Zitiert: Jost 2007b).
- Judt, Tony. *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main 2011.
- Jureit, Ulrike. Generation, Generationalität, Generationenforschung, Version: 1.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 2. 2010, <http://docupedia.de/zg/Generation?ol-did=84611> (Stand: 20. 6. 2015).
- Kälin, Karl. Hans Biäsch (1901–1975). Ein Pionier der angewandten Psychologie. Zürich 2011.
- Klein, Ansgar; Nullmeier, Frank; Wersch, Oliver von. Einleitung. In: dies. (Hg.). *Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen*. Opladen 1999, S. 9–24.
- Koch, Gertrud. Macht es die Masse? Eine Problemskizze zur Massenkultur. In: Jaeger, Friedrich; Rüsen, Jörn (Hg.). *Handbuch der Kulturwissenschaften. Themen und Tendenzen*. Stuttgart, Weimar 2004, S. 247–253.
- Koebner, Thomas; Janz, Rolf-Peter; Trommler, Frank (Hg.). «Mit uns zieht die neue Zeit». Der Mythos der Jugend. Frankfurt am Main 1985.
- König, Mario. Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Krisen, Konflikte, Reformen. In: Hettling, Manfred; König, Mario; Schaffner, Martin; Suter, Andreas; Tanner, Jakob (Hg.). *Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen*. Frankfurt am Main 1998, S. 21–90.
- König, Mario. Rasanter Stillstand und zähe Bewegung. Schweizerische Innenpolitik im Kalten Krieg – und darüber hinaus. In: Leimgruber, Walter; Fischer, Werner (Hg.). *Goldene Jahre. Zur Geschichte der Schweiz seit 1945*. Zürich 1999, S. 151–172.
- König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska; Romano, Gaetano. Einleitung. Reformprojekte, soziale Bewegungen und neue Öffentlichkeit. In: dies. (Hg.). *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren*. Zürich 1998, S. 11–20.
- Kraushaar, Wolfgang. 1968 und Massenmedien. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, 41 (2001), S. 317–347.
- Kreis, Georg. Kontinuitäten und Brüche im Verhältnis zu den Zäsuren 1918 und 1945 in der Schweiz. Zwei Nachkriegszeiten im Vergleich. In: Prinz, Michael (Hg.). *Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik: Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich 1920–1960*. Paderborn 2007, S. 477–483.
- Kreis, Georg. Das «Helvetische Malaise». Max Imbodens historischer Zuruf und seine überzeitliche Bedeutung. Zürich 2011.

- Kreis, Georg. Die Weltwoche. In: HLS 13. Basel 2014, S. 391.
- Kruke, Anja; Woyke, Meik. Editorial. Archiv für Sozialgeschichte, 50 (2010), S. 3–10.
- Kuchenbuch, David. Rezension zu Brückweh, Kerstin; Schumann, Dirk; Wetzell, Richard F.; Ziemann, Benjamin (Hg.). Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980. Basingstoke 2012. In: H-Soz-Kult, 5. 3. 2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-1-140> (Stand: 21. 12. 2015).
- Kunz, Matthias. Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik. Die Schweiz im Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegszeit in der Wahrnehmung der Parteipresse 1943–1950. Bern 1998.
- Kunz, Thomas. Das Zürcher Jugendhaus Drahtschmidli. Entstehung und Entwicklung. Zürich 1993.
- Kupper, Patrick. Die «1970er Diagnose». Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte. In: Archiv für Sozialgeschichte, 43 (2003), S. 325–348.
- Kurme, Sebastian. Halbstarke: Jugendprotest in den 1950er Jahren in Deutschland und den USA. Frankfurt am Main 2006.
- Kury, Patrick. Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945. Zürich 2002.
- Kury, Patrick. Diskursgeschichte. Vom Rand ins Zentrum. In: Traverse (2012), Nr. 1, S. 71–84.
- Kuss, Alfred; Eisend, Martin. Marktforschung. Grundlagen der Datenerhebung und Datenanalyse. Wiesbaden 2010.
- Landwehr, Achim. Historische Diskursanalyse. Frankfurt am Main 2008.
- Landwehr, Achim. Kulturgeschichte. Stuttgart 2009.
- Landwehr, Achim. Diskurs und Diskursgeschichte, Version: 1.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 2. 2010, http://docupedia.de/zg/Diskurs_und_Diskursgeschichte?oldid=84596 (Stand: 1. 5. 2015).
- Leendertz, Ariane. Experten-Dynamiken zwischen Wissenschaft und Politik. In: Reinecke, Christiane; Mergel, Thomas (Hg.). Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, New York 2012, S. 337–369.
- Leimgruber, Matthieu. Marketing. In: HLS 8. Basel 2009, S. 295–296.
- Lengwiler, Martin. Expertise als Vertrauenstechnologie: Wissenschaft, Politik und die Konstitution der Sozialversicherungen (1880–1914). In: Gilomen, Hans-Jörg; Guex, Sébastien; Studer, Brigitte (Hg.). Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung. Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert. Zürich 2002, S. 259–270.
- Lengwiler, Martin. Zwischen Verwissenschaftlichung, Politisierung und Bürokratisierung: Expertenwissen im schweizerischen Sozialstaat. In: Studien und Quellen, 31 (2005), S. 167–190.
- Lengwiler, Martin. Konjunkturen und Krisen in der Verwissenschaftlichung der Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. In: Archiv für Sozialgeschichte, 50 (2010), S. 47–68.
- Lengwiler, Martin; Hauss, Gisela; Gabriel, Thomas; Praz, Anne-Françoise; Germann, Urs. Bestandesaufnahme der bestehenden Forschungsprojekte in Sachen Verding-

- und Heimkinder. Bericht zuhanden des Bundesamts für Justiz 2013, www.fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch/pdf/Bericht_Lengwiler_de.pdf (Stand: 18. 7. 2016).
- Lerch, Hansruedi. Düby, Oscar. In: HLS 3. Basel 2004, S. 820.
- Levi, Giovanni; Schmitt, Jean-Claude (Hg.). Geschichte der Jugend, Bd. 2: Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main 1997.
- Levsen, Sonja. Jugend in der europäischen Zeitgeschichte – nationale Historiographien und transnationale Perspektiven. In: Neue Politische Literatur, 55 (2010), S. 421–446.
- Levy, René. Weshalb gibt es (k)eine Schweizer Soziologie? In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 15 (1989), Nr. 3, S. 453–487.
- Lindner, Werner. Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn. Opladen 1996.
- Link, Jürgen. Literaturanalyse als Interdiskursanalyse. Am Beispiel des Ursprungs literarischer Symbolik in der Kollektivsymbolik. In: Fohrmann, Jürgen; Müller, Harro (Hg.). Diskurstheorien und Literaturwissenschaft. Frankfurt am Main 1988, S. 284–307.
- Linke, Angelika; Scharloth, Joachim. Der Zürcher Sommer 1968. Ein Vorwort zu Buch und digitaler Edition. In: dies. (Hg.). Der Zürcher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn. Zürich 2008, S. 7–9.
- Linke, Angelika; Tanner, Jakob. Zürich 1968. Die Stadt als Protestraum. In: Linke, Angelika; Scharloth, Joachim (Hg.). Der Zürcher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn. Zürich 2008, S. 11–21.
- Luchsinger, Christine. Sozialstaat auf wackligen Beinen. Das erste Jahrzehnt der AHV. In: Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine (Hg.). Achtung: die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit. Zürich 1994, S. 51–69.
- Luchsinger, Christine. Solidarität, Selbständigkeit, Bedürftigkeit. Der schwierige Weg zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter in der AHV, 1939–1980. Zürich 1995.
- Luhmann, Niklas. Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1990.
- Luhmann, Niklas. Die Kunst der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1995.
- Luhmann, Niklas. Macht im System. Hg. von André Kieserling. Berlin 2012.
- Lustenberger, Werner. Pädagogische Rekrutenprüfungen. Ein Beitrag zur Schweizer Schulgeschichte. Chur, Zürich 1996.
- Maas, Harro. Sorting Things Out: The Economist as an Armchair Observer. In: Daston, Lorraine; Lunbeck, Elizabeth (Hg.). Histories of Scientific Observation. Chicago 2011, S. 206–229.
- Maase, Kaspar. BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren. Hamburg 1992.
- Maase, Kaspar. Entblösste Brust und schwingende Hüfte. Momentaufnahmen von der Jugend der fünfziger Jahre. In: Kühne, Thomas (Hg.). Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne. Frankfurt am Main, New York 1996, 193–217.
- Maase, Kaspar. Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850 bis 1970. Frankfurt am Main 1997.
- Maasen, Sabine; Weingart, Peter. Metaphors – Messengers of Meaning. A Contribution to an Evolutionary Sociology of Science. In: Science Communication, 17 (1995), Nr. 1, S. 9–31.

- Malär, Armin. Junge Erwachsene sind anders zu behandeln! In: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (Hg.). *Fördern, Fordern, Fallenlassen. Aktuelle Entwicklungen im Umgang mit Jugenddelinquenz. Dokumentation des 27. Deutschen Jugendgerichtstages*, 15.–18. 9. 2007, Freiburg. Mönchengladbach 2008, S. 326–339.
- Marwick, Arthur. *The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c. 1958–c. 1974*. Oxford, New York 1998.
- Matter, Sonja. *Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz (1900–1960)*. Zürich 2011.
- Maurel, Chloé. *Histoire de l'Unesco: Les trente premières années: 1945–1974*. Paris 2010.
- May, Michael; Prondczynsky, Andreas von. Jugendliche Subjektivität im Zeichen der Auflösung des traditionell Politischen. In: Helsper, Werner (Hg.). *Jugend zwischen Moderne und Postmoderne*. Opladen 1991, S. 163–181.
- Meier, Werner; Bonfadelli, Heinz; Schanne, Michael. *Medienlandschaft Schweiz im Umbruch. Vom öffentlichen Kulturgut Rundfunk zur elektronischen Kioskware*. Basel, Frankfurt am Main 1993.
- Merki, Christoph Maria. Kulturgeschichte. In: HLS 7. Basel 2008, S. 483–484.
- Meyer, Thomas. Wenn Jugend zum Problem wird: Halbstarke und Jugendliche in der Schweiz zwischen 1955 und 1965. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit. Zürich 1996.
- Meyer, Thomas. Tenbruck, Friedrich H. In: Oesterdiekhoff, Georg W. (Hg.). *Lexikon der soziologischen Werke*. Wiesbaden 2001, S. 708–709.
- Michaud, Marius. Reynold, Gonzague de. In: HLS 10. Basel 2011, S. 270–271.
- Michel, Sonya; Varsa, Eszter. Children and the National Interest. In: Schumann, Dirk (Hg.). *Raising Citizens in the «Century of the Child». The United States and German Central Europe in Comparative Perspective*. New York, Oxford 2010, S. 27–49.
- Mintz, Steven. *Huck's Raft. A History of American Childhood*. Cambridge MA, London 2004.
- Mitterauer, Michael. *Sozialgeschichte der Jugend*. Frankfurt am Main 1986.
- Mooser, Josef. Die «Geistige Landesverteidigung» in den 1930er Jahren. Profile und Kontexte eines vielschichtigen Phänomens der schweizerischen politischen Kultur in der Zwischenkriegszeit. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 47 (1997), Nr. 4, S. 685–708.
- Morgan, Mary S. Seeking Parts, Looking for Wholes. In: Daston, Lorraine; Lunbeck, Elizabeth (Hg.). *Histories of Scientific Observation*. Chicago 2011, S. 303–325.
- Mugglin, Gustav. *Schweizer Jugendverbände im Spannungsfeld gesellschaftlicher Entwicklung*. Zürich 1983.
- Müller, Erika. *Kleine Geschichte des Jugendamtes der Stadt Zürich 1929–1996*. Zürich 1996.
- Nolte, Paul. *Die Ordnung der Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*. München 2000.
- Oelkers, Jürgen. Was die Beziehungen zwischen Jung und Alt bestimmt. Stabilität und Wandel der Vorstellungen über Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen in der deutschen Schweiz, 1884–2000. Schweizerischer Nationalfonds, NFP 52, Schlussbericht. Bern 2005.

- Ohayon, Annick. La jeunesse et l'adolescence dans la psychologie française 1946–1966. In: Chapoulie, Jean-Michel; Kourchid, Olivier; Robert, Jean-Louis; Sohn, Anne-Marie (Hg.). *Sociologues et Sociologies. La France des années 60*. Paris 2005, S. 163–178.
- Osgerby, Bill. *Youth in Britain since 1945*. Oxford 1998.
- Overath, Petra. Practical Turn in der Wissenschaftsgeschichte? Erkundungen in den Wissenschaften vom Menschen im späten 19. und 20. Jahrhundert, 22. 4. 2005–23. 4. 2005 Berlin. In: *H-Soz-Kult*, 4. 4. 2005, www.hsozkult.de/event/id/termine-3833 (Stand: 3. 7. 2014).
- Passerini, Luisa. Jugend als Metapher für gesellschaftliche Veränderung. Die Debatte über die Jugend im faschistischen Italien und in den Vereinigten Staaten der fünfziger Jahre. In: Levi, Giovanni; Schmitt, Jean-Claude (Hg.). *Geschichte der Jugend*, Bd. II: Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main 1997, S. 375–459.
- Patel, Krian Klaus. Transnationale Geschichte – Ein neues Paradigma. In: *H-Soz-Kult*, 2. 2. 2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-02-001> (Stand: 6. 7. 2016).
- Patzelt, Werner J. Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung. Passau 2001.
- Peter, Nicole. Halbstarke, Kellerpoeten, Studentinnen und Lehrlinge. «1968» in der Schweiz. In: Linke, Angelika; Scharloth, Joachim (Hg.). *Der Zürcher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn*. Zürich 2008, S. 23–32.
- Peter, Nina; Knoop, Christine; Wedemeyer, Catarina von; Lubrich, Oliver. Sprachbilder der Krise. Metaphern im medialen und politischen Diskurs. In: Peltzer, Anja; Lämmle, Kathrin; Wagenknecht, Andreas (Hg.). *Krise, Cash und Kommunikation. Die Finanzkrise in den Medien*. Konstanz, München 2012, S. 49–69.
- Petersen, Andreas. Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900–1930. Zürich 2001.
- Peukert, Detlev. Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932. Köln 1986.
- Pickering, Andrew. *The Mangle of Practice. Time, Agency and Science*. Chicago, London 1995.
- Poiger, Uta G. *Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*. Berkeley, Los Angeles, London 2000.
- Praz, Ann-Françoise. *Lune en direct, manifs en baskets. La Suisse de 1960 à 1969*. Prilly 1997.
- Pro Juventute (Hg.). *90 Jahre Pro Juventute. Pro Juventute als «Geburtshelferin» im Einsatz für Kinder, Jugendliche und Familien*. Zürich 2002.
- Rahden, Till van. Fatherhood, Rechristianization, Quest for Democracy in Postwar West Germany. In: Schumann, Dirk (Hg.). *Raising Citizens in the «Century of the Child»*. The United States and German Central Europe in Comparative Perspective. New York, Oxford 2010, S. 141–164.
- Ramsauer, Nadja. «Verwahrlost». Kindswegnahmen und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat 1900–1945. Zürich 2000.
- Ramsauer, Nadja; Staiger Marx, Alessandra. Winterthurer Kinder- und Jugendheime im

- gesellschaftlichen Kontext, 1950–1990. In: Zusammen alleine. Alltag in Winterthurer Kinder- und Jugendheimen 1950–1990. Zürich 2017, S. 13–56.
- Raphael, Lutz. Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 22 (1996), Nr. 2, S. 165–193.
- Raphael, Lutz. Embedding the Human and Social Sciences in Western Societies, 1880–1980: Reflections on Trends and Methods of Current Research. In: Brückweh, Kerstin; Schumann, Dirk; Wetzell, Richard F.; Ziemann, Benjamin (Hg.). Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980. Basingstoke 2012, S. 41–56. (Zitiert: Raphael 2012a).
- Raphael, Lutz. Ordnungsmuster und Selbstbeschreibungen europäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert. In: ders. (Hg.). Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien 2012, S. 9–20. (Zitiert: Raphael 2012b).
- Reichardt, Sven. Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Berlin 2014.
- Reinecke, Christiane; Mergel, Thomas. Das Soziale vorstellen, darstellen, herstellen: Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert. In: dies. (Hg.). Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, New York 2012, S. 7–30.
- Reinke, Herbert. «Leute mit Namen»: Wohlstandskriminelle, Gammler und Andere. Anmerkungen zu Sicherheitsdiskursen der frühen Bundesrepublik. In: Härter, Karl; Sälter, Gerhard; Wiebel, Eva (Hg.). Repräsentationen von Kriminalität und öffentlicher Sicherheit. Bilder, Vorstellungen und Diskurse vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2010, S. 539–553.
- Reulecke, Jürgen. Jugendprotest – ein Kennzeichen des 20. Jahrhunderts? In: Dowe, Dieter (Hg.). Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich. Bonn 1986, S. 1–11.
- Rheinberger, Hans-Jörg. Historische Epistemologie zur Einführung. Hamburg 2007.
- Ritzer, Nadine. Der Kalte Krieg in den Schweizer Schulen. Eine kulturgeschichtliche Analyse. Bern 2015.
- Robert, Philippe. Du groupe de sciences sociales de la jeunesse aux bandes d'adolescents. In: Chapoulie, Jean-Michel; Kourchid, Olivier; Robert, Jean-Louis; Sohn, Anne-Marie (Hg.). Sociologues et Sociologies. La France des années 60. Paris 2005, S. 135–144.
- Romano, Gaetano. Die Überfremdungsbewegung als «Neue soziale Bewegung». Zur Kommerzialisierung, Oralisierung und Personalisierung massenmedialer Kommunikation in den 60er Jahren. In: König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska; Romano, Gaetano (Hg.). Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Zürich 1998, S. 143–159.
- Roth, Lutz. Die Erfindung des Jugendlichen. München 1983.
- Sander, Uwe; Vollbrecht, Ralf. Jugend. In: Führ, Christoph; Furck, Carl-Ludwig (Hg.). Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV/1: Bundesrepublik Deutschland. München 1998, S. 192–216.

- Sander, Uwe; Vollbrecht, Ralf (Hg.). Jugend im 20. Jahrhundert. Sichtweisen – Orientierungen – Risiken. Neuwied, Berlin 2000.
- Sarasin, Philipp. Subjekte, Diskurse, Körper. Überlegungen zu einer diskursanalytischen Kulturgeschichte. In: Hardtwig, Wolfgang; Wehler, Hans-Ulrich (Hg.). Kulturgeschichte Heute. Göttingen 1996, S. 131–164.
- Sarasin, Philipp. Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse. Frankfurt am Main 2003.
- Sarasin, Philipp. Diskursanalyse. In: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.). Geschichte. Ein Grundkurs. Reinbek bei Hamburg 2007, S. 199–217.
- Sarasin, Philipp. Was ist Wissensgeschichte? In: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Deutschen Literatur, 36 (2011), Nr. 1, S. 159–172.
- Sarasin, Philipp. Sozialgeschichte vs. Foucault im Google Books Ngram Viewer. Ein alter Streitfall in einem neuen Tool. In: Maeder, Pascal; Lüthi, Barbara; Mergel, Thomas (Hg.). Wozu noch Sozialgeschichte? Eine Disziplin im Umbruch. Festschrift für Josef Mooser zum 65. Geburtstag. Göttingen 2012, S. 151–174.
- Savage, Jon. Teenage. Die Erfindung der Jugend (1875–1945). Frankfurt am Main, New York 2008.
- Schade, Edzard; Scherrer, Adrian. Medien zwischen Idealismus und Kapitalismus. Von einem nicht ganz erfolglosen Kampf gegen Kommerzialisierung und Boulevardisierung. In: Buomberger, Thomas; Pfrunder, Peter (Hg.). Schöner leben, mehr haben. Die 50er Jahre in der Schweiz im Geiste des Konsums. Zürich 2012, S. 137–152.
- Schäfers, Bernhard. Soziologie des Jugendalters: Eine Einführung. Opladen 1982.
- Schaltegger, Christoph A.; Gorgas, Christoph. The Evolution of Top Incomes in Switzerland over the 20th Century. In: Swiss Journal of Economics and Statistics, 147 (2011), Nr. 4, S. 479–519.
- Schär, Bernhard C.; Ammann, Ruth; Bittner, Stefan; Griesshammer, Marc; Niederhäuser, Yves; Sperisen, Vera (Hg.). Bern 68. Lokalgeschichte eines globalen Aufbruchs – Ereignisse und Erinnerungen. Baden 2008.
- Schaufelbuehl, Janick Marina (Hg.). 1968–1978, ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz. Zürich 2009.
- Scheibe, Moritz. Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft. In: Herbert, Ulrich (Hg.). Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002, S. 245–277.
- Scherrer, Adrian. Schweizer Illustrierte. In: HLS 11. Basel 2012, S. 290.
- Schildt, Axel. Vor der Revolte: Die sechziger Jahre. In: Politik und Zeitgeschichte, 22–23 (2001), S. 7–13.
- Schildt, Axel; Siegfried, Detlef (Hg.). Between Marx and Coca-Cola: Youth Cultures Changing European Societies, 1960–1980. New York 2006.
- Schildt, Axel; Siegfried, Detlef. Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart. München 2009.
- Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke. Methoden der empirischen Sozialforschung. München 1999.
- Schnetzer, Dominik. Bergbild und geistige Landesverteidigung. Die visuelle Inszenierung der Alpen im massenmedialen Ensemble der modernen Schweiz. Zürich 2009.
- Schöttler, Peter. Wer hat Angst vor dem «Linguistic Turn»? In: Geschichte und Gesellschaft, 23 (1997), Nr. 1, S. 134–151.
- Schudel, Jan. Eine «kleine Eidgenossenschaft»? Die Schweizerische Arbeitsgemein-

- schaft der Jugendverbände (SAJV) 1933–1950. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit. Basel 2005.
- Schudel, Jan. ... und die Jugend hat das Wort! 75 Jahre SAJV: Die Geschichte der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände von 1933 bis heute. Bern 2006.
- Schultheis, Franz; Perrig-Chiello, Pasqualina; Egger, Stephan (Hg.). *Kindheit und Jugend in der Schweiz*. Weinheim, Basel 2008.
- Schumacher, Beatrice; Busset, Thomas. «Der Experte». Aufstieg einer Figur der Wahrheit und des Wissens. In: *Traverse* (2001), Nr. 2, S. 15–20.
- Schumann, Dirk. Introduction: Child-Rearing and Citizenship in the Twentieth Century. In: ders. (Hg.). *Raising Citizens in the «Century of the Child»*. The United States and German Central Europe in Comparative Perspective. New York, Oxford 2010, S. 1–23.
- Siegenthaler, Hansjörg. Strukturen und Prozesse in der Schweizergeschichte der Nachkriegszeit. In: Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine (Hg.). *Achtung: die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit*. Zürich 1994, S. 11–17.
- Siegfried, Detlef. *Time is on my Side*. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Göttingen 2006.
- Sievers, Rudolf. 1968 – Eine Enzyklopädie. Frankfurt am Main 2004.
- Simon, Titus. *Raufhändel und Randalen*. Sozialgeschichte aggressiver Jugendkulturen und pädagogische Bemühungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Weinheim 1996.
- Skenderovic, Damir. Schweizerische Volkspartei. In: *HLS* 11. Basel 2012, S. 324–327.
- Skenderovic, Damir; Späti, Christina. *Die 1968er-Jahre in der Schweiz*. Aufbruch in Politik und Kultur. Baden 2012.
- Sohn, Anne-Marie. *Âge tendre et tête de bois*. Histoire des jeunes des années 1960. Paris 2001.
- Sohn, Anne-Marie. Les «jeunes», la «jeunesse» et les sciences sociales (1950–1970). In: Chapoulie, Jean-Michel; Kourchid, Olivier; Robert, Jean-Louis; Sohn, Anne-Marie (Hg.). *Sociologues et Sociologies*. La France des années 60. Paris 2005, S. 123–134. (Zitiert: Sohn 2005a).
- Sohn, Anne-Marie. Edgar Morin et les «Décagénaires». In: Chapoulie, Jean-Michel; Kourchid, Olivier; Robert, Jean-Louis; Sohn, Anne-Marie (Hg.). *Sociologues et Sociologies*. La France des années 60. Paris 2005, S. 155–161. (Zitiert: Sohn 2005b).
- Speich Chassé, Daniel; Gugerli, David. Wissensgeschichte. Eine Standortbestimmung. In: *Traverse* (2012), Nr. 1, S. 85–100.
- Speitkamp, Winfried. *Jugend in der Neuzeit: Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*. Göttingen 1998.
- Stalder, Barbara E. *Jugendforschung in der Schweiz*. Bericht erstellt im Auftrag des Bundesamtes für Kultur. Bern 1999.
- Stambolis, Barbara. *Mythos Jugend*. Leitbild und Krisensymptom. Ein Aspekt der politischen Kultur im 20. Jahrhundert. Schwalbach am Taunus 2003.
- Stapferhaus Lenzburg (Hg.). *A Walk on the Wild Side*. Jugendszenen in der Schweiz von den 30er Jahren bis heute. Zürich 1999.
- Stettler, Niklaus. *Demoskopie und Demokratie in der Nachkriegsschweiz*. Die «Volks-

- umfrage 1946» der Neuen Helvetischen Gesellschaft als demokratische Herausforderung. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 47 (1997), Nr. 4, S. 730–758.
- Stöckmann, Hagen; Norwig, Christina. Tagungsbericht «Making Moral Citizens – Democracy, Maturity and Authority in Postwar Western Europe». 10./11. 5. 2012, Freiburg im Breisgau. In: H-Soz-Kult, 19. 7. 2012, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4315> (Stand: 3. 3. 2016).
- Stotzer, Helen. Die Geschichte der Soziologie an der Universität Bern von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Bern 2002.
- Stremmel, Ralf. Weder Politprotest noch Krawall, weder Halbstarker noch 68er. Auf der Suche nach dem Selbstverständnis der schweigenden Jugend. In: Briesen, Detlef; Weinbauer, Klaus (Hg.). Jugend, Delinquenz und gesellschaftlicher Wandel. Bundesrepublik Deutschland und USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Essen 2007, S. 27–41.
- Strohmeier, Gerd. Politik und Massenmedien. Eine Einführung. Baden-Baden 2004.
- Studer, Brigitte. Der Experte. In: Degen, Bernard; Schäppi, Hans; Zimmermann, Adrian (Hg.). Robert Grimm. Marxist, Kämpfer, Politiker. Zürich 2012, S. 7–119.
- Stutz, Ursula. Der Zürcher Sommer 1968: Die Chronologie der Ereignisse. In: Linke, Angelika; Scharloth, Joachim (Hg.). Der Zürcher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn. Zürich 2008, S. 39–56.
- Tackenberg, Marco. Jugendunruhen. In: HLS 6. Basel 2007, S. 843–845.
- Tagungsbericht HT 2004: Eine «zweite Gründung»? 1968 und die langen 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, 17. 9. 2004, Historikertag Kiel. In: H-Soz-Kult, 15. 10. 2004, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-485 (Stand: 5. 6. 2015).
- Tanner, Jakob. Die Schweiz in den 1950er Jahren. Prozesse, Brüche, Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten. In: Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine (Hg.). Achtung: die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit. Zürich 1994, S. 19–50.
- Tanner, Jakob. Vom schwierigen Umgang mit Drogen in der Konsumgesellschaft. Nachwort. In: Baer, Roland. Drogenhilfe zwischen Rausch und Nüchternheit. Suchtheorie, Drogenpolitik und Rehabilitationsalltag am Beispiel des Aebi-Hus/Maison Blanche 1974–1999. Bern, Berlin 2000, S. 237–262.
- Tanner, Jakob. Historische Anthropologie zur Einführung. Hamburg 2004.
- Tanner, Jakob. Amerikanische Drogen – europäische Halluzinationen. In: Tanner, Jakob; Linke, Angelika (Hg.). Attraktion und Abwehr. Die Amerikanisierung der Alltagskultur in Europa. Köln, Weimar, Wien 2006, S. 267–289.
- Tanner, Jakob. Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. München 2015.
- Tanner, Jakob; Linke, Angelika. Einleitung. Amerika als «gigantischer Bildschirm Europas». In: dies. (Hg.). Attraktion und Abwehr. Die Amerikanisierung der Alltagskultur in Europa. Köln, Weimar, Wien 2006, S. 1–36.
- Turner, Bryan S. Contemporary Problems in the Theory of Citizenship. In: ders. (Hg.). Citizenship and Social Theory. London 1993, S. 1–18.
- Ubbelohde, Julia. Der Umgang mit jugendlichen Normverstößen. In: Herbert, Ulrich (Hg.). Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002, S. 402–435.
- Uhle, Reinhard. Pädagogik der siebziger Jahre – zwischen wissenschaftsorientierter

- Bildung und repressionsarmer Erziehung. In: Faulstich, Werner (Hg.). *Die Kultur der 70er Jahre*. München 2004, S. 49–63.
- Vollmerg, Birgit. Verabschiedung Eva Senghaas'. In: Becke, Guido; Bleses, Peter; Ritter, Wolfgang; Schmidt, Sandra (Hg.). «Decent Work». Arbeitspolitische Gestaltungsperspektive für eine globalisierte und flexibilisierte Arbeitswelt. Festschrift zur Emeritierung von Eva Senghaas-Knobloch. Wiesbaden 2010, S. 233–238.
- Walter-Busch, Emil. Business Organizations, Foundations, and the State as Promoters of Applied Social Sciences in the United States and Switzerland, 1890–1960. In: Brückweh, Kerstin; Schumann, Dirk; Wetzell, Richard F.; Ziemann, Benjamin (Hg.). *Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980*. Basingstoke 2012, S. 273–292.
- Weber, Koni. Umstrittene Repräsentation der Schweiz. Soziologie, Politik und Kunst bei der Landesausstellung 1964. Tübingen 2014.
- Weiner, Susan. *Enfants terribles. Youth and Feminity in the Mass Media in France, 1945–1968*. Baltimore, London 2001.
- Weingart, Peter. *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld 2003.
- Weischer, Christoph. *Das Unternehmen «Empirische Sozialforschung». Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland*. München 2004.
- Wettstein, Heinz. *Jugendarbeit in der Schweiz*. Zürich 1989.
- Wey, Natascha. Die Verwissenschaftlichung des Moralischen. Die psychohygienische Lehre des Zürcher Stadtarztes Hans Oscar Pfister zwischen 1943 und 1973. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit. Zürich 2012.
- White, Hayden. Der historische Text als literarisches Kunstwerk. In: Conrad, Christoph; Kessel, Martina (Hg.). *Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion*. Stuttgart 1994, S. 123–157.
- Wicki, Monika. *Gleichzeitig – Ungleichzeitig. Stabilität und Wandel von Vorstellungen über Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen*. Bern 2008.
- Widmer, Josef. Etter, Philipp. In: HLS 4. Basel 2005, S. 326.
- Wijnkoop Lüthi, Marc van. Christlicher Verein Junger Männer (CVJM). In: HLS 3. Basel 2003, S. 376.
- Wilhelm, Elena. Die Herausbildung neuer Steuerungsformen des Sozialen in der Jugendhilfe des beginnenden 20. Jahrhunderts. In: Andresen, Sabine; Tröhler, Daniel (Hg.). *Gesellschaftlicher Wandel und Pädagogik*. Zürich 2002, S. 38–51.
- Wilhelm, Elena. Rationalisierung der Jugendfürsorge. Die Herausbildung neuer Steuerungsformen des Sozialen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bern 2005.
- Ziemann, Benjamin; Wetzell, Richard F.; Schumann, Dirk; Brückweh, Kerstin. Introduction: The Scientization of the Social in Comparative Perspective. In: Brückweh, Kerstin; Schumann, Dirk; Wetzell, Richard F.; Ziemann, Benjamin (Hg.). *Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980*. Basingstoke 2012, S. 1–40.
- Zinnecker, Jürgen. *Jugendkultur 1940–1985*. Opladen 1987.
- Zinnecker, Jürgen. Metamorphosen im Zeitraffer: Jungsein in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Levi, Giovanni; Schmitt, Jean-Claude (Hg.). *Geschichte der Jugend, Bd. II: Von der Aufklärung bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main 1997, S. 460–505.

- Zürcher, Markus. Unterbrochene Tradition. Die Anfänge der Soziologie in der Schweiz. Zürich 1995. (Zitiert: Zürcher 1995a).
- Zürcher, Markus. Der Mythos der Gemeinschaft: René König als Emigrant in der Schweiz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47 (1995), Nr. 1, S. 157–165. (Zitiert: Zürcher 1995b).
- Zürcher, Markus. Heintz, Peter. In: HLS 6. Basel 2007, S. 240.